

Der Ruf des Dschihad

Theorie, Fallstudien und Wege aus der Radikalität

Jasmina Rupp und Walter Feichtinger (Hrsg.)

Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie



Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Jasmina Rupp und Walter Feichtinger (Hrsg.)

Der Ruf des Dschihad

Theorie, Fallstudien und Wege aus der Radikalität

13/2016

Wien, April 2016

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

April 2016
ISBN 978-3-902944-96-2

Druck:

HDruckZ-ASt Stift xxxx/15
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Danksagung

Die Idee der vorliegenden Publikation wurde am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie geboren, mit dem Ziel zu Zeiten der „Globalisierung des Dschihadismus“ der Frage nach der Radikalisierung im politischen Islam nachzugehen.

Die Vollendung dieses Buches wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Personen nicht möglich gewesen:

Ein großer Dank gilt den österreichischen und internationalen Autorinnen und Autoren sowie den Regionalexperten des IFK für ihre beachtlichen Beiträge in der vorliegenden Publikation.

Gedankt sei auch Michael Schmiedinger für seinen umfangreichen Beitrag sowie seine Zeit und Mühe bei der Bearbeitung des Buches.

Des Weiteren bedanke ich mich bei der MENA-Taskforce des IFK – Walter Posch, Michael Zinkanell, Basma Salama, Seda Kivrak und Werner Pack – sowie Florimond Collette für deren bereichernde Anregungen und Verbesserungsvorschläge.

Schließlich gilt ein großer Dank Brigadier Walter Feichtinger für seine Ermutigung und kompetente Betreuung, die er über den gesamten Forschungs- und Publikationsprozess entgegenbrachte.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
Zusammenfassung.....	8
Abstract.....	10
Glossar.....	13
Einleitung: Aufstieg und Fall des militanten Extremismus <i>Jasmina Rupp</i>	20
I. Einführung.....	33
Islam ist nicht gleich Islam – die wichtigsten Strömungen <i>Hamideh Mobagheghi</i>	35
Wege in die Radikalität – Die Ideologie und das Denken politisch und religiös motivierter Bewegungen <i>Moussa al-Hassan Diaw</i>	53
Die Evolution des Dschihadismus online und die Medien des Dschihads – von „al-Qaida“ zum „Islamischen Staat“ <i>Nico Prucha</i>	79
II. Fallstudien – Moderate und radikale Islamisten in ausgewählten Ländern	97
Boko Haram als Herausforderung für die regionale Sicherheit <i>Gerald Hainzl</i>	99
Marokkos Islamisten: Ein Sonderfall? <i>Khalid El Abdaoui</i>	111
Der tunesische Versuch: Politischer Säkularismus als Garant eines islamischen Staates <i>Jasmina Rupp</i>	129

Politischer Islam in Libyen <i>Iris Lechner</i>	155
Ägypten – in den Fängen von Islamismus und Militärdiktatur <i>Ranja Ebrahim</i>	181
Syrien – Die Auflösung des letzten säkularen Staates im Nahen Osten <i>Joachim Guilliard</i>	209
Irak – Islamisierung in Folge von Krieg und Besatzung <i>Joachim Guilliard</i>	239
Islamistische Gewalt in der Islamischen Republik Iran <i>Walter Posch</i>	267
Politischer Islam und gewaltsamer Extremismus im Kontext der Friedenskonsolidierung am Westbalkan <i>Predrag Jureković</i>	319
III. Wege aus der Radikalität	343
Erfahrungen mit „Deradikalisierungsprogrammen“ in muslimischen Ländern <i>Rüdiger Lohlker</i>	345
Bekämpfung von dschihadistischem Terrorismus und Radikalisierung auf EU-Ebene <i>Barbara Korte</i>	359
Kleiner Verein oder Vertretung einer Mehrheit: Wer ist die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich? <i>Farid Hafez</i>	383
Akronym- und Abkürzungsverzeichnis	401
Literaturverzeichnis.....	407
Autoren und Herausgeber	423

Vorwort

Als im Sommer 2014 Abu Bakr al-Baghdadi ein Kalifat ausrief, waren die Terroristen des sogenannten Islamischen Staates (IS) schon bis vor die Tore Bagdads vorgestoßen. Mit unglaublicher Brutalität führen sie ihren „Krieg gegen Ungläubige“, der an Bestialität und Menschenverachtung nicht zu überbieten ist. Tausende sogenannte *Foreign Terrorist Fighters* kommen aus westlichen und asiatischen Staaten, die Dschihadisten erhalten aber vor allem Zustrom aus arabischen Ländern, insbesondere aus dem „Hoffnungsträger“ aller Umbruchstaaten, nämlich Tunesien.

Mit der Rückkehr der radikalen Kämpfer stieg die Gefahr terroristischer Anschläge in deren Herkunftsländern, wie die Attentate in Paris 2015 und Brüssel 2016 zeigen. Weltweit bekennen sich nunmehr radikale und gewalttätige Gruppierungen zum Kalifat, sie möchten am „terroristischen Erfolgsmodell Kalifat“ teilhaben. Es scheint über viele Staaten hinweg ein immer stärkeres Netzwerk von radikal-islamistischen Kräften zu entstehen, dessen Gefahrenpotenzial nicht abzuschätzen ist. Rat- und fassungslos stehen Politiker, Gesellschaften und auch betroffene Familien den Radikalisierungstendenzen junger Menschen gegenüber, die das westlich-liberale System verachten und eine rigide und totalitäre Form des politischen Islam unterstützen. In ihrem blinden Eifer sind sie sogar bereit, dafür zu sterben.

Doch wie real und verbreitet ist diese Gefahr tatsächlich, vor allem aber – wie kann diesem Trend und der Radikalisierung junger Menschen entgegengewirkt werden? Mit diesen Fragen setzen sich die Autoren und Autorinnen dieses von Jasmina Rupp, der Nahostexpertin des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie, gestalteten Bandes auseinander, wenn etwa im ersten Kapitel grundlegende Fragen zum Islam und der Weg in die Radikalität erörtert werden. Der Schwerpunkt liegt aber auf den Fallstudien im zweiten Kapitel. Ausgewiesene österreichische und internationale Expertinnen und Experten untersuchen dabei den militanten Islamisierungseffekt in neun

Ländern – von Nigeria über Tunesien, Libyen und Irak bis zum Westbalkan. In diesen Teil fließt in hohem Maße die Regionalexpertise von Angehörigen des IFK ein. Zudem wird den Fragen nachgegangen, wie und auf welche Online-Medien sich Terrororganisationen wie *al-Qaida* oder der IS stützen, welche Gegenstrategien die EU und Österreich verfolgen und ob es bereits Erfahrungen mit Deradikalisierungsprogrammen in muslimischen Ländern gibt.

Der Aspekt, wie repräsentativ die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich denn eigentlich sei, ist bestimmt nicht nur für das österreichische Publikum von Interesse. Denn die Frage nach „Ansprech- und Kooperationspartnern“ stellt sich in allen westlichen Ländern, wenn es darum geht, der Fanatisierung auf religiöser Ebene zu begegnen. Hier sei allerdings angemerkt, dass vielen Menschen Religion – wie so oft – nur als Mobilisierungs- und Transportmittel sowie als Ventil in einer komplexen Problemlage dient, ausschließlich religiöse Antworten daher zu kurz greifen werden.

Walter Feichtinger

Leiter IFK

Zusammenfassung

Zu Beginn des sogenannten „arabischen Frühling“ im Jahr 2011 hofften zahlreiche Beobachter auf ein Ende der autoritären Herrschaften und den Beginn von liberaleren politischen Systemen vor den Toren Europas. Die gebündelten Kräfte aus säkular-revolutionären als auch konservativ-islamistischen Akteuren spielten eine wichtige Rolle bei den Protesten und leiteten in den meisten Umbruchstaaten den Sturz der Diktatoren ein. An die Macht gekommene islamistische Parteien scheiterten allerdings darin, politische Vielfalt und Meinungsverschiedenheiten sowohl in den eigenen Reihen als auch in der nicht-religiösen Opposition und in der Gesellschaft insgesamt zu akzeptieren. Das Scheitern der Regierungen, auf die Missstände der Bevölkerung zu reagieren, sowie das entstandene Vakuum an Polizei- und Sicherheitskräften wurde von radikalen Kräften geschickt genützt, um die Masse an unzufriedenen Männern und Frauen, die von den Ergebnissen der Revolution enttäuscht waren, anzusprechen. Fünf Jahre nach Beginn der arabischen Revolutionen dominieren dschihadistische Gruppierungen das politische Geschehen weiterhin und bedrohen die staatliche Sicherheit der ohnehin fragilen Staaten maßgeblich. Von staatlichen Autoritäten unkontrollierter Raum in der Sahara und der Levante erlaubte es diesen Gruppen zu trainieren, sich auszurüsten, sowie Gebiete zu erobern und staatsähnliche Strukturen aufzubauen. Zurzeit weisen die Anzeichen darauf hin, dass militante islamistische Kräfte zumindest mittelfristig Erfolge erzielen werden, insbesondere da das entstandene Sicherheitsvakuum und die Ausdauer der anti-staatlichen Gewalt in Syrien, Irak und Libyen dem radikalen Lager zusätzlichen Auftrieb verleiht. Der Krieg gegen das Assad-Regime in Syrien entwickelte sich zu einem Anziehungspunkt für den internationalen Dschihad und zog tausende Kämpfer aus der arabischen Welt, aber auch aus Europa an. Ungeachtet der gestiegenen Zahl an Dschihadisten scheinen die arabischen Umbrüche die Kreativität, Dynamik und Kampferfahrung von radikalen Gruppen verstärkt zu haben. Für Akteure, die Radi-

kalisierung zu bekämpfen versuchen, werden die Herausforderungen zunehmend komplexer. Der wachsende militärische Druck gegenüber dem sogenannten Islamischen Staat (IS) im Irak und Syrien veranlasste die Gruppe, die Aufmerksamkeit von der Kampffront in das Territorium des Feindes zu verlagern. So versucht der IS nun medienwirksame Terroranschläge in Europa oder auch anderen Teilen der Welt zu verüben, um somit weiterhin als „unbesiegbare Islamischer Staat“ seine Macht zu demonstrieren sowie neue Sympathisanten anzuwerben. Auf diese neue Dynamik müssen Regierungen mit vorhandenen wie auch neuen Maßnahmen reagieren. Problematisch ist dabei die Ideologie des IS, die – auch nach einer vermeintlichen Zerschlagung der Terrorgruppe – weiterleben wird. Eine Strategie gegen den IS kann sich daher nicht auf bestimmte Regionen konzentrieren, sondern muss als Ganzes berücksichtigt und verstanden werden. Die Untersuchungen in den vorliegenden Fallstudien ergaben eindeutig, dass radikal-islamistische Bewegungen als Antwort auf wirtschaftliche Notlagen, soziale Ungleichheiten und Korruption der regierenden Eliten entstanden sind. Es ist daher notwendig, einen langfristigen Plan zur Bekämpfung der Wurzeln von Radikalisierung und ein tiefergehendes, andauerndes Engagement zur Delegitimierung der dschihadistischen Ideologie zu verfolgen.

Abstract

At the beginning of the so-called “Arab Spring” in 2011, most observers hoped for an end to authoritarian rule and the establishment of more liberal political systems on Europe’s doorstep. The combined strengths of secular-revolutionary and conservative-islamist actors played an important role in the protests and has launched the fall of dictatorships in most transition countries. Islamist parties who came to power failed to accept political diversity and differing opinions, both within their own ranks as well as in the secular opposition and in society at large. The failure of governments to respond to the grievances of the population, as well as the resulting vacuum of police and security forces has been availed by radical forces to address the masses of disaffected men and women who had been disappointed by the results of the revolution. Five years after the beginning of the Arab uprising, jihadist groups have continued to dominate political events and have significantly threatened the national security of the already fragile states. Uncontrolled terrain in the Sahara and the Levant allowed these groups to train, to equip themselves, to conquer territories and to build up state-like structures. Currently, the developments are indicating that militant Islamist forces have at least achieved mid-term success, especially due to the security vacuum and the persistence of anti-state violence in Syria, Iraq and Libya, attracting the radical camp even further. The war against the Assad regime in Syria has developed into a hub for international jihad and has attracted thousands of fighters from the Arab world, but also from Europe. Despite the increased numbers of Foreign Terrorist Fighters, the Arab uprisings seem to have bolstered the creativity, dynamics and combat experience of radical groups. For actors dealing with radicalization, the challenges are becoming increasingly complex. The growing military pressure towards the so-called “Islamic State” (ISIS) in Iraq and Syria prompted the group to shift attention away from the battlefield to the enemy’s territory. Thus, ISIS is trying to commit media-effective terrorist attacks in Europe and

other parts of the world to continue demonstrating their power as the “invincible Islamic State” and to recruit new sympathisers. Governments need to respond to these new dynamics through existing, as well as new measures. Even after a supposed defeat of the terrorist group, combating the ideology of ISIS will remain a challenge. Therefore, a strategy against ISIS cannot be focused on specific regions, but needs to be considered and analysed as a whole. The results in the present case studies clearly show that radical Islamist movements have been formed as a reaction to economic crises, social inequality and corruption of the governing elite. Therefore, it is necessary to adopt a sustainable plan to combat the root causes of radicalization and a more profound ongoing commitment to delegitimise the jihadi ideology.

Glossar

- Alawiten** Eine religiöse Gruppierung im schiitischen Islam, welche sich in Syrien zentriert. Der Begriff *Alawi* bedeutet Anhänger Alis, was auf die Verehrung Alis zurückgeht. Obwohl sie in Syrien eine Minderheit darstellen, sind sie gleichzeitig auch die herrschende Elite des Landes. Baschar al-Assad und seine Familie gehören dieser Gruppierung an.
- Aleviten** Eine im 13. Jahrhundert mit dem Zuzug turkmenischer Stämme in die heutige Türkei entstandene Glaubensströmung, die nach wie vor vorwiegend in der Türkei beheimatet ist. Sie bilden nach den Sunniten die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in der Türkei. Die genaue Anzahl der AlevitInnen ist nicht exakt feststellbar, da keine verlässlichen Zahlenangaben vorliegen und viele Anhänger sich nicht öffentlich zu ihrem Glauben bekennen. Das Alevitentum wird oft als eine Richtung innerhalb des Schiitentums klassifiziert, da es einige Anknüpfungspunkte gibt, ein Großteil betrachtet sie jedoch als eigenständige Glaubensgemeinschaft innerhalb des Islam. Im Gegensatz zu den Sunniten sowie Schiiten halten sie sich, abgesehen vom Glaubensbekenntnis, an keine der fünf Glaubenssäulen. Auch die Sunna sowie die Scharia werden abgelehnt. Im Zentrum der alevitischen Lehre steht der Mensch als eigenverantwortliches Wesen. Sie lehnen eine dogmatische Religionsauslegung ab. Die türkischen Aleviten sind keineswegs mit den Alawiten in Syrien zu verwechseln.

Allah	„Der Eine Gott“; das arabische Wort für Gott, welches von Muslimen und arabischsprechenden Christen verwendet wird.
Bazari	Bazaris sind jene Verkäufer und Arbeiter, die auf Bazaren, den traditionellen iranischen Marktplätzen, tätig sind.
Drusen	Eine arabisch-sprechende ethnisch-religiöse Minderheit, welche ursprünglich im Südwesten Asiens verbreitet war und als Abspaltung der ismailitischen Schia entstand. Die Minderheit wird in Syrien vom Islamischen Staat verfolgt, im Versuch seine Gebiete von „nicht-muslimischen Einflüssen“ zu säubern. Der drusische Glaube ist monotheistisch, von abrahamischer Natur und basiert auf philosophischen Lehren. Wiedergeburt stellt ein Hauptprinzip des Glaubens dar.
Dschihad	Das arabische Wort <i>Dschihad</i> bedeutet „Bemühung“ oder „Anstrengung“ und gehört zu den Begriffen, die am häufigsten missverständlich übersetzt werden. Dieser koranische Begriff umfasst ein breites Bedeutungsspektrum, wurde jedoch im 20. Jahrhundert durch islamistische Theoretiker zum Zwecke ihrer Ideologie auf seine militärische Bedeutung reduziert. Die vollständige Bezeichnung <i>al-dschibadu fi sabil-illah</i> lautet übersetzt „die Anstrengung auf Gottes Weg“. Die oft verwendete Übersetzung „heiliger Krieg“ ist eine fälschliche Projektion eines Begriffs, der mit den Kreuzzügen in Verbindung gebracht wird, in den Islam. Die meisten Muslime unterscheiden den „großen Dschihad“, den Kampf gegen individuelle Schwächen und unmoralische Versuchungen – also das Bemühen den Weg zu Gott zu finden – vom „kleinen Dschihad“, der jede Form der zulässigen Verteidigung

von Muslimen sowie jede andere Form der gottgefälligen Anstrengung, wie z. B. das Stillen der eigenen Kinder, bezeichnet. Ein Angriffskrieg oder eine gewaltsame Verbreitung des Islam, welche oft fälschlicherweise mit dem Begriff Dschihad in Verbindung gebracht wird, ist nach islamischem Verständnis verboten. Ideologen des militanten Dschihad sehen allerdings den bewaffneten Angriffskampf als oberste Priorität des Dschihad und treten gewaltsam für einen islamischen Gottesstaat ein.

Fitna Der Begriff bedeutet Zwietracht innerhalb der muslimischen Gemeinschaft, die in weiterer Folge zur Spaltung der Gemeinschaft und dem Abfall vom Glauben führen kann.

Hubus Der Terminus (in anderen Ländern unter der Bezeichnung *Waqf* bekannt) bezeichnet in Nordafrika die Verwaltung von Stiftungen. Eigentum – meist Immobilien oder bebaute Grundstücke – konnten nach dem Ableben vermacht und zu religiösen oder sozialen Einrichtungen, wie Moscheen, Schulen, Waisenhäusern etc. umfunktioniert werden. Dieses Stiftungswesen hat eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung, weil große Teile der ländlichen Gebiete und des Grundbesitzes in den Städten *Hubus*-Besitz waren.

Islamischer Staat (IS) Eine militante dschihadistisch-salafistische Gruppe, welche 2013 immens an Stärke gewann und große Gebiete in Syrien und im Irak einnehmen konnte. Alternative Bezeichnungen sind unter anderem: Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS), Islamischer Staat im Irak und in der Levante (ISIL) sowie die arabische Abkürzung *Daesh*. Die militante Gruppe, geführt von Abu Bakr al-

Baghdadi, rief im Juni 2014 ein Kalifat aus und verlangte von allen Muslimen weltweit dem IS die Treue zu schwören sowie ins Kalifat zu migrieren. Der Islamische Staat operiert in verschiedenen Formen, daher wird er abwechselnd als „Staat“, „Kalifat“, oder „Terrorgruppe“ bezeichnet.

- Jesiden Eine ethnisch-religiöse einheimische Minderheit (überwiegend im heutigen Irak, Syrien und Türkei). Die Minderheit wird vom Islamischen Staat verfolgt, im Versuch seine Gebiete von „nicht-muslimischen Einflüssen“ zu säubern. Jesiden sprechen „Kurmanji“, nordkurdisch, und verfolgen das Jesidentum – eine monotheistische Religion, in welcher Gott die Welt unter die Obhut von sieben Engeln stellte.
- Kafir *Kāfir* ist derjenige, der *Kufr* begeht. *Kufr* bedeutet sprachlich das „Zudecken“. In diesem Zusammenhang gemeint ist das Zudecken und bewusste Leugnen der unbestreitbaren, gesicherten eindeutigen Wahrheit, von Glaubensinhalten oder Normen.
- Madhab Im rechtlichen Kontext ist *madhab* ein technischer Terminus, welcher im Deutschen meist als „Rechtsschule“ übersetzt wird. In der heutigen Zeit bestehen im sunnitischen Islam vier und im schiitischen Islam zwei anerkannte Rechtsschulen, welche sich sowohl mit weltlichen als auch rituellen Fragestellungen auseinandersetzen. In der Gegenwart ist die Affiliation zu einer bestimmten Rechtsschule hauptsächlich geografisch bedingt.
- Mudschahidin Ist von *Dschihad* abgeleitet und bezeichnet allgemein jemanden, der sich um die Verbreitung oder Verteidigung

des Islam bemüht. Islamische Widerstandskämpfer und Terrorgruppen nennen sich selbst *Mudschabidin*, da sie ihre eigene Glaubensauffassung als den einzig wahren Weg ansehen.

- Mufti „Der Erteiler von Rechtsgutachten (*fatwas*), der Ausleger des islamischen Rechts“. Ein islamischer Rechtsgelehrter, der ein Urteil über eine Rechtsfrage nach Maßstäben der islamischen Rechtswissenschaft erstellt und dieses gemäß der von ihm befolgten Rechtsschule und nach seinem besten theologischen Wissen auch rechtlich begründet. Sei dies nun in Form eines Verbotes für eine beabsichtigte Handlung oder die Erklärung der Unbedenklichkeit und der damit einhergehenden Erlaubnis.
- Muslimbruderschaft Ist die größte und älteste sunnitisch-islamische politische Gruppe, welche von einem Lehrer namens Hasan al-Banna 1928 in Ägypten gegründet wurde. Die Bewegung wurde als Antwort auf den wachsenden westlichen Imperialismus und den damit in Verbindung gebrachten Rückzug des Islam aus dem öffentlichen Leben gegründet. Die Muslimbruderschaft legt starken Wert auf die Wiedererrichtung des Kalifats und sieht dieses als das ideale Regierungssystem für die muslimische Welt.
- Ribat Frei übersetzbar als „Front“, ist eine physische und psychische Grundhaltung, in der der Auswanderer (*Muhajir*) sich bewegt, und dient als theologisches Fundament für die Rechtfertigung dschihadistischer Anschläge und Operationen.
- Salafismus Eine theologische Bewegung im sunnitischen Islam, welche sich mit der Reinigung des Glaubens durch Elimi-

nierung von Götzendienst und der Bekräftigung der Einheit Gottes beschäftigt. Die ultrakonservative Strömung strebt eine Rückkehr zum Weg der *salaf* – den drei gott-ergebenen Generationen, die bis zum Jahr 850 gelebt haben – an. Ihre Lebensweise verkörpert den „wahren“ Islam und gilt nachgeahmt zu werden. Diese Lebensweise und dieses Glaubensverständnis ist zuerst eine individuelle Entscheidung, die Gemeinschaft hat aber die Pflicht, vor allem die jungen Menschen für diese „wahre“ Lebensweise zu gewinnen. Dies geschieht durch starke verbindliche Zugehörigkeit zur Gemeinschaft. Schiiten und selbst jene, die an einem demokratischen System teilhaben, werden als abgöttisch angesehen, wobei die meisten salafistischen Richtungen dennoch apolitisch sind und sich gegen Gewaltanwendung aussprechen. Bedeutsame salafistische Gelehrte entspringen der wahhabitischen Bewegung.

Scharia

Islamisches Gesetz, entwickelt von Gelehrten, basierend auf dem Koran und den *abadith* (Plural von *hadith*). Es stellt die Basis des islamischen Rechtssystems dar und regelt politische, religiöse, wirtschaftliche und persönliche Angelegenheiten sowie Aspekte des Verhaltens. Fundamentalisten, islamische Extremisten und Dschihadisten versuchen die strengste Form der Scharia einzuführen.

Schiitischer
Islam

(*Schi'at Ali* bedeutet Partei Ali's) Der schiitische Islam ist eine von zwei Hauptströmungen des Islam (ungefähr 13% aller Muslime weltweit sind Schiiten). Schiiten betrachten Ali, den Schwiegersohn sowie Vetter des Propheten Muhammad, als den wahren Nachfolger und ers-

ten Kalif. Innerhalb der Schia gibt es verschiedene Strömungen (Zwölfer-Schiiten, Ismailiten, Zaiditen, Alawiten).

- Schirk Das Gegenteil des Monotheismus ist der Schirk (*širk*), also der Polytheismus. Der Monotheismus kann durch bestimmte Überzeugungen und Handlungen zunichtegemacht werden. Dazu würde das Anbeten mehrerer Götter gehören oder das Leugnen der Eigenschaften Gottes. Personen, Wesen oder Gegenständen Eigenschaften zuzuschreiben, welche nur Gott zustehen, wäre ebenfalls ein Beispiel für *Schirk*, genauso wie das Erlauben des von Allah Verbotenen und das Verbotenen des von ihm Erlaubten. Auch einige bestimmte Handlungen könnten dazu führen, dass man den Islam verlässt, also aufhört, Muslim zu sein. Die Formen des *Schirk* zu beschreiben ist leichter, als die problematische Form der Zuschreibung, ein Muslim zu sein, der *Schirk* begeht und daher kein Muslim mehr sei, was jedoch im Mittelpunkt der politischen Ideologie der Extremisten steht.
- Sunna (arab. „gewohnte Handlung, Brauch, Handlungsweise“) Die übermittelte Aufzeichnung der Lehren, Worte und Handlungen des Propheten Muhammad, aufgezeichnet in den *abadith*. Es wird als die zweite Hauptquelle des islamischen Glaubens und des islamischen Gesetzes angesehen. Es wird als „Lebenspfad/-weg“ definiert, als Modell eines guten muslimischen Lebens.
- Sunnitischer Islam Der sunnitische Islam ist eine der zwei Hauptströmungen des Islam. Es ist der größte Zweig (ca. 85% der weltweiten MuslimInnen sind Sunniten), welcher seinen Schwerpunkt auf die Sunna (Tradition) des Propheten

Muhammad als Basis des Glaubens sowie den Koran legt. Laut Sunniten war Muhammads Schwiegervater Abu Bakr der erste Kalif. Muslime, die den vier anerkannten Rechtsschulen angehören (Hanafiten, Schafiiten, Hanbaliten, Malikiten), nennt man Sunniten oder auch „die Leute der Sunna und der Gemeinschaft“ (arab.: *Ahl as-sunna wa al-Ġama'a*).

- Takfir Bezeichnet die Praktik, jemanden als Ungläubigen oder Nicht-Muslim zu bezeichnen und dient in salafistisch-schihadistischen Kreisen zur Legitimierung von Gewalt gegen muslimische Herrscher und Mitbürger, die abweichende Anschauungen vertreten.
- Tawhid *Tawhid (tauhīd)* bezeichnet die absolute Einheit Allahs, die den ersten und wichtigsten Bestandteil des islamischen Glaubensbekenntnisses (*schahada*) darstellt. Der Glaube an den klaren und eindeutigen wie auch ganzheitlichen Monotheismus, und damit die Einheit Gottes, ist das erste und wichtigste Prinzip im Stamm der Religion (*usul-ad-din*) und alle anderen Prinzipien bauen darauf auf. Der arabische Begriff *Tawhid* leitet sich aus dem arabischen „Eins“ ab und beinhaltet die Einheit, die Einzigartigkeit und die Einheitlichkeit gleichermaßen. Das Gegenteil vom Glauben an die Einheit wäre der Polytheismus.
- Wahhabismus Ist eine religiöse Ausrichtung und eine konservative bzw. fundamentalistische Strömung des sunnitischen Islam. Sie beinhaltet die strikte Befolgung einer buchstäblichen Interpretation des Islam gemäß den Lehren von Muhammad Abd-al Wahhab (1703-1792). Das Haus der Saud

etablierte eine politisch-religiöse Allianz mit wahhabistischen Gelehrten selbst nach der Proklamation des Königreichs Saudi-Arabien 1932. Die politische Führung Saudi-Arabiens verfolgt noch heute diese Ausrichtung des puristisch-traditionalistischen Islam. Wahhabitische Gelehrte hatten einen starken Einfluss auf den dschihadistischen Salafismus. Der Islamische Staat beruht ebenso auf diesen Lehren.

Einleitung: Aufstieg und Fall des militanten Extremismus

Jasmina Rupp

„Nicht der Islam hat sich radikalisiert, sondern der Radikalismus hat sich islamisiert.“ – Olivier Roy¹

Die arabische Welt ist für viele Beobachter charakteristisch für religiös inspirierte Gewalt. Während in der Vergangenheit in zahlreichen Staaten Religionskriege wüteten, nahmen die interreligiösen Spannungen in der Moderne ab. In der arabischen Welt hingegen scheinen sich religiöse und sektiererische Konflikte nicht nur ausgebreitet und vertieft zu haben, sondern auch die Wahrnehmung von Muslimen untereinander, ebenso wie gegenüber „westlichen Staaten“ verändert zu haben. In zahlreichen Medien und populärwissenschaftlichen Abhandlungen werden unterschiedliche Erklärungen für dieses Phänomen geboten: Gewalt sei eine natürliche Folge des kompromisslosen Islam; der Islam war schon immer eine Religion der Eroberung, in der viel Blut vergossen wurde. Zudem soll der Islam naturgegeben patriarchal sein und somit Zwang und patriarchale Strukturen in einer Gesellschaft fördern. Der Islam sei im Wesentlichen eine archaische, anti-aufklärerische Religion, die altertümliche Gewaltanwendung und Unterdrückung in einer modernen Welt verbreitet. Es ist schwer nachvollziehbar, den Islam auf eine gewaltbereite und altertümliche Religion zu reduzieren, zumal auf der ganzen Welt zu einem gewissen Zeitpunkt in der Geschichte durch Religion die Rechtfertigung von Gewaltanwendung erteilt wird. Religiöse Konflikte ergeben sich in erster Linie nicht aus religiösen Differenzen, sondern weisen immer auch soziale, ökonomische und politische Aspekte auf. Die vorherrschende Dominanz von religiös motivierter

¹ Originalzitat von Olivier Roy: „Il ne s'agit pas de la radicalisation de l'islam, mais de l'islamisation de la radicalité.“

Gewalt in der arabisch-muslimischen Welt und die scheinbar weit verbreitete Akzeptanz von Ausschreitungen gegen Zivilisten im Namen des Islam erfordert daher eine tiefgründige Analyse. Dieser Versuch wird in der vorliegenden Publikation unternommen.

Die arabischen Umbrüche im Jahr 2011 – die oftmals als „arabischer Frühling“ bezeichnet werden – schienen insbesondere Befürwortern der Demokratisierung eine einmalige Möglichkeit für Partizipation zu bieten. Doch der Lauf der Entwicklung ermöglichte insbesondere jenen Fraktionen, für die eine Regierungsbeteiligung lange Zeit einen unerfüllbaren Wunsch darstellte, plötzlich den Aufstieg an die Macht. Gleichzeitig kam es zum Sturz von Langzeit-Diktatoren, die eine Machtübergabe an ihre Verbündeten vorbereitet und damit eine Fortsetzung des Autoritarismus verfolgt hatten. Für radikale und gewaltbereite Gruppierungen schufen diese politischen Veränderungen eine Reihe neuer Herausforderungen, aber auch Chancen. Zum ersten Mal seit jahrzehntelanger Herrschaft autoritärer Regierungen, die versucht hatten, säkulare und liberale Kräfte gegen religiöse Konservative auszuspielen und somit ihren Machterhalt zu sichern, verbündeten sich diese beiden Gruppen und erhoben sich gemeinsam mit einer jungen und dynamischen Generation gegen die Diktatur. Überraschenderweise resultierten die Aufstände nicht – wie viele Beobachter es 2011 noch erhofften – in liberalere politische Systeme, sondern in den Aufstieg radikaler Bewegungen. Fünf Jahre danach dominieren noch immer extremistische Gruppierungen das politische Geschehen maßgeblich und bedrohen die staatliche Sicherheit, wie es der Fall in Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Libanon, Syrien, Irak und Jemen ist. Die Militarisierung von radikalen salafistischen Bewegungen, gepaart mit dem Zerfall der staatlichen Sicherheitskräfte, führte zu mehr Kampfhandlungen in der Region. Von staatlichen Autoritäten unkontrollierter Raum in der Sahara und der Levante erlaubte es diesen Gruppen zu trainieren, sich auszurüsten, sowie Gebiete zu erobern und staatsähnliche Strukturen aufzubauen.

Die Zukunft der arabischen Umbruchstaaten ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der vorliegenden Publikation noch zutiefst unsicher. In

Ägypten beispielsweise verankerte sich das Militär nach einer einjährigen Zwischenregierung der Muslimbruderschaft erneut im politischen Leben. Al-Sisi baut die autoritären Strukturen in Ägypten nach dem Vorbild seiner Vorgänger weiter aus, teilt die Gesellschaft in einen Pro- oder Contra Muslimbrüder-Raster ein und führt einen erbitterten Kampf gegen ihre Unterstützer. Im „Vorzeigestaat“ unter den Umbruchstaaten, Tunesien, konnte die säkulare Partei *Nidaa Tunis*, nach dem Rücktritt der ersten islamistisch geführten Regierung, 2014 die Stimmenmehrheit der Tunesier für sich gewinnen. Allerdings gelingt aufgrund von regelmäßigen Terroranschlägen, insbesondere gegen den Tourismussektor, die politische und wirtschaftliche Stabilisierung nur schleppend. Tunesien steht einmalig in der arabischen Welt für ein System ein, das Religion und deren uneingeschränkte Ausübung durch eine säkulare politische Ordnung zu gewährleisten versucht. Aus diesem Grund stellt gerade das tunesische Modell die größte Bedrohung für die Legitimität dschihadistischer Ideologien dar. In Libyen bestehen derzeit zwei Regierungen parallel, die jeweils für sich beanspruchen, die legitimen Vertreter des libyschen Volkes zu sein und versuchen durch ihre militanten Arme den Machtkampf zu ihren Gunsten zu entscheiden. Der sogenannte Islamische Staat (IS) und andere dschihadistische Gruppierungen nützen als „dritte Kraft“ die fragile Staatlichkeit Libyens und sind bemüht, die Entstehung einer starken zentralen Staatsgewalt und die damit einhergehende Beschneidung ihrer lukrativen „Nebengeschäfte“ wie Schmuggel, Erpressung und Kidnapping mit allen Mitteln zu verhindern. In Syrien wird im fünften Jahr des Konfliktes weiterhin ein Stellvertreterkrieg zwischen dem Assad-Regime, mit seinen Verbündeten Iran, Russland und der libanesischen Hisbollah, und zahlreichen Rebellengruppen, mit den wichtigsten unterstützenden Staaten USA, Großbritannien, Frankreich, Türkei, Jordanien, Israel, Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigte Arabische Emirate geführt. Weiterhin hält sich Langzeit-Machthaber Baschar al-Assad an der Macht und gewinnt – angesichts des stetigen Wachstums der extremistischen Oppositionsgruppen sowie der Bedrohung durch den IS und die *al-Nusra Front* – international zunehmend an Legitimität zurück,

da er im Vergleich zur extremistischen Alternative als das geringere Übel wahrgenommen wird. Zudem drängt die Flüchtlingskrise die internationale Staatengemeinschaft dazu, den syrischen Konflikt so rasch wie möglich zu beenden.

Es ist anzunehmen, dass dieses Ringen um Macht in allen Transformationsstaaten die Formen des radikalen politischen Islam weiterhin beeinflussen wird. Regierungen haben schwere Entscheidungen zu treffen, ob sie islamistische Gruppierungen in den politischen Prozess inkludieren oder ausschließen. Gleichzeitig müssen Islamisten beurteilen, ob sie eine Partnerschaft mit der Regierung eingehen oder diese weiterhin bekämpfen wollen. Zurzeit weisen die Anzeichen darauf hin, dass militante islamistische Kräfte zumindest mittelfristig Erfolge erzielen werden, insbesondere da das zu beobachtende Vakuum an Polizei- und Sicherheitskräften eine Chance für diese Bewegungen darstellt und auch die Ausdauer von anti-staatlicher Gewalt in Syrien, Irak und Libyen dem radikalen Lager zusätzlichen Auftrieb verleiht. Erstmals konnte der sogenannte „Islamische Staat“ den ultimativen Traum von einem zusammenhängenden „Staatsgebilde“ realisieren. Ein Ziel, das die Konkurrenz-Organisation *al-Qaida* vorgibt seit Jahrzehnten zu verfolgen, nämlich durch den militanten Dschihad² die Macht lokaler Regime zu brechen und folglich den „befreiten“ Sunniten einen islamischen Staat auf Basis der extremistischen Interpretation der *Scharia* zu bieten. Damit knüpft man an die von Islamisten verherrlichte und idealisierte Idee des Kalifates an. Dschihadisten erheben den Anspruch, die einzig rechtmäßigen Vertreter des Islam zu sein. Dadurch wird eine Kohäsion innerhalb der Gruppe geschaffen und eine klare Abgrenzung zu jenen Muslimen, die sich „auf dem Irrweg befinden“ und ihren angeblichen Pflichten, als Muslim für ihre unterdrückten Glaubensbrüder und -schwestern in den Krieg zu ziehen, nicht nachkommen. Ein weiteres Phänomen, welches radikale Gruppen vom revolutionären Eifer der demonstrierenden Bewegungen mittlerweile für sich beanspruchen, sind soziale Medien. Seit den Attentaten des

² Definition des Begriffs Dschihad ist dem Glossar zu entnehmen.

11. September 2001 verbesserten sich die Online-Medien des Dschihad konsequent und vermitteln Propaganda neben Arabisch auch in nahezu allen europäischen Sprachen.

Die Strategie des IS



Abbildung 1: Die Strategie des Islamischen Staates
Quelle: Feichtinger, Posch, Rupp (IFK)
Grafik: Zinkanell (IFK)

Eine Studie des Brookings Institut belegt, dass von September bis Dezember 2014 46.000 Twitter-Konten von IS-Unterstützern verwendet wurden, wobei im Durchschnitt jedes Konto ungefähr 1.000 „Follower“ hat. Der Erfolg der Social-Media Kampagne des IS geht auf eine relativ kleine Gruppe von hyperaktiven Nutzern, die zwischen 500 und 2.000 Konten be-

treiben, zurück.³ Die hohe Frequenz professionell hergestellter Propagandafilme und die Reichweite des IS in sozialen Medien machen den Dschihad zu einem globalen Phänomen. IS-Rekrutierer können sich somit auf ein weitreichendes Netz an Sympathisanten verlassen, die tagtäglich Tweets in die gesamte Welt aussenden, in denen sie vom angeblich blühenden Alltag im Kalifat berichten.

Im Gegensatz zu den politisch revolutionären Kräften, ist es für extremistische Gruppierungen jedoch nicht von zentraler Bedeutung eine Massenbewegung zu formieren. Sie begnügen sich damit, unzufriedene und benachteiligte Menschen weltweit anzusprechen und tausende Kämpfer für ihre Schlachten zu mobilisieren. Das Motto des IS „maintain and expand“ weist darauf hin, dass die Erhaltung des Kalifates im Mittelpunkt seiner Anstrengungen steht und ein Verlust seines Hoheitsgebietes, seiner Städte und Bevölkerung, seine Legitimität untergräbt und einen Rückschlag für den Anspruch des IS, über die gesamte muslimische Welt zu herrschen, bedeutet. Aus diesem Grund stand bisher die Konsolidierung bestehender Einflusssphären im Vordergrund und weniger der „Kampf gegen den Westen“. Die vom IS durchgeführten Terroranschläge im November 2015 in Paris markieren allerdings einen Strategiewechsel. Innerhalb von zwei Wochen kam es zu drei verheerenden Terroranschlägen: der Absturz eines russischen Passagierflugzeuges über der Sinai-Halbinsel, der koordinierte Terroranschlag in Paris sowie der doppelte Selbstmordanschlag in der Hisbollah-Hochburg in Südbeirut. Der IS hat nun erstmals Anschläge außerhalb seiner Machtzentren in Syrien und Irak durchgeführt und in jene Länder getragen, die gegen den IS Krieg führen. Als Grund für die Strategieanpassung wird der militärische Druck gegenüber dem IS im Irak und in Syrien angenommen. Der IS ist zunehmend mit Gebietsverlusten konfrontiert und wird durch sinkende Einnahmequellen auch existentiell geschwächt. Aus diesem

³ Vgl. Berger, J.M./Morgan, Jonathon: The ISIS Twitter census: Defining and describing the population of ISIS supporters on Twitter (März 2015). <www.brookings.edu/research/papers/2015/03/isis-twitter-census-berger-morgan>, abgerufen am 30.03.2016.

Grund verlagert die Gruppe die Aufmerksamkeit von der Kampffront in das Territorium des Feindes. Der IS versucht nun - ähnlich wie sein Konkurrent *al-Qaida* - medienwirksame Terroranschläge in Europa, USA oder auch anderen Teilen der Welt zu verüben, um somit seine Wahrnehmung als „unbesiegbare Islamischer Staat“ nicht zu trüben und um weiterhin Macht zu demonstrieren sowie neue Sympathisanten anzuwerben. Der IS spricht in seiner Propaganda davon, einen „Krieg in Europa“ zu entfachen. Angst wird dabei als strategisches Mittel eingesetzt. Offenbar versucht der IS durch Attentate westliche Gesellschaften dazu zu bewegen, gegen ihre muslimischen Minderheiten vorzugehen. Die Konsequenz wäre eine gesellschaftliche Spaltung, die insbesondere muslimische Jugendliche in die Hände der Dschihadisten treiben und somit - auch bei vermeintlicher Zerschlagung des IS - die Ideologie weiterleben würde und andere extremistische Gruppen könnten aus der Asche des IS steigen und versuchen, die Mission und den Traum der Wiederherstellung des Kalifats weiterzuverfolgen.

Was diese Herausforderungen für Europa bedeuten, wird im abschließenden Kapitel „Wege aus der Radikalität“ beleuchtet. Ungeachtet der gestiegenen Zahl der Dschihadisten scheinen die arabischen Umbrüche die Kreativität, Dynamik und Kampferfahrung von radikalen Gruppen verstärkt zu haben. Für Akteure, die Radikalisierung zu bekämpfen versuchen, werden die Herausforderungen zunehmend komplexer. Massiv gewachsen ist die Zahl der ausländischen Kämpfer in den Reihen der dschihadistischen Organisationen. US-Geheimdienste schätzten Anfang 2016, dass über 36.500 Ausländer aus mindestens 120 Ländern in den Kampf nach Syrien und Irak gezogen sind, davon mindestens 6.600 aus dem Westen.⁴ Schätzungen zufolge wurden mittlerweile 10 bis 15 Prozent von ihnen getötet und über 20

⁴ Vgl. Flow of Foreign Fighters to Iraq, Syria Unrelenting. In: Voice of America, 08.01.2016. <www.voanews.com/content/flow-of-foreign-fighters-to-syria-iraq-unrelenting/3135549.html>, abgerufen am 08.02.2016.

Prozent kehrten in ihre Heimatländer zurück.⁵ Problematisch ist daher, wie langfristig auf Radikalisierung reagiert werden kann. Studien belegen eine Korrelation zwischen Jugendarbeitslosigkeit und politischer Instabilität.⁶ Demnach tritt politische Instabilität insbesondere in jenen Staaten auf, wo die Jugendarbeitslosigkeit die Schwelle von 30% überschreitet und soziale Ungleichheiten sowie Korruption hoch sind. Betrachtet man die Jugendarbeitslosigkeit in der EU, die im Durchschnitt bei 21,6 Prozent⁷ liegt, und jene der MENA-Region (Mittlerer Osten und Nordafrika), welche zwischen 25 und 60 Prozent die Höchste weltweit darstellt, könnte diese Annahme zutreffen.⁸ Am beunruhigendsten für die Politik ist die Unsicherheit darüber, wann die „Schlacht gegen den Extremismus“ enden wird. Problematisch ist dabei die Ideologie des IS, die auch nach Zerschlagung der Terrorgruppe in ihren Hochburgen weiterleben wird. Eine Strategie gegen den IS kann sich daher nicht auf bestimmte Regionen konzentrieren, sondern muss als Ganzes berücksichtigt und verstanden werden. Der Versuch das Kalifat im Irak und in Syrien physisch zu zerstören, könnte kurzsichtig sein, denn der IS ist sich bewusst, dass seine staatlichen Strukturen nicht ewig andauern werden. Neue territoriale Expansionen und die Mission der globalen Radikalisierung bieten dem IS einen Ausweg, eine strategische Niederlage zu vermeiden. Somit können die Provinzen des Kalifates in Libyen,

⁵ Institute for Economics and Peace: Global Terrorism Index 2015 (November 2015). <<http://economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2015/11/2015-Global-Terrorism-Index-Report.pdf>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁶ Vgl. Azeng, Therese F./Yogo, Thierry U.: Youth Unemployment and Political Instability in Selected Developing Countries. In: African Development Bank Group – Working Paper Series, 171/2013. <www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/Working_Paper_171_-_Youth_Unemployment_and_Political_Instability_in_Selected_Developing_Countries.pdf>, abgerufen am 30.03.2016.

⁷ Stand Februar 2016; vgl. <www.statista.com/statistics/266228/youth-unemployment-rate-in-eu-countries/>, abgerufen am 30.03.2016.

⁸ Vgl. Mottaghi, Lili: The Problem of Unemployment in the Middle East and North Africa Explained in Three Charts (25.08.2014). <<http://blogs.worldbank.org/arabvoices/problem-unemployment-middle-east-and-north-africa-explained-three-charts>>, abgerufen am 30.03.2016.

Ägypten oder Afghanistan genauso wichtig sein, um den Krieg gegen den IS zu gewinnen, wie der Kampf in Syrien oder Irak. Denn „Sieg“ nimmt für Dschihadisten unterschiedliche Formen an: Einige sehen ihren Triumph in einem Märtyrer-Tod, andere suchen Belohnung im ständigen Kampf gegen die ungläubigen Feinde, wieder andere behaupten, schon mit der Ausrufung des Kalifates gesiegt zu haben. Was die Vision aller Dschihadisten vereint, ist die Idee den tödlichen Kampf gegen Ungläubige in die Zukunft zu tragen. Es ist eine Logik die eine asymmetrische Kriegsführung verfolgt und schwere Verluste für die eigenen Anhänger in Kauf nimmt. Ein langfristiger Plan zur Bekämpfung der Wurzeln der Radikalisierung und ein tiefergehendes, andauerndes Engagement zur Delegitimierung des dschihadistischen Salafismus ist daher unerlässlich für eine effektive Bekämpfung dschihadistischer Gruppierungen.

Diese und weitere Erkenntnisse werden in den folgenden Kapiteln des Buches präsentiert. Die Beiträge beziehen sich auf den Forschungsstand im Jahr 2015. Das Einführungskapitel beschäftigt sich u.a. mit den Begriffsdefinitionen, den unterschiedlichen Strömungen des Islam sowie mit der Erklärung der dschihadistischen Ideologie und der Nutzung der (Online-)Medien des Dschihads. Die Fallstudien im zweiten Kapitel beleuchten islamistische Gruppierungen sowie die historische Entwicklung des politischen Islam in verschiedenen Ländern, denn der regionale Rahmen, in dem eine Bewegung agiert, ist für die Entwicklung des moderaten als auch radikalen Islamismus von zentraler Bedeutung. Der dritte und letzte Abschnitt befasst sich mit den Lösungsansätzen gegen die wachsende Radikalisierung. Anhand von Erfahrungswerten aus bestehenden „Deradikalisierungsprogrammen“ in muslimischen und westlichen Ländern soll ein Versuch unternommen werden, effektive Maßnahmen und Instrumente zur Prävention von Radikalisierung in Europa zu finden, um schließlich extremistischen Akteuren die Sympathie und Rekrutierungsbasis auf lange Sicht zu entziehen.

Die vorliegende Publikation profitierte in großem Ausmaß von der Beratung zahlreicher Experten, dennoch vertritt der Inhalt jedes Beitrags die

Meinung der einzelnen Autoren. Auch die Anwendung der gendergerechten Sprache sowie die Transkription arabischer Termini und Namen liegen in der Verantwortung der einzelnen Autoren. Einige verzichteten für den Zweck der besseren Lesbarkeit auf die in der Orientalistik übliche Umschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG), andere verwendeten bei erstmaliger Erwähnung die DMG-Umschrift, danach eine in den Medien geläufige Transkription.

I. Einführung

Islam ist nicht gleich Islam – die wichtigsten Strömungen

Hamideh Mobagheghi

Vielfalt als gottgewollte Realität der Schöpfung

Im *Qurʾān* (Koran) wird in unterschiedlichen Erzählungen und Zusammenhängen auf die Vielfalt in der Schöpfung hingewiesen und diese als Zeichen betrachtet, über die der Mensch nachdenken soll.⁹ Thomas Bauer verdeutlicht in seinem Buch „Die Kultur der Ambiguität – eine andere Geschichte des Islam“¹⁰ wie fruchtbar die Ambiguitätstoleranz für die Entwicklung der islamischen Kulturen gewesen ist und wie die Muslime versucht haben, die Konkurrenzverhältnisse zu überwinden, die zwangsläufig entstehen, wenn ein „neues Deutungsangebot auf ein altes stößt“¹¹. Die Muslime haben zumeist nach Kompromissen gesucht; sie integrierten die „ursprünglich konkurrierenden Deutungsmuster oder ließen sie nebeneinander bestehen.“¹²

Die Offenheit für die Vielfalt der Deutungen ist unter anderem aus dem Vers 48 in Sure 5 herauszulesen: „[...] Für jeden von euch haben Wir ein Gesetz und eine Lebensweise bestimmt. Und wenn Gott es gewollt hätte, Er hätte euch alle sicherlich zu einer einzigen Gemeinschaft machen können: aber Er wollte euch prüfen durch das, was Er euch gewährt hat. Wett-eifert denn miteinander im Tun guter Werke! Zu Gott müsst ihr alle zurückkehren; und dann wird Er euch all das wahrhaft verstehen lassen, worüber ihr uneins zu sein pflegtet.“¹³ Demnach ist der Streit um die Wahrheit

⁹ Als Beispiel ist zu nennen: *Qurʾān*: Sure 30, 19ff.

¹⁰ Bauer, Thomas: *Die Kultur der Ambiguität – eine andere Geschichte des Islam*. Berlin 2011.

¹¹ A.a.O. S. 28.

¹² Ebd.

¹³ Die Übersetzung ist entnommen von: Asad, Muhammad: *Die Botschaft des Koran*. Düsseldorf 2009.

kein menschliches Anliegen. Es liegt in der Macht des Menschen, sich für das Gute einzusetzen und diese Kraft aus dem eigenen Glauben zu schöpfen. In der handlungsorientierten Religiosität sind die Menschen miteinander verbunden, obgleich sie unterschiedlicher Meinung sind und vielfältige Glaubensvorstellungen haben. Die Handlungen wie Gebet, Fasten und religiöse Feste ermöglichen gemeinsame Erfahrungen und bringen Menschen einander näher.

Entwicklung der unterschiedlichen Strömungen im Islam

Als der Prophet Muhammad im Jahr 632 in Medina starb, gab es unterschiedliche Ansätze, wie die junge Gemeinschaft die bevorstehenden Herausforderungen meistern sollte. Als Gesandter Gottes und als die Person, die um den Zusammenhalt der Gemeinschaft bemüht war, hatte Muhammad eine heterogene Gemeinschaft in Medina aufgebaut. Die Frage, wie nun diese Gemeinschaft weiterbestehen sollte, wurde bereits an seinem Sterbebett diskutiert.

Es gab weiterhin Gegner Muhammads, die nicht bereit waren, der „neuen“ Religion Raum zur Entfaltung zu geben. Die Gelegenheit wurde als günstig angesehen, die Lehre in Abwesenheit des Propheten zurückzudrängen. In dieser Situation war es von enormer Bedeutung, die Kräfte, denen das Weiterbestehen des Islam ein Anliegen war, zusammenzuhalten. Die Ansätze der Entwicklung der islamischen Strömungen zeichneten sich bereits zu diesen Zeiten ab. Während eine Gruppe der Meinung war, dass der Prophet Muhammad selbst seinen Schwiegersohn Ali, der beim ihm aufgewachsen war und die Lehre seit Beginn der Berufung des Propheten unmittelbar vermittelt bekommen hatte, für die Führung vorgeschlagen hatte, waren andere der Meinung, dass die Frage der Führung von der Gemeinschaft entschieden werden sollte. Um die Spaltung der Gemeinschaft zu vermeiden, verzichteten Ali und seine Anhänger auf ihren Anspruch. Ein Rat der Gefolgschaft des Propheten wählte Abu Bakr (573-634) als Führer der Gemeinschaft, der jedoch nach zwei Jahren starb. Ihm folgte 'Umar (592-644), der zahlreiche Eroberungskriege führte. Durch die Expansion kamen die

Muslime (auch) mit den Kulturen und Religionen außerhalb der arabischen Halbinsel in Berührung. ‘Umar wurde nach zehnjährigem Kalifat von einem christlichen Sklaven ermordet.¹⁴ Dies geschah aus persönlicher Rache und hatte keinen politischen Hintergrund. Die Vorstöße der Muslime erweiterten sich nach Norden sowie in die byzantinischen Territorien und in den West- und Zentraliran.¹⁵ Unter dem dritten Kalifen, Uthman (574-656), ging die Expansion der Muslime im Osten ununterbrochen weiter. Zugleich zeichneten sich zunehmende Spannungen im Inneren ab. Die kleine und junge Gemeinschaft wuchs in kurzer Zeit über die überschaubare Ursprungsgemeinde hinaus und war mit neuen Herausforderungen konfrontiert.¹⁶ Zuerst waren die Verteilung der Kriegsbeute, von Steuereinnahmen sowie die Verteilung der Posten die Gründe für Konflikte und daraus folgende Spaltungen. Als Uthman im Jahr 656 ermordet wurde, übernahm Ali – durch Unterstützung der in Medina lebenden „Helfer“ des Propheten, nachdem sie in Medina eingewandert waren – die Führung der Gemeinschaft, die bereits in Konflikte verwickelt war. Es herrschten sogar zwischen den noch lebenden Gefährten des Propheten und seinen Angehörigen Konflikte und gar Kriege, die immer mehr zur Spaltung führten. Die Expansion und damit verbundene Konflikte waren hauptsächlich die Gründe dafür, dass sich am Ende des siebten Jahrhunderts allmählich ein „islamisches“ Herrschaftssystem ausformte, welches das Kalifat der Abbasiden und Umayyaden hervorbrachte.

Ausformung der Denk- und Rechtsschulen

Aus pragmatischen Gründen und aus dem Grundgedanken der islamischen Lehre, die nicht zwingend nur eine einheitliche Lehrmeinung propagierte, waren die Muslime bereit, die unterschiedlichen Meinungen zu gewähren und vor allem in praktischer Umsetzung des Glaubens die Gewohnheiten

¹⁴ Krämer, Gudrun: Geschichte des Islam. München 2005, S. 35.

¹⁵ A.a.O. S. 33.

¹⁶ Ebd.

und Bräuche der neuen Territorien zu übernehmen. Im Prozess der Übernahme der bestehenden Regeln, die dann im Lichte der islamischen Lehre modifiziert wurden, entstanden kontroverse und zugleich fruchtbare Diskussionen, die eine dynamische Entwicklung der islamischen Theologie(n) bewirkten.

Der *Qurʾān* ist allmählich und in einem Zeitrahmen von über zwanzig Jahren offenbart worden. Er selbst weist darauf hin, dass er klare und feste (*Muḥkamāt*) sowie mehrdeutige (*mutašābiāt*) Aussagen beinhaltet.¹⁷ Zu seinem Inhalt gehören auch Antworten auf die Fragen, welche Menschen aufgrund ihrer Lebensrealität gestellt haben. Der „kommunikative Charakter“ des *Qurʾān* zeigt, dass die Offenbarung in einem dynamischen Prozess entstanden ist. Für seine Deutung sind demnach die Kenntnisse über den Kontext seiner Entstehung erforderlich. Im *Qurʾān* sind die Prinzipien des Nachdenkens, Verstehens und vernünftigen Erfassens an zahlreichen Stellen wiederholt erwähnt. Diese Aufforderung ermutigte die Menschen, in streitbare Diskurse einzusteigen und theologische sowie philosophische Denkmuster zu entwickeln. Als die Muslime im Rahmen ihrer Expansion mit der antiken Philosophie in Berührung kamen, begann rasch eine Welle der Übersetzungen der Werke in das Arabische. Die Muslime verfassten Abhandlungen und Kommentare zu griechischen philosophischen Werken, die eine vielfältige Symbiose zwischen antiken Philosophien und islamischen Lehren hervorbrachte, die stark von Aristoteles, Platon sowie neuplatonischen Grundgedanken geprägt war.

Die muslimischen Denker machten sich bereits im siebten Jahrhundert Gedanken über wenig präzise sowie bildhafte Aussagen im *Qurʾān* und suchten nach möglichen Deutungen: Gott und die Schöpfung, Schöpfung aus dem Nichts, das Ende der Welt, die Auferstehung, Seele und Körper, Freiheit und Determination sowie Moral und religiöse Pflichten waren Themenbe-

¹⁷ Qurʾān: Sure 3, 7.

reiche, über die muslimische Gelehrte zahlreiche Abhandlungen und umfassende Werke verfassten. Durch die Begegnung mit anderen Kulturen und Religionen war es erforderlich, sich mit den eigenen Lehren und Glaubensvorstellungen emotional und rational auseinanderzusetzen.

Die große Übersetzungsbewegung vom Griechischen in das Arabische und die Rezeption der antiken Philosophie dauerte bis in die zweite Hälfte des zehnten Jahrhunderts an. Über die Philosophie hinaus waren die Muslime an den Naturwissenschaften interessiert, die nicht zuletzt aufgrund der praktischen Umsetzung des Glaubens erforderlich waren. Die mathematischen Fertigkeiten waren z. B. notwendig, um die Steuern des großen Reiches entsprechend islamischer Vorstellungen berechnen zu können. Die Durchführung der Rituale brachte Fragen mit sich, die beantwortet werden mussten: z. B. für die täglichen Gebete, die Festlegung der Gebetsrichtung nach Mekka, die Datierung von Beginn und Ende des Fastenmonats usw. Für all das waren Wissenschaften wie Mathematik und Astronomie notwendig. Auch die theologischen Themen wie Spekulationen über Anfang und Ende der Welt, Tugenden und Moral sowie die Willensfreiheit bewegten die Menschen. Die Mehrheit der Herrscher der Abbasiden-Dynastie, die von 750 bis 1258 das große islamische Reich regierten, befürworteten die Arbeiten der muslimischen Natur- und Geisteswissenschaftler.¹⁸

Die meisten, wenn nicht alle, renommierten muslimischen Philosophen waren religiöse Menschen oder hatten umfassendes Wissen über die islamische Theologie (*Kalām*).

Zu Beginn des theologischen und im weitesten Sinn auch philosophischen Kontemplierens ging es vor allem um den Komplex von Freiheit/Unfreiheit und Verantwortlichkeit des einzelnen Gläubigen im Zusammenhang mit dem Begriff der Sünde. Ebenso wichtig für die Muslime war die Frage nach

¹⁸ Vgl. Rudolph, Ulrich: Islamische Philosophie – von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 2004, S. 11-14.

Frömmigkeit und dem Frommsein. Die Antwort auf diese Frage war maßgeblich für die Wahl der Personen, welche die muslimische Gemeinschaft nach dem Propheten Muhammad führen sollten. Die Gläubigen waren sich einig, dass die Führung jemandem zusteht, der sich zum Islam bekennt, die Tradition des Propheten Muhammad befolgt und sich an die islamischen Regeln hält. Nun tauchten Fragen auf: Was waren die islamischen Regeln und wie verhielt sich derjenige, der danach lebte? Dürfte ein Führer der muslimischen Gemeinschaft jemand sein, der auch Sünden begeht? Wie wird die Sünde definiert? Wer ist ein Sünder? Gibt es „große“ und „kleine“ Sünden? Somit beschäftigten sich die Muslime, wie auch Anhänger anderer Weltreligionen, mit der Dichotomie zwischen Gut und Böse.

Der Mensch ist im Islam verantwortlich für die gewissenhafte Bewahrung der Schöpfung und handelt auf dieser Welt als Statthalter Gottes. Die islamische Anthropologie kennt zwar den Begriff der Verführbarkeit des Menschen durch die Sünde und des Ungehorsams gegenüber Gott, kennt aber nicht die Doktrin der Erbsünde. Die Theologen der ersten einflussreichen islamischen Schule der *Muʿtazila* versuchten, die Gedanken der Allmacht Gottes und der Freiheit der Menschen miteinander zu verbinden. Der Ursprung der *muʿtazalitischen* Schule geht auf das siebente Jahrhundert zurück, die Zeit von Aufruhr und Spaltung, der politischen Unruhen und Streitigkeiten in der jungen muslimischen Gemeinde.

Den theologischen und philosophischen Meinungen liegen auch gesellschaftliche und politische Geschehnisse und Wandlungen zugrunde, daher können sie nur im Kontext der Entstehung und Entwicklung analysiert und verstanden werden.¹⁹ Der Einfluss der *Muʿtazaliten* auf die spätere Theologie ist enorm gewesen. Es gab kaum einen orthodoxen Theologen, der sich nicht mit den Lehrsätzen der *Muʿtazila* auseinandersetzte. Das Denken der *Muʿtazaliten* kreiste um fünf Prinzipien: Einheit und Einzigkeit Gottes,

¹⁹ Vgl. Hendrich, Geert: Arabisch-islamische Philosophie – Geschichte und Gegenwart. Frankfurt/Main 2005, S. 22-33.

Gottes Gerechtigkeit, die Verheißung und die Drohung, eine Zwischenstellung²⁰ zwischen Glaube und Unglaube, Aufforderung zu guten Handlungen und das Unterlassen von schlechten Handlungen. Dadurch, dass für sie die Gerechtigkeit Gottes zu den Prinzipien gehörte, waren sie gegen Prädestination und für die Willensfreiheit. Auch mit dem ewigen Problem der Theodizee beschäftigten sich die *Muʿtazaliten*: wie kann Gott als Quelle alles Guten und aller Wohltat, als Schöpfer der Welt und des Menschen, das Böse in der Welt zulassen? Sie waren der Meinung, dass das Böse weitgehend Menschenwerk sei: wenn der Mensch falsch handelt und Leid verursacht, verletzt er die Gerechtigkeit, und so entsteht das Böse (das Fehlen von Gerechtigkeit ist das Böse).²¹ Dieser Meinung wurde von der *ascharitischen* (*ašʿaritischen*) Schule entschieden entgegengetreten, die vor allem in der Auseinandersetzung mit der Rationalität und Bejahung der Vernunft durch *Muʿtazila* im achten Jahrhundert entstanden ist. Sie vertraten die Meinung, dass Gott als Schöpfer alles Bestehenden bei der Erschaffung der Welt bereits alles vorherbestimmt hat – alles ist im Buch der Schöpfung geschrieben (*maktub*) – auch das Böse. Die Theologie der *Muʿtazaliten* wurde durch den Einfluss der ascharitischen Schule und ihrem Dogmatismus allmählich verdrängt. Ihre rationale Theologie ging in diesem Prozess überwiegend in die Philosophie über.

Eine Trennung zwischen Theologie und Philosophie zeichnete sich nach der Wende vom 9. zum 10. Jahrhundert ab. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, maßgeblichen Anteil daran hatten al-Ašʿari (gestorben 935) und al-Maturidi (gestorben 944), die sich in Auseinandersetzung mit der rationalistischen Theologie der *Muʿtazaliten* immer mehr gegen die Philosophie wandten. Sie betonten die Normativität der islamischen Überlieferung und

²⁰ Es geht hier um eine Meinung der *Muʿtazila*: sie sprachen von einer Stufe zwischen Glaube und Unglaube (*fi ma bein*), weil sie der Meinung waren, dass jemand, der große Sünden begeht, nicht den Glauben verliert, aber auch nicht gläubig ist.

²¹ Vgl. Lerch, Wolfgang Günter: Denker des Propheten – die Philosophie des Islam. Düsseldorf 2000, S. 32-40.

sorgten dafür, dass eine überlieferungsorientierte sunnitische Theologie in den Vordergrund trat.

Entstehung der Rechtsschulen

Während sich die Denkschulen überwiegend dem philosophischen Diskurs widmeten, waren zahlreiche Gelehrte mit der Festlegung der Dogmen sowie Regeln der praktischen Umsetzung des Glaubens beschäftigt. Auch in dieser Kategorie der religiösen Wissenschaft (*fiqh*) wurde kontrovers diskutiert. Dadurch entstanden die beiden sunnitischen und schiitischen Rechtsschulen, die wiederum in weitere Gruppen unterteilt sind.

Zu der sunnitischen Richtung gehören bekanntlich die vier Rechtsschulen, die bis heute in der islamischen Welt vertreten sind:

Die hanafitische Schule hat ihren Namen von Abu Hanīfa (699-767) und ist hauptsächlich in der Türkei, auf dem Balkan und in Zentralasien vertreten. Mālik ibn Anās (715-795) gilt als Gründer der malikītischen Schule, die heute eher in Nordafrika und Spanien zuhause ist. Aš-Šāfi‘ī (767-820) gilt als Gründer der Schāfi‘ī (Šāfi‘ī) Schule, aufgrund seiner Schriften gilt er als eigentlicher Begründer der islamischen Jurisprudenz. Letztlich ist von den sunnitischen Schulen die hanbalitische Schule zu nennen, die auf Ahmad bin Hanbal (780-855) zurückzuführen ist. Seine Lehre war eine konservative Reaktion auf die rationalistische Auslegung des Islam und somit gegen die *Mu‘tazila* gerichtet. Heute ist diese Lehre überwiegend in Gestalt der Wahhabiten in Saudi-Arabien vertreten. Die Sunniten sind die größte Strömung des Islam, zu ihnen gehören weltweit etwa 85% der Muslime.

Die šī‘itische (schiitische) Rechtsschule besteht hauptsächlich aus der *Imāmīya*-Richtung, die zwölf Imame nach dem Propheten Muhammad anerkennt, während die kleinen Gruppen wie Zaiditen (*Zaidīya*) fünf Imame und die Ismā‘īliten sieben Imame anerkennen. Die šī‘iten (Schiiten) leben

hauptsächlich im Iran und Irak und als beachtliche Minderheit im Libanon, in Indien und Syrien.²²

Vielfalt der islamischen Richtungen heute

Im Islam gibt es keine religiöse Institution, die für sich die alleinige Deutungshoheit beanspruchen kann. Die Tradition der Vielfalt und unterschiedliche Deutungen wurden bewusst gepflegt und weitergetragen. Die Gelehrten verstanden ihre Interpretation und Auslegung des *Qur'ān* eher als vorläufige Erkenntnis. Ihre Bescheidenheit zeigten sie dadurch, dass sie ihre Kommentare oft mit dem Satz beendeten: „Gott weiß es besser.“ Die Verschiedenheit der religiösen Auslegungen und Strömungen war selten der Grund für Konflikte, es waren vielmehr sozio-politische Spannungen. Sunniten und Ši'iten (Schiiten) haben in weiten Teilen der islamischen Welt neben- und auch miteinander in Frieden gelebt und auch untereinander geheiratet, zumal die Grundprinzipien des Glaubens bei beiden Richtungen ähnlich oder zum Teil auch identisch sind. Sie alle glauben an einen Gott, an das Leben nach dem Tod, an die Botschaften, die Gott durch seinen Gesandten an die Menschheit vermittelt hat, und daran, dass sich der Mensch am Jüngsten Tag vor dem Gericht Gottes verantworten muss. Die Rituale wie Gebet, Fasten und Pilgerfahrt können gemeinsam bestritten werden. Im Bereich der systematischen Theologie (*kalām*), der Auslegung des *Qur'ān* und vor allem im philosophischen Diskurs als Teil der Theologie gibt es Differenzen, die in der alltäglichen Glaubenspraxis und Zugehörigkeit zur Gemeinschaft keine große Rolle spielen.

Daher ist die Frage zu stellen, was aktuell die wahren Gründe für die Konflikte zwischen Sunniten und Ši'iten (Schiiten) sind. Die extremen sunnitischen Gruppierungen wie der selbsternannte „Islamische Staat“ erklären Ši'iten (Schiiten) als Feinde und bekämpfen sie. Es ist nicht zu leugnen,

²² Vgl. Kreiser, Klaus/Wielandt, Rotraud (Hrsg.): Lexikon der Islamischen Welt. Stuttgart 1992, S. 231-235.

dass es in den Quellen des Islam – wie in allen anderen Religionen – Aussagen gibt, die tendenziös ausgelegt werden können, sodass daraus eine Legitimation für extremes Gedankengut hergeleitet werden kann. Neben den religiös motivierten Ideologien sind weitere Gründe in Betracht zu ziehen, die zurzeit ursächlich für zahlreiche Konflikte auf der Welt sind. Die soziale Ungerechtigkeit, zielgerichtete politische Entscheidungen, die vorwiegend auf Profit und materiellen Gewinn ausgerichtet sind, Ausbeutung der Ressourcen der schwachen Gesellschaften und nicht zuletzt die massiven Investitionen in militärische Macht sind weitere Ursachen der Instabilität und Konflikte unserer Zeit. Vor allem ist es aktuell der Islam, der im Verdacht steht, eine Religion zu sein, die das radikale religiöse Gedankengut fördert. In diesem Zusammenhang haben sich neue Begriffe für extreme muslimische Gruppierungen etabliert, die zum Teil auch synonym verwendet werden.

Die Begriffe Fundamentalismus, Islamismus, Salafismus, Dschihadismus

Die neu entstandenen Begriffe wie islamischer Fundamentalismus, Islamismus, Salafismus und zuletzt auch Dschihadismus sorgen für ein Wirrwarr der Begrifflichkeiten. Mit diesen Begriffen werden unterschiedliche radikale Gruppierungen etikettiert, deren Ideologien sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt haben. Ihre Ideengeber waren Personen, die sich für Reformgedanken und Befreiungsbewegungen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark gemacht haben. Ein kurzer Blick in die Entstehungsgeschichte dieser Bewegungen ist notwendig, um zu verstehen, wie sich die heutigen Gruppierungen entwickelt haben.

Der Begriff Fundamentalismus, der ohne weiteres Nachdenken für den Islam verwendet wird, rührt von einer Strömung innerhalb des Protestantis-

mus der Vereinigten Staaten her, die nach ihrer seit 1910 erschienen Schriftenreihe „The Fundamental“ bezeichnet wurde.²³ Dieser christlichen Bewegung werden Merkmale zugeordnet, die in ähnlicher Form in einigen von Muslimen vertretenen Ideologien zu finden sind. Es waren vor allem vier unverrückbare „Grundwahrheiten“ („fundamentals“), die diese Bewegung charakterisierten: 1) die buchstäbliche Unfehlbarkeit der Heiligen Schrift, 2) die Nichtigkeit aller modernen Theologie und Wissenschaft, soweit sie dem Bibelglauben widersprechen; 3) die Überzeugung, dass niemand, der vom fundamentalistischen Standpunkt abweicht, ein wahrer Christ sein könne, und 4) die Überzeugung, dass die moderne Trennung von Kirche und Staat immer dann zugunsten einer religiösen Bestimmung des Politischen aufgehoben werden muss, wenn politische Regelungen mit fundamentalen religiösen Überzeugungen kollidieren.²⁴ Damit wird Fundamentalismus als eine religiöse Bewegung definiert, die sich den Errungenschaften der Moderne verschließt und die religiösen Quellen absolut setzt. Ob dieser Begriff ohne weiteres für den Islam verwendet werden kann, ist weiterhin umstritten, er hat sich allerdings in der Literatur als „islamischer Fundamentalismus“ durchgesetzt und wird zum Teil anders als christlicher Fundamentalismus definiert: „Im islamischen Fundamentalismus manifestiert sich nicht *der* Islam – dieser ist keineswegs per se fundamentalistisch, sondern nur eine von vielen möglichen und in der heutigen Realität auch tatsächlich anzutreffenden Interpretationen des Islam, wenngleich eine im Augenblick politisch lautstarke und einflussreiche. Islamischer Fundamentalismus [ist] auch nicht einfach eine extrem konservative religiöse Strömung innerhalb des Islam [...] Während es Konservativen darum geht, die im Verlauf der Jahrhunderte bis an die Gegenwart heran gewachsene Tradition zu bewahren und ohne Brüche in die Zukunft hinein fortzusetzen, verwerfen islamische Fundamentalisten gerade die vorgefundene Tradition

²³ A.a.O. S. 103.

²⁴ Vgl. Gemein, Gisbert/Redmer, Hartmut: Islamischer Fundamentalismus. Münster 2005, S. 16.

als verderbt. [...] Deshalb wollen sie die Glaubensgemeinschaft unter Überspringung dieser Tradition wieder zurück zu den Idealzuständen des Urislam führen.“²⁵ Die muslimischen Fundamentalisten wollen nicht in das Mittelalter zurück, im Gegenteil – ihr Grundgedanke ist es, den Urislam mit der Moderne in Beziehung zu setzen. Für diese Vereinbarkeit plädierten die Ideengeber und sie waren der Meinung, dass es möglich sei, eine ideale Gesellschaft aufzubauen, die nach islamischen Werten *und unter Einbeziehung* moderner Errungenschaften zu gestalten ist.

Der Widerstand gegen die Kolonialmächte war die Geburtsstunde des „islamischen Fundamentalismus“ Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Auflehnung entwickelte sich vorwiegend in den traditionellen Schulen der Gelehrsamkeit und zum Teil in den *Sufi*-Orden, während die lokalen Eliten mit den Kolonialherren kollaborierten und die Gebildeten von den Gesellschaften im Westen die modernen Wissenschaften erlernten.

Im 19. Jahrhundert waren es zwei Personen, deren Meinungen von weiteren Gruppen weitgehend übernommen wurden: Der aus dem Iran stammende politische Aktivist und Denker Ğamāluddin al-Afghani (1838-1897) und der ägyptische Journalist und Gelehrte Muhammad Abduh (1849-1905). Sie waren maßgeblich für eine Reformbewegung, die für rationale Religiosität plädierte und keineswegs gegen Moderne und Wissenschaften war. Muhammad Abduh lernte 1870 al-Afghani kennen und übernahm von ihm die Meinung, dass die Muslime sich vom wahren Islam entfernten – und dies sei der Grund für ihre Niederlage gegenüber dem Westen. Sie vertraten die Meinung, dass der Islam dem Westen überlegen sei, weil er der Vernunft großen Raum gebe und offen für wissenschaftliche Erkenntnisse sei. Kolo-

²⁵ Vgl. Kreiser, Klaus/Wielandt, Rotraud (Hrsg.): Lexikon der Islamischen Welt. Stuttgart 1992, S. 231-235.

nialismus war für sie die Neuaufnahme der Kreuzzüge, welche die schwachen Muslime zwang, unter dem Joch des Westens zu leben.²⁶ Hasan al-Banna (1906-1949), ein ägyptischer Volksschullehrer, übernahm Teile dieser Ideen und gründete 1928 die *ʿihwān al-muslimūn*, die „Muslimbruderschaft“.²⁷ Für ihn war Europa „das abschreckende Beispiel für Materialismus, ideologischen Fanatismus, verrottete Moral und Imperialismus. Dagegen fordere das Modell Islam, als dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die solidarische und moralisch gefestigte Gesellschaft der Muslime.“²⁸ Er sah den Islam als Garant für eine derartige Gesellschaft und forderte die Durchsetzung der religiösen Gesetze, die er im Begriff *Scharia* (*ṣarīʿa*) subsumierte. Die Quellen dafür sind der *Qurʾān* und die Tradition sowie die Lebensweise der Gefährten des Propheten, die beim Wort genommen werden sollten.²⁹ Diese Reformbewegungen hatten kaum Einfluss auf politische Änderungen zugunsten der Bevölkerung. Im Gegenteil unterdrückten die korrupten und unfähigen Regime in einigen islamischen Ländern ihre Bevölkerung immer stärker und ließen sie verarmen. Die Hoffnung auf Teilhabe am Reichtum und an den Errungenschaften des Westens schlug um in Enttäuschung. In dieser Situation gewann die Idee, „der Islam sei die Lösung“ – Leitspruch von Hasan al-Banna – immer mehr an Anziehungskraft und führte zu einem verbalen Kampf gegen den Westen. Die antiwestliche Haltung verschärfte sich unter anderem durch das Wirken von Sayyid Qutb (1906-1966). Er war ein intellektueller Ägypter und zog mit seinen „intellektuell und ästhetisch anziehenden Schriften“

²⁶ Jedoch meinte al-Afghani in seinen Reden und Schriften, dass die Rettung im Übernehmen der Errungenschaften des Westens und des Voranbringens der Erziehung der Muslime läge.

²⁷ Vgl. Von Arndt, Martin: Islam-Fundamentalismus, Re-Islamisierung und „Islamismus“ – Essay zur Geschichte der islamischen Reformbewegungen (03.08.2011). <www.begleitschreiben.net/islam-fundamentalismus-re-islamisierung-und-islamismus>, abgerufen am 12.07.2015.

²⁸ Hoffmann, Wilhelm: Fundamentalismus – der Islam in Verteidigungshaltung (2004). <www.wshoffmann.de/artikel/fundi.html>, abgerufen am 12.07.2015.

²⁹ Ebd.

viele, vor allem junge Muslime an.³⁰ Er war ein liberaler und offener Lehrer und später ein Beamter im ägyptischen Bildungsministerium. Seine Haltung änderte sich infolge der sozialen Missstände in Ägypten und nachdem er im Auftrag des Bildungsministeriums für zwei Jahre auf einer Studienreise an verschiedenen amerikanischen Bildungsinstitutionen gearbeitet hatte allmählich.³¹ Von dieser Reise kam er mit einer radikal ablehnenden Haltung gegenüber dem Westen zurück, der für ihn nichts anderes bedeutete als „sexuelle Freizügigkeit, egoistischer Individualismus, Materialismus und Rassismus“.³² Sein Einfluss auf radikale Gruppen hält sich bis heute, obwohl er selbst Gewalt nicht direkt befürwortete.

Die demütigende Niederlage der arabischen Nationen gegen Israel im Sechs-Tage-Krieg des Jahres 1967 markierte in besonderer Weise die Unfähigkeit der arabischen Regime gegenüber ihren Untertanen. Die Teilnahme des Westens für Israel im Israel-Palästinakonflikt und darauffolgende Konflikte im Nahen und Mittleren Osten ließen immer mehr die Hoffnung auf politische und soziale Veränderungen entschwinden. Zugleich stärkten sie die Ablehnung bis hin zu Hass gegenüber dem Westen. Der Erfolg der islamischen Revolution im Iran in den 1970er-Jahren festigte die Meinung, dass nur der Islam Größe und verlorene Würde zurückgeben könne.

Der verbale Kampf schlug allmählich in bewaffneten Kampf gegen die eigenen Regime sowie gegen die militärische Macht des Westens um, die in den islamischen Ländern immer mehr Präsenz zeigte und weiterhin dort vertreten ist.

Die soziale Perspektivenlosigkeit, politische Unsicherheit, wirtschaftliche Krisen, das Leben unter totalitären Regimen sowie die ignorante Politik der

³⁰ Seidensticker, Tilman: Islamismus – Geschichte, Vordenker, Organisationen. München 2014, S. 51.

³¹ A.a.O. S. 52.

³² Ebd.

mächtigen Staaten und Industrienationen gegenüber politisch schwachen Nationen – die reich an Ressourcen sind – bereiten im Lichte der Globalisierung den Boden für die Entstehung der radikalen Ideologien, für die heute Begriffe wie Islamismus, Salafismus und Dschihadismus verwendet werden. Diese Begriffe werden außerhalb der Fachliteratur zum Teil synonym verwendet, zumal eine genaue Abgrenzung und Unterscheidung nicht immer möglich ist und die Übergänge fließend sind.

Der Islamismus wird als eine politische Bewegung definiert und vom Salafismus unterschieden, der eher als eine konservativ-religiöse Bewegung und als unpolitisch betrachtet wird. Diese Unterscheidung ist jedoch nicht ohne weiteres haltbar, denn es gibt in der Türkei, in Ägypten, Tunesien und in Marokko durchaus politische Parteien, die der salafistischen Bewegung zugeordnet werden können.³³ Salafismus ist durch eine Veränderung des Wahhabismus außerhalb von Saudi-Arabien entstanden.³⁴ Wahhabismus hat sich aus der hanbalitischen Rechtsschule entwickelt und wurde im 18. Jahrhundert von Muhammad ibn Abd al-Wahhab begründet. Bei der Gründung des Königreichs von Saudi-Arabien erklärte Ibn Saud, der erste König, diesen zur Staatsdoktrin. Für Wahhabismus und Salafismus gelten *Qurʾān*, die Prophetentradition sowie Glauben und Lebensweise der frommen Altvorderen als Quelle eines authentischen Islams.³⁵ Die akribische Befolgung der Tradition zeigt sich auch in Äußerlichkeiten und rituellen Details. Eine reflektierte und zeitangepasste Deutung der Quellen ist nicht akzeptabel, weil diese als Erneuerung (*bidʿā*) gilt; sie verändert die Religion und ist nicht zulässig.

Salafismus ist vom arabischen Begriff *salaf* abgeleitet, der mit „Altvordere“ zu übersetzen ist.³⁶ Zu den Altvorderen gehören die drei Generationen der

³³ Seidensticker, Tilman: Islamismus – Geschichte, Vordenker, Organisationen. München 2014, S. 78-90.

³⁴ A.a.O. S. 24.

³⁵ Ebd.

³⁶ Ebd.

frommen Muslime, die bis zum Jahr 850 gelebt haben. Ihre Lebensweise verkörpert den „wahren“ Islam und muss nachgeahmt werden. Diese Lebensweise und dieses Glaubensverständnis ist zuerst eine individuelle Entscheidung, die Gemeinschaft hat aber die Pflicht, vor allem die jungen Menschen für diese „wahre“ Lebensweise zu gewinnen. Dies geschieht durch starke verbindliche Zugehörigkeit zur Gemeinschaft. Die meisten salafistischen Richtungen sind apolitisch und gegen Gewaltanwendung.

Die dschihadistische Bewegung – ein relativ neuer Begriff für „kämpferische Bewegung“ – wird ideologisch dem Salafismus zugeordnet. Diese Bewegung versteht die Anwendung von Gewalt für die Verbreitung ihrer Ideologie als legitim. Als eine extreme Erscheinungsform dieser Bewegung ist der selbst ernannte Islamische Staat zu nennen: Eine kleine Gruppe von jungen Menschen, die aufgrund ihrer Brutalität und der menschen- und werteverachtenden Ausprägung ihrer Ideologie weltweit für Aufsehen sorgt. Sie haben im Irak und in Syrien Gebiete annektiert und zu Herrschaftsgebieten des „Islamischen Staates“ erklärt, der laut eigener Darstellung den einzig „wahren“ Islam verwirklichen will. Ihre Definition vom „wahren“ Islam ist weit entfernt von den vielfältigen Richtungen des Islam sowie von der dynamischen islamischen Theologie, die im Laufe seiner fast 1400-jährigen Geschichte der „Kultur der Ambiguität“ offen gegenüberstand.³⁷

Fazit

Die unterschiedlichen und facettenreichen islamischen Gruppierungen in einem kurzen Beitrag darzulegen, ist kaum möglich. Die Denk- und Rechtsschulen, die über einen Zeitraum von 14 Jahrhunderten entstanden sind, weisen auf einen dynamischen theologisch-philosophischen Diskurs sowie auf politische, soziale und gesellschaftliche Strukturen hin, die kontinuierlichen Veränderungen ausgesetzt sind.

³⁷ Begriff aus Bauer: Die Kultur der Ambiguität.

Nicht nur der Islam, auch die anderen Religionen können sich den Veränderungen und daraus entstandenen Diskursen nicht entziehen. Es gibt keine Religion, die nur durch eine Richtung und eine Deutung vertreten wird.

Die Vielfalt ist als Chance und als Anregung für weiterführende Diskussionen zu verstehen, wodurch die theologischen Gemeinsamkeiten *und* Unterschiede deutlich werden. Auch die Unterschiede können fruchtbar für das Verstehen und die Vertiefung der eigenen Gläubigkeit sein.

Im Laufe der Geschichte wurden der Glaube und die Religion in unterschiedlichen Formen für die Durchsetzung von Interessen und politischen Ambitionen instrumentalisiert. Die soziale Ungerechtigkeit, ein Leben in Unfreiheit sowie eine perspektivenlose Zukunft sind Ursachen für derzeitige Auseinandersetzungen in einigen islamischen Ländern, die als „Konfessionskonflikte“ zwischen Sunniten und Šīʿiten (Schiiten) gedeutet werden. Auch wenn die Konfliktparteien selbst zum Teil ihren Kampf als Einsatz für den „richtigen“ Glauben benennen, verrät ihre Handlungsweise, dass sie den Glauben missbrauchen. Keine Religion rechtfertigt Brutalität, Zerstörung und unmenschliche Taten.

Die radikalen religiösen Gruppen nutzen die Gelegenheit, sich in einer Welt, die unübersichtlich, instabil und unsicher scheint, als Alternative anzubieten. Es sollte unser Anliegen sein, diesen gemeinsam entgegen zu treten. Dabei ist eine differenzierte gegenseitige Wahrnehmung notwendig, welche Feindbilder entkräftet.

Es gibt keine einfachen Antworten auf die komplexen Fragen zur Ursache und zum Wesen der vielfältigen und unterschiedlichen Erscheinungsformen des Glaubens. Entscheidend ist, dass der Glaube und die Religion weiterhin eine besondere Rolle im Leben der Menschen spielen und einen wichtigen Aspekt für das Zusammenleben darstellen werden. Eine Auseinandersetzung und ein differenzierter Umgang mit diesen Phänomenen ist für die Zukunft unabdingbar.

Weltreligion Islam

570 **Geburt Mohammeds in Mekka**

622 Auswanderung nach Medina, Beginn der islamischen Zeitrechnung (Hijra)

629 Erste „kleine“ Pilgerreise (Umra)

630 Eroberung Mekkas

632 Erste große Pilgerreise (Hajj), **Tod Mohammeds**; Beginn Abspaltung Schiiten

632-661 Abfolge von vier Kalifen als Oberhaupt der Muslime

Sunniten

Verlangen keine Erbfolge bei Bestimmung des Nachfolgers von Mohammed (Kalifat); lehnen Märtyrerkult der Schiiten strikt ab. Entstehung von vier orthodoxen Rechtsschulen im 8./9. Jahrhundert.



Schiiten

Abspaltung nach Tod des vierten Kalifen Ali (Schwiegersohn und Neffe Mohammeds); anerkennen nur Nachfolger von Mohammed, dessen Tochter Fatima und Ali als Führer der Muslime (Imame); Heiligen- und Märtyrerkult.



Grafik: © APA, Quelle: APA

APA

Abbildung 2: Weltreligion Islam – Sunniten und Schiiten

Quelle: Trend, 04.01.2016. <www.trend.at/_storage/asset/6066335/storage/vgnat:twocolumn_930:x/file/88413929/weltreligion-islam.jpg>, abgerufen am 30.03.2016.

Wege in die Radikalität – Die Ideologie und das Denken politisch und religiös motivierter Bewegungen

Moussa al-Hassan Diaw

Im folgenden Beitrag soll die Herleitung der Ideologie jener Vordenker und Ideologen beschrieben werden, welche die Etablierung einer bestimmten politischen Ordnung durch den Kampf gegen Regenten und Staaten erreichen wollen und dies als göttlich legitimiert betrachten. Dabei steht ihr Verständnis eines Eingottglaubens und die davon abgeleiteten politischen Konzepte im Zentrum. In weiterer Folge sollen einige unterschiedliche Fallbeispiele in anonymisierter Form zeigen, wie dieses Thema vom Autor mit seinen Klienten aufgearbeitet wurde. Im Text wird immer bei erstmaliger Zitation die Umschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG) bei Namen und Begriffen verwendet, danach aber zur besseren Lesbarkeit darauf verzichtet.

Der Islam als Religion

Grundlagen

Zur Geschichte der Muslime gehört eine traditionell gewachsene islamische Lehrtradition. Reformbewegungen zu verschiedenen Zeiten, insbesondere aber in den letzten 300 Jahren, grenzten sich teilweise von diesen ab. Dazu gehört auch die Rückbesinnung auf die *as-Salaf aṣ-Ṣāliḥ*, die ersten drei Generationen der Muslime. Sie waren gedanklich das Fundament der Vorstellung einer idealen Gemeinschaft innerhalb der sehr gegensätzlichen Strömungen der *salafīyya*. Geprägt wurden sie unter anderem von Muḥammad ibn ‘Abd al-Wahhāb im 18. Jahrhundert, dessen Anhänger man dann unreflektiert als Wahhabiten bezeichnete. Gedanklich als quasi „Modernisten“ gegenüberstehend findet man im 19. und dann im 20. Jahrhundert Ğamāl ad-Dīn al-Afġānī, Muḥammad ‘Abduh, Muḥammad Raṣīd

ibn ʿAlī Riḍā. Auf ihre Geschichte einzugehen, wäre in diesem Kapitel nicht möglich. Gemeinsam hatten sie aber einen kritischen Blick auf die Orthodoxie und den Wunsch nach Veränderung. Sie prägten in unterschiedlicher Weise nachfolgende Generationen und die daraus erwachsenden Ideen, im teilweisen Gegensatz zur Lehrtradition. Um dies ungefähr verstehen zu können, soll der Leser einen knappen, unvollständigen Einblick in die Grundlagen bekommen.

Zu den Grundlagen und zum allgemeinen Konsens des Islam gehören die sechs Glaubensgrundsätze und die fünf Säulen des Islam.

Diese beinhalten die Überzeugung, dass es nur einen einzigen Gott gibt, der ewig ist, keinen Anfang und kein Ende hat und alles andere, was existiert, geschaffen hat. Genau dieser erste Punkt der Glaubensgrundlagen wird aber in der nachfolgend zu erklärenden Ideologie, in Verbindung mit einem politischen Bekenntnis, neu gedeutet.

Folgende fünf Überzeugungsfundamente gehören ebenfalls dazu:

- Die Überzeugung von der Existenz der Engel, welche nur dem Befehl Gottes folgen können.
- Die Überzeugung von den Inhalten der geoffenbarten Schriften, wozu die im Koran (*Qurʿān*) beschriebene *taurāh* (Thora: *Mūsā*/Moses), *zabūr* (Zabur, Prophet *Dāwūd*/David), *inḡīl* (Indschil, Frohe Botschaft: *ʿĪsā*/Jesus) und die Suhuf (Blätter: *Ibrāhīm*/Abraham und *Mūsā*, Moses) gehören.
- Die Überzeugung von durch Gott entsandte Propheten, beginnend mit Adam und dem sogenannten „Siegel der Propheten“, Muhammad.
- Die Überzeugung vom Tag der Auferstehung (*yaum al-āḥir*), an der alle Menschen körperlich wiedererweckt und über sie gerichtet wird.
- Neben diesen sechs Glaubensgrundlagen gehören auch noch die Orthopraxie, welche essentiell in der praktischen Umsetzung der

Überzeugung ist. Man spricht hier auch von den fünf Säulen des Islam:

1. Das Sprechen des Glaubensbekenntnisses: Es gibt keine Gottheit außer einem Gott und Muhammad ist sein Gesandter.
2. Das fünfmal tägliche Gebet zu bestimmten Zeiten, abhängig vom Stand der Sonne und nach bestimmten Ritualen, wozu auch die rituelle Reinheit, die rechte Absicht, Gebetsrichtung und dergleichen berücksichtigt werden muss.
3. Das Fasten im Monat Ramadan, dem neunten Mondmonat.
4. Das Zahlen der Abgabe für bedürftige Personen: *az-zakāh*.
5. Die Pilgerfahrt nach Mekka, die jeder Muslim einmal in seinem Leben machen muss.

Soweit der Konsens der Muslime. Meinungsverschiedenheiten und Unterschiede ergeben sich im Bereich der Normenlehre.³⁸

Monotheismus – Tawhid

Tawhid (*tauhīd*) bezeichnet die Einheit und Einzigkeit Gottes im Islam. Der Monotheismus steht im Islam im Mittelpunkt und ist die Grundvoraussetzung des Muslimseins. Der sozusagen erste Teil des Glaubensbekenntnisses und der ersten Säule des Islam und der ersten Säule der Glaubensgrundsätze ist der Beleg dafür. Dieser Bereich wird von der hier teilweise dargestellten politisch extremistischen Strömung der politischen *Salafīyya* in eine politische Ideologie umgedeutet.

Dazu gehören in vereinfachter Darstellung gemäß traditioneller Lehrtradition:

³⁸ Eine ausführliche Darstellung findet man in den Büchern von Zaidan, Amir: Die islamologische Enzyklopädie. Al-aaqidah. Wien 2009; Die islamologische Enzyklopädie. Fiqhul-‘ibadaat. Wien 2009; genauso wie in den anderen Teilen der Enzyklopädie.

- *Tauḥīd ar-Rubūbīya*: Sie beschreibt die Einheit der Herrschaft, die Einmaligkeit und Einheit des Schöpfers und ihn als Ursprung der gesamten Schöpfung
- *Tauḥīd al-Ulūbīya*: Das ist die Lehre, dass alle gottesdienstlichen Handlungen nur dem einen Schöpfer gewidmet sein dürfen.
- *Tauḥīd al-Asmā'a wa's Sifāt*: Die Namen und Eigenschaften Allahs dürfen von keinem beansprucht werden oder jemandem oder etwas Anderem zugeschrieben werden.

Das islamische Verständnis von Monotheismus beinhaltet auch:

- Die Einzigartigkeit Gottes, kein anderes Wesen kann wie er sein.
- Die Anfangslosigkeit Gottes, der keinen Ursprung hat und immer existiert hat im Unterschied zu seiner Schöpfung.
- Die endlose Beständigkeit Gottes, welche die ewige Existenz Gottes beschreibt.
- Die Selbstständigkeit Gottes, dies beschreibt seine Unabhängigkeit von anderen Einflüssen, Kräften und seine Unabhängigkeit von Zeit und Ort.
- Die Unterschiedlichkeit zur gesamten Schöpfung, sodass jede Gleichsetzung von anderen Wesen mit Gott und umgekehrt ein Widerspruch zur islamischen Eingottlehre wäre.
- Dazu kommen die essentiellen, nur ihn beschreibenden Eigenschaften Gottes, nämlich die Allmacht, sein Wille, sein Allwissen, das „Allhören“, „Allsehen“, das „Sprechen“ und die Lebendigkeit Gottes.
- Dies ist eine verkürzte und vereinfachte Darstellung, die aber in Folge hilft, die politisch-ideologische Begründung zu verstehen, welche mit dem Monotheismus in Verbindung gebracht wird. Dazu gehört insbesondere das Zunichtemachen des Eingottglaubens.

Der Polytheismus – Schirk

Das Gegenteil des Monotheismus ist der *širk* (Schirk), also der Polytheismus.

Der Monotheismus kann durch bestimmte Überzeugungen und Handlungen zunichtegemacht werden. Dazu würde das Anbeten mehrerer Götter gehören oder das Leugnen der zuvor beschriebenen Eigenschaften Gottes. Personen, Wesen oder Gegenständen Eigenschaften zuzuschreiben, welche nur Gott zustehen, wäre ebenfalls ein Beispiel für *Schirk*, genauso wie das Erlauben des von Allah Verbotenen und das Verbotenen des von ihm Erlaubten. Auch einige bestimmte Handlungen könnten dazu führen, dass man den Islam verlässt, also aufhört, Muslim zu sein. Die Formen des *Schirk* zu beschreiben ist leichter, als die problematische Form der Zuschreibung, ein Muslim zu sein, der *Schirk* begeht und daher kein Muslim mehr sei, was jedoch im Mittelpunkt der politischen Ideologie der Extremisten steht. Man würde in der theologischen Fachsprache zum *kāfir* (pl. *kuffār*) werden. *Kāfir* ist der, der *Kufr* begeht. *Kufr* bedeutet sprachlich das „Zudecken“. In diesem Zusammenhang gemeint ist das Zudecken und bewusste Leugnen der unbestreitbaren, gesicherten eindeutigen Wahrheit, Glaubensinhalte oder Normen. Dies einem Muslim zuzuschreiben, also, dass er nicht mehr Muslim sei, weil er bestimmte Überzeugungen bekundet hat, ist allerdings nicht so einfach möglich, da es bestimmte Voraussetzungen gibt, um so ein Urteil überhaupt treffen zu können. Dazu würden zum Beispiel auch die Umstände gehören, warum ein Mensch etwas sagt oder so handelt, wie er es tut. Auch der Wissensstand einer Person, der zum Beispiel abgeschnitten von Informationsquellen oder Menschen lebt, die ihn korrigieren könnten, würde dazugehören. Kurzum, es ist nicht einfach und nicht die Aufgabe von Muslimen, danach zu trachten, anderen Muslimen wegen bestimmter, näher zu bestimmenden Dingen, das Muslimsein abzusprechen. Die zu dekonstruierenden politischen Vorstellungen und die Ideologie bauen auch auf dem *takfir* (Takfir) auf. Nämlich in Bezug auf den *tāghūt* und den Muslimen, die das nicht tun, und in diesem Falle bedeutet es, einem Muslim das Muslimsein abzusprechen.

Die Ideologie – Exklusive Gemeinschaften

Die wahren Muslime

Bezeichnend für das Selbstverständnis diverser politisch ideologischer und exklusiver Gemeinschaften im Bereich des mit der islamischen Religion begründeten Extremismus ist deren Selbstverständnis, eine ausgewählte Gemeinschaft wahrer Gläubiger zu sein. Damit heben sie sich hervor, grenzen sich von anderen Muslimen um sich herum ab und begründen ihren Alleinstellungsanspruch mit einer vom Mainstream abweichenden Interpretation von Quelltexten und der Gleichsetzung von gegebenen sozialen und politischen Verhältnissen.

Interessant ist hierbei die Entwicklung in Ägypten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Von Bedeutung ist der Ägypter Sayyid Qutb (Quṭb) der vom Franzosen Alexis Carrel³⁹ und Sayyid Abu-l-A'lā Mawdūdī beeinflusst wurde.

Durch die Repressionen des ägyptischen Staates unter Abdel Naser (Ġamāl ʿAbd an-Nāṣir, 1918-1970) gegen politisch Oppositionelle, besonders gegen die einst verbündete Muslimbruderschaft, radikalisierte sich ein Teil von ihnen. In diesem Zusammenhang formulierte Qutb auch ein Verständnis der Herrschaftsgewalt Gottes (*bākimiyya li-llāh*) und Anbetungswürdigkeit Gottes (*ʿubūdiyya li-llah*) gemünzt auf die politischen Herrscher, welches dazu führte, ihre politische Herrschaft als Form des Polytheismus zu sehen. Jene Menschen in der Gesellschaft, die sich diesem System widerstandslos fügen, würden zur *Dschabiliyya* (*ġābiliyya*) gehören. Diese beschreibt den Zustand der Unwissenheit einer Gesellschaft, bevor der Islam ihre Überzeugungen und Lebenspraxis korrigieren konnte.

³⁹ Vgl. Görlach, Joseph-Simon: Der Islam und die Probleme der modernen Zivilisation: Saiyid Quṭb's Auseinandersetzung mit Alexis Carrel (2008). <bit.ly/1WndTnE>, abgerufen am 10.06.2015, S. 5.

Innerhalb der Muslimbruderschaft bildeten sich mindestens zwei Fraktionen.

“First, the Qutbists, who denied that it was legitimate to support ‘Abd al-Nasir; in their view he was an illegitimate, Jahili leader, whose regime could not be redeemed.”⁴⁰

Für die Anhänger Qutbs unter den Muslimbrüdern war es daher notwendig, den aus ihrer Sicht anti- und unislamischen Regenten Abdel Naser zu bekämpfen. Die Anhänger al-Hudaybis, Führer der Muslimbruderschaft und Kritiker Qutbs, lehnten diese Sicht ab. Für sie waren Abdel Naser und seine Regierung fehlerhaft aber sie betrachteten ihn weiterhin als einen Muslim.

In der al-Azhar-Universität wurden Qutbs Ideen von der „Herrschaftsgewalt Gottes“ (*Hākimiyya li-llāh*), welche zum revolutionären Handeln gegen die politische Herrschaft führte, verurteilt. Die Gelehrten verglichen dies mit dem Verständnis der radikalen Chawaridsch (*Hawāriğ*), welche seinerzeit den vierten Kalifen bekämpften und töteten.⁴¹

Diese Ideen wurden vom Studenten und Muslimbruder Muṣṭafā Šukrī (*Ägypten, 1942-1978*), der 1965 erstmals wegen der Verteilung von Flugblättern verhaftet wurde, derart rezipiert, dass er eine Sondergemeinschaft gründete, welche sich „Gemeinschaft der Muslime“ bezeichnete.⁴² Er las Maududi und Qutb und radikalisierte sich während seines Gefängnisaufenthaltes weiter. Bezeichnend war ihre Ablehnung der islamischen Lehrtradition.⁴³ Sie überwarfen sich mit der älteren Generation der Muslimbrüder und gelangten zu der Überzeugung, die einzig wahren Muslime zu sein. Dem Regenten, dem Staat und seinen Institutionen und die mit ihnen verwobenen Menschen warfen sie vor, dem Gegenteil des „wahren Islam“ zu folgen und sprachen ihnen das Muslim-Sein ab (*takfir*). Sie begaben sich in

⁴⁰ Zollner, Barbara H.E.: *The Muslim Brotherhood. Hasan al-Hudaybi and ideology*. New York. 2009, S. 46.

⁴¹ Vgl. Kepel, Gilles: *Der Prophet und der Pharao*. München, 1995, S. 62.

⁴² A.a.O. S. 73.

⁴³ A.a.O. S. 81.

die innere Emigration, (*hiğra*), um einen Zeitpunkt der Stärke zu erwarten, an dem sie ihre Ideen umsetzen könnten. In Folge wurden sie von den Medien mit dem Namen *at-Takfir wa-l-Hiğra* bezeichnet.⁴⁴ Sie verweigerten das Gebet in den Moscheen, welche mit dem Staat durch das Religionsministerium verbunden waren. Sie akzeptierten ab einem bestimmten Zeitpunkt auch bestehende Ehen nicht. Begründet wurde dies damit, dass sie eigentlich zwischen Nichtmuslimen geschlossen wurden und die Eheverträge keine Gültigkeit hätten. Dem folgten dann Kommandoaktionen und Entführungen, die zur Zerschlagung und Auflösung dieser Gruppen führten.

Kampf gegen den politischen Gegner

Es entstanden weitere Gruppen, in denen die Weiterentwicklung der politischen Ideen des *Takfir* und des islamischen Staates vorangetrieben wurden. Dazu gehören *al-Ğamā'a al-Islāmīya* (Dschama'a Islamiyya) und die Gruppe *al-Ğihād* (al-Dschihad). Für die Gruppe *al-Dschihad* war die Schrift „Unerfüllte Pflicht“ (*al-Farīda al-Ğhā'iba*) von Muhammad Abdessalam Faradsch (*Muḥammad 'Abd as-Salām Farağ*) richtungsweisend. In ihr findet sich durch Rückgriff auf den mittelalterlichen Gelehrten Ibn Taimiyya (*Ibn Taimīya*, 1263-1328) die Herleitung der Idee, dass ein Regent, der nicht gemäß dem Islam regieren und richten würde, kein Muslim mehr sei, was auch für diejenigen gelte, welche dieses System unterstützen und erhalten würden.⁴⁵ Dementsprechend seien die Regenten fremde Besatzer, die bekämpft werden müssten, um einen idealen islamischen Staat zu errichten.

„Dann solle man erst den nahen Feind und nicht den fernen Feind bekämpfen, also gleich den Herrscher, der Kafir ist, und seine Helfer.“⁴⁶

⁴⁴ Vgl. Zollner: *The Muslim Brotherhood*, S. 47; Kepel: *Der Prophet und der Pharao*, S. 79.

⁴⁵ Vgl. Faradsch, Abdessalam: *Die unerfüllte Pflicht*. Keine weiteren Angaben, S. 20ff.

⁴⁶ A.a.O. S. 52.

Die Totalität, mit der dieser Kampf zu führen sei, machte dann auch vor der Zivilbevölkerung nicht halt. So formulierte er laut dem in deutscher Übersetzung vorliegendem Buch im Kapitel „*Fiqh*-Dilemma und ihre Entgegnung“:

„So ist es erlaubt, einen Verteidigungsgürtel aus gefangenen Muslimen, welcher der Feind aufstellt, zu beschießen, da diese Muslime als Schuhada für den Islam sterben würden.“⁴⁷

Auch der Tod von Jungen und Greisen soll bei so einem Angriff akzeptabel sein.⁴⁸ Verboten sei dafür das vorsätzliche Töten von Frauen, Priestern und Greisen.⁴⁹

So viel Rücksichtnahme kennen die geistigen Nachfolger des sogenannten „Islamischen Staates“ nicht. Einen Flächenbrand auszulösen, um den Gegner Schaden zu bereiten, sei als Kriegstaktik erlaubt, wie das Verbrennen der Ernte der Nichtmuslime, mit denen man im Krieg sei, so Faradsch.⁵⁰

Er berief sich dabei auf den mittelalterlichen Gelehrten Ibn Taimiyya, der den Kampf gegen jene aus der Gemeinschaft für legitim erklärte, welche sich vom Islam abwenden.

“It has been established on the authority of the Koran, the Sunna, and the Consensus of the Community, that those who depart from the law of Islam must be fought, even if they pronounce the two professions of faith.”⁵¹

Gleichzeitig zählte er auch zu den zu bekämpfenden Gruppen jene dazu, welche sich heute auf Ibn Taimiyya berufen, in Konflikt mit der Lehrtradition standen und stehen und als *Neo-Chawaridsch* bezeichnet werden.

⁴⁷ A.a.O. S. 74.

⁴⁸ A.a.O. S. 87.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ A.a.O. S. 90.

⁵¹ Peters, Rudolph: *Jihad in Classical and Modern Islam. Updated Edition with a Section on Jihad in the 21st Century.* Princeton 2009, S. 52.

“The most serious type of obligatory jihad is the one against the unbelievers and against those who refuse to abide by certain prescription of the Shari‘a, like those who refuse to pay zakāt, the Kharijites and the like.”⁵²

Diese betrachtete Ibn Taimiyya also als Abtrünnige. Er wird von Traditionalisten kritisch gesehen, besonders von Vertretern der theologischen Schule der *Aṣ‘ariyya*. Gleichwohl wird er von politischen oder sich als Reformers sehenden Denkern und Gruppen unterschiedlich verstanden, aber auch missverstanden und jeweils für die Begründung der eigenen Sichtweisen herangezogen.⁵³ Auch Auseinandersetzungen zwischen den vergleichsweise moderaten Persönlichkeiten in der Muslimbruderschaft wie Yusuf al-Qaradawi, welcher Ibn Taimiyya als sozialen Reformers sah, zeigen dies auf. Qaradawi begründet sein Eintreten für eine pluralistische Gesellschaft und den Dialog mit der westlichen Welt mit Texten Ibn Taimiyyas.⁵⁴

Die revolutionären und extremistischen Abspaltungen zeigen, wie am Beispiel Faradsch zu sehen, wie mit Texten von Ibn Taimiyya zur Begründung des *Takfir* und Kampfes gegen die Herrscher umgegangen wurde.⁵⁵

Im Zuge dieser geistigen Auseinandersetzung und bewaffneten Aktionen in Ägypten wurde schließlich der damalige Regent, Anwar as-Sadat (*Muḥammad Anwar as-Sādāt*), bei einer Militärparade von den Anhängern der Gruppe *al-Dschihad* ermordet. Ziel war es, einen islamischen Staat zu

⁵² A.a.O. S. 52-53.

⁵³ Vgl. Ukeles, Raquel M.: The Sensitive Puritan? Revisiting Ibn Taymiyya’s Approach to Law and Spirituality in Light of 20th-century Debates on the Prophet’s Birthday (mawlid al-nabi). In: Haq, Nomanul/Rapoport, Yossef/Ahmed, Shahab: Ibn Taymiyya and His Times. Lahore 2010, S. 321-323; Vgl. Hassan, Mona: Modern Interpretations and Misinterpretations of a Medieval Scholar: Apprehending the Political Thought of Ibn Taymiyya. In: Haq, Nomanul/Rapoport, Yossef/Ahmed, Shahab: Ibn Taymiyya and His Times. Lahore 2010, S. 340-343.

⁵⁴ Vgl. Hassan: Modern Interpretations and Misinterpretations of a Medieval Scholar, S. 352-353.

⁵⁵ A.a.O. S. 355.

errichten. Der Attentäter Khaled Islambuli wurde mit seinen Mitverschwörern verhaftet.

Unter den weiteren verhafteten Personen befand sich auch der Mediziner Aiman al-Zawahiri (*az-Zawāhirī*), der eine führende Person der Gruppe *al-Dschihad* war.

Foreign Fighters in Afghanistan

Al-Zawahiri konnte nach seiner Haft wegen der Mitverschwörung zur Ermordung des ägyptischen Staatschefs as-Sadat als Kämpfer und Bezugsperson für andere freiwillige Kämpfer gegen die Sowjettruppen in den 1980er-Jahren in Afghanistan ein neues Betätigungsfeld finden.

Im dortigen Kampf gegen die sowjetischen Truppen (im Zuge des kalten Krieges), unterstützt von den USA, Saudi-Arabien, den Golfstaaten und Pakistan, kam es zum Konflikt zwischen den Vertretern der *Takfir*-Ideologie und dem Gelehrten Abdullah Azam (*Abdullāb Yūsuf Azzām*), welcher den Kampf und *Takfir* gegen Regenten und die Gesellschaft ablehnte. Er wurde 1989 in Afghanistan offensichtlich von seinen ideologischen Konkurrenten ermordet. Nach dem Ende des Afghanistan-Krieges kehrte der Großteil der *foreign fighters* zurück und mit ihnen auch diese Ideologie.

Mit dem Einmarsch in Kuwait durch irakische Truppen im Jahre 1991, kam es zur Stationierung von rund 500.000 US-Soldaten, um Saudi-Arabien Schutz zu gewähren. Es folgten die Befreiung Kuwaits und die spätere Invasion des Irak. Führende Dschihad-Ideologen wie zum Beispiel As-Suri und das dann entstandene Netzwerk *al-Qaida* (*al-Qā'ida*) sahen darin eine Verschwörung gegen die Kerngebiete der islamischen Welt, unterstützt von willfährigen Staatenlenkern der muslimischen Länder, welche als Heuchler gegen die Interessen des Islam und der Muslime verstoßen würden. Al-Zawahiri war dabei bis zu Bin Ladens Tod die Nummer Zwei des Terrornetzwerkes *al-Qaida*.

In weiterer Folge kam es in den folgenden Jahren zu Anschlägen durch *al-Qaida* und zu den Anschlägen des 11. Septembers in den USA. Der darauf

folgende Einmarsch im Irak 2003 führte zum Entstehen verschiedener Widerstandsgruppen, darunter auch des irakischen Arms der *al-Qaida*, ursprünglich bekannt als *al-Tawhid wa-l-Dschihad* (*at-Taubīd wa-l-Ġihād*), was „Einheit Allahs und Anstrengung“, hier im Sinne des Kampfes bedeutet, unter Führung von al-Zarqawi und ideologisch angeleitet vom in Jordanien inhaftierten al-Maqqisi (*Abū Muḥammad al-Maqqisi*). Die Schriften des Letzteren und seit einiger Zeit auch Videos finden sich auf der Videoplattform YouTube. Bis zum Dezember 2014 war auch seine Webseite „tawheed.ws“ online.⁵⁶ 2003 kritisierte al-Maqqisi noch den Kampf im Irak, da er diesen als eine Auseinandersetzung zwischen zwei nichtmuslimischen Mächten sah: dem irakischen *Baath*-Regime unter Saddam Hussein und den USA. Im Anschluss aber signalisierte er vom jordanischen Gefängnis aus seine Unterstützung für al-Zarqawi.⁵⁷ Da zu dieser Zeit unterschiedliche sunnitische Dschihad-Gruppen im Kampf gegen die USA aktiv waren, versuchte al-Zarqawi durch eine aufsehenerregende Aktion alle diese Gruppen zu vereinigen. In diesem Fall war es die Gefangennahme von Nick Berg und seine Ermordung vor einer laufenden Kamera, während er in oranger Gefängnis Kleidung gekleidet war, wie sie die Gefangenen in Guantanamo tragen. Die Veröffentlichung des Videos führte 2004 tatsächlich zu einer Vereinigung der unterschiedlichen Kräfte. Die nunmehr verkündete Union sammelte sich unter dem Banner der zuvor erwähnten Gruppe *at-Tawhid wa-l-Dschihad*, die später zu *al-Da'wa Islamiya* (*ad-Da'wa al-Islāmīya*)/*Islamischer Staat* wurde und eigentlich der irakische Zweig der *al-Qaida* war. 2006 wurde al-Zarqawi getötet. Erst nach dem sogenannten „Arabischen Frühling“ sollte diese Gruppe sich zu einer selbstständigen Organisation entwickeln, welche den islamischen Staat und das Kalifat in Teilen des Iraks und Syriens ausrief.

⁵⁶ Tawheed.ws. <<http://web.archive.org/web/20141218113802/>>, abgerufen am 01.07.2015.

⁵⁷ Vgl. Brisard, Jean-Charles/Martinez, Damien: Zarqawi. The New Face of al-Qaeda. Cambridge 2005, S. 128-129.

Was macht nun aber den Kern dieser weltweit verbreiteten Ideologie aus?

Den Tāghūt verleugnen – kufr bit-tāghūt

Eigentlich ist *Tāghūt* (der das Maß überschreitet) unter anderem ein Synonym für den Satan, den abzulehnen islamisch geboten ist. Die entscheidende politische Herleitung dieser Idee basiert auf dem Gedanken, dass eine bestimmte politische Haltung und Ideologie mit dem Monotheismus einhergeht und somit zwischen Muslimsein und Nichtmuslimsein unterscheidet, beziehungsweise zum Abfall vom Islam führen kann. Dies wird wiederum mit einem politischen Bekenntnis zu einem islamischen Staat, in dem „authentisch“ nach dem Islam geurteilt wird, verbunden.

Somit wird gemäß den Ideen der *Takfir*-Ideologen der Eingottglaube und somit das Muslimsein nur dann erfüllt, wenn man vorher dem *Taghut* ablehnt und verleugnet. Da es verschiedene *tawāğīt* (Plural von *Taghut*) gibt, wird neben *Iblīs* (den Teufel, Schaitan) auch dem Herrscher, der nicht gemäß den Gesetzen Gottes regiert und urteilt das Muslimsein abgesprochen. So wird ein politisches Bekenntnis zugleich zu einem Bekenntnis des Muslimseins gemacht.

In der deutschen Übersetzung von al-Maqdisis „Dies ist unsere Aqidah“ durch die damalige Organisation „Islamische Jugend Österreichs“, angeführt von Mohammed Mahmoud, derzeit ein *Foreign Fighter* des sogenannten „Islamischen Staates“ finden wir dazu folgende Aussage:

„Die Religion ‚Demokratie‘

Also verrichten wir unsere 'Ibadah dementsprechend und sagen uns los von allem, was dem widerspricht. Wir machen Kufr gegen alles, was ihn (den Din) zerstört oder ihm entgegenwirkt. Gegen alle Praktiken des Kufrs, der abzulehnenden Gruppen und der verdorbenen Methologien (sic!). Davon ist die Neuheit im Kufr unserer Zeit, die sich „Demokratie“ nennt. Wer also

dieser folgt und sie begehrt (sucht, erstrebt, gut findet), so hat er einen anderen Din (Religion) als den Islam begehrt.“⁵⁸

Demokratie wird als dem Islam nicht nur entgegengesetzt gesehen, sondern wer sich nicht davon lossagt, hat sich aus deren Sicht vom Islam losgesagt. In dieser Logik heißt es dann weiter:

„Gesetzgeber, Abgeordnete, Anwälte, Richter

Und deshalb erklären wir denjenigen zum Kafir, der im Einklang mit dem Din namens ‚Demokratie‘ Gesetze erlässt. Also die Gesetzgebung für das Volk durch das Volk. Genauso erklären wir denjenigen zum Kafir, der einen Gesetzgeber (außer Allah) erwählt, bevollmächtigt oder sich durch ihn vertreten lässt. Denn damit hat er sich einen anderen als Allah zum Richter, Herrn und Gesetzgeber genommen, [...]“⁵⁹

Hier wird auch unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass die Vertreter der drei Staatsgewalten auch Vertreter des *Kufirs* sind, einer anti-islamischen Weltanschauung und keine Muslime sein können. Auch wenn ein Muslim einen Rechtsanwalt beauftragt, ihn zu vertreten oder er ein Gerichtsurteil oder anderes juristisches Urteil akzeptiert, sei er kein Muslim mehr.

Diese und ähnliche, auf die politischen Verhältnisse gemünzten, Sichtweisen finden sich auch in anderen Publikationen oder Vorträgen wieder. Das bedeutet allerdings noch nicht, dass darin auch sofort eine Zustimmung zur oder Bejahung der Dschihad-Ideologie und bestimmter entsprechender Organisationen zu sehen sein muss. Doch leiten die zuvor dargestellten extremistischen, militanten Bewegungen die Legitimation für ihren Kampf gegen die Regenten und bestehenden Systeme von diesen Grundgedanken der aktiven Ablehnung des *Taghuts* ab.

⁵⁸ Al-Maqdisi, Sheikh Abu Muhammad: Dies ist unsere ‘Aqidah. Die islamischen Glaubensgrundsätze (kein Erscheinungsdatum). <bit.ly/1RiQtSd>, abgerufen am 15.02.2016, S. 36.

⁵⁹ Ebd.

Der Prediger Abu Hamzah al-Afghany meint zu diesem Thema, ein Muslim müsse klare Positionen einnehmen, um selber nicht den Islam zu verlassen. Es sei zum Beispiel eine Bedingung, bestimmten Personengruppen unter denen, die sich als Muslime sehen, das Muslimsein abzusprechen. Dabei interpretiert er Sure 4, Vers 76⁶⁰ wie folgt:

„Die Helfer des Taghut wie z. B. die üblen Gelehrten und seine Soldaten sind grundsätzlich Kuffar. [...]. Das Kämpfen für die Sache des Taghut ist eine Kufr-Handlung.

Dies beinhaltet auch das gesprochene und geschriebene Wort. Denn dieses hat oft mehr Einfluss im Krieg als die ‚normale‘ Waffe.

Wer dies tut, ist von den Auliya' des Satans.

Allah hat die Mu'minin dazu verpflichtet, die Auliya' des Satans zu bekämpfen.

Die wichtigsten Gründe für den Kufr der angesprochenen Personen sind:

Dass sie die verschiedenen Tawaghit beschützen, wie z. B. die Kufr-Gesetze selbst, jene die sie beschließen und erstellen, jene die damit richten und jene die diese Gesetze ausführen usw. ...

Sodann zwingen sie die Leute, ihre – dem Islam widersprechenden – Gesetze anzuwenden und verpflichten sie somit zum Kufr.

Weiter garantieren sie dem Taghut ihre absolute Ergebenheit und Loyalität. Dies ist Schirk Akbar, denn die absolute Ergebenheit gebührt nur Allah alleine.“⁶¹

In dieser Interpretation werden also die Gelehrten diverser Staaten, wenn sie sich nicht von deren Regenten distanzieren, zu Nichtmuslimen erklärt,

⁶⁰ In deutscher Bedeutung: „Diejenigen, die glauben, kämpfen auf Allahs Weg, und diejenigen, die ungläubig sind, kämpfen auf dem Weg der falschen Götter. So kämpft gegen die Gefolgsleute des Satans! Gewiß, die List des Satans ist schwach.“ Ein falscher Gott in der Übersetzung, bzw. der Plural lautet im Original „*tāghūt*“.

⁶¹ Al-Afghany, Abu Hamzah: Die Religion aller Propheten – Die Lossagung vom Taghut (gekürzte Fassung, 2013). <http://risalatun.com/buch/Taghut_Kurzfassung_25.08.2014_61%20Seiten.pdf>, abgerufen am 01.07.2015, S. 42.

was insbesondere alle staatlichen religiösen Einrichtungen und Stiftungen betreffen würde, die ja durch den Staat legitimiert wurden.

Dies würde bedeuten, dass sowohl die vom Staat bezahlten religiösen Einrichtungen und deren Angestellte zum Beispiel in Saudi-Arabien ebenfalls keine Muslime wären, wie auch sämtliche Imame des türkischen Staates und seiner religiösen Institution *Diyamet*. In Österreich wären das sämtliche Moscheevereine der ATIB.

Über einen der Imame vom Islamischen Zentrum Floridsdorf in Wien wurde auf der Facebook-Seite der Moschee von einem User geschrieben, dass die Moschee eine „*Taghut*-Moschee“ sei, weil dort zum Beispiel die Polizei für den Beruf des Polizeibeamten wirbt.

Ähnliche Inhalte werden auch über Videos auf der Plattform YouTube verbreitet. „Hakk TV“, Anhänger der Organisation „Kalifat Staat“ (einst von Necmetin Kaplan gegründet), verbreitet diese Sichtweise, wo über den „*Taghut*-Staat“ und dessen tragende Säulen wie das Parlament vorgetragen wird.⁶²

Gleiches kann man zum Beispiel auch von Abu Nagie hören, dem Initiator des „Lies!“ Projektes. Er erklärt ebenfalls die Regenten und Herrscher von Staaten, welche aus seiner Sicht die islamischen Gesetze nicht zur Anwendung bringen, zu Nichtmuslimen. Die Bedingung, um selber ein Muslim zu sein, beinhaltet also, auf diese Menschen und was zu ihnen gehört, *Takfir* zu machen, ihnen also das Muslimsein abzusprechen.⁶³

⁶² Hakk-TV – Im Auftrag des Islam: Faktoren, die den Taghut Staat aufrecht halten! (21.05.2015) <www.youtube.com/watch?v=GmTrQHV0KX0>, abgerufen am 21.07.2015.

⁶³ Vgl. Nagie, Ibrahim Abu: At Taghut. <www.youtube.com/watch?v=OQwCYL19A0I>, abgerufen am 24.07.2015.

Interventionsgespräche als Deradikalisierungsmaßnahme

Anonymisierte Fallbeispiele aus der praktischen Arbeit

Seit mehr als einem Jahr arbeitet der Autor mit seiner NGO „Netzwerk sozialer Zusammenhalt“ in Österreich⁶⁴ und Deutschland⁶⁵ und einem Netzwerk „EUISA“⁶⁶, welches Mitglied von „RAN Europe“⁶⁷ ist. Die Beschäftigung mit dem Thema politischer Extremismus und dem sogenannten Dschihadismus im deutschsprachigen Raum hat sich mittlerweile intensiviert. Die Tätigkeit ergab sich aus der in den Jahren davor schon bestehenden Beschäftigung mit dieser Thematik und Aktivitäten in verschiedenen europäischen Ländern, besonders aber Deutschland und Österreich sowohl in theoretischer als auch praktischer Hinsicht.

Das Arbeitsfeld besteht derzeit einerseits in Schulungen und Vorträgen an Universitäten, Hochschulen und für im Bereich der Sozialarbeit, Flüchtlingshilfe und Bewährungshilfe tätige Personen. Auch SchulpädagogInnen und Präventionsbeamte der Polizei nehmen Seminare in Anspruch. Für TeilnehmerInnen von AMS-Kursen, aber auch SchülerInnen wurden Workshops in verschiedenen Bundesländern abgehalten. In einigen Fällen ging es um konkret existierende Konflikte und Auseinandersetzungen, in denen wir unterstützend tätig werden sollten.

Damit ergibt sich neben der Arbeit in Workshops und Seminaren auch Präventionsarbeit in mehreren Stufen: zunächst im Wege von Workshops, wo in Stufe eins die vorhandenen Ressourcen genutzt werden und die Thematik des politischen Extremismus und Dschihadismus diskutiert werden. Die nächste Stufe wäre gegeben, wenn in einer Gruppe einzelne Personen mit extremistischen Weltanschauungen sympathisieren und in der Gruppe

⁶⁴ <www.derad.at>, abgerufen am 15.02.2016.

⁶⁵ <www.derad.org>, abgerufen am 15.02.2016.

⁶⁶ European Union of Independent Students and Academics.

⁶⁷ Radicalisation Awareness Network der Europäischen Kommission.

Unruhe entsteht, man aber die Personen nicht einzeln betreuen will, sondern die ganze Gruppe adressiert wird.

Die nächste Stufe umfasst die konkreten Interventionsgespräche (Einzelgespräche) mit den Menschen, bei denen konkrete Aussagen, Absichten oder Zeichen bemerkt werden, die auf eine Fanatisierung hinweisen. In einigen der Fälle ging es auch darum, Menschen im Teenageralter an der Ausreise zu hindern, um entweder ein *Foreign Fighter* zu werden oder im Gebiet des sogenannten „Islamischen Staates“ zu leben.

Auch verschiedene Haftanstalten haben konkret um Unterstützung gebeten, um mit Insassen Gespräche zu führen. Die gleichen Anfragen kommen auch von der Bewährungshilfe „Neustart“ und JugendbetreuerInnen. Bei Insassen aus Gefängnissen geht es darum, während der Haftzeit mit den Insassen, die wegen einschlägigen Vergehen verurteilt wurden, über die zugrundeliegenden Weltanschauungen und Ideologien zu sprechen. Dabei handelt es sich um Menschen, die ausreisen wollten oder inzwischen zurückgekehrt sind. Selbstredend beschäftigen sich auch erfahrene Mitarbeiter des psychologischen Dienstes und SozialarbeiterInnen in Gefängnissen mit den InsassInnen.

In den Interventionsgesprächen zeigt sich bei längerer Betreuung die große Bedeutung der Freundeskreise und sozialen Bindungen, welche neben dem Internet oft die Quelle für die Hinwendung zu einer bestimmten Weltanschauung und Lebensweise darstellen. Bei Exit-Strategien muss daher neben der kritischen Reflexion über die Ideologie auch das soziale Umfeld mitgedacht werden.

Um einen Einblick zu gewähren, schildert der Autor einige Interventionsgespräche in anonymisierten Darstellungen. Anwesend waren die muslimischen jungen Peers und KollegInnen von EUISA sowie Imam Salim Mujkanovic.

Beispiel Eins: Entideologisierung als Mittel zum Erfolg

In einem Kurs, in dem sich rund zehn Personen mit unterschiedlichem muttersprachlichem Hintergrund versammelten, kam es zu Konflikten zwischen einem Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Diese stammen selbst aus Kriegsgebieten und gehören je nach Sichtweise teilweise einer sowohl ethnischen als auch religiösen Minderheit an.

In den Kursen äußerte der radikalisierte Teilnehmer Sympathien für die Aktivitäten der Dschihadgruppen in Syrien und im Irak. Er wies auf Internetvideos hin, welche Kampfhandlungen zeigen. Zudem bekräftigte er seine Zustimmung bezüglich Kampfhandlungen gegen Schiiten. Das führte dazu, dass sich zumindest zwei der am Kurs teilnehmenden Personen unwohl und bedrängt fühlten. Daher baten die besorgten Kursleiterinnen um zusätzliche Unterstützung.

Im Vorgespräch wurden zwei Möglichkeiten ausgelotet. Entweder die Durchführung eines Interventionsgespräches, als Einzelgespräch, was aber negative Auswirkungen entfalten hätte können, oder ein Workshop mit der gesamten Gruppe. Zu befürchten war, dass Ersteres als Sanktion verstanden und zu einer Abwehrhaltung führen könnte. Somit würde sich eine eventuell vorhandene extreme Haltung verstärken und vielleicht zu weiteren negativen Positionen und Aktionen innerhalb der Gruppe führen. Eine andere Reaktion wäre, seinen Wunsch nach Aufmerksamkeit zu bestätigen (eine von uns vermutete These).

So entschieden wir uns gemeinsam, einen Workshop für alle KursteilnehmerInnen mit anschließender Diskussion abzuhalten. In diesem wurden Menschenrechte, politischer Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit Unterstützung von Folien, Bildern und Texten thematisiert. Während im ersten Teil die negativen Aspekte abgehandelt wurden, gab es im zweiten Teil eine sozusagen positive Auflösung mit internationalen Beispielen des gelungenen friedlichen Zusammenlebens zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellem und religiösem Hintergrund.

Der erste Teil hingegen zeigt auf, dass es bei gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit irgendwann alle Menschen treffen kann und dies in der Geschichte zu Kriegen bis hin zum Völkermord geführt hat. Im anschließenden Gespräch stellte sich heraus, dass einige KursteilnehmerInnen durch ihre persönlichen Erfahrungen besonders berührt waren. Sie reagierten darauf emotional und mit persönlicher Betroffenheit. Die Darstellung in der Präsentation widerspricht auch klar den Bildern und Videos der Dschihad-Propagandisten. Dies hatte wiederum einen Impact auf jene Person, welche die Intervention notwendig gemacht hatte.

Im anschließenden Gespräch wurden dann die Inhalte noch einmal gemeinsam reflektiert und in der Gruppe offen angesprochen. Auch im Nachgespräch zeigte sich die Wirkung dieses Workshops, der auf die Dekonstruktion der idealisierten Dschihadbewegungen und deren Feindbilder aufbaute. Die weiteren Gespräche in der Gruppe führten zu einem sehr guten Feedback mit der Bitte, eine dauerhafte Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Beispiel Zwei: Je suis Ahmad

Hier erreichte uns ein Anruf einer Bildungsanstalt zurzeit des Attentates auf die Redaktion von Charlie Hebdo in Paris. Als Reaktion darauf wollten einige der SchülerInnen eine Fotoaktion starten. Die Idee war, mit dem Spruch „Je suis Charlie“ zu posieren, um eine Botschaft der Solidarität und Gewaltablehnung zu übermitteln. Mehrere SchülerInnen lehnten diesen Vorschlag vehement ab, was zu Konflikten führte. Laut Auskunft der verantwortlichen Personen hätten sich einige SchülerInnen wegen der Ablehnung dieser Idee besorgt und unwohl gefühlt. Wie aus dem Gespräch zu entnehmen war, warf man (muslimischen) SchulkollegInnen vor, nicht deutlich genug ihre Ablehnung gegen das Attentat zu signalisieren. In dieser Kontroverse zeigten die (muslimischen) SchülerInnen auch ein Video von Ken FM, in dem er die Attentate dahingehend hinterfragte, ob nicht die Geheimdienste die Fäden gezogen hätten. Auch das dokumentierte Bildmaterial über die Attentate wurde als „fake“ in Zweifel gezogen. Die Leitung der Bildungseinrichtung organisierte deswegen ein Gespräch mit

fünf Schülerinnen in einem Klassenzimmer. Nach einer gemeinsamen Analyse ergab sich folgender Sachverhalt: Die SchülerInnen lehnten es ab, sich an einer Aktion zu beteiligen, in der man Solidarität mit dem Magazin als solchem demonstrieren sollte, da die Darstellungen Muhammads nicht nur als Herabwürdigung seiner Person, sondern von ihnen auch als ein Angriff gegen die muslimischen Communities gesehen wurde, um Verachtung für dieselben zum Ausdruck zu bringen. Die Morde abzulehnen war für sie unumstritten, da dies selbstverständlich war, wenn sie denn tatsächlich stattgefunden hätten, so die SchülerInnen im Gespräch. Davon waren sie allerdings nicht überzeugt.

Daher recherchierte der Autor mit den SchülerInnen Zeitungsberichte und Fotos des vor der Redaktion erschossenen Polizisten. Daraus entstanden drei Fragen: Kann es sein, dass die trauernde Familie des Polizisten, die zudem Muslime waren, den Tod ihres Sohnes, Schwagers und Bruders als Schauspieler des Geheimdienstes nur vorspielten? Wer wagt es, bei diesen Bildern die Trauer und den Schmerz zu leugnen? Wie wird wohl der Polizist Ahmad Merabat über die Darstellungen gedacht haben und war er aber nicht auch deutlich ein Opfer der brutalen Gewalt? In dem darauffolgenden Gespräch konnte die Situation gelöst werden. Es gab offensichtlich ein Kommunikationsproblem. Die Ablehnung der Gewalt, symbolisch dargestellt durch einen bestimmten, für diese (muslimischen) SchülerInnen inakzeptablen, Slogan konnte nicht mitgeteilt werden. Die Idee war es nun, stattdessen „Je suis Ahmed“ als Slogan zu verwenden, um das gleiche Anliegen – die Ablehnung der Gewalt – zu kommunizieren. Die gemeinsame Recherche via Smartphones legte auch die verwirrende Welt der Verschwörungstheoretiker offen. Die angeblichen Aufdecker und „Verbündeten“ zeigten bei der Recherche nämlich auch eine teilweise fremdenfeindliche und antimuslimische Seite, welche den SchülerInnen nicht bekannt war. Für die nächste Zeit würden diese als Quelle für politische Ideen oder Kommentatoren des Zeitgeschehens wohl ausfallen.

Beispiel Drei: Rückkehrer aus dem Kriegsgebiet

In diesem Fall handelt es sich um einen Rückkehrer aus dem Ausland. Hier muss die Anonymität gewährleistet bleiben, weswegen ich bei persönlichen Daten und den Umständen noch zurückhaltender sein muss.

Die Person wurde durch die Bewährungshilfe „Neustart“ vermittelt. In Gesprächen ist es oft so, dass zuerst eine unsichtbare Wand besteht. Die Personen, welche aufgrund der Sympathien für den Kampf in Syrien und Irak oder den Versuch oder den gelungenen Rückreiseversuch mit der Justiz in Konflikt gerieten, haben bei Gesprächsbeginn ein gewisses Misstrauen. In den Gesprächen äußerten die Personen den Gedanken, ob man nicht ein sehr trickreicher Polizeibeamter sei, der nachträglich versuche, Informationen zu bekommen. Das Vertrauen wurde aber meist innerhalb kurzer Zeit hergestellt. In fast allen Fällen nimmt der Autor nach einem Erstgespräch auch Imam Salim Mujkanovic vom Islamischen Zentrum Floridsdorf in Wien mit. Als relativ junger Theologe vermittelt er Verständnis sowie theologische Kompetenz und kann die politisch-militante Irrlehre in den gemeinsamen Interventionen zusätzlich dekonstruieren.

In diesem Fall wurde das Gespräch durch den Bewährungshelfer eingeleitet und fand danach unter vier Augen statt. Der Klient stellte von Anfang an offen seine Fragen und zeigte dabei keine Zurückhaltung, was für die Gespräche sehr wichtig ist.

Die Person fragte sofort, ob es aus islamischer Sicht denn nicht eindeutig sei, dass man gemäß dem Vorbild des Propheten auch Kriege führen dürfe. Die zweite Frage drehte sich um ideologische Aspekte, nämlich den Abfall vom Islam durch die Nichtanwendung oder die Veränderung von islamischen Gesetzen und wie der Autor selber dazu stehe.

Die erste Frage wurde im gemeinsamen Gespräch anhand des Beispiel Muhammads bei seinem Einzug nach Mekka diskutiert. Obwohl die Mekkaner ihn und seine Gefolgsleute jahrelang bekämpft hatten und immer wieder angriffen, verbot Muhammad jede Revanche. Ein weiteres Beispiel

ist die Charta von Medina, welche das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen regelte.

Was den Abfall vom Islam betrifft, wurde auf den *Qur'ān*-Kommentar des klassischen Gelehrten Ibn Kathir (*Ibn Katīr*) aus dem 14. Jahrhundert verwiesen. Dort heißt es, dass es keine Form des Kufrs sei, der den Islam zunichtemache, wenn der Herrscher oder Regent aus bestimmten Gründen so handelt, ohne die Gesetze Gottes zu leugnen oder für ungültig zu erklären. In dem gemeinsamen Gespräch wurde dann darüber reflektiert, ob nicht die Umsetzung dieses politischen Verständnisses des *Kufr bit-Taghut* dazu führen würde, dass man große Teile der türkischen Bevölkerung – dafür, dass sie demokratisch legitimierte Parteien wählen – zu Nichtmuslimen erklären müsste. Und sei dann das Gebet in vielen türkischen Moscheen, insbesondere jenen des staatlichen Religionsministeriums, dann noch gültig?

In diesen Gesprächen wird keine Meinung diktiert oder versucht, den anderen zu überzeugen. Ziel ist es, durch gemeinsames Reflektieren mögliche Lücken im Wissen, Verständnis oder den Vorstellungen zu finden, welche die Grundlage für diese Überzeugungen sind. Zu den Gesprächen kommt auch immer wieder die Frage nach der prekären Situation der Muslime, welche überall bekämpft werden würden. Mit dem Ziel anderen Glaubensbrüdern zu helfen, war auch dieser Klient ausgereist. Gemeinsam wurde dann über die Frage reflektiert, ob denn in Syrien und Irak noch auszumachen sei, wer hier Täter und Opfer sei. Wegen der verschiedenen kämpfenden unterschiedlichen Fraktionen gäbe es aber sehr viele Flüchtlinge, welche als Opfer durch Kriegshandlungen ausländischer Kämpfer ihre Heimat verlassen. Inwiefern hilft ein *Foreign Fighter* den Menschen vor Ort?

Der Klient bat um weitere Gespräche, da ihm diese zum Nachdenken angeregt hatten. Weiter kann auf die Inhalte und die Personen nicht eingegangen werden.

Beispiel Vier: Frühe Eheversprechen

Bei den Klientinnen fiel uns das sehr junge Alter auf: Vierzehn- und Fünfzehnjährige. Eltern, Betreuungseinrichtungen und Behörden wandten sich an uns.

In drei Fällen hatten wir es mit jungen Teenagerinnen zu tun, die in zwei Fällen ihren Vätern das Muslimsein abgesprochen hatten. In einem weiteren Fall ist eine aus einer nichtmuslimischen Familie stammende Schülerin durch den Einfluss von Schulkolleginnen zur Anhängerin dieser Dschihad-Ideologie „konvertiert“. Die junge Klientin heiratete über das Internet einen IS-Kämpfer und wollte ausreisen, wurde aber durch das Eingreifen der aufmerksamen Mutter gestoppt.

In einem anderen Fall wollte ein weiblicher Teenager mit ihrem Mann ausreisen und wurde bei der Ausreise von den Behörden aufgehalten. Auch sie hatte über ihren Vater *Takfir* ausgesprochen und einen Ehevertrag mit einem neuen *Waly*⁶⁸ geschlossen. Der Hintergrund war, dass er der Ehe aus unterschiedlichen Gründen nicht zugestimmt hätte, obwohl die Zustimmung des *Waly* (meist der Vater, wenn nicht mehr anwesend zum Beispiel der älteste Bruder) notwendig sei. Weswegen ihm durch *Takfir* der Status als Muslim und somit als *Waly* einfach aberkannt wurde. So konnte sie die Ehe doch schließen und als islamisch legitimiert betrachten. Das erinnert an die in den vorigen Kapiteln erwähnte ähnlich verfahrenende Gruppe *Takfir wa-l-Hidschra*. Die nachfolgenden Konsequenzen waren für beide sehr schwerwiegend, da die Justiz eingriff und ihre Handlung sanktionierte. Neben der sie nun betreuenden Einrichtung und der Bewährungshilfe bat man auch uns, mit ihr Gespräche zu führen. Beim ersten Gesprächstermin im Beisein der Bewährungshilfe wurde *Takfir* und das Verhältnis zu den Eltern ausführlich thematisiert und kritisch beleuchtet und auf ihren Wunsch hin mit einem Imam fortgesetzt. Dies zu thematisieren war für die Bewährungshilfe inhaltlich nicht notwendig, weswegen explizit für diesen bestimmten

⁶⁸ Definition des Begriffs *Waly* ist dem Glossar zu entnehmen.

Punkt die Zusammenarbeit mit uns hilfreich war. Auf weitere Inhalte des Gespräches kann nicht eingegangen werden.

Resümee

Bei diesen vier ausgewählten, sehr unterschiedlichen Beispielen zeigte sich in den Gesprächen ein wiederkehrendes Muster:

Es sind entweder das Internet und eindeutige Inhalte und/oder das soziale Umfeld, konkret der Freundeskreis, welcher den Kontakt zu dieser Ideologie ermöglichte. In diesen Gemeinschaften finden junge Menschen soziale und emotionale Bindungen und eine sinnstiftende Weltanschauung mit klaren Vorgaben und zu erreichenden Zielen. Die Treffpunkte sind die Schule, AMS-Kurse, der Park oder ein Sportclub und in manchen Fällen eine orientalische Bar. Manche der jungen Menschen haben wenig religiöses Wissen oder beschäftigen sich erst seit kurzem mit der Religion und lernen die politisch-ideologische Ausrichtung derselben kennen. Einige der Klientinnen und Klienten, mit denen wir sprachen, haben hingegen vergleichsweise viel Wissen über Religion. Rückkehrer haben besonders oft eine festgefahrene ideologische Überzeugung, die sie teils offen zeigen oder verborgen halten, aber durch gezielte Fragen immer wieder veranlasst werden, diese durchklingen zu lassen. Wichtig erscheint es uns, dass man diese Menschen nicht alleine lässt und auch versucht zu verhindern, dass sie in ihrer Umgebung eine negative Wirkung entfalten. Schwerwiegend sind jene Fälle, wo Eltern inzwischen verstorbene Familienmitglieder zu beklagen haben und fragen, warum ihnen keiner helfen konnte, als sie merkten, dass ihr Sohn, ihre Tochter, der Bruder, die Schwester etc. sich veränderten. Das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure von Bewährungshilfe, Sozialarbeit, Schule, Justiz, Exekutive und „Spezialisten“, aber auch jungen Peers als positive Vorbilder sollten ein Netzwerk bilden, um diesem Phänomen wirksam zu begegnen.

Die Evolution des Dschihadismus online und die Medien des Dschihads – von „al-Qaida“ zum „Islamischen Staat“

Nico Prucha

“Digital information is really just people in disguise.” – Jason Lanier

Der Dschihadismus im Internet ist ein Phänomen, das sich in den letzten fünfzehn Jahren massiv ausgebreitet hat. Vor allem seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 hat sich der Dschihadismus online subsequent und systematisch entwickelt. Die Ideologie, die *al-Qaida* (AQ) ins Leben rief und seit den 1980er-Jahren etablierte, erreichte 2014 mit der AQ-Splittergruppe *Islamischer Staat* (IS) einen vorläufigen Zenit.⁶⁹ Vor allem seit der Proklamation des Kalifats nutzt der IS gezielt die Social-Media-Sites, allen voran Twitter,⁷⁰ während AQ massiv an Unterstützung eingebüßt hat.⁷¹

⁶⁹ Zur Kluft zwischen AQ und IS: Bunzel, Cole: The Islamic State of Disobedience: al-Baghdadi Triumphant (05.10.2013). <www.aymennjawad.org/13909/the-islamic-state-of-disobedience-al-baghdadi>, abgerufen am 15.02.2016.

⁷⁰ Fisher, Ali: How Jihadist Networks Maintain a Persistent Presence Online. In: Perspectives on Terrorism Vol. 9, 3/2015. <www.terrorismanalysts.com/pt/index.php/pot/article/view/426>, abgerufen am 01.08.2015.

⁷¹ *Jabhat al-Nusra*, die ihre Loyalität zu Ayman al-Zawahiri bekundete (entgegen zu Abu Bakr al-Baghdadi, der sich im Juni 2014 als Anführer des IS zum Kalif ausriefen ließ), hatte ursprünglich Twitter entdeckt und propagandistisch genutzt. Mit dem Bruch mit IS und AQ hat *Jabhat al-Nusra* massenhaft Mitglieder, Kämpfer und Medienaktivisten verloren und ist im Vergleich zum IS mittlerweile recht isoliert. Zu *Jabhat al-Nusra* und dschihadistischem Twitter-Aktivismus: Fisher, Ali/Prucha, Nico: Tweeting for the Caliphate – Twitter as the New Frontier for Jihadist Propaganda. In: CTC Sentinel Vol. 6, 6/2013. <www.ctc.usma.edu/posts/tweeting-for-the-caliphate-twitter-as-the-new-frontier-for-jihadist-propaganda>, abgerufen am 01.08.2015.

Der Online-Dschihadismus beruht auf den ideologischen Inhalten und entsprechender medialer Vermarktung durch AQ seit den 1980er-Jahren.⁷² Es war die „klassische“ AQ und insbesondere die Gruppe um Yusuf al-Uyairi und Abd al-Aziz al-Muqrin in Saudi-Arabien⁷³, die über viele Jahre eine kohärente Präsenz in den virtuellen Welten aufgebaut und stets mit neuen Inhalten – primär Schriften und Videos – gefüllt haben. Trotz einiger Rückschläge und Versuchen, die Internet-Foren des Dschihads⁷⁴ bzw. Webpräsenzen zu schließen, gelang es den Sympathisanten und Unterstützern, entweder neue Foren zu erzeugen oder – was meistens der Fall ist – die alten Foren wiederherzustellen. Ironischerweise wird das modernste Mittel der Kommunikation genutzt, um gegen die Moderne zu kämpfen, wenn auch mit einer armseligen Theologie.⁷⁵ Eigene Medien-Bataillone und quasioffizielle Medienabteilungen werden betrieben, mit entsprechenden Logos und Namen, die Videos, Bekennerschreiben, Schriften u. dgl. professionell verarbeiten und zum einfachen digitalen Konsumieren im Internet sowie zum Herunterladen anbieten. Diese frei verfügbaren Propagandamaterialien bestehen aus Schriften und Videos und werden von Sympathisanten und potentiellen Rekruten des Dschihads multipliziert, indem einzelne Daten (v. a. Videos) durch persönliches Engagement im Internet weiterverbreitet werden. Die teilweise extrem professionellen Videos sind unzertrennlich mit dem schriftlichen Online-Corpus des Dschihad vermischt und bieten

⁷² Zu den operativen und medialen Vorläufern der AQ: Anas, Abdallah: *Walidat al-Afghan al-Arab – sira Abdallah Anas bayna Masud wa-Abdallah Azzam*. Beirut 2002, S. 33-36.

⁷³ Prucha, Nico: *Die Stimme des Dschihad „Sawt al-gihad“: al-Qa'idās erstes Online-Magazin*. Hamburg 2010.

⁷⁴ Teilweise wurden die Foren durch Hackerangriffe von Aktivisten lahmgelegt – teilweise wurden die Administratoren dieser Foren verhaftet. Am 11.09.2008 wurden mehrere Foren nach der Verhaftung mutmaßlicher Administratoren in Saudi-Arabien geschlossen. Siehe dazu: <www.alriyadh.com/2008/09/11/article373597.html>, abgerufen am 01.08.2015. Die damit geschlossenen Foren wie al-Muhajroon, al-Anfal und al-Nusra waren zwar nicht unerheblich, die Inhalte und Mitglieder haben sich nun aber lediglich auf andere Foren verlagert. Erst das Aufkommen des IS hat eine ernstzunehmende Situation für die klassischen AQ-Foren und -Medien erzeugt, die derzeit zu Gunsten des IS auszugehen scheint.

⁷⁵ Vgl. Interview mit Rüdiger Lohlker. In: *Wiener Zeitung*, 10./11.09.2011.

den Konsumenten ein geschlossenes und geordnetes Wertesystem sowie Lebensmodell, dem es nachzueifern und zu folgen gilt.

Die Arbeit dieser Medienabteilungen wurde stets als Teil des bewaffneten Dschihad gesehen und entsprechend propagiert, denn im Islam gibt es das Gebot des Missionierens (*da'wa*). *Da'wa* wird von den Anhängern des militanten Dschihadismus als göttliches Gebot interpretiert, neben dem Kampf eine bestimmte Form der Interpretation religiöser Quellen aktiv zu verbreiten, um so Muslime und Nicht-Muslime anzusprechen und die Ziele sowie allgemeine Rechtfertigungen für den Kampf zu vermitteln. Dabei spielen Symbole, Bilder, Legenden, Lieder,⁷⁶ Geschichten,⁷⁷ und Metaphern eine entscheidende Rolle, denn der „Globale Dschihad“ beansprucht eine Führungsrolle bei der Interpretation historischer und religiöser Quellen⁷⁸ und geriert sich als im Besitz der einzig wahren Deutungshoheit.⁷⁹ Es ist eine Grundlage und fundamentale Kommunikationsform der menschlichen Natur, Wünsche und Vorstellungen durch Sprache und Bilder zu kommunizieren. Vor allem der IS versteht sich auf die visuelle Kommunikation, vermittelt durch verschiedene visuelle Elemente Glaubensinhalte und verspricht Heilsvorstellungen.

⁷⁶ Zur Rolle dschihadistischen Liedguts (*nashid*) und „Kriegsgesängen“ (*huda'*): Holtmann, Philipp: *The Use and Genre of Huda (encouraging battle songs) versus Anashid (praiseful hymns) in Jihadi Propaganda and in Jihadi Death Rites*, Manuskript.

⁷⁷ Weiterführende Literatur: Prucha, Nico: *Online Territories of Terror: How Jihadist Movements Project Influence on the Internet and why it Matters Offline*, Dissertation. Universität Wien, 2015.

⁷⁸ Die Interpretation, Arabisch: *ta'wil*, basiert auf theologischer, historischer und linguistischer Grundlage. Die Dschihadisten verwenden ihre eigene *ta'wil* und deklarieren jedwede andere Form der Auslegung als „falsch“ bzw. „verdorben“. Dazu z. B.: Abu Muhammad al-Hasan b. 'Ali al-Kitani al-Athari, *al-Ta'wil 'aynd al-Ahl al-'Ilm, Minbar al-Tawhed wa-l-Jihad* (1416 a.H.).

⁷⁹ Siehe dazu auch: Holtmann, Philipp: *The Symbols of Online Jihad – How Jihadis Foster Central Myths in Environments to Guide Online-Groups*. In: Rüdiger Lohlker (Hrsg.): *Online Discourses and Representation*. Wien 2013, S. 9-65.

Essentiell für die im Internet aggressiv in Erscheinung tretenden Medien des Dschihad ist deren Selbstanspruch, dass diese legitimen Formen der islamischen *da'wa* sind, einzig gültig für alle Muslime. *Da'wa*, die Missionierung für den Islam, folgt im Rahmen des globalen Dschihad einer klaren theologischen, dogmatischen und letztendlich ideologischen Rechtleitung, die von den Gelehrten (*'Ulama* bzw. *Shuyukh*) der *al-Qaida* und ihren verwandten Gruppierungen getragen wird. Sie definieren sich als die einzigen wahren Vertreter des Glaubens – im Gegensatz zu den von Regierungen ‚gekauften‘ und ‚manipulierten‘ religiösen Autoritäten.

Neben dem Gelehrten, dem Vertreter und Interpreten der als avantgardistisch deklarierten „Wahrheit“ (*al-baqq*) zeichnen audiovisuelle Propagandamaterialien vor allem den aktiv kämpfenden *Mudschahid* und den Selbstmordattentäter als Handlanger und Umsetzenden dieser „Wahrheit“ für Gott im Kampf gegen die „Falschheit“ (*al-batil*). Seit den Anschlägen des 11. September 2001 haben sich die Online-Medien des Dschihad konsequent erweitert und umfassen neben militärischen Instruktionen vor allem eine Rhetorik, die teilweise sehr subtil zur Gewalt aufruft – und neben dem Arabischen nun auch in nahezu allen europäischen Sprachen vermittelt wird. Hier gilt ebenso der Selbstanspruch der *da'wa*, um dadurch im Westen lebende Muslime und Konvertiten anzusprechen und zu indoktrinieren.

Das Corpus radikal-extremistischer Schriften und vor allem der dazugehörigen Videos ist sehr umfangreich und wird durch beständige Veröffentlichungen diverser Mediengruppen des Dschihad täglich erweitert. Auch das sogenannte Web 2.0, die New und Social Media,⁸⁰ wird von Sympathisanten

⁸⁰ Neben den Online-Foren des Dschihad werden vor allem Facebook und Twitter als Propaganda- und Verteilerplattformen verwendet. Siehe hierzu die arabischen Handbücher diverser Mediengruppen, die neben theologisch-ideologischer Rechtfertigungen eine praktische Anleitung bieten: *Al-Manhaj fi tabsil al-khibra al-ilamiyya*, Teil 1-6, veröffentlicht von al-Furqan (al-Qa'ida im Irak) und Markaz al-Yaqin. Die Verwendung von Twitter wurde Ende 2010 in dschihadistischen Online-Kreisen etwas populärer und ist seit 2012, dank diverser Handbücher und Anleitungen durch Sympathisanten und ‚offizielle‘ Vertreter (z. B. Taliban-Pressesprecher) parallel zu den Foren von wachsender Bedeutung. Siehe

und (virtuellen) Führern des Dschihads systematisch und professionell genutzt, um auf möglichst allen Ebenen des gegenwärtigen Internets mit ideologischen Schriften und teilweise extrem graphischen Videos präsent zu sein.⁸¹ Das ermöglicht eine Interaktion mit potentiellen Befürwortern und dient neben der aktiven Rekrutierung vor allem der Verbreitung dieser Materialien durch indoktrinierte individuelle Sympathisanten mit dem Ziel, möglichst viele Adressaten zu erreichen. Ausgehend von arabischen Primärquellen, übertragen in andere Sprachen, darunter neben dem Englischen und immer stärker auch Deutsch, auf die sich dieser Artikel bezieht, dient das Internet als Medium der Fusion zur Darstellung einer spezifischen Weltsicht und Geisteshaltung.

Das hat im letzten Jahrzehnt u. a. dazu geführt, dass mehr und mehr Nischen und Lücken in der Ideologie des globalen Dschihads durch entsprechende Schriften und Rechtleitungen erschlossen wurden. Die Ideologen des globalen Dschihads reagieren meist schnell, im Allgemeinen professionell und oft detailliert auf Kritik der Nutzer der Online-Foren und rechtfertigen die Taten, z. B. die Freilassung von Geiseln⁸² oder Selbstmordanschläge, wie etwa in Algerien,⁸³ oder deklarieren Antworten zu Fragen des täglichen Lebens der „wahrhaft gläubigen“ Muslime – im Gegensatz zu den

dazu: Usama bin Musa'id al-Muhayya: *Gharida ma Twitter* (2012). Eine anschauliche Anleitung mittels der Dschihad-Foren vertrieben werden.

⁸¹ Holtmann, Philipp: Virtual Leadership: How Jihadists Guide Each Other in Cyberspace. In: Rüdiger Lohlker (Hrsg.): *New Approaches to the Analysis of Jihadism – Online and Offline*. Göttingen 2011, S. 63-125.

⁸² So z. B. die schnelle Reaktion von Abu Yahya al-Libi, der 2007 die Freilassung von 19 südkoreanischen Geiseln durch die Taliban rechtfertigte, nachdem diese Entscheidung in den Dschihad-Foren durch die Nutzer, die mehrheitlich die Exekution der christlichen Missionare verlangten, heftig kritisiert worden war; Abu Yahya al-Libi: *Daʿ ar-rayn ‘an asiri ‘asabat al-Kureen: Mabhath mukhtas ar hawl al-Kureen al-ladhina ukhtadifuhum al-mujahidun fi Afghanistan*, Globale Islamische Medien Front (GIMF), 2007.

⁸³ Für eine Analyse der Reaktion auf die Kritik nach den zwei verheerenden Selbstmordanschlägen in Alger (2007): Prucha, Nico: *A Look at Jihadist Suicide Fatwas – the Case of Algeria* (27.10.2010). <www.riecas.gr/images/prucha.pdf>, abgerufen am 01.08.2015.

inaktiven, passiven „Mitläufern“.⁸⁴ Die Ideologie, abgefasst in schriftlicher Form, beinhaltet verschiedene Genres und Kategorien. Dschihad-Gruppierungen beanspruchen für sich, die einzig legitimen Vertreter des Islam zu sein und ziehen dabei einen klaren Trennungsstrich zu jenen Muslimen, die ihren vermeintlichen Pflichten als Muslime für den Dschihad nicht nachkommen. Der *Mudschahid* ist, in ihren Augen, ein Repräsentant Gottes, der dem göttlichen Gebot folgt, alles Mögliche für die Religion unternimmt und als kämpfender Gläubiger für seine unterdrückten Geschwister aktiv in den Krieg zieht. Im Kampf, im Dschihad bzw. im *ribat*⁸⁵, wird eine spezifische Geisteshaltung propagiert, die an sich legitime religiöse und historische Schriften und Ereignisse exklusiv für sich beansprucht. Der Trennungsstrich gegenüber den nicht-aktiven Muslimen wird durch die Dschihad-Literatur vertieft, definiert klare Feindbilder und propagiert Vorbilder, denen es nachzueifern gilt, um keine Sünde zu begehen bzw. den Zustand der Sünde zu verlassen. Das wird maßgeblich durch die im Internet

⁸⁴ Das beinhaltet z. B. Anleitungen zum Gebet, Fragen zur Heirat, zum Umgang mit Nicht-Muslimen usw. Für teils skurrile Fragen und Antworten, die als *fatwa*, als autoritativer Rechtsentscheid, dargestellt werden, siehe: <[www. askimam.com](http://www.askimam.com)>, abgerufen am 15.02.2016.

⁸⁵ *Ribat*, frei übersetzbar als „Front“, ist eine physische und psychische Grundhaltung, in der der Auswanderer (*Muhajir*) sich bewegt, und dient als theologisches Fundament in der Rechtfertigung dschihadistischer Anschläge und Operationen. Vgl. Prucha, Nico: Jihadists' use of Quran's ribat concept. In: Jane's Islamic Affairs Analyst, 2009.

veröffentlichten Schriften getragen, mittels klassischen Webseiten⁸⁶, altbewährten Dschihad-Foren⁸⁷, Blogs⁸⁸ und die interaktiven sozialen Medien, vor allem Twitter, Facebook und YouTube.

Das schriftliche Corpus dschihadistischer Ideologie umfasst Kategorien bzw. Genres, die mittels des Mediums Internet auf elektronische Weise weltweit veröffentlicht werden. Parallel jedoch sind die lokalen Urheber bemüht, ihre Propaganda mittels gedruckter Wurfsendungen, Büchern und gebrannter CDs bei der örtlichen Bevölkerung zu verteilen.⁸⁹ Verteilaktionen von gebrannten CDs mit Filmen und Schriften sind in Regionen mit nur schlechtem oder keinem Internetzugang (wie Irak, Somalia oder Jemen) ein integraler Bestandteil der *da'wa* in der Lesart der Dschihadisten und werden in Propagandafilmen immer wieder gezeigt und angepriesen.⁹⁰

⁸⁶ Allen voran Tawhid wa-l Jihad, die Website des jordanischen Dschihad-Klerikers Abu Muhammad al-Maqdisi, auf der sich abertausende von diversen Schriften finden. Siehe: <www.tawhed.ws>, abgerufen am 01.08.2015.

⁸⁷ In den letzten Jahren sind immer wieder „alte“ Dschihad Foren geschlossen bzw. aufgrund der Inhaftierung der verantwortlichen Administratoren vom Netz genommen worden, so z. B. am 11.09.2008, als Administratoren in Saudi-Arabien verhaftet wurden. Siehe dazu: <www.alriyadh.com/2008/09/11/article373597.html>, abgerufen am 01.08.2015. Die „heimatlosen Nutzer“ wandten sich jedoch schlicht anderen bestehenden Dschihad-Foren zu und haben seitdem hauptsächlich diese verwendet.

⁸⁸ Die Verwendung von Blogs war bis zur systematischen Infiltration von Facebook und vor allem YouTube die maßgebliche Strategie im Medien-Dschihad, im Kampf um die „hearts and minds“. Die Strategie und das Verständnis der medialen Wirkungsweise der Blogs wurde auf die Social Media übertragen. Siehe dazu: al-Hakim, Omar Abd: Ghazwa muwaqi al-tadwin wa-l mandunat; al-yawm muwaqykum wa-ghadan ardukum wa-diyyarukum ya-ubad al-salib. al-Falluja Forum 2009.

⁸⁹ Siehe dazu: Rana, Muhammad Amir: Jihadi Print Media in Pakistan: An Overview: In: Pak Institute for Peace Studies Paper, Oktober-Dezember 2008. <www.sanpips.com/download.php?f=71.pdf>, abgerufen am 01.08.2015.

⁹⁰ Um eines von vielen möglichen Beispielen zu nennen, verweise ich auf ein 2012 erschienenes Hinrichtungsvideo aus dem Jemen mit dem Titel „Ayn ala l-hadath (5)“ der Madad News Agency der jemenitischen *al-Qaida* Abteilung (*Ansar al-Scharia*-Zweig), Februar 2012. Am Ende des Films wird ein „Informationsbüro“ der *Mudschabidin* gezeigt, in dem Personal-Computer stehen und CDs an Interessierte ausgegeben werden.

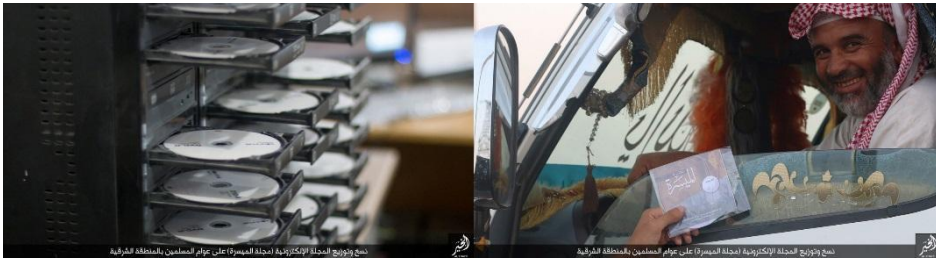


Abbildung 3: Verteilen von DVDs in der IS-Provinz al-Khayr (Syrien)

Quelle: <www.muslims-news.net>, abgerufen am 25.08.2015.

Die elektronischen „Medien-Bataillone“ des weltweiten Dschihad füllen die Online-Territorien des Terrors rund um die Uhr, ohne Unterbrechung mit Inhalten und haben sich als mediale Ableger mit repräsentativen Ideologen (z. B. Ayman al-Zawahiri und anderen, v. a. im Westen weniger bekannten Ideologen) als Autoritäten entfaltet, die von deren Anhängern und Sympathisanten als glaubwürdig – und somit politisch relevant – aufgefasst werden. Das führt oft zu einer Ideologisierung – und subsequenter Radikalisierung – des einzelnen Konsumenten. Im Idealfall verinnerlicht dieser die Inhalte und Statements des Dschihads und fühlt sich berufen, diese sowohl im Internet als auch offline (in seiner Gemeinde, Moschee, Familie) weiter zu verbreiten. Somit entsteht die Wahrnehmung einer virtuellen *Umma*, die vor allem im Internet existiert und der von tatsächlich existierenden Gruppierungen entsprechend Leben eingehaucht wird. Die Wahrnehmung des Konsumenten schafft zunächst einen virtuellen Raum, den dieser in die Realität umsetzen möchte bzw., dem handlungsleitenden Muster des Referenzrahmens folgend, muss. Die Bestrafung der Feinde Gottes für ihre Verbrechen gegen die *Umma*, etwa im Irak, legitimiert Anschlagziele im Westen (z. B. den Anschlagversuch am Flughafen von Glasgow 2007 durch eine Zelle des „islamischen Staates Irak“⁹¹) – ein Grundverständnis, das nun nicht mehr exklusiv von ‚klassischen‘ Dschihadisten, sondern auch verstärkt

⁹¹ Siehe dazu: Fishman, Brian: The Iraq Connection, Jihadica (Podcast). <www.jihadica.com/uk/feed>, abgerufen am 25.08.2015.

von einer neuen islamistischen Strömung, jener der dem Dschihadi-Spektrum zugehörigen Salafisten, geteilt und legitimiert wird.

Somit war die Nutzung des Internets durch *al-Qaida* und ihre verwandten Gruppen vor allem durch die effektive Verwendung von Online-Foren geprägt. Die ideologische Grundlage und die *Da'wa*-Arbeit durch AQ ist der Nährboden, aus dem der IS in seiner Ausprägung hervorgeht. Der „Islamische Staat“ hat AQ im Internet isoliert und bis auf ein oder zwei Internet-Foren alle ‚klassischen‘ AQ–Dschihad-Foren für sich reklamiert.⁹² Drastischer – und somit revolutionärer – ist das Momentum, das der IS v. a. in Syrien und im Irak erreichen konnte. Hier wurde der ultimative Traum verwirklicht, ein zusammenhängendes „Staatsgebilde“ herzustellen und ihre handlungsgebende und identitätsstiftende Ideologie zu implementieren. Der „Islamische Staat“ verkörpert somit die ultimative AQ-Theorie: (i) Ein Staat für Muslime auf Grundlage der extremistischen Interpretation der Gesetze und Normen der *Scharia* in Verbindung mit (ii) Medienabteilungen, die diese Form der aktiven Umsetzung ideologischer Parameter in jeder Provinz (*wilaya*) des ausgerufenen „Kalifats“ vor allem audiovisuell dokumentieren.⁹³ Das ist die ultimative Fusion der virtuellen Räume mit echtem Territorium.

Der IS hat in seiner Existenz innerhalb Syriens und als Fortsatz der Vorkämpferorganisation im Irak in kurzer Zeit das erreicht, wofür das weltweit operierende Terrornetzwerk *al-Qaida* vorgibt, seit Jahrzehnten zu kämpfen: durch den bewaffneten Kampf, die Macht lokaler Regime zu brechen und

⁹² So z. B.: al-Minbar Forum Unterstützung für den Islamischen Staat (10.03.2014). <<http://alplatformmedia.com/vb/showthread.php?t=40356>>, abgerufen am 01.08.2015.

⁹³ In ca. 2½ Jahren wurden vom IS rund 830 offizielle Videos aus allen Provinzen des „Kalifats“ veröffentlicht. Alle Videos sind professionell hergestellte Filme im Full-HD-Format und 16:9. Die Provinzen bestehen aus Gebieten v. a. in Syrien und dem Irak, aber auch Westafrika (Boko Haram), Afghanistan, dem Jemen, Libyen, Ägypten, Tunesien und im Kaukasus. Zu den Videos: Prucha, Nico: Pictures Matter: The Visual Culture of Jihadism (17.06.2015). <<http://voxpoleu.com/pictures-matter-the-visual-culture-of-jihadism/>>, abgerufen am 29.07.2015.

den dadurch „befreiten“ Sunniten einen „islamischen Staat“ zu ermöglichen, der seit der Aufgabe des Kalifats 1924 von Islamisten und militanten Dschihadisten glorifiziert und idealisiert wird.

Die visuelle Kultur des Dschihads: von al-Qaida zum Islamischen Staat

Videokameras und medien- bzw. technikaffine Kämpfer waren bereits in den 1980er-Jahren im Dschihad gegen die Rote Armee in Afghanistan im Einsatz und legten den Grundstein des heutigen Medien-Dschihads. Nach der Niederlage der Sowjets in Afghanistan zogen viele dieser Veteranen in neue Unruheherde, um als selbsternannte Stellvertreter des sunnitischen Islams auf Seite der Muslime in Bosnien oder im Kaukasus zu kämpfen – und zu filmen. Sie brachten gelerntes Kriegshandwerk und ihre Ideologie mit in die jeweilige Region und lagen damit oft im Konflikt mit den lokalen Traditionen der Sunniten und ihrer meist *Sufi*-inspirierten Gebräuche.⁹⁴

Die Ideologie wurde in den 1980er-Jahren durch globale Dschihad-Bewegungen in Afghanistan v. a. durch arabischsprachige Schriften verbreitet und später durch *al-Qaida* und der Führung um Osama bin Laden zentral. In Zwischenschritten wurde die Ideologie verfeinert und detailverliebter und durch Extremisten in Bosnien und im Kaukasus umgesetzt, propagiert und entsprechend angereichert. Der „Islamische Staat“ besteht aus ehemaligen *al-Qaida*-Mitgliedern und ist ein Produkt des amerikanischen Einmarsches 2003, in dessen Folge sich erst *al-Qaida im Irak* etablieren konnte. Im Irak und in Syrien sind die Veteranen mehrheitlich zum IS übergelaufen. Somit verfügt der „Staat“ nicht nur über Kriegsveteranen, sondern auch über erfahrene Medienarbeiter und Videoproduzenten.

⁹⁴ Devji, Faisal: *The Terrorist in Search of Humanity: Militant Islam and Global Politics*. New York 2008.

Die meisten dieser ausländischen Kämpfer bzw. *Foreign Fighters* kamen aus dem arabischen Raum und die wesentlichen Ideologen waren Araber. Führende Denker und Kämpfer legten den Grundstein für zwei Elemente in der Geisteshaltung der Extremisten:

Einerseits die exklusiv militante Umsetzung des Dschihad-Konzeptes und andererseits die Missionierung (*da'wa*). Das beinhaltet das Predigen von der Front und die Erklärung der Ideologie durch die *Mudschabidin*, die sich für ihre Auslegung opfern und für das vermeintlich altruistische Wohl zum Sterben bereit sind.

Der Kampf um die „hearts and minds“ ist ein Kampf um die Hegemonie der Interpretation und Anwendung religiöser Schriften. Es geht darum, die Vorherrschaft zu definieren, was es bedeutet, ein „Sunnit“ zu sein, und darum, die Autorität der saudischen, ägyptischen und sonstigen islamischen Gelehrten auszuhebeln. Dabei ist das Internet von strategischer Bedeutung, wo sich nun vor allem der IS einer reichhaltigen, meist schriftlichen, Ideologie von *al-Qaida* bedient und diese innerhalb des vom IS kontrollierten Territoriums anwendet. Damit demonstriert der IS vermeintliche Legitimität, die auf redundanten Interpretationen religiöser Skripten beruht, aber ein geschlossenes Weltbild bietet, das äußerst kohärent ist.

Die ideologische Kohärenz, die schlüssige Vermittlung ihrer Botschaften, Werte und der „IS-Staatsideologie“ wird in technisch robusten und widerstandsfähigen Netzwerken im Internet vermarktet und in den Social-Media-Kanälen ununterbrochen ausgestrahlt. Wie in einem Beitrag für *The Daily Beast* mit Ali Fisher im Oktober 2014⁹⁵ beschrieben, bedient sich der IS einer Online-Ausbreitung, die am besten als „Schwarm“ bzw. „swarm-cast“ bezeichnet werden kann.

⁹⁵ Fisher, Ali/Prucha, Nico: ISIS is Winning the Online Jihad Against the West. In: *The Daily Beast*, 01.10.2014. <www.thedailybeast.com/articles/2014/10/01/isis-is-winning-the-online-jihad-against-the-west.html>, abgerufen am 13.05.2015.

Die Kameralinse des *Mudschabids* dokumentiert die Implementation und praktische Umsetzung der Ideologie. Das Novum an der Dschihad-Propaganda der Terrormiliz *Islamischer Staat* ist, dass diese Gruppe – im Gegensatz zu ihrem Vorläufer *al-Qaida* – über Territorium innerhalb der arabisch-sunnitischen Länder verfügt. Damit es nun zum ersten Mal einer globalen Dschihadbewegung gelungen, ihre Vorstellungen eines „Staates“ in großen Gebieten des arabischen Raums zu etablieren. Obwohl der *al-Qaida* Ableger im Jemen bzw. die *Shabab*-Milizen in Somalia ähnliche Projekte umgesetzt haben, ist die Dimension des selbsternannten „Islamischen Staates“ unvergleichbar.

IS-Filme sind so effektiv, weil sie die Anwendung der ideologischen Schriften zeigen, die der „Staat“ innerhalb des kontrollierten Territoriums in Syrien, im Irak, in Libyen und auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel in verständlicher und praktischer Form umsetzt.

Twitter-Dschihad und der selbsternannte „Islamische Staat“

Der „Islamische Staat“ (IS) hat im Juni 2014 Gebiete in Syrien und im Irak besetzt. In einer Art Blitzkrieg nahm er mehrere bedeutende Städte im Irak ein und rief ein „Kalifat“ (*khilafa*) aus. Das Bild der angeblich 800 IS-Kämpfer, die die irakische Armee in Mosul in die Flucht schlugen, schlachtete der IS in den sozialen Medien propagandistisch aus. Während und nach dieser Bodenoffensive wurden über offizielle Twitter-Accounts Kriegsberichte, Bilder und Videos veröffentlicht, zeitweise unmittelbar nach oder sogar während der Kampfhandlungen. Mitten in der Juni-Offensive im Jahr 2014 wurden von rund 20 IS-Twitter-Accounts über eine viertel Million Tweets abgesetzt bzw. von Sympathisanten, Unterstützern oder dem IS selbst retweeted (wiederholt).⁹⁶

⁹⁶ Fisher, Ali/Bartlett, Jamie: How to beat the media Mujahideen. In: Demos Quarterly, 5/2014-2015. < <http://bit.ly/1VbHbIx>>, abgerufen am 13.05.2015.

Eine gezielte Medienkampagne zur Propagierung eines Videos, das die Hinrichtungen irakischer Soldaten zeigt, trug zur Flucht der meisten Soldaten bei, die ohnehin kaum Unterstützung von ihrer eigenen Regierung erhielten.⁹⁷ Das Video, „das Klirren der Schwerter“ (ein Verweis auf ein Buch des historischen Ideologen Ibn Taymiyya; gest. 1328),⁹⁸ wurde auf Twitter mehr als 32.000 Mal geteilt, retweeted und entsprechend von einer breiten Fanbasis verbreitet.



Abbildung 4: Twitter-Nachricht eines Dschihadisten
Quelle: <www.twitter.com>, abgerufen am 17.04.2015.

Der IS ist eine revolutionäre Gruppe, die es versteht, eine professionelle und ideologisch kohärente Medienstrategie zu verfolgen. Er bedient sich wie keine andere Terror- bzw. Interessensgruppe systematisch des Internets, um seine Botschaften weltweit und multilingual erfolgreich zu vermarkten. Social Media, primär Twitter, werden vom IS als die wichtigste Plattform

⁹⁷ Fisher, Ali/Prucha, Nico: Is this the most successful release of a jihadist video ever? (19.05.2014). <www.jihadica.com/is-this-the-most-successful-release-of-a-jihadist-video-ever/>, abgerufen am 27.07.2015.

⁹⁸ Zu Ibn Taymiyya : Michot, Yahya: Muslims under non-Muslim Rule, Ibn Taymiyya on – Fleeing from Sin; – kinds of Emigration; – the Status of Mardin; – the conditions for challenging Power. Oxford – London 2006.

eingestuft. Im Sekundentakt wird die Propaganda des IS verbreitet. Twitter ist u. a. deswegen besonders gut geeignet dafür, weil arabische und europäische Kämpfer des IS (*Foreign Fighters*) durch ihre Mobiltelefone eine direkte Kommunikationslinie mit ihren Freunden und Verwandten in ihren Herkunftsländern unterhalten. Die Netzwerke des IS sind – sowohl ideologisch als auch technisch – belastbar und widerstandsfähig gegenüber einem möglichen Einfluss von außen oder gegen Interferenzen mit dem Ziel, die radikalen Accounts dauerhaft zu löschen. Die IS-Netzwerke auf der Twitter-Plattform bspw. agieren wie ein Schwarm. Selbst wenn mehrere Accounts gelöscht werden, sind in der Regel ausreichend viele Unterstützer-Accounts weiterhin aktiv, die sofort neue Accounts bewerben. Sobald „offizielle“ IS-Accounts entfernt werden, passt der IS seine Vermarktungsstrategie an und veröffentlicht seine neuen Videos ausschließlich über Hashtags (#), die unabhängig von Accounts verwendet werden können.⁹⁹ Hinzu kommt, dass arabischsprachige Accounts den westlichen Social-Media-Betreibern weniger vertraut sind und entsprechend seltener deaktiviert werden.

Die Medien-Abteilungen des IS und anderer militanter Bewegungen und jeder einzelne designierte „Medien-*Mudschahid*“ transportieren und projizieren strategischen Einfluss auf vielen Ebenen und vermitteln ein weltweites Wahrheitsmonopol. Das bedeutet, dass sich jeder Muslim, der als außerhalb dieser engen „Wahrheit“ befindlich definiert wird, auf dem „Pfad der Lüge“ befindet und demnach als Abtrünniger oder Ungläubiger zu behandeln ist.¹⁰⁰ Im Zuge des politischen Chaos veröffentlichte der IS über verschiedene Social-Media-Kanäle sowie Internet-Foren Bilder und Filme von Kampfeinsätzen, Hinrichtungen von Geiseln und Gefangenen sowie von Maßnahmen zum Aufbau eines „Staates“. Darin legen die IS-Kämpfer

⁹⁹ Fisher, Ali/Prucha, Nico: Eye of the Swarm: The Rise of ISIS and the Media Mujahedeen, (08.07.2014). <<http://uscpublicdiplomacy.org/blog/eye-swarm-rise-isis-and-media-mujahedeen>>, abgerufen am 13.05.2015.

¹⁰⁰ Prucha, Nico: Die Stimme des Dschihad „Sawt al-gihad“: al-Qa’idas erstes Online-Magazin. Hamburg 2010.

ihre Waffen ab, um die Infrastruktur des Kalifats aufzubauen. Diese neuartige Form der Propaganda, die sich an ein globales Publikum richtet, hat gravierende Folgen: Vor allem junge Muslime unterschiedlicher Herkunft in europäischen und arabischen Gesellschaften fühlen sich dazu aufgerufen, dem Anführer des IS, Abu Bakr al-Baghdadi, den Treueeid zu schwören und sich dem Kampf und dem Staatsaufbau anzuschließen.

Social Media als ultimative Promotionsfläche

Der Zuzug ausländischer Kämpfer aus europäischen Staaten, Nordamerika, Australien sowie aus dem arabischen Raum ist nach wie vor ungebrochen: Etwa 4.000 westliche Staatsangehörige sollen sich in den vom IS kontrollierten Gebieten aufhalten.¹⁰¹ Oftmals treten diese sogenannten *Foreign Fighters* als Akteure vor der Kamera auf und tragen somit zur Verbreitung der Propaganda bei – sie erreichen die Gemeinden in ihren Herkunftsländern. Die hohe Frequenz professionell hergestellter Propagandafilme (auch auf Deutsch) stellt ein großes Gefährdungspotenzial dar: Zum einen werden dadurch auswanderungswillige Sympathisanten angeworben und zum anderen wird die IS-Propaganda von rechtsradikalen und rechtskonservativen Kreisen in westlichen Staaten benutzt, um gezielt Ressentiments gegen „den“ Islam per se zu schüren. Zudem versucht der IS, Einzelattentäter im Westen zu erreichen und die Anschläge, welche diese in ihren Heimatländern durchführen, als „Strafaktion“ und Vergeltung für die westlich-geführten Luftangriffe gegen den IS im Nahen Osten darzustellen.

¹⁰¹ Neumann, Peter: Foreign Fighters Total in Syria/Iraq now exceeds 20,000; surpasses Afghanistan conflict in the 1980s (26.01.2015). <bit.ly/1JPbSsG>, abgerufen am 13.05.2015.

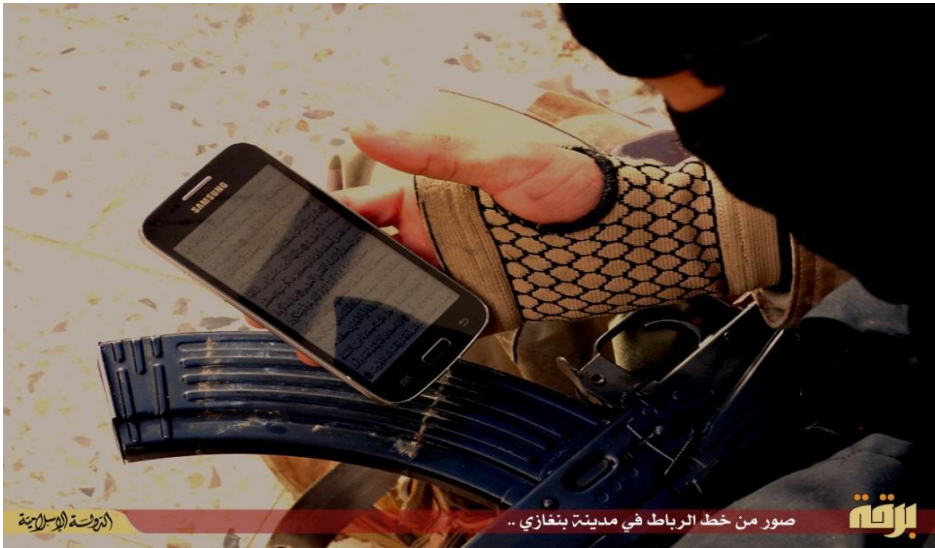


Abbildung 5: IS-Provinz Barqa, Libyen

Quelle: <www.muslims-news.net>, abgerufen am 17.07.2015.

Die dschihadistische Subkultur im Internet ist von einer Art Mitmachkultur geprägt: Social-Media-Nutzerinnen und -Nutzer können selbst kreierte Inhalte teilen und verbreiten. Dieser „User created content“ baut nicht zuletzt auf der erfolgreichen Vermarktung der „zivilen Seite des IS“ auf – mit diesem Genre wird der IS in Videoproduktionen immer wieder als funktionierender „Staat“ hervorgehoben. Dort, wo der Schutz der (sunnitischen) Zivilbevölkerung nicht von einer Hilfsorganisation oder von der internationalen Koalition verantwortet wird, tritt der IS als Retter und Heilsbringer auf. Die Fotos und Videos stellen das „Leben im Kalifat“ dar: den Aufbau von Infrastruktur wie der Versorgung mit Gas, Wasser oder Strom, die Beseitigung von Kriegsschäden, die Wiederherstellung des öffentlichen Lebens oder Manifestationen der Religion innerhalb des öffentlichen Raumes. Dabei werden bspw. öffentliche Gebete dargestellt – etwas, das in Syrien unter der Herrschaft Baschar al-Assads stets problematisch war, da sich das Regime einerseits oft als säkular präsentierte und es andererseits vor allem Islamisten waren, die traditionell die Hauptopposition stellten.

Die IS-Lesart der *Scharia*, der islamischen Regeln für das Leben der gläubigen Musliminnen und Muslime, lässt den „Staat“ als Modell in Erscheinung treten, in dem klare Gesetze und Regeln gelten und wofür es sich zu kämpfen lohne. Der IS präsentiert sich in seinen Videos und den darin getätigten Aussagen der Lokalbevölkerung als ein Staat, der Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Menschen bringt. Diese Botschaft ist nach dem Versagen diverser politischer Ideologien und Strömungen in der arabischen Welt besonders attraktiv.

Die Verzahnung und vor allem die kurzen Intervalle, in denen der IS durch seine Führungsebene sowie durch die Kriegs- und Medien-Minister mit „offiziellen“ Presseaussendungen und Statements auf politische Entscheidungen westlicher und arabischer Staaten und des Iran reagiert, tragen zu diesem Gesamtbild bei. Die professionelle und gut organisierte Handhabung von blutigen und „state-building“-Propagandafilmen für ein globales Publikum, verbunden mit dem Anspruch, die einzig wahre sunnitische Vertretung zu sein, wird den IS weiterhin als Faktor im Irak und in Syrien und vor allem als weltweite Gefahr erhalten.

Die Taktik des IS ist bisher aufgegangen. Nach der gezielten Veröffentlichung englischsprachiger Filme mit arabischen Untertiteln, die die Hinrichtung amerikanischer und britischer Journalistinnen und Journalisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen Mitte 2014 zeigten, hat der Westen schließlich Luftangriffe initiiert. Somit kämpft der IS in seiner apokalyptischen Selbstwahrnehmung als „Vertreter Gottes“ gegen verschiedene lokale und internationale Feinde, einschließlich des schiitischen Iran. Die gezielte Nutzung der sozialen Medien wird voraussichtlich weiter zunehmen und somit zur Legitimierung des IS und zur Steigerung dessen Attraktivität für Sympathisanten in der ganzen Welt weiter beitragen.

II. Fallstudien – Moderate und radikale Islamisten in ausgewählten Ländern

Boko Haram als Herausforderung für die regionale Sicherheit

Gerald Hainzl

Einleitung

Die nigerianische Terrorgruppe *Boko Haram* erlangte mit zahlreichen Entführungen und Terrorangriffen sowie Angriffen und Anschlägen auf Einrichtungen von Sicherheitskräften ab dem Jahr 2009 auch im internationalen Sicherheitsdiskurs eine gewisse Bedeutung. Bei näherer Betrachtung lässt sich jedoch konstatieren, dass es nicht nur in der medialen Darstellung, sondern oft auch unter Experten mehr um Effekthascherei als um wirkliches Verstehen der Situation im Nordosten Nigerias und den angrenzenden Staaten ging. Dies zeigt sich schon alleine dadurch, dass der tatsächliche Name der Gruppe, *Jama'at Abl as-Sunna Li-da'wa wa-l Jihad*¹⁰² (auf Deutsch etwa: Organisation der Sunniten zur Verbreitung der Lehren und des Jihad), kaum bekannt ist bzw. nicht verwendet wird. *Boko Haram* ist mehr oder weniger ein Spitzname, den die lokale Hausabevölkerung in der Region der Gruppe gegeben hat und der gerne mit *Westliche Bildung ist verboten*, übersetzt wird, abgeleitet vom englischen Wort *book*. Und bereits diese Annahme sollte kritisch hinterfragt werden, wie Paul Newman in seinem Aufsatz *The Etymology of Hausa boko* gezeigt hat.¹⁰³

¹⁰² Es bestehen neben dieser noch weitere Bezeichnungen der Gruppe, allerdings ist die oben angeführte, die am häufigsten angegebene.

¹⁰³ Newman, Paul: *The Etymology of Hausa boko*. Electronic Publication (2013). <www.megatchad.net/publications/Newman-2013-Etymology-of-Hausa-boko.pdf>, abgerufen am 06.05.2015, S. 2: „Rather, boko is an indigenous Hausa word originally connoting sham, fraud, deceit, or lack of authenticity. When the British colonial government imposed secular schools in northern Nigeria... book was applied in a pejorative sense to this new system. By semantic extension, book came to acquire its current meaning of Hausa written in Roman script and Western education in general.”

Sorgfältige, in die Tiefe gehende Analysen scheinen tatsächlich eher die Ausnahme als die Regel zu sein. Dabei wäre es notwendig, sich nicht nur oberflächlich mit Gruppierungen wie *Boko Haram* auseinanderzusetzen, um der Situation angemessene Schlüsse – sowohl politisch als auch gesellschaftlich – ziehen zu können und dementsprechend geleitet zu handeln. Das gilt für lokale Sicherheitsakteure genauso wie für die vielzitierte internationale Gemeinschaft. Im Folgenden wird im Rahmen der Möglichkeiten versucht, sich dem Phänomen *Boko Haram* in der Hoffnung zu nähern, nicht in Gemeinplätze und Plattitüden zu verfallen.

Über einen Zeitraum von über 1.000 Jahren entwickelten sich südlich der Sahara mehrere Handelszentren, wie z. B. Timbuktu in Mali, aber auch Kano und Katsina in Nigeria. In diesen Zentren entwickelten muslimische Gelehrte eine islamische Bildungstradition, die weit über die Region hinaus Bedeutung erlangte.¹⁰⁴ Muslime im Norden Nigerias forderten nach der Unabhängigkeit – wohl auch aus einer sehr langen Tradition heraus – immer wieder die Einführung der *Scharia*.

Das Verhältnis zwischen Staat und Religion

Die nigerianische Verfassung von 1999¹⁰⁵ sieht grundsätzlich vor, dass es keine Staatsreligion gibt (Artikel 10), garantiert freie Religionsausübung (Artikel 38) und verbietet religiöse Diskriminierung (Artikel 15), aber auch die Gründung von Parteien, deren Mitgliedschaft ausschließlich auf religiöser Zugehörigkeit basiert (Artikel 222).

Neben dem staatlichen Rechtssystem wird in den nördlichen Bundesstaaten religiöses Recht in Form von *Scharia*-Gerichten ausgeübt, wobei diese auch von der Bevölkerung bevorzugt angerufen werden. Und obwohl sich Nicht-

¹⁰⁴ Loimeier, Roman: *Muslim Societies in Africa – A Historical Anthropology*. Bloomington 2013, S. 54 sowie “Map 4: The Trans-Sahara trade routes” und “Map 5: The Juula and Hausa trade networks in the Bilād al-Sūdān”.

¹⁰⁵ Constitution of the Federal Republic of Nigeria 1999. <www.nigeria-law.org/ConstitutionOfTheFederalRepublicOfNigeria.htm>, abgerufen am 07.08.2015.

Muslime technisch gesehen nicht den Gesetzen der *Scharia* unterwerfen können, kommt in der rechtlichen Praxis *forum shopping/law shopping* dennoch relativ häufig vor, nämlich dann, wenn die Strafen unter der *Scharia* weniger streng sind als im staatlichen Recht.¹⁰⁶

Der Umgang und das Verständnis der zwei dominanten Religionsgruppen (Muslime und Christen) scheinen aber zu divergieren. Während die christlichen Gemeinschaften den säkularen Staat ohne Kontrolle durch religiöse Gemeinschaften akzeptieren, stehen die meisten Muslime im Norden schon seit der Unabhängigkeit dem säkularen Staat sehr kritisch gegenüber. Dementsprechend wird der säkulare Staat einem atheistischen Staat gleichgesetzt und abgelehnt.¹⁰⁷ In seiner Analyse geht Isaac Terwase Sampson jedoch davon aus, dass die kulturelle Basis für Religion zur politischen Mobilisierung ausgenutzt und die Perzeption der Bevölkerung daher dementsprechend manipuliert wurde, um die eigenen politischen und ökonomischen Zielsetzungen besser verfolgen zu können.¹⁰⁸ Aus sicherheitspolitisch-analytischer Sicht kann diesen Argumenten durchaus etwas abgewonnen werden, da es erklärt, warum insbesondere in Nordnigeria eine Gruppe wie *Boko Haram* Fuß fassen konnte. Allerdings erklärt es nicht, warum *Boko Haram* in einer hauptsächlich islamisch geprägten Region Fuß gefasst hat und die Opfer des Terrors zu einem sehr großen Anteil Muslime sind.¹⁰⁹

¹⁰⁶ Religion in the Nigerian Constitution. <<http://berkeleycenter.georgetown.edu/essays/religion-in-the-nigerian-constitution>>, abgerufen am 07.08.2015.

¹⁰⁷ Sampson, Isaac Terwase: Religion and the Nigerian State: Situating the de facto and de jure Frontiers of State-Religion Relations and its Implications for National Security. In: Oxford Journal of Law and Religion, Vol. 3, 2/2014, S. 311-339.

¹⁰⁸ Sampson, Isaac Terwase: Religion and the Nigerian State: Situating the de facto and de jure Frontiers of State-Religion Relations and its Implications for National Security. In: Oxford Journal of Law and Religion, Vol. 3, 2/2014, S. 336.

¹⁰⁹ Grill, Bartholomäus/Selander, Toby: In den Fängen des Teufels. In: Der Spiegel, 22/2014, S. 76-78.

Die Entwicklung von Boko Haram

Der Gründer von *Boko Haram*, Muhammad Yusuf, starb im Jahr 2009 in Polizeigewahrsam und Abubakar Shekau übernahm die Gruppe.¹¹⁰ Unter seiner Führung erhöhte sich die Gewaltbereitschaft dramatisch. In der Zeit von 2009 bis 2015 lassen sich in Quantität und Qualität der Anschläge und Angriffe von *Boko Haram* Eskalationsstufen erkennen. Obwohl es bereits vor 2009 gewaltsame religiöse Auseinandersetzungen gab, eskalierten sowohl das Gewaltniveau als auch Taktik und Ziele.

Die Bewaffnung von *Boko Haram* hat sich über die Jahre ebenfalls verändert. Die Herkunft der Waffen dürfte sich aus verschiedenen Quellen speisen, wobei die nigerianischen Streitkräfte eine davon sind, wie die Verurteilung von General Enitan Ransome-Kuti gezeigt hat. Als verantwortlicher Kommandant bei einem Boko-Haram-Angriff auf Baga verlor er einige gepanzerte Personentransportfahrzeuge, zwölf Toyota-Pick-ups, drei Granatwerfer, mehrere Maschinengewehre und viel Munition.¹¹¹ Bemerkenswert ist, dass ein General aus den nigerianischen Streitkräften entlassen und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, weil er seinen militärischen Aufgaben nicht nachgekommen ist.¹¹² Er wurde zwar vom Verdacht der Feigheit freigesprochen, aber für den „Verlust von Ausrüstung“ schuldig gesprochen.¹¹³ Für externe Beobachter stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob das Gerät von *Boko Haram* erbeutet wurde oder der Verlust desselben ein Euphemismus für mögliche Geschäfte von Angehörigen der Streitkräfte ist. Jedenfalls

¹¹⁰ Maiangwa, Benjamin/Uzodike, Ufo Okeke: The Changing Dynamics of Boko Haram Terrorism. Al Jazeera Centre for Studies 2012.

¹¹¹ Nigerian general jailed over Boko Haram attack on Baga. In: BBC News, 16.10.2015. <www.bbc.com/news/world-africa-34550050>, abgerufen am 20.10.2015.

¹¹² Nigerian general jailed for losing battle to Boko Haram. In: The Washington Post, 16.10.2015. <wapo.st/1nL6uCx>, abgerufen am 20.10.2015.

¹¹³ Nigerian general jailed over Boko Haram attack on Baga. In: BBC News, 16.10.2015. <www.bbc.com/news/world-africa-34550050>, abgerufen am 20.10.2015.

hat Präsident Buhari angeordnet, dass jene zur Rechenschaft gezogen werden, die in Korruption verstrickt sind.¹¹⁴

Boko Haram ist keine homogene Gruppe. Abubakar Shekau ist zwar jener Anführer, der am meisten mediale Präsenz zeigt, allerdings lassen die Operationen von *Boko Haram* den Schluss zu, dass auch andere Führungsansprüche stellen bzw. sich nicht der Führerschaft von Shekau unterwerfen.¹¹⁵ Diese Heterogenität und das offensichtliche Fehlen klarer Strukturen machten es für die Zentralregierung und die regionalen Regierungen in der Vergangenheit sehr schwierig, eine Verhandlungslösung zu finden, da ein Ansprechpartner mit dementsprechender Durchsetzungsfähigkeit fehlt. Zugleich erleichterten diese eher losen Strukturen die Ausdehnung von Nigeria aus in die Nachbarstaaten, wo unter dem Dach von *Boko Haram* operiert werden kann. Für etwaige Verhandlungen bedeutet dies allerdings, dass es nicht die EINE Lösung geben wird, sondern dass auf die unterschiedlichen sozialen Bedürfnisse und lokale politische Gegebenheiten (traditional authorities) in den jeweiligen Staaten Rücksicht genommen werden sollte.

Im internationalen Kontext ist der Treueeid auf den Kalifen des sogenannten islamischen Staates von März 2015 von Bedeutung.¹¹⁶ Während Beziehungen zwischen *Boko Haram* und *al-Qaida* nie wirklich nachgewiesen werden konnten und auf Gerüchten beruhten, hat sich *Boko Haram* mit diesem Akt dem sogenannten IS unterworfen. Inwieweit tatsächlich eine Zusammenarbeit entstanden ist bzw. entsteht, lässt sich aufgrund der der-

¹¹⁴ Nigeria: comment la corruption dans l'armée mine la lutte contre Boko Haram. In: Jeune Afrique, 18.11.2015. <www.jeuneafrique.com/279746/politique/nigeria-corruption-larmee-lutte-contre-boko-haram> abgerufen am 18.11.2015.

¹¹⁵ Zenn, Jacob: Leadership Analysis of Boko Haram and Ansaru in Nigeria (24.02.2014). <www.ctc.usma.edu/posts/leadership-analysis-of-boko-haram-and-ansaru-in-nigeria>, abgerufen am 18.11.2015.

¹¹⁶ Alfred, Charlotte: Boko Haram Pledges Allegiance to ISIS in Audio Message. In: The Huffington Post, 03.07.2015. <www.huffingtonpost.com/2015/03/07/boko-haram-isis_n_6823414.html>, abgerufen am 25.11.2015.

zeitigen Datenlage nur sehr schwer abschätzen. Es gibt jedoch keine Berichte, die darauf schließen lassen, dass Kämpfer des sogenannten IS in Nigeria wären. Auch für die Anwesenheit von Boko-Haram-Kämpfern im Gebiet des sogenannten IS gibt es, wenn überhaupt, nur dürftige Hinweise. Einer intensiveren Vermengung der Gruppen stehen möglicherweise Formen eines arabischen Rassismus¹¹⁷ entgegen, der schon in der Vergangenheit eine intensive Zusammenarbeit verhindert hat.

Von *Boko Haram* werden zumindest in Nigeria seit einiger Zeit auch Mädchen, oft nicht älter als zehn Jahre, als Selbstmordattentäterinnen eingesetzt.¹¹⁸ Dieser Trend scheint sich derzeit auf Märkte sowie in und um Bethäuser in Nigeria zu beschränken. Aufgrund des Erfolges könnte diese Strategie vor dem Hintergrund eines erhöhten militärischen Drucks zu einem wesentlichen Bestandteil der Terrorstrategie werden.

Ökonomische und ökologische Gründe der Auseinandersetzungen

Es wäre viel zu kurz gegriffen, Religion oder die Auslegung von Religion als alleinigen Grund für die konfliktiven Entwicklungen im Nordosten Nigerias zu begreifen. Vielmehr werden religiöse Differenzen innerhalb des Islam sowie gegenüber anderen religiösen Gruppen genutzt, um ökonomische bzw. Machtinteressen durchzusetzen.¹¹⁹ Seit 1963 hat sich der Tschad-See von ca. 25.000 km² auf weniger als 2.500 km² verkleinert. Davon sind mehr als 30 Millionen Menschen in der Grenzregion Kamerun, Tschad, Niger und

¹¹⁷ Tinsley, Rebecca: The Great Taboo: Arab Racism. In: The Huffington Post, 09.09.2011. <www.huffingtonpost.com/rebecca-tinsley/arab-racism_b_951422.html>, abgerufen am 25.11.2015.

¹¹⁸ Siehe z. B.: Nigeria Boko Haram Crisis: Child Bomber Hits Damaturu. In: BBC News, 26.07.2015. <www.bbc.com/news/world-africa-33671203>, abgerufen am 25.08.2015.

¹¹⁹ Siehe hierzu auch: Hainzl, Gerald: Afrikanische Konflikte – Konflikte in Afrika. In: Feichtinger, Walter (Hrsg.): Afrika im Blickfeld. Kriege – Krisen – Perspektiven. Baden-Baden 2004, S. 9 -17.

Nigeria betroffen.¹²⁰ Verantwortlich werden dafür Klimawandel und Umweltzerstörung gemacht. Berufe, in denen die Menschen früher tätig waren, wie Agrarwirtschaft, Viehzucht und Fischerei, können nicht länger betrieben werden, alternative Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen ebenso wie die nötige Bildung.¹²¹ Abholzung und Desertifikation trugen und tragen ebenfalls zur Verschlechterung bei. Die Menschen sind dabei sowohl Opfer als auch „Täter“ (z. B. durch Überweidung). Das Rekrutierungspotential von *Boko Haram* unter Jugendlichen ist vor allem auch deshalb größer geworden, weil die Terrorgruppe wirtschaftliche Programme betreibt, die den jungen Menschen zumindest gewisse Möglichkeiten für ein Fortkommen bieten.¹²²

Für *Boko Haram* ist, so wie wahrscheinlich für alle derartigen Gruppen, eine Ideologie notwendig, um ein gemeinsames Selbstverständnis zu entwickeln, allerdings sind sie Teil einer Terrorismusökonomie, der wesentlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Entführungen von reichen Menschen in der Region, der Schmuggel von Waren aller Art (inklusive Waffen), der Handel mit Menschen: all das macht einen Teil der viele Millionen Euro großen Wirtschaftszweige aus, in denen die Organisation tätig ist.¹²³

Ethnische und kulturelle Gründe

Die kolonialen Grenzen, die auch die internationalen Grenzen der unabhängigen Staaten markieren, haben für die Region keine zu große trennende Wirkung. Der Tschadsee und die Kulturen, die sich an seinen Ufern ent-

¹²⁰ Obe, Ayo: Environmental Degradation, Climate Change and Conflict: The Lake Chad Basin Area (27.10.2015). <bit.ly/1S1H9Pj>, abgerufen am 30.10.2015, S. 3.

¹²¹ A.a.O. S. 5f.

¹²² Ebd.

¹²³ Zenn, Jacob: Leadership Analysis of Boko Haram and Ansaru in Nigeria (24.02.2014). <www.ctc.usma.edu/posts/leadership-analysis-of-boko-haram-and-ansaru-in-nigeria>, abgerufen am 18.11.2015.

wickelt hatten, sind bis heute ein verbindendes Element. Verwandtschaftliche Beziehungen, Handel, Sprache, Kultur und Religion rund um den See verbinden die Menschen mehr, als die Grenzen sie zu trennen vermögen. Kultur, Folklore, Wirtschaft und Lebensweise wurden durch das Leben am See verbunden. Staatliche Eingriffe wie das Schließen von Grenzen oder andere Sicherheitsmaßnahmen haben die Beziehungen in der Region durcheinandergebracht und gestört, abgesehen von den ökonomischen Auswirkungen, die durch die Behinderung des Handels teilweise entstanden sind.¹²⁴

Die Rolle des islamistischen Terrors in Konfliktprozessen

Seit seiner politischen Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland hatte Nigeria zahlreiche Konflikte zu überwinden. In besonderer Erinnerung sind wohl einerseits der Unabhängigkeitskrieg der Republik Biafra (1967 bis 1970) und andererseits die Auseinandersetzungen im Nigerdelta geblieben. In beiden Fällen war die Auseinandersetzung jedoch ethnisch und nicht religiös aufgeladen. Die äußeren Rahmenbedingungen, nämlich das weitgehende Fehlen religiöser Grenzen zwischen den Konfliktparteien, hätten dies nicht zugelassen. Auch in den nördlichen Bundesstaaten wäre dies von vornherein zu erwarten gewesen, da der überwiegende Teil der Bevölkerung Muslime sind und die *Scharia* bereits in Zamfara, Sokoto, Kano, Niger, Katsina, Bauchi, Borno, Jigawa, Kebbi und Yobe galt.¹²⁵ Erst die radikale Interpretation der Religion durch *Boko Haram* machte es möglich, dass Konflikte religiös eskalierten, deren Basis im ökonomischen Bereich zu suchen ist.

¹²⁴ Obe, Ayo: Environmental Degradation, Climate Change and Conflict: The Lake Chad Basin Area (27.10.2015). <bit.ly/1S1H9Pj>, abgerufen am 30.10.2015, S. 8f.

¹²⁵ Siehe *Scharia* in Nigeria. <www.ngex.com/nigeria/sharia>, abgerufen am 14.08.2015.

Die Antwort der Regierungen auf die Herausforderung

Nigeria war zumindest während der Präsidentschaft von Goodluck Jonathan nicht in der Lage, eine auch nur ansatzweise befriedigende Antwort zu finden. Gerüchten zufolge sollen immer wieder Versuche stattgefunden haben, mit *Boko Haram* zu verhandeln. Gleichzeitig wurde aber auch öfters die Involvierung bzw. Unterstützung von lokalen Politikern für *Boko Haram* geäußert.¹²⁶ Ein wesentlicher Grund für das Erstarken und den anhaltenden Erfolg von *Boko Haram* ist laut dem tschadischen Präsidenten Idris Deby Itno die mangelnde Koordination zwischen den betroffenen Staaten.¹²⁷ Tatsächlich wurde die Regierung Nigerias erst unter dem Druck der Nachbarstaaten Kamerun, insbesondere aber Tschad und Niger, die auf ihrem eigenen und seit Anfang 2015 auch auf nigerianischem Staatsgebiet militärisch gegen *Boko Haram* vorgingen, vermehrt tätig.¹²⁸ Unter dem neuen Präsidenten Muhammadu Buhari hat sich zumindest das sichtbare nigerianische Engagement verstärkt. Im Juli 2015 wurde die „Operation Lafiya Dole“ gestartet, mit der einerseits frischer Wind in das militärische Vorgehen der nigerianischen Streitkräfte gebracht und andererseits aber auch die Handlungsfähigkeit des Präsidenten demonstriert werden sollte.¹²⁹ Die Bombardierung einer Zusammenkunft von Boko-Haram-Führern in Nordnigeria im November 2015 gilt als ein großer Erfolg dieser Operation.¹³⁰

¹²⁶ Didymus, John Thomas: Boko Haram is funded by local politicians, says spokesman (22.11.2011). <www.digitaljournal.com/article/314848>, abgerufen am 25.11.2015.

¹²⁷ Boko Haram fight 'hampered by poor Chad-Nigeria co-ordination'. In: BBC News, 12.05.2015. <www.bbc.co.uk/news/world-africa-32703833>, abgerufen am 13.05.2015.

¹²⁸ Tschad marschiert in Nigeria ein – 200 Islamisten tot. In: Die Welt, 04.02.2015. <www.welt.de/politik/ausland/article137105146/Tschad-marschiert-in-Nigeria-ein-200-Islamisten-tot.html>, abgerufen am 25.11.2015.

¹²⁹ News Agency of Nigeria: Boko Haram: Army launches 'Operation Lafiya Dole' (19.07.2015). <<http://thenewsnigeria.com.ng/2015/07/boko-haram-army-launches-operation-lafiya-dole>>, abgerufen am 25.11.2015.

¹³⁰ News Agency of Nigeria: Nigeria: Air Force Bombs "Mass Gathering" of Boko Haram Terrorists (19.11.2015). <<http://allafrica.com/stories/201511200059.html>>, abgerufen am 20.11.2015.

Die nigerianische Regierung hat zudem Söldner aus Südafrika angeheuert, wie mehrere Nachrichtenagenturen unter Berufung auf unterschiedliche Quellen berichten. Etwa 250 Personen von der Firma Specialised Tasks, Training, Equipment and Protection (STTEP) wurden bereits von der Administration Jonathan beschäftigt und sollen auch unter Präsident Buhari weiterhin ihre Dienste leisten. STTEP soll nicht nur bei Kampfhandlungen eingesetzt werden, sondern auch in die Ausbildung der nigerianischen Streitkräfte eingebunden sein.¹³¹ In Nigeria selbst hat Präsident Muhammadu Buhari angekündigt, dass 10.000 neue Polizisten rekrutiert werden, die in größeren Städten für mehr Sicherheit sorgen sollen.¹³²

Der Tschad geht gegen *Boko Haram* auch im eigenen Land mit großer Härte vor. Am 29. August 2015 wurden zehn Männer hingerichtet, die zuvor für Anschläge in der Hauptstadt N'Djamena im Juni desselben Jahres verurteilt worden waren. Einen Monat nach diesen Anschlägen hatte der Tschad die Todesstrafe für terroristische Aktivitäten wiedereingeführt.¹³³

Multi-National Joint Task Force (MNJTF)

Die MNJTF wurde am 29. Jänner 2015 vom Peace and Security Council (PSC) der Afrikanischen Union (AU) autorisiert. Die Zahl der Soldaten wurde im Februar mit 8.700 Personen festgelegt. Die strategische Kontrolle über die MNJTF unterliegt aber nicht nur der AU, sondern auch den Lake Chad Basin Countries (LCBC) Kamerun, Tschad, Niger sowie Nigeria und Benin, also jenen Staaten, die sich in der MNJTF engagieren. Den größten Anteil stellt Nigeria mit ca. 3.250 Personen gefolgt vom Tschad mit ca.

¹³¹ Iroegbu, Senator: Nigeria Hires South African Mercenaries Again to Battle Boko Haram (23.10.2015). <<http://allafrica.com/stories/201510231228.html>>, abgerufen am 18.11.2015.

¹³² Daily Trust: Nigeria: Govt to recruit 10,000 Cops, Install CCTVs Nationwide. <<http://allafrica.com/stories/201508180909.html>>, abgerufen am 25.11.2015.

¹³³ Chad executes 10 Boko Haram fighters over deadly attacks. In: BBC News, 29.08.2015. <www.bbc.co.uk/news/world-africa-34100484>, abgerufen am 31.08.2015.

3.000. Die größte Herausforderung für die MNJTF ist die Finanzierung, die die AU von externen Quellen, vor allem der UNO, zu erhalten versucht.¹³⁴

Gemeinsame Streitkräfte der G5

Die Staatschefs der G5 des Sahel (Burkina Faso, Niger, Tschad, Mali und Mauretanien) haben – wohl nicht nur wegen *Boko Haram*, sondern auch als Reaktion auf den Terror in der malischen Hauptstadt – beschlossen, die koordinierten Maßnahmen gegen den Terror zu verstärken. In diesem Zusammenhang wurden gemeinsame Streitkräfte vereinbart. Insgesamt ist in den fünf Ländern der Wille erkennbar, auf mehreren sicherheitsrelevanten und ökonomischen Gebieten künftig näher zusammenzuarbeiten, auch über die von der AU anerkannten Regional Economic Communities (RECs) hinaus.¹³⁵

Ausblick

Eine nachhaltige Transformation der unterschiedlichen Konflikte, die sich unter *Boko Haram* und ihrer religiösen Konstruktion entwickelt haben, kann nur gelingen, wenn die sozialen und ökonomischen Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt werden, egal, ob die Lösung eher militärisch oder in Verhandlungen gesucht wird. Ohne eine für sie wahrnehmbare Verbesserung der lebensweltlichen Bedingungen werden die Bevölkerungen der Staaten in der Region um den Tschad-See auch künftig anfällig für Heilsversprechen sein, die in Terror und Gewalt münden können.

Der Terror von *Boko Haram* und die De-Facto-Kontrolle über weite Gebiete stellen Staaten und regionale Organisationen und ihre sicherheitspolitischen sowie militärischen Fähigkeiten stärker auf den Prüfstand. Es

¹³⁴ PSC to approve final plans for the regional fight against Boko Haram (24.02.2015). <bit.ly/1DaHLZc>, abgerufen am 21.10.2015.

¹³⁵ Duhem, Vincent: Sahel: à N'Djamena, les chefs d'État du G5 annoncent la création d'une force conjointe. In: Jeune Afrique, 20.11.2015. <bit.ly/1UvR169>, abgerufen am 25.11.2015.

zeichnet sich ab, dass das System von Wirtschaftsgemeinschaften (Regional Economic Communities) möglicherweise für Fragen der nationalen und regionalen Sicherheit nicht notwendigerweise als Blaupause dienen kann. Vielmehr kristallisiert sich heraus, dass sich Staaten im Bereich sicherheitspolitischer/militärischer Fragestellungen künftig eher nach Gesichtspunkten gemeinsamer Sicherheitsinteressen organisieren und zu losen oder ständigen Bündnissen zusammenschließen werden.

Das internationale Engagement im Kampf gegen den Terrorismus wird insgesamt Auswirkungen auf die Sahel-Region und Westafrika haben. Nach den Anschlägen von Paris, Bamako und Tunesien zeichnet sich ein verstärktes Engagement europäischer Staaten ab, um vor allem Frankreich zu unterstützen. Deutschland hat beispielsweise angekündigt, bis zu 650 Soldaten nach Mali zu entsenden.¹³⁶ Dabei geht es aber nicht nur um eine Solidaritätsbekundung, sondern um manifeste europäische und internationale Interessen. Weder in Westafrika noch in der Sahel-Region soll ein Machtvakuum entstehen, das es IS oder *al-Qaida*-nahen Organisationen erlauben könnte, ein Gebiet unter ihre Kontrolle zu bringen, welches ihnen einen Rückzugs-, Ausbildungs- und Rekrutierungsort sichert. Dadurch sollte das Engagement der Staaten um den Tschad-See gegen *Boko Haram* international ebenfalls wieder stärker wahrgenommen werden.

¹³⁶ Bis zu 650 deutsche Soldaten nach Mali. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.2015. <bit.ly/1WnfVUL>, abgerufen am 26.11.2015.

Marokkos Islamisten: Ein Sonderfall?

Khalid El Abdaoui

Mit Ausnahme der Selbstmordattentate von 2003 in Casablanca und dem Anschlag auf ein belebtes Café im Herzen von Marrakesch im Jahr 2011 blieb Marokko weitgehend von der Welle terroristischer Anschläge, die andere arabische Länder in den letzten Jahrzehnten traf, verschont. Diese Anschläge konnten den marokkanischen Staat nicht destabilisieren und führten im Gegenteil zu einer Ablehnung der dschihadistischen Ideologie in der Bevölkerung. Besser als seine Nachbarn hat Marokko es auch bis heute verstanden, auf die Herausforderungen des „Arabischen Frühlings“ und Islamistische Bewegungen zu reagieren. Die Islamisten der marokkanischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) standen sogar seit 2011 an der Spitze der Koalition mit anderen Parteien und wurden so mit der Regierung des Landes betraut. Demgegenüber wurden ihre Pendanten in Tunesien und Ägypten aus der Regierung herausgehalten: Im Falle Ägyptens wurden die Mitglieder der Muslimbruderschaft, darunter Ex-Präsident Mohammed Mursi, sogar ins Gefängnis gesteckt. Wie erklärt sich der relative Erfolg der moderaten marokkanischen Islamisten, die zu einer Konsolidierung der politischen Stabilität des Landes in den letzten Jahren geführt hat? Lässt sich das nur mit dem einsichtigen Verhalten und die Reaktion des marokkanischen Königs und der Islamisten auf die Proteste der zivilgesellschaftlichen Bewegung des 20. Februar 2011 erklären? Oder gibt es weitere, tiefer liegende Gründe für die „marokkanische Ausnahme“? Die vorliegende Abhandlung wird diesen Fragen nachgehen und sich zuerst dem besonderen Verhältnis von Staat und Religion zuwenden. Die Analyse des politischen Systems und die Stellung des Islam in der neuesten marokkanischen Verfassung von 2011 dienen dafür als Grundlage. Dazu wird die historische Entwicklung der verschiedenen islamistischen Gruppen seit den 1970er-Jahren im marokkanischen Kontext nachvollzogen, um ihre unterschiedli-

che Ausrichtung und Programmatik zu erläutern. Zuletzt wird auf die Reaktion und Strategie des marokkanischen Staates angesichts der Herausforderungen der islamistischen Bewegungen und der terroristischen Bedrohung der letzten Jahre eingegangen.

Staat und Religion in Marokko: Eine Symbiose

Durch seine natürlichen geographischen Grenzen stellt Marokko nicht nur ein Bindeglied zwischen Europa und Afrika, sondern auch einen sozialen Raum dar, in dem verschiedene ethnische, religiöse und kulturelle Einflüsse fusionieren konnten. Diese vorteilhafte Geographie ermöglichte Marokko, mit der Islamisierung des Landes seit dem 8. Jh. und der Entstehung eines vom Kalifat unabhängigen Reiches, eine relativ stabile politische Lage und die Entstehung einer „marokkanischen Identität“. Deren wichtigstes Fundament und gesellschaftlich verbindende Größe ist der Islam. Zwar konnte sich die *malikitische* Rechtsschule in Marokko durchsetzen, allerdings wurde der Islam im Volksverständnis nie als statisch verfestigtes System gelebt. Die religiöse Praxis war vielmehr eine Mischung aus „orthodoxen“ Einstellungen, sufistischen Strömungen und Stammestraditionen (*ʿurf*). Jeder Versuch in der Geschichte Marokkos, an dieser Balance und pluralistischen Prägung des Islam zu rütteln, hatte zu Unruhen geführt. Anfang des 19. Jh. versuchte z. B. der *alawitische* Sultan *Mūlāy Sulaymān* (1760-1822) die Ideen des Wahhabismus in seinem Reich durchzusetzen. Dieser Sultan, der von seinen Zeitgenossen als ein Rechtsgelehrter und frommer Mensch beschrieben wurde, hatte zuvor einige ausgewählte Gelehrte im Rahmen der jährlichen Pilgerfahrt nach Mekka geschickt, um sich einen Eindruck von den religiösen Vorstellungen und Ideen der Wahhabiten zu verschaffen. Beindruckt von den positiven Berichten der rückkehrenden Gelehrten, verfasste er einen Brief an seine Untertanen, in dem er sich insbesondere gegen den Marabut-Kult sowie das Abhalten von *mawāsim* (Festen) an deren Gräbern aussprach. Diese Positionen trafen auf heftigen Widerstand, insbesondere der Berber-Stämme, denn diese *mawāsim* waren neben ihrer religiösen Funktion auch eine der wirtschaftlichen Haupteinnahmequellen. In der

Folgezeit kam es zu Unruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen, die letztendlich sogar zur Abdankung des Sultans führten.¹³⁷ Dieser Ausflug in die marokkanische Geschichte zeigt beispielhaft, dass die Legitimität eines Herrschers und die politische Stabilität des Landes schon immer von der Achtung der religiösen und ethnischen Diversität des Landes abhingen.

Der heutige Herrscher Marokkos, Mohammed VI, ist selbst ein Nachkomme einer arabisch-berberischen Familie, weswegen ihm diese Regel sehr bewusst ist. Er versucht sie in seiner Politik stets zu beachten. Als marokkanischer Monarch und Nachkomme des Propheten Mohammed trägt er traditionell den Titel *amīr al-muminīn* (Befehlshaber der Gläubigen), was eine Besonderheit des marokkanischen politischen Systems im Vergleich zu anderen islamischen Staaten darstellt. Seine Legitimation wird jährlich durch den Akt der *Bai‘a* (Huldigung) bestätigt, in der ihm seine Untertanen, entweder direkt oder über die traditionellen Führer, symbolisch die Macht verleihen. Dieser Akt orientiert sich im islamisch-religiösen Gedächtnis an der Verbindung zwischen dem Propheten und seinen Anhängern. Diese religiös-traditionelle Legitimation der Macht wurde nach der Unabhängigkeit Marokkos im Jahre 1956 auch verfassungsrechtlich verankert und das politische System als konstitutionelle Monarchie bezeichnet. Allerdings sollte in diesem Zusammenhang betont werden, dass die Bedeutung dieses Begriffs im marokkanischen politischen System nicht mit jenem zu vergleichen ist, der die englische oder die spanische Monarchie umschreibt. Der König in Marokko herrscht und regiert mit weitgehender Alleinmacht und entsprechenden Befugnissen. Nach seiner Thronbesteigung im Jahre 1999 bekräftigte der heutige König Mohammed VI seine Absicht zu regieren und lehnte jede Anspielung auf Ähnlichkeiten mit europäischen Monarchien ab. Konfrontiert mit Forderungen nach Verfassungsreformen, betonte er die Priorität von wirtschaftlichen und sozialen Reformen. Als Reaktion auf die Proteste im Zuge der Bewegung vom 20. Februar 2011

¹³⁷ Naciri, Ahmad (Hrsg.): *al istqsa li tarikh al maghrib al aqsa*. Bd. 8. Casablanca 1997, S. 119-123.

während des arabischen Frühlings, kündigte er jedoch auch politische Reformen an und versprach dem Volk eine neue Verfassung, in der das gewählte Parlament eine wichtigere Rolle spielen sollte.¹³⁸ In der durch ein Referendum verabschiedeten Verfassung vom Juli 2011 wurden der gewählten Regierung tatsächlich mehr Kompetenzen zugesichert. Allerdings blieben die Symbiose von Politik und Religion sowie die religiöse Vormachtstellung des Königs unangetastet. Neben seiner Rolle als *amīr al-muminīn* ist er gleichzeitig auch Vorsitzender des Oberen Rates der *‘Ulama* (Gelehrte), der einzigen religiösen Institution, die dazu ermächtigt ist, *Fatwas*, d. h. Rechtsgutachten religiöser Art, oder religiöse Ansichten über Fragen, die ihm vorgelegt werden, auszugeben. Davon versprach man sich, dem unüberblickbaren Chaos der *Fatwas* in Marokko ein Ende zu setzen und Einflüsse aus dem „Orient“ einzudämmen.¹³⁹ In Artikel 3 der Verfassung wird außerdem weiter betont, dass der Islam Staatsreligion ist, wobei gleichzeitig für alle die freie Ausübung des Glaubens garantiert wird. Der Staat hat sich jedoch in der neuen Verfassung von einem engen Verständnis der marokkanischen Identität (arabisch und islamisch) verabschiedet und bekräftigt stattdessen den multikulturellen Charakter der Nation:

„[...] die nationale Einheit wurde von der Konvergenz der arabisch-islamischen, Amazigh- und Sahara-Hassani-Komponenten geschmiedet und durch afrikanische, andalusische, jüdische und mediterrane Einflüsse bereichert“.¹⁴⁰

Auf der Basis dieser neuen Verfassung fanden im November 2011 Parlamentswahlen statt, aus denen die „moderaten Islamisten“ der Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) als Sieger hervorgingen und mit der Bildung einer Koalitionsregierung beauftragt wurden. Dieser Schritt war zwar durch die neue Verfassung, die die Bildung der Regierung durch die

¹³⁸ Madani, Mohamed/Maghraoui, Driss/Zerhouni, Saloua: The 2011 Moroccan constitution – A critical analysis. Stockholm 2012, S. 15.

¹³⁹ Madani: The 2011 Moroccan constitution, S. 24.

¹⁴⁰ Bulletin Officiel du Maroc, 5964/2011. <www.maroc.ma/fr/system/files/documents/_page/BO_5964BIS_Fr.pdf>, abgerufen am 09.08.2015, S. 1903.

stimmenstärkste Partei vorsieht, möglich geworden, stellte aber gleichzeitig auch den Höhepunkt eines Prozesses der Inklusion der moderaten Islamisten in das marokkanische politische System dar, der schon Anfang der 1990er-Jahre begonnen hatte.

Die Islamisten in Marokko

Während der Phase des politischen und militärischen Widerstands gegen das französische Protektorat stand die Frage nach der Stellung des Islam im zukünftigen politischen System Marokkos zunächst gar nicht zur Debatte. Viele der Anführer nationalistischer Parteien waren selbst Absolventen der Universität *al-Qarawīn* oder anderer religiöser *madāris* und der Islam war ohnehin immer ein fester Bestandteil der Machtlegitimierung in Marokko gewesen. Der Islamismus trat erstmals in den 1960er-Jahren als Reaktion auf das Erstarken der sozialistischen und panarabischen Ideologie unter Intellektuellen, Gewerkschaftlern und Studenten auf. Die erste organisierte islamistische Gruppierung *Jama'at al-Chabiba al-Islāmiya* (Islamische Jugend) wurde 1969 von Abdelkrim Mouti^c gegründet. Die Ideologie dieser Gruppe wurde vor allem durch den direkten Kontakt und die Schriften der ägyptischen Muslimbruderschaft beeinflusst. Einige führende Muslimbrüder waren in der Tat vor der Repression des Nasser-Regimes in den 1960er-Jahren nach Marokko geflohen. Von den marokkanischen Behörden wurde die Gruppe zunächst toleriert, da das Regime zu dieser Zeit eher mit linksgerichteten Organisationen zu kämpfen hatte. Der Wendepunkt wurde dann erreicht, als einige Mitglieder der Gruppe in die Ermordung von Omar Benjelloun, einem der wichtigsten Anführer der sozialistische Partei USFP, involviert waren. Die Organisation wurde daraufhin verboten und ihr Begründer Abdelkrim Mouti^c floh vor der Verhaftung ins Ausland.¹⁴¹

Das Erstarken der islamistischen Bewegung in Marokko zeichnete sich wie in vielen anderen islamischen Ländern erst ab Ende der 1970er-Jahre in

¹⁴¹ Ben Elmostafa, Okacha: Les mouvements islamistes au Maroc: leurs modes d'action et d'organisation. Paris 2007, S. 37-38.

Folge der iranischen Revolution und der Krise des nationalistischen und sozialistischen Modernisierungsprojekts ab. Aus heutiger Sicht lässt sich die islamistische Bewegung in Marokko in drei wichtige Komponenten unterteilen:

- Die Vereinigung der *al-‘Adl wa l-Iḥsān* (Gerechtigkeit und Spiritualität, AWI) wird zwar vom Staat toleriert, aber streng kontrolliert. Sie lehnt seit ihrer Gründung die Monarchie als Regierungssystem ab.
- Der Partei *al-‘Adala wal-Tanmiyya* (Gerechtigkeit und Entwicklung, PJD) ist im politischen System integriert und führt seit 2011 die Regierung
- Die Salafisten als eine heterogene Gruppe, der sowohl friedliche als auch dschihadistisch ausgerichtete Personen zuzuordnen sind. Sie wurden für die Anschläge vom 16. Mai 2003 in Casablanca verantwortlich gemacht.

al-‘Adl wa l-Iḥsān (AWI)

a. Historie

Die 1987 gegründete Vereinigung AWI stellt eine besondere Form des Islamismus in der arabischen Welt dar: Politisch ist sie eine gewaltfreie, aber durchaus eine gegen das Establishment ausgerichtete Oppositionsbewegung. Religiös ist sie im Unterschied zu den meisten islamistischen Bewegungen eine quasi-mystische Organisation. Ihr Begründer und *muršid* (geistiger Führer), Abdessalam Yassine, war selbst lange Anhänger des *Sufi*-Ordens der *Boutchichiya* in Marokko. Die Spannungen der AWI mit dem Regime haben schon vor ihrer eigentlichen Gründung begonnen. Yassine schrieb 1974 einen Brief an König Hassan II, in dem er ihn „freundlich“ aufforderte, nach dem Modell der „rechtgeleiteten“ Kalifen aus der islamischen Geschichte zu regieren und für eine gerechte Verteilung des Reichtums im Land zu sorgen. Ende der 1970er-Jahre wandelte sich jedoch die

Position Yassines hinsichtlich der religiösen Autorität des Königs. Er weigerte sich seitdem, ihn als *amīr al-muminīn* anzuerkennen.¹⁴² Trotz des darauffolgenden gesetzlichen Verbotes konnte die Vereinigung über informelle Kanäle im Bereich der Sozial- und Jugendarbeit weite Bereiche der Bevölkerung erreichen. Nach dem Fall der Sowjetunion, und der damit verbundenen Schwächung der Links-Bewegungen weltweit, erlebte die AWI in den 1990er-Jahren einen großen Aufschwung und starke Verbreitung, insbesondere unter Studenten. Die Jugend- und Studentenabteilung der AWI war auch diejenige, die bei Demonstrationen während des arabischen Frühlings 2011 gemeinsam mit der säkularen *20.-Februar-Bewegung* eine aktive Rolle gespielt hatte. Während letztere sich nur auf reformistische Forderungen beschränken und eine direkte Konfrontation mit der Monarchie vermeiden wollte, versuchte die AWI weitgehende, radikalere Positionen gegen das Regime einzunehmen. Als dies nicht geschah, zog sich die AWI wieder zurück, was ein faktisches Ende der Proteste zur Folge hatte.¹⁴³

b. Struktur und Programmatik

Die Vereinigung war lange durch ihre statische Organisationsstruktur, das Fehlen von Demokratie nach innen und den Kult um den einzigen spirituellen Führer bekannt. Während der letzten Jahre von Yassines Führung hatte die AWI allerdings damit begonnen, eine interne Umstrukturierung zu vollziehen. Ziel war es, den engen Führungskreis auszubauen und ihre institutionelle Leistungsfähigkeit zu verbessern. Der *mağlis aš-šūrā* (Konsultativrat) der AWI richtete eine funktionelle Unterscheidung zwischen *Da'wa* (religiöse Mission) und Politik ein. Eine Art Politbüro wurde dafür eigens ins Leben gerufen. Der Ausbruch der Proteste im Jahr 2011 und die Dynamik des Arabischen Frühlings ermutigten die AWI, diesen Prozess mit

¹⁴² Khallouk, Mohammed: Islamischer Fundamentalismus vor den Toren Europas. Wiesbaden 2008, S. 197-199.

¹⁴³ Masbah, Mohammed: The Ongoing Marginalization of Morocco's Largest Islamist Opposition Group (03.06.2015). <ceip.org/1FvJ2Mb>, abgerufen am 10.08.2015.

einer Reihe von Änderungen, die für mehr Transparenz in der Organisation sorgen sollten, zu beschleunigen. Der Tod von Yassine Ende 2012 markierte schließlich das Ende einer Ära, in der der *muršid* sowohl als spiritueller als auch als politischer Führer der Vereinigung fungierte.¹⁴⁴ Trotz dieser internen Reformen der Vereinigung blieben ihre Positionen dem Regime gegenüber unverändert. Die AWI lehnt die Teilnahme an Wahlen weiterhin ab, da ihrer Ansicht nach trotz der Verfassungsänderungen weiterhin alle wichtigen exekutiven Befugnisse beim König liegen. Als Bedingung ihrer Beteiligung an Wahlen fordert sie dementsprechend „ernsthafte“ politische Reformen in diesem Bereich. Wie diese Reformen innerhalb des monarchischen Systems Marokkos aussehen sollen, blieb jedoch eine bislang unbeantwortete Frage. Man weiß ebenso nicht, was die Vereinigung als politisches System für Marokko anstrebt. In den frühen Schriften ihres Begründers Yassine, besonders in seinem Hauptwerk *al-Minhağ an-nabawī* (Der prophetische Pfad), wird von einem islamischen Kalifat gesprochen, das sich an den rechtgeleiteten Kalifen orientiert. Wie man zu diesem Kalifat kommt, beschreibt Yassine dort als *qawma*, was so viel heißt wie „Aufstand“ oder „Revolte“, nicht nur gegen die soziale Ungerechtigkeit, sondern auch gegen die Missachtung der Gebote Gottes. Diese Revolte könnte, wenn der Weg des friedlichen demokratischen Prozesses nicht möglich oder versperrt ist, Formen des zivilen Ungehorsams, des Generalstreiks und Straßendemonstrationen annehmen.¹⁴⁵ In den letzten Jahren hört man von der AWI jedoch andere Töne: In einem 2007 veröffentlichten Dokument des politischen Kreises erklärte die AWI, dass sie nicht die Absicht hätte, die Führung der sozialen Bewegung und Proteste im Lande zu monopolisieren und dass sie mit allen Kräften, die für Wechsel, Reformen und die Rettung des Landes stehen, kooperieren möchte. Dieser Paradigmenwechsel deutet darauf hin, dass die Euphorie der Gründerjahre verflogen ist und die AWI an

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Yassine, Abdessalam: *Al Minhaj Al-Nabawi* (1989). <bit.ly/1oiIRl5>, abgerufen am 12.08.2015, S. 9-11.

politischer Reife bzw. Sinn für Realismus gewonnen hat. Es scheint auch, dass sie erkannt hat, dass es für sie unmöglich wäre, ohne andere Verbündete an die Macht zu kommen. Außerdem sind die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Landes ohnehin so groß, dass keine einzige politische Gruppe sie im Alleingang bewältigen könnte.

al-‘Adala wal-Tanmiyya (PJD)

a. Historie

Die PJD versteht sich selbst nicht als eine islamistische Partei, sondern – ähnlich wie die Christlich-Demokratischen Parteien in Europa – als eine national-politische Partei, die den Islam zwar als Referenzrahmen hat, aber die den Aufbau eines modernen, demokratischen Marokkos im Rahmen der Monarchie anstrebt. Vorgänger der Partei war die wohltätige Organisation *Ḥarakat at-tawḥīd wal-islāḥ* (Bewegung der Einheit und der Reform) MUR, die Abdelillah Benkirane, der heutige Regierungschef Marokkos und Vorsitzende der PJD, 1996 zusammen mit dem Islam-Rechtsgelehrten Ahmed Raïssouni gegründet hatte. Als ihre Versuche, eine politische Partei zu gründen, scheiterten, trat Benkirane mit vielen Anhängern der MUR und mit dem Einverständnis des Regimes, in die Partei *Mouvement populaire constitutionnel et démocratique* (MPCD) ein. Diese einst vom palastnahen Politiker Abdelkarim al-Khatib gegründete Partei war seit ihrer Entstehung im Jahre 1967 inaktiv gewesen und daher ohne wirkliche Basis. Diese indirekte Vorgehensweise hatte für das Regime den Vorteil, dass die Fassade der Rechtspolitik gewahrt wurde und gleichzeitig der Präzedenzfall einer Neugründung einer islamistischen Partei vermieden werden konnte. Im Jahr 1998 änderte die Partei MPCD ihren Namen in „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“, PJD, um. Die Partei entwickelte sich bis zu den letzten Wahlen von 2011 langsam zur stärksten Partei Marokkos. Bei den Parlamentswahlen 1997, ihrer ersten Wahlbeteiligung, gewann die Partei nur neun Sitze. Man lehnte damals das Angebot ab, sich an der Regierung der Sozialisten unter Abderahman al Youssfi zu beteiligen und entschied

sich stattdessen für die kritische Unterstützung seiner Regierung. Nach den Parlamentswahlen von 2002 wurde die PJD die erste Oppositionspartei mit 42 Sitzen – ein Ergebnis, das sie in den Wahlen von 2007 nur leicht steigern konnte, als sie mit 46 Sitzplätzen auf den zweiten Platz kam.¹⁴⁶ Nach dem arabischen Frühling im Jahr 2011 ging die islamistische Partei als Sieger aus den Parlamentswahlen vom Mai 2011 hervor und gewann 107 von den 395 Sitzen des marokkanischen Abgeordnetenhauses. Am 29. November 2011 wurde dann der Generalsekretär der PJD, Abdelillah Benkirane, von König Mohammed VI zum Chef der Regierung ernannt.

b. Programmatik

Die PJD hat seit ihrer Gründung einen hohen Grad an Realpolitik und Flexibilität gezeigt. Dies wurde insbesondere während der Entfaltung des Arabischen Frühlings in Marokko deutlich. Während die Protestbewegungen in Tunesien, Ägypten und im Jemen den Sturz der Regimes forderten, wurde in den Demonstrationen in Marokko, die von säkularen Kräften aus der Mittelschicht dominiert wurden, nur nach tiefgreifenden Reformen verlangt. Die PJD und ihre Verbündeten in der Zivilgesellschaft entschieden aus eigener politischer Berechnung heraus, sich nicht an den Protesten zu beteiligen. Für die PJD waren die Proteste ein gefährliches Spiel, die das Land in große Instabilität hätte stürzen können. Außerdem herrschte bei der Führung der PJD die Überzeugung, dass eine politische Transformation in Marokko ohne Zustimmung der Monarchie nicht erfolgreich vollzogen werden könne und dass jede politische Veränderung die Rolle des Königs als *amīr al-muminīn* zu berücksichtigen habe.¹⁴⁷

¹⁴⁶ Khallouk, Mohammed: Islamischer Fundamentalismus vor den Toren Europas. Wiesbaden 2008, S. 235-240.

¹⁴⁷ Masbah, Mohammed: His Majesty's Islamists – The Moroccan Experience (23.03.2015). <<http://carnegieendowment.org/2015/03/23/his-majesty-s-islamists-moroccan-experience>>, abgerufen am 05.08.2015.

Die Salafisten

Die salafistische Szene in Marokko kann als sehr heterogen charakterisiert werden. Sie reicht von den apolitischen Regime-Loyalisten über die politischen Aktivisten bis hin zu terroristischen Dschihadisten. Zur ersten Gruppe gehören die meisten wahhabitischen Strömungen. Eine der wichtigsten Gruppierungen unter ihnen ist der Verein *Ġamā'at ad-da'wa ilā al-Qur'ān w-as-Sunna* (Gemeinschaft für den Aufruf zum Koran und zur Sunna), deren Präsident Scheich *al-Maghbraoui* ist. Solche Gruppen legen den Fokus ihrer Tätigkeit vornehmlich auf die *Da'wa* (Missionierungsarbeit) und die Verbreitung religiösen Wissens in Moscheen und Koranschulen. Die Gruppe ist zwar politisch nicht aktiv, erkennt jedoch den König als rechtmäßigen Herrscher an. Sie lehnt deshalb Demonstrationen als Form von Protest gegen den Herrscher ab, da dieser im Islam ihrer Ansicht nach verboten sei und zur *fitna* (Chaos) führen könnte. Im Zuge der Revolten des Arabischen Frühlings änderte sich diese Position seitens einiger solcher salafistischer Gruppierungen: Sie begannen sich an den landesweiten Demonstrationen zu beteiligen, weil sie in ihnen eine sichere Plattform sahen, um z. B. für die Freilassung einiger ihrer Gleichgesinnten einzutreten, die in Folge des Anti-Terrorgesetzes von 2003 unter Arrest standen. Einige Anführer der Salafisten wie Rafiq Abu Hafs und Hassan al-Kettani, die von staatlicher Seite aufgrund ihrer Predigten als indirekte Drahtzieher der Casablanca-Anschläge beschuldigt worden waren, wurden in der Tat auch begradigt. Seitdem versuchen die beiden, sich politisch und zivilgesellschaftlich zu engagieren. Die Wurzeln der dschihadistischen Salafisten gehen hingegen auf die Zeit der Propaganda und Mobilisierung für den Dschihad in Afghanistan Mitte der 1980er-Jahre zurück, die seitens der Muslimbrüder und einiger in Saudi-Arabien ausgebildeter Religionsgelehrter verfolgt wurde. Ende der 1990er-Jahre formierten sich in Zusammenhang mit den weltweiten Aktivitäten der *al-Qaida* einige terroristische Zellen. Am 16. Mai 2003 wurden in Casablanca Selbstmordattentate verübt, die den marokkanischen Behörden zufolge von der Organisation *as-Sirat al-Mustaqim* (Der rechte Weg), einem Ableger der *al-Qaida im islamischen Maghreb*

(AQIM), ausgeführt wurden.¹⁴⁸ Sofort nach den Attentaten wurde ein strenges Anti-Terrorgesetz erlassen und zahlreiche Verhaftungen unter Sympathisanten der salafistischen Dschihadisten vollzogen. Diese Maßnahmen führten zwar zunächst zu einer Schwächung dieser salafistischen Strömung, konnten jedoch nicht verhindern, dass sich einige der Hardliner unter ihnen weiter in informellen Netzwerken organisierten und ihre Propaganda in sozialen Medien weiterverbreiteten. Eine neue Dimension erreichte das Phänomen der salafistischen Dschihadisten jedoch mit dem Ausbruch des syrischen und irakischen Bürgerkrieges. Zahlreiche marokkanische Dschihadisten schlossen sich dem selbsternannten „Islamischen Staat“ (IS) dort an. Die marokkanische Regierung geht von mehr als 2.000 marokkanischen IS-Anhängern aus und schätzt die Zahl der Marokkaner aus dem europäischen Ausland, die sich der Terrormiliz Islamischer Staat oder der *al-Nusra Front* angeschlossen haben, auf 1.500 bis 2.000 Personen. Die Motivation für die Unterstützung des Kampfes in Syrien hat zwar vordergründig ideologische Gründe, jedoch spielen wirtschaftliche und soziale Faktoren ebenso eine wichtige Rolle. Die meisten RekrutInnen stammen aus dem infrastrukturell benachteiligten Norden Marokkos sowie aus marginalisierten Vierteln der Großstädte Marokkos. Darüber hinaus wurden ihnen auch sexuelle/soziale Anreize (Sklavinnen oder für Frauen Dschihadisten als Ehemänner) als Lockmittel angeboten, um für den Dschihad in Syrien und Irak zu werben.¹⁴⁹

Zwischen Integration und Marginalisierung

Trotz Phasen der politischen Spannungen besonders in den 1960er- und 1970er-Jahren, war die Monarchie seit der Unabhängigkeit Marokkos für ihre Flexibilität und ihren Pragmatismus im Umgang mit unterschiedlichen

¹⁴⁸ Dialmy, Abdessamad: Le terrorisme islamiste au Maroc. In: Social Compass, Vol. 52, 1/2005, S. 67-82, hier S. 68.

¹⁴⁹ Schuckmann, Alewtina: Salafismus und Jihadismus in Marokko (Februar 2015). <www.ffgi.net/files/dossier/dossier-marokko-schuckmann.pdf>, abgerufen am 12.08.2015, S. 3-4.

politischen Parteien und gesellschaftlichen Akteuren bekannt. Sie versuchte einerseits, so viele Parteien und aktive Kräfte wie möglich in das von ihr konzipierte und beherrschte politische System zu integrieren und andererseits, ihre Gegner in Schach zu halten. Die Opposition, bestehend aus den nationalistischen Parteien, wurde seit den Wahlen von 1977 in die politischen Institutionen integriert und an Regierungen auf lokaler Ebene beteiligt. Das Regime ging aber gleichzeitig repressiv gegen sie vor, wenn sie sich Entscheidungen des Königs oder der Regierung widersetzen. Im Jahr 1996 musste Hassan II. angesichts einer schwierigen wirtschaftlichen Lage und um die Machtübergabe an seinen Sohn vorzubereiten, die Opposition wiederum in die Regierung holen. Diese Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ wendet das Regime auch in seiner Beziehung zu den seit den 1990er-Jahren stark gewachsenen islamistischen Bewegungen an.

PJD – Partizipation statt Dominanz

Die Wahlen von 2011 wurden seitens der meistens Beobachter als ehrlicher und transparenter im Vergleich zu den vorhergehenden eingestuft. Die PJD ging als Sieger aus dem Votum hervor und wurde entsprechend der neuen Verfassung mit der Bildung der Regierung beauftragt. Die Position der PJD an der Spitze der Regierung war jedoch nicht das Ergebnis eines umfassenden Wahlsieges. Deshalb musste sie eine Koalitionsregierung mit drei nicht-islamistischen Parteien bilden. Somit hat die Partei nicht alle Zügel der Macht in ihrer Hand und muss sich bei wichtigen Entscheidungen stets mit dem Palast abstimmen. Die PJD musste nach dem Scheitern des arabischen Frühlings, insbesondere in Ägypten, schmerzhaft Zugeständnisse machen. So musste sie einige Schlüsselpositionen im Kabinett zugunsten palastnaher Technokraten abgeben, dafür hielt der König die Partei wiederum an der Spitze der Regierung. Die Zusammenarbeit zwischen König und Ministerpräsident scheint bis jetzt gut zu funktionieren. Benkirane äußert öffentlich stets seinen Respekt für den König und hütet sich, die politische und religiöse Macht des Monarchen herauszufordern. Die Islamisten der PJD haben in der Tat verstanden, dass die starke Unterstützung des Palastes

erforderlich ist, um an der Macht bleiben zu können. Außerdem können ihre unpopulären, aber notwendigen wirtschaftlichen Reformprojekte ebenfalls nur mit der Unterstützung des Palastes durchgesetzt werden. Die Führung der Partei steht deshalb dafür ein, ein Modell der schrittweisen Reform als den besten Weg zu sehen, um das Vertrauen der Bürger in die öffentlichen Institutionen Marokkos wiederherzustellen. Eine Politik, die sie mit dem Slogan „Beteiligung, nicht Herrschaft“ umschreiben. Die Unterstützung der Regierung der PJD durch den Palast wird durch sorgfältige Kosten-Nutzen-Kalkulation diktiert. Für den König gibt es keinen Grund, die Islamisten der PJD auszugrenzen, solange sie sich an die Regeln des politischen Spiels halten. Außerdem genießt die derzeitige Regierung laut Umfragen eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Der noch wichtigere Grund diese zu halten, ist jedoch die Bereitschaft der Regierung unter der PJD, die dringenden und schnell notwendigen Reformen voranzubringen, obwohl sie unpopulär sind. Diese notwendigen Reformen hatten vorherige Regierungen aus Angst vor dem Verlust der Popularität zum Großteil vermieden.¹⁵⁰

AWI und die Monarchie: „Kalter Krieg“

Das marokkanische Regime betrachtet die AWI als eine Bedrohung für seine Legitimität. Es verweigerte ihr deshalb die juristische Genehmigung und versuchte von Anfang an, sie zu isolieren. Bis 1999 stellte das Regime ihren Anführer *Yassine* unter Hausarrest und versuchte durch eine staatliche Sozialpolitik, der AWI die Unterstützung in einkommensschwachen Schichten zu entziehen. Die Konfrontation des Regimes mit der AWI erreichte jedoch niemals den Grad der Repression, der gegenüber den Linksparteien in den 1960er- und -70er Jahren Usus entgegengebracht wurde. Die Vereinigung selbst vermied aus dem Bewusstsein heraus, dass sie als

¹⁵⁰ Masbah, Mohammed: His Majesty's Islamists – The Moroccan Experience (23.03.2015). <<http://carnegieendowment.org/2015/03/23/his-majesty-s-islamists-moroccan-experience>>, abgerufen am 05.08.2015.

Verliererin dastehen würde, jede direkte Konfrontation mit dem Palast. Nach dem Tod des AWI-Gründers, zugleich ihres spirituellen Führers, Abdessalam Yassine, im Dezember 2012, dachte man zunächst, dass sich die Beziehungen zwischen der AWI und dem Regime bessern könnten. Diese Hoffnung war aber nur von kurzer Dauer. Trotz der neuen Führung und dem erklärten Willen, sich stärker in den politischen Prozess einzubringen, kann sich die AWI nicht dazu durchringen, die historische Ablehnung des Königs als religiöse Autorität abzulegen. Dies hätte ihr jedoch die Integration ins politische System erleichtert. Um jede mögliche Koalition zwischen der AWI und den Aktivisten der linken Opposition zu vermeiden, engagiert sich das Regime im Dialog mit der letzteren. Die AWI versucht ihrerseits, auf andere Parteien einzugehen und sich der Öffentlichkeit und den Medien gegenüber zu öffnen. Trotzdem scheint es, dass die öffentlichen Medien die Berichterstattung über die AWI und ihre Führer bislang größtenteils vermieden haben. Durch ihre Website, einen Online-Kanal und regelmäßige Informationsgespräche mit unabhängigen Printmedien versucht sie jedoch, sich aus der medialen Isolation zu befreien. Die Politik der Marginalisierung und Isolierung der AWI seitens des Regimes wird nach Prognosen des Carnegie-Instituts auch in naher Zukunft beibehalten werden. Dafür gibt es mehrere Gründe, die diesen Status quo bestehen lassen werden: Erstens hatte die AWI seit 2007 viele ihrer Anhänger als Folge der Enttäuschung über ein Nicht-Eintreten der Visionen und Prognosen, die Yassin z. B. auf Basis eigener Träume artikuliert hatte, verloren. Er behauptete nämlich im Jahr 2006, dass sich eine radikale Veränderung der politischen Situation Marokkos noch im selben Jahr ereignen würde. Als dies nicht passierte, verlor die Gruppe das Vertrauen vieler Mitglieder, die sich entweder aus dem politischen Leben zurückzogen oder sich anderen Parteien oder Gruppierungen anschlossen. Zweitens hat die AWI keine wesentlichen politischen Verbündeten, außer einigen Rand-Gruppierungen aus der linken Szene. Außerdem sind die Beziehungen der AWI zu anderen Islamisten ebenfalls angespannt. Drittens wird die neue Führung der Bewegung als konservativ eingestuft. Sie traut sich einerseits nicht, mutige politische

Schritte zu wagen und will andererseits nicht mit dem Regime kollidieren. Viertens haben die Integration der PJD sowie einiger Salafisten nach der Wahl 2011 die Position der AWI weiter geschwächt, so dass das Regime die AWI aus einer Position der Stärke heraus – soweit sie ihre Anti-Establishment-Haltung bewahrt – weiterhin marginalisieren würde.¹⁵¹

Salafisten – Präventionsmaßnahmen des Staates

Seit den Attentaten von 2003 verfolgt Marokko eine komplexe Anti-Terror-Präventionsstrategie. Diese enthält neben einem Anti-Terror-Gesetz, das nur zwei Wochen nach den Anschlägen von Casablanca erlassen wurde, auch ein Sozialhilfeprogramm und weitreichende Reformen im religiösen Sektor. Das Anti-Terror-Gesetz basiert auf einer breiten Definition des Terrorismus und schließt die Anstiftung, Verteilung und Veröffentlichung von terroristischen Traktaten mit ein. Es legt eine mindestens 10-jährige Haftstrafe für die aktive Teilnahme an terroristischen Handlungen sowie eine lebenslängliche Gefängnisstrafe für Aktivitäten fest, die zu Verletzungen führen. Bei Anschlägen mit Todesopfern kommt die Todesstrafe zur Anwendung. Das Gesetz ermöglicht außerdem eine 12-Tages-Frist für die Untersuchungshaft von Terrorverdächtigen und die Beschlagnahmung von Eigentum der in Terrorismus involvierten Personen. Das Gesetz wurde von Sympathisanten und Familienangehörigen der salafistischen Gefangenen sowie einigen Menschenrechtsorganisationen in Marokko von Anfang an kritisiert, die in ihm eine Verletzung der Menschenrechte und eine Bedrohung des Demokratisierungsprozesses im Lande gesehen haben. Allerdings spielte das Gesetz seit dessen Erlass eine entscheidende Rolle bei der Auflösung von vielen Terrorzellen. Neben dem Anti-Terror-Gesetz wurde ein Präventionsprozess eingeleitet. Die Infrastruktur in den Armenvierteln, aus denen die Suizidattentäter mehrheitlich stammten, wurde verbessert und

¹⁵¹ Masbah, Mohammed: The Ongoing Marginalization of Morocco's Largest Islamist Opposition Group (03.06.2015). <ceip.org/1FvJ2Mb>, abgerufen am 10.08.2015.

Wohnbauprojekte zur Umsiedlung ihrer Bewohner eingeleitet. Des Weiteren wurde im Mai 2005 die „*Initiative nationale pour le développement humain*“ (INDH) mit einem Budget von 1,2 Milliarden US-Dollar gegen soziale Marginalisierung gestartet. Neben den juristischen und sozioökonomischen Initiativen konzentriert sich der König auf die Reform des religiösen Feldes. Die Attentate von Casablanca führten zu einer Rückbesinnung auf die *sufistische* und *malikitische* religiöse Tradition des Landes und der Betonung einer spezifisch marokkanischen Prägung eines toleranten Islam. Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten (*Ministère des habous et des affaires islamiques*), dem der König vorsteht, hat die Überwachung der Inhalte der Freitagspredigten von 30.000 Moscheen des Landes angeordnet und viele salafistische Moscheen und Koranschulen schließen lassen. Darüber hinaus stellt der im Frühjahr 2005 vom Ministerium für islamische Angelegenheiten initiierte Studiengang für weibliche Theologinnen (*muršīdat*), die mit ihren männlichen Kollegen radikalen, islamistischen Strömungen Einhalt gebieten sollen, eine weitere Präventionsmaßnahme dar. Zusätzlich hat der König in der neuen Verfassung festschreiben lassen, dass der „Hohe Rat der religiösen Rechtsgelehrten“ (*Conseil supérieur des ‘Ulamas*) nunmehr die einzige religiöse Institution darstelle, die befähigt ist, religiöse Rechtsgutachten (*fatwas*) auszustellen und gleichzeitig als Repräsentant des offiziellen Islam fungiert.¹⁵²

Ausblick und Herausforderung

Die terroristischen Anschläge im Land sowie die hohe Beteiligung seiner BürgerInnen in der Terrororganisation IS stellt das Bild einer marokkanischen „Sonder-Situation“ in Bezug auf die Anfälligkeit für radikalen Islamismus, religiös motivierte Terroranschläge und gewalttätige Angriffe in Frage. Der Nährboden für den Extremismus liegt in Marokko jedoch of-

¹⁵² Kalpakian, Jack: Current Moroccan Anti-Terrorism Policy (13.05.2011). <bit.ly/1R066IE>, abgerufen am 15.08.2015, S. 1-5.

fenbar eher in der sozialen Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft begründet als in wirklich ideologisch unterwanderten Bevölkerungsteilen. Die Dschihadisten rekrutieren ihre „Opfer“ in armen und perspektivlosen Elendsvierteln der Großstädte Marokkos. Die größte Herausforderung für das Land in der Zukunft wird deshalb die Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit und Armut bleiben. Auf politischer Ebene sollte weiter die Demokratisierung des Landes forciert werden, denn eine breitere Legitimation der Macht bietet auf lange Sicht einen besseren Schutz vor radikalen Gruppen als kurzsichtige und drakonische sicherheitspolitische Maßnahmen. Die Politik der Integration und Involvierung der moderaten Islamisten der PJD in Regierungsführung sowie deren politischer Pragmatismus haben gezeigt, dass eine solche Politik zur Stabilität des Landes inmitten chaotischer Situationen, wie beispielsweise nach dem arabischen Frühling, beitragen konnte. Deshalb könnte die Inklusion des AWI in die formelle politische Sphäre diese relative Stabilität konsolidieren. Damit dies geschehen kann, müssen sowohl das Regime als auch die AWI aufeinander zugehen und einen ernsthaften politischen Dialog beginnen. Eine breite Legitimation der Macht könnte dann die beste Garantie gegen Extremismus in Marokko darstellen.

Der tunesische Versuch: Politischer Säkularismus als Garant eines islamischen Staates

Jasmina Rupp

Tunesiens demokratische Entwicklung wurde in den letzten fünf Jahren durch den Aufstieg unterschiedlicher dschihadistischer Gruppierungen dominiert, die im Jahr 2015 in zwei verheerende Terroranschläge gipfelten: den Anschlag im Bardo-Museum in Tunis sowie jenem am Strand von Sousse. Die Angriffe lösten viele Fragen darüber aus, wie die radikal-dschihadistische Ideologie in einem Land wachsen konnte, das lange Zeit als einzige säkulare und westlich-orientierte Demokratie in der arabischen Welt gesehen wurde. In der folgenden Abhandlung werden das Verhältnis zwischen Staat und Religion sowie die historische Entwicklung des Islamismus in Tunesien beschrieben. Welche Gründe führten zum Aufstieg salafistisch-dschihadistischer Gruppierungen und wie geht die tunesische Regierung mit dieser Herausforderung um? Kann es eine Einigung zwischen Islamisten und säkularen Kräften geben?

Eine islamisch-säkulare Verfassung?

Seit der Revolution im Jahr 2011 sind machtpolitische Auseinandersetzungen und Debatten über den zukünftigen Staat, die Bedeutung der Religion sowie das Gesellschaftsmodell im öffentlichen Leben vorherrschend. Die im Februar 2014 in Kraft getretene und als Einigung zwischen Islamisten und säkularen Kräften bejubelte neue Verfassung Tunesiens beinhaltet jedoch mehr Widersprüche als Klarheit über das zukünftige System, weil ein Versuch unternommen wurde, zwei unvereinbare Staats- und Gesellschaftskonzepte in einer Verfassung zusammenzuführen. Die Bevölkerung spaltete sich in jene, die eine „islamische“ Verfassung befürworteten und jene, die für einen säkularen, pluralistischen Rechtsstaat, der Freiheits- und Gleichheits-

rechte garantiert und auf Staatsbürgerlichkeit und Zivilrecht basiert, eintragen. Der letztlich verabschiedete Text gewährt in einem Artikel Freiheiten, die in einem anderen wieder abgemildert oder gar ausgehebelt werden. Einzelne Paragraphen zielen offenkundig auf ein modernes, freiheitliches und pluralistisches Staats- und Gesellschaftskonzept ab. Artikel 6 beispielsweise gewährleistet formell die Religions- und Gewissensfreiheit sowie die freie Ausübung der Kulte. Der Staat kontrolliert die Objektivität der Moscheen und Kultureinrichtungen, fördert Toleranz und Mäßigung, untersagt Apostasie-Vorwürfe und Verbreitung von Hass und Gewalt. Problematisch ist dieser Artikel 6 jedoch, da der Staat als Hüter der Religion und „des Heiligen“ definiert wird und einen Angriff auf diese heiligen Werte zu verhindern hat. Eine Definition dieser sakralen Werte und des Angriffs bleiben jedoch gänzlich aus. In dieser vagen Formulierung könnten Gewissens-, Meinungs-, Medien- und Informationsfreiheit u. a. islamistischen Konzepten unterworfen und massiv beschränkt werden. Zudem verpflichtet Artikel 39 den Staat, die arabisch-islamische Identität im Erziehungswesen zu verankern, was eine Abkehr vom historischen Erbe Tunesiens bedeutet, das schon immer ethnisch, kulturell sowie religiös vielfältig war.¹⁵³

Die neue Verfassung gibt aufgrund einzelner Artikel zusätzlichen Anlass für Konflikte. Sie ist nicht fähig, Antworten auf die komplizierten ideologischen und institutionellen Fragen, welche die zukünftige religiöse Landschaft Tunesiens prägen werden, zu bieten. Die Aufgabe, eine nationale islamische Identität zu definieren, bleibt stark politisiert und wird dem Wettbewerb zwischen säkularen politischen Kräften, der *An-Nabda* Partei und den Salafisten, überlassen.¹⁵⁴

¹⁵³ Vgl. Faath, Sigrid: Tunesiens neue Verfassung: Kein Grund zur Euphorie. In: Wuqf-Kommentar, 12.02.2014. <<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/weitere-publikationen/tunesiens-neue-verfassung-kein-grund-zur-euphorie>>, abgerufen am 08.03.2016.

¹⁵⁴ Vgl. Malka, Haim: Tunisia: Confronting Extremism. In: Alterman, Jon B. (Hrsg.): Religious Radicalism after the Arab Uprisings. Lanham/Boulder/New York/London 2015, S. 92-121.

Der tunesische Staatssäkularismus vor der Revolution – „Islamismus ist gleich Terrorismus“

Der Salafismus stellt sowohl in seiner gewalttätigen als auch in seiner friedlichen Ausprägung eine Auflehnung gegen lokale islamische Traditionen und Gepflogenheiten dar und stellt die Legitimität von vorherrschenden islamischen Interpretationen in Frage. Auch wenn dieser Konkurrenzkampf in Nordafrika bereits seit Jahrhunderten besteht, verstärkte sich diese Dynamik seit Beginn der arabischen Revolten 2011 und bot sowohl dem friedlichen Salafismus als auch gewaltbereiten extremistischen Ideologien einen idealen Nährboden.¹⁵⁵

Tunesien rühmt sich seit Jahrhunderten als Sitz der wichtigsten Bildungseinrichtungen für islamische Studien, insbesondere der *Zaytouna*-Moschee in Tunis. Lokale *‘Ulama* (Gelehrte) spielten eine wichtige politische und auch religiöse Rolle zurzeit der osmanischen Herrschaft und verhinderten durch ihre besondere Stellung Modernisierungsreformen und das Eindringen europäischer Einflüsse.¹⁵⁶ Nach dem Untergang des Osmanischen Reiches in Nordafrika büßten die traditionellen religiösen Institutionen an Macht ein, jedoch spielten sie auf gesellschaftlicher Ebene weiterhin eine wesentliche soziale und erzieherische Rolle und überprüften bei Bedarf, an der Seite der französischen Protektoratsbehörden, den Einfluss von lokalen Reformern. Die Reformer galten als Vorläufer der im späten 20. Jahrhundert bekannt gewordenen salafistischen Strömung. Sie setzten sich für eine Rückbesinnung auf islamische Quelltexte ein, mit dem Argument, die Stagnation in der muslimischen Welt zu überwinden; dabei interpretierten sie Koran und *Hadithe* vor dem Hintergrund moderner Lebensbedingungen und strebten keine sittenstrenge Rückkehr zur früheren Kultur und zu damaligen Gepflogenheiten an.

¹⁵⁵ Vgl. Perkins, Kenneth: A History of Modern Tunisia. Cambridge 2014, S. 20-24.

¹⁵⁶ Ebd.

Tunesien galt Anfang des 20. Jahrhunderts auch als eines der Zentren der islamischen modernistischen Bewegung, die sowohl eine fortschrittliche Lebensweise anstrebte als auch gleichzeitig die kulturelle Bedeutung des Islam und der arabischen Sprache betonte.¹⁵⁷ Das änderte sich schlagartig, als die Unabhängigkeitsbewegung, die von Tunesiens erstem Präsidenten Habib Bourgiba angeführt wurde, in den 50er-Jahren den Staatssäkularismus einführte und allmählich die Macht und den Einfluss der *Zaytouna*-Moschee eindämmte.

Die Bevölkerung in Süd- und Zentraltunesien war traditionell religiös konservativer als Tunesier aus den Küstenregionen. Konservative empfanden die säkulare Einstellung des Bourgiba-Regimes als befremdend und hatten Schwierigkeiten, mit der Modernisierungspolitik der post-kolonialen Regierung umzugehen.¹⁵⁸ Die höheren staatlichen Subventionen für Entwicklung, die in die Küstenregionen Tunesiens flossen, schufen ein weitreichendes regionales ökonomisches Ungleichgewicht hinsichtlich Wohlstand und Modernisierung.¹⁵⁹

Bourgiba veränderte die religiöse Institutionenlandschaft und schwächte die Position der *Ulama*, indem er jegliche Landschenkungen und jegliches *Hubus*-Eigentum¹⁶⁰, das von religiösen Institutionen kontrolliert wurde, konfiszierte. Weitere Maßnahmen umfassten die Schließung von Moscheen zwischen den Gebetszeiten, die Leerung von Bibliotheken, sowie – als schwerwiegendsten Einschnitt – die Beschränkung der religiösen Erziehung auf eine akademische Fachrichtung. Bisher wurden Islamische Studien von der *Zaytouna*-Moschee verwaltet und kontrolliert, bis die Lehrinhalte in die

¹⁵⁷ A.a.O., S. 64-65.

¹⁵⁸ Vgl. Pargeter, Alison: Localism and Radicalization in North Africa: Local Factors and the Development of Political Islam in Morocco, Tunisia and Libya. In: International Affairs, Vol. 85, 5/2009, S. 1, 39.

¹⁵⁹ Vgl. Arieff, Alexis: Political Transition in Tunisia. In: Congressional Research Service, 18.06.2012.

¹⁶⁰ Definition des Begriffs *Hubus* ist dem Glossar zu entnehmen. Vgl. EI, Bd. IV, s. v.: Wakf; Islam Lexikon, s. v.: Stiftungen/Waqf, S. 690ff.

Studienfächer Theologie und Islamische Zivilisation an der Universität Tunis integriert wurden.¹⁶¹

Sowohl Bourgiba als auch sein Nachfolger, Ben Ali, unterdrückten strikt jegliche Bemühungen der Opposition, ein islamistisches politisches Projekt voranzutreiben. Nicht nur die gesetzten Maßnahmen zur Beschneidung des Einflusses des traditionellen religiösen Establishments, sondern auch der Bruch Bourgibas mit islamischen Traditionen, wie dem Fasten¹⁶², wirkte provokativ und führte konservative Tunesier zu einer verstärkten Hinwendung zur Religion. Die tunesische Gesellschaft wurde zunehmend polarisiert zwischen der säkularen Elite und der eher konservativen breiten Öffentlichkeit.¹⁶³ Nach dem Erfolg islamistischer Akteure bei den Parlamentswahlen 1989 antwortete Ben Ali verstärkt mit Repression. Ab den 1990er-Jahren wurden sämtliche islamistische Aktivitäten, einschließlich karitativer, untersagt. Islamismus wurde mit Terrorismus gleichgestellt. Damit trieb der Staat selbst moderate Islamisten in den Untergrund oder ins Exil.¹⁶⁴

Trotz der Repressalien seitens der Regierung hielt in Tunesien und auch in anderen Ländern des Maghreb die Attraktivität des Salafismus an. In den 1970er- und 1980er-Jahren kehrten tunesische Gastarbeiter, die in den Golfstaaten mit dem Wahhabismus in Berührung gekommen waren, mit strengeren islamischen Gepflogenheiten in ihr Heimatland zurück. Wohlhabende Geldgeber aus den Golfstaaten unterstützten lokale Wohltätigkeitsorganisationen, Moscheen und Schulen, die salafistische Lehren verbreiteten. Zusätzlich zog die Arabisierungspolitik in den 1980er-Jahren

¹⁶¹ Malka: Tunisia: Confronting Extremism, S. 96.

¹⁶² Bourgiba trat während des Fastenmonats Ramadan im staatlichen Fernsehen demonstrativ mit einem Glas Orangensaft auf und rief die Tunesier auf, ihm zu folgen.

¹⁶³ Pargeter: Localism and Radicalization in North Africa, S. 1, 41.

¹⁶⁴ Vgl. Werenfels, Isabelle: Im „glokalen“ Spannungsfeld: Dschihadisten in Algerien und Tunesien. In: Steinberg, Guido/Weber, Annette: Dschihadismus in Afrika. SWP-Studien 03/2015, S. 55-72, hier S. 60.

zahlreiche Lehrer aus Ägypten, der Levante und den Golfstaaten an, die oft mit islamistischen Ideologien sympathisierten. Ein weiterer Faktor für die verstärkte Islamisierung der Gesellschaft in Tunesien und Nordafrika generell war die Einführung von Satellitenfernsehen und Internet. Nunmehr konnten charismatische Imame aus Ägypten und dem Golf ihre puritanischen Botschaften direkt in die Häuser der Menschen transportieren. Diesem aufgehenden ideologischen Samen entsprangen zahlreiche salafistische Gruppierungen, zum Teil auch gewaltbereite Akteure im Maghreb, die sich zum Ziel gesetzt hatten, ihre Regierungen zu stürzen.¹⁶⁵

Politischer Islam zwischen Partizipation und bewaffnetem Widerstand – Aufstieg und Fall der An-Nahda Partei

Bourgiba sah sich selbst als die aufgeklärte Vaterfigur des modernen Tunesien und leitete seine Amtszeit mit der Exilverbannung von Salah Ben Youssef ein,¹⁶⁶ dem Führer einer Fraktion, die einen islamischeren und panarabisch orientierten Kurs des Landes befürwortete.¹⁶⁷ Trotz der zahlreichen Festnahmen seiner Verbündeten formierten sich im Jahr 1970 ehemalige *Youssefisten* mit religiösen Autoritäten zur Bewegung *Mouvement de la Tendence Islamique* (MTI, Partei der Islamischen Orientierung). Die MTI unterstützte in den 1980er-Jahren einige Kandidaten bei den Parlamentswahlen, auch als der Führer der Bewegung wegen Verleumdung des Präsidenten und Kritik an der staatlichen Kontrolle religiöser Einrichtungen

¹⁶⁵ Vgl. Malka: Tunisia: Confronting Extremism, S. 98.

¹⁶⁶ Ben Youssef entstammt einer Kaufmannsfamilie in Djerba und hatte engere Kontakte zum religiösen Establishment als Bourguiba. Er vertrat einen kompromisslosen Widerstand gegen den Kolonialismus und befürwortete arabisch-islamische Werte und die Solidarität mit anderen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas. Er argumentierte, dass Bourguiba ein Vertreter Frankreichs und des Westens im Allgemeinen sei.

¹⁶⁷ Temimi, Abdeljalil: Habib Bourguiba et l'établissement de l'État National. Tunis 2000, S. 105.

festgenommen wurde.¹⁶⁸ Obwohl sich MTI von jeglicher Gewaltanwendung distanzierte, so führte die Repression und Verfolgung durch das Regime doch zur Formierung gewalttätiger Splittergruppen, wie der Organisation *Islamischer Dschihad*. Nach terroristischen Bombenanschlägen in Sousse und Monastir im August 1987, wofür MTI die Verantwortung abstritt, musste der damalige Innenminister Ben Ali viel Überzeugungsarbeit leisten, um Präsident Bourgiba die beabsichtigten Todesurteile gegen islamistische Führer, einschließlich Rachid al-Ghannouchi, auszureden.¹⁶⁹

Als Ben Ali im November 1987 sein Amt als Premierminister antrat, schien zunächst die Teilnahme islamistischer Parteien am politischen Prozess möglich. Die MTI änderte 1989 ihren Namen zu *Harakat An-Nabda*¹⁷⁰ (Bewegung des Wiedererwachens) und lobbyierte für eine Legalisierung der Partei. Die politische Öffnung gegenüber den Islamisten änderte sich im Laufe der 1990er-Jahre, da *An-Nabda* als wahrscheinlicher Sieger bei den nächsten Wahlen hervorgehen würde. Ben Ali sah *An-Nabda* nun als existentielle Bedrohung für die tunesische Politik und Gesellschaft und änderte seinen freundlichen Kurs gegenüber der islamistischen Bewegung, indem er sie genauso wie sein Vorgänger Bourgiba vehement unterdrückte. Als willkommener Vorwand diente der Anschlag im Jahr 1991 in Bab Souika, der die Regierung mit Zustimmung der Bevölkerung ermächtigte, gegen die Islamisten vorzugehen.¹⁷¹ Die massive Unterdrückung der überwiegend gemäßigten Islamisten begünstigte schließlich die Entstehung extremistischer

¹⁶⁸ Perkins: A History of Modern Tunisia, S. 168.

¹⁶⁹ A.a.O. S. 175.

¹⁷⁰ Der Parteiname der Nahda-Bewegung bezieht sich auf das arabische „Wiedererwachen“ im 19. Jahrhundert, wo man sich um eine Verbindung der Werte des Islams und der Moderne bemühte.

¹⁷¹ Vgl. Hicks, Neil: Promises Unfulfilled: Human Rights in Tunisia since 1987. New York 1993, S. 9-10.

Gruppierungen. Ben Alis Anti-Terror-Gesetze, welche die willkürliche Verhaftung und Folter hunderter Islamisten ermöglichten, vertieften die Ressentiments der konservativen Muslime gegenüber dem Regime.

Bis zur Revolution im Jahr 2011 war Tunesien von der extremistischen Gewalt des Nachbarlandes Algerien größtenteils verschont geblieben. Die Mehrheit der konservativen Muslime in Tunesien zählte zu den *Salafiyya Almiyya* (schriftbezogene Salafisten). Diese Strömung lehnt die Anwendung von Gewalt strikt ab, ist unpolitisch und konzentriert sich auf die Auslegung einer puritanischen Version des Islam.¹⁷² Ein neuer Trend seit dem Sturz Ben Alis stellt die Legalisierung und Teilnahme von salafistischen Parteien am demokratischen Prozess dar. Dschihadistische Salafisten nützten die unkontrollierte Öffnung der Handlungsspielräume, um sich zu organisieren, zu predigen und eine Anhängerschaft aufzubauen. Eine neue soziale und politische Ordnung, basierend auf dem islamischen Recht, sollte geschaffen werden. Tunesien entwickelte sich so zum Experimentierfeld dafür, wie eine dschihadistisch-salafistische Strömung eine politische Öffnung nützt.¹⁷³

Die neu gewonnenen politischen Freiheiten führten sogar zur Legalisierung von Parteien, die sich nachdrücklich für die Abschaffung der Republik aussprachen, wie die ultrakonservative *Hizb-ut-Tabrir* Partei oder die Tunesische Islamische Reform-Front (*Hizb Jabhat al-Islah al-Islamiyya al-Tunisiyya*).¹⁷⁴ Beide Parteien propagieren die Errichtung eines Kalifates, wobei *Jabhat al-Islah* einen schrittweisen nationalen Ansatz für dieses Ziel verfolgt

¹⁷² Im Vergleich zu Tunesien hat sich in anderen arabischen Staaten, wie Ägypten, die salafistische Strömung zu einer wichtigen politischen Kraft entwickelt. Die überwältigende Mehrheit der Salafisten – schriftbezogene oder dschihadistische – in Tunesien distanziert sich vom politischen Geschehen.

¹⁷³ Vgl. Sarra, Abou: *Hizb Ettahrir croit plus en Daech qu'en la Tunisie* (23.06.2015). <bit.ly/1UCcFaS>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁷⁴ Zelin, Aaron: *Who is Jabhat al-Islah?* (18.07.2012). <<http://carnegieendowment.org/sada/2012/07/18/who-is-jabhat-al-islah/cuxo>>, abgerufen am 03.03.2016.

und *Hizb-ut-Tabrir* eine internationale islamische Revolution.¹⁷⁵ Die Zahl der Salafisten in Tunesien wird auf 10.000 bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 10,7 Millionen geschätzt.¹⁷⁶ Die dschihadistisch-salafistische Strömung beeinflusst zunehmend die Wahrnehmung der grundsätzlich „gewaltfreien“ salafistischen Organisationen, da letztere verstärkt von gewaltbereiten Dschihadisten aus kriminellen Milieus und wirtschaftlich benachteiligten Kreisen unterwandert werden.¹⁷⁷

Das Erstarken der dschihadistisch-salafistischen Szene kann auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden. Als wichtigster Grund zählt die im Jahr 2011 erfolgte Freilassung führender militanter Salafisten, die unter Ben Ali eingesperrt wurden, so auch Sayf Allah bin Hussayn – besser bekannt als Abu Iyadh. Zusätzlich kehrten zahlreiche ultrakonservative Muslime nach der Revolution nach Tunesien zurück, wie der führende salafistische Prediger Shaykh Béchir Ben Hassan. Auch gewaltbereite Männer aus Algerien, Nord-Mali und Libyen fanden sich in den tunesischen Terrorgruppen wieder. Die neu gewonnenen religiösen Freiheiten in Tunesien erlaubten auch ausländischen Religionsgelehrten, ihre Überzeugungen zu verbreiten. Zusätzlich spielt die anhaltende wirtschaftliche Notlage den Salafisten in die Hände. Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei einem Höchststand von 15,4%, wobei die Jugendarbeitslosigkeit noch weit höher beziffert wird.¹⁷⁸

¹⁷⁵ Marks, Monica: Who are Tunisia's Salafis? In: Foreign Policy, 28.09.2012. <<http://foreignpolicy.com/2012/09/28/who-are-tunisias-salafis/>>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁷⁶ Tunisia detains 86 after Salafist Islamist Riots over Art Exhibition. In: Al-Arabiya, 12.06.2012.

¹⁷⁷ Vgl. Wolf, Anne/Lefevre, Raphael: The Demon or the Demonized? Deconstructing "Salafism" in Tunisia. In: Open Democracy, 05.06.2012.

¹⁷⁸ Die Arbeitslosenquote betrug laut "National Institute of Statistics - Tunisia" im 4. Quartal 2015 rund 15,4%. <www.ins.nat.tn/indexen.php>, abgerufen am 08.03.2016.

Die wachsenden Aversionen der Bevölkerung gegenüber der Regierung wurden von den Salafisten geschickt für Mobilisierungszwecke genützt.¹⁷⁹

„Der arabische Frühling“ als Katalysator für den Dschihadismus

Erste islamistische Terrorakte wurden in Tunesien von Mitgliedern der MTI, der Vorläuferorganisation der *An-Nahda*, Ende der 1980er-Jahre verübt.¹⁸⁰ Aufgrund der massiven Unterdrückung unter Präsident Ben Ali kam es bis zum Regimesturz im Januar 2011 nur zu vereinzelt Anschlägen. Gewalthandlungen begannen erst, als Tunesien mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung begann und neue Parlaments- und Präsidentschaftswahlen verkündete. Die extremistische Gewalt erhöhte die Spannungen zwischen Säkularisten und politischen Islamisten, insbesondere hinsichtlich der Frage, welche Rolle Religion in der Gesellschaft einnehmen sollte.¹⁸¹ Problematisch sind dabei die in den öffentlichen Debatten polarisierenden Dichotomien, die nur eine Schwarz-Weiß-Option (wie Religion versus Säkularismus, Konservatismus versus Moderne), aber keinen Mittelweg für die Zukunft Tunesiens zulassen.¹⁸²

Gegen Ende des Jahres 2012 entwickelten sich zwei Arten von dschihadistisch-salafistischen Strömungen im Land sowie eine Debatte über deren Strategie. Sollten Salafisten direkte Gewalt gegen den Staat anwenden, um ihre Ziele durchzusetzen, oder – gestärkt durch politische und soziale Aktivitäten unter der Bevölkerung – den Staat herausfordern? Die erste Gruppe entstammt direkt dem revolutionären Eifer sowie der politischen

¹⁷⁹ Vgl. International Monetary Fund: Tunisia Faces Economic, Social Challenges amid Historic Transformation (05.09.2012). <www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2012/car090512a.htm>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁸⁰ Im August 1987 kam es zu Übergriffen auf Touristen; am 17. Februar 1991 folgte ein Brandanschlag auf ein Büro der damaligen Regierungspartei RCD in Bab Souika.

¹⁸¹ Malka: Tunisia: Confronting Extremism, S. 92-93.

¹⁸² Vgl. Petré, Christine: Tunisian Salafism: the rise and fall of Ansar al-Scharia (Oktober 2015). <http://fride.org/download/PB209_Tunisian_Salafism.pdf>, abgerufen am 03.03.2016.

Öffnung und vermittelt dem Massenpublikum religiöse Inhalte durch soziales Engagement. *Ansar al-Scharia* zählt zu dieser Strömung. Die zweite Gruppe verfolgt *al-Qaidas* traditionelle Methoden mit organisierten Untergrundkämpfern, die in regelmäßigen Abständen Anschläge auf Sicherheitskräfte und Regierungsmitglieder verüben, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Dazu zählt die dschihadistisch-salafistische Gruppe *Uqba Ibn Nafi-Brigade*, die in den tunesischen Chaambi-Bergen im tunesisch-algerischen Grenzgebiet ihre Basis hat. Hauptunterschied der beiden dschihadistisch-salafistischen Modelle ist ihr Bedrohungspotenzial: Erstere stellen eine politische Bedrohung für den Staat dar, zweitere ein Sicherheitsrisiko. Sie verfolgen beide das gemeinsame Ziel, die bestehende politische Ordnung durch einen islamischen Staat zu ersetzen.

Die Protagonisten im dschihadistischen Spektrum

Insbesondere in der Region Jebel Chaambi, im Grenzgebiet zu Algerien, kämpfen aktive Gruppen für die Etablierung eines islamischen Staates. Als gewichtigste dschihadistische Organisationen haben sich *Ansar al-Scharia* und die *Uqba Ibn Nafi-Brigade* herauskristallisiert, wobei sich letztere im Sommer 2014 von der *al-Qaida im Islamischen Maghreb* (AQIM) abgespalten und dem *Islamischen Staat* (IS) angeschlossen hat. Zusätzlich bestehen seit 2011 unabhängige lokale dschihadistische Zellen, die mit den einflussreicheren Gruppen vernetzt sind.

Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) in Tunesien

AQIM wurde im Jahr 2007 als Nachfolgeorganisation der algerischen *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat* (GSPC, Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf) gegründet und weitete ihren Anspruch, einen Islamischen Staat zu gründen, auf die gesamte Maghreb-Region aus. Die Hauptkontingente der AQIM-Brigaden sind in Nord-Algerien, Süd-Algerien und Nord-Mali sowie entlang der algerisch-tunesischen Grenzregion – von der Gebirgsregion Jebel Chaambi bis zum Osten der algerischen Stadt Tebessa – aktiv. Schätzungen zur Stärke der AQIM reichen von mehreren

hundert bis mehreren tausend Kämpfern.¹⁸³ Die Organisation finanziert sich hauptsächlich durch die Entführung algerischer Geschäftsleute sowie westlicher Staatsbürger. Zur ersten Operation der AQIM auf tunesischem Boden zählt der Anschlag auf tunesische Sicherheitskräfte in der im Westen gelegenen Stadt Jendouba im Februar 2014.

Die bekannteste AQIM-Splittergruppe ist die *Uqba ibn Nafi-Brigade*, die in der Grenzregion zu Algerien operiert. Trotz der zahlenmäßig überschaubaren Größe entwickelte sich diese Organisation dennoch zu einer großen Herausforderung für die tunesischen Sicherheitskräfte. Obgleich mit der algerischen Armee eng zusammengearbeitet wird, ist es bislang nicht gelungen, die Aktivitäten dieser Gruppe zu stoppen. Ein wichtiger Grund hierfür ist die komplexe Vernetzung zwischen Dschihadisten und Schmugglern, bei der insbesondere Benzin, Drogen und Waffen verschoben werden. Ihr auffälligster Anschlag war jener auf das Nationalmuseum von Bardo in Tunis am 18. März 2015. Insgesamt wurden dabei 24 Menschen, darunter 20 Touristen, getötet. Der IS bekannte sich zwar zu dem Anschlag¹⁸⁴, allerdings gehen die tunesischen Behörden davon aus, dass eine Terrorzelle der *Uqba ibn Nafi-Brigade* das Attentat begangen hat.¹⁸⁵ Offiziellen Angaben der tunesischen Behörden zufolge besteht die Brigade vor allem aus

¹⁸³ Al-Qaeda map: Isis, Boko Haram and other affiliates' strongholds across Africa and Asia. In: The Telegraph, 12.06.2014. <www.telegraph.co.uk/news/worldnews/al-qaeda/10893889/Al-Qaeda-map-Isis-Boko-Haram-and-other-affiliates-strongholds-across-Africa-and-Asia.html>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁸⁴ In einer nicht verifizierbaren Twitter-Mitteilung hieß es, ein „Soldat des Kalifats“ habe den „abscheulichen Hort der Prostitution, des Lasters und des Unglaubens“ angegriffen. Vgl. IS bezichtigt sich des Anschlags in Tunis. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.03.2015. <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/tunis-armee-in-alarm-bereitschaft-versetzt-13492998.html>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁸⁵ Reuters: Thousands of Tunisians, leaders march after Bardo attack (29.03.2015). <www.reuters.com/article/2015/03/29/us-tunisia-security-idUSKBN0MP03O20150329>, abgerufen am 03.03.2016.

Tunesiern, die Führungsebene bilden allerdings Algerier. Die Mitgliederzahl schwankt zwischen mehreren Dutzend und bis zu 100 Kämpfern.¹⁸⁶ 2012 stufte die tunesische Regierung *Uqba ibn Nafi* als direkten Ableger von AQIM ein, im September 2014 allerdings schwor die Gruppe dem *Islamischen Staat* ihre Loyalität.

Ansar al-Scharia Tunesien (AST)

Die größte und einflussreichste Gruppe stellt *Ansar al-Scharia* (AST, Anhänger des islamischen Rechts) dar. Die Gruppe wurde im Zuge der Revolution im Januar 2011 durch Seif Allah Ibn Hussein alias Abu Iyadh al-Tunsi¹⁸⁷ gegründet mit dem Ziel, das Islamische Recht in Tunesien einzuführen. Neben ihren missionarischen (*Daawa*) und karitativen Tätigkeiten, insbesondere in ländlichen Gebieten, ist *Ansar al-Scharia* für ihre spektakulären Anschläge bekannt.¹⁸⁸

Unter Ben Alis Anti-Terror Gesetzen wurde Abu Iyadh im Jahr 2003 von einem tunesischen Gericht zu 43 Jahren Haft verurteilt. Während seiner Gefangenschaft legte er den Grundstein für die heutige AST-Bewegung, indem er ein weitreichendes Netzwerk aufbaute. Nach der Revolution 2011 wurde Abu Iyadh aufgrund eines Amnestiegesetzes gemeinsam mit 300 anderen Dschihadisten freigelassen. Einige dieser Islamisten schlossen sich der

¹⁸⁶ Werenfels: Im „glokalen“ Spannungsfeld, S. 65.

¹⁸⁷ Abu Iyadh al-Tunsi spielte bereits Mitte der 1980er-Jahre in der überschaubaren gewaltbereiten Islamistszene in Tunesien eine Rolle und wurde später im Londoner Exil in die internationale dschihadistische Szene eingeführt. 1990 ging er nach Afghanistan und hielt sich im Umfeld Osama bin Ladens in Kandahar auf, er pflegte Beziehungen zur *Al-Qaida*, wobei er dieser aber nicht angehörte. Nach seiner Verhaftung in der Türkei 2003 saß Abu Iyadh bis zu einer Generalamnestie aller politischen Gefangenen 2011 in einem tunesischen Gefängnis. US-Einheiten und libysche Sicherheitskräfte sollen ihn aufgrund seiner Verwicklungen in den Anschlag auf die US-Botschaft im September 2012 in der libyschen Stadt Misrata festgenommen haben.

¹⁸⁸ Wolf, Anne: Tunisia: Signs of Domestic Radicalization Post-Revolution. In: CTC Sentinel, Vol. 6, 1/2013, S. 1-4. <www.ctc.usma.edu/posts/tunisia-signs-of-domestic-radicalization-post-revolution>, abgerufen am 03.03.2016.

politischen Partei *An-Nahda* an. Andere akzeptierten das neue politische System nicht und schlossen sich Abu Iyadhs Gruppe *Ansar al-Scharia* an. AST gab bei ihrer ersten Konferenz im Mai 2011 als Ziel die Errichtung eines islamischen Kalifates und die Einführung der *Scharia* in Tunesien an.¹⁸⁹ *Ansar al-Scharia* gelang es, durch ihr Wohlfahrtsprogramm jene Lücken an staatlichen sozialen Dienstleistungen zu füllen, die von der Regierung vernachlässigt wurden. Somit konnte sie rasch eine steigende Anhängerzahl und Sympathisanten gewinnen.¹⁹⁰ AST sprach insbesondere die desillusionierte Jugend innerhalb der benachteiligten und bildungsfernen sozialen Schichten im Süden und in Zentral-Tunesien an, aber auch in den marginalisierten Vororten der Großstädte gewannen sie stetig an Sympathie. Anfang 2013 zählte Ansar bis zu 10.000 Anhänger, die Gruppe selbst behauptet im Jahr 2014, 70.000 Mitglieder zu haben.¹⁹¹ Insbesondere ist AST für jene Tunesier attraktiv, die einerseits die ökonomischen Vorteile im Übergangsprozess nicht sahen und andererseits die neue politische Ordnung als „unislamisch“ betrachteten.¹⁹² Trotz der Namensgleichheit *Ansar al-Scharias* mit anderen Gruppierungen in Libyen, Ägypten und Jemen erklärt AST, unabhängig zu agieren. Die Bewegung unterstützt die globale Agenda der *al-Qaida*¹⁹³, dennoch sind ihre Verbindungen zu anderen *al-Qaida*-Ablegern, wie AQIM, unklar.¹⁹⁴

¹⁸⁹ Vgl. Zelin, Aaron: Tunisia: Uncovering Ansar al-Scharia (25.10.2013). <www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/tunisia-uncovering-ansar-al-sharia>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁹⁰ Vgl. Zelin, Aaron: Meeting Tunisia's Ansar al-Scharia. In: Foreign Policy, 08.03.2013. <<http://foreignpolicy.com/2013/03/08/meeting-tunisias-ansar-al-sharia/>>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁹¹ Vgl. The Salafist Struggle. In: The Economist, 01.01.2014. <www.economist.com/blogs/pomegranate/2014/01/dispatch-tunisia>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁹² Vgl. Wolf: Tunisia: Signs of Domestic Radicalization Post-Revolution, S. 1-4.

¹⁹³ Abu Iyadh al-Tunisi war Mitbegründer der *al-Qaida* verbundenen Tunesisch-Islamischen Kampfgruppe in Afghanistan im Jahr 2000.

¹⁹⁴ Anhänger einer im Dezember 2012 von der tunesischen Regierung zerschlagenen Zelle der AQIM wurden als aktive Mitglieder von Ansar al-Scharia entlarvt.

Zwischen Sozialarbeit, Predigt und dschihadistischer Gewalt

Ansar al-Scharia konnte beinahe zwei Jahre lang legal operieren, da ihr sichtbarer Fokus auf karitativen Tätigkeiten lag. Daher baute sie sich ein weitreichendes Netzwerk auf, an dem auch Vereine beteiligt waren. Der Angriff auf die amerikanische Botschaft in Tunis am 14. September 2012 mit vier Todesopfern wurde *Ansar al-Scharia* zugeschrieben, klare Beweise gibt es hingegen keine. Hassen Brik, Führer des Missionierungs-Komitees der AST, betonte, dass die Führung den Anschlag zwar nicht in Auftrag gegeben hätte, allerdings junge Anhänger der AST hinter dem Terrorakt vermutet werden.¹⁹⁵ Das Attentat zeigte dennoch eine Verschiebung der Strategie von AST weg von der Sympathiegewinnung durch karitative Tätigkeiten hin zur offenen Gewaltaustragung gegen den tunesischen Staat und insbesondere gegen die regierende *An-Nabda*-Partei.

Die beiden politisch-motivierten Ermordungen von linksgerichteten Politikern, Chokri Belaid (Februar 2013) und Mohamed Brahmî (Juli 2013), hinter denen ebenso die AST vermutet wurde, sorgten für großes Aufsehen in der Bevölkerung. Als Reaktion darauf stufte die Regierung *Ansar al-Scharia* im August 2013 als terroristische Organisation ein und erklärte, dass ihr Ziel die Errichtung von lokalen Emiraten im Süden, Zentral- und Nord-Tunesien sei. Im Sommer 2014 wurden zudem über 100 Wohltätigkeitsvereine verboten, mit dem Vorwurf, Verbindungen zu Gewaltakteuren zu haben oder Geldwäsche zu betreiben.¹⁹⁶ Zur gleichen Zeit verkündete der

¹⁹⁵ Vgl. Loveluck, Louisa: Planting the Seeds of Tunisia's Ansar al Scharia. In: Foreign Policy, 27.09.2012. <<http://foreignpolicy.com/2012/09/27/planting-the-seeds-of-tunisia-ansar-al-sharia/>>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁹⁶ Vgl. Charity workers held in Tunisia on suspicion of funding "terrorism". In: BBC Monitoring Middle East, 16.05.2014.

Sprecher der Gruppe, Seifeddine Raies, dass *Ansar al-Scharia* dem IS den Gefolgschaftseid geschworen habe.¹⁹⁷

Die Razzien der Regierung führten zur Verhaftung zahlreicher AST-Mitglieder und drängten die Organisation in den Untergrund. Das harte Durchgreifen brachte auch die erfolgreichen missionarischen und karitativen Aktivitäten der Gruppe vollständig zum Erliegen, da AST nicht auf die heimliche Führung ihrer Tätigkeiten vorbereitet war. Viele Mitglieder sind entweder nach Syrien oder Libyen gereist, der Aufenthaltsort von Abu Iyadh ist unklar. Es kursieren Gerüchte über seinen angeblichen Tod durch amerikanische Luftangriffe.¹⁹⁸ Der Rückzug der Gruppe und Abu Iyadhs Verschwinden lassen allerdings auf eine Schwächung der Gruppe schließen.¹⁹⁹ Der Aufstieg des IS zur mächtigsten Terror-Organisation weltweit und seine bahnbrechende globale Social-Media-Propaganda ermöglichten dem IS, das Vakuum, das AST in Tunesien hinterlassen hatte, zu füllen und bei ehemaligen AST-Sympathisanten zu punkten. Der Machtkampf zwischen lokalen dschihadistischen Organisationen, AQIM und dem IS ist nun auch in Tunesien entbrannt. Schließlich kämpfen die tunesischen Gruppen um ihre Stellung und Ressourcen in einer sich stets wandelndem dschihadistischen Umgebung. AQIM und AST konkurrieren zunehmend mit transnationalen Gruppen um ihre Anhängerschaft und sehen sich gezwun-

¹⁹⁷ Vgl. Arfaoui, Jamel: Tunisia: Ansar Al-Scharia Tunisia Spokesman Backs Isis (08.07.2014). <<http://allafrica.com/stories/201407090299.html>>, abgerufen am 03.03.2016.

¹⁹⁸ Vgl. Dschihadist From Tunisia Died in Strike in Libya, U.S. Official Says. In: The New York Times, 02.07.2015. <www.nytimes.com/2015/07/03/world/africa/Dschihadist-from-tunisia-died-in-strike-in-libya-us-official-says.html?_r=0>, abgerufen am 08.03.2016.

¹⁹⁹ Vgl. Petré, Christine: Tunisian Salafism: the rise and fall of Ansar al-Scharia (Oktober 2015). <http://fride.org/download/PB209_Tunisian_Salafism.pdf>, abgerufen am 03.03.2016.

gen, Position gegenüber dem IS zu beziehen. Das *An-Nabda*-Führungsmittglied Habib Ellouze bezeichnete beispielsweise die Anziehungskraft des IS im Juli 2014 als „Katastrophe“.²⁰⁰

Der Ruf Syriens – Tunesier im Islamischen Staat

Entwicklungen in anderen arabischen Umbruchstaaten begünstigten den Aufstieg des Dschihadismus in Tunesien zusätzlich. Die Bereitschaft von Bürgern, sich für den IS in Syrien und im Irak zu engagieren, ist in Tunesien besonders stark ausgeprägt. Tunesien führt nach einer Studie der Soufan Group vom Dezember 2015 mit bis zu 7.000 *Foreign Terrorist Fighters* die Liste an. Damit stellt einer der flächenmäßig kleinsten arabischen Staaten das größte Kontingent an Kämpfern unter den IS-Dschihadisten (im Vergleich: 2.500 aus Saudi-Arabien, 200 aus Algerien).²⁰¹

Die tunesischen Sicherheitsbehörden meldeten, dass seit 2013 über 12.000 Tunesier²⁰² von der Ausreise nach Syrien abgehalten wurden. Eine eindeutige Antwort auf die in den Medien vieldiskutierte Anfälligkeit der mehrheitlich jungen Tunesier (18-25 Jahre) konnte aber bislang nicht gefunden werden.²⁰³ Als Gründe werden zahlreiche Faktoren genannt, die zur Radikalisierung beitragen: Die post-revolutionäre sozio-ökonomische Krise, mangelnde Zukunftsperspektiven und Arbeitslosigkeit, aber auch die er-

²⁰⁰ Vgl. Mattes, Hanspeter: Islamistische Terrorgruppen in Nordafrika: Trotz Bekämpfung immer mehr präsent. In: GIGA Focus, 2/2015, S. 3.

²⁰¹ Vgl. The Soufan Group: Foreign Fighters (Dezember 2015). <http://soufangroup.com/wp-content/uploads/2015/12/TSG_ForeignFightersUpdate_FINAL.pdf>, abgerufen am 03.03.2016, S. 9.

²⁰² Vgl. Tunisia banned over 12,000 from travelling to terrorist hubs. In: Middle East Monitor, 18.04.2015.

<www.middleeastmonitor.com/news/africa/18119-tunisia-banned-over-12000-from-travelling-to-terrorist-hubs>, abgerufen am 08.03.2016.

²⁰³ Vgl. Mattes, Hanspeter: Islamistische Terrorgruppen in Nordafrika: trotz Bekämpfung immer mehr präsent. In: GIGA Focus, 2/2015.

folgreiche Mobilisierung durch AST, sich am Dschihad in Syrien zu beteiligen, die Kontrolle über Moscheen, die Kriegserfahrungen von tunesischen Dschihadisten in Afghanistan und im Irak, der anhaltende Konflikt im Nachbarland Libyen. Ein weiterer wichtiger Faktor, der zur steigenden Popularität der salafistischen Ideologie beigetragen hat, ist auf die Identitätsfrage und das fehlende Zugehörigkeitsgefühl zurückzuführen.

Im Februar 2013 kam es jedoch zu einem Umdenken der AST und zum Anwerben von Dschihadisten, die im Land bleiben sollten, um sich auf die gemeinnützige Arbeit zu konzentrieren und so die Zahl der Anhänger zu erhöhen. AQIM-Chef Droukhal rief maghrebische Dschihadisten auf, den Kampf in der Heimat gegen die „vom Glauben abgefallenen Regierungen“ und nicht im Orient zu führen. Diese Entscheidung belastete das Verhältnis zum syrischen *al-Qaida*-Ableger *Jabhat al-Nusra*. Unterstützend für die dschihadistische Szene in Tunesien wirkten auch die Entwicklungen im Nachbarland Libyen. Aufgrund des Vakuums staatlicher Strukturen und des Fehlens eines funktionierenden Gewaltmonopols entwickelte sich Libyen zum Trainings- und Rückzugsgebiet für tunesische Dschihadisten. Libyen gilt zudem als Haupttransitverbindung für Reisen nach Syrien und in den Irak. Über die durchlässigen Grenzen werden mit Leichtigkeit Waffen nach Tunesien geschmuggelt. Es ist daher nicht erstaunlich, dass der Attentäter im Badeort Sousse in einem Trainingscamp in Libyen ausgebildet wurde. Es gibt auch Hinweise auf eine Kooperation zwischen AST und den libyschen Dschihadisten-Organisationen. Beispielsweise zeigte eine libysche Gruppierung einen entführten tunesischen Diplomaten in einer Videobotschaft an die tunesische Regierung.²⁰⁴ Die weitere Entwicklung und der Erfolg tunesischer Gruppierungen hängen daher stark von der politischen Stabilität des Nachbarlandes Libyen ab.

²⁰⁴ Vgl. Torelli, Stefano M.: Tunisian Dschihadists Establishing New Networks with Libyan Islamists. In: Terrorism Monitor, Vol. 12, 11/2014, S. 5f.

Hindernisse bei der Bekämpfung dschihadistischer Gewalt

Die islamistisch geführte Regierung unter *An-Nabda* (2011-2014) reagierte nur zögerlich auf die wachsende dschihadistische Bedrohung. Die ambivalente Haltung der Regierung lässt sich wie folgt erklären: Nach dem Sturz Ben Alis versuchte die *An-Nabda* Partei, als stärkste und am besten organisierte politische und soziale Kraft, jegliche islamistischen und salafistischen Tendenzen unter ihrer Führung zu vereinen. Als Argument wurde angeführt, dass Repression – wie sich in der Vergangenheit gezeigt hätte – lediglich zur Radikalisierung führe und es notwendig sei, diese Salafisten in den politischen Prozess zu integrieren.²⁰⁵

Erst die politischen Morde gegen Oppositionspolitiker im Jahr 2013, kombiniert mit wachsenden Gewaltakten gegen Sicherheitskräfte, führten zu einem Wendepunkt. *An-Nabda* änderte ihre „inklusive“ Strategie und reagierte mit dem Verbot der *Ansar al-Scharia*, veranlasste Personaländerungen im Innenministerium und gewährte den Sicherheitskräften eine aggressivere Vorgehensweise bei der Bekämpfung von Terroristen. Schließlich erklärte sich *An-Nabda* im Jahr 2014 einverstanden, die Macht einer technokratischen Interimsregierung zu übergeben, welche das Thema Sicherheit zu ihrer Hauptpriorität machte.²⁰⁶

Auch die seit Februar 2015 säkular geführte Regierung unter *Nidaa Tunis* baute die Befugnisse der Sicherheitskräfte weiter aus. Im Zentrum dieser Maßnahmen steht – als Reaktion auf die beiden verheerenden Terroranschläge im Bardo-Museum und im Badeort Sousse – die Einführung eines neuen Anti-Terror-Gesetzes, welches vermehrte Operationen gegenüber Einzeltätern sowie die Aufdeckung geheimer Unterschlüpfen und Operationsbasen mit einer einhergehenden Ausweitung der finanziellen Mittel und

²⁰⁵ Vgl. Werenfels: Im „glokalen“ Spannungsfeld, S. 61.

²⁰⁶ Malka: Tunisia: Confronting Extremism, S. 94.

Personalaufstockungen vorsieht.²⁰⁷ Auf einer zweiten Ebene konzentriert man sich auf die ideologische Bekämpfung der Extremisten und deren Attraktivität auf die tunesische Bevölkerung, indem ein Versuch gestartet wurde, die nationale islamische Identität neu zu definieren und zu bewerben. Dieser Prozess begann mit der Zentralisierung der Kontrolle von Moscheen und religiösen Foren. Die ideologische Bekämpfung stellt sich als ein weitaus komplizierteres Unterfangen heraus, das intensive Debatten innerhalb der tunesischen Gesellschaft erfordert.²⁰⁸

Ergänzend zum Anti-Terror-Gesetz wurde eine Anti-Terror-Kommission gebildet, die eine umfassende nationale Strategie gegen Extremismus und Terrorismus, unter Einbeziehung von Ministerien und zivilgesellschaftlichen Akteuren, erarbeiten soll.

Seit Amtsantritt der säkular geführten Regierung unter *Nidaa Tunis* im Februar 2015 wurden innerhalb von drei Monaten über 880 mutmaßliche Extremisten verhaftet. Dennoch ist es trotz enger Zusammenarbeit mit der algerischen Armee bislang nicht gelungen, die Aktivitäten der im Grenzgebiet operierenden Terrorgruppen gänzlich zu unterbinden. Gründe hierfür sind die komplexe Vernetzung zwischen Dschihadisten und Schmugglern, bei der insbesondere Benzin, Drogen und Waffen verschoben werden. Die Bekämpfung der verzweigten und den Sicherheitskräften zahlenmäßig überlegenen Schmuggelnetzwerke ist für die tunesische Regierung eine große Herausforderung, da sich auch die lokale Bevölkerung in den verarmten Grenzregionen am Schmuggel und der damit verbundenen Schattenwirtschaft bereichert.²⁰⁹

²⁰⁷ Vgl. Reidy, Eric: Tunisia cracks down on radicalization (19.05.2015). <www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/05/tunisia-government-counter-extremism-anti-terrorist-bill.html>, abgerufen am 08.03.2016.

²⁰⁸ Malka: Tunisia: Confronting Extremism, S. 95.

²⁰⁹ Vgl. International Crisis Group: Tunisia's Borders (II): Terrorism and Regional Polarisation. In: Middle East and North Africa Briefing, 41/2014, S. 8-10. <bit.ly/1M03VZ0>, abgerufen am 03.03.2016.

Offiziellen tunesischen Angaben zufolge erhält *Ansar* finanzielle Zuwendungen aus dem In- und Ausland, darunter aus dem Jemen, Libyen und Mali. Zudem sollen 120 ausländische Organisationen, u. a. Stiftungen aus Katar, Kuwait und Saudi-Arabien AST unterstützt haben.²¹⁰ Nach dem Sturz Ben Alis wurden ungefähr 3.500 Wohltätigkeitsvereine von islamistischen Gruppen oder salafistischen Organisationen gegründet.²¹¹ Darunter befinden sich auch 200 durch *Ansar al-Scharia* gegründete Vereine, die etwa die Ausgabe von Medikamenten, Nahrungsmitteln und anderen Gütern mit Predigen und Missionieren vereinten. Einige Vereine riefen Kindergärten und Schulen ins Leben, in denen die radikale Interpretation des Islam verbreitet wurde und andere gründeten Trainingslager in West-Tunesien an der Grenze zu Algerien.²¹² Zusätzlich wurden in Moscheen, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen, Gelder für *Ansar* gesammelt.²¹³ Der Kabinettschef des Religionsministeriums, Abdessatar Badr, bestätigte, dass zur chaotischen Phase nach dem Sturz Ben Alis über 1.000 von insgesamt 5.300 tunesischen Moscheen der staatlichen Kontrolle entglitten. Neben diesen Moscheen wurden auch 200 neue, illegale eröffnet, die sich allesamt zu Zentren der Radikalisierung entwickelten.²¹⁴ Unter dem neuen Anti-Terror-Programm bemüht sich das Religionsministerium, staatlich anerkannte Imame in diesen Moscheen einzusetzen, mit dem Ergebnis, dass man im

²¹⁰ Vgl. Katarische und saudische Institutionen und Verbände finanzieren Ansar al-Scharia in Tunesien. In: Turess, 03.06.2013. <www.turess.com/africanmanager/18005>, abgerufen am 03.03.2016.

²¹¹ Vgl. Reidy, Eric: Tunisia cracks down on radicalization (19.05.2015). <www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/05/tunisia-government-counter-extremism-anti-terrorist-bill.html>, abgerufen am 08.03.2016.

²¹² Ebd.

²¹³ Vgl. Uncharitable Organizations. In: Foreign Policy, 25.02.2013. <<http://foreignpolicy.com/2013/02/25/uncharitable-organizations/>>, abgerufen am 03.03.2016.

²¹⁴ Vgl. Reidy, Eric: Tunisia cracks down on radicalization (19.05.2015). <www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/05/tunisia-government-counter-extremism-anti-terrorist-bill.html>, abgerufen am 08.03.2016.

Mai 2015 nur noch 53 nicht-autorisierte Moscheen zählte.²¹⁵ Die willkürliche Schließung von Moscheen durch die Regierung ist allerdings nicht unumstritten. Jene Extremisten, die sich vormals in Moscheen versammelt hatten, würden durch die Räumungen in den Untergrund getrieben werden und somit die staatliche Aufsicht weiter erschweren. Zudem spielen Moscheeschließungen der Argumentation des IS und anderer dschihadistischer Gruppen in die Hände, zumal die säkulare Regierung den Vorwurf bestätigen würde, dass sie die tunesische Bevölkerung an der Ausübung ihrer Religion behindern wolle. Hinzu ruft jegliche Einschränkung von religiösen Freiheiten durch die Regierung bei der Bevölkerung Erinnerungen an die Politik Ben Alis hervor und würde demnach die Radikalisierung verschärfen.

Als Erfolg für die tunesische Regierung und ihr Anti-Terror-Programm kann dennoch der Rückzug der *Ansar al-Scharia* gesehen werden. Das harte Vorgehen führte dazu, dass die Gruppe keine Zukunft mehr als karitative und predigende Organisation in Tunesien haben wird. Jene Mitglieder mit einer langfristigen Vision und einer radikaleren Agenda haben die Option, weiterhin im Untergrund zu operieren oder sich in Libyen oder Syrien niederzulassen. Solange *Ansar Al-Scharia* eine erklärte Terror-Organisation bleibt, ist es unwahrscheinlich, dass sie zu ihrem einstigen Erfolg zurückkehrt, es sei denn, unter einer neuen Führung und mit einer anderen Agenda.

Dennoch bleibt die tunesische Jugend höchst anfällig für den Extremismus. Das äußert sich auch in der zunehmenden Attraktivität des IS unter Tunesiern, die von seinem weitreichenden Social-Media-Apparat angezogen werden. Ohne geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der Wurzeln der Radi-

²¹⁵ Ebd.

kalisierung tunesischer Jugendlicher wird das von AST hinterlassene Vakuum innerhalb der Dschihadisten-Szene durch den IS gefüllt werden.²¹⁶ Ungefähr 625 IS-Kämpfer kehrten bis Dezember 2015 nach Tunesien zurück, darunter sogar eine beträchtliche Anzahl unentdeckt über das libysche Grenzgebiet. Bisher gibt es noch keine formelle Strategie, wie mit ihnen umgegangen werden soll. Unter dem geltenden Anti-Terror-Gesetz werden die meisten Rückkehrer lediglich verhaftet oder unter Beobachtung gestellt. Problematisch sind dabei Tunesiens überfüllte und unterversorgte Gefängnisse, die als Brutstätten für Rekrutierung und der Verbreitung radikaler Ideen bekannt sind. Terrorismus-Experte Charles Lister schätzt, dass ungefähr 11% der Rückkehrer eine wahre Bedrohung für Tunesien darstellen.²¹⁷

Inklusion von salafistischen Ideen als Erfolg für die tunesischen Demokratiebestrebungen

Tunesien steht einmalig in der arabischen Welt für ein System ein, das Religion und deren uneingeschränkte Ausübung durch eine säkulare politische Ordnung zu gewährleisten versucht. Aus diesem Grund stellt das tunesische Modell die größte Bedrohung für die Legitimität dschihadistischer Ideologien dar, welche die Etablierung eines islamischen Staates – unter dem Vorwand der Ausübung der Religion nach dem Vorbild des Propheten – fordern. Dschihadisten werden demnach mit allen Mitteln versuchen, den Demokratisierungsprozess Tunesiens zu unterbinden und insbesondere die

²¹⁶ Vgl. Petré, Christine: Tunisian Salafism: the rise and fall of Ansar al-Scharia (Oktober 2015). <http://fride.org/download/PB209_Tunisian_Salafism.pdf>, abgerufen am 03.03.2016.

²¹⁷ Tunisia: Why foreign fighters abandon ISIL. In: Al Jazeera, 03.03.2016. <www.aljazeera.com/news/2016/03/tunisia-foreign-fighters-abandon-isil-160301103627220.html>, abgerufen am 08.03.2016.

Stabilität Tunesiens durch Anschläge auf den Tourismussektor, als Wirtschaftsmotor²¹⁸ und Garant für den Wohlstand, zu beeinträchtigen.

Tunesien steht nun vor der schwierigen Herausforderung, einerseits die dschihadistisch-salafistische Bedrohung zu bekämpfen und andererseits die Unterdrückung religiöser Freiheiten – das Kennzeichen früherer autoritärer Regime – zu vermeiden. Wenn Tunesien durch unreflektierte Reaktionen auf Terroranschläge antwortet und Sicherheit auf Kosten demokratischer Reformen schafft, könnte der Extremismus weiter gefördert werden und sich insbesondere in sozial benachteiligten Kreisen weiter ausbreiten und letztlich eine langfristige Bedrohung für die politische Stabilität darstellen.²¹⁹

Das im Juli 2015 überstürzt verabschiedete Anti-Terror-Gesetz gefährdet Human Rights Watch zufolge „Menschenrechte und verfügt nicht über die notwendigen Schutzmaßnahmen gegen Missbrauch“.²²⁰ Das harte Durchgreifen der Sicherheitskräfte führte dazu, dass im ersten Halbjahr 2015 beinahe 100.000 Tunesier bzw. 1% der Bevölkerung – oftmals verdächtigt aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes – ohne Beweise festgenommen wurden.²²¹ Die Verhafteten werden oft gefoltert und misshandelt und ihre Erfahrungen bestärken sie nach ihrer Freilassung, sich zu radikalieren. Die Wurzel des Problems liegt darin, dass die Sicherheitskräfte nicht vollständig unter ziviler Kontrolle stehen und weiterhin widersprüchliche Beziehungen

²¹⁸ Tunesien ist um seinen Status als beliebtes Urlaubsziel besorgt, zumal die Einnahmen aus dem Tourismus nahezu 15% der Wirtschaftsleistung ausmachen.

²¹⁹ El-Haj, Salim Abdullah: The Answer to Tunisia's Terrorism: Democracy and Unity (02.07.2015). <<http://fikraforum.org/?p=7106#.VZZCtOeWals>>, abgerufen am 07.03.2016.

²²⁰ Vgl. Human Rights Watch: Tunisia: Counterterrorism Law Endangers Rights (31.07.2015). <www.hrw.org/news/2015/07/31/tunisia-counterterrorism-law-endangers-rights>, abgerufen am 08.03.2016.

²²¹ Why Counterterrorism Could Be the Death of Tunisian Democracy (30.12.2015). <<http://foreignpolicy.com/2015/12/30/why-counterterrorism-could-be-the-death-of-tunisian-democracy/>>, abgerufen am 08.03.2016.

zu den Bürgern haben. Diese Tatsachen sind kontraproduktiv für eine effektive Anti-Terror-Strategie und fördern die Rückkehr Tunesiens zu einer autoritären Politik.²²² Eine Reform des Sicherheitssektors bedeutet daher nicht, Polizei und Militär zu stärken und Menschen willkürlich zu verhaften. Vielmehr ist es notwendig, die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und dem Sicherheitsapparat zu verbessern und verstärkt in Deradikalisierungsmaßnahmen zu investieren.

Zudem muss der bisher angewendete sicherheitspolitische Ansatz unbedingt durch entwicklungs- und arbeitsmarktpolitische Reformen ergänzt werden, um dadurch eine dauerhafte Deradikalisierung zu gewährleisten. Derartige Bekämpfungsmaßnahmen sind bisher kaum ausgeprägt.²²³ Die tunesische Regierung sollte Antworten auf die Missstände der Jugend, wie die Jugendarbeitslosigkeit von 35%²²⁴, finden. Die einhergehende Beschneidung der Bürgerrechte – wie das Recht auf friedliche Demonstrationen – verschärft die bereits bestehende Kluft zwischen der Jugend und dem Staat.²²⁵

Neben den wirtschaftlichen Bemühungen ist für eine geeinte tunesische Gesellschaft auch ein umfassenderer Deradikalisierungs-Ansatz erforderlich: Sympathisanten des salafistischen Dschihadismus werden oftmals durch die Unzufriedenheit mit den politischen Akteuren radikalisiert und weniger aufgrund von ideologischen Motiven. Aus diesem Grund ist die politische Inklusion von nicht-gewaltbereiten Salafisten entscheidend für den Erfolg der tunesischen Demokratiebestrebungen. Trotz radikaler, aber

²²² Ebd.

²²³ Vgl. Mattes, Hanspeter: Islamistische Terrorgruppen in Nordafrika: Trotz Bekämpfung immer mehr präsent. In: GIGA Focus, 2/2015.

²²⁴ 35% im 2. Quartal 2015. Vgl. International Monetary Fund: Country Report – Tunisia (Oktober 2015). <www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15285.pdf>, abgerufen am 08.03.2016.

²²⁵ Vgl. Petré, Christine: Tunisian Salafism: the rise and fall of Ansar al-Scharia (Oktober 2015). <http://fride.org/download/PB209_Tunisian_Salafism.pdf>, abgerufen am 03.03.2016.

gewaltfreier politischer Haltungen gewisser salafistischer Parteien, wie *Hizb-ut-Tabrir*, die öffentlich die Etablierung eines Kalifates fordert, sollte die Regierung kein Parteienverbot erlassen. Denn jegliche Verbannung politischer Bewegungen würde das Gefühl der Ungerechtigkeit und Entfremdung unter deren Anhängern und im weiteren Sinn auch unter der konservativen und religiösen Bevölkerung stärken, die sich von der Öffentlichkeit ausgeschlossen fühlen würde und leichter von gewalttätigen Gruppierungen rekrutiert werden könnte.

Eine wesentliche weitere stabilisierende Maßnahme ist die Schaffung von Austauschmöglichkeiten für religiöse Ideen: Anstatt staatlichen religiösen Institutionen ein Monopol in der Predigt einzuräumen und sämtliche nichtstaatlichen Imame zu verfolgen, sollte ein wettbewerbsfähiger „Markt für religiöse Ideen“ gefördert werden, sodass staatlich ausgebildete Imame öffentlich mit salafistischen Imamen konkurrieren können. Einschränkung und Verbannung von salafistischen Gruppen führt zu einer Entstehung eines parallelen Marktes religiöser Ideen, in der keine staatliche Kontrolle erfolgen kann. In diesem Fall könnte die *An-Nahda*-Partei, als wichtigste islamistische Bewegung in Tunesien, für einen gesunden Ausgleich zwischen Politik und Religion sorgen und die Vernachlässigung der religiösen Sphäre, die sie aufgrund ihrer verstärkten Konzentration auf das politische Tagesgeschäft zugelassen hat, erneut füllen und insbesondere den salafistisch-dschihadistischen Bewegungen entgegenwirken.²²⁶ Trotz der zahlreichen Herausforderungen hat Tunesien das Potenzial, eine Erfolgsgeschichte zu schreiben, die Anziehungskraft von Terrororganisationen zu untergraben und letztlich zu einer positiven Entwicklung in der gesamten Region beizutragen.

²²⁶ Vgl. Fahmi, Georges/Meddeb, Hamza: Market for Dschihad - Radicalization in Tunisia (Oktober 2015). <http://carnegieendowment.org/files/CMEC_55_FahmiMeddeb_Tunisia_final_oct.pdf>, abgerufen am 07.03.2016, S. 14ff.

Politischer Islam in Libyen

Iris Lechner

Dem Islam kommt als konstitutivem Merkmal der libyschen Identität seit jeher eine zentrale Rolle in der libyschen Politik zu, wobei das Verhältnis zwischen libyschem Staat und Islam einem ständigen Wandel unterworfen ist. Während die Legitimität der Sanusi-Monarchie zu einem großen Teil von der Identität des Königs Idris als religiösem Führer eines *Sufi*-Ordens stammte²²⁷ und der Islam als Bezugsgröße verfassungsrechtlich verankert war, erfolgte nach der Septemberrevolution 1969 eine Neuordnung dieses Verhältnisses. In der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volksjama-hiriya gab es zwar keine Verfassung, die dieses Verhältnis zwischen Religion und Gesellschaft oder Religion und Staat gesetzlich geregelt hätte, jedoch wurde der Islam de facto als Staatsreligion behandelt – wenn auch in einer vom Staat gelenkten, neuen „revolutionären“ Interpretation. Die politischen Ereignisse seit dem Sturz des Regimes haben gezeigt, dass die Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat und Islam bzw. Politik und Islam auch in Post-Gaddafi-Libyen eine zentrale Rolle spielt.

Das Verhältnis von Staat und Islam unter Gaddafi

Am 1. September 1969 stürzte eine Gruppe libyscher Offiziere rund um Oberst Muammar Gaddafi König Idris al-Sanusi, der Libyen seit der Unabhängigkeit 1951 regiert hatte. Die Septemberrevolution war in erster Linie eine Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Missstände, die auf die ungleiche Verteilung der Einnahmen aus dem Öl-Boom und die steigende

²²⁷ Pargeter, Alison: Political Islam in Libya. In: Terrorism Monitor, Vol. 3, 6/2005, S. 1. <[www.jamestown.org/ingle/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=306#.VZWUx5UVjmQ](http://www.jamestown.org/ingle/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=306#.VZWUx5UVjmQ)>, abgerufen am 12.06.2015.

Abhängigkeit von Großbritannien und den USA zurückzuführen waren²²⁸. Die putschenden „Freien Offiziere“ waren von nasseristischem Gedanken gut inspiriert und postulierten eine Selbstbefreiung von britischer und amerikanischer neokolonialer Einmischung sowie einen panarabischen Sozialismus. Ihr Slogan lautete „Freiheit, Sozialismus und Einheit“²²⁹. Überraschend mag es daher anmuten, dass einige ihrer ersten Handlungen einer, wenn auch vorerst nur symbolischen²³⁰, Re-Islamisierung galten: es wurde ein striktes Alkoholverbot erlassen, Bars und Nachtclubs geschlossen, die lateinische Schrift aus dem öffentlichen Leben verbannt und die islamische Zeitrechnung eingeführt²³¹. Diese Maßnahmen sind jedoch im Lichte ihrer anti-westlichen Bedeutung zu verstehen und sollten die Wiederherstellung einer arabischen Identität fördern und durch einen expliziten Rekurs auf den Islam eine Abkehr von der unter der Sanusi-Monarchie stattgefundenen „Verwestlichung“ bzw. dem „Akkulturationsprozess“²³² darstellen. Gleichzeitig dienten diese Maßnahmen auch dazu „to allow the regime to establish its own religious credentials, in contrast to those of the Sanusis“.²³³

In den Jahren nach der Revolution – und einhergehend mit der Proklamation seiner auf einem islamischen Sozialismus²³⁴ basierenden Volksdemokratie – verstand sich Gaddafi jedoch auch zunehmend als religiöser Führer und Erneuerer und bezeichnete seine Kulturrevolution als die weltweit erste

²²⁸ Mattes, Hanspeter: Qaddafi und die islamistische Opposition in Libyen – Zum Verlauf eines Konflikts. Hamburg 1995, S. 9.

²²⁹ Al-Sawani, Jussuf: Libiya. Al-thaura wa tahadiyat bina' al-daula. Beirut 2013, S. 34.

²³⁰ Bruce, Ronald/Saint John: Libya. Continuity and Change. London 2011, S. 51.

²³¹ Mattes, Hanspeter: Die innere und äußere islamische Mission Libyens. Mainz 1986, S. 24.

²³² A.a.O. S. 20.

²³³ Vandewalle, Dirk: Libya since Independence. Oil and State-Building. London 1998, S. 65.

²³⁴ Isa, Muhammed Kabir: Militant Islamist Movements in Libya. The Libyan Islamic Fighting Group. In: Abdalla, Muna: Interregional Challenges of Islamic Extremist Movements in North Africa. Pretoria 2011, S. 155. <www.issafrica.org/uploads/Mono180.pdf>, abgerufen am 14.06.2015.

islamische Revolution, die angeblich auch als Vorbild für die Iranische Revolution gedient haben soll.²³⁵ Allerdings führte Gaddafis (Neu-)Interpretation des Islam – des „wahren Islam der Volksmassen“, der unter anderem mit Hilfe der neu gegründeten libyschen Missionsorganisation (*jama‘at al-da‘wa al-islamiya*) nach außen getragen werden sollte – zur Befremdung und Ablehnung konservativer Kreise inner- und außerhalb Libyens. Gaddafi propagierte eine Rückkehr zu einem puristischen, undogmatischen Islam, der seine Berechtigung aus seiner Funktion als soziale Erneuerungskraft gewinnt und sich auf das Essentielle beschränkt.²³⁶ Ein Bruch mit dem vorherrschenden Islamverständnis erfolgte unter anderem aufgrund Gaddafis Ablehnung von *Sunna* und *Hadith* als Quellen des islamischen Rechts. Neben dem Koran, den er somit zur einzigen Rechtsquelle erklärte, sprach er dem *Ijtihad*²³⁷ („Bemühung um ein eigenständiges Urteil“) eine besondere Rolle zu, „weil er in ihm ein Mittel sah, den Islam im Sinne der revolutionären Ambitionen des politischen und gesellschaftlichen Wandels neu zu interpretieren“.²³⁸ Dabei meinte er nicht den *Ijtihad* durch Religionsgelehrte, sondern den der Basisvolkskonferenzen, die dadurch die islamkonforme politische Regelung moderner gesellschaftlicher Fragen vornehmen sollten. Damit unterminierte Gaddafi den Einfluss der islamischen Rechtsgelehrten. In Analogie zu seiner in der Dritten Universalen Theorie dargelegten Vision einer direkten Volksdemokratie, die ohne Mittlerinstanzen auskommt, sprach sich Gaddafi für ein direktes Verhältnis zwischen Mensch

²³⁵ Davis, John: *Libyan Politics. Tribe and Revolution. An account of the Zuwaya and their government.* London 1987, S. 44.

²³⁶ Mattes, Hanspeter: *Die innere und äußere islamische Mission Libyens.* Mainz 1986, S. 59.

²³⁷ *Ijtihad* ist ein islamischer Rechtsterminus und bezeichnet „the process of deriving the laws of the shari‘ah from its sources“; vgl. *The System of Ijtihad.* <www.al-islam.org/introduction-islamic-shariah-sayid-muhammad-rizvi/system-ijtihad>, abgerufen am 25.01.2016.

²³⁸ Mattes, Hanspeter: *Qaddafi und die islamistische Opposition in Libyen. Zum Verlauf eines Konflikts.* Hamburg 1995, S. 11.

und Gott aus,²³⁹ stellte die Notwendigkeit von *‘Ulama* (Religionsgelehrten) in Frage und schränkte den Handlungsspielraum religiöser Autoritäten stark ein. War Gaddafis Ton gegenüber dem religiösen Establishment in den ersten Jahren noch relativ versöhnlich, wurde der Umgang mit jenen, die sich nicht kooptieren ließen, gegen Ende der 70er-Jahre, als bei der Bevölkerung eine Sensibilisierung für islamische Fragen zu beobachten war,²⁴⁰ zunehmend rauer. Dabei kennzeichneten bis Mitte der 80er-Jahre „Kampagnen zur Reinigung der Gotteshäuser“ Gaddafis repressive Politik gegenüber nicht-revolutionären religiösen Autoritäten: Imame wurden festgenommen, „verschwanden“²⁴¹ und man zögerte auch nicht, diejenigen hinrichten zu lassen, die die Autorität des „Bruder Führers Gaddafi“ in Frage stellten.²⁴²

Interne und externe islamistische Oppositionsbewegungen

Die Ablehnung der gaddafischen Islaminterpretation, die in wesentlichen Punkten den anerkannten Grundsätzen des Islam widersprach, bereitete den Nährboden für die Entstehung neuer und die Entfaltung bereits bestehender islamistischer Gruppierungen in Libyen. Die libyschen islamistischen Gruppierungen unterschieden sich einerseits hinsichtlich ihrer Entstehung – einige waren Ableger internationaler islamistischer Gruppierungen, wie z. B. der *Muslimbruderschaft*²⁴³, der *hizb al-tahrir* oder der *barakat al-tajammu‘*

²³⁹ „Der Koran ist in arabischer Sprache – wir können ihn also verstehen, ohne dass wir einen Imam brauchen, der ihn uns erklärt.“, Muhammed Gaddafi, zit. in: Mattes, Hanspeter: Die innere und äußere islamische Mission Libyens. Mainz 1986, S. 32.

²⁴⁰ Mattes, Hanspeter: Qaddafi und die islamistische Opposition in Libyen. Zum Verlauf eines Konflikts. Hamburg 1995, S. 26.

²⁴¹ Pargeter, Alison: Political Islam in Libya. In: Terrorism Monitor, Vol. 3, 6/2005, S. 1. <[www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=306#.VZWUx5UVjmQ](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=306#.VZWUx5UVjmQ)>, abgerufen am 12.06.2015.

²⁴² Chorin, Ethan: Exit Gaddafi. The Hidden History of the Libyan Revolution. London 2012, S. 36.

²⁴³ Mattes, Hanspeter: Qaddafi und die islamistische Opposition in Libyen. Zum Verlauf eines Konflikts. Hamburg 1995, S. 15.

al-islami, andere wie die *Libyan Islamic Fighting Group* oder die *National Front for the Salvation of Libya* wurden in Reaktion auf die politische Situation und die als unislamisch empfundene Staatsdoktrin neu gegründet. Andererseits unterschieden sich die Gruppen hinsichtlich der Ziele und der Methoden, mit denen diese erreicht werden sollten. Im Folgenden werden die Entstehung und die Hintergründe jener Gruppierungen beschrieben, die unter dem Gaddafi-Regime aktiv waren und auch aktuell einen Einfluss auf den politischen Prozess haben.

Die Muslimbruderschaft und verwandte Gruppierungen

Den meisten Rückhalt unter der Bevölkerung genoss die *Muslimbruderschaft (MB)*, die wahrscheinlich auch aus diesem Grund am stärksten staatlichen Repressalien ausgesetzt war. Sie hatte sich bereits in den 1950er-Jahren in Libyen etabliert, nachdem König Idris ägyptischen Muslimbrüdern einen Zufluchtsort vor ihrer Verfolgung in Ägypten gewährt hatte. Nach der Revolution von 1969 und der darauffolgenden Verfolgung und Marginalisierung der Bruderschaft löste sich diese auf.²⁴⁴ Die Ideologie der Muslimbruderschaft wurde jedoch weiterhin durch ägyptisches²⁴⁵ und palästinensisches Lehrpersonal an libyschen Universitäten verbreitet. Libysche Studenten, die im Ausland (vor allem in UK und den USA) studierten und von den dortigen Zweigen der Bruderschaft rekrutiert²⁴⁶ wurden, gründeten Anfang der 1980er eine ausschließlich libysche Muslimbruderschaft unter dem Namen *Libyan Islamic Group*, die von da an in Zellen organisiert im Land tätig war. Teile der Muslimbruderschaft sprachen sich für einen

²⁴⁴ Pargeter, Alison: Political Islam in Libya. In: Terrorism Monitor, Vol. 3, 6/2005, S. 1. <[www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=306#.VZWUx5UVjmQ](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=306#.VZWUx5UVjmQ)>, abgerufen am 12.06.2015.

²⁴⁵ "For example, Dr. Muhammed Morsi, a lifelong Muslim Brotherhood member and now [sic] the president of Egypt, worked as a professor at Al-Fateh (now Tripoli) University in Tripoli." Zit. in: Pack, Jason (Hrsg.): The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future. New York 2013, S. 196.

²⁴⁶ Ebd.

offensiveren Ansatz aus und waren (Gründungs-) Mitglieder der *National Front for the Salvation of Libya (NFSL)*, die sich zwar einer islamischen Symbolik bediente, jedoch im Grunde eine Dachorganisation für Oppositionelle jeder Couleur war und die in den 80er-Jahren vom Sudan aus einen gewaltsamen Umsturz des Regimes plante.²⁴⁷ Auch das, der Bruderschaft nahestehende, *Islamic Rally Movement* befürwortete den bewaffneten Kampf gegen Gaddafi. Der Großteil ihrer Mitglieder kam jedoch 1996 – bei dem zu trauriger Bekanntheit gekommenen Massaker an den Gefangenen – im Abu Selim-Gefängnis ums Leben.²⁴⁸

Der ideologische Einfluss der Muslimbruderschaft gewann an Bedeutung, als al-Jazeera Mitte der 1990er-Jahre die Botschaft der Bruderschaft durch den bekannten Prediger und MB-Ideologen Yusuf al-Qaradawi via Satelliten-TV verbreiten ließ.²⁴⁹ Zudem verfolgte die MB eine Strategie der Basisarbeit, anhand derer durch Wohltätigkeits- und Bildungseinrichtungen Sympathisanten gewonnen werden konnten.²⁵⁰ Im Laufe der 2000er-Jahre änderte die Bruderschaft ihre Taktik und es fand im Rahmen der Reformbestrebungen von Saif al-Islam Gaddafi eine Annäherung an das Regime statt. Im Austausch gegen Privilegien und finanzielle Unterstützung trat die Bruderschaft nicht mehr öffentlich für ihre bisherigen Forderungen nach

²⁴⁷ Mattes, Hanspeter: Qaddafi und die islamistische Opposition in Libyen. Zum Verlauf eines Konflikts. Hamburg 1995, S. 25.

²⁴⁸ Ashour, Omar: Libyan Islamists Unpacked. Rise, Transformation and Future (Mai 2012). <brook.gs/251U8rD>, abgerufen am 19.06.2015.

²⁴⁹ Pack, Jason (Hrsg.): The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future. New York 2013, S. 196.

²⁵⁰ Al-Shabakat al-Dawaiya: Ikhwan al-Muslimun fi Libya. Intishahrin Haqiqi raghma al-Tadaiyuq (kein Erscheinungsdatum). <www.daawa-info.net/article.php?id=109>, abgerufen am 19.06.2015. Die Anzahl der Mitglieder soll sich zu Ausbruch der Revolution auf mehrere Tausend belaufen haben. Ashour, Omar: Libyan Islamists Unpacked. Rise, Transformation and Future (Mai 2012). <brook.gs/251U8rD>, abgerufen am 19.06.2015.

einer islamischen Gesetzgebung und einer umfassenderen politischen Liberalisierung ein.²⁵¹

Salafistische Bewegungen

Seit den 1980er-Jahren fanden salafistische Strömungen zunehmend Verbreitung unter der Bevölkerung. Als von globalen Trends beeinflusste religiöse und vorwiegend führungslose Grass-Root-Bewegungen stellten sie geeignete Ausdrucksformen für gesellschaftlichen passiven Widerstand gegen das Regime dar, denn „the overt repression of display of religious piety could not easily be reconciled with Qadhafis own very public commitment to Islam, which he identified as a form of anti-Western resistance“.²⁵² Bei den salafistischen Bewegungen ist grundsätzlich zwischen einer apolitischen/Status-quo-Strömung und einer reformorientierten/politischen Strömung zu unterscheiden. Erstere konnte trotz ideologischer Nähe zu saudischen *Salafi*-Predigern aufgrund ihrer apolitischen Ausrichtung relativ unbehelligt unter dem Regime existieren.

Dschihadisten und die Libyan Islamic Fighting Group

In den späten 1980er-Jahren folgten zahlreiche junge Libyer den Aufrufen salafistischer Gelehrter, die den Dschihad gegen die Sowjetarmee in Afghanistan zur kollektiven Pflicht der Muslime erklärten. Dort schlossen sie sich dem Dschihad transnationaler islamistischer Gruppierungen gegen die sowjetischen Truppen an und wurden im Zuge dessen stark von der Lehre und Ideologie von Abdullah Azzam (einem der ideologischen Gründerväter der

²⁵¹ Benotman, Noman (et al.): Islamists. In: Pack, Jason (Hrsg.): The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future. New York 2013, S. 208.

²⁵² A.a.O. S. 198.

al-Qaida) geprägt.²⁵³ Vor diesem Hintergrund formierte sich in Afghanistan die *Libyan Islamic Fighting Group (LIFG)*, die später ihren Sitz im Sudan hatte und erstmals 1995 durch militärische Operationen innerhalb Libyens auf sich aufmerksam machte. Der salafistisch-dschihadistischen Argumentationslinie folgend, bestand ihr Ziel darin, das unislamische Gaddafi-Regime mit militärischen Mitteln zu stürzen und einen islamischen Staat zu errichten²⁵⁴. Das brutale Vorgehen seitens des Regimes und die Ausweisung der Dschihadisten aus dem Sudan führte zu einer zweiten Auswanderungswelle libyscher Dschihadisten nach Afghanistan,²⁵⁵ wo einige libysche Dschihadisten, wie Abu Yahya al-Libi, in der Führungsriege von *al-Qaida* von sich reden machen sollten.²⁵⁶ Die LIFG an sich blieb jedoch – trotz ideologischer Nähe zur *al-Qaida*, die einen globalen Kampf gegen Ungläubige propagierte – nur dem Dschihad gegen Gaddafi verpflichtet und lehnte den Anschluss an *al-Qaida* ab.

Im Zuge der Annäherung Gaddafis an den Westen und der Zusammenarbeit libyscher und westlicher Geheimdienste im „Kampf gegen den Terror“ wurde der Handlungsspielraum für islamistische Gruppen wie der LIFG oder der NSFL auch im Ausland stark eingeschränkt und hochrangige Mitglieder wurden von westlichen Staaten an Libyen ausgeliefert.²⁵⁷ Ab Mitte der

²⁵³ Isa, Muhammed Kabir: *Militant Islamist Movements in Libya. The Libyan Islamic Fighting Group*. In: Abdalla, Muna: *Interregional Challenges of Islamic Extremist Movements in North Africa*. Pretoria 2011, S. 158. <www.issafrika.org/uploads/Mono180.pdf>, abgerufen am 14.06.2015.

²⁵⁴ Interview mit Noman Benotman. In: *Spotlight on Terror*, Vol. 3, 2/2005. <www.jamestown.org/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=27728&no_cache=1>, abgerufen am 15.06.2015.

²⁵⁵ Isa, Muhammed Kabir: *Militant Islamist Movements in Libya. The Libyan Islamic Fighting Group*. In: Abdalla, Muna: *Interregional Challenges of Islamic Extremist Movements in North Africa*. Pretoria 2011, S. 163f.

²⁵⁶ Whitlock, Craig/Munir Ladaa: *Al-Qaida's New Leadership*. In: *The Washington Post*, 2006. <www.washingtonpost.com/wp-srv/world/specials/terror/yahya.html>, abgerufen am 18.06.2016.

²⁵⁷ Benotman, Noman (et al.): *Islamists*. In: Pack, Jason (Hrsg.): *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future*. New York 2013, S. 203.

2000er-Jahre initiierte Saif al-Islam Gaddafi im Rahmen seiner innenpolitischen Reformbestrebungen ein Aussöhnungsprogramm mit den Islamisten.²⁵⁸ Die inhaftierte LIFG-Führung arbeitete ein detailliertes, methodisches rechtswissenschaftliches Werk mit dem Titel „Corrective Studies in Understanding Jihad, Accountability²⁵⁹ and the Judgement of People“ aus, in der sie ihre bisherigen dschihadistischen Anschauungen widerriefen.²⁶⁰ Teile der exilierten LIFG-Mitglieder lehnten die Annäherung an das Regime allerdings ab und gründeten 2006 das *Libyan Islamic Movement for Change (al-baraka al-islamiyya lil-tagbir)*.

Islamisten in Post-Gaddafi-Libyen

Die Rolle der Islamisten während der Revolution

Die libysche Revolution 2011 war kein Aufstand islamistischer Rebellen, wie von Gaddafi behauptet wurde, sondern bestand aus mehreren voneinander unabhängigen, anfangs friedlichen Protesten, die sich später zu gewaltsamen Revolutionen auswuchsen. Im Zuge dieser wurden lokale Räte und Milizen gegründet, die ihre Solidaritätsnetzwerke entlang bereits vorhandener Strukturen, wie Stammeszugehörigkeit, lokaler Verwurzelung und ideologischer Ausrichtung, knüpften. Auch wenn die islamistischen Gruppierungen von den Entwicklungen überrascht wurden, entwickelten sie rasch

²⁵⁸ Benotman, Noman (et al.): Islamists. In: Pack, Jason (Hrsg.): The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future. New York 2013, S. 204. Von den 1000 entlassenen Islamisten waren ca. 200 LIFG-Mitglieder. Die letzte Entlassungswelle erfolgte am 16. Februar 2011. Am 15. Februar begannen die ersten Proteste in Benghazi.

²⁵⁹ Im arabischen Original wird der islamische Terminus „hisbah“ verwendet, der von Salafisten als die Pflicht verstanden wird, die Einhaltung der islamischen Moral sicherzustellen; vgl. <<https://en.wikipedia.org/wiki/Hisbah>>, abgerufen am 20.06.2015.

²⁶⁰ Musawi, Mohammed: A Selected Translation of the LIFG Recantation Documents. London 2009, S. 5. <www.quilliamfoundation.org/wp/wp-content/uploads/publications/free/a-selected-translation-of-the-lifg.pdf>, abgerufen am 20.06.2015.

unterschiedliche Strategien. Viele Islamisten spielten aufgrund ihres militärischen Know-hows eine bedeutende Rolle im bewaffneten Widerstand gegen das Regime.

Die Strategie der libyschen Muslimbruderschaft war auf längerfristige politische Ziele ausgerichtet und sie versuchte sich von Anfang an durch eigene Medien, karitative Tätigkeiten und die Ausrichtung von Workshops zu zivilgesellschaftlichen Themen (unter anderem mit UN-Beteiligung) sowie als Funding- und Verteilungsnetzwerk für internationale und arabische Spenderländer in Libyen gesellschaftlich zu etablieren.²⁶¹ Dabei kam ihr zugute, dass sie sich auf „lessons learned“ der politisch gereiften Schwesterorganisationen in anderen arabischen Ländern stützen konnte. Einzelne der Bruderschaft nahestehende Personen wie Ismail al-Sallabi, der Kommandant der *17th February Brigade in Benghazi*²⁶², führten Milizen, die aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung jedoch nicht als militärische Arme der MB gelten können. Nach dem Sturz Gaddafis ging aus der *Libyan Islamic Group* die *Justice and Construction Party (JCP, hizb al-‘adala wa al-bina’)* hervor.

Die LIFG distanzierte sich vom Regime, indem sie in ihre im Ausland gegründete regimefeindliche Nachfolgeorganisation LIMC übergang. Sie errichtete ein militärisches Trainingscamp bei Benghazi und bildete im Rahmen der neu gegründeten *Omar-Mukhtar-Brigade* islamistische und auch nicht-islamistische Kämpfer in Schnellverfahren für den Einsatz an der Front aus. Das militärische Know-how ihrer kampferprobten Anhänger leistete einen entscheidenden Beitrag zum Sturz Gaddafis. Zeitgleich errich-

²⁶¹ Benotman, Noman (et al.): Islamists. In: Pack, Jason (Hrsg): *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future*. New York 2013, S. 218.

²⁶² Ashour, Omar: *Libyan Islamists Unpacked. Rise, Transformation and Future* (Mai 2012). <brook.gs/251U8rD>, abgerufen am 19.06.2015, S. 4.

tete die LIMC Büros in Ägypten und Tunesien, die ebenso wie Kontaktpersonen in Katar als Kanäle genutzt wurden, um Waffen und finanzielle Unterstützung zu lukrieren und zu bewegen.²⁶³

Teile der salafistischen Strömungen (vorwiegend aus dem apolitischen/Status-quo-Lager) sprachen sich zu Beginn öffentlich gegen die Aufstände aus, weil sie der Meinung waren, diese führten unausweichlich zur *fitna*²⁶⁴. Sie betätigten sich vorwiegend als Grass-Root-Aktivisten, indem sie sich in Moscheen und NGOs etablierten.²⁶⁵ Andere schlossen sich als „freelance jihadists“²⁶⁶ den verschiedenen bewaffneten Gruppierungen an, ohne dabei Teil einer bestimmten Organisation zu sein und bildeten den Pool, aus dem extremistische Gruppierungen wie *Ansar al-Scharia* ihre Mitglieder rekrutieren.

Die Islamisten als politische Kraft

Am 23. Oktober 2011 kündigte der National Transitional Council²⁶⁷ (NTC) die Befreiung Libyens vom 42 Jahre währenden Gaddafi-Regime an. Das neue Libyen hat mit mannigfaltigen Herausforderungen zu kämpfen, die zum Teil historisch bedingt sind, wie die unterschiedlichen Realitäten und

²⁶³ Benotman, Noman (et al.): Islamists. In: Pack, Jason (Hrsg.): The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future. New York 2013, S. 212f.

²⁶⁴ *Fitna* bedeutet Zwietracht innerhalb der muslimischen Gemeinschaft, die in weiterer Folge zur Spaltung der Gemeinschaft und dem Abfall vom Glauben führen kann. Vgl. <www.eslam.de/begriffe/z/zwietracht.htm>, abgerufen am 20.06.2015.

²⁶⁵ Benotman, Noman (et al.): Islamists. In: Pack, Jason (Hrsg.): The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future. New York 2013, S. 221.

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ Der NTC wurde während der Revolution von lokalen Räten, Anti-Gaddafi-Kräften und übergelaufenen Reformern des Regimes gegründet und von der internationalen Gemeinschaft als eine Art „Proto-Regierung“ für die Übergangsphase anerkannt. Der NTC war mit der Organisation und Durchführung von Wahlen betraut. Vgl. Election Assessment Team of the European Union: General National Congress Elections 2012 (2012). <www.eueom.eu/files/pressreleases/english/eucat-libya-2012-final-report_en.pdf>, abgerufen am 21.06.2015.

Narrative der drei historischen libyschen Regionen Cyrenaica, Fezzan und Tripolitania. Diese wirken bis heute nach, indem sich Libyer in der Regel stärker der eigenen Region oder dem eigenen Stamm verpflichtet fühlen als einer zentralen Regierung. Dieses Misstrauen gegenüber einer starken zentralen Regierung wurde jahrzehntelang durch Gaddafis repressive Politik genährt und konnte auch nach der Revolution nicht überwunden werden. Der National Transitional Council (NTC), der sich dem Westen als zentrale Autorität der Revolutionäre präsentierte, wurde in Wirklichkeit längst nicht von allen Gruppierungen anerkannt und unterstützt.²⁶⁸ Auch bei den Wahlen zum General National Congress (GNC) 2013 zeigte sich, dass die Parteien – mit Ausnahme der Islamisten – nicht dank ihres politischen Programms, sondern aufgrund der Unterstützung ihrer lokalen sozialen Netzwerke (Stammeszugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer Nachbarschaft/Stadt/Region/Ethnie) gewählt wurden.²⁶⁹ Dies führte dazu, dass manche Kandidaten in gewissen Regionen gänzlich unbekannt waren und keinen Rückhalt in der Bevölkerung genossen, was wiederum die Legitimität des GNC insgesamt schwächte.

Die Botschaften der Wahlkampagnen drehten sich im Großen und Ganzen um drei Themenblöcke: die revolutionären Leistungen der einzelnen Kandidaten, die Machtverteilung zwischen Ost- und Westlibyen und die Rolle

²⁶⁸ Pack, Jason (et al.): *Libya's Faustian Bargains: Breaking the Appeasement Circle* (Mai 2014). <bit.ly/1UdpzeC>, abgerufen am 20.06.2015, S. 12.

²⁶⁹ Diese Tendenz wurde forciert, indem die Anzahl der Sitze für unabhängige Kandidaten weitaus höher war als für Parteikandidaten. Das Wahlverhalten ist vermutlich auch damit begründet, dass die LibyerInnen bis dato keinerlei Erfahrungen mit einem demokratischem Wahlsystem gemacht hatten und auch die Parteien über keine politische Erfahrung verfügten; vgl. Lacher, Wolfram: *Fault Lines of the Revolution. Political Actors, Camps and Conflicts in the New Libya*. In: SWP Research Paper, 4/2013, S. 9f. <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2013_RP04_lac.pdf>, abgerufen am 14.06.2015.

der Religion.²⁷⁰ Hinsichtlich des letzten Punktes ist zu bemerken, dass ein säkularer Staat im westlichen Verständnis von keiner der Parteien propagiert wurde. Vielmehr hatte der Vorsitzende des NTC in seiner Rede am Tag der Befreiung bereits klargestellt, dass Libyen eine muslimische Nation und somit die *Scharia* die Quelle der Gesetzgebung sei.²⁷¹ In der westlichen Presse wurde der Wahlsieg der moderaten *National Forces Alliance (NFL, tahaluf al-quwwa al-wataniya)* als ein Beweis für die liberale Ausrichtung der Mehrheit der LibyerInnen gewertet. Dabei wurde übersehen, dass Schätzungen zufolge ca. 80% der insgesamt 102 unabhängigen Kandidaten einen religiösen oder islamistischen Hintergrund haben, und gemeinsam mit der JCP, die auf Platz zwei landete, einen starken politischen Block formten, der die Fraktion der NFA und der mit ihr in Verbindung stehenden unabhängigen Kandidaten zahlenmäßig überflügelte.²⁷² Von den 23 dezidiert salafistischen unabhängigen Kandidaten sind zehn der salafistischen *Asala-Bewegung* zuzurechnen, die mit dem – vom NTC eingesetzten – radikalen Großmufti Sadeq al-Ghariani²⁷³ in Verbindung steht.²⁷⁴ Die JCP prä-sentier-te sich als nationale, integrative, islamisch orientierte Partei, deren

²⁷⁰ Vgl. Election Assessment Team of the European Union: Final Report. General National Congress Elections 2012 (2012). <www.eucom.eu/files/pressreleases/english/eueat-libya-2012-final-report_en.pdf>, abgerufen am 21.06.2015, S. 5.

²⁷¹ NTC declares 'Liberation of Libya'. In: Al Jazeera, 24.10.2011. <www.aljazeera.com/news/africa/2011/10/201110235316778897.html>, abgerufen am 21.06.2014.

²⁷² Engel, Andrew/Grada, Ayman: Libya's Other Battle. Policy Analysis (28.06.2014). <www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/libyas-other-battle>, abgerufen am 21.06.2014.

²⁷³ Al-Ghariani ist bekannt für seine radikalen *Fatwas*, in denen er sich regelmäßig zu politischen Themen äußert, öffentlich extremistische Gruppierungen wie *Ansar al-Scharia* unterstützte und zum militärischen Schlag gegen das 2014 gewählte House of Representatives aufrief. Vgl. Libyan Insider: Libya's Disbanded Parliament Reconvenes to Dismiss Grand Mufti (11.11.2014). <www.libyaninsider.com/libyas-disbanded-parliament-reconvenes-dismiss-grand-mufti/>, abgerufen am 20.06.2015.

²⁷⁴ Lacher, Wolfram: Fault Lines of the Revolution. Political Actors, Camps and Conflicts in the New Libya. In: SWP Research Paper, 4/2013, S. 9. <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2013_RP04_lac.pdf>, abgerufen am 14.06.2015.

Ziel der Aufbau eines demokratischen Staates ist.²⁷⁵ Die *National Front Party* (NFP, *hizb al-jabha al-wataniya*), die aus der NFSL hervorging, verpflichtete sich in ihrem Parteiprogramm einem pluralistischem, demokratischen, säkularem Staat²⁷⁶. Die NFP versteht unter „säkular“ den Grundsatz der Teilung zwischen Legislative und Exekutive, wobei aber die Gesetzgebung im Einklang mit der *Scharia* steht.²⁷⁷ Sie erlangte nur drei Sitze im GNC – vermutlich nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass der Terminus „säkular“ bzw. das Konzept eines säkularen Staates im Arabischen negativ konnotiert ist.²⁷⁸ Aus der LIMC erwachsen zwei politische Parteien: die *al-Umma al-Wasat Party* (HUW, *hizb al-umma al-wasat al-libi*), deren Vorsitzender der ehemalige „Scheich der arabischen *Mudschahedin*“ in Afghanistan und Ideologe der LIFG. Sami al-Saadi²⁷⁹, ist, und die *Homeland Party* (*hizb al-watan*), die vom ehemaligen militärischen Kommandanten der LIFG; Abul-Hakim Belhaj, angeführt wird. Trotz der moderateren Ausrichtung der Parteien, die nun entgegen der früheren LIFG-Doktrin das Konzept des demokratischen Nationalstaates anstelle eines islamischen Staates stellten, und trotz der Wichtigkeit, die ihr in den al-Jazeera-Berich-

²⁷⁵ Hizb al-'adala wa al-bina': Al-risala wa al-ru'ya (12.11.2014). <www.ab.ly/about/template-info-2/what-s-new-3.html>, abgerufen am 18.06.2015.

Al-Ahdaf al-'ama (12.11.2014). <www.ab.ly/about/template-info-2/2014-11-12-15-09-23.html>, abgerufen am 18.06.2015.

²⁷⁶ Hizb al-jabha al-wataniya: Al-mabadi' wa al-ahdaf (12.11.2014). <bit.ly/1YVv5Ca>, abgerufen am 18.06.2015.

²⁷⁷ Al-Hayat: Al-magrayaf li-al-hayat: al-mutatarifun qilla..wa al-majlis al-intiqali ahmala milafat muhimma (30.09.2012). <<http://alhayat.com/Details/440055>>, abgerufen am 18.06.2015.

²⁷⁸ Al-'ailmaniya al-saliba. In: Al-siyasa al-duwaliya. Al-ahram (12.03.2013). <www.siyassa.org.eg/NewsQ/2972.aspx>, abgerufen am 18.06.2015.

²⁷⁹ Al-schafi'i, Mohammed (11.07.2012). <<http://archive.aawsat.com/details.asp?section=4&issueno=12279&article=685881#.VZEgEZUVhjo>>, abgerufen am 19.06.2014.

ten ihres Unterstützers Katar beigemessen wurde, dürfte ihr Auftritt als politische Kraft nicht überzeugend gewesen sein. Al-Saadis Partei ergatterte einen Sitz im GNC, während die hizb al-watan leer ausging.²⁸⁰

“Politics by other means” – Milizen und strategische Allianzen

Die während der Februarrevolution entstandenen peripheren Machtzentren blieben auch nach dem Fall Gaddafis bestehen und unterhalten seitdem ihre eigenen Milizen, die durch die Plünderungen der Waffendepots des Regimes und teilweise durch Waffenlieferungen aus dem Ausland über eine beträchtliche Schlagkraft verfügen. Diese Milizen traten zunehmend als bewaffnete Interessenvertreter des jeweiligen sozialen Netzwerkes bzw. der jeweiligen ideologischen oder politischen Gruppierung auf und nahmen einen bedeutenden Einfluss auf das politische Geschehen. Prominentes Beispiel hierfür ist die Entführung des Premierministers Ali Zeidan²⁸¹ durch eine Miliz, die ursprünglich vom GNC eingesetzt wurde, um für Sicherheit und Ordnung in Tripolis zu sorgen. Die anfänglichen Versuche des GNC, die zahlreichen, oftmals miteinander konkurrierenden, Milizen aufzulösen und in staatliche Armeestrukturen zu überführen, scheiterten einerseits am politischen Willen und andererseits an der Tatsache, dass viele der Milizen der Armee zahlenmäßig und ausrüstungstechnisch überlegen oder zumindest ebenbürtig sind.²⁸² Zwar wurden zwei Schirmverbände (*Supreme Security Committee* und *Libya Shield Force*) gegründet, die verschiedene Milizen vereinen und unter der Kontrolle des Innen- bzw. Verteidigungsministeriums stehen sollten. Jedoch hat sich gezeigt, dass die Ministerien nur eine höchst

²⁸⁰ Benotman, Noman (et al.): Islamists. In: Pack, Jason (Hrsg.): The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future. New York 2013, S. 215.

²⁸¹ Libya: Ali Zeidan's abduction perfectly illustrates failure of the post-Gaddafi state. In: The Independent, 10.10.2013. <ind.pn/1YVviFo>, abgerufen am 19.06.2015.

²⁸² Finucci, Francesco: Libya: military actors and militias (kein Erscheinungsdatum). <www.globalsecurity.org/military/library/report/2013/libyan-militias_finucci.pdf>, abgerufen am 19.06.2015, S. 13.

eingeschränkte Kontrolle über die Milizen haben, da diese in ihrer Gesamtheit inkorporiert wurden, und ihre Kommandostrukturen erhalten blieben. Dies ermöglichte es den Milizen, weiterhin eigene Agenden zu verfolgen.²⁸³ Andererseits bedienten sich einzelne Politiker oder politische Blöcke der Milizen, um mit Hilfe extra-legaler Taktiken ihren politischen Einfluss abzusichern. Eine klare Unterscheidung zwischen den Interessen der Milizen und jenen der politischen Blöcke/Ministerien oder dem GNC ist schwer möglich.²⁸⁴ Auf eine extralegale Weise kam auch das „Political Isolation Law“ zustande, das nach der Belagerung des Außen- und des Justizministeriums²⁸⁵ durch pro-islamistische Milizen im Mai 2013 vom GNC verabschiedet wurde und das ein Ausdruck der Polarisierung des GNC in zwei Lager ist: Das Gesetz, das ehemaligen Regimefunktionären das Bekleiden von Ämtern in Politik, Verwaltung und Sicherheitsapparaten verwehren soll, wurde vom Block *wafa' li-dima' al-shuhada* („Treue den Märtyrern“) propagiert. Dieser setzt sich aus Muslimbrüdern, Salafisten, NFP-Abgeordneten und Mitgliedern der ehemaligen Exilopposition sowie politischen Vertretern von Städten und Regionen zusammen, die während der Revolution Hochburgen des bewaffneten Kampfes gegen das Regime waren (allen voran Misrata sowie Zawiya, die Berberregionen in den Nafusagebirgen und zwei Stadtteile von Tripolis, Souq al-Juma'a und Tajoura). Die Gegner des Gesetzes argumentierten, dass das Gesetz zu umfassend sei und nicht zwischen Gaddafi-Getreuen und reformorientierten Funktionären unterscheide, die die Revolution von Anfang an unterstützt hatten und maßgeblich an deren Erfolg beteiligt waren. Der von ihnen gegründete *Ya biladi-Block* („Mein Land“) setzte sich zusammen aus der National Forces Alliance

²⁸³ Lacher, Wolfram: Fault Lines of the Revolution. Political Actors, Camps and Conflicts in the New Libya. In: SWP Research Paper, 4/2013, S. 26. <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2013_RP04_lac.pdf>, abgerufen am 14.06.2015.

²⁸⁴ Pack, Jason (et al.): Libya's Faustian Bargains: Breaking the Appeasement Circle (Mai 2014). <bit.ly/1UdpzeC>, abgerufen am 20.06.2015, S. 41.

²⁸⁵ Human Rights Watch: Libya: Reject Political Isolation Law (04.05.2013). <www.hrw.org/news/2013/05/04/libya-reject-political-isolation-law>, abgerufen am 01.06.2015.

und Vertretern aus Städten und Gebieten, die Gaddafi unterstützten oder zumindest nicht aktiv an der Revolution teilnahmen (wie Sirte, Bani Walid, Tarhouna, Aziziya und der Großteil des Fezzan).²⁸⁶ Die politische Fragmentierung kann zusammenfassend anhand der Dichotomien: „revolutionär vs. gegenrevolutionär/nationalistisch“ und „islamistisch vs. moderat“ beschrieben werden.²⁸⁷

Extremistische islamistische Gruppierungen

Außerhalb des offiziellen politischen Rahmens, aber in Verbindung zum Märtyrerblock, stehen extremistische islamistische Gruppierungen, die sich seit der Februarrevolution vorwiegend im Osten des Landes erfolgreich festgesetzt hatten. Die wohl prominenteste unter ihnen ist *Ansar al-Scharia in Libya (ASL)*, die spätestens 2012 seit dem Attentat auf die US-Botschaft, bei dem der amerikanische Botschafter ums Leben kam, und der darauffolgenden UN-Klassifizierung der Gruppe als Terrororganisation, ins Licht der Öffentlichkeit rückte.²⁸⁸ ASL etablierte sich rasch in Benghazi und diente als Franchise-Marke für Dschihadisten in Derna und Sirte sowie einigen Stadtteilen von Sabrata und Tripolis.²⁸⁹ Ihr werden ideologische und operative Verbindungen zur *al-Qaida im Maghreb (AQIM)* nachgesagt, die über

²⁸⁶ Lacher, Wolfram: Fault Lines of the Revolution. Political Actors, Camps and Conflicts in the New Libya. In: SWP Research Paper, 4/2013, S. 12f. <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2013_RP04_lac.pdf>, abgerufen am 14.06.2015.

²⁸⁷ “[T]he role of religion in society is an important division between the two sides in civil war, but not the only one. The ‘anti-islamist’ bloc in fact lacks a central unifying ideology regarding the role of religion within the state. Conversely, the Islamist bloc includes actors, such as many Misratan militias, who do not have the same agenda as its salafist groups”; vgl. Gartenstein-Ross, Daveed/Barr, Nathaniel: Dignity and Dawn. Libya’s Escalating Civil War. In: ICCT Research Paper, 2/2015. <bit.ly/1apg8Vh>, abgerufen am 22.06.2015.

²⁸⁸ UN blacklists Ansar al-Sharia armed group. In: Al-Jazeera, 24.11.2014. <bit.ly/1p2ri8v>, abgerufen am 21.06.2015.

²⁸⁹ Pack, Jason: ISIS in Libya: A New Third Force (05.03.2015). <<http://tonyblairfaithfoundation.org/religion-geopolitics/commentaries/opinion/isis-libya-new-third-force>>, abgerufen am 23.06.2015.

die unkontrollierten Grenzen in den Fezzan einsickert.²⁹⁰ Ebenso wie diese lehnt ASL den demokratischen Staat ab, da dieser die Herrschaft der Menschen über die Herrschaft Gottes stelle und steht somit im Widerspruch zu islamistischen Parteien wie der Muslimbruderschaft, die die Verwirklichung islamischer Prinzipien im Rahmen eines demokratischen Prozesses anstrebt.²⁹¹ Ebenfalls im Gegensatz zu letzteren befürwortet ASL *Takfir*²⁹² und wird für eine Reihe von Anschlägen auf Zivilpersonen und Sicherheitskräfte sowie für die Zerstörung von *Sufi*-Schreinen verantwortlich gemacht.²⁹³ Es gibt Hinweise darauf, dass ASL Dschihadisten aus Nordafrika in Trainingscamps rund um Benghazi, Misrata und Jebel Akhdar für die Front in Syrien ausbildet.²⁹⁴

In Reaktion auf Operation Dignity (siehe unten) gründete *Ansar al-Scharia Benghazi* im Juni 2014 mit anderen islamistischen Gruppierungen den *Benghazi Revolutionaries Shura Council (BRSC)*, darunter die *17th February Brigade* und die *Rafallah al-Sahati Brigade*, die der Muslimbruderschaft nahe

²⁹⁰ Peil, Florian: Dossier: Das Business mit dem Dschihad. In: Zenith, 11-12/2014, S. 24f. "Western experts asserted that training camps in the Salvador triangle have become the epicentre for the dissemination of takfiri-jihadism throughout the entire Maghreb and Sahel regions. Several reports suggest for example that the commando unit headed by Mokhtar Belmokhtar, which raided the In Amenas gas facility in 2013 used Libyan territory as its initial gathering and then escape point"; vgl. Pack, Jason: ISIS in Libya: A New Third Force (05.03.2015). <<http://tonyblairfaithfoundation.org/religion-geopolitics/commentaries/opinion/isis-libya-new-third-force>>, abgerufen am 23.06.2015.

²⁹¹ Human Rights Watch: Extremists Terrorizing Derna Residents (27.11.2015). <www.hrw.org/news/2014/11/27/libya-extremists-terrorizing-derna-residents>, abgerufen am 23.06.2015.

²⁹² *Takfir* ist die Praktik, jemanden als Ungläubigen oder Nicht-Muslim zu bezeichnen und dient in salafistisch-dschihadistischen Kreisen zur Legitimierung von Gewalt gegen muslimische Herrscher und Mitbürger, die abweichende Anschauungen vertreten. Vgl. Oxford Islamic Studies: Takfir. <www.oxfordislamicstudies.com/article/opr/t125/e2319>, abgerufen am 25.06.2015.

²⁹³ Zelin, Aaron: The Rise and Decline of Ansar al-Sharia in Libya (06.04.2015). <www.hudson.org/research/11197-the-rise-and-decline-of-ansar-al-sharia-in-libya>, abgerufen am 28.06.2015.

²⁹⁴ Ebd.

stehen,²⁹⁵ sowie die islamistisch geprägte *Libya Shield No.1*, die als Teil der *Libya Shield Forces 2012* zur Eingliederung der verschiedenen Milizen in die Armee gegründet wurde und seitdem von offizieller Seite finanziert wird.²⁹⁶

Seit Sommer 2014 ist mit der Rückkehr von Dschihadisten aus Syrien auch die Ideologie des sogenannten Islamischen Staates in Libyen angekommen und dürfte aufgrund dessen „Ruhm“ und Medienwirksamkeit zur Abwanderung vormals mit *Ansar al-Scharia* verbündeter Dschihadisten zur IS geführt haben.²⁹⁷ Im Oktober schwor der *Islamic Youth Shura Council (majlis shura shabab al-islam, MSSI)* den IS-Treueeid, proklamierte die Eingliederung der Provinz Derna in das IS-Kalifat und begann, die Einhaltung der *Scharia* durch eine islamische Sittenpolizei durchzusetzen.²⁹⁸ Seitdem ist es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen²⁹⁹ zwischen dem MSSI und dem *Shura Council of Derna Mujabedin (majlis shura mujabedi derna)* gekommen, der in einem Naheverhältnis zu *al-Qaida* steht und sich aus *Ansar al-Scharia Derna* und der von früheren LIFG-Mitgliedern gegründeten Gruppierungen *Abu Salim Martyr Brigade* und *Islamic Army of Libya* zusammensetzt. Die Machtkämpfe sind einerseits darauf zurückzuführen, dass die direkte Unterstellung unter den IS von manchen Gruppierungen als eine Unterwerfung unter eine ausländische Autorität wahrgenommen

²⁹⁵ Libya Dawn: Map of Allies and Enemies. In: Al Arabiya, 25.08.2014. <bit.ly/1C44wR5>, abgerufen am 27.06.2015.

²⁹⁶ Guide to Key Libyan Militias. In: BBC News, 20.05.2015. <www.bbc.com/news/world-middle-east-19744533>, abgerufen am 27.06.2015.

²⁹⁷ Zelin, Aaron: The Rise and Decline of Ansar al-Sharia in Libya (06.04.2015). <www.hudson.org/research/11197-the-rise-and-decline-of-ansar-al-sharia-in-libya>, abgerufen am 28.06.2015.

²⁹⁸ Human Rights Watch: Extremists Terrorizing Derna Residents (27.11.2015). <www.hrw.org/news/2014/11/27/libya-extremists-terrorizing-derna-residents>, abgerufen am 23.06.2015.

²⁹⁹ 'Aidun min suriya janqulun ila derna khilaf jabhat an-nusra wa d'aish. In: Bawabat al-wasat, 10.06.2015. <www.alwasat.ly/ar/news/libya/78277/#sthash.djZMIQP8.dpuf>, abgerufen am 28.06.2015.

wird,³⁰⁰ andererseits spiegelt sich in Libyen der Trend der dschihadistischen Szene in anderen Ländern wider, der zunehmende Rivalitäten zwischen IS-Gruppierungen und *al-Qaida*-Ablegern verzeichnet.³⁰¹ Anfang Juni 2015 wurde der IS schließlich aus Derna zurückgedrängt,³⁰² konnte jedoch Sirte, einen 300km Küstenstreifen und einige Dörfer rund um Sirte unter seine Kontrolle bringen. In Sirte, dem Geburtsort Gaddafis, fand der IS den geeigneten Nährboden für seine expansionistischen Vorhaben, da sich zahlreiche Gaddafi-Getreue (und somit die „Verlierer der Revolution“) und lokale Salafisten dem IS anschlossen und dieser seine Machtbasis durch Erschließung der tribalen Netzwerke verbreitern konnte.³⁰³ Das grausame Vorgehen des IS hat jedoch auch Widerstand hervorgerufen. Im August 2015 sprach sich der salafistische Prediger Khalid bin Rajab Ferjani gegen den IS aus und erklärte, dieser repräsentiere nicht den wahren Islam. Der darauffolgende vom Ferjani-Stamm initiierte Aufstand wurde brutal niedergeschlagen und Mitglieder des Stammes enthauptet.³⁰⁴

Seit der IS im Irak und in Syrien durch das militärische Vorgehen Frankreichs, Deutschlands, der USA und Russlands unter Druck gerät, gewinnt die „Wilayat Tarablus“ (wie das von dem IS kontrollierte libysche Gebiet in

³⁰⁰ Zelin, Aaron: The Islamic State's first Colony in Libya (10.10.2014). <www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/the-islamic-states-first-colony-in-libya>, abgerufen am 28.06.2015.

³⁰¹ Pack, Jason: ISIS in Libya: A New Third Force (05.03.2015). <<http://tonyblairfaithfoundation.org/religion-geopolitics/commentaries/opinion/isis-libya-new-third-force>>, abgerufen am 23.06.2015.

³⁰² ISIS in Libya. Isis Libya driven out of Derna Stronghold by Al-Qaida linked Militia. In: International Business Times, 15.06.2015. <www.ibtimes.co.uk/isis-libya-islamic-state-driven-out-derna-stronghold-by-al-qaeda-linked-militia-1506241>, abgerufen am 20.06.2015.

³⁰³ Zelin, Aaron: The Islamic State's Territorial Methodology. In: Research Note – Washington Institute for Near East Studies, 1/2016. <www.washingtoninstitute.org/uploads/Documents/pubs/ResearchNote29-Zelin.pdf>, abgerufen am 25.01.2016.

³⁰⁴ Hassan Al-Karamy: The Force behind IS in Libya. In: Middle East Eye, 17.12.2015. <www.middleeasteye.net/news/hassan-al-karamy-s-spiritual-leader-1851592944>, abgerufen am 25.01.2016.

dessen Diktion genannt wird) für den IS zunehmend an Bedeutung und gilt einerseits als Dreh- und Angelpunkt für terroristische Aktivitäten in Libyen und Nordafrika und andererseits als „fall-back option“ für die Mutterorganisation.³⁰⁵ Die Präsenz ausländischer, arabischer und europäischer Dschihadisten und Mitglieder der IS-Führung dürfte sich lokalen Augenzeugenberichten zufolge in den letzten Monaten verdichtet haben.³⁰⁶ Gleichzeitig dürften sich auch die Rekrutierungsbemühungen innerhalb Libyens intensiviert und zur Bildung von Zellen in anderen libyschen Städten geführt haben.

Operation Dignity, Operation Libya Dawn und die „dritte Kraft“

Im Mai 2014 erreichten die politischen Spannungen eine neue Dimension, als Khalifa Haftar, ein aus dem Exil zurückgekehrter ehemaliger General, und mit diesem verbündete bewaffnete Gruppierungen versuchten, den GNC gewaltsam aufzulösen. Die Amtszeit des GNC war bereits im Februar abgelaufen, aber die islamistischen/revolutionären Abgeordneten hatten neue Parlamentswahlen bis dahin verhindert, da sie eine Wahlniederlage befürchteten.³⁰⁷ Tatsächlich ging das moderate/nationalistische Lager aus den Wahlen im Juni 2014 als Wahlsieger hervor, jedoch wurde das Ergebnis von der revolutionären/islamistischen Fraktion unter Hinweis auf die niedrige Wahlbeteiligung³⁰⁸ nicht anerkannt. Haftar hatte sich inzwischen zum

³⁰⁵ ISIS's grip on Libyan City gives it a fall back option. In: The New York Times, 28.11.2015. <nyti.ms/1YBeNOS>, abgerufen am 25.01.2016.

³⁰⁶ Augenzeugen sprechen von mehreren Tausend IS-Kämpfern, wovon ein Großteil aus dem Ausland stammt. Vgl. Islamic State in Libya: The Power of Propaganda. In: Middle East Eye, 10.01.2016. <www.middleeasteye.net/news/islamic-state-libya-power-propaganda-1046139299>, abgerufen am 25.01.2016.

³⁰⁷ Gartenstein-Ross, Daveed/Barr, Nathaniel: Dignity and Dawn. Libya's Escalating Civil War. In: ICCT Research Paper, 2/2015. <bit.ly/1apg8Vh>, abgerufen am 22.06.2015.

³⁰⁸ Libya parliament rejects UN peace plan. In: Al-araby al-jadeed, 09.06.2015. <www.alaraby.co.uk/english/Politics/2015/6/9/Libya-parliament-rejects-UN-peace-plan>, abgerufen am 28.06.2015.

Stabschef der *Operation Dignity* ernannt, an der sich neben Teilen der Armee mit dem nationalistischen Lager verbündete Milizen, wie die *Sawa'iq Forces* und *Qa'qa' Brigade* aus Zintan³⁰⁹ beteiligen. Erklärtes Ziel der Operation ist es, Benghazi und später ganz Libyen von Terroristen zu befreien,³¹⁰ wobei Haftar jedoch nicht zwischen politisch-islamistischen und extremistisch-islamistischen Gruppierungen unterscheidet. In Reaktion auf *Operation Dignity* und mit dem Ziel der „Berichtigung der Februarrevolution“ formierten sich die mit dem islamistisch/revolutionären Block alliierten Milizen zur *Operation Libya Dawn* und nahmen im August 2014 Tripolis ein. Unter diesem Schirmverband kämpfen, neben dem erwähnten *Benghazi Revolutionaries Shura Council*, der *Libya Shield West Force* und den Milizen aus Misrata, der mit der Muslimbruderschaft verbundene *Libyan Revolutionaries Operations Room (LOR)* und weitere westlibysche islamistische Brigaden, wie die *Tripoli Brigade* von LIFG-Mitglied Belhaj und die salafistische *Nawasi Brigade*. Aufgrund der prekären Sicherheitslage musste das international anerkannte gewählte Parlament (House of Representatives, HoR) nach Tobruk verlegt werden. Daraufhin setzte die islamistische/revolutionäre Fraktion den GNC in Tripolis wieder ein und ernannte eine neue Regierung.³¹¹ Im November 2014 erklärte das Höchstgericht in Tripolis die Parlamentswahlen und damit auch das HoR für verfassungswidrig.³¹² Seitdem bestehen parallel zwei Regierungen, die für sich beanspruchen, die legitimen Repräsentanten des libyschen Volkes zu sein und deren bewaffnete Arme den Machtkampf zu ihren Gunsten entscheiden

³⁰⁹ Der Schirmverband der Milizen aus Zintan erlangte durch die Gefangennahme Saif al-Islam Gaddafis und die Weigerung, ihn an Tripolis oder den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auszuliefern, internationale Aufmerksamkeit.

³¹⁰ Interview mit Khalifa Haftar. In: *The Washington Post*, 20.05.2014. <wapo.st/1gkGVno>, abgerufen am 28.06.2014.

³¹¹ Libya's civil war: That it should come to this. In: *The Economist*, 10.01.2015. <econ.st/1tRcXJ2>, abgerufen am 28.01.2015.

³¹² Libyan court rules elected parliament illegal. In: *Al Jazeera*, 07.11.2014. <bit.ly/1uzNd94>, abgerufen am 28.06.2015.

wollen. Der libysche Konflikt hat inzwischen eine weitere Dimension angenommen und weist Charakteristika eines Stellvertreterkriegs auf, da *Dignity* von Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten³¹³ militärisch unterstützt wird, die aus innen- und sicherheitspolitischen Überlegungen den Einfluss nichtstaatlicher islamistischer Akteure einzudämmen versuchen. Ägypten sprach sich zudem wiederholt für eine internationale militärische Intervention in Libyen aus.³¹⁴ *Libya Dawn* erhält im Gegenzug inoffiziell Unterstützung von Katar und der Türkei, die den politischen Islam in der Region fördern.³¹⁵ Allerdings hat sich gezeigt, dass sich die zwei Lager trotz temporärer wechselseitiger Erfolge in einer Pattsituation befinden und letztlich extremistisch-islamistische Gruppierungen, allen voran der IS, von dem Machtvakuum profitieren.

Nach Montagelangem Tauziehen wurde Mitte Dezember 2015 unter UN-Vermittlung ein Abkommen zur Bildung einer Einheitsregierung unterzeichnet, dem es jedoch faktisch innerhalb beider Lager an Unterstützung mangelt. So wurde die Kabinettsliste, die der Präsidialrat erstellte und Ende Jänner 2016 präsentierte, vom international anerkannten Parlament in Tobruk mehrheitlich abgelehnt. Auch im GNC besteht diesbezüglich kein Konsens. Die Dringlichkeit einer politischen Einigung und einer Stabilisierung wurde zuletzt durch wiederholte Versuche des IS, die Öl-Häfen Ras al-Lanuf und As-Sidra unter seine Kontrolle zu bringen, verdeutlicht. Mustafa Sanalla, Vorsitzender der National Oil Corporation in Tripolis sagte, er hoffe diese Vorfälle „would lead political leaders on all sides in Libya to understand the magnitude of the threat we face. [...] We need to unite

³¹³ Is military intervention the answer? In: Institute for Security Studies, 29.10.2014. <www.issafrica.org/iss-today/is-military-intervention-in-libya-the-answer>, abgerufen am 27.06.2015.

³¹⁴ Islamic State: Egypt urges international intervention in Libya. In: BBC News, 16.02.2015. <www.bbc.com/news/world-middle-east-31494806>, abgerufen am 27.06.2015.

³¹⁵ Libya Dawn: Map of allies and enemies. In: Al Arabiya, 25.08.2014. <<http://english.alarabiya.net/en/perspective/alarabiya-studies/2014/08/25/>>, abgerufen am 23.06.2015.

against this common enemy, not tomorrow or next week, but now”.³¹⁶ Es ist damit zu rechnen, dass dschihadistische Gruppierungen als „dritte Kraft“³¹⁷ das weitere politische Geschehen entscheidend mitgestalten werden wollen und auch weiterhin bemüht sein werden, die Entstehung einer starken zentralen Staatsgewalt zu verhindern, die in der Lage wäre, den Einfluss und Handlungsspielraum der dschihadistischen Gruppierungen zu beschneiden und die lukrativen „Nebengeschäfte“ wie Schmuggel, Erpressung und Kidnapping zu unterbinden.

Die fragile Staatlichkeit Libyens birgt auch für Europa ein nicht zu unterschätzendes Risiko: So propagiert der IS in einem Anfang 2015 veröffentlichten Aufruf an Sympathisanten explizit die Ausdehnung seines Einflussbereichs in Libyen aufgrund der wichtigen strategischen Lage, die eine Ausweitung der terroristischen Tätigkeiten auf Europa erleichtere.³¹⁸ Auch der Anti-Terror-Beauftragte der EU, Gilles de Kerchove, warnte kürzlich vor zukünftigen terroristischen Anschlägen in Europa und wies darauf hin, dass der IS das Machtvakuum in Libyen diesbezüglich ausnützen könnte.³¹⁹ Großbritannien, Frankreich und Deutschland haben bereits angekündigt, militärisch gegen den IS in Libyen vorgehen zu wollen, sobald eine nationale Einheitsregierung militärische Hilfe im Kampf gegen den IS anfordere. Die Bildung einer Einheitsregierung sei jedoch Voraussetzung, denn nur die Einladung einer legitimen Regierung biete einen völkerrechtlich legalen

³¹⁶ Reuters: Fires rage at Libyan Oil Ports after Islamic State Attack (06.01.2016). <www.reuters.com/article/us-libya-security-fires-idUSKBN0UK2GI20160106>, abgerufen am 25.01.2016.

³¹⁷ Pack, Jason: ISIS in Libya: A New Third Force (05.03.2015). <<http://tonyblairfaithfoundation.org/religion-geopolitics/commentaries/opinion/isis-libya-new-third-force>>, abgerufen am 23.06.2015.

³¹⁸ Winter, Charlie: Libya: The Strategic Gateway for Islamic State. Translation and Analysis of IS Recruitment Propaganda for Libya (Februar 2015). <bit.ly/1MBIoCV>, abgerufen am 29.06.2015.

³¹⁹ Gilles de Kerchove: Libyen könnte zum Rückzugsort für die Anführer des „Islamischen Staates“ werden. In: Der Standard, 22.01.2016. <bit.ly/1P9YpNT>, abgerufen am 25.01.2016.

Rahmen für einen Militäreinsatz.³²⁰ Neben einer möglichen terroristischen Bedrohung sind nicht zuletzt auch die anhaltenden Flüchtlingsströme ein Grund dafür, dass Europa schnellstmöglich auf eine handlungsfähige und legitime Regierung in Tripolis hofft, die in der Lage ist den Mittelmeeranrainerstaat zu stabilisieren.

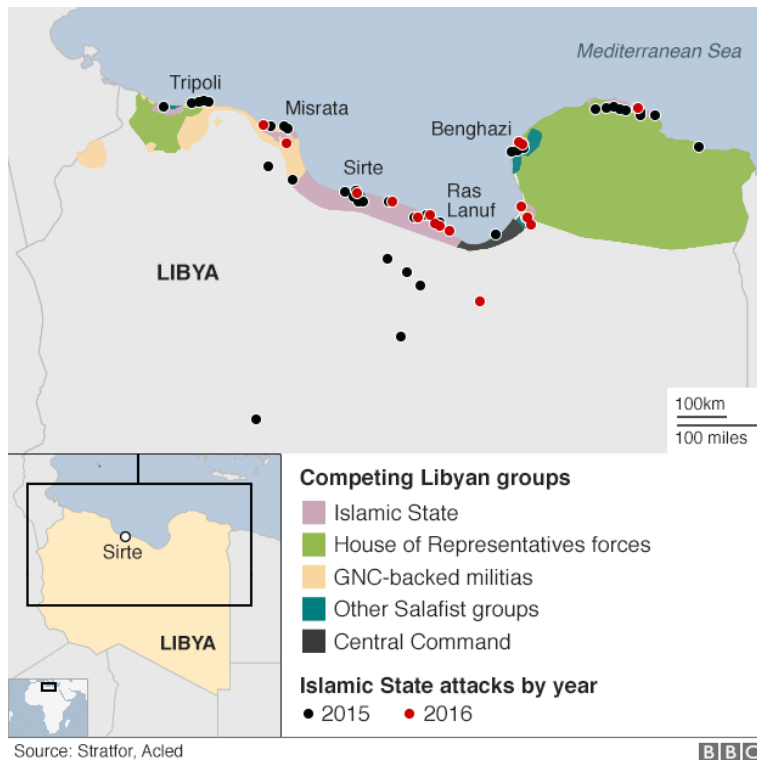


Abbildung 6: Gebietskontrolle in Libyen

Quelle: BBC, 24.02.2015.

<www.bbc.com/news/world-africa-31518698>, abgerufen am 30.03.2016.

³²⁰ Libyen, das nächste Schlachtfeld gegen den IS. In: Die Welt, 08.01.2016. <www.welt.de/politik/ausland/article150766273/Libyen-das-naechste-Schlachtfeld-im-Kampf-gegen-IS.html>, abgerufen am 25.01.2016.

Ägypten – in den Fängen von Islamismus und Militärdiktatur

Ranja Ebrahim

Einleitung

Die folgende Fallstudie widmet sich den polarisierenden Kräften zwischen dem Staat und den in Opposition stehenden islamistischen Bewegungen im Wettstreit um Legitimierung und Souveränität.

Der Beitrag ist in zwei Abschnitte unterteilt, welche sich in einen prä- und einen postrevolutionären³²¹ Teil gliedern lassen. Aufgrund der thematischen Komplexität bietet der folgende Beitrag lediglich einen groben Umriss, der die Entwicklungen des Islamismus in Ägypten, eingebettet in den unterschiedlichen historischen, gesellschaftlichen und politischen Kontexten, exemplarisch an bestimmten AkteurInnen und Schlüsselsituationen, aufzeigen will, sowie die Bewahrheitung islamistischer Charakteristiken im Angesicht staatlicher Repressionen und Stigmatisierung.

Die ersten Schritte zum Islamismus³²²: Ägyptens Zerrissenheit zwischen Verwestlichung und Tradition

Das 18. Jahrhundert war nicht nur für Ägypten, sondern für die Mehrheit der muslimischen Welt, ein Jahrhundert des religiösen Umdenkens. Es war

³²¹ Unter prärevolutionär wird das zu betrachtende Zeitfenster zwischen dem antikolonialen Widerstand bis hin zur Ära Mubarak verstanden. Der zweite Teil beschäftigt sich exemplarisch mit Themen nach dem Sturz Mubaraks, also ab dem 25.01.2011.

³²² Unter Islamismus wird hier das Streben nach einer islamischen Nation, „al- Watan al-Islami“ verstanden. Ausschließlich ihr gegenüber sollten MuslimInnen loyal gesinnt sein. Nationale Interessen, in diesem Falle Ägypten gegenüber, sind im Rahmen dieser Ideologie nur des Islam und der Einheit der MuslimInnen und des Allgemeinwohles wegen vertretbar. Der islamische Nationalismus kennt keine geografischen Grenzen und bewegt sich stattdessen innerhalb folgender drei Eckpfeiler: 1. Göttlichkeit 2. Humanität 3. Internationalität. Die Realisierung dieser Vision liegt im Idealfall in der Installation des Kalifats, welchem zum einen die Befreiung der muslimischen Länder von der Fremdherrschaft und

die Zeit der Neuinterpretation von all jenem, was bisher vertuschend die Scherben einer längst zerrütteten, muslimischen *Umma* definierte. Es galt die Entscheidung zwischen der Assimilation an eine neuartige, aber fremde Dynamik, welche den Islam für die Rückständigkeit seiner AnhängerInnen kritisierte, gegenüber einem Leben in islamischer Tradition, abseits des modernen Fortschrittes.

Die Notwendigkeit nach einer Wende im religiösen Denken und auch somit die Reformierung einer gesamten Gesellschaft drängte sich mit dem Einschreiten der napoleonischen Truppen im Jahre 1798 und dem darauffolgenden Einmarsch der Briten im Jahre 1882 auf ägyptischen Boden auf. Der europäische Einmarsch visualisierte vor allem der ägyptischen Gelehrsamkeit einerseits einen massiven Wirkungsverlust auf jenen Gebieten, in welchen ihre muslimischen Vorväter einst Pioniere waren, sowie andererseits das graduelle Verblässen einer muslimischen Identität³²³ im Angesicht einer auferlegten kulturellen Invasion, basierend auf Rationalität, Wissenschaft und Technik. Die Fragen nach dem, was wohl schief lief und wie der Geist der islamischen goldenen Ära im Sinne einer effektiven Abwehr gegen die Fremdeinwirkung reanimiert werden könnte, wurden zu den Brennpunkten der intellektuellen und schließlich politischen Diskurse der ägyptischen Intelligenzija im Rahmen der *Islab*-Bewegung³²⁴. Diese Debatten

zum anderen die Vereinigung dieser zu einer Einheit vorausgehen müssten. Vgl. Mitchell, Richard: *The Society of the Muslim Brothers*. London 1969, S. 269ff.

³²³ Zur Definition des an sich sehr komplexen Begriffes der *muslimischen Identität* lehne ich mich hier an die sehr knappe, aber meinem Erachten nach äußert gehaltvolle Definition Mokrane Guezzou an. Guezzou postuliert, dass jegliche Handlungs- und Denkmuster, welche seitens der AkteurInnen als „islamisch“ bezeichnet und gelebt werden, als entweder direkt dem Qurʾān entstammend oder zumindest aus dem selbigen inspiriert worden sind, „mögen sie sich auf Normen des täglichen Lebens, des Glaubens, des Rechts oder der Spiritualität beziehen“. (Guezzou: Einleitung zu al-Wahidi, S. ii). Demnach konstituiert/konstituieren sich die islamische(n) Identität(en) aus spezifischen, in Verbindung mit seiner Ideengeschichte emporgekommenen Normen, Habitus und Selbstverständnissen.

³²⁴ Zaid, Abu: *Reformation of Islamic Thought. A Critical Historical Analysis*. Amsterdam 2006, S. 22ff.

bildeten die Sprungbretter der einflussreichsten islamistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts u. a. in Ägypten.

Die wohl prominenteste ägyptische Antwort im antikolonialen Widerstand und vorreitender Verfechter des *islah* war der Azharit³²⁵ und ab 1899 auch Großmufti Muhammad Abduh. Abduhs Anliegen galt in erster Linie der Emanzipierung der ägyptischen Bevölkerung hin zu einer kritischen, unabhängigen und vor allem zu einer selbstbewussten Gesellschaft, die den bedrohlichen Fremdeinwirkungen der britischen Besatzungsmächte, mittels Bildung und einer vereinten muslimischen Gemeinde, entgegenwirken soll. Zur Realisierung dieser Vision erkannte Abduh die Notwendigkeit einer Versöhnung der Muslime mit der Moderne, ausgehend von Rationalität und der Re-Interpretation der Tradition im Sinne eines dynamischen Prozesses, gegenüber der üblichen erstarrten und unflexiblen Orthodoxie.³²⁶ Abduh strebte somit die Etablierung eines dritten Weges an, der die Entscheidungsnot der ÄgypterInnen zwischen Verwestlichung und traditionsbedingter Isolation neutralisieren und die damit verbundene Gefahr des endgültigen Verblässens der muslimischen Identität in Ägypten verhindern sollte.³²⁷

Abduhs politische Strategie bewegte sich vom anfänglichen Aktivismus hin in Richtung bildungspolitischer Reformen. Diese wurden zunächst einmal auf Ebene der konfessionellen Hochschulbildung und der Verwaltung des

³²⁵ AbsolventInnen der Azhar Universität (gegründet 972 n. Chr.) werden, vor allem im Volksmund, als Azhariten bezeichnet. Obwohl die Universität auch eine Vielfalt an nicht theologischen Fakultäten innehat, hier zu nennen wären etwa die Fakultäten für Sprachen (u. a. mit dem Studienfach Germanistik) oder Medizin, werden AbsolventInnen dieser Universität in erster Linie mit den Fakultäten der Islamischen Theologie (*uṣūl ad-dīn*) oder der Rechtswissenschaft (*uṣūl al-fiqh*) in Verbindung gebracht. Die RechtswissenschaftlerInnen und TheologInnen dieser Institution genießen internationales Ansehen und Einfluss in den einschlägigen Gebieten.

³²⁶ Kateman, Ammenke: *Theology of Unity*. Amsterdam 2010, S. 23ff.

³²⁷ Zaid, Abu: *Rerformation of Islamic Thought. A Critical Historical Analysis*. Amsterdam 2006, S. 21.

islamischen Rechts initiiert sowie später auch landesweit auf Ebene der öffentlichen Schulbildung.³²⁸ Nach Querstellung der azharitischen Gelehrsamkeit, die darauf bedacht war, Strukturen im Sinne der Orthodoxie zu bewahren, setzte Abduh sein Reformierungsprogramm ausschließlich auf der akademischen anstatt auf der strukturellen Ebene fort. Er eröffnete die Tore des *ijtihad*, und forcierte kritisches Denken, Reflektieren und Argumentieren, sowohl im sozialen als auch im intellektuellen Leben.³²⁹ Seine politische Strategie strebte somit eine zwar graduelle, aber nachhaltige Veränderung von unten an, die nicht nur die elitäre ‚Community‘, sondern möglichst viele Gesellschaftsschichten miteinbeziehen sollte.³³⁰ Die Leitmotive seiner politischen Kampagnen bewegten sich somit stets auf zwei Ebenen, die eine zielte auf die Befreiung der ägyptischen Bevölkerung aus der britischen Bevormundung ab und die Zweite auf die Befreiung des Islam vom „partikularistischen *Madhabwesen*“³³¹ und dessen normativen Rahmen, welcher Abduhs Verständnis nach die *wahre* Essenz des Glaubens verloren gehen ließ.

Abduhs Ideologie wurde in erster Linie von seinem Schüler Rashid Rida, im gemeinsamen Journal al-Manar (der Leuchtturm) an die Öffentlichkeit getragen. Die Ausgaben des Journals, welche 35 Jahre lang im Umlauf waren, galten in dieser Zeit als das Sprachrohr der *Salafyya*.

³²⁸ Ahmad, Amir (et al.): Muhammad Abduh's Contributions to Modernity. In: Leena Luna, Vol. 1, 4/2012, S. 69ff.

³²⁹ Jackson, Roy: Fifty Key Figures in Islam. London 2006, S. 174; Scott, Rachel: The Challenge of Political Islam: Non-Muslims and the Egyptian State. Chicago 2010, S. 122.

³³⁰ Radler, Christopher: Eine Biographie als politisches Mittel. Berlin 2010, S. 125-126.

³³¹ Im rechtlichen Kontext ist *madhab* ein technischer Terminus, welcher im Deutschen meist als „Rechtsschule“ übersetzt wird. In der heutigen Zeit bestehen im sunnitischen Islam, vier und im schiitischen Islam zwei anerkannte Rechtsschulen, welche sich sowohl mit weltlichen als auch rituellen Fragestellungen auseinandersetzen. In der Gegenwart ist die Affiliation zu einer bestimmten Rechtsschule, auch wenn nicht bewusst ausgewählt, geografisch bedingt.

Die Muslimbruderschaft: die ewige Antagonistin

Im Jahre 1928 wurde die Mutter aller islamistischen Gruppierungen von Hassan al-Banna im ägyptischen Ismailiyya ins Leben gerufen. Die *Ikhwan al-Muslimun* (Muslimbruderschaft) gelten für viele zeitgenössische radikal-islamistische Gruppierungen wie etwa die *Hamas*, die Islamische Dschihad-Union oder die *al-Jama'a al-Islamiyya*, als das ideologische Epizentrum. In ihrer Blütezeit bestand die Bewegung allein in Ägypten, bei einer Bevölkerungszahl von etwa 20 Millionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, aus etwa einer halben Million aktiver Mitglieder.³³²

Die Muslimbruderschaft galt anfangs als eine ausschließlich an die Gesellschaft gerichtete Reformbewegung, welche durch die Reinstallierung der islamischen Spiritualität und Ethik eine authentische Alternative gegenüber den dekadenten und prowestlichen Regierungen darstellen wollte.³³³ Mit dem Eintritt von Sayyed Qutb in die Gesellschaft der Muslimbruderschaft wird jedoch von einem Paradigmenwechsel gesprochen, welcher die überwiegend gesellschaftspolitische Bewegung zu einem aggressiven politischen Aktivismus hinwendet. Die qutbische Bewegung gilt heute als die ideologische Inspirationsquelle vieler zeitgenössischer radikal-islamistischer Bewegungen.

Al-Bannas erste Initiative war die Gründung der *Young Men's Muslim Association* (YMMA) im Jahre 1927. Die Sitzungen der YMMA fanden zunächst im Rahmen von Diskussionszirkeln in Kaffeehäusern statt und wechselten mit zunehmendem Gehör aus allen möglichen sozialen Schichten über zu privaten Veranstaltungen, wo landesweite Vernetzungen ermöglicht wurden und zur Gründung der Muslimbruderschaft im Jahre 1928 führten.³³⁴ Das ideologische Fundament der *Ikhwan al-Muslimun* fußte, ähnlich wie bei den

³³² Munson, Ziad: Islamic Mobilization: Social Movement Theory and the Egyptian Muslim Brotherhood. In: *The Sociological Quarterly*, Vol. 42, 4/2001, S. 487.

³³³ Vgl. Mitchell, Richard: *The Society of the Muslim Brothers*. London 1969, S. 12.

³³⁴ Mitchell, Richard: *The Society of the Muslim Brothers*. London 1969, S. 7ff.

Vertretern der *Islab*-Bewegung, auf zwei Säulen: 1. Die Einführung der *Scharia* als Grundlage der gesellschaftlichen und staatlichen Angelegenheiten 2. Die Vereinigung der arabisch-islamischen Staaten und Länder zur Befreiung aus dem europäischen Imperialismus.³³⁵ Hassan al-Banna definierte die Grundzüge seiner Gesellschaft als eine „Salafistische Herangehensweise, einen sunnitischen Weg, eine *Sufi*-Wahrheit, eine politische Organisation, eine athletische Gruppe, eine akademische Union, ein wirtschaftliches Unternehmen und eine soziale Idee“.³³⁶

Die Organisation erlebte vor allem innerhalb der ersten zwei Jahrzehnte ein rasantes Wachstum auf bis zu 600.000 Mitglieder, verteilt auf 200 Standorte in ganz Ägypten. Dieser Anklang soll mit den folgenden drei Faktoren einhergegangen sein³³⁷: Der erste Punkt betrifft die breitgefächerten sozialen Projekte, welche vor allem günstige bis kostenlose medizinische Versorgung, Schulausbildung sowie finanzielle Hilfestellungen für JungabsolventInnen umfassten. Dieser Zugang verschaffte der Bruderschaft nicht nur einen weitreichenden Draht zu den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, sondern auch die praktische Demonstrierung einer effektiven und zuverlässigen wirtschaftlichen und sozialen Führung³³⁸. Die Online-Zeitung *al-Ahram Weekly* bezeichnete die Muslimbruderschaft als „*einen Staat innerhalb eines Staates*“.³³⁹

Der zweite Punkt betrifft die Moscheen-Option als einziger Ort, wo Massenversammlungen neben Sportveranstaltungen zugelassen waren. Die Bruderschaft konnte auf diesem Wege landesweite, breitangelegte Plattformen

³³⁵ Definition der Prinzipien: vgl. <www.ikhwanweb.com/article.php?id=813>, abgerufen am 21.01.2016.

³³⁶ Mitchell, Richard: *The Society of the Muslim Brothers*. London 1969, S. 14. Zit. in: *al-Mut`amar al-Khamis*, S. 14-16.

³³⁷ Munson: *Islamic Movement*, S. 489.

³³⁸ A.a.O. S. 501.

³³⁹ Tammam, Hossam: *Egypt: One-way street* (07.-13.07.2005). <www.kibush.co.il/show_file.asp?num=8584>, abgerufen am 27.06.2015.

der Kommunikation und der ideologischen Tradierung und Rekrutierung anlegen.

Der dritte Faktor betrifft die charismatische Persönlichkeit al-Bannas selbst, sowie seine rhetorischen Fähigkeiten, die es ihm ermöglichten, Massen für sich zu gewinnen. Die Kompetenzen al-Bannas wurden nicht zuletzt von König Faruk selbst erkannt und jener dafür ins Amt des religiösen Beraters und Schreibers eingesetzt. Seine Kooperation mit der Regierung verlieh seiner Organisation die Möglichkeit, die reformistischen Anliegen direkt nach oben weiter zu vermitteln. Weitere Mitglieder der Muslimbruderschaft besetzten demnach zunehmend beratende Positionen in den Ministerien, bis schließlich die herausfordernde Dynamik der islamistischen Organisation erkannt wurde. Die Authentizität und in weiterer Folge die Autorität des amtierenden Regimes drohte, erschüttert zu werden. Der Palast ließ angesichts dieser aufstrebenden Konkurrenz die Gesellschaft für illegal erklären. Dieser Beschluss resultierte in Masseninhaftierungen.³⁴⁰

Übergang zur Gewalt

Die anhaltende Militärpräsenz der Briten gilt als Hauptanlass für die zunehmende Anwendung von organisierter Gewalt seitens unterschiedlichster rebellierender Gruppierungen. Die wohl prominenteste Organisation darunter war die aus der Bruderschaft herausformierte paramilitärische Spezialeinheit, *an-Nizam al-Khas*. Diese Einheit richtete sich gezielt gegen britische Militärbasen sowie gegen religiöse, nicht-muslimische Minderheiten, wobei besonders ägyptische Juden unter stetigem Generalverdacht standen, in geheimer Kooperation mit zionistischen Bewegungen in Palästina zu agieren. 1948 trieben vor allem zwei prominente Vorfälle die Gewalt zwischen Regierung und Bruderschaft auf die Spitze. Diese sollten nachhaltige Einbußen in Bezug auf die interne Stabilität der ägyptischen Gesellschaft

³⁴⁰ Zahid, Mohammed: *The Muslim Brotherhood and Egypt's Succession Crisis*. New York 2010, S. 77.

mit sich bringen. Der erste Schlag steht in Zusammenhang mit der Ermordung des damals amtierenden Premiers Nuqrashi durch ein junges Mitglied der *Ikhwan al-Muslimun*. Der zweite Fall bezieht sich auf die Vereitlung eines Bombenanschlags auf ein Gericht, organisiert von der zum gegebenen Zeitpunkt noch geheimen, paramilitärischen Einheit des *Nizam al-Khas*, welche später für den Sturz der Monarchie verantwortlich sein sollte. Jene Aufdeckaktion ist als der sogenannte „Jeep-Vorfall“ bekannt. Im Zuge der polizeilichen Ermittlungen im Fall Nuqrashi stieß man auf einen geparkten Jeep in Ismailiyya, welcher belastende Unterlagen zur Einheit selbst sowie zu ungelösten Gewaltakten gegen die Regierung beinhaltete. Al-Banna distanzierte sich von beiden Vorfällen zwar öffentlich, aber vergebens. 1949 wurde der Gründer der Bruderschaft von einem Unbekannten erschossen.³⁴¹

In diesem Klima stießen vor allem die rhetorisch offensiveren Schriften Sayyed Qutbs und seine Elaboration des *Dschabiliyya*-Begriffs, im Sinne eines kulturellen und geistigen Rückschritts der Muslime in die vorislamische Zeit der *Unwissenheit*, auf fruchtbaren Boden.³⁴² Qutbs Kritik war sowohl gegen die Gesellschaft als auch gegen die Regierung gerichtet, welche seines Erachtens vom rechten Weg abgekommen waren, als Ergebnis kultureller Verwirrung und der krankhaften Huldigung des Geldes.³⁴³ Die bekanntesten Werke, die seine Ideologie bis heute für viele extremistische Gruppierungen zugänglich machen, wurden größtenteils hinter Gittern verfasst.

³⁴¹ A.a.O. S. 76; Munson, Ziad: Islamic Mobilization: Social Movement Theory and the Egyptian Muslim Brotherhood. In: *The Sociological Quarterly*, Vol. 42, 4/2001, S. 489; zum Jeep Vorfall siehe: Mitchell, Richard: *The Society of the Muslim Brothers*. London 1969, S. 77f.; vgl. ebenso: Row, Bedford: *The History of the Muslim Brotherhood* (2015), S. 42, 59. <bit.ly/1R09WBG>, abgerufen am 13.09.2015.

³⁴² Khatab, Sayed: *The Political Thought of Sayyid Qutb. The Theory of Jahiliyyah*. London 2006, S. 59, 64.

³⁴³ Ebd.

Die Freien Offiziere

Gamal Abdel-Nasser, Mohammed Nagib, Abdel Ra'uf Khalil Muhi ad-Din, Kamal ad-Din Husein und Hassan Ibrahim gründeten im Jahre 1949 die Zelle der freien Offiziere, welche schließlich den erfolgreichen Coup gegen König Faruk am 23. Juni 1952 durchführte. Die revolutionären Offiziere waren aktive Mitglieder der Spezialeinheit, wodurch die Freilassung vieler hochrangiger Muslimbrüder sowie die Rekrutierung vieler neuer Mitglieder gewährleistet werden konnte.³⁴⁴

Diese Beziehung bröckelte nach Enttäuschung beiderseits: Die Bruderschaft erhoffte sich durch die neue Regierung und dessen Beziehung zu ihr die langersehnte Realisierung ihrer Vision eines islamischen Staates. Die Regierung wiederum baute auf die nötige Unterstützung und Rückendeckung der Bruderschaft.³⁴⁵ Nach Abschaffung aller Parteien im Jahre 1953 forderte die neue Regierung Abdel-Nassers die Bruderschaft auf, dem Friedenskomitee als politische Organisation beizutreten, was die Bruderschaft ablehnte. Der Ablehnungsgrund des damaligen Anführers al-Hudaybi lief unter folgendem Banner:

„Parteien mit Prinzipien können nicht unter (der Gewalt) der Polizei und der Armee entstehen.“³⁴⁶

Diese Umstände und Enttäuschungen können als Startschuss für die systematische Verfolgung des nasserischen Systems gegen die Mitglieder gesehen werden. Viele der *Ikhwan* flüchteten vor der willkürlichen Gewalt des Regimes, u. a. nach Saudi-Arabien, wo sich die gut gebildeten Mitglieder hochrangige Posten im Bildungswesen sichern konnten.³⁴⁷ Das Resultat

³⁴⁴ Mitchell, Richard: *The Society of the Muslim Brothers*. London 1969, S. 105ff.

³⁴⁵ Soage, Ana Belén (et al.): *The Muslim Brothers in Egypt*. In: Rubin, Barry (Hrsg.): *The Muslim Brotherhood*. New York 2010, S. 41.

³⁴⁶ Zahid, Mohammed: *The Muslimbrotherhood and Egypt's Succession Crisis*. New York 2010, S. 77.

³⁴⁷ Heidenreich, Elisabeth: *Sakrale Geographie: Essay über den modernen Dschihad und seine Räume*. Bielefeld 2010, S. 97.

war ein massiver Wirkungsverlust der regionalen Hauptader der Muslimbruderschaft im Nahen Osten. Nach einem misslungenen Attentat auf Abdel-Nasser, zu welchem sich die Bruderschaft allerdings nie offiziell bekannte, wurden u. a. Qutb gemeinsam mit al-Hudaybi inhaftiert sowie zahlreiche Todesurteile vollstreckt. 1966 wurde auch Qutb erhängt.

Al-Azhar als politisches Alibi

Im Kampf gegen die islamistische Gefahr kommt die islamische Institution al-Azhar als entscheidender Balancehalter zur Machtsicherung des Regimes und dessen Autorität vor der arabischen Welt ins Spiel.³⁴⁸ Das Regime war sich über die Relevanz von Religion und dessen Stellenwert innerhalb der ägyptischen Bevölkerung bewusst und brauchte somit eine sowohl national als auch international anerkannte religiöse Autorität, um die nationalistischen und sozialistischen Projekte religiös absegnen zu lassen. Die staatliche Vereinnahmung der Azhar-Universität verschärfte sich durch die Verstaatlichung sämtlicher *Awqaf*, also religiöser Stiftungen und Liegenschaften, sowie durch die Entlassung sämtlicher azharitischer Mitarbeiter aus den nationalen Gerichten. Schließlich verlagerte sich auch die azharitische Administration in den Kompetenzbereich des Staates und die Ernennung des Großmuftis unterlag fortan der Entscheidungsmacht des Präsidentenbüros.³⁴⁹

As-Sadat und die Rückkehr der Bruderschaft

Nach der starken Niederlage der arabischen Staaten im Krieg gegen Israel 1967, wo besonders Ägypten durch den Kontrollverlust über die Sinaihalbinsel und den Suezkanal starke Einbußen erlitt, wuchs der Unmut und der Frust innerhalb der ägyptischen Bevölkerung über ein erneutes politisches Scheitern und das damit verbundene Leid. Viele MuslimInnen hielten diese

³⁴⁸ Barraclough, Steven: Al Azhar between the Government and the Islamists. In: The Middle East Journal, Vol. 52, 2/1998, S. 237ff.

³⁴⁹ Hallaq, Wael: An Introduction to Islamic Law. Cambridge 2009, S. 145.

Rückschläge als eine Strafe Gottes für die Ersetzung des Islam und dessen vermeintliche politische Akteure gegen Regierungen, die konziliante Beziehungen zu Staaten pflegten, die der Bevölkerung bisher nur Leid und Rückschläge bescherten.³⁵⁰

Anwar as-Sadat, welcher ebenso an der freien Offizierszelle beteiligt und der Vizepräsident Abdel-Nassers war, übernahm die Ruinen der Politik seines Vorgängers und fundierte seine Autorität als neuer Präsident durch die Wiederaufnahme des Islam als Ausgangspunkt seines politischen Handelns. Diese Haltung verlieh Sadat den Beinamen *ar-Rais al-Mumin*, der fromme Präsident.³⁵¹ Unter Sadat erhielt die Verfassung von 1971 erstmals die Zusätze, der Islam sei Staatsreligion und die *Scharia* die Grundlage des ägyptischen Rechtswesens. Zur Verstärkung des politischen Images Ägyptens als eine islambewusste Republik, gegenüber dem noch immer stark vertretenen linken Flügel, sowie gegenüber den anderen arabischen Staaten, versuchte der neue Präsident, das Verhältnis zwischen Staat und Islamisten zu restaurieren. Die geschlossenen Hauptzentralen der Muslimbrüder durften im Zuge dessen wieder aktiviert werden, zahlreiche Mitglieder wurden aus den Gefängnissen entlassen und Exilierte, darunter u. a. auch Yusuf al-Qaradawi, wurden wieder in die Heimat zurückgeholt. Diese Veränderungen brachten auch charakteristische Veränderungen mit sich, die einerseits die Bruderschaft zu einer herausfordernden Konkurrenz auf der Politlandschaft der 90er-Jahre, sowie einem festen Bestandteil des Parlaments und der Gewerkschaften empor steigen ließ, und andererseits den Nährboden für extremistische und dschihadistische Gruppierungen bereitete.³⁵² Die bekannteste, mittlerweile als Terrororganisation eingestufte, Gruppierung war die aus der Muslimbruderschaft hervorgetretene paramilitärische Gruppierung

³⁵⁰ Voll, John: Fundamentalism in the Sunni Arab World: Egypt and Sudan. In: Marty, Martin/Appleby, Scott (Hrsg.): *Fundamentalisms Observed*. London 1994, S. 376.

³⁵¹ Soage, Ana Belén (et al.): *The Muslim Brothers in Egypt*. In: Rubin, Barry (Hrsg.): *The Muslim Brotherhood*. New York 2010, S. 41.

³⁵² Zahid, Mohammed: *The Muslimbrotherhood and Egypt's Succession Crisis*. New York 2010, S. 83.

al-Jama'at al-Islamiyya, die u. a. für den schrecklichen Terroranschlag auf Touristen in Luxor 1997 verantwortlich war. Als eine weitere Abspaltung dieser Gruppe gilt *al-Djihad*, welche schließlich das Attentat auf Sadat – als Reaktion auf die Friedenspolitik mit Israel – verübte. All jene Gruppierungen fanden ihre ideologische Inspiration in Qutbs *takfir*-Verständnis und der *Dschabiliyya*-Ideologie.³⁵³

Die Mubarak-Ära und die neue Generation der Muslimbruderschaft

Unter Mubarak fand ein stilles Abkommen zwischen der Bruderschaft und der Regierung statt. Dieses Abkommen bedeutete für die Bruderschaft eine relativ freie Partizipation am politischen Geschehen, solange sie der Regierung nicht in die Quere kam. Nachdem aber die graduellen Demokratisierungsschritte Mubaraks die gewünschten Ergebnisse nicht realisieren konnten und stattdessen Raum für ein rasantes Heranwachsen einer oppositionellen Konkurrenz seitens der Islamisten schuf, schränkte das Regime Mubarak sämtliche Spielräume ein, worunter in erster Linie die Parlamentswahlen in Mitleidenschaft gezogen wurden und somit auch in weiterer Folge der Grad der Partizipation der Muslimbruderschaft am politischen Leben entscheidend sank. Diese waren schließlich aufgrund ihres Status als illegale Organisation nur durch vereinzelte Kandidaten, in Koalition mit meist säkularen Parteien wie die der *Wafd*-Partei, an den Parlamentswahlen vertreten. Mit der Etablierung eines neuen Wahlgesetzes, welches dem *Hisb ul-Watani* einen enormen Vorteil verschaffte, schwenkte das stille Friedensabkommen in Gewaltproteste einerseits und Repression und Verhaftungen andererseits um. Die Bruderschaft und die *Wafd*-Partei riefen dennoch erfolgreich zu einem Wahlboykott auf, welcher die Wahlbeteiligung auf etwa 50% sinken ließ.³⁵⁴

³⁵³ Mubarak, Hisham (et al.): What Does the Gama'a Islamiyya Want? An Interview with Tal'at Fu'ad Qasim. In: Middle East Research and Information Project, 1/1996, S. 41.

³⁵⁴ Soage, Ana Belén (et al.): The Muslim Brothers in Egypt. In: Rubin, Barry (Hrsg.): The Muslim Brotherhood. New York 2010, S. 46ff.

Im Wahljahr 2005, in welchem neben den Präsidentschaftswahlen auch die Parlamentswahlen stattfanden, resultierten – nach der für die Bruderschaft erfolgreichen ersten Runde – die zweite und dritte Runde in Gewalt seitens des Sicherheitsdienstes. Es wurde versucht, die Wahlergebnisse der nächsten Runden mittels Einschüchterung zu beeinflussen. Trotzdem erreichte die Bruderschaft 88 Parlamentssitze von 444, für 161 aufgestellte Kandidaten, im Vergleich zu 77 Sitzen bei der vorhergehenden Wahl.³⁵⁵ Das Ergebnis führte, neben einer verstärkten Hetze gegen die Bruderschaft und deren studentischen AnhängerInnen, zu einer partiellen Novellierung der Verfassung im Jahr 2007, die den Islam als Motiv eines politischen Wahlkampfes verbot und die Aufstellung von unabhängigen Personen – worauf die Bruderschaft bisher angewiesen war – abschaffte. Diese Maßnahme verhinderte die Teilnahme der Bruderschaft an den darauffolgenden Wahlen sowie die Entwicklung eines modifizierten politischen Programmes, welches dem Ruf der Bruderschaft einen positiven Aufschwung verleihen sollte. Stattdessen sorgte der Entwurf für großen Aufruhr in der Gesellschaft. Das Verbot von Frauen und Christen im Amt des Präsidenten sowie der Vorschlag für eine religiöse Kommission zur Absegnung politischer Beschlüsse sind nur Beispiele aus dem Entwurf, der eine interne Spaltung der Bruderschaft, auch jenseits der ägyptischen Grenzen, mit sich zog. Der Zweifel an der Kompatibilität der Haltung der Bruderschaft mit Demokratie und den damit verbundenen Werten – wie Pluralismus, „Gender-equality“ und Meinungsfreiheit – prägen bis heute die allgemeinen Vorbehalte gegenüber der Bruderschaft.

Al-Sisi und sein Kampf gegen den Islamismus

Nach Ablauf eines 48 Stunden langen Ultimatums wurde am 03.07.2013, aufgrund anhaltender Proteste gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten, Muhammad Mursi, ein Militärputsch unter dem Kommando des damaligen Generalstabschefs, Abdel Fattah al-Sisi, „nach dem Willen des

³⁵⁵ A.a.O. S. 51.

Volkes“ vollzogen. Mursi galt bis vor Bekanntwerden seines Wahlsieges am 24.06.2012 als ein offizielles Mitglied der *Ikhwan al-Muslimun* und war Vorsitzender der kurz nach dem Sturz Mubaraks gegründeten „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“. Der Putsch wurde in den Medien mit Vorwürfen gegen Mursi bezüglich Verabsäumung politischer und wirtschaftlicher Ziele sowie einem drohenden Bürgerkrieg zwischen Befürwortern und Gegnern des islamistischen Präsidenten begründet.³⁵⁶

Nachdem das Militär eine Zurückhaltung hinsichtlich einer Partizipation an den nächsten Wahlen versicherte, stellte sich Abdel Fattah al-Sisi dennoch der Präsidentenwahl am 26.03.2014 als ziviler Kandidat, entsprechend den Anforderungen der Übergangsverfassung, und wurde am 08.07.2014 mit einer überragenden Zustimmung von über 90% neuer Präsident der ägyptischen Republik.³⁵⁷

Al-Sisis Mission liegt in seiner bisherigen Amtsperiode schwerpunktmäßig in der Ausschaltung der Muslimbruderschaft sowie der Unterbindung ihrer politischen und religiösen Aktivitäten. Im Februar 2015 erregten Massentodesurteile von 183³⁵⁸ *Ikhwanis*, unter ihnen auch unabhängige UnterstützerInnen sowie der Anführer der Bruderschaft, Muhammad Badie, für starkes nationales als auch internationales Aufsehen. Im Juni 2015 wurde auch das umstrittene Todesurteil gegen Mursi bestätigt. Dieser soll 2011 in Kooperation mit der *Hamas* und der *Hisbollah* in eine Verschwörung verwickelt gewesen sein.³⁵⁹

³⁵⁶ Coup topples Egypt's Morsy; deposed president under 'house arrest'. In: CNN News, 04.07.2013. <<http://edition.cnn.com/2013/07/03/world/meast/egypt-protests/>>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁵⁷ Sisi elected Egypt president by landslide. In: Al Jazeera, 30.05.2014. <bit.ly/1ozhDEU>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁵⁸ Court confirms Egypt Muslim Brotherhood death sentences. In: BBC News, 21.06.2014. <www.bbc.com/news/world-middle-east-27952321>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁵⁹ Amnesty International: Egypt: Confirmation of Morsi death sentence another symptom of a broken justice system (16.06.2015). <bit.ly/22h7UI2>, abgerufen am 21.01.2016.

Das Jahr 2015 steht für al-Sisi im Zeichen der „religiösen Revolution“. Hierzu werden gezielt Maßnahmen ergriffen, die den radikalen Islamisten ihre Bühne entziehen sollten. Im folgenden Abschnitt werden das Verhältnis und die Rolle von Staat und Religion, nach Formulierung der neuen Verfassung, vorgestellt sowie ein kurzer Einblick in das neue Projekt „religiöse Revolution“ und al-Sisis Unternehmungen dahingehend, dargelegt.

Das Verhältnis Staat – Religion

Weltweit gibt es etwa 1,3 Milliarden³⁶⁰ Muslime, wovon etwa 1 Milliarde in Staaten leben, in welchen über 50% der Bevölkerung MuslimInnen sind. 28% dieser Milliarde leben in zehn Staaten, welche ihren Verfassungen nach als „Islamische Staaten“³⁶¹ deklariert werden und in denen der Islam als die offizielle Staatsreligion gilt. Darüber hinaus erklären zwölf weitere Staaten in ihren Verfassungen, dass der Islam zwar die offizielle Staatsreligion sei, ohne dabei den gesamten Staat als „islamisch“ zu bezeichnen. Diese zwölf Staaten berücksichtigen diese Erklärung in einem breiten Spektrum an gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien sowohl auf der sozialen, religiösen sowie wirtschaftlichen Ebene.³⁶² Zu dieser Kategorie gehört u. a. die arabische Republik Ägypten.³⁶³

³⁶⁰ Stand 2004; vgl. <<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/159012/umfrage/anzahl-der-muslime-weltweit/>>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁶¹ Folgende Staaten erklären sich laut eigener Verfassung als „Islamische Staaten“: Afghanistan, Bahrain, Brunei, Iran, Malediven, Mauretanien, Oman, Pakistan, Saudi-Arabien und Jemen.

³⁶² Blitt, Robert/Stahnke, Tad: *The Religion- State Relationship and the Right to Freedom of Religion or Belief: A Comparative Textual Analysis of the Constitutions of Predominantly Muslim Countries* (2012). <www.uscirf.gov/reports-briefs/special-reports/comparative-study-constitutions-oic-countries-2012-update>, abgerufen am 06.07.2015, S. 7ff.

³⁶³ Zu dieser Kategorie gehören darüber hinaus Algerien, Bangladesch, Irak, Jordanien, Kuwait, Libyen, Malaysia, Marokko, Katar, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

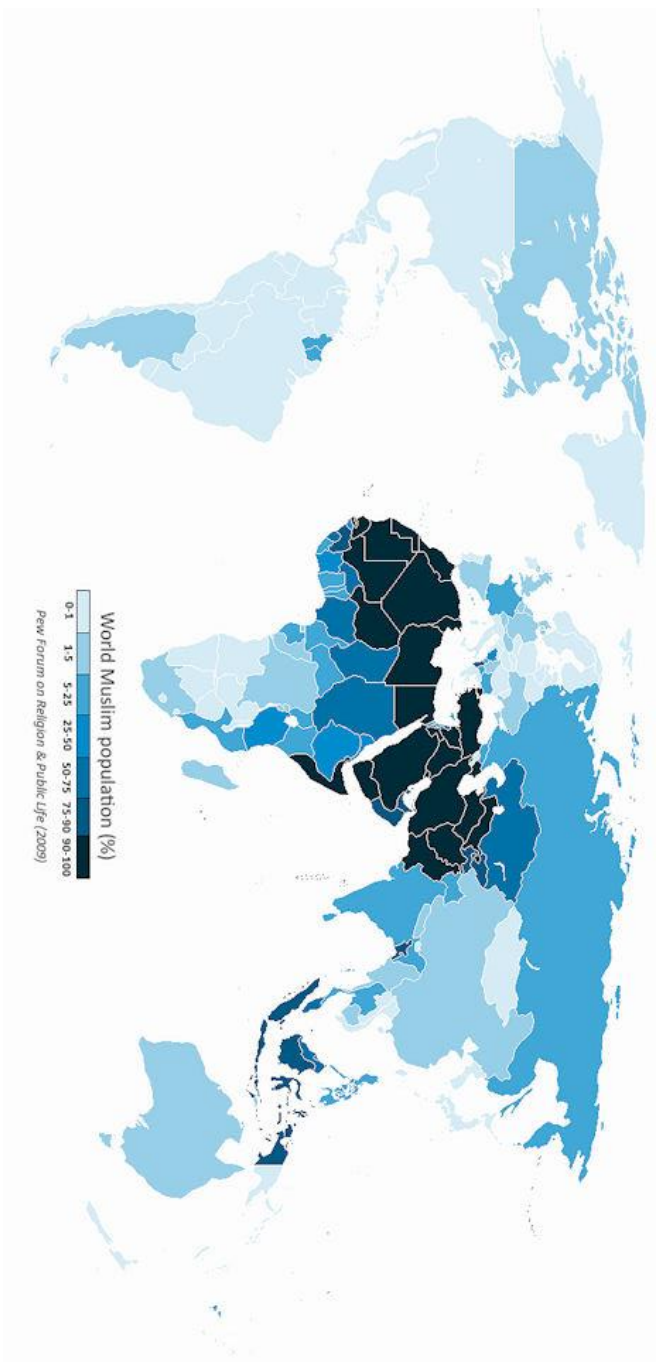


Abbildung 7: Anteil von Muslimen an der Gesamtbevölkerung

Quelle: Tuepflis Global Village Library.

<www.payer.de/islam/isl26.jpg>, abgerufen am 30.03.2016.

Besonderheiten der neuen Verfassung

Die derzeitige ägyptische Verfassung stammt aus dem Jahre 2014 und gilt als die dritte post-revolutionäre Version. Der erste Versuch wurde im Jahre 2012, unter Bekräftigung eines Verfassungsreferendums, vom abgesetzten Präsidenten Muhammad Mursi verabschiedet. Bereits ein Jahr später, am 3. Juli 2013, wurde die Verfassung der Islamisten außer Kraft gesetzt. Am 8. Juli 2013 stellte der neuernannte Übergangspräsident, Adli Mansour, gemeinsam mit einem 50 Personen starken Komitee, ein verfassungsrechtliches Dokument aus 33 Artikeln bereit, welches – im Sinne eines politischen Wegweisers – als Übergangsverfassung gelten sollte. Dieses Dokument sollte den Fahrplan für einen Zeitrahmen von mindestens sechs Monaten vorgeben, in welchem vor allem Fristen für die Fertigstellung einer Verfassungsreform sowie für die Organisation von Präsidentschaftswahlen festgelegt werden sollten.³⁶⁴ Das dritte Referendum wurde schließlich im Jänner 2014 eingeleitet und erhielt eine Zustimmung mit über 98%. Die Wahlbeteiligung lag bei 38.6%.³⁶⁵

Die Positionen der Religionen und deren Verhältnis zum Staat in der neuen Verfassung Ägyptens

Seit der Einführung des Islam als „die Staatsreligion [...]“ sowie „die Richtlinien der islamischen *Scharia* [...]“ als „Grundlage der Gesetzgebung“³⁶⁶ durch Anwar as-Sadat, blieb die Position des Islam auch in der neuen Verfassung unverändert. Eine scheinbar lediglich lexikale Novellierung betrifft

³⁶⁴ Egypt's interim constitutional declaration draws criticisms. In: Ahram Online, 09.07.2013. <bit.ly/1R0ahEs>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁶⁵ Vgl. Official vote result: 98.1% approves Egypt's post-June 30 constitution. In: Ahram Online, 18.01.2014. <bit.ly/1SPC66S>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁶⁶ Die Übersetzung der einzelnen Zitate aus der Verfassung erfolgte durch die Autorin auf Grundlage folgender Version: <www.constituteproject.org/constitution/Egypt_2014.pdf>, abgerufen am 21.01.2016.

hier die Veränderung der „Richtlinien der islamischen *Scharia* als Grundlage des *Gesetzes*“ auf „Grundlage der *Gesetzgebung*“.

Als absolute Neuheit wird nun in Abschnitt 1, Artikel 3 und Artikel 50 ein explizites Pluralitätsbekenntnis, besonders in Hinblick auf jüdische und christliche Minderheiten in Ägypten, postuliert. Für die entsprechenden Gemeinden werden die „Richtlinien der christlichen und jüdischen *Scharia* [...]“ geltend gemacht, welche insbesondere „[...] deren Personenstatus, religiöse Angelegenheiten und die Wahl ihrer geistlichen Führer“ regulieren soll. Darüber hinaus erkennt Abschnitt 3, Artikel 50 erstmals das koptische Erbe, neben dem islamischen und altägyptischen, als einen „Teil der ägyptischen Zivilisation und kulturelles Erbe [...]“, an. „Der Staat sieht sich in der Aufgabe, sowohl dieses Erbe als auch das zeitgenössische, kulturelle Erbe, möge jenes architektonischer, literarischer oder sonstiger künstlerischer Natur sein, zu bewahren. Angriffe auf das besagte Erbe gelten als Verbrechen und werden vom Gesetz bestraft. Der staatliche Schutz gilt auch dem kulturellen Pluralismus.“

Artikel 1 (zuvor in Artikel 2 vermerkt) war bereits zu Zeiten des Mubarak-Regimes stets im Mittelpunkt religions-politischer Diskussionen sowie ein kontinuierlicher Streitgegenstand zwischen säkularen Kopten und Muslimen und Befürwortern konfessionell getrennter Familienrechte. Munir Fakhri Abd an-Nur, ein ägyptischer Politiker, reichte diesbezüglich einen Antrag beim National Council for Human Rights (NCHR) ein, um die ersten realen Schritte in Richtung einheitliches Familienrecht für Muslime und Christen in Ägypten zu beschreiten. Nach einer unseriösen Zurückweisung seitens des NCHR zog Abd an-Nur den Antrag mit den folgenden Worten zurück: „Just forget it. At this stage it is very far from the common culture“.³⁶⁷ Die Debatte um das Familienrecht scheint weniger die Anfechtung des besagten Artikels an sich zu intendieren, sondern vielmehr als eine Stellungnahme gegen die zunehmend politisch aktive Kirche zu vermitteln,

³⁶⁷ Scott, Rachel: *The Challenge of Political Islam: Non-Muslims and the Egyptian State*. Chicago 2010, S. 69ff.

die sich auf diesem Wege ihre Autorität und Kontrolle über ihre Gemeinde zu sichern versucht.³⁶⁸

Wie auch bereits in den älteren Verfassungen³⁶⁹ vorhanden, findet Abschnitt 3, Artikel 64 direkten Anschluss an dieses umstrittene Pluralitätsbekenntnis, explizit artikuliert durch die „absolute Freiheit im Glauben“, ergänzt durch den Zusatz zu Errichtungsrechten für Gebetshäuser und der freien Ausübung von religiösen Ritualen. Diese Rechte werden im gegenständlichen Artikel ausschließlich auf „abrahamitische Religionen“ begrenzt.

Was die Stellung von Religion in der Politik betrifft, so äußert sich Artikel 74 gegen eine Fusion dieser beiden zu trennenden Gewalten insoweit, als „keine politischen Aktivitäten ausgeübt und keine politischen Parteien auf Basis von Religion gegründet [...]“ werden dürfen. Diese Voraussetzungen waren bereits in den vorhergehenden Verfassungen gegeben.³⁷⁰

An dieser Haltung scheint sich auch Abschnitt 2, Artikel 7 zu orientieren. Dieser Verfassungsartikel versucht, eine klare Trennlinie zwischen den Interventionsbereichen des Staates und jenen des Azhars festzulegen. Al-Azhar wird als „eine unabhängige islamisch-wissenschaftliche Institution mit ausschließlicher Zuständigkeit für ihre Angelegenheiten“ definiert, deren Aufgabenbereiche sich auf „islamische Wissenschaften und islamische Angelegenheiten“ sowie auf „da‘wa als auch die Verbreitung religiöser Wissenschaften und der arabischen Sprache in Ägypten und auf der ganzen Welt“ begrenzen lassen. „Der Staat ist für die nötige finanzielle Ausstattung verantwortlich, welche für die Erfüllung der Zwecke des Azhar notwendig ist.

³⁶⁸ Mayton, Joseph: Copts' Uphill Battle (01.03.2012). <<http://carnegieendowment.org/sada/?fa=47345>>, abgerufen am 21.01.2016; Scott, Rachel: The Challenge of Political Islam: Non-Muslims and the Egyptian State. Chicago 2010, S. 70.

³⁶⁹ Vgl. Verfassung 1971, Artikel 64. <www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file_id=189854>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁷⁰ A.a.O. Artikel 5. <www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file_id=189854>, abgerufen am 21.01.2016.

Al-Azhars Großmufti ist unabhängig und darf nicht abgesetzt werden. Das Gesetz bestimmt die Methode zur Ernennung des Großmuftis [...]“.

Die propagierte Trennung von politischen und religiösen Sphären in der Verfassung bleibt auch unter al-Sisi eine lediglich formale und theoretische Angelegenheit. Im Folgenden werden einige dieser Sphärenüberschreitungen anhand von aktuellen Beispielen exemplarisch dargestellt.

Sphärenüberschreitung als Maßnahme gegen den Islamismus

Eine legale Sphärenüberschreitung ermöglicht sich die Regierung, wie auch bereits ihre Vorgänger, anhand des Ministeriums für islamische Stiftungen. Das *Wazart ul-Awqaf* bot erstmals Muhammad Ali und später auch König Faruk die nötigen religiös-fundierte Absegnungen für ihre Legitimation als Herrscher, nachdem die besagten *awqaf* einst als Wohltätigkeitsprojekt, verwaltet von al-Azhar, im Dienste der Bedürftigen standen. Die religiösen Stiftungen wurden dann erstmals unter Abdel-Nasser 1952 verstaatlicht und als ‚Gateway‘ für politische Interventionen missbraucht und bis zur Gegenwart als solche aufrechterhalten.³⁷¹ Als Folge der staatlichen Subordination wurden somit die Imame, die an den Moscheen der *awqaf* angestellt waren, zu Staatsdienern und unterliegen seitdem dem Willen der Regierung.

Das Bücherverbot und die religiöse Revolution

Am Neujahrstag des Jahres 2015 rief der Präsident zu einer „religiösen Revolution“³⁷² auf. Dieser Appell zur „Erneuerung des religiösen Diskurses“³⁷³

³⁷¹ Ibrahim, Saad Eddin: Egypt's Islamic activism in the 1980s. In: Third World Quarterly, Vol. 10, 2/1988, S. 632ff.

³⁷² Egypt's President calls for a 'religious revolution'. In: CNN News, 06.01.2015. <<http://edition.cnn.com/2015/01/06/africa/egypt-president-speech/>>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁷³ Egypt to confiscate 'fundamentalist' books from mosques. In: Daily News Egypt, 23.06.2015. <www.dailynewsegypt.com/2015/06/23/egypt-to-confiscate-fundamentalist-books-from-mosques/>, abgerufen am 21.01.2016.

sollte die Etablierung und Weitergabe radikaler Ideologien in den Moscheen unterbinden. Hierzu nahm al-Sisi die azharitische Gelehrsamkeit in seiner Neujahrsrede in die Pflicht, indem er die Verantwortung dieser Aufgabe an den Azhar zu delegieren scheint:

„Ich sage und wiederhole es nochmals, dass wir eine religiöse Revolution notwendig haben. Ihr Imame seid vor Allah verantwortlich. Die ganze Welt wartet auf euer Wort, [...] weil die islamische Welt zerrissen, zerstört und verloren ist. Und sie ging durch unsere eigenen Hände verloren [...]“.³⁷⁴ Die ersten realen Schritte dahingehend unternahm aber der Staat: Ende Juni 2015 verkündete das Ministerium für *Awqaf* erstmals die Konfiszierung von Büchern³⁷⁵ und digitalen Materialien, die „von extremistischen Autoren oder Mitgliedern der Muslimbruderschaft oder der *al-Jama‘a al-Islamiyya* [...] wie Sayyed Qutb, Yusuf al-Qaradawi und Hassan al-Banna“³⁷⁶ verfasst worden sind. Die Kampagne ordnete die gründliche Durchsuchung aller Moscheebibliotheken nach „Büchern, die Fundamentalismus und Extremismus verherrlichen und das Gegenteil von einem moderaten Islam verkünden [...]“ an. „Ein Komitee wird die Bücher in jeder Stadt untersuchen, bewerten und beseitigen“³⁷⁷, wie der offizielle Prediger des Ministeriums,

³⁷⁴ Egypt's President calls for a 'religious revolution'. In: CNN News, 06.01.2015. <<http://edition.cnn.com/2015/01/06/africa/egypt-president-speech/>>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁷⁵ Folgende Gelehrte gelten ab gegebenem Zeitpunkt als „verboten“: Muhammad Ibn Abdul Wahhab, Ibn Taymiyyah, Ibn Baz, Ibn Uthaymeen, Abu Ishaq al-Huweini, Mohamed Hussein Yacoub, Mohammed Hassan. Die Werke folgender Gelehrter wurden bereits entfernt: Wagdi al-Ghoneim, Yusuf al-Qaradawi, Muhammad al-Maqsood, Yasser al-Burhami, Abu Ishaq al-Huweini, Mohamed Hussein Yacoub, Mohammed Hassan; vgl. Bücher von Ibn Baz und Ibn Uthaymin aus den Moscheen Ägyptens beschlagnahmt. <<http://arabi21.com/story/840519>>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁷⁶ O'Brien, Liam: Egypt seizes and burns books that promote “fundamentalism and extremism” from mosques (30.06.2015). <bit.ly/1LASCdu>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁷⁷ Egypt to confiscate 'fundamentalist' books from mosques. In: Daily News Egypt, 23.06.2015. <www.dailynewsegypt.com/2015/06/23/egypt-to-confiscate-fundamentalist-books-from-mosques/>, abgerufen am 21.01.2016.

Ashraf Fahmy, Daily News Egypt mitteilte.³⁷⁸ Ab sofort dürfen, laut Mohammed Mukhtar Gomma, Präsident des obersten Rates für islamische Angelegenheiten in Ägypten, Moscheebibliotheken nicht länger selbstständig Bücher anwerben, ohne die Absegnung durch das Ministerium zu erhalten. Jeglicher Verstoß dagegen wird strafrechtlich verfolgt.

Die Entlassung unautorisierter Imame

„Kein Prediger wird die *minbar*³⁷⁹ nächsten Freitag ohne Erlaubnis besteigen.“³⁸⁰ Diesem Motto gemäß startete das Ministerium bereits 2014 seine erste Offensive gegen das geistliche Personal in den Moscheen. Auch hier war das Ziel, bestimmtem Gedankengut Einhalt zu gebieten, um „die nationale Sicherheit zu bewahren“.³⁸¹ Der damalige Übergangspräsident Adli Mansour erließ ein Dekret, welches das illegale Predigen, das Unterrichten in Moscheen oder anderen öffentlichen Räumen sowie das Tragen von geistlicher Kleidung untersagt. Ab Verlautbarung werden ausschließlich Azhar-Absolventen für das Amt des Predigers zugelassen. Im selben Jahr wurden daraufhin 17.000 Prediger vom Staat autorisiert und etwa 12.000 weitere entlassen. Die Strafen für das illegale Bekleiden eines geistlichen

³⁷⁸ Egypt to confiscate ‘fundamentalist’ books from mosques. In: Daily News Egypt, 23.06.2015. <www.dailynewsegypt.com/2015/06/23/egypt-to-confiscate-fundamentalist-books-from-mosques/>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁷⁹ Die *minbar*, etymologisch stammend aus der Wurzel *nabara* 'erhöhen', ist die meistens via Stiegen zu erreichende Kanzel in der Moschee, von welcher aus der Imam die *khutab* (Predigten) an die Gemeinde hält. Sie befindet sich neben dem sogenannten *mihrab*, der Gebetsnische des Imam. Vgl. Encyclopaedia of Islam. <bit.ly/251VUZD>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁸⁰ Egypt unlicensed preachers banned, face fines. In: Al Arabiya, 07.06.2014. <bit.ly/1letjKy>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁸¹ Ebd.

Amtes liegen bei bis zu einem Jahr Haft und Geldstrafen von bis zu 50.000 ägyptischen Pfund, also etwa 5.000 Euro.³⁸²

Eingrenzung und Überwachung des Moscheebetriebs im Fastenmonat Ramadan

Eine weitere Maßnahme des Ministeriums zur Vereitelung islamistischen Einflusses im Lande wurde am Abend vor Beginn des Fastenmonats Ramadan 2015 angekündigt. Diese Maßnahme umfasst in erster Linie die Überwachung aller Moscheen, welche für den Fastenmonat typischen Aktivitäten Raum bieten möchten. Der offizielle Sprecher des Ministeriums erklärte der saudischen Zeitung al-Sharq al-Awsat, dass der Grund für die Restriktionen in erster Linie darin besteht, „um Mitglieder der Muslimbruderschaft oder Mitglieder aus anderen extremistischen Organisationen vom Betreten von Moscheen sowie das Abhalten von Meetings zu verwehren“³⁸³. Diese Anordnung zielt somit darauf ab, dass nur bestimmte Moscheen für die sogenannten *Taraweeh*-Gebete, – also die nächtlichen, nach Verrichtung des Abendgebetes stattfindenden zusätzlichen Gebete im Monat Ramadan – zugelassen werden. In Zahlen bedeutet diese Verordnung, dass in Kairo bei einer ungefähren Einwohnerzahl von etwa 20 Millionen, nur 196 Moscheen diesen Dienst anbieten dürfen. In Alexandria, bei etwa fünf Millionen Einwohnern, dürfen nur 19 Moscheen das *Taraweeh*-Gebet anbieten. Diese Restriktionen gelten ebenso für die Moscheen, in welchen Gläubige spirituelle Rückzüge (*i'tikaaf*), insbesondere in den letzten zehn Tagen des Fastenmonats, vornehmen. In dieser Praxis verbringt der/die MuslimIn eine

³⁸² Reuters: Egypt bans unlicensed preachers, tightens grip on mosques (07.06.2014). <www.reuters.com/article/2014/06/07/us-egypt-religion-preachers-idUSKBN0EI0PV20140607>, abgerufen am 21.01.2016.

³⁸³ Wright, Alex: Egypt imposes strict rules on Ramadan prayers. In: Al Araby, 17.06.2015. <www.alaraby.co.uk/english/blog/2015/6/17/egypt-imposes-strict-rules-on-ramadan-prayers>, abgerufen am 21.01.2016.

oder mehrere Nächte in der Moschee. In Kairo sind dafür nur 247 Moscheen vorgesehen.³⁸⁴

Conclusio

Ägyptens Streben nach Emanzipation und Demokratisierung ist von Beginn an durch seine Realisierungsversuche zwischen den Fronten zweier rivalisierender ideologischer Systeme geprägt. Beide Ideologien, seien es jene der Islamisten oder jene des Militärs, sehen die Erreichung des jeweiligen Idealzustandes ausschließlich unter der Führung ihrer jeweiligen politischen Strategien und Weltanschauungen als möglich an. Die jeweilige Opposition wird als bedrohliche Kraft verstanden, die den Befreiungsbestrebungen Ägyptens destruktiv entgegenarbeitet.

Für die Islamisten war stets „*der Islam*“ die Lösung. Sämtliche politische, wirtschaftliche und soziale Rückstände wurden ihrer Ansicht nach vor allem durch die Verdrängung des Islam und der Ablehnung der *Scharia* Gottes als einzig legitimer Grundlage rechtschaffender Politik herbeigeführt. Bisherige Regierungen erlagen ihrem Ermessen nach dem Kapital und den trügerischen Idealen des Westens.

Die Oppositionskräfte wiederum erkannten bereits vor der Etablierung der Muslimbruderschaft die herausfordernde Kraft und die immerwährende Rolle des Islam in Ägypten. Angst erweist sich stets als effektives politisches Druckmittel zur Minimierung der islamistischen Anhängerschaft und deren SympathisantInnen. Extremistische Handlungen, wie etwa jene der *Jamaa al-Islamiyya* und der Dschihad-Gruppe sowie auch repressive islamistische Regime wie im Iran oder Afghanistan (zurzeit der Taliban) werden zwecks Abschreckung als dunkle Alternative zum militärischen Regime propagiert. Die Kompetenzen des Regimes im Kampf gegen den Islamismus und der

³⁸⁴ Egypt to restrict activity of mosques during Ramadan. In: Middle East Eye, 11.06.2015. <www.middleeasteye.net/news/egypt-restrict-access-mosques-during-ramadan-190661969>, abgerufen am 21.01.2016.

Grad der Kontrolle über dessen AkteurInnen gelten bis zur Gegenwart als determinierend für die Fähigkeit einer Regierung.

Es kann also bislang noch nicht einmal davon gesprochen werden, dass die ägyptische Demokratie in Kinderschuhen steckt, zumal die ersten demokratischen Schritte durch den brutalen Coup von 2013 zunichtegemacht wurden.

Darüber hinaus scheint sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene der Zwang allgegenwärtig zu sein, „Farbe bekennen“ zu müssen. Entweder man bekennt sich zu Schwarz oder Weiß. Alternativen scheint es auch unter Nachbarn, Freunden oder sogar unter Familienangehörigen nicht geben zu dürfen. Die ägyptische Gesellschaft sowie die normativen Kräfte der manipulativen ägyptischen Medien vermitteln daher oft den Anschein, die ägyptische Gesellschaft bestünde ausschließlich aus *Sisawiyya*, also Sisi-AnhängerInnen, und *Ikhwan*.

Dennoch zeigte sich vor allem während der kurzen Regierungszeit Mursis das beträchtliche Ausmaß an diversen Oppositionsgruppen, welche sich weder mit dem einen noch mit dem anderen Extrem identifizieren können oder wollen. Viele dieser Parteien und Gruppierungen, die in den ägyptischen Medien fälschlicherweise häufig pauschal als „Liberale“ bezeichnet werden, fanden sich u. a. im Kampf gegen die islamistische Regierung in großen Koalitionen wieder. Eine davon formierte sich aus etwa 35 politischen Parteien zur sogenannten „nationalen Heilsfront“ (*jibbat ul-inqaz*). Diese bildeten eine Contra-Bewegung gegen die von Muhammed Mursi erklärte Verfassung aus dem Jahr 2012 und repräsentierten eine klare und vereinte Stimme gegen den amtierenden Präsidenten selbst sowie gegen die Muslimbruderschaft. Mit dem Ziel vor Augen, Mursi entmachten zu wollen, befürwortete die Heilsfront einstimmig die militärische Intervention, durch welche schließlich am 3. Juli 2013 Mursi, der erste zivile Präsident in der Geschichte Ägyptens, entmachtet wurde.

Die Phase nach diesem Staatsstreich scheint dennoch die Einordnung in ein Schwarz-Weiß-Raster (Regime vs. Muslimbrüder) fortzusetzen und nur

wenige politische Stimmen widersetzten sich dem altbekannten System. Der Pressesprecher der linken Heilsfront, Khaled Dawoud, gilt heute für seine ehemaligen politischen Verbündeten als „Brotherhood sympathizer, a secret cell, a traitor and a US agent“³⁸⁵. Dawouds Austritt erfolgte zwei Tage nach der militärischen „Säuberung“³⁸⁶ des Raba'a-Adawiyya-Platzes in Kairo, auf welchem im August 2013 ägyptische Sicherheitskräfte mehrere hundert friedliche DemonstrantInnen überfielen. Diese DemonstrantInnen waren in erster Linie gemeinsam gegen die militärische Intervention und gegen den undemokratischen Weg der Absetzung des Präsidenten auf den Platz gegangen waren, um ihrem Protest in Form von Sit-ins Ausdruck zu verleihen. In den staatlichen Medien wurde die tagelange Demonstration als eine Gefahr für die nationale Sicherheit dargestellt, um die Vertreibung der campierenden Protester zu rechtfertigen. Die Vorstände der linken Front, darunter u. a. Hamdin Sabbahi und Amr Musa, begrüßten die Aktion. Dawoud verurteilte sowohl seine Kollegen als auch die Herangehensweise des Militärs, da diese Maßnahme das intendierte Ziel seiner Bemühungen verfehlte „ We wanted a political deal, we wanted Morsi removed, but we didn't want to suppress [the Muslim Brotherhood] or kill them or consider them an outlawed organization“. ³⁸⁷ Seine Äußerungen gegen das vorherrschende Regime stigmatisierten den linken Politiker automatisch

³⁸⁵ Kouddous, Sharif Abdel: What Happened to Egypt's Liberals After the Coup? In: The Nation, 01.10.2013. <www.thenation.com/article/what-happened-egypts-liberals-after-coup/>, abgerufen am 21.06.2015.

³⁸⁶ Turki, Ahmed: 336 Menschen in Untersuchungshaft, beschuldigt für das Rabaa Massaker. <www.egynews.net/تجديد-حبس-336-متهمًا-بفضية-أحداث-فض-رابعة/>, abgerufen am 21.06.2015.

³⁸⁷ Kouddous, Sharif Abdel: What Happened to Egypt's Liberals After the Coup? In: The Nation, 01.10.2013. <www.thenation.com/article/what-happened-egypts-liberals-after-coup/>, abgerufen am 21.06.2015.

zum Muslimbrudersympathisanten – eine Situation, welche nicht nur gesellschaftliche und berufliche Diskriminierung bedeuten kann, sondern sich wie im Fall-Dawud³⁸⁸ als lebensbedrohliche Situation erweisen kann.

Diese weitgehend fehlende Akzeptanz und Sensibilität gegenüber politischem als auch weltanschaulichem Pluralismus erschwert allerdings die Vision eines demokratischen Ägypten. Vor allem die Aufrechterhaltung der nasseristischen Schwarz-Weiß-Politik spaltet das Land nun seit 52 Jahren in zwei Lager, die es daran hindert sich demokratischen Grundwerten anzunähern. Vor allem viele junge ÄgypterInnen ergreifen jeden Halm, der ihnen in dieser aussichtslosen Lage auf eine bessere Zukunft verspricht, um ihren Wunsch nach *Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit*³⁸⁹ woanders, abseits ihrer Heimat, in Erfüllung gehen zu lassen.

³⁸⁸ Zu Dawuds Konsequenzen als Oppositioneller gegen das Militärregime siehe u. a.: In Egypt, anti-military politician becomes victim of anti-coup mob. In: The Times of Israel, 06.10.2013. <www.timesofisrael.com/in-egypt-anti-military-politician-becomes-victim-of-anti-coup-mob/>, abgerufen am 21.06.2015.

³⁸⁹ „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“ war der Slogan der ägyptischen Revolution.

Syrien – Die Auflösung des letzten säkularen Staates im Nahen Osten

Joachim Guilliard

Vom toleranten Zusammenleben zum Siegeszug islamistischer Milizen

Syrien ist gemäß der Verfassung von 1973 ein säkularer Staat, der alle Religionen respektiert und die Religionsfreiheit garantiert.³⁹⁰ Dies hat sich durch die Verfassungsreform von 2012 nicht geändert.³⁹¹ Die Verfassung enthält keinen Verweis auf die *Scharia* und macht den Islam nicht zur Staatsreligion, Präsident kann jedoch nur ein Muslim werden und die „islamische Rechtswissenschaft“ soll eine Hauptquelle der Gesetzgebung sein. Während in allen anderen Bereichen staatlichen Rechts die Religionszugehörigkeit keine Rolle spielt, gilt im Personenstandsrecht dennoch die *Scharia* und im Familienrecht die Gesetze der jeweiligen Religionsgruppen.³⁹² Trotz der noch bestehenden Widersprüche zwischen säkularer Staatsdoktrin und Rechtspraxis sind Staat und Religion weitgehend getrennt. Die islamischen Stiftungen (*awqaf*) wurden unter staatliche Kontrolle gestellt und ihr Besitz zum großen Teil verstaatlicht. Alle Glaubensrichtungen können jedoch ihre Religion frei ausüben.

Gegen die Säkularisierung gab es zwar massiven Widerstand von Seiten islamischer Kräfte bis hin zu regelrechten Aufständen, wie 1964 in Hama,

³⁹⁰ Syrian Constitution, Adopted on 13 March 1973. <www.servat.unibe.ch/icl/sy00000_.html>, abgerufen am 08.02.2016.

³⁹¹ Syria: new constitution 2012 (engl. Übersetzung der staatlichen Nachrichtenagentur Sana). <www.al-bab.com/arab/docs/syria/syria_draft_constitution_2012.htm>, abgerufen am 08.02.2016.

³⁹² Christmann, Andreas: Der Islam in ausgewählten Staaten: Syrien. In: Ende, Werner/Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart. München 2005, S. 510ff.

1965 in Damaskus und 1970 in Aleppo, starke politische, soziale und kulturelle Faktoren hemmten dennoch eine nennenswerte Ausbreitung radikaler islamistischer Kräfte. Das Land hat eine lange Tradition und eine bis heute lebendige Praxis moderaten islamischen Denkens, sowie – bis vor kurzem – auch eines friedlichen, toleranten Zusammenlebens der unterschiedlichen Religionen. Auch die abschreckenden Beispiele in den Nachbarländern – zuerst Libanon und später Irak – sorgten sicherlich dafür, dass islamistische Hardliner letztlich auf keine größere Akzeptanz stießen.

Allerdings radikalisierte der Krieg der USA und ihrer Verbündeter 2003 gegen den Irak auch viele syrische Sunniten. Tausende beteiligten sich am Kampf gegen die ausländischen Besatzungstruppen. Viele von ihnen kämpften in den Reihen *al-Qaida*-naher Gruppen und des „Islamischen Staates im Irak“, die dadurch Stützpunkte im Osten Syriens errichteten und grenzüberschreitend operieren konnten.

Ab 2006 profitierten syrische islamistische Gruppen auch von einer strategischen Neuausrichtung der US-Politik in der Region, im Zuge derer, statt *al-Qaida*, Taliban und anderen sunnitischen Extremisten, der Iran und der von ihm angeführte sogenannte „schiiitische Bogen“ über Syrien bis hin zur libanesischen *Hisbollah* zur strategisch größten Bedrohung für die USA erhoben wurde. Recherchen des renommierten, investigativen US-Journalisten Seymour Hersh³⁹³ und die von Wikileaks veröffentlichten Botschaftsdepeschen legen nahe, dass die USA in Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien regierungsfeindlichen, meist islamistischen Gruppen, Millionen-Beträge und logistische Hilfsmittel zur Verfügung stellten, um die Assad-Regierung zu schwächen.³⁹⁴

³⁹³ Hersh, Seymour: The Redirection. In: The New Yorker, 05.03.2007. <www.newyorker.com/magazine/2007/03/05/the-redirection>, abgerufen am 08.02.2016.

³⁹⁴ Gosztola, Kevin: WikiLeaks Cables Show US Strategy for Regime Change in Syria as Protesters are Massacred. In: The Dissenter, 05.08.2011. <<https://shadowproof.com/2011/08/05/wikileaks-cables-the-us-strategy-to-push-for-regime-change-in-syria/>>, abgerufen am 08.02.2016.

Ihre Stunde schlug als im März 2011 auch in Syrien massive Proteste ausbrachen. Obwohl die Protestbewegung an sich, wie in den anderen arabischen Ländern zuvor, zunächst gewaltfrei war, gab es von Anfang an auch bewaffnete Angriffe auf Sicherheitskräfte und staatliche Einrichtungen, bei denen bereits in den ersten Tagen Polizisten getötet wurden.³⁹⁵ Schon im ersten Monat starben bei den sich rasch ausbreitenden Auseinandersetzungen neben 220 Zivilisten auch 50 Sicherheitskräfte. Alles deutet daraufhin, dass es regierungsfeindliche Gruppen gab, die von Anfang an gezielt auf eine gewaltsame Eskalation setzten. Diese schritt im Zusammenspiel mit der gewaltsamen Reaktion der syrischen Sicherheitskräfte auch rasch voran.

Bereits am 11. März, d. h. eine Woche vor den ersten gewaltsamen Zusammenstößen, berichtete Reuters über Waffenlieferungen aus dem Irak, die von der syrischen Polizei entdeckt worden waren.³⁹⁶ Die Beschlagnahmung mehrerer Waffenlieferungen an der Grenze zu Syrien durch libanesischen Sicherheitskräfte Anfang April bestätigten die Existenz eines frühen regen Waffenschmuggels.³⁹⁷ Anfang April beobachteten Al Jazeera-Korrespondent Ali Hashem und seine Crew, wie bewaffnete Kämpfer vom Libanon kommend nach Syrien eindringen. Sie waren vermutlich nicht die ersten.³⁹⁸ Im Sommer 2011 traten schon die ersten bewaffneten dschihadistischen

³⁹⁵ International Crisis Group: Popular Protest in North Africa and the Middle East VII – The Syrian Regimes Slow-motion Suicide. In: Middle East/North Africa Report, 109/2011. Syria: Seven Police Killed, Buildings Torched in Protests. In: Israel National News/Arutz Sheva, 21.03.2011. <www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/143026#.Vrn_AVJpFWD>, abgerufen am 08.02.2016; Syrian protesters set fire to ruling party's headquarters, Palace of Justice. In: The Globe and Mail, 20.03.2011. <bit.ly/1QUuzRU>, abgerufen am 08.02.2016.

³⁹⁶ Syria's security forces seize arms smuggled from Iraq. In: The Guardian, 11.03.2011.

³⁹⁷ Reuters: Lebanon stops weapons from entering Syria, sources say (14.04.2011). <<http://in.reuters.com/article/idINIndia-56333020110414>>, abgerufen am 08.02.2016.

³⁹⁸ Al Jazeera Journalist Explains Resignation over Syria and Bahrain Coverage. In: The Real News, 20.03.2012. <http://therealnews.com/t2/index.php?option=com_content&task=view&id=31&Itemid=74&jumival=8106>, abgerufen am 08.02.2016; Vgl. ebenso: Narwani, Sharmine: Surprise Video Changes Syria Timeline. In: Al Akhbar, 04.04.2012. <<http://english.al-akhbar.com/node/5897>>, abgerufen am 08.02.2016.

Gruppen in Erscheinung, darunter die ersten Einheiten des *al-Qaida*-Ablegers *al-Nusra Front* und der salafistischen Miliz *Abrar al-Sham*.

Der Zustrom von Waffen und auch ausländischen Kämpfern wuchs rasch an, die meiste Unterstützung für aufständische Gruppen kommt seither in Form von Geld, Waffen und Material aus den arabischen Golfmonarchien, vor allem aus Saudi-Arabien, Katar und der Türkei, aber auch aus anderen NATO-Ländern. Ab Herbst 2011 strömten aus Libyen, wo den siegreichen islamistischen Milizen nach dem Sturz des alten Regimes große Waffenarsenale in die Hände gefallen waren, Kämpfer und große Mengen Waffen ins Land. Auch aus Afghanistan, Irak, Tschetschenien und zahlreichen anderen Ländern, inklusive Staaten der EU, zogen Dschihadisten nach Syrien, um dessen verhasstes, weitgehend säkulares Regime zu stürzen.³⁹⁹ Das Gros der Waffen und Kämpfer gelangte über die Türkei nach Syrien, Berichten u. a. der New York Times zufolge, koordiniert von der CIA.⁴⁰⁰

Zumindest die westliche Unterstützung war für die „moderaten Aufständischen“ bestimmt. Die Trennung zwischen moderaten und dschihadistischen Gruppen schwand jedoch im Laufe der Kämpfe vor Ort. Ein großer Teil der Kämpfer lief schließlich zu den Gruppen über, die sich als am schlagkräftigsten und finanzstärksten erwiesen – und dies waren der syrische *al-Qaida*-Ableger, *al-Nusra Front* und der *Islamische Staat im Irak und al-Sham* (alternativ: Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL)); im Folgenden durchgängig mit ISIS abgekürzt).⁴⁰¹

³⁹⁹ Siehe z. B.: Engdahl, William: US-trained ISIS militants used to reorganize Middle East. In: RT, 05.10.2014. <www.rt.com/op-edge/193372-isis-trained-by-us/>, abgerufen am 18.03.2016

⁴⁰⁰ Siehe u. a.: Moskau wirft Westen „Aufhetzung“ in Syrien vor In: Zeit Online, 14.11.2011. <www.zeit.de/news/2011-11/14/eu-moskau-wirft-westen-aufhetzung-in-syrien-vor-14145202>, abgerufen am 08.02.2016; C.I.A. Said to Aid in Steering Arms to Syrian Opposition. In: The New York Times, 21.06.2012. <nyti.ms/1QUVdeF>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁰¹ Siehe u. a. The terrorists fighting us now? We just finished training them. In: The Washington Post, 18.08.2014. <wapo.st/1YVzdSK>, abgerufen am 08.02.2016; Inside the

Weil „die Türken [...] die Saudis und die Emirate unbedingt Assad stürzen wollten, haben sie sogar einen Stellvertreterkrieg zwischen Sunniten und Schiiten in Kauf genommen und für Hunderte von Millionen Dollar Zehntausende Tonnen Waffen an alle geliefert, die Assad bekämpfen wollten, auch an *Aa-Nusra*, *al-Qaida* und die radikalen Dschihadisten, die aus allen Teilen der Welt herbeigeströmt sind“, so fasste US-Vizepräsident Joe Biden – die Rolle des Westens ausklammernd – das Ergebnis zusammen.⁴⁰²

Islamistische Organisationen in Syrien

Schiitische Organisationen

Schiiten bilden mit einem Anteil von weniger als drei Prozent nur eine kleine Minderheit im Land. Es gibt daher auch keine bekannten syrischen schiitisch-islamistischen Organisationen. Es kämpfen zwar eine Reihe schiitischer Milizen auf Seiten der Regierung, sie bestehen aber überwiegend aus Kämpfern aus anderen Ländern, vor allem aus dem Libanon (*Hisbollah*) und dem Irak oder sind direkte Ableger irakischer Milizen.⁴⁰³ Die größte Miliz mit syrischen Mitgliedern ist die *Abu al-Fadl al-Abbas-Brigade*. Sie sieht ihre Hauptaufgabe, wie die meisten irakischen Milizen, in der Verteidigung schiitischer Heiligtümer, wie dem für Schiiten sehr bedeutenden Sayyida Zainab Schrein in Damaskus.⁴⁰⁴

CIA's Syrian Rebels Vetting Machine. In: Newsweek, 10.11.2014. <www.newsweek.com/2014/11/21/moderate-rebels-please-raise-your-hands-283449.html>, abgerufen am 08.02.2016; Ahmed, Nafeez: How the West Created the Islamic State. In: Counterpunch, 12.09.2014.

⁴⁰² Joe Biden Is the Only Honest Man in Washington. In: Foreign Policy, 07.10.2014. <<http://foreignpolicy.com/2014/10/07/joe-biden-is-the-only-honest-man-in-washington/>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁰³ Pro-regime militias in Syria. In: Yahoo! News, 25.09.2015. <<https://news.yahoo.com/pro-regime-militias-syria-104205626.html>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁰⁴ Reuters: Iraqi Shi'ites flock to Assad's side as sectarian split widens (19.06.2013). <www.reuters.com/article/us-iraq-syria-militants-idUSBRE95I0ZA20130619>, abgerufen am 08.02.2016; Schiitischer Jihad in Syrien. In: Der Standard, 24.08.2013.

Sunnitische Organisationen

Die Bandbreite sunnitisch-islamistischer Organisationen erstreckt sich in Syrien seit 2011 über das ganze Spektrum: von moderaten über konservativ-islamischen bis zu salafistisch-dschihadistischen Gruppierungen, wobei mittlerweile bewaffnete Formationen dominieren.

Als moderat bis konservativ-islamistisch können die syrische Muslimbruderschaft und dieser ideologisch nahestehende Gruppen angesehen werden. Die zweite große Kategorie bilden salafistische und dschihadistische Gruppen mit einer auf Syrien bezogenen Agenda, die dritte der „Islamische Staat“ mit seiner länderübergreifenden Zielsetzung.

Syrische Muslimbruderschaft

Der syrische Ableger der Muslimbruderschaft (MB) wurde 1946 gegründet, beteiligte sich 1947 an den ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit Syriens und bis 1963 an den Regierungen. Nach dem sich 1963 die syrische *Baath*-Partei an die Macht geputscht hatte, wurde sie verboten. Obwohl islamistische Kräfte in Syrien damals keinen großen Anhang hatten,⁴⁰⁵ spielten die Muslimbrüder in der Folge eine Hauptrolle im Widerstand gegen das säkulare *Baath*-Regime. Dieser Widerstand, der vor allem von *Bazaris*⁴⁰⁶ und Kleinhandwerkern getragen wurde, richtete sich nicht nur gegen das Zurückdrängen des Einflusses des sunnitischen Klerus im Zuge der Säkularisierung, sondern auch gegen sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen wie z. B. Verstaatlichungen.

⁴⁰⁵ Jasim, Ansar: Die Wiedergeburt der Muslimbrüder? – Syrien ist nicht Hama. In: Alsharq, 16.05.2013. <www.alsharq.de/2013/mashreq/syrien/die-wiedergeburt-der-muslimbruder-syrien-ist-nicht-hama/>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁰⁶ Bazaris sind jene Verkäufer und Arbeiter, die auf Bazaren, den traditionellen iranischen Marktplätzen, tätig sind.

Ziel der MB ist die Schaffung einer rein auf dem Islam und den Regeln der *Scharia* beruhenden Gesellschaft. Diese soll jedoch nicht durch Zwang erreicht werden, sondern durch Erziehung und Missionierung. Das Programm der MB war zudem stark wirtschaftsliberal und anti-sozialistisch ausgerichtet.

Die MB zerfiel nach seinem Verbot in drei Flügel: einen moderaten Flügel in Damaskus, der den bewaffneten Kampf gegen das Regime ablehnte, einen religiös konservativen in Aleppo, der grundsätzlich für den bewaffneten Kampf war, jedoch erst nach besserer Vorbereitung und schließlich einen gleichfalls konservativen aber politisch radikaleren Flügel in Hama, der in der sofortigen Aufnahme des bewaffneten Kampfes, den einzigen Weg zu einem Regimewechsel sah.⁴⁰⁷

Die MB, genauer gesagt deren „Hama-Zweig“, ging 1976, nach dem Einmarsch syrischer Truppen in den Libanon zum bewaffneten Kampf gegen das Regime über. Angriffe mit Schusswaffen und Autobomben töteten nicht nur Hunderte Regierungskräfte und *Baath*-Kader, sondern richteten sich auch gegen alawitische Persönlichkeiten, wie Wissenschaftler, Lehrer und Ärzte. Am 16. Juni 1979 verübte ihr bewaffneter Arm, die „Kampf-Avantgarde“ (*Tali'a muqatila*) das „Massaker an der Artillerieschule“ von Aleppo, bei der gezielt mindestens 36 alawitische Kadetten getötet wurden, während sunnitische Offiziersschüler unbehelligt blieben. Nachdem Staatschef Hafez al-Assad im Juni 1980 nur knapp einem Attentat entkam, wurde die Mitgliedschaft in der MB unter Todesstrafe gestellt. 1982 initiierte der lokale MB-Zweig in Hama einen offenen Aufstand, der von der Armee und der Luftwaffe blutig niedergeschlagen wurde. Zwischen 10.000 und 25.000 MB-Kämpfer, -Aktivisten und -Anhänger wurden dabei getötet und Zehntausende inhaftiert.⁴⁰⁸ Der militante Flügel der Bruderschaft wurde dadurch

⁴⁰⁷ Becker, Petra: Die syrische Muslimbruderschaft bleibt ein wichtiger Akteur. In: SWP-Aktuell, 52/2013. <bit.ly/1SPD57a>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁰⁸ Siehe Celso, Anthony N.: The Syrian Jihad: 1982, 2014. <www.academia.edu/6968728/The_Syrian_Jihad_1982_2014>, abgerufen am 08.02.2016; Carnegie

faktisch ausgeschaltet. Die Organisation, deren Damaszener, von der Händlerschaft dominierter Zweig sich vom Aufstand distanziert hatte, war in der Folge stark gespalten und musste ihre politischen Aktivitäten weitgehend einstellen. Ihre Führer und viele Aktivisten gingen ins Exil. Die Erinnerung an das „Hama-Massaker“ und der Wunsch, die ermordeten Glaubensbrüder zu rächen, motivierte seither Generationen von militanten Islamisten.

Die Bruderschaft suchte ab Mitte der 1990er Jahre einen Ausgleich mit der syrischen Regierung und sagte sich vom gewaltsamen Widerstand und der Forderung nach vollständiger Anwendung der *Scharia* los. In einem „Nationalen Ehrenpakt“ sprach sie sich 2001 für einen pluralistischen Staat mit einem demokratischen System aus. In diesem Programm ist von einem „erneuerten Islam die Rede“, der mit den „Prinzipien moderner Staatsführung vereinbar sei – inklusive Frauenrechte, Minderheitenrechte, dem Recht auf freie Meinungsäußerung und auf freie Religionsausübung etc.“⁴⁰⁹ Allerdings sind wesentliche Punkte sehr vage formuliert und stehen letztlich unter dem Vorbehalt der Einhaltung religiöser Normen und Werte.

2005 schloss sich die MB der „Damaszener Erklärung für den demokratischen Wandel in Syrien“ an, die von den meisten damaligen oppositionellen Kräften getragen wurde. 2006 gründete die MB zusammen mit dem zurückgetretenen Vizepräsidenten Syriens, Abdelhalim Khaddam, die „Nationale Errettungsfront“. Über dieses, von vielen Mitgliedern kritisierte Bündnis, erhielt sie, wie die erwähnten, von Wikileaks veröffentlichten Botschafts-Depeschen nahelegen, Gelder aus den USA und Saudi-Arabien.⁴¹⁰

Middle East Center: The Muslim Brotherhood in Syria (01.02.2012). <<http://carnegie-mec.org/publications/?fa=48370>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁰⁹ Becker, Petra: Die syrische Muslimbruderschaft bleibt ein wichtiger Akteur. In: SWP-Aktuell, 52/2013. <bit.ly/1SPD57a>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴¹⁰ Hersh, Seymour: The Redirection. In: The New Yorker, 05.03.2007. <www.newyorker.com/magazine/2007/03/05/the-redirection>, abgerufen am 08.02.2016; U.S. secretly backed Syrian opposition groups, cables released by WikiLeaks show. In: The Washington Post, 17.04.2011. <wapo.st/1iSuaQK>, abgerufen am 08.02.2016; Gosztola,

Die MB erwies sich gestützt auf ihre Exilstrukturen nach Beginn der Unruhen im März 2011 als die am besten organisierte Gruppierung und wurde rasch zur dominierenden Kraft innerhalb der Opposition. Sie organisierte zusammen mit der türkischen Regierung im Oktober 2011 die Bildung des „Syrischen Nationalrats“ (SNR), in welchem sie auch die stärkste Kraft wurde. Daran änderte sich auch wenig, als die westlichen Staaten, die die Opposition unterstützten, ein neues Oppositionsbündnis ins Leben riefen, die „Nationale Koalition der syrischen revolutionären und oppositionellen Kräfte“ (meist kurz Syrian National Coalition, SNC, genannt).

Die MB verfügt über keine große Anhängerschaft im Land, konnte sich aber auf die verwandtschaftlichen Strukturen ihrer Mitglieder in ihren einstigen Hochburgen Aleppo, Hama, Homs und Idlib stützen. Sie war daher von Beginn des Aufstands an in der Lage, humanitäre Hilfe zu leisten. Unterstützt wird sie von der, den MB nahestehenden türkischen Hilfsorganisation İHH.⁴¹¹ Als dominierende Organisation der international tonangebenden Exilopposition stieß sie bei der inländischen Opposition auf Ablehnung. Sie reagierte mit einem neuen, im April 2012 veröffentlichten Manifest, in dem sie islamistische Phrasen vermied und sich zu einem demokratischen Mehrparteiensystem, einer im Konsens geschaffenen neuen Verfassung und zur angemessenen Vertretung aller ethnischen und religiösen Gruppen bekannte.⁴¹²

In der Praxis setzte sie jedoch zunehmend auf die militärische Karte und ging Bündnisse mit radikaleren Gruppen ein. Sie stellte eigene Milizen auf

Kevin: WikiLeaks Cables Show US Strategy for Regime Change in Syria. In: The Dissenter, 05.08.2011. <<https://shadowproof.com/2011/08/05/wikileaks-cables-the-us-strategy-to-push-for-regime-change-in-syria/>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴¹¹ Becker, Petra: Die syrische Muslimbruderschaft bleibt ein wichtiger Akteur. In: SWP-Aktuell, 52/2013. <www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-aktuell-de/swp-aktuell-detail/article/syrien_muslimbruederschaft_bleibt_wichtig.html>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴¹² International Crisis Group: Anything But Politics: The State of Syria's Political Opposition. In: Middle East Report, 146/2013. <bit.ly/1pIRExQ>, abgerufen am 08.02.2016.

und beteiligte sich an Aufbau und Finanzierung diverser Rebellentruppen.⁴¹³ Als eng mit der Bruderschaft verbunden gilt z. B. die im Juli 2012 gegründete *al-Tawhid Brigade* (*at-Taubid Brigade*), eine der stärksten Milizen in und um Aleppo.⁴¹⁴ Diese schloss sich im September 2013 der „Islamischen Front“ an, die die Autorität des SNR bzw. SNC ablehnt und unterzeichnete ein gemeinsames Papier von elf Milizen, inklusive der *al-Nusra Front*, das „alle militärischen und zivilen Organisationen“ aufforderte, sich „unter einem eindeutig islamischen Rahmen“ zu vereinen und „die *Scharia* zur einzigen Quelle der Gesetzgebung“ zu machen.⁴¹⁵

Als gemäßigt und der Bruderschaft ideologisch nahestehend kann man noch die *Sham Legion* (*Faylaq al-Sham*) bezeichnen, ein Bündnis von 19 nicht sehr großen Brigaden ohne offizielle Verbindungen zur MB, die von Saudi-Arabien finanziert werden.⁴¹⁶

National orientierte dschihadistische Gruppierungen

Abrar al-Sham, Armee des Islam und Suqour al-Sham

Zu den ältesten und bestorganisiertesten bewaffneten Gruppen im syrischen Krieg zählen *Abrar al-Sham*, *Jaysb al-Islam* (Armee des Islam) und *Suqour al-Sham*, die mit ähnlicher Ideologie in verschiedenen Regionen operieren und auch eng zusammenarbeiten.

⁴¹³ Muslim Brotherhood establishes militia inside Syria. In: The Telegraph, 03.08.2012. <bit.ly/1S1PJh2>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴¹⁴ The Story of Al-Tawhid Brigade: Fighting for Sharia in Syria. In: Al-Monitor, 22.10.2013. <www.al-monitor.com/pulse/security/2013/10/syria-opposition-islamists-tawhid-brigade.html#>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴¹⁵ Free Syrian Army units ally with al Qaeda, reject Syrian National Coalition, and call for sharia. In: The Long War Journal, 26.09.2013. <www.longwarjournal.org/archives/2013/09/free_syrian_army_uni.php>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴¹⁶ Lefèvre, Raphael/Yassir, Ali El: The Sham Legion: Syria's Moderate Islamists (15.04.2014). <<http://carnegieendowment.org/syriaincrisis/?fa=55344>>, abgerufen am 08.02.2016.

Ahrar al-Sham, die „islamische Bewegung der freien Männer der Levante“, entstand schon im Sommer 2011 als Zusammenschluss salafistischer Gruppen in den Provinzen Idlib, Aleppo und Hama im Norden Syriens⁴¹⁷ und ist mit 10.000 bis 20.000 Kämpfern nach der *al-Nusra Front* und dem ISIS vermutlich die stärkste regierungsfeindliche Miliz. Sie besitzt mittlerweile Panzer, bewegliche Artillerie, Granatwerfer, moderne Panzerfäuste und Luftabwehrraketen. Zur Frage, ob die Miliz auch Selbstmordattentate durchführt, gibt es widersprüchliche Berichte.⁴¹⁸

Sie wird von den arabischen Golfstaaten finanziert, erhält aber auch starke Unterstützung von der Türkei, die sie ihren NATO-Partnern als moderate Alternative zur *al-Nusra Front* und ISIS anbietet. Auch sie wächst wie diese, indem sie kleinere Gruppierungen absorbiert.⁴¹⁹

Zu ihren Gründern gehörten auch ehemalige Mitglieder der *al-Qaida*, zu der die Miliz von Beginn an enge Beziehungen unterhielt. Ihre Ideologie unterscheidet sich auch nicht sehr von *al-Qaida*-nahen Gruppen. Sie gilt aber als pragmatischer als die *al-Nusra Front* und ihre Sprecher schlagen in der Öffentlichkeit wesentlich moderatere Töne an. Sie versprechen religiöse Minderheiten tolerieren zu wollen und betonen, dass sie einen Kampf „für Syrien“ führen würden und keinen „globalen Dschihad“.⁴²⁰

In einem Interview mit al-Jazeera im Juni 2013 sprach sich ihr damaliger Führer deutlich gegen Demokratie aus, da in dieser Menschen von Menschen nach den Regeln regiert würden, die diesen zusagen. Sie hingegen

⁴¹⁷ TIME Exclusive: Meet the Islamist Militants Fighting Alongside Syria's Rebels. In: Time, 26.07.2012. <ti.me/1bWhapb>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴¹⁸ Stanford University – Mapping Militant Organizations: Ahrar al-Sham (05.11.2014). <<https://web.stanford.edu/group/mappingmilitants/cgi-bin/groups/view/523>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴¹⁹ Syrien: Ahrar al-Sham absorbiert zunehmend kleinere Rebellengruppen. In: Eurasia News, 26.03.2015. <<http://eurasianews.de/blog/syrien-ahrar-al-sham-absorbiert-zunehmend-kleinere-rebellengruppen/>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴²⁰ Syria's Islamist fighters – Competition among Islamists. In: The Economist, 20.07.2013. <econ.st/1Low1Ne>, abgerufen am 08.02.2016.

würden für ein göttliches System eintreten, dessen Gesetze Allahs Gesetze für seine Geschöpfe seien und für seine Diener, die er als seine Stellvertreter auf Erden auserwählt habe.⁴²¹ Seine Hauptkritik am ISIS war, dass dieser ein Kalifat ausrief und die *Scharia* einführte bevor, wie von der *Scharia* gefordert, ein stabiler Staat etabliert wurde.⁴²²

Laut UN-Berichten ist *Abrar al-Sham* für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, darunter Geiselnahmen von Frauen und Kindern, Rekrutierung von Kindern und die Ermordung von Zivilisten. Human Rights Watch berichtet zudem über Massaker, die *Abrar al-Sham* gemeinsam mit verbündeten Milizen begangen hat.⁴²³

„Deren Ideologie ist genauso mörderisch wie die des Islamischen Staates“, urteilt der Nahostexperte Michael Lüders. „Es gibt klare Hinweise darauf, dass die *Abrar al-Sham*, genauso wie die *al-Nusra Front*, ebenso Massaker an der Zivilbevölkerung und an opponierenden Kräften begangen haben, wie das beim Islamischen Staat der Fall ist.“⁴²⁴

Der Ursprung von *Suqour al-Sham* liegt in der Provinz Idlib. Die ideologische Ausrichtung der Gruppe ist mit Fortdauer des Bürgerkrieges extremer geworden. Sie war in den ersten beiden Jahren des Bürgerkrieges eine der mächtigsten Milizen, verlor jedoch ab 2014 aufgrund hoher Verluste im Kampf gegen die Armee und der Abwanderung zahlreicher ihrer Kämpfer

⁴²¹ International Crisis Group: Anything But Politics: The State of Syria's Political Opposition. In: Middle East Report, 146/2013.

⁴²² VICE News: Ghosts of Aleppo (30.09.2014). <www.youtube.com/watch?v=CiyyWiOIKY>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴²³ Human Rights Watch: Syria: Executions, Hostage Taking by Rebels. Planned Attacks on Civilians Constitute Crimes Against Humanity (11.10.2013). <www.hrw.org/news/2013/10/10/syria-executions-hostage-taking-rebels>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴²⁴ Gefährlicher Doppelschlag – Der türkische Bombenkrieg gegen IS und PKK. In: ARD Monitor, 13.08.2015. <www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/tuerkischer-bombenkrieg-100.html>, abgerufen am 08.02.2016.

und Verbündeten zum ISIS an Bedeutung. Im März 2015 schloss sie sich *Abrar al-Sham* an.

Die Armee des Islam (*Jaysh al-Islam*) ist ein von Saudi-Arabien vorangetriebener Zusammenschluss von 50 Gruppen, der rund um Damaskus operiert. Durch starke saudische Unterstützung und trainiert von pakistanischen Ausbildnern sollte sie ebenfalls eine schlagkräftige Konkurrenz zu den beiden *al-Qaida* Ablegern bilden.⁴²⁵ Ihre öffentlichen Erklärungen sind von starker Hetze gegen Alawiten, Schiiten und andere Religionen geprägt. Sie kam Anfang November 2015 in die Schlagzeilen, als sie alawitische Gefangene als menschliche Schutzschilde gegen Luftangriffe einsetzte. Die Geiseln, bei denen es sich wohl hauptsächlich um Offiziere der syrischen Streitkräfte und ihre Ehefrauen handelte, wurden in der Stadt Douma nordöstlich von Damaskus in große Käfige gesteckt, die auf zahlreiche Plätze und Dächer der Stadt verteilt wurden, um die syrische und die russische Armee von Luftangriffen abzuhalten.⁴²⁶ Die Armee des Islam war zu diesem Zeitpunkt, zusammen mit den *Abrar al-Sham* und *Suqour al-Sham*, Teil einer breiten Allianz, der Armee der Eroberung, der auch Milizen angehören, die der MB nahestehen, oder wie die „moderate“ *Liwa' Suqour al-Jabal* von der CIA ausgerüstet werden.⁴²⁷

⁴²⁵ Syria crisis: Saudi Arabia to spend millions to train new rebel force. In: The Guardian, 07.11.2013. <www.theguardian.com/world/2013/nov/07/syria-crisis-saudi-arabia-spend-millions-new-rebel-force>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴²⁶ Bürgerkrieg in Syrien – Menschliche Schutzschilde öffentlich ausgestellt. In: Süddeutsche Zeitung, 03.11.2015. <www.sueddeutsche.de/politik/buergerkrieg-in-syrien-menschliche-schutzschilde-oeffentlich-ausgestellt-1.2720575>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴²⁷ US-backed Syrian rebels say they have been hit by Russian airstrikes. In: The Guardian, 01.10.2015. <www.theguardian.com/world/2015/oct/01/russia-launches-fresh-airstrikes-on-syria-targets>, abgerufen am 08.02.2016; *Liwa' Suqour al-Jabal* ist u. a. Teil des regionalen Ablegers *Fatah Halab*: Archicivilians: "Fatah Halab" military operations room – coalition of 31 rebel factions (18.06.2015). <bit.ly/1Rj5Bii>, abgerufen am 08.02.2016.

Al-Nusra Front

Die *al-Nusra Front* (*Jabhat an-Nusra li-Ahl al-Sham*, Unterstützungsfrent für das syrische Volk) ist zwar der offizielle Ableger von *al-Qaida* in Syrien, präsentiert sich jedoch als eine Organisation, die sich rein auf Syrien konzentriert. Erste Einheiten wurden schon im August 2011 aktiv, vermutlich gebildet von kampferfahrenen Syrern, die bereits im Irak im Rahmen des „Islamischen Staat im Irak“ kämpften. Sie nutzten dessen Infrastruktur in den Grenzgebieten zwischen Syrien und Irak und erhielten Unterstützung anderer irakischer, Iran- und Assad-feindlicher sunnitischer Gruppen und Stämme. Ein Jahr später war sie laut *Washington Post* die schlagkräftigste regierungsfeindliche Miliz.

Die Führungskader der Front sind mehrheitlich Syrer, meist Veteranen aus früheren Konflikten, vor allem in Afghanistan und Irak. Sie hat jedoch auch Tausende ausländische Kämpfer in ihren Reihen. Sie kontrolliert mittlerweile große Gebiete im Norden Syriens und nutzt deren industrielle Infrastruktur mit zu ihrer Finanzierung.

Auch ihr längerfristiges Ziel war die Gründung eines Kalifats in der Levante (im *Bilad al-Sham*), das auch Jordanien, Libanon, Palästina und die Türkische Provinz Hatay umfasst. Da sie jedes Regime, das nicht auf der *Scharia* beruht, als illegitim ansieht, ging es ihr zunächst darum, den Konflikt in Syrien zu nutzen, um das verhasste säkulare Regime durch ein auf islamischen Grundlagen beruhendes zu ersetzen. In ihrer ersten Video-Botschaft, mit der die Front am 24. Januar 2012 ihre Gründung öffentlich bekannt gab, verkündete sie, „das Gesetz Allahs in Sein Land“ zurückzubringen.⁴²⁸ Da für die *al-Nusra Front* Gott und nicht die Gesellschaft die höchste Autorität ist, lehnt sie Demokratie grundsätzlich ab. Muslime, die nicht ihrer

⁴²⁸ Quilliam Foundation: *Jabhat al-Nusra Jabhat al-Nusra li-ahl al-Sham min Mujahedi al-Sham fi Sahat al Jihad – A Strategic Briefing* (Jänner 2013). <bit.ly/1hjiQiH>, abgerufen am 08.02.2016.

salafistischen Interpretation des Islam folgen wollen, insbesondere Angehörige anderer islamischer Strömungen, gelten als vom Glauben abgefallene Ketzer, die dafür mit dem Tod bestraft werden können.

Als die britische Zeitung „The Economist“ einen *al-Nusra*-Kämpfer fragte, welches Schicksal den syrischen Alawiten zgedacht sei, antwortete dieser, es gebe einen Unterschied zwischen einfachen Ungläubigen und jenen, die sich vom Islam abgewandt hätten. Letztere müssten bestraft werden. Dazu würden Alawiten zählen, jedoch auch Sunniten, die Demokratie anstreben und alle Schiiten. Es ginge nicht darum, wer loyal zum Regime Assads stehe, sondern welcher Religion jemand angehöre.⁴²⁹

In der Praxis bemühte sich die *al-Nusra Front* jedoch bald, sich ein gemäßigeres, im Westen weniger anstößiges Image zuzulegen. Gemeinsam mit ihren Gönnern aus den Golfmonarchien, möchte auch sie sich als akzeptable Alternative zum ISIS präsentieren. Sie legt der Bevölkerung in den von ihr eroberten Gebieten offenbar auch ein weniger striktes islamisches Regime auf, als ihr Konkurrent – wohl auch, um keinen Aufstand der Bevölkerung, wie ab 2006 im Irak gegen den ISIS-Vorgänger, zu provozieren.⁴³⁰ Gegen erklärte Gegner und religiöse Minderheiten, wie die Alawiten, geht sie dennoch häufig mit ähnlicher Grausamkeit vor.

Im Krieg gegen die Regierung und den ihr gegenüber loyalen Teilen der Bevölkerung greift die *al-Nusra Front* auch zu denselben terroristischen Mitteln. Sie verübte bereits Hunderte Autobomben- und Selbstmordanschläge inmitten syrischer Städte, nicht nur auf Armee- und Regierungseinrichtungen, sondern auch auf zivile Ziele. Ihre Intention ist, Chaos, Unsicherheit und Furcht zu verbreiten und so Ansehen und Autorität der Re-

⁴²⁹ An interview with Jabhat al-Nusra. In: The Economist, 23.05.2013. <www.economist.com/blogs/pomegranate/2013/05/syrias-fighters-0>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴³⁰ Nusra-Front in Syrien – Dschihadisten auf PR-Tour. In: Spiegel Online, 28.05.2015. <www.spiegel.de/politik/ausland/nusra-front-in-syrien-terrorgruppe-auf-pr-offensive-a-1035900.html>, abgerufen am 08.02.2016.

gierung zu schädigen. Die ersten massiven Anschläge waren zwei Autobomben vor Regierungsgebäuden im Kfar Sousa-Viertel von Damaskus am 23. Dezember 2011 mit 44 Toten und 166 Verletzten und ein Selbstmordattentat im al-Midan-Bezirk von Damaskus auf Busse mit Bereitschaftspolizei am 6. Januar 2012, bei welchem 26 Menschen getötet und über 60 verwundet wurden – in allen Fällen waren die meisten Opfer Zivilisten.

Dennoch protestierten Vertreter des Oppositionsbündnisses „Nationale Koalition“, das von den USA und den EU-Staaten als „legitime Vertretung des syrischen Volkes“ anerkannt ist, gegen die Entscheidung dieser Staaten, die *al-Nusra Front* auf ihre Terrorlisten zu setzen. „Es ist nichts Falsches dabei, im Namen des Islam zu kämpfen, sagte ihr damaliger Führer, Ahmed Moaz al-Khatib, auf einem Treffen mit den Unterstützerstaaten im Dezember 2012 zu den versammelten Ministern und Diplomaten. Wenn *al-Nusra* auf derselben Seite stünde wie sie selbst, würden sie mit ihr zusammenarbeiten.“⁴³¹

Weitere salafistische Milizen

Unter den ca. 1.500 Milizen in Syrien gibt es eine ganze Reihe weiterer Gruppen, die radikal salafistische, *al-Qaida*-nahe Positionen vertreten, darunter *Jund al-Aqsa*, die *Islamische Muthanna Bewegung*, die *Omar Brigade* und die *Haq Brigade* in Idlib. Hinzu kommen diverse ausländische Gruppen, die ihren globalen Kampf für den Wiederaufbau eines Kalifats auf dem syrischen Schlachtfeld austragen und sich keiner der großen Milizen angeschlossen haben, sondern sich nach Nationalitäten organisieren. Darunter Tunesier, Ägypter, Libyer, Marokkaner, Libanesen, Saudis, Usbeken, Tschetschenen.⁴³²

⁴³¹ Hilsum, Lindsey: Jabhat al-Nusra: Terrorists or opposition assets? In: Channel 4, 12.12.2012. <bit.ly/1MkpnCy>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴³² Helberg, Kristin: Syriens Rebellen – moderat, islamistisch, dschihadistisch? In: Qantara, 15.09.2014. <<http://de.qantara.de/inhalt/buergerkrieg-in-syrien-syriens-rebellen-moderat-islamistisch-dschihadistisch>>, abgerufen am 08.02.2016.

Alle kämpfen sie häufig zusammen mit der *al-Nusra Front*. Die *Muthanna Bewegung* erklärte jedoch im März 2015 die Legitimität des Islamischen Staates anzuerkennen und von nun an seinem Führer Gefolgschaft zu leisten. Dies zeigt wie fließend die Grenzen zwischen den islamistischen Gruppierungen letztlich sind.

Islamischer Staat

Die mächtigste Miliz im syrischen Konflikt, der *Islamische Staat im Irak und Levante* (Englisch ISIS und arabisch *Daesh* abgekürzt), der sich mittlerweile nur noch *Islamischer Staat* nennen lässt, entstand aus dem *Islamischen Staat im Irak* (ISI), dem offiziellen, aber eigenständig operierenden *al-Qaida*-Ableger im Nachbarland. Nachdem dieser dort zeitweilig die stärkste sunnitische Gruppierung war, die gegen die Besatzungstruppen kämpfte, wurde der ISI mit vereinten Kräften sunnitischer Widerstandsgruppen, von den USA ausgerüsteter Stammesmilizen und US-Truppen weitgehend zerschlagen. Ende 2010 war seine Stärke auf maximal 1.000 Kämpfer geschrumpft (siehe auch Fallstudie zum Irak).⁴³³

Im Zuge des Aufstandes in Syrien konnte der ISI jedoch rasch wieder erstarren. Er profitierte vom Zustrom an Geld, Waffen und Kämpfern sowie dem Vakuum, das in den entlegeneren Gebieten – vor allem im Osten Syriens – entstand, als die Armee ihre Kräfte auf die Städte und bevölkerungsreicheren Regionen konzentrieren musste. Seine Stärke gewann ISIS durch ein zweigleisiges Vorgehen: Die Durchführung von strategischen Angriffen zur Erbeutung wichtiger Ressourcen wie Waffenlager, Ölquellen oder Getreidespeicher bei gleichzeitiger Vermeidung ausgedehnter Gefechte mit syrischen Truppen, durch die andere regierungsfeindliche Milizen regelmäßig

⁴³³ Blair, Charles P.: ISIS: The unsurprising surprise that is sweeping Iraq. In: The Bulletin of the Atomic Scientists, 18.06.2014. <<http://thebulletin.org/isis-unsurprising-surprise-sweeping-iraq7251>>, abgerufen am 08.02.2016.

dezimiert wurden.⁴³⁴ Allein der Verkauf des Öls bringt monatlich Millionen-Beträge ein. Hinzu kommen Einnahmen aus den Bürgern in ihren besetzten Gebieten auferlegten Steuern und Zöllen, Spenden reicher Privatleute aus den Golfstaaten sowie Gelder aus Entführungen und Erpressung. ISIS wurde so die finanziell mit Abstand am besten ausgestattete dschihadistische Organisation aller Zeiten.

Das Ziel der Organisation war bereits bei seiner Gründung im Irak die Wiederherstellung des Kalifats in seiner alten Größe, d. h. der Wiederaufbau eines einheitlichen islamischen Reiches unter Führung eines Kalifen, der als Nachfolger des Propheten Mohammeds die Herrschaft über alle Muslime ausüben sollte. Es ist in erster Linie ein politisches Projekt, mit dem seine Protagonisten mitten in der heutigen kapitalistischen Welt eine feudale patriarchale Ordnung errichten wollen. In seinen Medien stellt sich ISIS daher als eine Art „Befreiungsbewegung“ dar, die den Grundstein für die Ausbreitung eines solchen Kalifats legen soll.

ISIS knüpft dabei an Bestrebungen an, die in den letzten Jahrhunderten immer wieder auflebten, gespeist vom Wunsch, die Vorherrschaft des Westens zu brechen und die islamische Welt zur einstigen Größe zurückzuführen. Mit dem grenzüberschreitenden Territorium am Euphrat und Tigris, das ISIS für den Kern seines Kalifats reklamiert, kann die Organisation propagandistisch an die glorreichen Zeiten des Kalifats der Abbasiden anknüpfen und damit traditionelle Sehnsüchte unter Muslimen nach dem Goldenen Zeitalter unter den rechtgeleiteten Kalifen ausnutzen.⁴³⁵

Mit den verheerenden Kriegen und Interventionen westlicher Staaten in islamischen Ländern in den letzten Jahrzehnten wuchs die Attraktivität solcher Pläne erheblich, vor allem unter dem Heer arbeits- und perspektivloser

⁴³⁴ Rebels' Fast Strike in Iraq Was Years in the Making. In: The New York Times, 14.06.2014. <nyti.ms/22hkV48>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴³⁵ How al-Qaeda Changed the Syrian War. In: The New York Review of Books, 27.12.2013. <www.nybooks.com/daily/2013/12/27/how-al-qaeda-changed-syrian-war/>, abgerufen am 08.02.2016.

junger Muslime. Attraktiv macht ISIS zudem der Erfolg und nicht zuletzt auch die großzügige Entlohnung: Mit Handgeldern von bis zu 8.000 US-Dollar und einem Sold von 300 Dollar und mehr können Rekruten – z. B. aus Tunesien oder Marokko – erstmalig bedeutende Summen zum Familienunterhalt beitragen.⁴³⁶ Seine Stärke wird von der CIA auf 31.500 und vom russischen Generalstab auf 70.000 Mann geschätzt.⁴³⁷ Ableger gibt es mittlerweile in mehr als einem Dutzend Länder, die stärksten in Libyen und im Jemen.

Mit der Ausrufung des Kalifats demonstrierte ISIS, dass er nicht nur ein islamischer Staat sein will, sondern der „Islamische Staat“ für alle rechtgläubigen Muslime und damit auch einen globalen Führungsanspruch gegenüber allen sunnitischen Organisationen für sich reklamiert. Alle Muslime, die dies nicht akzeptieren oder anderen Konfessionen angehören, werden zu Ketzern bzw. Gottesleugnern erklärt. Angehörige anderer Religionen werden nur bei Bezahlung der *Dschizya*, der „Schutzsteuer“ für Nichtmuslime, geduldet. Vielerorts werden auch rein arabisch-sunnitische Gebiete geschaffen, in denen Minderheiten vertrieben werden. Da die Jesiden aus ISIS-Sicht keiner monotheistischen Religion angehören und somit heidnische Götzendienen sind, maßt sich der ISIS auch das Recht an, jesidische Frauen und Kinder versklaven zu dürfen.

⁴³⁶ Ruf, Werner: Mit Dollars und Allah: Dschihadismus: Religiöser Fanatismus oder Business? In: Junge Welt, 02.06.2015. <www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2015/06-02/003.php>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴³⁷ Ford, John: Is the Islamic State Winning or Losing? In: War on the Rocks, 01.09.2015. <<http://warontherocks.com/2015/09/is-the-islamic-state-winning-or-losing/>>, abgerufen am 08.02.2016; Islamic State formations comprise up to 70,000 gunmen – Chief of Russia's General Staff. In: Tass, 10.12.2014. <<http://tass.ru/en/world/766237>>, abgerufen am 08.02.2016.

Islamic State affiliates outside Iraq and Syria

- al-Qaeda affiliates
- Areas outside Syria and Iraq in which the Islamic State has declared a wilayat, or state, of the caliphate



Sources: The Soufan Group, news reports

THE WASHINGTON POST

Abbildung 8: Verbündete des Islamischen Staates außerhalb von Syrien und Irak

Quelle: The Washington Post, 08.10.2015.

<www.washingtonpost.com/world/national-security/in-libya-the-islamic-states-black-banner-rises-by-the-mediterranean/2015/10/08/15f3de1a-56fc-11e5-8bb1-b488d231bba2_story.html>, abgerufen am 30.03.2016.

In seinem Herrschaftsgebiet führte ISIS rigide Regeln ein. So ist der Konsum und Verkauf von Alkohol, Tabakwaren und anderen Drogen strikt untersagt. Streng verboten ist der lokalen Bevölkerung neben dem unautori-

sierten Tragen von Waffen auch das Abhalten ungenehmigter Versammlungen. Frauen müssen „züchtig-bedeckende Kleidung“ tragen und die meisten beruflichen Tätigkeiten aufgeben.⁴³⁸

Die Organisation ist nicht, wie andere dschihadistische Gruppen, als Netzwerk aufgebaut, sondern straff hierarchisch. Sie verfügt über einen Generalstab und einen Geheimdienst, baut in eroberten Gebieten sofort eine eigene Gerichtsbarkeit und sukzessiv auch ein System zur Steuereintreibung, Wohlfahrtseinrichtungen und eine professionelle Finanzbuchhaltung auf. Bei der Unterwerfung der Bevölkerung in den eroberten Gebieten greift ISIS, wenn nötig, zu brutaler Gewalt. Wer Widerstand leistet oder sich der auferlegten mittelalterlichen Ordnung widersetzt, wird grausam bestraft, vielfach öffentlichkeitswirksam exekutiert. Zur Durchsetzung ihres Herrschaftsanspruchs greift ISIS auch häufig zur Erpressung, indem z. B. Dorfälteste oder Stammesführer als Geisel genommen und im Falle von Gehorsamsverweigerung der örtlichen Bevölkerung ermordet werden.

Das Kalifat hat keine feststehenden Grenzen, nach traditioneller Lesart ist es überall dort, wo seine Kämpfer „öffentlich mit Waffen auftreten“, d. h. militärisch die Oberhand haben. Der ISIS „ist also nicht einfach nur eine ‚Terrormiliz‘“, schreibt Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, zu Recht. „Richtiger wäre es, von einem dschihadistischen Staatsbildungsprojekt zu sprechen“, es handle sich um „ein totalitäres, expansives und hegemoniales Projekt“.⁴³⁹

Bis 2013 breitete sich ISIS parallel zur, zum größten Teil aus ehemaligen ISI-Kämpfern gebildeten, *al-Nusra Front* aus, wobei beide zunächst auch kooperierten. Zum offenen Konflikt kam es, als die ISIS-Führung die *al-*

⁴³⁸ Religiöses Regime im Irak: Dschihadisten erlassen drakonische Regeln in Mossul. In: Spiegel Online, 12.06.2014. <www.spiegel.de/politik/ausland/irak-terrorgruppe-isis-veroeffentlicht-regeln-fuer-menschen-in-mossul-a-974766.html>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴³⁹ Perthes, Volker: Viel mehr als eine Terrormiliz. In: Süddeutsche Zeitung, 25.09.2014. <www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-is-viel-mehr-als-eine-terrormiliz-1.2144142>, abgerufen am 08.02.2016.

Nusra Front in die auf die „Levante“ erweiterte Organisation eingliedern wollte und sich deren Führer widersetzen. Die *al-Qaida*-Führung stellte sich hinter die *al-Nusra Front* und verlangte vom irakischen Ableger, sich weiterhin auf den Irak zu beschränken. Dieser widersetzte sich und *al-Qaida* kappte schließlich seine Verbindung zum ISIS.

Hinter diesem Zwist liegen nicht nur die Konkurrenz zwischen den ehrgeizigen Führern zweier radikaler Gruppierungen, sondern auch gewisse Unterschiede in den Zielen sowie in Strategie und Taktik.

Das vorrangige Ziel von *al-Qaida* ist das Zurückdrängen der als „Kreuzfahrer“ bezeichneten westlichen Truppen aus den islamischen Ländern, die Ausbreitung ihrer salafistischen Ideologie und schließlich die Ersetzung des korrupten und vom wahren Glauben abgefallenen Regimes durch die rechtmäßigen Vertreter des Islam. Da sich die Monarchen und Diktatoren aus ihrer Sicht nur aufgrund der massiven militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der USA und deren europäischen Verbündeten halten können, wird dieser „ferne Feind“ auch als Hauptgegner betrachtet, der von den *Mudschahidin (Muğāhidīn)*⁴⁴⁰ aller islamischer Länder gemeinsam bekämpft werden müsse.

⁴⁴⁰ Ist von *Dschihad* abgeleitet und bezeichnet allgemein jemanden, der sich um die Verbreitung oder Verteidigung des Islam bemüht. Islamische Widerstandskämpfer und Terrorgruppen nennen sich selbst *Mudschahidin*, da sie ihre eigene Glaubensauffassung als den einzig wahren Weg ansehen.

Competing narratives in *Inspire* and *Dabiq* magazines

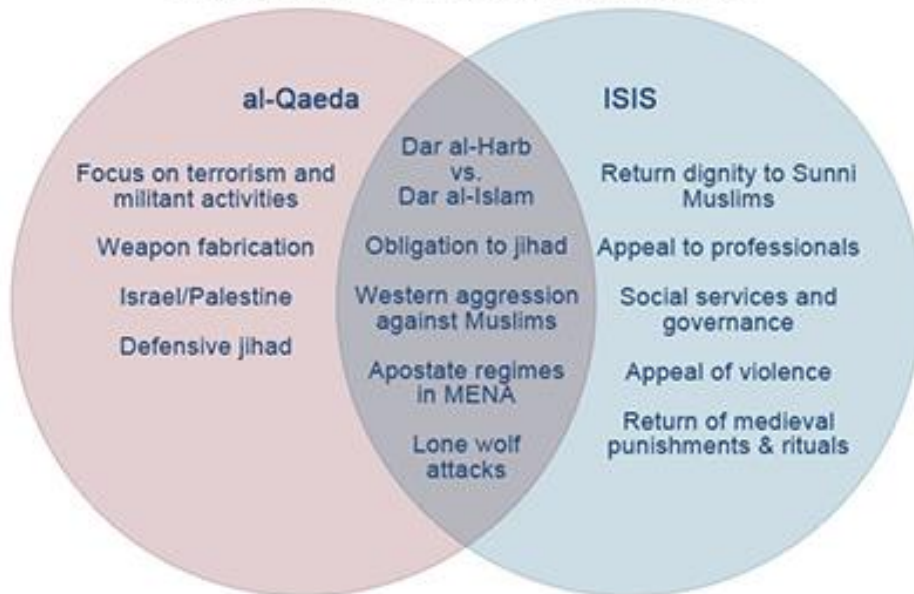


Abbildung 9: Unterschiede und gemeinsame Schnittmenge von *al-Qaida* und IS

Quelle: The Global Observatory, 09.02.2015.

<<https://theglobalobservatory.org/2015/02/jihad-al-qaeda-isis-counternarrative/>>, abgerufen am 30.03.2016.

Auch *al-Qaida* strebt grundsätzlich die Wiederbelebung eines Kalifats an, jedoch als langfristiges Ziel, nachdem die volle Kontrolle über das Territorium sowie breite Unterstützung in der Bevölkerung errungen wurde. Die gewaltsame Einführung auf noch ungesichertem Gebiet wird als kontraproduktiv erachtet, wie auch Massenmorde und Vertreibung von Angehörigen anderer Konfessionen, da dies – wie *al-Qaida*-Führer Aiman az-Zawahiri schon 2006 in einer öffentlichen Kritik an den brutalen ISI-Aktionen im

Irak ausführt – von der Mehrheit der muslimischen Gemeinschaft verurteilt wird.⁴⁴¹

Jenseits des ISIS: Bildung großer Allianzen

Im November 2013 schlossen sich unter kräftiger Nachhilfe Saudi-Arabiens sieben große islamistische Milizen in der Islamischen Front (IF) zusammen, die damit zu einer der stärksten radikal-islamistischen Formationen avancierte. Neben der oben vorgestellten, zum gemäßigeren Flügel zählenden *al-Tawhid* Brigade vereint sie u. a. auch *Abrar al-Sham*, *Suqour al-Sham*, die Armee des Islam, *Liwa al-Haqq* und die Kurdische islamische Front.⁴⁴² Landesweit gehörten der Front damals Schätzungen zufolge 50.000 Kämpfer an, 20.000 davon sind von *Abrar al-Sham*.

Die auch von der Türkei und anderen Golfstaaten unterstützte Front sollte nach dem Wunsch ihrer Förderer nicht nur die bisher unter dem Dach der sogenannten „Freien Syrischen Armee“ nur lose verbundenen Kräfte unter eine zentrale Führung zusammenfassen, sondern auch eine gemäßigte Alternative zu *al-Nusra* und ISIS bilden. Die Ideologie der meisten Mitglieder unterscheidet sich jedoch kaum von jener *al-Qaidas* und viele der integrierten Gruppen waren auch schon Allianzen mit dem *al-Qaida*-Ableger *al-Nusra* Front eingegangen. Diese wurde vorerst nicht in die Front aufgenommen. In Reden von Führern der IF scheint jedoch Hass auf Andersgläubige auf, der jenem der *al-Nusra* Front in nichts nachsteht.⁴⁴³

⁴⁴¹ Byman, Daniel L./ Williams, Jennifer R.: ISIS vs. Al Qaeda: Jihadism's global civil war. In: The National Interest, 24.02.2015. <<http://nationalinterest.org/feature/isis-vs-al-qaeda-jihadism%E2%80%99s-global-civil-war-12304>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁴² Helberg, Kristin: Syriens Rebellen – moderat, islamistisch, dschihadistisch? In: Qantara, 15.09.2014. <<http://de.qantara.de/inhalt/buergerkrieg-in-syrien-syriens-rebellen-moderat-islamistisch-dschihadistisch>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁴³ Zahran Allush – Syriens mächtigster Rebellenführer. In: Neue Zürcher Zeitung, 19.12.2013. <www.nzz.ch/syriens-maechtigster-rebellenfuehrer-1.18207458>, abgerufen am 08.02.2016; Formation of Islamic Front in Syria benefits jihadist groups. In: The Long

Im März 2015 schlossen sich die Mitglieder der IF einem erweiterten Bündnis an, der Armee der Eroberung (*Jaish al-Fatah*). Zu diesem, ebenfalls von der Türkei und Saudi-Arabien sowie Katar geförderten Zusammenschluss gehört nun sowohl die *al-Nusra Front* als auch gemäßigtere, der Muslimbruderschaft nahestehende Milizen, wie die *Sham Legion* an.⁴⁴⁴ Regionale Ableger, wie die *Fatah Halab* (Eroberung Aleppos), operieren z. T. unter abweichenden Namen und unter Einbeziehung lokaler Milizen.

Mit *Jund al-Aqsa*, *Junud al-Sham*, einer von Tschetschenen geführten Gruppe, und der Turkistan Islamischen Partei, eine überwiegend uighurische Gruppe, gehören noch weitere, eng mit *al-Qaida* verbundene Kräfte dieser Allianz an.⁴⁴⁵

Die Front erzielte rasch militärische Erfolge, eroberte die Stadt Idlib und stieß weiter nach Westen vor. Dies gilt als einer der Gründe, warum die russische Regierung sich zum Einsatz der russischen Luftwaffe entschloss.

Fazit

Mit der Armee der Eroberung gelang es den regierungsfeindlichen Milizen und ihren internationalen Sponsoren zum ersten Mal einen großen Teil ihrer Kräfte zu vereinen – allerdings unter einem eindeutig islamistischen Nenner und mit einer klaren Mehrheit für salafistische und *al-Qaida* nahe Positionen. Die Mitgliedschaft in einer der großen dschihadistischen Milizen muss zwar nicht zwangsläufig auch die Übernahme deren radikaler Ideologien bedeuten, da viele Kämpfer sich einfach der in ihrer Region operie-

War Journal, 23.11.2013. <www.longwarjournal.org/archives/2013/11/yesterday_a_new_isla.php>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁴⁴ 'Army of Conquest' rebel alliance pressures Syria regime. In: Daily Mail, 28.04.2015. <www.dailymail.co.uk/wires/afp/article-3058816/Army-Conquest-rebel-alliance-presures-Syria-regime.html>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁴⁵ Jihadist-led coalition launches new offensive against Assad regime in strategic plain. In: The Long War Journal, 28.07.2015. <bit.ly/1IqvxCd>, abgerufen am 08.02.2016.

renden Miliz anschließen, die am besten ausgerüstet und am erfolgversprechendsten ist und auch am besten zahlt. Dennoch ist angesichts des stetigen Wachstums der extremistischen Gruppierungen und der immer engeren Zusammenarbeit ursprünglich gemäßiger Gruppen mit dschihadistischen Hardlinern, die Radikalisierung im islamistischen Lager unverkennbar. Die säkularen und moderaten islamistischen Kräfte verloren gegen die extremistischen immer weiter an Boden. Nach einer Studie der Tony Blair Faith Foundation sind 60% der „syrischen Rebellengruppen islamistische Extremisten“, 16 von ihnen, die zusammen mehr Kämpfer als ISIS haben, teilen weitgehend dessen Ideologie.⁴⁴⁶ Für Robert Fisk, den renommierten Auslandskorrespondenten des „Independent“ existiert mittlerweile gar keine gemäßigte Opposition mehr.⁴⁴⁷

Massiv gewachsen ist auch die Zahl der ausländischen Kämpfer in den Reihen der dschihadistischen Organisationen. US-Geheimdienste schätzten Anfang 2016, dass über 36.500 Ausländer aus mindestens 120 Ländern in den Kampf in Irak und Syrien gezogen sind, davon mindestens 6.600 aus dem Westen.⁴⁴⁸ Die Schätzungen von privaten Instituten und Denkfabriken lagen Ende 2015 zwischen 27.000 und 31.000. Experten weisen allerdings daraufhin, dass vermutlich 10 bis 15 Prozent mittlerweile getötet wurden und mehr als 20 Prozent wieder in ihre Heimatländer zurückgegangen sind

⁴⁴⁶ Tony Blair Faith Foundation: If the Castle Falls: Ideology and Objectives of the Syrian Rebellion (21.12.2015). <<http://tonyblairfaithfoundation.org/religion-geopolitics/reports-analysis/report/if-castle-falls>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁴⁷ Fisk, Robert: John Kerry's rhetoric on Isis insults our intelligence and conceals the reality of the situation in Syria. In: The Independent, 21.09.2014. <ind.pn/1S3tZ4s>, abgerufen am 08.02.2016; Ali, Tariq: The Rise of ISIS and the Origins of the New Middle East War. In: Counterpunch, 29.09.2014. <www.counterpunch.org/2014/09/29/the-rise-of-isis-and-the-origins-of-the-new-middle-east-war/>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁴⁸ Flow of Foreign Fighters to Iraq, Syria Unrelenting. In: Voice of America, 08.01.2016. <www.voanews.com/content/flow-of-foreign-fighters-to-syria-iraq-unrelenting/3135549.html>, abgerufen am 08.02.2016.

– „manche desillusioniert, manche radikalisiert“ so die Frankfurter Allgemeine Zeitung.⁴⁴⁹ Die meisten ausländischen Kämpfer rekrutierte der ISIS, gefolgt von *al-Nusra Front* und *Abrar al-Sham*.⁴⁵⁰

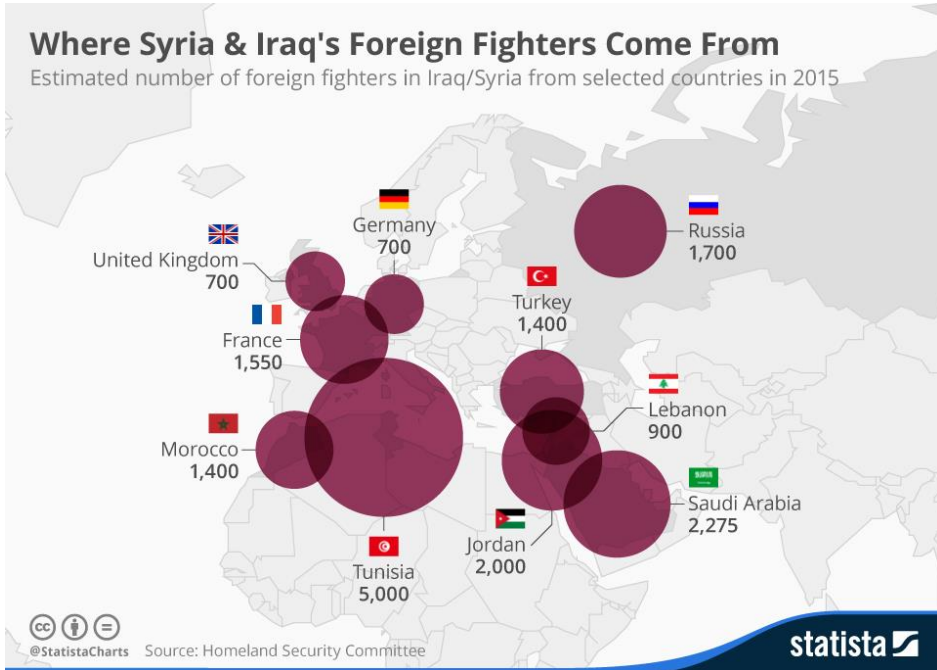


Abbildung 10: Herkunftsländer der *Foreign Fighters* in Syrien und Irak

Quelle: Niall McCarthy – Statista, 09.10.2015.

<www.statista.com/chart/3866/where-syria-and-iraqs-foreign-fighters-come-from/>, abgerufen am 30.03.2016.

⁴⁴⁹ IS-Kämpfer in Syrien und Irak – Die Globalisierung des Dschihad. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.12.2015; Institute for Economics and Peace: Global Terrorism Index 2015 (November 2015). <<http://economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2015/11/2015-Global-Terrorism-Index-Report.pdf>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁵⁰ Tony Blair Faith Foundation: If the Castle Falls: Ideology and Objectives of the Syrian Rebellion (21.12.2015). <<http://tonyblairfaithfoundation.org/religion-geopolitics/reports-analysis/report/if-castle-falls>>, abgerufen am 08.02.2016.

Ungeachtet der gewachsenen Schlagkraft der Konkurrenz bleibt ISIS die stärkste sunnitische Miliz. Gestützt auf sein ausgedehntes, staatsähnliches Gebilde hat die Organisation bessere Möglichkeiten und mehr Ressourcen. Militärisch ist ISIS vorläufig, da sind sich die meisten Experten einig, nicht zu bezwingen. Andererseits ist die weitgehend auf Gewalt beruhende Herrschaft auch die Achillesferse der Organisation. Es ist nur eine Frage der Zeit bis ISIS hier stärkere Gegenwehr entgegenschlägt.

Noch blieb der Widerstand gegen die Terrorherrschaft des ISIS begrenzt. Im Irak sehen viele Sunniten angesichts der repressiven Politik der schiitisch dominierten Regierung in Bagdad und der Bedrohung durch radikale schiitische Milizen keine Alternative als gemeinsam mit ISIS deren Vordringen zu verhindern. Auch in Syrien haben sich viele Sunniten in vier Jahren Krieg derart radikalisiert, dass sie die Herrschaft des ISIS dem Regime Assads vorziehen. Diese fatale Situation kann nur durch Friedenslösungen aufgebrochen werden – im Irak zwischen der schiitisch dominierten Regierung und der sunnitischen Opposition und in Syrien zwischen der Regierung und den gemäßigten aufständischen Gruppen.

Vorerst weitet der ISIS seinen Krieg mit einer Serie von Anschlägen auf andere Länder aus – offenbar eine Reaktion darauf, dass ihm das militärische Eingreifen ausländischer Akteure, wie Russland, Frankreich oder der libanesischen *Hisbollah* zunehmend zu schaffen macht. Nachdem am 31. Oktober 2015 die Detonation einer Bombe ein russisches Flugzeug mit 224 Passagieren an Bord über dem Sinai zum Absturz brachte, sprengten sich am 12. November zwei Selbstmordattentäter in einem von der *Hisbollah* kontrollierten Viertel von Beirut in die Luft und töteten mindestens 44 Menschen. Mit einer Serie von Selbstmordanschlägen am folgenden Tag in

Paris, bei denen 130 Menschen getötet und 352 verletzt wurden, kam der Krieg schließlich auch nach Europa.⁴⁵¹

⁴⁵¹ Der „Islamische Staat“ wird global. In: Süddeutsche Zeitung, 16.11.2015. <www.sueddeutsche.de/politik/die-drahtzieher-der-islamische-staat-wird-global-1.2738525>, abgerufen am 08.02.2016.

Irak – Islamisierung in Folge von Krieg und Besatzung

Joachim Guilliard

Islamistische Strömungen spielten im Irak jahrzehntelang nur eine untergeordnete Rolle. Die irakische Politik wurde lange von säkularen Kräften dominiert – Nationalismus, Pan-Arabismus und Sozialismus.⁴⁵² Das Erstarren islamistischer Gruppen und Parteien im Irak in den letzten 12 Jahren ist eine unmittelbare Folge der Kriege gegen das Land, der Besatzungspolitik und der in dieser Zeit geschaffenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie gaben den mit den USA verbündeten schiitischen islamistischen Organisationen Raum, sich Einfluss und Macht im Land zu sichern und waren Anlass für die Radikalisierung ihrer Gegner. In den dadurch entstandenen Konflikten geht es weniger um Religion als um Macht, Einfluss und wirtschaftliche Interessen. Eine fundamentalistische Auslegung des Islam liefert vielen dabei den ideologischen Überbau.⁴⁵³ Wie auch in anderen Konflikten dient die Religion vor allem als Vorwand und anfeuernder Aufruf zu Einheit und Geschlossenheit.⁴⁵⁴ Durch die Mobilisierung religiösen Eifers und das Schüren von Ressentiments gegenüber anderen Religionen und Konfessionen wird um Anhänger und Unterstützung anderer Gruppen geworben.

⁴⁵² Cockburn, Patrick: *Muqtada: Muqtada al-Sadr, the Shia Revival, and the Struggle for Iraq*. New York 2008.

⁴⁵³ Kulow, Karin: Sunnitischer Islamismus im politisch-ideologischen Spannungsfeld zwischen Tradition und Modernität. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 21.07.2015. <www.linksnet.de/de/artikel/32526>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁵⁴ Jahanpour, Farhang: The threat of ISIS should be taken seriously (Part 1). In: *The Transnational Foundation – Associates & Themes Blog*, 26.09.2014. <<http://blog.transnational.org/2014/09/the-threat-of-isis-should-be-taken-seriously/>>, abgerufen am 08.02.2016.

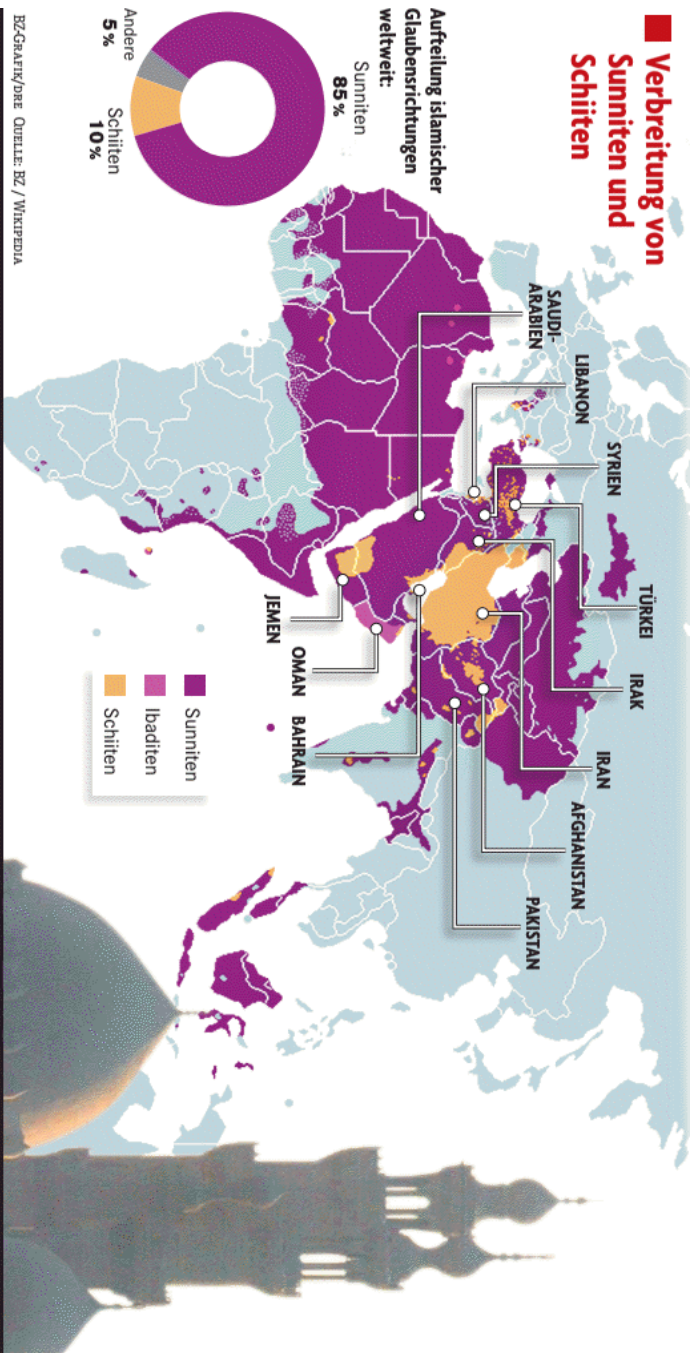


Abbildung 11: Verbreitung von Sunniten und Schiiten
 Quelle: Badische Zeitung, 12.08.2013.
 <<http://ais.badische-zeitung.de/piece/04/6e/21/b5/74326453.gif>>, abgerufen am 30.03.2016.

Trennung von Staat und Religion im Zuge der Unabhängigkeit

In der 1970, nach der Machtübernahme der *Baath*-Partei, eingeführten Verfassung war der Islam – wie in der Region üblich – Staatsreligion. Dennoch hatte der Irak bis zur US-geführten Invasion 2003 überwiegend den Charakter eines säkularen Vielvölkerstaates. Alle übrigen Verweise auf den Islam, die in den vorherigen Verfassungen noch enthalten waren, waren entfernt worden, auch die Bestimmung, dass der Präsident Muslim sein muss.⁴⁵⁵ Religionsfreiheit wurde garantiert, die großen traditionellen schiitischen Prozessionen und Pilgermärsche aber oft verboten – nicht aus religiösen Gründen, sondern aus Sorge davor, dass sie in militante Proteste und Unruhen übergehen könnten, was häufig auch geschah.⁴⁵⁶

Auch wenn gewisse Ressentiments zwischen den Religionen und Konfessionen präsent waren, lebten sie weitgehend friedlich zusammen. Mischehen waren weitverbreitet und gesellschaftlich akzeptiert.⁴⁵⁷ Noch immer definieren sich, wie soziologische Untersuchungen zeigen, rund zwei Drittel der Bevölkerung nicht über die Religion, sondern verstehen sich in erster Linie als Iraker.⁴⁵⁸

Die Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit spielte vor 2003 bei der Besetzung von Posten kaum eine Rolle. Bei der Unterdrückung von oppositionellen Bewegungen machte das Regime diesbezüglich keine Unterschiede. Wenn schiitische Gruppen verfolgt wurden, so nicht wegen ihrer Konfession, sondern aufgrund ihres aktiven, teils auch bewaffneten Widerstands

⁴⁵⁵ Grote, Rainer/Röder, Tilmann (Hrsg.): *Constitutionalism in Islamic Countries: Between Upheaval and Continuity*. Oxford 2012, S. 610.

⁴⁵⁶ Alaaldin, Ranj: *Situation Report: Iraq* (18.09.2015). <<http://tonyblairfaithfoundation.org/religion-geopolitics/country-profiles/iraq/situation-report>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁵⁷ International Crisis Group: *The Next Iraqi War? Sectarianism and Civil Conflict*. In: *Middle East Report*, 52/2006.

⁴⁵⁸ Grobe, Karl: *ISIS im Irak – Die Geister, die ich rief ...* (12.08.2014). <www.aix-paix.de/autoren/grobe/isis-20140812.html>, abgerufen am 08.02.2016.

gegen die Säkularisierungs-Politik der *Baath*. Auch wenn Staatschef Saddam Hussein verstärkt Angehörige seines Clans um sich sammelte, konnte von einer allgemeinen Herrschaft „der“ Sunniten über „die“ Schiiten keine Rede mehr sein.

Nach dem Ende der Monarchie begann die Dominanz sunnitischer Araber, die im osmanischen Reich das Gros der Grundherren und reichen Händler stellten und die politischen und militärischen Institutionen des Landes beherrschten, aufzuweichen. Begünstigt durch soziale Verbesserungen, wie Landreform und Ausbau des Bildungssystems, wuchs der Anteil von Schiiten in Führungspositionen. Ende der 1980er-Jahre entsprach der Anteil von Schiiten auf allen Ebenen der *Baath*-Partei nahezu dem in der Bevölkerung. Im achtköpfigen Revolutionären Kommandorat, dem höchsten Staatsorgan im *Baath*-Regime, saßen z. B. neben Saddam Hussein drei schiitische, drei sunnitische und ein christlicher Araber sowie ein Kurde.⁴⁵⁹ Zu Beginn des Krieges 2003 waren über die Hälfte aller Minister, Generäle, Direktoren, Botschafter etc. Schiiten. Auf der Liste der 100.000 führenden Mitglieder der *Baath*-Partei, die vom „De-Baathisierungs-Komitee“ veröffentlicht wurde, findet man die Namen von rund 66.000 Schiiten.⁴⁶⁰

„Sektierertum [konfessionelle Abgrenzung] war überwiegend sozial und kulturell zwar weitverbreitet, aber relativ harmlos“, konstatierte die International Crisis Group (ICG) 2006 in einem gut recherchierten Bericht.⁴⁶¹

⁴⁵⁹ Siehe Sunni-Shia Relations in Iraq. In: Metz, Helen Chapin (Hrsg.): Iraq: A Country Study. Washington 1988. <<http://countrystudies.us/iraq/38.htm>>, abgerufen am 08.02.2016. Mufti, Malik: Sovereign Creations: Pan-Arabism and Political Order in Syria and Iraq. New York 1996; al-Baghdadi, Muhammad: 'Lies' About Saddam's Oppression of the Shia (25.03.2005). <www.twf.org/News/Y2005/0325-Shia.html>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁶⁰ Janabi, Ahmed: Media bias 'threat' to Iraq. In: Al Jazeera, 03.01.2007. <www.aljazeera.com/news/middleeast/2007/01/2008525184921434756.html>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁶¹ International Crisis Group: The Next Iraqi War? Sectarianism and Civil Conflict. In: Middle East Report, 52/2006.

„Bösartig wurde es nur, wenn es von Akteuren politisiert wurde, die religiöse und ethnische Identitäten für politische Ziele auszunutzen suchten, z. B. als Mobilisierungswerkzeug zur Anwerbung einer großen Anhängerschaft.“ Dies wurde in der Geschichte des modernen Irak zwar verschiedentlich versucht, so die transatlantische Denkfabrik, aber vor 2003 nie in einem Maße, dass es größere Gewalteskalationen auslöste oder gar einen Bürgerkrieg.

Islamistische Organisationen hatten vor 2003 nur begrenzten Einfluss. Die Bedeutung des Islam nahm erst in den 1990er-Jahren zu, als sich die Lebensbedingungen aufgrund der Kriege und des umfassenden Embargos drastisch verschlechterten. Auch die *Baath*-Führung selbst suchte teilweise Zuflucht im islamischen Diskurs, indem, so Ferhad Ibrahim, säkulare Elemente durch einen „hybriden Staatsislamismus“ ersetzt wurden.⁴⁶² Die Bevölkerung ist aber weit weniger religiös, als es die konfessionellen Konflikte erscheinen lassen. Laut einer Meinungsumfrage der Oxford Research International im Irak vom Juni 2004 wünschten sich nur elf Prozent eine religiös orientierte Regierung⁴⁶³ und gemäß einer Umfrage von ABC, BBC, ARD und NHK vom März 2008 ging nur ein gutes Drittel regelmäßig, d. h. wenigstens einmal im Monat, zum Gottesdienst in die Moschee, mehr als die Hälfte nie.⁴⁶⁴

Aufstieg islamistischer Kräfte und konfessionelle Spannungen

Häufig wird die Politik Saddam Husseins für das Erstarken radikaler islamistischer Gruppen nach 2003 verantwortlich gemacht. Insbesondere die

⁴⁶² Ibrahim, Ferhad: Die politischen Kräfte im Irak nach dem Regimewechsel. In: Politik und Zeitgeschichte, 24-25/2003. <www.bpb.de/apuz/27585/die-politischen-kraefte-im-irak-nach-dem-regimewechsel?p=all>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁶³ Meinungsumfrage im Irak – Die Zustimmung zur Gewalt wächst. In: Tagesschau, 27.06.2004. <<https://tsarchive.wordpress.com/2004/06/27/meldung232228/>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁶⁴ Iraq Five Years Later: Where Things Stand. In: ABC News, 17.03.2008.

Revitalisierung des Islam in den 1990er Jahren hätte den Boden dafür bereitet. Dies ist jedoch, wie u. a. auch Samuel Helfont und Michael Brill im US-Magazin *Foreign Affairs* darlegen⁴⁶⁵, nicht haltbar. Das *Baath*-Regime verfolgte bis zuletzt unerbittlich jegliche islamistische Strömung im Land. Auch in den 1990er-Jahren wurden Prediger, Imame, Lehrer etc., die islamistischer Tendenzen verdächtig waren, abgesetzt bzw. entlassen, viele sogar inhaftiert.

In erster Linie war es die Besatzungspolitik der USA, die bewirkte, dass seither islamistische Kräfte das Geschehen im Irak dominieren: Auf der einen Seite radikale schiitische Parteien, die von den USA an die Macht gebracht wurden, auf der anderen Seite sunnitische dschihadistische Organisationen – von den *al-Qaida*-nahen Gruppen zu Beginn bis zum „Islamischen Staat“ (ISIS oder kurz IS) – für die durch den Zusammenbruch des Staates und die aufflammenden Konflikte ein günstiges Umfeld entstand.

Allen Warnungen zum Trotz lösten die USA Armee und Polizei unmittelbar nach der Invasion ersatzlos auf. Im Rahmen einer sogenannten „Ent-Baathifizierung“ wurde auch ein großer Teil der Angestellten in der Verwaltung des Staates und der staatlichen Unternehmen aufgrund bloßer Mitgliedschaft in der Regierungspartei entfernt.

Beim Neuaufbau von Polizei, Armee und Verwaltung setzte die Besatzungsmacht weitgehend auf ihre einheimischen Verbündeten, die beiden kurdischen Parteien PUK und KDP und aus dem Exil zurückkehrende Kräfte, insbesondere auf die schiitisch-islamistischen Organisationen SCIRI und *Dawa*. Qualifikation wurde zweitrangig. Alle Ämter und Posten wurden nun allein auf Grund von Partei- und Clanzugehörigkeit vergeben, nach Maßgabe eines ethnischen und konfessionellen Proporz, den man bis dahin im Irak nicht kannte. Die zugewiesenen Ministerien und sonstigen Ämter

⁴⁶⁵ Helfont, Samuel/Brill, Michael: Saddam's ISIS? – The Terrorist Group's Real Origin Story. In: *Foreign Affairs*, 12.01.2016. <www.foreignaffairs.com/articles/iraq/2016-01-12/saddams-isis>, abgerufen am 08.02.2016.

wurden als Pfründe der jeweiligen Parteien behandelt. Extreme Korruption, Klientelwirtschaft sowie ethnische und religiöse Spannungen beherrschen seither das politische System.

Die unter Kriegs- und Besatzungsbedingungen durchgeführten Wahlen verstärkten diesen Trend. Da unter diesen Rahmenbedingungen eine breite öffentliche Diskussion politischer Ziele ausgeschlossen war – und viele säkulare Persönlichkeiten aufgrund ihrer Opposition gegen die Besatzungspolitik untertauchten, auf der Flucht waren oder gefangen bzw. ermordet wurden –, orientierten sich die Wähler vorwiegend anhand von Religions-, Konfessions- und Volkszugehörigkeit. Angesichts des schiitischen Bevölkerungsanteils von etwa 60% profitierten davon besonders die schiitischen Parteien. Formal wurden zwar Einheitsregierungen gebildet, an denen auch sunnitische Parteien beteiligt waren, der bis August 2014 amtierende Ministerpräsident Nouri al-Maliki zentralisierte die Macht jedoch zunehmend in den eigenen Händen und schloss sunnitische und säkulare Kräfte aus. Die sunnitische Bevölkerung wurde systematisch benachteiligt und war in besonderem Maße staatlicher Repression und der Willkür der überwiegend aus Schiiten gebildeten Sicherheitskräfte ausgesetzt.⁴⁶⁶

⁴⁶⁶ Kritik am autoritären Kurs und Zorn über das gleichzeitige völlige Versagen von Regierung und Verwaltung bei der Wiederherstellung der Infrastruktur, staatlichen Dienstleistungen etc. führt im ganzen Land zu regelmäßigen Unruhen. Die mehrheitlich sunnitischen Gebiete sind jedoch doppelt betroffen. Sie bekamen in den letzten Jahren nur sehr geringe Anteile der staatlichen Einnahmen und Sunniten sind nach wie vor von Jobs in staatlichen Instituten und Firmen, die im Irak mit Abstand die meisten Stellen bieten, weitgehend ausgeschlossen. Siehe u. a.: Cole, Juan: Mass Sunni Uprising Forces Iraq to Confront Sectarian Blowback of 2003 U.S. Invasion. In: Democracy Now, 18.06.2014; vgl. ebenso: International Crisis Group: Make or Break: Iraq's Sunnis and the State. In: Middle East Report, 144/2013. <www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-iran-gulf/iraq/144-make-or-break-iraq-s-sunnis-and-the-state.aspx>, abgerufen am 08.02.2016.

Schiitischer Islamismus

Die schiitischen politischen Strömungen im Irak lassen sich in zwei Gruppen einteilen: Die erste besteht aus den Organisationen, die eine islamische, schiitisch-dominierte Theokratie anstreben – entweder direkt unter der Herrschaft des Klerus oder basierend auf islamischem Recht – und dem Iran sehr nahestehen. Die bedeutendsten Vertreter sind die *al-Dawa* Partei und der „Oberste Rat für die Islamische Revolution im Irak“ (englisch SCIRI), der sich 2007 in „Oberster Islamischer Rat im Irak“ (SIIC) umbenannte.

Die zweite Gruppe sind moderate islamistische Organisationen mit nationalistischer (d. h. auf nationale Interessen ausgerichteter) Orientierung, die einen Staat anstreben, in dem die verschiedenen Religionen und Konfessionen gleichberechtigt zusammenleben. Hierzu zählen die *Sadr*-Bewegung und ihre diversen Abspaltungen.

Al Dawa, SCIRI und Badr und der Einfluss der „islamischen Revolution“ im Iran

Die 1957 gegründete Partei *Islamische Dawa* (*Hizb al-Da‘wa al-Islamiya*, auf Deutsch „Islamischer Aufruf“ oder „Mission“) war die erste schiitische Organisation im Irak, die ein islamisches Regime anstrebte. Sie stellt mit Nuri al-Maliki und Haider al-Abadi seit 2006 die Ministerpräsidenten. Sie radikalisierte sich in den 1970er-Jahren im Widerstand gegen die Säkularisierung, wie das Zurückdrängen des Einflusses religiöser Institutionen und das Verbot öffentlicher Prozessionen, und initiierte bewaffnete Aufstände. Sie führte zahlreiche Attentatsversuche auf Regierungsmitglieder aus und wurde vom irakischen Staat entsprechend erbarmungslos verfolgt. Ein Großteil der Mitglieder floh in den Iran, wo sich ab 1979 auch ihr Hauptquartier befand. Aufgrund von zahlreichen Anschlägen in anderen Ländern, darunter Bombenanschläge auf die irakische Botschaft in Beirut im Dezember 1981 und auf die Botschaften der USA und Frankreichs im Dezember 1983, galt sie auch im Westen als terroristische Organisation.

Die *Dawa* unterstützte die von Ayatollah Khomeini geführte „islamische Revolution“ und erhielt ab 1979 massive Unterstützung aus dem Iran. Die Mehrheit der Partei stand jedoch nicht hinter Khomeinis Konzept der Herrschaft der obersten Rechtsgelehrten (*Welāyat-e Faghīb*), sondern strebte eine Regierung an, die von der *Umma*, d. h. der muslimischen Gemeinschaft, kontrolliert werden sollte. Aus diesem Grund trat der größte Teil der Partei auch bald wieder aus dem Obersten Rat für die Islamische Revolution im Irak (bekannt unter seinem englischen Akronym SCIRI) aus, der 1982, nach Beginn des Irak-Iran-Krieges, im Iran als Dachorganisation schiitischer pro-iranischer Gruppen gegründet worden war.⁴⁶⁷

SCIRI verfolgte sein Ziel, die islamische Revolution in den Irak zu tragen, ebenfalls mit militärischen Mitteln. Mit den vom iranischen Militär ausgebildeten und ausgerüsteten *Badr*-Brigaden erhielt SCIRI dafür eine schlagkräftige, mehrere Tausend Mann starke Miliz, die im Iran-Irak-Krieg auf Seiten des Iran kämpfte. SCIRI führte auch danach bis zur US-geführten Invasion 2003 zahlreiche Anschläge auf Polizeiposten, Regierungsvertreter und staatliche Einrichtungen durch.⁴⁶⁸ Die schiitischen Aufstände, die im Frühjahr 1991 nach dem ersten US-geführten Krieg im Süden des Irak ausbrachen, waren vorwiegend vom SCIRI organisiert.⁴⁶⁹

Straff organisiert, gestützt auf ihren militärischen Arm und mit einer Führung, die einer der angesehensten Familien Nadschafs, den Hakims, entstammt, war sie nach dem Sturz Saddam Husseins zunächst die stärkste

⁴⁶⁷ Fuller, Graham E.: Islamist Politics in Iraq after Saddam Hussein (13.08.2003). <www.usip.org/publications/islamist-politics-in-iraq-after-saddam-hussein>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁶⁸ Lansford, Tom: Political Handbook of the World 2014. London 2014; Salehyan, Idean: Rebels without Borders: Transnational Insurgencies in World Politics. Ithaca 2011.

⁴⁶⁹ Ibrahim, Ferhad: Die politischen Kräfte im Irak nach dem Regimewechsel. In: Politik und Zeitgeschichte, 24-25/2003. <www.bpb.de/apuz/27585/die-politischen-kräfte-im-irak-nach-dem-regimewechsel?p=all>, abgerufen am 08.02.2016; International Crisis Group: Shiite Politics In Iraq: The Role Of The Supreme Council. Middle East Report, 70/2007. <bit.ly/1Yf5nZt>, abgerufen am 08.02.2016.

schiitische Partei und dominierte zusammen mit der *Dawa* die von den Besatzungsmächten geschaffenen neuen Institutionen.

Angesichts des tiefen Misstrauens, die seinen Mitgliedern bei ihrer Rückkehr aus dem Iran entgegenschlug, bemühte sich der SCIRI, Unabhängigkeit von Teheran zu demonstrieren. 2007 nahm er das anrühige Wort „Revolution“ aus seinem Namen und benannte sich in „Oberster Islamischer Rat im Irak“ (engl. abgekürzt SIIC) um. Obwohl SIIC andeutete, sich nun der höchsten schiitischen Autorität im Land, dem Groß-Ayatollah Ali al-Sistani in Nadschaf zu unterwerfen, blieb die enge Bindung an die Führung des Iran, von der der Rat auch weiterhin massive Unterstützung erhielt. Er setzte sich dafür ein, aus den neun südlichen Provinzen eine autonome schiitische Großregion nach kurdischem Vorbild zu bilden.

Da die USA befürchteten, die *Badr*-Brigaden wären weiterhin Hilfstruppen der iranischen Revolutionsgarden, wurden diese in „Badr Organisation für Entwicklung und Wiederaufbau“ umbenannt und formal unabhängig. Zahlreiche Kämpfer wechselten in die neuen Sicherheitskräfte, inklusive der bald berüchtigten Sonderkommandos. Die Organisation behielt aber ihr eigenständiges militärisches Potential wie auch die enge Bindung zu Teheran. Sie wurde in den folgenden Jahren zu einer der gefürchtetsten schiitischen Milizen.

Nachdem im Mai 2005 *Badr*-Chef Bayan al-Jabr das Innenministerium übernommen hatte, nahm die Zahl der Attentate, Entführungen und Exekutionen sprunghaft zu. Der damalige Direktor des Menschenrechtsbüros der UNO im Irak machte dafür hauptsächlich schiitische Milizen und Sicherheitskräfte verantwortlich, die unter der Kontrolle des Innenministeriums standen.

Die USA ließen, wie u. a. von Wikileaks veröffentlichte Dokumente belegen, die Milizen nicht nur gewähren, sondern investierten, wie der britische „Guardian“ und die BBC im März 2013 berichteten, sogar acht Milliarden Dollar in den Aufbau von Spezialkommandos und Todesschwadronen, die überwiegend aus den Reihen der radikalen schiitischen Milizen rekrutiert

wurden.⁴⁷⁰ Mit deren Hilfe führten die USA ab 2005 unter Leitung von US-General David Petraeus einen „schmutzigen Krieg“ gegen die gesamte Bevölkerung der – mehrheitlich sunnitischen – Zentren des Widerstands.⁴⁷¹ „Die sunnitische Bevölkerung zahlt für die Unterstützung der Terroristen keinen Preis“, zitierte „Newsweek“ 2005 einen Offizier aus dem Pentagon. „Aus ihrer Sicht ist das kostenlos. Wir müssen diese Gleichung ändern.“⁴⁷² Dieser „schmutzige Krieg“ eskalierte im Zusammenspiel mit dem Terror der *al-Qaida*-nahen Gruppen ab 2006 zu einer fürchterlichen, religiös aufgeladenen Gewaltwelle, die durch Rachefeldzüge schiitischer und sunnitischer Gruppen immer weiter eskalierte. Schiitische Organisationen, wie die *Badr*-Brigaden, nutzten die bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse zur systematischen Vertreibung von Sunniten aus gemischten Gebieten. Hunderttausende Tote und Millionen Flüchtlinge waren die Folge. Der Bevölkerungsanteil der Sunniten in Bagdad sank massiv.

In einem Klima, in dem von den Besatzungsmächten im Verbund mit den nationalistischen Kräften auch säkulare Positionen bekämpft wurden, gelang es SCIRI und *Dawa* gemeinsam mit dem konservativen Klerus, Teile ihrer islamistischen Positionen in der neuen Verfassung und der alltäglichen Politik zu verankern. Laut Verfassung darf z. B. kein Gesetz den „feststehenden Vorschriften des Islam widersprechen“ und Artikel 39 gestattet Fragen des Familienstandes, d. h. Scheidung, Erbschaft etc. vor religiösen Gerichten nach den Gesetzen der jeweiligen Religion oder Konfession zu re-

⁴⁷⁰ Mahmood, Mona/O'Kane, Maggie/Madlena, Chavala/Smith, Teresa: Revealed: Pentagon's link to Iraqi torture centres. In: The Guardian, 06.03.2013. <www.theguardian.com/world/2013/mar/06/pentagon-iraqi-torture-centres-link>, abgerufen am 08.02.2016; Guilliard, Joachim: Gezielte Zerstörung, – Zehn Jahre Krieg der USA im Irak. In: Junge Welt, 29.04.2013. <www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2013/04-29/006.php>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁷¹ A.a.O.

⁴⁷² Hirsh, Michael/Barry, John: 'The Salvador Option' – The Pentagon may put Special-Forces-led assassination or kidnapping teams in Iraq. In: Newsweek, 08.01.2005. <www.informationliberation.com/?id=8117>, abgerufen am 08.02.2016.

geln. Auch wenn Frauen per Verfassung ein 25%-Anteil im Parlament garantiert wird, hat sich ihre Stellung in der Gesellschaft seit 2003 erheblich verschlechtert.⁴⁷³ Ein neues Familienstandsrecht, das die schiitischen Parteien und konservativen Kreise seit einem Jahr durchzusetzen versuchen, droht ihre Stellung weiter zu verschlechtern.⁴⁷⁴ Zudem erzwingen die schiitischen Milizen die Durchsetzung ihrer strengen Regeln in Bezug auf Kleidung oder Berufstätigkeit der Frau, Alkohol-Konsum etc. vielerorts auch außerhalb des Rechts.

Sadr-Bewegung

Die stärkste schiitische Konkurrentin von SCIRI und *Dawa* ist die *Sadr*-Bewegung, die in den 1990er-Jahren unter der Führung von Muhammad Sadiq al-Sadr, einem Cousin des *Dawa*-Mitbegründers Muhammad Baqir al-Sadr, entstand. Sadiq fiel zwar 1999 einem Attentat zum Opfer, hinter dem viele das *Baath*-Regime vermuteten, mit Beginn der Besatzung wuchs die *Sadr*-Bewegung unter seinem noch jungen Sohn, Muqtada al-Sadr, gestützt auf das von ihm aufgebaute Netz karitativer Einrichtungen, jedoch rasch zu einer Massenbewegung. Schon in den ersten Wochen nach der US-geführten Invasion patrouillierten seine Gefolgsleute in den Straßen schiitischer Stadtteile Bagdads und sorgten für ein gewisses Maß an Sicherheit inmitten des Chaos.

⁴⁷³ Promising Democracy, Imposing Theocracy: Gender-Based Violence and the US War on Iraq (März 2007). <bit.ly/1Uyj8Sq>, abgerufen am 08.02.2016; Iraqi Women Before and After the 2003 Invasion, Interview With Prof Nadjé Al-Ali. In: Musings On Iraq, 23.12.2013.

⁴⁷⁴ Nasrawi, Salah: Welcome to Iraq's Shia theocracy – Plans by Iraq's Shia-led government to institute Sharia family law have come under fire. In: Al-Ahram, 06.03.2014. <<http://weekly.ahram.org.eg/News/5589/19/Welcome-to-Iraq%E2%80%99s-Shia-theocracy.aspx>>, abgerufen am 08.02.2016.

Hackensberger, Alfred: Kinderbräute – Ein Gesetz für fromme Pädophile im Irak? In: Die Welt, 17.03.2014. <www.welt.de/politik/ausland/article125880940/Ein-Gesetz-fuer-fromme-Paedophile-im-Irak.html>, abgerufen am 08.02.2016.

In der Hochburg der Bewegung, dem in Sadr City umbenannten riesigen Armenviertel im Nordosten Bagdads, in dem über eine Million Einwohner leben, übernahm die *Sadr*-Bewegung bald vollständig die Kontrolle. Sie verteilten Lebensmittel, kümmerten sich um die Gesundheitsversorgung und übernahmen Polizei- und Gemeindeverwaltungs-Funktionen. Auch in den anderen Städten des schiitischen Südens wuchs seine Anhängerschaft, überwiegend unter den ärmeren Bevölkerungsschichten.⁴⁷⁵ Im Juni 2003 stellte er mit der *Mahdi*-Armee (*Jaish al-Mahdi*) seine eigene Miliz auf, die sowohl für Schutz vor kriminellen und terroristischen Elementen nach dem kompletten Zusammenbruch der staatlichen Ordnung sorgen als auch Widerstand gegen die Besatzung und pro-westliche Milizen leisten sollte.

Die *Sadr*-Bewegung verbindet eine konservative Ideologie mit breitem sozialem Engagement. Als Ziel seiner Bewegung gab Muqtada al-Sadr den Aufbau einer „Islamischen Demokratie“ an. Im Unterschied zu *Dawa* und SCIRI, welchen er Kollaboration mit den Besatzern und dem Iran vorwarf, verfolgte al-Sadr einen stramm nationalistischen Kurs und engagierte sich für eine Einigung der Schiiten und Sunniten gegen die Besatzung. Die Bewegung und ihre Miliz lieferten sich mehrfach wochenlange Kämpfe mit britischen und US-amerikanischen Truppen.⁴⁷⁶ Gleichzeitig beteiligte sich die Bewegung jedoch mit gutem Erfolg an den Wahlen, wie anschließend auch an den Regierungen.

Als nach dem Bombenanschlag auf die Goldene Moschee in Samarra im Februar 2006 die innerirakische Gewalt eskalierte, verlor al-Sadr die Kontrolle über große Teile seiner *Mahdi*-Armee, die sich ungeachtet seiner öffentlichen Aufrufe zur Zurückhaltung und zur Einheit von Schiiten und

⁴⁷⁵ Profile: Moqtada Sadr. In: BBC News, 19.01.2012. <www.bbc.com/news/world-middle-east-12135160>, abgerufen am 08.02.2016; Cockburn: Muqtada.

⁴⁷⁶ International Crisis Group: Iraq's Muqtada Al-Sadr: Spoiler or Stabiliser? In: Middle East Report, 55/2006. <bit.ly/1pnsSmz>, abgerufen am 08.02.2016.

Sunniten⁴⁷⁷ an Gewaltakten gegenüber Sunniten beteiligten, die teilweise den Charakter ethnischer Säuberungen annahmen und zur Vertreibung Hunderttausender führten.

Nach groß angelegten militärischen Offensiven der USA und der Maliki-Regierung gegen die Hochburgen seiner Bewegung ordnete al-Sadr im August 2008 ein Ende aller militärischen Aktionen an. Die *Mahdi*-Armee wurde in eine soziale und kulturelle Organisation umgewandelt, mit Ausnahme einer kleinen Spezialeinheit, den „Verheißener Tag Brigaden“. Die *Sadr*-Bewegung blieb unabhängig davon die Kraft mit der bei weitem größten Anhängerschaft und Mobilisierungsfähigkeit, die immer wieder Hunderttausende auf die Straße brachte. Im April 2008, am 5. Jahrestag des Falls von Bagdad, folgten nahezu eine Million Iraker dem Aufruf zur bisher größten Demonstration des Landes gegen die Besatzung. Nicht religiöse Symbole oder Bilder von Ayatollahs bestimmten dabei das Bild, sondern die irakische Fahne.⁴⁷⁸

Mit den Jahren entstanden auch mehrere größere Abspaltungen der *Mahdi*-Armee. Die stärksten dieser Milizen sind die „Liga der Gerechten“ (*Asa'ib Abl al-Haq*), die 2004 einen von Sistani vermittelten Waffenstillstand nicht anerkannten, und die 2007 gegründeten „*Hisbollah*-Bataillone“ (*Kata'ib Hizbollah*) – beides schlagkräftige Milizen, die den Besatzungstruppen bis 2011 schwer zusetzten. Sie sind aktuell noch aktiv und werden sehr stark vom Iran unterstützt.

⁴⁷⁷ Al-Sadr calls for Iraqi unity. In: Al Jazeera, 23.02.2006. <www.aljazeera.com/archive/2006/02/2008410113554618151.html?utm=from_old_mobile>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁷⁸ Moqtada rallies Shia to demand withdrawal of foreign troops – Million mark anniversary of fall of Saddam. In: The Guardian, 10.04.2007. <www.theguardian.com/world/2007/apr/10/iraq.iraq>, abgerufen am 08.02.2016.

Schiitische Autorität in Nadschaf

Die einflussreichste schiitische Kraft im Irak ist das an der quietistischen Tradition festhaltende klerikale Establishment. Die oberste schiitische Führung, die *Marja'iyya*, besteht aus dem Kreis der hochrangigsten Geistlichen in Nadschaf und wird von vier Großayatollahs kollektiv geführt, die auf die Gefolgschaft eines großen Teils der schiitischen Welt zählen können. Als Primus inter Pares ist seit 1992 Großayatollah Ali al-Sistani die höchste schiitische Autorität, höherrangig als Irans Oberhaupt Ayatollah Khomeini.⁴⁷⁹

Die *Marja'iyya* hält sich traditionell weitgehend aus der Politik heraus und sichert sich so den Einfluss auf alle gläubigen Schiiten, nicht nur auf die Anhänger einzelner Parteien. Dennoch wurde al-Sistani nach 2003 die politisch mit Abstand einflussreichste Persönlichkeit im Irak. Aufgrund seiner moralischen Autorität innerhalb der größten Bevölkerungsgruppe konnten es auch die USA nicht wagen, sich in den entscheidenden Momenten, in denen er sich zu Wort meldete, über seine Forderungen hinwegzusetzen. So setzte Sistani z. B. 2003 durch, dass die neue Verfassung nicht von Personen entworfen wurde, die Washington aussuchte, sondern von Irakern, die in landesweiten Wahlen gewählt wurden, und sicherte so den dominierenden Einfluss der schiitischen Kräfte. Vom Beginn der Besatzung an, setzten sich Sistani und seine Anhänger für eine konstitutionelle Ordnung und eine einigende Politik ein, die alle Bevölkerungsgruppen einbezieht und angesichts der ethnischen und religiösen Vielfalt des Landes auch als einzige eine Stabilisierung unter schiitischer Dominanz versprach.⁴⁸⁰

⁴⁷⁹ International Crisis Group: Iraq's Shiites Under Occupation. In: Middle East Briefing, 8/2003. <bit.ly/1WpI39C>, abgerufen am 08.02.2016; International Crisis Group: Shiite Politics In Iraq: The Role Of The Supreme Council. In: Middle East Report, 70/2007. <bit.ly/1Yf5nZt>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁸⁰ Hiltermann, Joost: Iraq: The Clerics and the Militias. In: The New York Review of Books, 13.10.2015. <www.nybooks.com/daily/2015/10/13/iraq-clerics-militias/>, abgerufen am 08.02.2016.

Sunnitischer Islamismus

Irakische Islamische Partei

Die führende sunnitische islamistische Kraft vor 2003 war auch im Irak die Muslimbruderschaft, deren irakischer Ableger 1951 gegründet wurde. 1960 entstand aus dieser die Irakische Islamische Partei.⁴⁸¹ Sie beteiligte sich nach der Invasion als einzige größere sunnitische Organisation am von den USA geführten „politischen Prozess“. Nach den verheerenden Angriffen der US-Truppen auf Falludscha im April und November 2004 trat sie allerdings aus dem „Regierungsrat“ aus. Aufgrund der anhaltenden Kämpfe, die eine faire Wahl unmöglich machten, boykottierte sie – wie die Mehrheit der Sunniten – die ersten Wahlen zu einem Übergangsparlament im Januar 2005. An den nächsten Wahlen im Dezember 2005 nahm die Irakische Islamische Partei jedoch im Rahmen der von ihr gegründeten „Front der irakischen Eintracht“ (*Iraqi Accord Front*, IAF) teil. Sie erreichte in dem gleichfalls von massiver Gewalt und Unregelmäßigkeiten überschatteten Urnengang 15% der Stimmen und beteiligte sich an der Regierung von Nouri al-Maliki.

Obwohl sie die Regierung von August 2007 bis April 2008 aus Protest gegen das Vorgehen der Besatzungsmacht und der Regierung gegen sunnitische Gruppen und Personen verließen, verlor die Partei aufgrund ihrer Beteiligung an dem von den USA eingeführten politischen System zunehmend an Einfluss unter der sunnitischen Bevölkerung. Bei den Wahlen im Jahr 2010 kam ihr Wahlbündnis nur noch auf 2,6%. Die Mehrheit der Sunniten hatte sich zunehmend hinter jene Kräfte gestellt, die die Besatzung aktiv bekämpften.

⁴⁸¹ Fuller, Graham E.: *Islamist Politics in Iraq after Saddam Hussein* (13.08.2003). <www.usip.org/publications/islamist-politics-in-iraq-after-saddam-hussein>, abgerufen am 08.02.2016.

Militante sunnitisch-islamistische Organisationen

Militante sunnitisch-islamistische Organisationen entstanden erst als Reaktion auf die Invasion der US-geführten Truppen 2003 und die anschließende Besetzung. Diese kann man in zwei sich fundamental unterscheidende Gruppen unterteilen: Organisationen mit einer auf den Irak bezogenen Agenda, die im Irak als Teil des nationalen Widerstands angesehen werden, und Organisationen, die das Land als Basis für einen überregionalen, panislamischen Kampf um universellere Ziele betrachten. Zu letzteren gehörten vor allem die *al-Qaida*-nahen Gruppen, die sich später zum „Islamischen Staat im Irak“ vereinten, dem Vorläufer des „Islamischen Staat im Irak und der Levante“ (ISIL/ISIS).

Die erste Gruppe der nationalistischen Organisationen lässt sich in drei Kategorien einteilen:

1. weitgehend säkular, weder ethnisch noch konfessionell orientiert
2. arabisch-nationalistisch und gemäßigt islamistisch
3. irakisch dschihadistisch

Zur 1. Kategorie zählen u. a. *Baath*-nahe Gruppierungen, wie die auch heute noch aktive *Armee der Männer vom Naqshbandi Orden*. Zur zweiten gehören die vorwiegend sunnitischen Widerstandsgruppen, wie die *Islamische Armee*, die *Brigaden der 1920er Revolution*, *Mohammeds Armee* und die *Islamische Front des irakischen Widerstands*, nach ihren arabischen Initialen JAMI genannt. Zur 3. Kategorie kann man die *Jaish Ansar as-Sunna* (die *Armee der Beschützer der Sunna*) zählen.

Arabisch-nationalistische und gemäßigt islamistische Organisationen

Zu den politisch einflussreichsten sunnitischen Organisationen zählt die *Vereinigung der islamischen Religionsgelehrten im Irak* (engl. abgekürzt AMSI). Sie wurde im April 2003 gegründet, vertritt nach eigenen Angaben 6.000 Moscheen (das sind ca. 80% aller sunnitischen Moscheen) und gilt

als höchste sunnitische religiöse Autorität im Land.⁴⁸² Ihre politische Plattform ist dennoch stärker nationalistisch als religiös orientiert.⁴⁸³ In scharfem Kontrast zum salafistisch-dschihadistischen Dogmatismus war ihr zentrales Konzept im Kampf gegen die ausländische Besatzung nicht der Dschihad, sondern *al-Muqawama al-Scharifa*, das arabisch-nationalistische Konzept von Widerstand, das keine Herabsetzung des schiitischen Islams kennt.⁴⁸⁴ Sie gehörte von Beginn an zu den entschiedensten Gegnern der Besatzung, wie auch dem, von den USA aufoktroyierten, „politischen Prozess“. AMSI verteidigte das Recht auf bewaffneten Widerstand, engagierte sich aber vor allem für die Einheit des Iraks und gegen sektiererische Gewalt. Ihr Widerstand richtet sich nicht gegen den Aufbau demokratischer Institutionen und Wahlen, sondern deren Umsetzung unter Kriegs- und Besatzungsbedingungen.

AMSI bemüht sich, eine ähnliche Rolle zu spielen, wie die schiitische Führung in Nadschaf, indem sie zwischen rivalisierenden Gruppen vermittelt und Richtlinien zum Wohle gemeinsamer Interessen der Gemeinschaft verbreitet. Sie mischt sich aber häufiger und direkter in die Tagespolitik ein. AMSI hatte erheblichen Einfluss auf die sunnitischen Widerstandsgruppen und war für eine Reihe von ihnen das politische Sprachrohr.

Trotz ihrer meist islamischen Namen und einer teilweise islamistischen Rhetorik stand der Islam bei den meisten Widerstandsgruppen nicht im Vordergrund, sondern arabischer Nationalismus oder irakischer Patriotismus. Ihre Hauptziele waren die Beendigung der ausländischen Besatzung und die Verhinderung der Machtübernahme schiitischer pro-westlicher und

⁴⁸² Allam, Hannah: Sunni cleric emerges as powerful foe of U.S. in Iraq. In: Knight Ridder Newspapers, 09.07.2004. <www.mcclatchydc.com/latest-news/article24441331.html>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁸³ Siehe ihre englischsprachige Website: <<http://heyetnet.org/en/>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁸⁴ Abedin, Mahan: Iraq's Divided Insurgents. In: Mideast Monitor, Vol. 1, 1/2006. <www.mafhoum.com/press9/268S24.htm>, abgerufen am 08.02.2016.

pro-iranischer Kräfte. Sie teilten sich aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung in zwei, nicht scharf abgegrenzte Lager, was sich schließlich auch in der Bildung zweier Widerstandsfronten widerspiegelte.

Zum radikaleren islamistischen Lager gehört die *Islamische Armee*, die am Höhepunkt der Kämpfe stärkste Formation. Sie schlug in ihren Verlautbarungen teils schon salafistische Töne an und ihre feindselige Haltung gegenüber dem Iran ging oft mit einer sektiererischen Haltung gegenüber Schiiten einher.

Im anderen Lager sammelten sich die Gruppen mit einer überwiegend nationalistischen Agenda. Die *Brigaden der 1920er Revolution* sehen sich, wie der Name schon sagt, in der Tradition des nationalen und antikolonialen Kampfes gegen die Briten in den 1920er-Jahren. Wie auch die *Islamische Front des irakischen Widerstands* (nach ihren arabischen Initialen JAMI genannt), *al-Rashidin Armee* und *Mohammeds Armee* streben sie kein islamisches Regime im Irak an, sondern einen Staat mit demokratischen Strukturen, in dem der Islam Staatsreligion ist. Die Brigaden der 1920er Revolution sind offen für die Zusammenarbeit mit allen Bevölkerungsgruppen und stehen politisch der AMSI nahe.

Deren 2007 veröffentlichter „offener Brief an den irakischen Widerstand“ skizzierte daher auch die politische Zielsetzung der aus diesen Gruppen gebildeten Front. In ihrem Schreiben fordern sie die Einigung auf ein gemeinsames Programm, das den Interessen aller gegen die Besatzung auftretenden Kräfte im Land gerecht werden müsse, nicht nur den Interessen der eigenen Gruppen und Anhänger. Der Widerstand solle sich immer bewusst sein, dass er die gesamte irakische Nation vertrete und alle Konfessionen und Ethnien einbezogen werden müssten.⁴⁸⁵

Die nationalen Widerstandsgruppen fokussierten ihre Angriffe auf Besatzungstruppen und lehnten die terroristische und sektiererische Gewalt der

⁴⁸⁵ Open Letter from AMSI to the Resistance Fighters (15.09.2007). <www.uruknet.de/?p=47355>, abgerufen am 08.02.2016.

al-Qaida-nahen Gruppen, die sich auch gegen Iraker richtete, ab.⁴⁸⁶ In ihren Stellungnahmen erklärten sie, dass Iraker nur dann legitime Ziele seien, wenn sie unmittelbar mit den Besatzern gegen den Widerstand kollaborierten. Die bloße Zugehörigkeit zur Polizei oder Nationalgarde genüge beispielsweise nicht.⁴⁸⁷ Einige Gruppen beteiligten sich aber durch Angriffe auf schiitische Milizen an den 2006 einsetzenden konfessionellen Gewaltexzessen. Anfang 2007 schlossen sich die meisten Formationen gegen die im Islamischen Staat im Irak vereinten dschihadistischen Gruppen zusammen.

Nach dem Abzug der letzten US-Truppen stellten alle ihre bewaffneten Aktionen ein, um von nun an mit politischen Mitteln für ihre Ziele zu kämpfen.⁴⁸⁸ Sie schlossen sich über politische Frontorganisationen der Protestbewegung an, die sich ab Winter 2012/2013 vor allem in den überwiegend sunnitischen Provinzen ausbreitete. Nach mehreren Angriffen der Armee auf Protestcamps griffen sie jedoch erneut zu den Waffen.⁴⁸⁹

National dschihadistisch

In diese Kategorie fällt mit *Ansar as-Sunna* (nach ihrer Vorgängerorganisation auch als *Ansar al-Islam* bezeichnet) eine der stärksten sunnitischen Mi-

⁴⁸⁶ The AMS: We Are Now Waging Two Battles: Against 'the Occupation' and Against 'the Terrorists'. In: Al-Hayat, 26.01.2006. <bit.ly/1RIJBNT>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁸⁷ Steinberg, Guido: Die irakische Aufstandsbewegung – Akteure, Strategien, Strukturen. In: SWP-Studien, 2006, S. 27. <bit.ly/1U6FYSC>, abgerufen am 08.02.2016; siehe auch: Stanford University: Mapping Militants Projects – Iraq. <<http://web.stanford.edu/group/mappingmilitants/cgi-bin/groups>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁸⁸ Iraq's Sunni insurgent groups gather to plot comeback amid political crisis. In: The Washington Post, 01.06.2010. <www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/05/31/AR2010053103116.html>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁸⁹ Tony Blair Faith Foundation: Beyond the Islamic State: Sectarianism in Iraq (16.10.2014). <<http://tonyblairfaithfoundation.org/religion-geopolitics/reports-analysis/report/beyond-islamic-state-sectarianism-iraq>>, abgerufen am 08.02.2016; vgl. auch: Beyond the Islamic State: Iraq's Sunni Insurgency. In: Middle East Security Report, 24/2014. <www.understandingwar.org/sites/default/files/Sunni%20Insurgency%20in%20Iraq.pdf>, abgerufen am 08.02.2016.

lizen im Irak. Sie gilt „ungeachtet ihrer gleichzeitigen Betonung patriotischer Themen“ als „hochgradig salafistische Gruppierung“ und als kaum weniger radikal als die *al-Qaida*-nahen Gruppen,⁴⁹⁰ mit denen sie häufig kooperierte. Ihr werden sowohl Geiselnahmen als auch Selbstmordanschläge auf Zivilisten vorgeworfen. Die Organisation hat sich aber nicht zuletzt wegen unterschiedlicher Ansichten hinsichtlich legitimer Gewalt 2007 gespalten. Ein Teil rückte noch näher an *al-Qaida* heran, der größere schloss sich dem nationalen Widerstand an.

Al-Qaida im Irak und Islamischer Staat

Die heute mit Abstand stärkste dschihadistische Organisation weltweit ist der *Islamische Staat im Irak und al-Sham* (ISIS/ISIL und arabisch *Daesh*), der sich mittlerweile nur noch *Islamischer Staat* (IS) nennen lässt.

Seine Vorläufer entstanden, die als *al-Qaida*-nahe Extremisten aus zahlreichen islamischen Ländern – das Vakuum nach dem Sturz des alten Regimes nutzend – ins Land strömten und mit frisch radikalisierten Irakern bewaffnete Gruppen gegen die Besatzer aufbauten. Die meisten von ihnen hatten ihre Kampferfahrung in Afghanistan gesammelt.⁴⁹¹

Prominent wurde die Gruppe *Organisation der Basis des Jihad in Mesopotamien* um den Jordanier Abu Musab az-Zarqawi, die im Westen aufgrund ihrer Beziehungen zu *al-Qaida* meist als *al-Qaida im Irak* (AQI) bezeichnet wurde. Diese schloss sich mit ähnlich gesinnten Gruppen im *Schura-Rat der Mudschahidin im Irak* zusammen, der 2006 die Errichtung eines „islamischen Staates im Irak“ (ISI) ausrief. Die Ideologie dieser Gruppen bestand aus dem für *al-Qaida* typischen Mix aus Muslimbruderschaft-Programmatik und radikalem Wahhabismus, der einen zeitlich und räumlich unbe-

⁴⁹⁰ International Crisis Group: In Their Own Words: Reading the Iraqi Insurgency. Middle East Report, 50/2006. <bit.ly/1UyjWqh>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁹¹ Engdahl, Frederik William: Es klebt Blut an Euren Händen: Die geheimen Machenschaften der Öl-Multis. München 2012.

grenzten Krieg gegen alle Nicht- oder Andersgläubigen propagiert und diesen zur Glaubenspflicht erklärt. Im Zuge des Abzugs der US-amerikanischen Truppen aus dem Irak sollte ein islamischer Staat aufgebaut werden. Von diesem aus sollte der bewaffnete Kampf in die Nachbarländer getragen werden, um anschließend Israel zu bekämpfen und Jerusalem zu befreien.

Mit der Ausrufung eines islamischen Staates grenzten sie sich jedoch von *al-Qaida* ab, deren Führer den Aufbau eines solchen Staates als Endziel betrachteten. Auf Widerspruch in deren Reihen stieß auch die antischiitische Strategie des ISIS, die extreme Brutalität und der kompromisslose Führungsanspruch gegenüber anderen sunnitischen Gruppen.

Obwohl die Ideologie der dschihadistischen Gruppen mit dem traditionellen Religionsverständnis irakischer Sunniten nichts gemein hat, wurden sie in den mehrheitlich sunnitischen Provinzen zunächst als kompromisslose, kampferprobte und gut bewaffnete Kämpfer gegen die Besatzer begrüßt. Für viele, unter Kriegs- und Embargo-Bedingungen aufgewachsenen jungen Männern, die nach dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch des Landes ohne Perspektive bei ihren Familien lebten, waren ihre Radikalität und ihre Soldzahlungen durchaus attraktiv. Dies wurde durch die einseitige, gegen die sunnitische Bevölkerung gerichtete Besatzungspolitik der USA noch begünstigt.

Aufgrund ihrer nicht an den Interessen der Bevölkerung orientierten Zielsetzung und ihren inakzeptablen Kampfmethoden schwand die Akzeptanz des ISI innerhalb der sunnitischen Bevölkerung rasch. Ab 2006 wurden die im Irak als *Takfiri* (Leute, die andere Muslime als Ketzer behandeln) bezeichneten Extremisten von Widerstandsgruppen und sunnitischen Bürgerwehren, die dafür von den USA Sold und Ausrüstung erhielten, schließlich

aktiv bekämpft und weitgehend zerschlagen.⁴⁹² Ende 2010 war die Stärke von ISI auf maximal 1.000 Kämpfer geschrumpft.⁴⁹³

Islamischer Staat

Der Krieg der NATO in Libyen und der Aufstand in Syrien schufen jedoch die Basis für seine Wiederbelebung. Mit dem Namenszusatz „und al-Sham/der Levante“ (abgekürzt ISIS) dehnte er sich zunächst nach Syrien aus.⁴⁹⁴ Im Juni 2014 nutzte ISIS den Aufstand in den sunnitischen Gebieten, um weite Teile der sunnitischen Provinzen des West- und Nordwestiraks inklusive ihrer Hauptstädte Mosul, Ramadi und Tikrit zu besetzen. Nach dem Einmarsch in Mosul proklamierte sein Anführer, Abu Bakr al-Baghdadi, am 29. Juni 2014 die Wiedererrichtung des Kalifats und verkürzte den Namen seiner Miliz auf *Islamischer Staat* (mehr zum Islamischen Staat in der Fallstudie zu Syrien).

Aktuelle Entwicklung

Im Zuge der gewaltsamen Niederschlagung der Protestbewegung in den sunnitischen Provinzen durch die Maliki-Regierung griffen ab 2012 nicht nur sunnitische Widerstandsgruppen wieder zu den Waffen, auch schiiti-

⁴⁹² Guilliard, Joachim: Strukturen der irakischen Befreiungsbewegung. In *Junge Welt*, 22./24.09.2007. <www.antikriegsforum-heidelberg.de/irakkrieg2/hintergrund/strukturen_irak_widerstand.htm>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁹³ Blair, Charles P.: ISIS: The unsurprising surprise that is sweeping Iraq. In: *The Bulletin of the Atomic Scientists*, 18.06.2014.

⁴⁹⁴ Gould, Kate/Wilkerson, Lawrence B.: Arming Syrian 'Moderate' Fighters Emboldens Islamic State. In: *The Huffington Post*, 17.09.2014. <www.huffingtonpost.com/kate-gould/arming-syrian-moderates_b_5835546.html>, abgerufen am 08.02.2016; Joe Biden Is the Only Honest Man in Washington. In: *Foreign Policy*, 07.10.2014. <<http://foreignpolicy.com/2014/10/07/joe-biden-is-the-only-honest-man-in-washington/>>, abgerufen am 08.02.2016.

sche Milizen traten wieder stärker in Erscheinung, die auf eigene Faust sunnitische Oppositionelle einzuschüchtern suchten.⁴⁹⁵ Der rasante Vorstoß des ISIS führte im Juni 2014 schließlich zu einem geradezu explosionsartigen Anwachsen.

Ayatollah Sistani hatte nach dem Zusammenbruch der Armee beim ersten Ansturm des ISIS die Iraker dazu aufgerufen, das Land gegen die extremistische Miliz zu verteidigen. Sein Aufruf richtete sich zwar explizit „an alle Bürger unabhängig von ihrer Religion“ und forderte alle Waffenfähigen auf, sich den Sicherheitskräften anzuschließen, er wurde jedoch von zahlreichen schiitischen Organisationen und Persönlichkeiten als Rechtfertigung für den Aufbau eigener Kampftruppen genutzt.⁴⁹⁶ Angesichts der hohen Arbeits- und Perspektivenlosigkeit unter der schnell anwachsenden Jugend, waren viele junge Männer gerne dazu bereit, sich von einer der Gruppen unter dem Dach der sogenannten „*Volksmobilisierungseinheiten*“ (arabisch „*Hashd al-Shaabi*“) anheuern zu lassen.

Am stärksten profitierten die altbekannten Organisationen mit ihren engen Verbindungen zum Iran: die *Badr*-Brigaden, die „*Liga der Gerechten*“ und die irakische *Hisbollah*. Durch einen enormen Nachschub an Waffen und die Anleitung iranischer Offiziere wurden sie militärisch bald wesentlich schlagkräftiger als die Armee. Sie trugen maßgeblich dazu bei, den Vormarsch des ISIS zu stoppen und an einigen Stellen zurückzuschlagen. So gelang es ihnen, mit Luftwaffenunterstützung der USA, die sunnitischen Extremisten aus Tikrit zu vertreiben. Ihre Kommandeure, vor allem *Badr*-

⁴⁹⁵ Iraq's Hezbollah forms new militia to frighten protesters: Sunni leader. In: Al Arabiya, 27.02. 2013. <<http://english.alarabiya.net/articles/2013/02/27/268685.html>>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁹⁶ Cole, Juan: Enter the Ayatollah: Sistani calls on Iraqis to enlist in Fight against “Terrorists”. In: Informed Comment, 14.06.2014. <www.juancole.com/2014/06/ayatollah-against-terrorists.html>, abgerufen am 08.02.2016. Al Khatteeb, Luay: What Do You Know About Sistani's Fatwa? In: The Huffington Post, 10.07.2014. <www.huffingtonpost.com/luay-al-khatteeb/what-do-you-know-about-si_b_5576244.html>, abgerufen am 08.02.2016.

Chef Hadi al-Ameri und *Liga*-Anführer Qais al-Khazali werden in schiitischen Gebieten mittlerweile als Helden gefeiert.

Menschenrechtsgruppen und andere Beobachter warnen jedoch, dass die Milizen bei ihrem Agieren in sunnitischen Gebieten dem ISIS an Brutalität kaum nachstehen.⁴⁹⁷ Bereits im Sommer 2014 berichtete Human Rights Watch (HRW) von zahlreichen Verschleppungen, Exekutionen und der Vertreibung Zehntausender aus dem sogenannten „Bagdad-Gürtel“ rund um die Hauptstadt. Zahlreiche Berichte, u. a. auch von der UN-Menschenrechtsbehörde, über Massaker und die systematische Zerstörung sunnitischer Dörfer in zurückeroberten Gebieten folgten.⁴⁹⁸ „Die schiitischen Jihadisten haben das Recht, das Leben und das Eigentum der sunnitischen Araber zu nehmen, die an der Seite ISISs kämpften“, machte der Kommandeur einer *Badr*-Einheit, die in der Nähe von Kirkuk operierte, ihre Sichtweise unmissverständlich klar. Als Mitkämpfer gilt dabei jeder, der nicht vor ISIS floh.⁴⁹⁹ Ihr Ziel ist es, so das Fazit von HRW, „die demografische Zusammensetzung der traditionell gemischten Provinzen Salah al-Din und Kirkuk zu verändern“.

Während die neuen Milizen meist Anhänger Sistanis sind und sich der Armeeführung unterordnen, agieren *Badr* und Konsorten eigenständig und

⁴⁹⁷ Human Rights Watch: Irak: Milizen zerstören Dörfer und vertreiben Tausende (18.03.2015). <www.hrw.org/de/news/2015/03/18/irak-milizen-zerstoren-dorfer-und-vertreiben-tausende>, abgerufen am 08.02.2016; Schiiten-Milizen vor Ramadi: Aufmarsch der Todes-Schwadronen. In: Spiegel Online, 22.05.2015. <www.spiegel.de/politik/ausland/islamischer-staat-schiiten-milizen-sollen-ramadi-retten-a-1034901.html>, abgerufen am 08.02.2016. UNHCR Report on the human rights situation in Iraq in the light of abuses committed by the so-called Islamic State in Iraq and the Levant and associated groups (13.03.2015). <www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session28/Documents/A_HRC_28_18_AUV.doc>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁹⁸ Der aktuellste ist: Human Rights Watch: Ruinous Aftermath – Militias Abuses Following Iraq’s Recapture of Tikrit (20.09.2015). <www.hrw.org/node/281164>, abgerufen am 08.02.2016.

⁴⁹⁹ Iraq’s Shiite militias pose threat to Kurds, Sunnis (01.10.2014). <<http://rudaw.net/english/middleeast/iraq/01102014>>, abgerufen am 08.02.2016.

unter Anleitung iranischer Offiziere. Der Kommandeur der iranischen Eliteeinheit *al-Kuds*, Kassim Soleimani, ist häufig selbst direkt an der Front, wie zahlreiche Fotos belegen. Sie arbeiten so eng mit Teilen der Armee zusammen, dass – wie die UN-Menschenrechtsbehörde feststellte – oft nicht klar ist, wer das Kommando vor Ort führt und wer für die Verbrechen direkt verantwortlich ist. Mit Mohammed al-Ghabba fungiert seit Sommer 2015 ein *Badr*-Führer als Innenminister und damit als Chef der paramilitärischen Spezialkommandos des Landes.

Ayatollah Sistani verurteilte die Verbrechen und wies die Milizionäre an, jegliche Racheaktionen zu unterlassen. Muqtada al Sadr zog seine Milizen aufgrund der Berichte über die Gräueltaten zurück.⁵⁰⁰

Angesichts einer Armee, die nur noch über eine Handvoll einsatzfähiger Einheiten mit etwa 48.000 Mann verfügt, gegenüber 100.000 bis 120.000 Milizionären, sehr schwachen politischen Institutionen und einem Regierungschef ohne reale Machtbasis, liegen die tatsächlichen Zentren der Macht nun in Nadschaf und bei den pro-iranischen Milizen. Letztere reagierten auf die Bemühungen von Premier Abadi – gedrängt und unterstützt von Ayatollah Sistani –, die Milizen der Autorität des Staates zu unterstellen und der sunnitischen Bevölkerung durch eine stärkere Partizipation und die Zulassung autonomer regionaler Sicherheitskräfte entgegenzukommen, mit unverhüllten Drohungen. Nach Zusammenstößen zwischen den Milizen und der Armee in Bagdad sowie Entführungen von Regierungsmitarbeitern, darunter der Vizejustizminister, wurde die für Anfang September anberaumte Abstimmung über die genannten Reformen verschoben.⁵⁰¹ Während sich Sistani und seine Anhänger bemühen, den immer direkteren Einfluss des Iran zurückzudrängen, werben die Milizführer und ihnen nahestehende hochrangige Geistliche für den iranischen Weg zur Überwindung der

⁵⁰⁰ Iraqi Shiite cleric recalls militiamen from fight against Islamic State. In: The Washington Post, 17.02.2015. <wapo.st/1vGd4bu>, abgerufen am 08.02.2016.

⁵⁰¹ Iraq, the Center of a Regional Power Struggle. In: Stratfor, 18.09.2015. <www.stratfor.com/sample/analysis/iraq-center-regional-power-struggle>, abgerufen am 08.02.2016.

gewaltigen Probleme des Landes. Als ersten Schritt fordern sie die Einführung eines Präsidialsystems.

Da, wie auch die Ergebnisse einer Umfrage von ORB International im Sommer 2015 nahelegen, die Mehrheit der Bevölkerung einen solchen Weg, wie auch die Einmischung Irans ablehnen, dürften sie auf wenig Unterstützung stoßen. Dreiviertel der Befragten halten es demnach für wahrscheinlich, dass die Iraker ihre Differenzen überwinden und wieder zusammenleben.⁵⁰² Da zudem 62% besorgt über die Präsenz bewaffneter religiöser Milizen sind, würde ihre Akzeptanz wahrscheinlich auch unter Schiiten rasch schwinden, wenn sie sich offen gegen Sistani stellen würden, auf dessen Legitimierung sie sich nach wie vor berufen. Dennoch wird es nur dann eine Chance zur Lösung geben, wenn die sektiererische Gewalt der schiitischen Milizen unterbunden wird und die Regierung, die USA und ihre Verbündeten wie auch der Iran statt einer militärischen eine politische Lösung im Kampf gegen den IS anstreben.⁵⁰³

⁵⁰² ORB International: Iraqi Public Opinion – July 2015 (Juli 2015). <www.opinion.co.uk/perch/resources/iraqdata.pdf>, abgerufen am 08.02.2016.

⁵⁰³ Evers, Erin: How Iraqi forces are destroying their own best shot at peace. In: MSNBC, 16.03.2015. <www.msnbc.com/msnbc/how-iraqi-forces-are-destroying-their-own-best-shot-peace>, abgerufen am 08.02.2016.

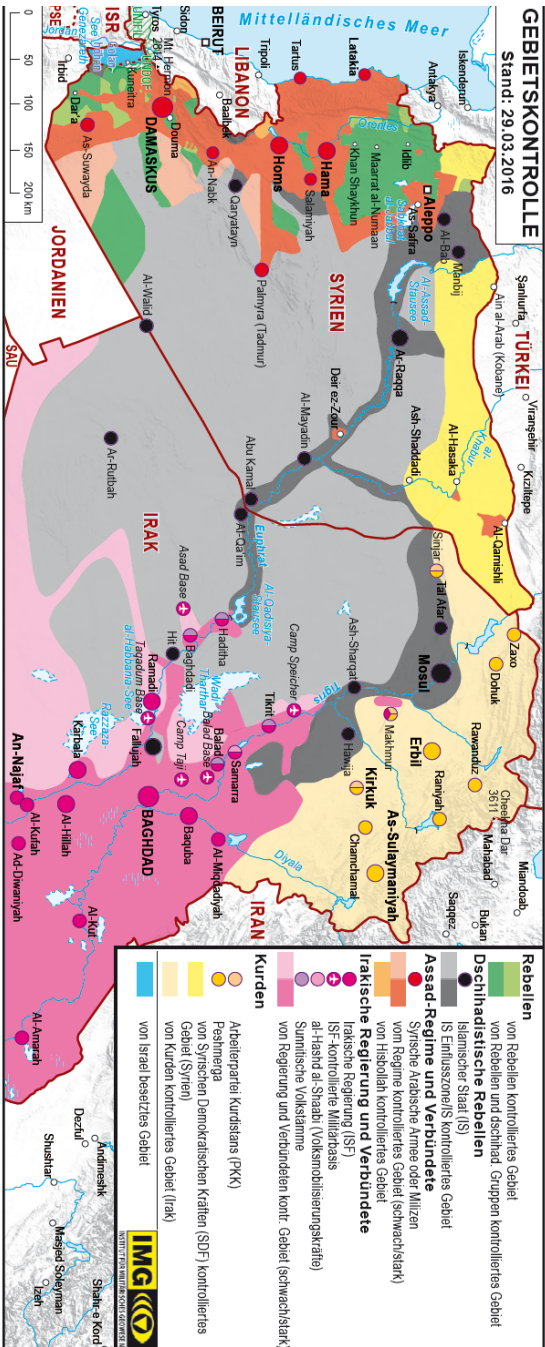


Abbildung 12: Gebietskontrolle in Syrien und Irak

Quelle: MENA-Taskforce des IFK

Grafik: IMG

Islamistische Gewalt in der Islamischen Republik Iran⁵⁰⁴

Walter Posch

Die Islamische Republik Iran stellt insoweit einen Sonderfall in der Geschichte der islamischen Welt dar, als es hier erstmals in der Moderne gelang, ein als islamisch definiertes Gesellschafts- und Politikmodell zu implementieren und – wie es den Anschein hat – über mehr als eine Generation hinweg zu tradieren. Islamistische Gewalttäter spielten in der Umsetzung der Revolution und in der Machtergreifung der Islamisten eine wichtige Rolle. Die Frage, inwieweit sie für den Machterhalt des Regimes wichtig sind, lässt sich vorderhand nicht einfach beantworten. Einerseits schüchert die von ihnen ausgeübte Gewalt die Gesellschaft ein, andererseits delegitimiert sie auch das Regime, das für sich den Anspruch erhebt, einen islamischen Rechtsstaat aufbauen zu wollen.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen jene „Extremisten“, „Radikalen“ oder „Hardliner“, auf die auch westliche Medien und Politik immer wieder Bezug nehmen, ohne jedoch viel mit ihnen anfangen zu können. Da sie die bei weitem wichtigsten islamistischen Gewalttäter sind, wurden die Aktivitäten sunnitischer und sunnitisch-separatistischer Gruppen, die vorwiegend im Osten des Landes aktiv sind, in dieser Arbeit ignoriert.

⁵⁰⁴ Der folgende Artikel beruht auf einem Vortrag über systemimmanente politische Gewalt im Iran, den ich am 4. Juli 2014 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bochum hielt. Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung NRW organisierte Veranstaltung fand unter dem Titel „Der Iran unter Präsident Hassan Rohani. Zwischen Stabilisierung des Regimes, außenpolitischer Öffnung und der Hoffnung auf wirtschaftliche Erneuerung“ am 4. und 5. Juli 2014 in Bochum statt.

Darüber hinaus setzt er in vielen Punkten meinen Artikel über „Schiismus als Politik“ aus dem Jahr 2008 fort. Vgl. Posch, Walter: Islam und Revolution in Iran oder Schiismus als Politik. In: Feichtinger, Walter/Wentker, Sibylle (Hrsg.): Islam, Islamismus und islamischer Extremismus. Wien 2008, S. 99-127.

Klerus, islamisches Bürgertum und Lumpenproletariat

Die Sonderrolle des schiitischen Klerus im Iran ist nicht theologisch, sondern historisch begründet.⁵⁰⁵ Der Staatsbankrott unter Karim Khan Zand (1750-1779) zwang die ehemals quasi-beamteten Schriftgelehrten in die Familien der Großgrundbesitzer und *Bazaris* einzuheiraten. Hervorgehoben durch die Schwäche des Staates bildete sich im 19. Jahrhundert die heutige Hierarchie der Ayatollahs heraus, welche bald eine zentrale Rolle in der sozialen Organisation der städtischen Bevölkerung einnahmen. Vor allem mit dem *Bazar* und den Großgrundbesitzern ging der Klerus enge soziale und familiäre Bindungen ein, sodass er deren Interessen und politische Ansichten teilte. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich der Klerus mit dem Tabakboykott an die Spitze der parlamentarischen Bewegung, deren Ziel die Einschränkung der kaiserlichen Willkürherrschaft und das Zurückdrängen des ausländischen, namentlich britischen Einflusses war. In all diesen Punkten vertrat der Klerus die Interessen des islamischen Bürgertums, die gleichzeitig seine eigenen waren.⁵⁰⁶

Als Seelsorger sah sich der Klerus aber für alle Gesellschaftsschichten in der Pflicht. Dazu gehört auch das Verhältnis zum Lumpenproletariat. Dieses war in gewaltbereiten, teilweise kriminellen Männerbänden – den sogenannten *lutis* – organisiert, die sich von ihren jeweiligen Stadtvierteln aus

⁵⁰⁵ Ausgangspunkt der eigenen Reflexion ist folgender wegweisender Artikel von Fragner, Bert: Von den Staatstheologen zum Theologenstaat: Religiöse Führung und historischer Wandel im schiitischen Persien. In: Wiener Zeitschrift zur Kunde des Morgenlandes, 95/1983, S. 73-98; zur Rolle der Marjas siehe: Seyyed Mohammad Mansuro l-Ahdad: Das Marja'-Amt im Feld der Theologie und der Politik. Dokumente und Berichte über die Großayatollahs Naini, Esfahani, Qomi, Haeri und Borujerdi aus den Jahren 1292-1339[1913-1960]. Teheran 2000.

⁵⁰⁶ Zur Ereignisgeschichte siehe z. B.: Abrahamian, Ervand: Iran between two revolutions. Princeton 1982, S. 50-100; Keddie, Nikki R.: Modern Iran. Roots and results of Revolution. New Haven/London 2003, S. 58-72; Kian-Thiébaud, Azadeh: Secularization of Iran: A doomed failure? (Travaux et memoires de l'Institute d'études iraniennes). Paris 1998, S. 13-25.

Kämpfe und Rangeleien mit den *lutis* der jeweils anderen Viertel lieferten.⁵⁰⁷ Das Lumpenproletariat stellte einen wichtigen Teil jener politisierten Massen, die in der Verfassungsrevolution eine wichtige Rolle spielten und seither aus der iranischen Politik nicht wegzudenken sind.⁵⁰⁸ Denn um die vorletzte Jahrhundertwende begannen ranghohe Kleriker, bezahlte Schlägertrupps aus den Reihen der *lutis* zu rekrutieren, um ihre eigenen Interessen gegen die anderer Kleriker durchzusetzen und in ihren Vierteln die öffentliche Ordnung aufrecht zu halten.⁵⁰⁹ Unter der Herrschaft Reza Shahs (1925-1941) wurde der Klerus jedoch zunehmend aus dem politischen Geschehen zurückgedrängt. Daher widmeten die Kleriker ihr Hauptaugenmerk dem Organisationsaufbau, der Verwaltung und der Reform des theologischen Curriculums, was die Ausweitung der theologischen Seminare in Qom und Mashhad zur Folge hatte. Diese Maßnahmen sind untrennbar mit dem Namen des Großayatollah Seyyed Hoseyn Borujerdi (1875-1961) verbunden, des letzten von allen Schiiten anerkannten religiösen Oberhauptes.⁵¹⁰ Der im Allgemeinen als friedlicher Quietist geltende Borujerdi hatte wie die meisten hohen Kleriker ebenfalls eine bezahlte und mit Knüppeln bewaffnete Truppe zur Verfügung, mit der er unter den Studenten in Qom für Disziplin sorgte. Gleichzeitig war er aber darauf bedacht,

⁵⁰⁷ Floor, Willem: Luti – Encyclopedia Iranica (15.03.2010). <www.iranicaonline.org/articles/luti>, abgerufen am 08.02.2016; derselbe: The Luti – A Social Phenomenon in Qajar Persia. In: Die Welt des Islam, 13/1971, S. 103-121; derselbe: The Political Role of the Luti in Qajar Iran. In: Schweizer, Günther (Hrsg.): Interdisziplinäre Iran-Forschung: Beiträge aus Kulturgeographie, Ethnologie, Soziologie u. neuerer Geschichte. Wiesbaden 1979, S. 179-89; zur Anwendung des marxistischen Begriffs „Lumpenproletariat“ auf den Iran siehe Lutitum und Lumpenproletariat. Ein Interview mit Naser Fokuhi. <www.tribunezamaneh.com/archives/51256?tztc=2>, abgerufen am 03.02.2016.

⁵⁰⁸ Abrahamian, Ervand: The crowd in the Persian revolution. In: Iranian Studies, Vol. 2, 4/1969, S. 128-150; derselbe: Iran between two revolutions. Princeton 1982, S. 22f.; Ahano, Marcel: Pour une analyse politique des foules iraniennes. In: Vaner, Semih (Hrsg.): Modernisation autoritaire en Turquie et en Iran. Paris 1991, S. 107-130.

⁵⁰⁹ Fragner: Von den Staatstheologen zum Theologenstaat, S. 93.

⁵¹⁰ Eine kurze Biographie über ihn siehe bei l-Ahdad, Mansuro: Das Marja'-Amt, S. 403-425.

den Staat nicht zu provozieren.⁵¹¹ Unter der autoritären Herrschaft des letzten Schahs, Mohammad Reza Pahlavi, wurde die Handlungsfähigkeit dieser Gruppen weiter drastisch eingeschränkt. Erst nach der Revolution spielten bewaffnete Anhänger einzelner Ayatollahs wieder eine Rolle, die jedoch von der neuen revolutionären Regierung nicht goutiert wurde: Ayatollah Montazeri hielt seine schützende Hand über eine unabhängig agierende Gruppe von Revolutionsgardisten, die ein Verwandter namens Mehdi Hashemi⁵¹² leitete und deren unkontrollierbare Aktivitäten im Ausland zur berüchtigten „Iran-Contra Affäre“ führten. Ayatollah Shari’at-Madari verfügte über die Parteililiz der Islamischen Volkspartei, die überwiegend aus aserbaid-schanisch-türkischen Mitgliedern bestand. Beide Gruppen wurden zwischen 1982 und 1988 gewaltsam aufgelöst.

Fedayan-e Eslam

Von weit größerer Bedeutung war jedoch die 1946 vom Theologiestudenten Mojtaba Mir-Louhi, genannt Navvab-Safavi, gegründete Geheimgesellschaft der *Fedayan-e Eslam*.⁵¹³ Ihre Mitglieder stammten wie die *lutis* aus dem Lumpenproletariat, waren aber politischer als diese. Die *Fedayan* fielen

⁵¹¹ So fürchtete er eine brutale Reaktion des kaiserlichen Regimes, das seiner Ansicht nach auch vor Waffengewalt nicht zurückschrecken würde. Tabatabai, Sadeq: Politische und gesellschaftliche Memoiren. Teheran 2014, S. 27.

⁵¹² Von Schwerin, Ulrich: Mehdi Hashemi and the Iran-Contra Affair. In: British Journal of Middle Eastern Studies, Vol. 42, 4/2015, S. 520-537.

⁵¹³ Über die Fedayan und ihren Anführer Mojtaba Mir-Louhi, genannt Navvab-Safavi, siehe Behdad, Sohrab: Utopia of Assassins: Navvab-Safavi and the Fedian-e Eslam in Prerevolutionary Iran. In: Jahanbegloo, Ramin (Hrsg.): Iran between tradition and modernity. Oxford 2004, S. 71-91; Kazemi, Farhad: Fedā’iān-e Eslām. In: Encyclopedia Iranica, IX.5, S. 470-474; die überwiegende Mehrzahl der Studien ist in persischer Sprache. Als Standardwerk gilt Amini, Davud: Die Gesellschaft der Fedayan-e Eslam und ihre Rolle in der gesellschaftspolitischen Entwicklung Irans. Teheran 2002; siehe außerdem Gol-Mohammadi, Ahmad (Hrsg.): Die Gemeinschaft der Fedayan-e Eslam in den Dokumenten. Teheran 2003; Khosrovshahi, Seyyed Hadi: Leben und Kampf des Navvab-Safavi. Teheran 2005; Shahid Navvab-Safavi Seyyed Mojtaba/Khosrovshahi, Seyyed Hadi (Hrsg.): Die Fedayan-e Eslam: Geschichte, Bedeutung und Weltanschauung. Teheran 2000; Qaysari, Mehdi: Ein Führer namens Navvab. Teheran 2005.

von Anbeginn durch hohe Gewaltbereitschaft, Aggression und einen utopischen Islamismus auf. Sie ermordeten den anti-islamischen Intellektuellen Ahmad Kasravi aus religiösen Gründen und aus nationalistischen Gründen Premierminister General Hajj-Ali Razmara, der für die westlich-iranische Kooperation im Erdölgeschäft eintrat, um ihre wichtigsten Opfer zu nennen. Wichtig war das politische Bündnis, das sie mit Ayatollah Kashani eingingen, der neben Borujerdi einer der respektierten Ayatollahs im Lande war. Er war es auch, der den Großteil ihrer politischen Morde vorher mit einer *fatva* (Rechtsgutachten) absegnete und der seine Autorität nutzte, um die Attentäter der *Fedayan* in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Damit wurde bereits das Muster einer Vorgangsweise niedergelegt, das in der Islamischen Republik wiederauftauchen sollte: eine radikale Gruppe erklärt eine Person für todeswürdig, dies wird von einem hohen Kleriker mittels einer *fatva* bestätigt und die Gruppe schlägt dann zu.

Die politischen Aktivitäten der *Fedayan* in den 1950er-Jahren sollen uns hier nicht interessieren. 1955 wurde die Gruppe niedergeschlagen und Navvab-Safavi sowie seine Mitstreiter hingerichtet. Ihr Erbe lebt jedoch auf ideologischer und zum Teil auch auf organisatorischer Ebene fort. In ideologischer Hinsicht ist zunächst ihre kompromisslose Haltung zu nennen, wonach der Islam zu regieren hat und der Staat dazu da ist, die Gebote des Islam umzusetzen. Diese Haltung beeindruckte eine ganze Generation junger Theologiestudenten in Qom, von denen viele später Schlüsselfunktionen in der Islamischen Republik übernahmen.⁵¹⁴ Ein anderes Erbe der *Fedayan* betrifft die Wahrnehmung des internationalen Weltgeschehens

⁵¹⁴ Hashemi, Mohsen (Hrsg.): Die Kampfzeit: Programm und Memoiren des Hashemi Rafsandjani. Teheran 2007. Über die Fedayan allgemein: a.a.O. S. 108-112, insb. S. 109: „Ich kann sagen,“ so Rafsandjani „dass die eigentliche Basis meiner politischen Überzeugung aus jener Zeit stammt und unter dem Einfluss der politischen Welle der Bewegung der Nationalen Front, des Ayatollah Kashani und vor allem der Fedayan-e Eslam“ [geformt wurde]; auch Khamenei war von Navvab beeindruckt: „Der erhabene Revolutionsführer: die ersten Keime der Islamischen Revolution entstanden bei mir durch Navvab.“ In: Fars News, 03.01.2010.

durch die iranischen Islamisten. Navvab-Safavi bereiste auch den Nahen Osten, darunter Ägypten und Jordanien, wo er in Kontakt mit den Moslembürgern kam. Damals schon schlug er die bis heute für die Iraner gültige Lesart des Palästina-Konflikts vor, dass es sich nämlich um keinen Nationalitäten-, sondern vielmehr um einen Religionskonflikt handeln würde, in dem der arrogante Westen bzw. die Kolonialmächte die Muslime unterdrücken.

Die überlebenden Reste der *Fedayan* verhielten sich zunächst ruhig und sammelten sich unter dem Dach verschiedener islamischer Vereine. Als diese Anfang der 1960-er Jahre auf Anordnung Khomeinis eine landesweite „Koalition der islamischen Vereine“ (*mo'talefeh-ye hey'atha-ye eslami*) aufbauten, bildeten die ehemaligen *Fedayan*-Mitglieder deren geheimen militärischen Flügel (*shakbeh-ye nezami*). Dieser machte alsbald mit Terroranschlägen von sich reden und erschoss 1965 Premierminister Hasan Ali Mansur. Die Polizei konnte den Attentäter festnehmen und die Gruppe teilweise auflösen. Es gelang den Behörden jedoch nicht, eine Verbindung zur Koalition nachzuweisen und die Hintermänner auszuforschen, sodass eine noch jüngere Gruppe, geführt von Hojjatoleslam Ali Andarzgu, ihre Untergrundtätigkeit weiter fortsetzte. Dieser zweite militärische Flügel (*shakbeh-ye nezami-ye dovvom*) wurde erst 1978 in einer Schießerei mit den Sicherheitskräften in Teheran zerschlagen.

In den Jahren des Untergrunds wurden die *Fedayan* zu Idolen der gewaltbereiten islamistischen Jugendszene,⁵¹⁵ spielten aber nach der Revolution als Organisation keine zentrale Rolle mehr. Einzelne Mitglieder integrierten sich in anderen Organisationen, deren wichtigste die Revolutionsgarden und die revolutionären Komitees waren, in denen die Tradition der *Fedayan*

⁵¹⁵ Den Einfluss der *Fedayan* auf die eigene Gewaltbereitschaft beschreibt z. B. Sheykh Gholamreza Hasani. Siehe Abazeri, Abdolrahim: Die Memoiren des Hojjatoleslam Hasani, Freitagsprediger von Urmiye. Teheran 2003, S. 69f.

bis heute fortlebt.⁵¹⁶ Die Revolutionsgarden gingen aus einem Zusammenschluss mehrerer Khomeini-treuer Milizen hervor, die unter Federführung ehemaliger *Fedayan*-Mitglieder wie Mohsen Rafiqdust vereint wurden. Zeitzeugen erkannten in den Revolutionsgardisten und Komitees der ersten Stunde auch sofort den sozialen und ideologischen Zusammenhang mit den *Fedayan*.⁵¹⁷ Wie diese waren die Gardisten zu Beginn der Revolution schwer kontrollierbar, doch ließ sich ihr Aktivismus leicht gegen die ideologischen Gegner der khomeinitreuen Islamisten dirigieren.

Wichtig ist der soziale Hintergrund der *Fedayan*: überwog in der ersten Phase noch das lumpenproletarische Element, so fanden sich ab den 1960er-Jahren auch wohlhabende *Bazaris* wie Mohsen Rafiqdust in ihren Reihen. Die gewalttätige Tradition ihres politischen Aktivismus überschneidet sich mit einer anderen, weniger fassbaren Strömung: der *Hezbollah*.

Hezbollah und die Hezbollahis

Unter *Hezbollah* wird heute jener Flügel des politischen Spektrums im Iran bezeichnet, der im Westen als Radikale oder Extremisten bekannt geworden ist. Ursprünglich wurde *hezbollahi* für jene Aktivisten aus dem Lumpenproletariat verwendet, die in vielen Dingen an die *lutis* und an die *Fedayan* erinnern. Sie waren während der Schahzeit ebenfalls im islamistischen Untergrund aktiv. Zu Beginn der Revolution bildeten sie Schlägerbanden, deren gewalttätiger Einsatz für „die Revolution“ – sprich für die von Khomeini geführten Islamisten – von diesen als selbstlose Aufopferung für den Islam interpretiert wurde. Aufgrund der großen Interessenkonvergenzen (Führerkult um Khomeini und Herrschaft der Islamisten) hielten Beobachter die

⁵¹⁶ Zum Beispiel in der Ikonographie und Traditionspflege bei der Truppe. Navvab-Safavi verlangte seinerzeit schon religiöse Unterweisung für alle Soldaten und dass an allen militärischen Einrichtungen neben den iranischen Fahnen auch religiöse Fahnen aufzupflanzen seien. Hierzu siehe Navvab-Safavi/Khosrovshahi, Seyyed Hadi: *Die Fedayan-e Eslam*, S. 270f.

⁵¹⁷ Fragner: *Von den Staatstheologen zum Theologenstaat*, S. 97.

Hezbollahis irrtümlicherweise für die Schlägerbanden der mittlerweile aufgelösten Islamischen Republikanischen Partei, was in dieser Form nicht stimmen kann. Vielmehr handelte es sich um eine lose, unabhängige Organisation unter Hadi Ghaffari⁵¹⁸, der zu Beginn der Revolution als „Maschinengewehr-Mullah“ eine gewisse Berühmtheit erlangte und sich später den Reformkräften anschloss.

International orientierte Kleriker wie der spätere Reformpolitiker Ali Akbar Mohtashamipour nahmen den *Hezbollahi*-Gedanken auf und entwickelten ihn als Modell für khomeinistische Bewegungen in anderen Ländern der Region. Als bald entstanden *Hezbollah*-Gruppen in der gesamten Region, von denen aber nur die libanesische *Hezbollah*⁵¹⁹ überregionale Bedeutung erlangte. Allenfalls wäre noch die türkisch-kurdische *Hezbollah* zu erwähnen, die in den 1990er-Jahren aktiv war und zu den radikalsten islamistischen Gegnern der marxistischen PKK gehörte.⁵²⁰ Bei den iranischen und den internationalen *Hezbollahis* handelt es sich also um verschiedene Gruppen. Ein ideologischer Zusammenhang besteht allenfalls darin, dass für die iranischen *Hezbollahis* der Kampf gegen Israel und die USA auf globaler Ebene und der Kampf gegen Sittenlosigkeit und die kompromisslose Verteidigung islamischer Gebote im Lande selbst untrennbar miteinander verknüpft sind.

„*Hezbollahi*“ sein, bedeutete ursprünglich über den Parteien zu stehen, nur Khomeini anzuerkennen und eine rigide Ausübung und Verwirklichung is-

⁵¹⁸ Bakhash, Shaul: *Reign of the Ayatollahs. Iran and the Islamic Revolution*. New York 1984, S. 67; Hiro, Dilip: *Iran under the Ayatollahs*. London/New York 1987, S. 159; Arjomand, Said Amir: *The Turban for the Crown. The Islamic Revolution in Iran*. New York/Oxford 1988, S. 143; Moin, Baqer: *Khomeini: Life of the Ayatollah*. New York 1999, S. 211.

⁵¹⁹ Mervin, Sabrina: *Le lien iranien*. In: Mervin, Sabrina (Hrsg.): *Le Hezbollah état des lieux*. Paris 2008, S. 75-88; Minoui, Delphine: *Les révélations d'un cofondateur iranien du Hezbollah*. In: Mervin, Sabrina (Hrsg.): *Le Hezbollah état des lieux*. Paris 2008, S. 89-92.

⁵²⁰ Çakır, Ruşen: *Derin Hizbullah İslami şiddetinin Geleceği*. İstanbul 2001.

lamischer Gebote zu verfolgen. Dazu gehören der Kampf gegen unverschleierte Frauen, Alkoholverkauf und -konsum und die Ablehnung westlicher Kultureinflüsse wie Kinos und menschenrechtlicher Diskurse sowie Feindschaft gegenüber der westlichen, sprich der amerikanischen und israelischen, Politik in der Region. Wichtig ist dabei der klassenkämpferische Aspekt: das verwestlichte Bildungsbürgertum galt – und gilt ihnen bis heute – als dekadente Oberschicht, die es aus Schlüsselpositionen im Staatsapparat und hier vor allem aus dem Bildungs- und Kulturbereich und den Sicherheitskräften zu entfernen gilt. Unter Khomeini dirigierte der Revolutionsrat den sozial motivierten Zorn der *Hezbollahis* weg von „den Reichen“ allgemein, was letzten Endes auch auf viele Kleriker und *Bazaris* zutraf, hin zu den aus dem säkularen Bürgertum stammenden Feministinnen und linksorientierten Intellektuellen. Khomeini und die klerikalen Kreise um ihn herum nutzten die *Hezbollahis* gegen politische Opponenten, hintertrieben jedoch die Entstehung einer schlagkräftigen, eigenständigen Organisation und sprachen von einer idealistischen, aktivistischen Bewegung der einfachen Muslime. Versuche, sie unter verschiedenen politischen Plattformen zu vereinen, scheiterten bisher. So beklagte sich der selbsternannte Generalsekretär der *Hezbollah*, Ayatollah Baqer Kharrazi, noch 2014 über den geringen Organisationsgrad und forderte die Gründung einer zentralisierten *Hezbollah*-Organisation.⁵²¹

Ihre brutalen Rollkommandos (*gasht al-qare'e*, in etwa: Ausmerzungsmando) wurden bald der Schrecken der bürgerlichen Mittelschicht, welche die *Hezbollahis* die „Prügler“ (*chomaqadaran*) nannte. Unmittelbar nach der Revolution hatte das Innenministerium eine eigene Einheit für die öffentliche Sittlichkeit gegründet, die später von den Moralpatrouillen der *Basijis* (*gasht-e ershad*) abgelöst wurde. Während die Mitarbeiterinnen des Innenministeriums überwiegend Ermahnungen aussprachen, verprügelten die

⁵²¹ Über die Notwendigkeit, eine *Hezbollah*-Organisation zu gründen. <<http://main.hezbollah.ir/>>, abgerufen am 03.02.2016.

Hezbollahis schlecht verschleierte Frauen und Burschen mit zu langen Haaren.⁵²² Führerkult und Gewaltbereitschaft sind für die *Hezbollahis* bis heute zwei Seiten einer Medaille. Seit den 1990er-Jahren vertreten sie eine in der Regel besonders rigide Interpretation der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ (*velayat-e faqih*), nämlich die „absolute Herrschaft des Rechtsgelehrten“ (*velayat-e faqih-e motlaqeh*), die eine weitere Stärkung des Revolutionsführers gegenüber staatlichen Institutionen vorsieht. Ausgangspunkt ihrer politischen Aktion war und ist das koranische Gebot, „zu guten Taten aufzufordern und schlechte Taten zu verbieten“ (*amr bi-l-ma'ruf wa nahyi an al-monker/amr be ma'ruf va nahyi az monker*), das als Artikel 8 in die iranische Verfassung aufgenommen wurde.⁵²³ Dieser besagt folgendes:

„In der Islamischen Republik Iran ist die Aufforderung zu guten Taten – Gutes gebieten und Schlechtes verwehren [al-amr-bil-maaruf wa-n-nahy ani-l-munkar] – eine Aufgabe aller und eine gegenseitige Verpflichtung sowie eine gegenseitige Aufgabe zwischen Staat und Volk. Die Bedingungen und Grenzen dieser Aufgabe und ihre Durchführung werden durch das Gesetz bestimmt.“

Radikale Islamisten weisen aber zurecht darauf hin, dass „für die Gemeinschaften, die die öffentliche Moral stärken wollen, im Anhang zum Artikel 8 der Verfassung kein ziviles Gesetz erlassen wurde, welches diese Angelegenheit regeln würde.“⁵²⁴ Denn der Gesetzgeber hat es in den letzten dreißig Jahren verabsäumt, ein dementsprechendes präzisierendes Gesetz zu verabschieden, sodass bis heute ein Streit darüber fort dauert, wo die Grenzen der Eigeninitiative liegen. Dieser gesetzlich unregelmäßige Raum erlaubt es den

⁵²² Mirdamad, Mortaza (Hrsg.): Die Memoiren des Hojjatoleislam Ali Akbar Nateq-Nuri. Bd. 2. Teheran 2013, S. 47-49.

⁵²³ Enzyklopädie des Islam: Verfassung der Islamischen Republik Iran. <www.eslam.de/manuskripte/verfassung_iri/kapitel01.htm>, abgerufen am 03.02.2016.

⁵²⁴ Ehqaqi, Akram: Drei Jahrzehnte Ärger: von Mohajerani bis Jannati. In: *Asr-e Iran*, 03.05.2014.

Hezbollahis, unter Berufung auf Artikel 8 der Verfassung und aufgrund ausgewählter Koransuren und Reden des Revolutionsführers, einen Freibrief für Gewaltanwendung gegen Andersdenkende abzuleiten.

Mit Kriegsbeginn 1980 strömte die jüngere Generation der *Hezbollahis* an die Front, wo sie ihren religiösen und revolutionären Utopismus mit dem Fronterleben mischten.⁵²⁵ Sie kämpften überwiegend in den Rängen der Revolutionsgarde und der *Basijis*. Beide Institutionen betonen seither, dass sie ausschließlich Mitarbeiter und Anhänger mit einem ideologischen *hezbollahi* Hintergrund (*'aqide-ye hezbollahi*) rekrutieren. Während des Krieges wurden die Revolutionsgarden besser strukturiert und mussten sich, wenn auch unter Wahrung großer Autonomie, in die militärischen Strukturen der Landesverteidigung einfügen. Die *Basijis* wurden als Personalreserve und Ergänzungseinheit auf Befehl Khomeinis gegründet, aus der islamistischen Jugendbewegung rekrutiert und von der Revolutionsgarde ausgebildet und geführt. Ein nicht unbedeutender Teil der *Basijis* stammte aus den Reihen der Teheraner und Karajer Jugendbanden, viele von ihnen mit kriminellem Hintergrund, die sich selbst in einer Traditionslinie mit den *lutis* sahen. So wurde ein Bataillon der 10. Brigade (später Division) *Seyyedo l-Shohada* aus Karaj das *Luti*-Bataillon genannt, dessen Tollkühnheit an der Front genauso legendär wie seine Disziplinlosigkeit war.⁵²⁶

Unberührt von der militärischen Entwicklung blieb zunächst der Nachrichtendienst der Garden, dem es von 1980 bis 1982 mit den „Patrouillen der Rache Gottes“ (*gasht-e Sarollah*) und in Kooperation mit unabhängigen

⁵²⁵ Khosrokhavar, Farhad: *L'utopie sacrifiée: Sociologie de la révolution iranienne*. Paris 1993; Khosrokhavar, Farhad: *L'Islamisme et la Mort. Le martyr révolutionnaire en Iran*. Paris 1995; Gieling, Saskia: *Religion and War in Revolutionary Iran*. London/New York 1999.

⁵²⁶ „Es ist keine Kunst, Basijis in der Moschee zu rekrutieren und dann an die Front zu schicken, aber Basijis aus den Gassen und von der Straße an die Front zu bringen, das ist eine Kunst“, so Mostafa Zare', der ehemalige Bataillonskommandant. Hierzu: Wer war der Kommandant des ‚Bataillons der *luti*' in der 10. Brigade Seyyedo l-Shohada? In: Tabnak, 04.08.2015.

hezbollahi-Gruppen gelang, die wichtigsten marxistischen Gruppen des Landes auszuschalten. Sarollah war schwer zu kontrollieren und wurde nach einer Schießerei mit Truppen des Innenministeriums und den Revolutionskomitees aufgelöst.⁵²⁷ Ähnlich erging es seiner Mutterorganisation, dem Nachrichtendienst der Revolutionsgarden, der 1984 aufgespalten und teilweise ins neue Geheimdienstministerium (*VAJA Vezarat-e Ettelaat-e Jomburi-ye Eslami-ye Iran*)⁵²⁸ überführt wurde. Ein Teil des Dienstes verblieb bei der Garde, musste seine Tätigkeiten jedoch auf die eines militärischen Abwehrdienstes im Fronteinsatz beschränken.

Eine weitere Organisation, die von *Hezbollahis* dominiert wurde, sind die „Komitees der Revolution“ (*komiteha-ye enghelab*). Diese wurden von Außenstehenden oft mit der Revolutionsgarde verwechselt. Doch ist ihre Organisation parallel zu den Garden entstanden und die Islamisten stellten anfänglich noch nicht die Mehrheit. Die Komitees rekrutierten spätestens seit 1982 ausschließlich aus dem *Hezbollahi*-Milieu und waren bei der Bevölkerung äußerst gefürchtet. 1992 wurden sie mit der Polizei und Gendarmerie vereint und heißen seither „Sicherheitskräfte der Islamischen Republik Iran“ (*NAJA niruba-ye entezami-ye jomburiy-e eslami-ye Iran*).⁵²⁹ Die Gründung von NAJA wird allgemein als Zeichen für die postrevolutionäre Ordnung Irans verstanden, weil durch diese Maßnahme die Willkür der Komitees eingeschränkt wurde. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Zusammenschluss von Revolutionsgarden und Armee erwogen, was in der Bevölkerung Hoffnungen auf einen berechenbareren und weniger ideologischen Sicherheitsapparat nährte.

⁵²⁷ Mirdamad: Nateq-Nuri, S. 49f.

⁵²⁸ <<http://www.vaja.ir/Public/Home/>>, abgerufen am 03.02.2016.

⁵²⁹ <<http://www.police.ir/>>, abgerufen am 03.02.2016.

Diese Hoffnungen wurden jedoch durch Revolutionsführer Khamenei zunichtegemacht, der sich hinter die Revolutionsgarde stellte.⁵³⁰ Die Garder nutzten diese Gelegenheit, um ihren Geheimdienst neu aufzubauen und seine Kompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit auszuweiten. Und auch diesmal bedienten sie sich radikal islamistischer Elemente aus der *Fedayan*-Tradition und dem Milieu der *Hezbollahis*, wohl auch, um die ideologische Kohäsion sicherzustellen. Ein weiterer Schritt Khameneis hebelte nun selbst den bescheidenen Fortschritt bei der Neuformierung der NAJA aus: er erlaubte freiwilligen Eiferern, in aller Öffentlichkeit bei Verstößen gegen islamische Gebote selbst einzuschreiten, wenn die Behörden ihren Pflichten nicht oder nur sehr lax nachkamen.

„Dass es nur ja niemand wagt, weder von der Polizei noch von der Justiz, sich den Rollkommandos [*amer be ma'ruf va nabi az monkar*] entgegenzustellen oder nicht diese, sondern die Übeltäter zu schützen. [...] Wann immer ich erfahre oder vermute und dann eine Bestätigung bekomme, dass – was Gott verhüten möge – die Rollkommandos von den Behörden behindert werden, dann werde ich mich persönlich des Falles annehmen.“⁵³¹

Es ist nicht ganz klar, warum er diesen Schritt gesetzt hat. Seine Konkurrenz zu Rafsanjani spielt dabei bestimmt eine wichtige Rolle, weil er damals fürchten musste, von diesem politisch an die Wand gedrückt zu werden. Möglich ist aber auch, dass er eine Kraftprobe mit den lose organisierten *Hezbollahis* fürchtete. Diese nehmen bis heute überproportional viel Einfluss auf die iranische Politik und sind mithin für die politische Gewalt im Land direkt verantwortlich. Ein Punkt, auf den die irankritische politische Forschung in den USA zu Recht hinweist.⁵³²

⁵³⁰ Siehe seine berühmte „Rede anlässlich des sechsten Führungs- und Stabskurses der Imam-Hossein-Universität“ (20.11.1989). <<http://farsi.khamenei.ir/print-content?id=11062>>, abgerufen am 03.02.2016.

⁵³¹ Der Attentäter gegen den Studenten, der das Gute befahl, ist bald frei. In: Seratnews, 01.03.2014.

⁵³² Rubin, Michael: Into the shadows. Radical Vigilantes in Khatami's Iran. Washington 2001; Von den Ausmerzungsparouillen zur Ansar-e Hezbollah. In: Parsine, 08.12.2012.

Neuformierung der Extremisten: Ansar-e Hezbollah

Nach dem Krieg gehörte die Masse der *Hezbollahis* dem Heer der demobilisierten Kampftruppe an. Glaubwürdigen Schätzungen zufolge fand sich mehr als ein Drittel der *Hezbollahis*, die von der Front zurückkehrten, im Zivilleben nicht mehr zurecht.⁵³³ Das führte zu einer romantischen Überhöhung der Frontkameradschaft und Opferbereitschaft, gepaart mit Enttäuschung über die Entwicklung der iranischen Gesellschaft, die von Krieg und Revolution genug hatte. Gleichzeitig hatte ihnen der Krieg so viel Selbstvertrauen gegeben, dass sie sich als die eigentlichen Retter der Nation und des Regimes verstanden und dort fortsetzten, wo sie vor ihrem Fronteinsatz aufgehört hatten: bei der Umsetzung der Islamischen Revolution und der Verwirklichung der islamischen Gebote, wobei sie sich auf Artikel 8 der iranischen Verfassung und die Reden des Revolutionsführers beriefen. Das Resultat war erhöhte Gewaltbereitschaft der *Hezbollahis*, die sich gegen alle Formen des Liberalismus und der Entideologisierung richtete. Die Präsidenten Rafsanjani und Khatami mussten so zu ihren Feindbildern werden, weil die *Hezbollahis* deren relativ moderate Innen- und Außenpolitik als Verrat an der Revolution auffassten.

1992 wurde zum ersten Mal jene Organisation bekannt, deren Mitglieder überwiegend aus dem Frontkämpfermilieu stammen und die für den Großteil der politischen Gewalt im Iran verantwortlich ist: *Ansar-e Hezbollah*. In *Ansar* paaren sich die Tradition der *Luti*, der *Fedayan* und der *Hezbollahis*. Ausschlaggebend war jedoch ihre Fronterfahrung, was wiederum die Vernetzung *Ansars* mit den politisch einflussreichen Vereinen der Frontkämpfer und Kriegsversehrten erklärt. Überschneidungen existieren vor allem mit der mächtigen „Stiftung der Unterdrückten und Kriegsversehrten (*Bonyad-e Mostaza'fan va Janbazan*)“, einer der reichsten Stiftungen des Landes.⁵³⁴

⁵³³ Quchani, Mohammad: Der Pate [=Rafsanjani] und die junge Linke. Teheran 2001, S. 67.

⁵³⁴ Klebnikov, Paul: Millionaire Mullahs. In: Forbes Global, 21.07.2003, S. 24-28.

In der iranischen Öffentlichkeit herrscht nach wie vor große Unklarheit darüber, welche Extremisten im Rahmen von *Ansar-e Hezbollah* organisiert sind und welche in anderen selbständigen *Hezbollah*-Gruppen. Schließlich sahen sich Anfang 2015 wichtige Mitglieder der *Ansar* genötigt, selbst an die Öffentlichkeit zu gehen, sodass viele Aspekte dieser Organisation präzisiert werden können.⁵³⁵

Schenkt man den Aussagen ihres Generalsekretärs Abdolhamid Mohtasham, genannt Abdollahi, Glauben, so nahmen einige *Hezbollahis*, die sich nach dem Krieg regelmäßig nach dem Freitagsgebet an der Universität Teheran trafen, die Warnungen des Revolutionsführers über die kulturelle Invasion, die der Westen vermeintlich gegen die revolutionäre iranische Gesellschaft führt, zum Anlass, aktiv zu werden. Die formale Gründung des losen und bewusst informell gehaltenen Kreises fand im Zuge der Gründung der Zeitung *Ya-Lasaratolhoseyn* statt.⁵³⁶ Diese fungiert als Zentralorgan *Ansars* und ist neben *Keyban* die wichtigste Zeitschrift der *Hezbollahis*. Frontkämpfervereine wie die *Razmandegan-e Eslam* oder die Gruppen von Brigadier Hoseyn Allah-Karam (der unter Ahmadinezhad Verteidigungsattaché Irans in Kroatien war) und die des späteren Filmemachers Mas'ud Dehnamaki,⁵³⁷ denen die westliche Fachliteratur große Aufmerksamkeit schenkt, waren nur am Anfang von Bedeutung. Beide verließen im Jahr 1996 *Ansar*, ohne mit den Idealen dieser Gruppe gebrochen zu haben.

Das 18 Mann starke Herausgeberteam von *Ya-Lasaratolhoseyn* ist weitgehend mit dem in Teheran ansässigen Zentralkomitee identisch. *Ansar-e-Hezbollah*-Gruppen gibt es über das ganze Land verstreut. Den Grad der Mitgliedschaft zu *Ansar* bestimmen die jeweiligen Ortsverbände selbst, das

⁵³⁵ Die folgenden Ausführungen, so nicht anders angegeben, beruhen auf einem Interview mit Abdolhamid Mohtasham. Siehe Ehqazi, Akram: Drei Jahrzehnte Ärger: von Mohajerani bis Jannati. In: *Asr-e Iran*, 03.05.2014; vgl auch die Ausführungen bei Posch: *Islam und -Revolution*, S. 113-116.

⁵³⁶ <<http://www.yalasarat.com/>>, abgerufen am 03.02.2016.

⁵³⁷ <<http://dehnamaki.blogfa.com/>>, abgerufen am 03.02.2016.

Zentralkomitee übt nach eigener Aussage keine wirkliche Führungs- und Leitungsfunktion aus, was freilich auch eine Schutzbehauptung sein kann. Die Gründungsgeschichte der *Ansar*-Gruppe von Dezful ist in diesem Zusammenhang lehrreich. Die Gruppe wurde 1998 von jungen *Basijis* gegründet, die in ihrem Vorhaben von Kriegsveteranen unterstützt wurden. Letztere vermittelten vermutlich den Kontakt zum Zentralkomitee, woraufhin die Gruppe in Dezful anerkannt wurde.⁵³⁸ Wichtige Ortsverbände sind neben Dezful jene von Mashhad, Esfahan, Kermanshah sowie die Gruppe in Täbris, die in den letzten Jahren mit heftigen Verbalattacken auf Baku von sich reden machte.⁵³⁹ Aber auch für Golestan und andere Provinzen sind *Ansar*-Gruppen verbürgt, sodass von einem in allen Provinzen aktiven Netzwerk ausgegangen werden muss.⁵⁴⁰

Aufrufe zu Protest- und Störaktionen werden in *Ya-Lasaratolhoseyn* veröffentlicht. Das bescheidene und radikale Niveau dieses Blattes sowie der eigenwillige radikal-islamistische Stil der Redaktion sind wahrscheinlich die Gründe dafür, warum ausländische Botschaften dieses Blatt nicht auswerten. Dabei erwies sich die Zeitung während der Unruhen gegen die Wiederwahl Ahmadinezhads im Sommer 2009 als äußerst nützlich, konnte man doch anhand ihres „Protestkalenders“ die neuralgischen Punkte und den Ablaufplan der Gegenmaßnahmen *Ansars* ablesen.

Duldung durch den Sicherheitsapparat

Ansar selbst unterscheidet zwischen politischen Aktionen und jenen, die gemäß Artikel 8 die öffentliche Sitte und Moral betreffen. In beiden Fällen wären ihre Aktivitäten vielleicht sogar ihre Existenz ohne die aktive Duldung durch den Sicherheitsapparat undenkbar. Denn obwohl es sich bei ihnen um nichts anderes als politisierte Gewalttäter handelt, bei denen die

⁵³⁸ <<http://www.pelaknews.blogfa.com/>>, abgerufen am 03.02.2016.

⁵³⁹ <<http://ansartabriz.com/>>, abgerufen am 03.02.2016.

⁵⁴⁰ <<http://www.hezbollahpress.com/>>, abgerufen am 03.02.2016.

alte *Luti*-Tradition fortwirkt, sind sie sehr gut mit Politik und Geheimdienst vernetzt. So existierten persönliche Überschneidungen mit der kurzlebigen links-islamistischen „Organisation zur Verteidigung der Werte der Revolution und des Islam“ (*jama'at-e defa' az arzesha-ye enghelab va Eslam*) des ehemaligen Geheimdienstchefs Mohammad Mohammadi-Reyshahri, der seine Anhänger vor allem im Milieu der Geheimdienste fand und in den Präsidentschaftswahlen 1997 eine Niederlage erlitt.⁵⁴¹

Ansar versteht sich auch als ideologische Hilfspolizei für die Sicherheitskräfte. Bei großen Demonstrationen gegen das Regime stellt sie die berüchtigten Schlägertrupps und Motorradbanden, die letztmals 2009 im großen Stil aktiv waren. Als solche haben sie im Laufe der Jahre so viel Erfahrung im Niederschlagen von regimefeindlichen Demonstrationen akkumuliert, dass sie meinen, sich als Ratgeber der Sicherheitskräfte gerieren zu können.⁵⁴² *Ansar* kooperiert in erster Linie mit den Sicherheitskräften von den *Basij* und den Revolutionsgarden, der Grad der Abstimmung und Koordination ist jedoch nicht eindeutig, sodass anhand des vorliegenden Wissensstandes von einem weitgehend selbständigen Vorgehen von *Ansar* auszugehen ist. Besonders wichtig ist jedoch, dass *Ansar* im Gegensatz zu den gewöhnlichen *Basijis* Zugang zu Waffen und Munition hat. Die bedauernswerte Studentin Neda Agha-Soltan wurde im Zuge der Proteste von 2009 vermutlich von einem Mitglied der *Ansar* erschossen.

In der iranischen Öffentlichkeit wurden die *Ansaris* oft als „Zivilisten“ (*lebas shakhsiba*) bezeichnet, womit in der Regel Beamte des Geheimdienstes und der Zivilpolizei gemeint sind. Allerdings ist diese Verwechslung verständlich, wenn man die engen Beziehungen *Ansars* mit dem Sicherheitsapparat bedenkt, mit dessen Mitarbeitern sie den sozialen Hintergrund teilt. Diese

⁵⁴¹ Buchta, Wilfried: Who Rules Iran. The Structure of Power in the Islamic Republic of Iran. Washington/Berlin 2000, S. 18-20; Quchani, Mohammad: Der Pate und die junge Rechte. Teheran 2006, S. 171.

⁵⁴² Ehqaqi, Akram: Drei Jahrzehnte Ärger: von Mohajerani bis Jannati. In: *Asr-e Iran*, 03.05.2014.

Beziehungen gehen übrigens bis in die Anfangszeit der Revolution zurück, so sollen die Gründer *Ansars* seinerzeit mit den Revolutionsgarden in den *Sarollah*-Patrouillen aktiv gewesen sein. Wie gut *Ansar* mit dem Milieu der Geheimdienstkreise vertraut ist – oder war – beweist auch die Aussage Hoseyn Allah-Karams, der im Hinblick auf die Ereignisse von 1999 (s. u.) die Angreifer Gruppe für Gruppe aufzählte und immer wieder auf die ihm offensichtlich bekannten Zivilbeamten des Geheimdienstes und des polizeilichen Nachrichtendienstes hinwies.⁵⁴³

Darüber hinaus fällt auf, dass die aktivste Zeit *Ansars* mit der Gründung jenes Kommandos zusammenhängt, das in Krisenzeiten aktiviert wird und die innere Sicherheit Teherans gewährleisten soll: der Kommandostelle *Sarollah* (nicht zu verwechseln mit Division 41 *Sarollah* der Revolutionsgarden aus Kerman oder der *gasht-e Sarollah*). *Sarollah* wurde noch vor den Unruhen von 1999 auf Anweisung des Staatssicherheitsrats (*shura-ye amniyat-e keshvar*, nicht zu verwechseln mit dem Hohen Nationalen Sicherheitsrat!) aktiv⁵⁴⁴ und wurde nach 2009 mit Eintritt der Neustrukturierung der Revolutionsgarden inaktiv. Im Krisenfall wurden *Sarollah* alle polizeilichen und nachrichtendienstlichen Einheiten, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Großraum Teheran verantwortlich sind, sowie zwei Divisionen der Revolutionsgarden, nämlich 21 *Rasul Allah* in Teheran und 10 *Seyyed al-Shobada* in Karaj, unterstellt. Die Wahl des Namens kann kein Zufall sein und die Anspielung auf die zwangsaufgelöste *gasht-e Sarollah* war beabsichtigt. Im Großen und Ganzen stellt die Aufstellung des Kommandos *Sarollah* meiner Ansicht nach den Versuch der Garden dar, an die Frühzeit der Revolution anzuknüpfen und die eigenen Kompetenzen gegenüber anderen Organen, vor allem der Polizei und dem Geheimdienstministerium (NAJA, VAJA), auszuweiten. Eine Stärkung der Rolle von *Ansar* und anderen

⁵⁴³ Ebd.

⁵⁴⁴ Die Ausführungen über den *qarargah* Sarollah beruhen auf: Kusari: Die Aussagen [der Verhöre] nimmt die Kommandostelle Sarollah auf. In: Fararu, 01.11.2009. Der fundamentalistische Parlamentarier Kusari war jahrelang Kommandant von Sarollah.

Hezbollah-Gruppen im Bereich der inneren Sicherheit ergibt in diesem Zusammenhang Sinn.

Vor dem Hintergrund eines aus ideologischen Gründen tendenziell zur Gewalt neigenden Sicherheitsapparats verwundert die Existenz von *Ansar-e Hezbollah* nicht. Die Hochzeit *Ansars* ist auch jener Zeitraum, in dem die Brutalitäten des regulären Sicherheitsapparats neue Höhen erreichten. Und auch hier spielt die ideologische Grundeinstellung der *Hezbollahis* eine zentrale Rolle:

So kam es in den Jahren 1988 bis 1998 zu den sogenannten Kettenmorden, denen wichtige Intellektuelle, Künstler und politische Aktivisten zum Opfer fielen. Trotz des großen Detailreichtums und den journalistischen Nachforschungen namhafter iranischer Experten und Aktivisten wie Akbar Ganji, Said Hajjarian und Emadeddin Baqi⁵⁴⁵ ist das gesamte System noch lange nicht aufgeklärt. So viel steht fest, dass führende Mitarbeiter des Geheimdienstministeriums festgenommen und abgeurteilt wurden und der Hauptangeklagte, ein hochrangiger Geheimdienstler namens Said Emami, einem mysteriösen Selbstmord zum Opfer fiel. Außerdem hat sich der Verdacht erhärtet, dass ein Teil der ermordeten Intellektuellen außerhalb der vorgesehenen Befehlskette aufgrund mehrerer *fatvas* aus Qom ermordet worden ist. Die Unterstützung für Khatami, den damaligen Geheimdienstminister Fallahian abzusetzen, wird beim großen Gegensatz zwischen Präsident und Revolutionsführer nur vor diesem Hintergrund verständlich.

Andere Fälle von systemimmanenter Gewalt lassen sich auf soziale und ideologische Unterschiede zurückführen. So wurde Mitte der 1990er-Jahre der spätere Parlamentspräsident Ali-Akbar Nateq Nuri mit der Aufklärung eines Verhörs und der Folter eines in der iranischen Industrie berühmten betagten Brüderpaares beauftragt. Die beiden als sehr religiös geltenden alten Männer wurden von Geheimdienstagenten vor allem deshalb gefoltert,

⁵⁴⁵ Buchta: *Who Rules Iran*, S. 156-170; Baqi, Emadeddin: *Die Tragödie der Demokratie im Iran. Eine Revision der Kettenmorde*. Teheran 2000.

weil diese als „links“ (im islamistischen) Sinne geltenden Verhörexperten ihren sozialen Hass auf die bürgerliche Unternehmerschicht auslebten. Als Lösung schlug Nateq-Nuri das Heranziehen von Verhörern (*bazju*) aus dem passenden gesellschaftlichen Milieu vor.⁵⁴⁶

Dass Gewalt und Misswirtschaft auf Dauer nicht tragbar waren, war dem Revolutionsführer bewusst, der aus diesem Grund ein „Revisionsbüro“ (*daftar-e bazresi*) in seiner Behörde einrichtete (*beyt e rahbari*).⁵⁴⁷ Langfristig musste es daher zu einer Konfrontation mit den ungebundenen Gruppen wie *Hezbollah* kommen. Allerdings war und ist der Staatsapparat bzw. die Regierung nicht in der Lage, diesem Treiben ohne ideologische und institutionelle Unterstützung ein Ende zu setzen. Khamenei selbst ließ – wie weiter oben gezeigt – 1992 die Ungeister der *Hezbollahis* auf die Gesellschaft los. Umso schwieriger ist es, ihren Einfluss auf die Politik des Landes zurückzudrängen oder sie ganz auszuschalten, vor allem, wenn man ihren bisherigen Einfluss auf die Politik des Landes in Betracht zieht.

Einfluss auf die Politik

Ansar war vor allem zurzeit Khatamis aktiv, dessen Innenminister Abdollah Nuri ihre Aktivitäten trotz Warnung unterschätzte.⁵⁴⁸ Dabei hielten sie damals schon wichtige Schlüsselpositionen und horteten Waffenlager. Wahrscheinlich spielte ihr nach außen hin ärmlicher Lebensstil und ihr Desinteresse an Reichtum eine Rolle, warum ihre Bedeutung ignoriert wurde. Wie die meisten radikalen Islamisten behauptet auch *Ansar* von sich, politisch neutral zu sein und über den Parteien zu stehen, dafür würden sie den Volkswillen vertreten, der sich nach Ansicht *Ansars* immer dann rührt, wenn die Werte der Revolution in Gefahr sind. Ihre Logik ist dabei konsequent anti-demokratisch: solange die Regierung sich an ihre Vorstellungen

⁵⁴⁶ Mirdamad: Nateq-Nuri, S. 144-146.

⁵⁴⁷ Über die Umstände der Gründung, den Aufbau und die wichtigsten Fälle dieses Büros siehe Mirdamad: Nateq-Nuri, S. 141-157.

⁵⁴⁸ Quchani: Der Pate, S. 64.

hält und solange *Ansar* sicher sein kann, dass genügend Parlamentarier sie unterstützen, sieht die Gruppe keinen Grund einzugreifen. Sollten sich die Verhältnisse ändern – sprich in *Ansars* Logik: der Islam und die Revolution in Gefahr sein – werden sie aktiv. *Ansar* war während der Wiederaufbau- und der Reformzeit (d. h. während der beiden Regierungen Rafsanjani 1989-1997 und Khatami 1997-2005) an allen Protestaktionen gegen die kulturelle Öffnung und wirtschaftliche Liberalisierung des Landes beteiligt bzw. hat die Proteste initiiert.

Ansar sieht sich aber auch als Hüter der Ideologie, indem die Organisation eine rigide Lesung der absoluten Macht des Revolutionsführers (*velayat-e faqih-e motlaqe*) vertrat und gleichzeitig alle anderen politischen Diskurse, vor allem die zivilgesellschaftlichen unter Khatami verhinderte, denn:

„In unserem Land ist das Formulieren von politischen Theorien nicht die Aufgabe der Regierung, sondern der Theologen (*olama*), der großen (Gelehrten) und des Revolutionsführers. Wenn dann eine politische Strömung gegen die Revolution Stellung bezieht, darüber spricht und Unruhe in die Gesellschaft bringt, dann ist das nicht akzeptabel.“⁵⁴⁹

Schwerpunkt der *Hezbollahi*-Aktivitäten ist die Kultur- und Sozialpolitik, die sie als Gradmesser für den Status des Islam im Land verstehen. Hierzu haben sie wahrscheinlich Anfang der 1990er-Jahre einen „Stab zur Wiederbelebung der Anordnung des Guten und Verhinderung des Bösen“ (*setad-e ehya-ye amr be ma'ruf va nabiy an monker*) gegründet, mit dem alle *Hezbollahi*-Kräfte im Land mobilisiert werden sollen.⁵⁵⁰ Darüber hinaus sind es die Beziehungen zu den USA und Israel, die sie strikt ablehnen. Gegen beides gingen sie seit den frühen 1990er-Jahren in der ihnen typischen gewalttätigen Weise vor.⁵⁵¹

⁵⁴⁹ Ehqaqi, Akram: Drei Jahrzehnte Ärger: von Mohajerani bis Jannati. In: *Asr-e Iran*, 03.05.2014.

⁵⁵⁰ Ebd.

⁵⁵¹ Die folgenden Beispiele, sofern nicht anders angegeben, nach „Ausmerzungsmando“.

So protestierten sie 1995 gegen eine Buchhandlung, die ihrer Ansicht nach blasphemische Bücher vertrieb und brannten sie beinahe nieder. Ein Jahr später – 1996 – verwüsteten sie ein Kino in Teheran und 2012 verhinderten ihre Proteste die Ausstrahlung zweier Filme, die zuvor die Zensur anstandslos passiert hatten. Unter Khatami demonstrierte *Ansar* gegen das Kulturministerium. Erklärtes Feindbild war Kulturminister Ayatollah Mohajerani, den sie beschuldigten, westliche Kultur im Iran zu verbreiten. Gegen ihn und Innenminister Abdollah Nuri wurden die Proteste im Jahr 1999 sogar handgreiflich. Unbestrittener Höhepunkt des Kampfes *Ansars* gegen die Regierung Khatami war ihr Angriff auf ein Teheraner Studentenheim vom 10. Juli 1999,⁵⁵² bei dem ein Student starb und mindestens dreihundert weitere schwer verletzt wurden. In den folgenden Tagen kam es zu landesweiten Ausschreitungen mit mindestens 20 Toten, hunderten Verletzten und tausenden Verhaftungen. Jahre später war *Ansar* darum bemüht, die eigene Rolle in den Protesten herunterzuspielen und schob die Verantwortung auf Allah-Karam und Dehnamaki, die damals nicht mehr zur Gruppe gehörten. Doch andere ehemalige *Ansar*-Mitglieder, wie Amir Farshad Ebrahimi, bestätigten der Menschenrechtsaktivistin Shirin Ebadi gegenüber die Rolle *Ansars*.

Der Angriff auf das Studentenheim erregte große Abscheu in der iranischen Öffentlichkeit. Der Prestigeverlust des Regimes und die aus polizeilicher Sicht kontraproduktive Gewalt der Gruppe veranlassten den Revolutionsführer, zu handeln. Er versammelte Ende Juli desselben Jahres verschiedene *Hezbollahi*- und *Basiji*-Gruppen und tadelte sie öffentlich wegen der von ihnen ausgeübten Gewalt. Gleichzeitig garantierte er ihnen aber auch, dass es zu keiner politischen Annäherung Irans an die USA kommen werde.⁵⁵³ Damit wird die eigentliche politische Dimension des Sturms auf das Studentenheim offensichtlich. Das Ziel der *Hezbollahis* als weit verbreitete politische Strömung und *Ansar-e Hezbollah* als Stoßtrupp dieser Strömung

⁵⁵² Buchta: Who Rules Iran, S. 187-189.

⁵⁵³ <www.youtube.com/watch?v=vkrrQVozxS4>, abgerufen am 03.02.2016.

waren nicht die Studenten per se, sondern die Hoffnungen der jüngeren Generation, die, wie die Regierung Khatami, überwiegend für eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA eintrat. Rückblickend betrachtet muss daher festgestellt werden, dass der Einsatz der Gewalt durch *Ansar* ihrem wichtigsten ideologischen Ziel – der Verhinderung einer iranisch-amerikanischen Annäherung – sehr wohl diene.

Ebenso großen Hass schürte *Ansar* gegen Rafsanjani. 1995 protestierten sie gegen „verwestlichte Unternehmer“, also vor allem Auslandsiraner, die Rafsanjani umworben hatte, da ihrer Meinung nach westliches Kapital die sozialen Spannungen im Lande steigern würde. 2005 unterstützte *Ansar* die Wahl Ahmadinezhads nicht nur mit Sympathiekundgebungen, sondern mit einer sehr geschickten Dauerkampagne gegen Rafsanjani, dessen Reichtum zugleich mit dem seiner Kinder skandalisiert wurde. Rafsanjani war bei den meisten *Hezbollahis* verhasst, die ihn und seine Anhänger schon längst aus dem politischen Spiel werfen wollten. Seine Demütigung im Sommer 2009 und eine Störaktion gegen Hasan Khomeini, den als liberal geltenden Enkel Khomeinis, der daran gehindert wurde, am Grab seines Großvaters zu predigen, waren die Höhepunkte des politischen Einflusses der *Hezbollahis*.⁵⁵⁴ Bei all dem spielte *Ansar* eine zentrale Rolle als ideologische Stoß- und Schlägertruppe, die sich mit den allgemeinen Zielen der *Hezbollahis* identifizierte.⁵⁵⁵ Die Ereignisse des Jahres 2009 waren insoweit auch bemerkenswert, weil die *Hezbollahis* als Gesamtbewegung versuchten, jeden, der sich ihnen in den Weg stellte, durch hohe Kleriker mittels *fatva* zum „Feind

⁵⁵⁴ Posch, Walter: A Last Chance for Iran's Reformists: The "Green Struggle" Reconsidered. In: SWP Working Papers FG 6, 02/2010. <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/PoschGreenStruggle.ks.pdf>, abgerufen am 03.02.2016.

⁵⁵⁵ Posch, Walter: The End of a Beautiful Friendship? Mahmoud Ahmadinejad and the Principalists. In: Chehabi, Houchang E./Khosrokhavar, Farhad/Therme, Clément (Hrsg.): Iran and the Challenges of the Twenty-First Century. Essays in Honour of Mohammad-Reza Djalili. London 2014, S. 50-78; Posch, Walter: Ahmadineshad und die Prinzipalisten. Irans politische Rechte und die Perspektiven für einen neuen Elitenkompromiss. In: SWP-Studien, 12/2011, S. 35. <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S35_poc_ks.pdf>, abgerufen am 03.02.2016.

Gottes (*moharebeh, aduvv Allah*)“ erklären zu lassen.⁵⁵⁶ Derartige *mohareb*-Erklärungen⁵⁵⁷ waren vor allem in der heißen Anfangsphase der Revolution ein Weg, unliebsame Gegner hinrichten zu lassen. Mit einer derartigen *fatva* hätten die *Hezbollahis* für sich ohne weiteres das Recht in Anspruch nehmen können, gegen alle tatsächlichen und vermeintlichen oppositionellen Gruppen unkontrolliert mit Gewalt vorzugehen. Da 2009 niemand im hohen Klerus bereit war, ein derartiges Dokument zu verfassen, begannen *Hezbollahis* in Qom zu randalieren, wobei bei einigen Großayatollahs die Fensterscheiben ihrer Büros zu Bruch gingen. Großayatollah Montazeri war eines ihrer ersten Ziele und gegen Ayatollah Sane'i wollten sie ein Verfahren zu seiner Absetzung einleiten. Diese Form von Antiklerikalismus von Seiten der *Hezbollahis*, die wie erwähnt nur den Revolutionsführer als oberste religiöse Autorität anerkennen, ist nicht neu: so wurde der 1992 im Irak verstorbene Großayatollah Khoyi in den Jahren zuvor in ihren Zeitschriften wie *Shalamche* und *Jabbe* attackiert,⁵⁵⁸ während sowohl im Irak als auch im Iran Staatstrauer für ihn herrschte.

Die Angriffe auf den Hohen Klerus waren zu viel und drohten, die konservativen Schichten der Bevölkerung gegen das System aufzubringen und die Netzwerke der Ayatollahs in Qom zu politisieren. Aus Sicht des Systems hatte *Ansar* seine Hilfsdienste 2009 ohnehin bereits erfüllt, deshalb war man nun bemüht, die Gewaltspirale einzudämmen. Khamenei drang auf einen Ausgleich innerhalb der iranischen Eliten, den die Brüder Ali Ardaschir Larijani, der Parlamentspräsident, und Ayatollah Sadegh Amoli-Larijani, der Justizminister, einleiten sollten.⁵⁵⁹ Für *Ansar* bedeutete dies eine herbe Enttäuschung, so schrieb ein ehemaliges Mitglied der *Fedayan-e Eslam*, Hojjatoleslam Jaafar Shajuni, in *Ya-Lasaratolboseyn*, dass man heutzutage –

⁵⁵⁶ Posch: Ahmadineschad und die Prinzipalisten, S. 22.

⁵⁵⁷ Über diesen Begriff und seine Verwendung im iranischen Kontext siehe: Naqvi, Syed Ali Raza: Hudud and Qisas Act of Iran. In: Islamic Studies, Vol. 25, 1/1986, S. 107-150.

⁵⁵⁸ Posch: Islam und Revolution, S. 115.

⁵⁵⁹ Posch: Ahmadineschad und die Prinzipalisten, S. 28f.

2010 – Aktivisten wie Navvab-Safavi bräuchte, die Aktionen setzten, und keine Konsenspolitiker wie die Larijani-Brüder.⁵⁶⁰

Die letzte Machtprobe

Wie alle anderen *Hezbollahi*-Gruppen war auch *Ansar* über Ahmadinezhad, den sie aktiv unterstützt hatten, maßlos enttäuscht. Sie distanzieren sich aber erst ab April 2011 von ihm, nachdem er beim Revolutionsführer in Ungnade gefallen war. Bei den Wahlen 2013 unterstützten sie Said Jalili, den Kandidaten der Prinzipalisten (*osulgarayan*), wohl wissend, dass er kaum Chancen haben würde. Die Wahl Hasan Ruhanis zum Präsidenten im Jahr 2013⁵⁶¹ ist das Resultat des oben erwähnten Kompromisses der iranischen Eliten. Ruhani hatte während seiner Zeit als Generalsekretär des iranischen Hohen Nationalen Sicherheitsrates (*shura-ye a'la-ye amniyat-e melli*) mehrere Sträube mit extremistischen Zirkeln, vor allem der Gruppe unter Hoseyn Shariat-Madari (keine Beziehung zu Ayatollah Shariat-Madari) von der Zeitung *Keyhan*, ausgefochten. Als typischer Vertreter des klassischen klerikalen Führungsstils sind Ruhani anarchische und schwer kontrollierbare Gruppen wie *Ansar-e Hezbollah* suspekt. Im Gegensatz zu Khatami ist er aber ein Mann des engeren Machtzirkels und anders als Rafsanjani ist er aufgrund seines bescheidenen Lebenswandels kaum angreifbar.

Ruhani war als Anhänger Rafsanjanis und Gegner und Kritiker unkontrollierbarer Extremisten schon lange bekannt. Diese Einstellung dürfte auch dazu beigetragen haben, dass er seine Funktion als Generalsekretär des Hohen Nationalen Sicherheitsrates 2005 auf Geheiß Präsident Ahmadinezhads aufgeben musste und fast ein Jahrzehnt lang auf den Posten des Direktors

⁵⁶⁰ Die Gesellschaft braucht heutzutage den Löwenmut eines Navvab-Safavi. In: Ya-Lasaratolhoseyn, 02.02.2010.

⁵⁶¹ Für die Hintergründe und Zukunftsperspektiven seiner Wahl siehe: Posch, Walter: Mäßigung statt Neuanfang. Iran nach den Präsidentschaftswahlen 2013. In: SWP-Aktuell, 39/2013.

des Center for Strategic Research⁵⁶² abgeschoben wurde. Ruhani veröffentlichte während dieser Zeit zwei Bücher,⁵⁶³ aus denen sich die Grundlinien einer von ihm angestrebten Verwaltungs- und Wirtschaftsreform ablesen lassen. Diese wurden während seines Wahlkampfes um eine „Charta der Bürgerrechte“ (*mansbur-e shabrvandan*) ergänzt.⁵⁶⁴ In allen drei Werken betont er die Bedeutung der Rechtssicherheit als oberstes Gut. Damit stützt er die Argumentation Rafsanjanis, der einem Teil der Prinzipalisten – nämlich *Ansar* – schwere Verfehlungen vorwirft.⁵⁶⁵ Dazu gehören ihr unkontrollierbares und eigenmächtiges Vorgehen, ihre Unfähigkeit, auf Andersdenkende zuzugehen und damit einhergehend ihre Intoleranz, ihr Hang zur außenpolitischen Eskalation und ihre Unfähigkeit in wirtschaftlichen Belangen.

Ansar verstand Ruhanis Versprechen von mehr Rechtsstaatlichkeit und Rafsanjanis Vorwürfe gegen sie korrekt als Angriff auf ihre größte Stärke, nämlich ihre Unabhängigkeit und ihr Initiativrecht, also ihre Unberechenbarkeit. Vor allem mussten sie sehen, dass Rafsanjani sich bald für die 2009 erlittene Schmach revanchierte: im Jänner 2011 ruderte Shajuni, der noch zwei Jahre zuvor den Reichtum der Rafsanjanis gegeißelt hatte, zurück: er sei falsch zitiert worden und hätte nie von einer „Hashemiphobie“ in der iranischen Gesellschaft gesprochen oder angedeutet, die Rafsanjanis hätten ihren Reichtum unredlich erworben.⁵⁶⁶ Damit blieb den *Hezbollahis* und vor allem *Ansar-e Hezbollah* nicht viel mehr als wieder zu ihrem ureigenen Gebiet zurückzukehren: die Umsetzung des Artikels 8 der Verfassung und die

⁵⁶² <www.csr.ir>, abgerufen am 03.02.2016.

⁵⁶³ Ruhani, Hasan: Nationale Sicherheit und Nuklearpolitik. Teheran 2012; Ruhani, Hasan: Die Nationale Sicherheit und das Wirtschaftssystem Irans. Teheran 2011.

⁵⁶⁴ New Iranian Citizen's Rights Charter Met with mixed reviews. In: Al-Monitor, 06.12.2013.

⁵⁶⁵ San'ati, Reza: Hashemi im Jahr 2009. Teheran 2011, S. 111-142.

⁵⁶⁶ Shajuni: the claim which attributed to me about Hashemi is not true (22.01.2011). <<http://hashemirafsanjani.ir/en/content/shajuni-claim-which-attributed-me-about-hashemi-not-true>>, abgerufen am 03.02.2016.

Verwirklichung islamischer Moral und Sitte in der Gesellschaft zu fördern und die Feindschaft gegen Israel und die USA zu pflegen.

Besonders heikel für *Ansar* und andere *Hezbollahi*-Gruppen war der Umgang mit den Nuklearverhandlungen, einerseits wurde stets die Frage der nationalen Souveränität und Würde thematisiert und vor allem Außenminister Zarif angegriffen, andererseits war man sich in den *Hezbollahi*-Kreisen bewusst, dass der Neustart der Nuklearverhandlungen ohne Einverständnis Khameneis unmöglich gewesen wäre, Ruhani also mit Rückendeckung arbeitete. Daher übte *Ansar* nach dem Abkommen Zurückhaltung, während sich Hoseyn Shariat-Madari im *Keyhan* kritisch über die Nuklearverhandlungen äußerte. Beiden gemeinsam war jedoch die Warnung, das Abkommen nicht als Ausgangspunkt für eine Normalisierung des amerikanisch-iranischen Verhältnisses zu verwenden, also genau das, worauf viele im Westen und in den liberalen Kreisen im Iran hofften.

Als es unmittelbar nach der Wahl Ruhanis zu einer spürbaren Erleichterung des kulturellen Lebens kam und die Moralpatrouillen der Polizei und *Basijis* eingeschränkt wurden, mussten die *Hezbollahis* reagieren. *Ansar-e Hezbollah* reaktivierte die „Stabsstelle zur Verbreitung des Guten und Vermeidung des Schlechten“ und zwang damit die Behörden, die Moralpatrouillen ihrerseits wiederaufzunehmen, um einer Eskalation von Seiten *Ansars* vorzubeugen. Anfang 2014 zeigte Ruhani *Ansar* erstmals ihre Grenzen auf und entzog *Ya-Lasaratolhossein* und einer Reihe von Internetseiten ähnlichen Inhalts die Publikationserlaubnis.⁵⁶⁷ Zwar wurde diese Entscheidung einige Monate später wieder revidiert, bemerkenswert ist sie allemal, da es bisher noch niemand gewagt hatte, die Presse dieser Gruppen offen anzugreifen. Gleichzeitig verstärkten die *Hezbollahis* den Druck auf die Regierung.

Willkommener Startschuss für die Aktionen *Ansars* und anderer *Hezbollahis* war der Tod eines jungen *Hezbollahis* Anfang 2014. Der 1992 geborene Ali

⁵⁶⁷ Zwei Verbote, eine Beschwerde und mehrere Ermahnungen für die Presse. In: *Seratnews*, 19.03.2014.

Khalili⁵⁶⁸ war der Prototyp eines fanatisierten *Hezbollahis* der jüngsten Generation. Seine Eltern stammten noch aus der unteren Mittelschicht und teilten deren kulturelle Vorstellungen, schafften aber den sozialen Aufstieg durch das für Regimeanhänger maßgeschneiderte Sozialsystem. Sie waren daher nicht mehr arm. Khalili war kein Mitglied von *Ansar*, sondern gehörte zu jenen *Hezbollahis*, die überwiegend durch die *Basijis* sozialisiert wurden. Eine Beziehung besteht insoweit, als die „Stabsstelle“ genau auf ihn und seinesgleichen zurückgreift. Khalili starb im März 2014 nach dreijährigem Leiden an den Folgen eines Messerstichs. Anlass war eine von ihm und seinen Freunden spontan durchgeführte Moralkontrolle gegen Alkohol konsumierende und Musik hörende Jugendliche beiderlei Geschlechts, im Zuge derer es zu einem Gerangel kam, in welchem ihm der in weiterer Folge tödliche Stich zugefügt wurde. Derartige spontane Rollkommandos dürfen in diesem Zusammenhang nicht als politische Maßnahme missverstanden werden, sondern müssen als Teil der Subkultur der Teheraner Jugendbanden gedeutet werden und spiegeln die kulturellen Spannungen in der iranischen Gesellschaft wider: zwischen jenen, die den Lebensstil der Konsumgesellschaft pflegen, und den Islamisten.⁵⁶⁹

In einem ihm zugeschriebenen Brief an den Revolutionsführer, der wahrscheinlich aus der Feder Hoseyn Shariat-Madaris stammt, klagte Khalili auch über die geringe Akzeptanz der Moralkontrollen in der Bevölkerung. Gleichzeitig fällt der hohe Besuch auf, den der junge Fanatiker von Klerikern, Offizieren der *Basij*, Polizei und selbst ehemaligen Ministern der

⁵⁶⁸ Die folgenden Ausführungen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben auf: Posch, Walter: Brief eines Todgeweihten. In: Zenith, 2/2014, S. 68-71.

⁵⁶⁹ Im Fall Khalili war die Armut der Familie inszeniert. Vor diesem Hintergrund ist die These von Sadri und Sadri zu überdenken, wonach Kinder arrivierter Familien, selbst wenn sie aus einem islamistischen Elternhaus kommen, überwiegend zum Lebensstil der Konsumgesellschaft tendieren, während Kinder aus Familien, die ihren gesellschaftlichen Aufstieg noch vor sich haben, zu den Islamisten neigen. Vgl. Sadri, Mahmud/Sadri, Ahmad: Three Faces of Dissent. Cognitive, expressive and traditionalist discourses of discontent in contemporary Iran. In: Katuzian, Homa/Shahidi, Hossein (Hrsg.): Iran in the 21st Century. London 2008, S. 63-85.

Ahmadinezhad-Regierung am Krankenbett bekam. An seinem Begräbnis nahmen dann nicht nur tausende *Basijis* und *Hezbollahis*, sondern auch hohe Offiziere aus dem Sicherheitsapparat und der Kulturverwaltung teil. Aus diesen Kreisen kam auch die Forderung, der „Stabsstelle“ offiziell Exekutivaufgaben zu übergeben und diese als eigene Polizeieinheit aufzustellen.⁵⁷⁰ Dieser Wunsch wird oft von einfachen *Hezbollahis* geäußert, die über eine Mitgliedschaft bei den *Basijis* später in den Polizeidienst übernommen werden wollen,⁵⁷¹ was wiederum den Schluss zulässt, dass die eigentliche Motivation nicht ideologischer, sondern sozialer Natur ist.

Wenig später, im Sommer 2014, wollte *Ansar-e Hezbollah* wieder als Stoßtrupp für die *Hezbollahis* agieren und kündigte eigenmächtig Motorradpatrouillen für Teheran und die wichtigsten Städte an,⁵⁷² um die öffentliche Moral zu sichern. Zusätzlich sollten 3.000 weibliche und 1.000 männliche Mitglieder von *Ansar* als Verstärkung aufgeboten werden. Die Reaktion des Innenministeriums folgte auf dem Fuß: so ließ der Sprecher des Ministeriums verlauten, Abdolhamid Mohtasham, der Generalsekretär *Ansar-e Hezbollahs*, möge doch bedenken, dass jede Aktion zur Aufrechterhaltung der Islamischen Moral ausschließlich auf Basis der geltenden gesetzlichen Vorschriften stattfinden dürfe. Der Kulturstaatssekretär des Präsidenten, Hesamoddin Ashena, assistierte:

„Es wäre gut, wenn Herr Abdolhamid Mohtasham daran denken würde, dass die Zeit des Türkentums (*torktazi*, gemeint ist Rowdityum) der 1990er-Jahre zu Ende gegangen sind.“⁵⁷³

⁵⁷⁰ Die Stabsstelle, das Gute zu fördern und das Schlechte zu verbieten, muss vom Justizapparat ernst genommen werden. In: Mashreghnews, 25.03.2014.

⁵⁷¹ Vgl. Sadri/Sadri: *Three Faces of Dissent*, S. 77.

⁵⁷² Die folgenden Ausführungen, so nicht anders angegeben, nach: Die Patrouillen der *Ansar-e Hezbollah* werden eingestellt. In: Fararu, 23.07.2014.

⁵⁷³ Ebd.

Nach einer gemeinsamen Sitzung mit Mohtasham erklärte der Leiter des Büros für Gesellschaftsfragen der Polizei, Said Montazarolmahdi, dass *Ansar-e Hezbollah* ihre Funktion und Vorgangsweise neu überdacht habe.⁵⁷⁴

Einmal noch wollten es *Ansar* und die *Hezbollahis* auf ihrem ureigensten Gebiet wissen, der Kultur. Ende 2014 begannen sie eine neue Kampagne gegen genehmigte Konzerte in Teheran und anderen Städten. Das war eine offene Kriegserklärung gegen Ruhani, weil dieser sich während des Wahlkampfes positiv über die Musik des berühmten klassischen iranischen Künstlers Shajarian geäußert hatte. Ansar gelang es, den Druck auf den Kulturminister so zu erhöhen, dass dieser sich gezwungen sah, das Aufführungsverbot für Shajarian aufrecht zu erhalten. Am 27. Februar 2015 erklärte der Freitagsprediger von Mashhad, Ayatollah Seyyed Ahmad Alamolhoda, dass Konzerte in der Stadt, die das größte schiitische Heiligtum im Iran beherbergt, prinzipiell verboten seien.⁵⁷⁵ Alamolhoda ist der ranghöchste Ayatollah, der die Ziele von *Ansar* teilt. Seine Aussage muss daher auch als Sympathiekundgebung und Unterstützung für *Ansar* und somit als Affront gegen Ruhani verstanden werden. Diesmal setzte sich aber Ruhani in seinem Kernpunkt durch, noch am Abend desselben Tages korrigierte Alamolhoda seine eigene Freitagspredigt: er hätte nicht gemeint, alle Konzerte seien verboten, vielmehr obliegen Genehmigung oder Verbot den zuständigen Behörden.⁵⁷⁶ In der ersten Jahreshälfte 2015 verschärfte die verschiedenen *Hezbollahi*-Gruppen ihre Gangart und einige Monate lang kam es zu einem Tauziehen, wo Konzertgenehmigungen im letzten Moment nach Protesten der *Hezbollahis* zurückgezogen wurden bzw. lösten die *Hezbollahis* Konzerte selbst auf. Angesprochen auf diese Vorkommnisse, wies Ruhani zum wiederholten Male darauf hin, dass Behördenentscheide

⁵⁷⁴ Fernbleiben der Ansar-e Hezbollah von den Straßen, Einstellung der Motorradpatrouillen. In: Kalemeh, 23.09.2014.

⁵⁷⁵ Freitagsprediger von Mashhad. In: Khabaronline, 27.02.2015.

⁵⁷⁶ <<http://alamolhoda.com/>>, abgerufen am 03.02.2016.

nicht anzufechten seien, außer auf dem Rechtsweg.⁵⁷⁷ Das Problem der für die staatlichen Organe kontraproduktiven Eigenmächtigkeit und die Brutalität religiöser Eiferer wurden damit zum wiederholten Male thematisiert.

Darüber hinaus machten sich die *Hezbollahis* trotz ihrer Brutalität in der iranischen Öffentlichkeit lächerlich. So sah sich Ayatollah Ghorbanali Dorri-Najafabadi, ein ehemaliger Geheimdienstchef und Vertreter des Obersten Rechtsgelehrten (*nemayandeh-e vali-ye feqb*) im „Zentralkomitee des Stabes zur Verbreitung des Guten“ zu folgender streng geheimen Klarstellung genötigt, die an alle Einheiten verschickt wurde:

„In Anbetracht der Tatsache, dass in der letzten Zeit eine Gruppe von beherzten und gläubigen Brüdern mit Angriffen auf Kosmetiksalons für Damen ihre Aktivitäten zur Sittlichkeit (*amal-e maruf*) gegen die Epilation durchführten, welche sie als Widerspruch zu den Prinzipien und Werten der Revolution und dem Erbe des verstorbenen Imam (Khomeini) betrachteten und daher der Verpflichtung das Böse zu unterbinden entsprachen, indem sie aktiv gegen diese (Epilation) vorgingen; ist nun mit Nachdruck mitzuteilen, dass entsprechend tiefschürfender Nachforschungen und Hinzuziehung historischer, kultureller und islamischer Expertise dieses Büros, das wogegen der Imam war, „Kapitulation“ geheißen hat, und die Epilation in überhaupt keinem Zusammenhang damit steht und daher auch nicht im Widerspruch zu den Prinzipien der Revolution und dem Blut der Märtyrer steht.“⁵⁷⁸

Bleibt noch anzumerken, dass die „Kapitulationen“, also jene Knebelverträge, die dem Osmanischen Reich und dem kadjarischen Iran im 19. Jahrhundert und später von ausländischen Mächten aufgezwungen worden sind,

⁵⁷⁷ Sepehr, Farzad: Fortsetzung folgt: die Konzertgenehmigungen. In: Hamshahri, 133/2015, S. 10.

⁵⁷⁸ Handout und Befehl Nummer 46940 des „Exekutivbüros des Stabes zur Wiederbelebung des Befehles zur Umsetzung des Guten und Untersagung des Schlechten“ (*moavenat-e ejrayi-e setad-e ehya-ye amr be maruf va nahyi az monker*). Eine Kopie dieses Dokuments wurde mir im August 2015 in Wien gegeben, es soll im Mai 2015 in Teheran ausgehändigt worden sein.

sowie die radikale Opposition Khomeinis dagegen jedem iranischen Schulkind bekannt sein sollten.

Das Ende von Ansar-e Hezbollah?

Damit ist meines Erachtens der Anfang vom Ende der *Ansar* eingeläutet. *Ansar* hat ohnehin schon viel Prestige allein dadurch eingebüßt, dass die Organisation und ihre Mitglieder besser bekannt geworden sind und dass sie sich selbst gezwungen sehen, ihr Tun in der Öffentlichkeit rechtfertigen – bzw. ihre schlimmsten Verbrechen abzustreiten. Ein weiterer Aspekt kommt zum Tragen: das Durchschnittsalter der *Ansar-e-Hezbollah*-Mitglieder liegt im Schnitt bei über 55 Jahren. Für viele *Ansar*-Mitglieder der ersten Stunde scheint sich ihr Radikalismus bezahlt gemacht zu haben, Augenzeugen berichten von reichen *Ansar*-Mitgliedern, die zwar in Habitus und Kleidung ihren lumpenproletarischen Wurzeln treu bleiben, sich aber teure Autos und Wohnungen in guter Lage leisten können und deren Kinder sich im Lebensstil kaum von der konsumorientierten Teheraner *jeunesse dorée* unterscheiden.

Zwei Gründe sprechen nun auch dafür, dass die jüngere Generation der *Hezbollahis* vielleicht ebenso radikal, aber weniger gefährlich sein wird: Erstens werden sie zunehmend in die staatlichen Strukturen der *Basijis* integriert. Damit stehen sie in einer Befehlskette, sodass unabhängige und unkontrollierte Aktionen weniger wahrscheinlich werden. Zweitens scheint ihr Radikalismus weniger ideologisch als utilitaristisch zu sein, wie die Hoffnung beweist, über die *Basijis* einen Posten im aufgeblähten Beamtenapparat des Staates zu ergattern. Mittelfristig ist daher ein Versiegen der von irregulären Stoßtrupps ausgehenden Gewalt in der Islamischen Republik Iran auszugehen. Anders ausgedrückt: die Traditionslinie *luti*, *Fedayan*, *Hezbollahi*, *Ansar* u. ä. dürfte nun gebrochen sein.

So positiv diese Entwicklung ist, der Erfolg, irreguläre Gewalttäter eingezogen bzw. aufgelöst zu haben, wird von der notorischen Gewalt im Sicher-

heits- und Justizapparat überschattet. Nach all dem, was bisher über Ruhanis Regierung bekannt geworden ist, scheint er auch hier durch eine Verwaltungsreform Maßnahmen ergreifen zu wollen. Bei positiver Entwicklung bedeutet das langsame Ende *Ansar-e Hezbollah*s Normalisierung im Sinne einer Entideologisierung der Gesellschaftspolitik. Der Sicherheitsapparat würde zwar ideologisch bleiben, Staatsbürger würden jedoch in erster Linie seine professionelle Seite zu Gesicht bekommen. Im negativen Fall würde das Ende Ansars zur Stärkung des ideologischen Profils jener Organe kommen, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Iran zuständig sind. Im schlechtesten Fall würde eine neue Phase der Re-Ideologisierung vom Sicherheits- und Justizapparat ausgehen. Die letzte Welle von Hinrichtungen, Mitte 2015⁵⁷⁹, lässt sich in zwei Richtungen beurteilen: positiv als ein letztes Aufbäumen der *Hezbollahis* oder negativ als der Beginn einer neuen Phase der Gewalt, ausgehend von den *Hezbollahis* im Sicherheitsapparat und in der Justiz.

⁵⁷⁹ Irans erbarmungslose Tötungsmaschine. In: Die Presse, 23.07.2015.

Die Türkei und der politische Islam

Marius Calligaris

Das Verhältnis zwischen Staat und Religion

Artikel 2 der Verfassung aus dem Jahre 1924 schreibt das laizistische System in der Türkei fest. Die Verfassung von 1982 wiederholt dieses Bekenntnis und definiert die Türkei als demokratisch und säkular. Der Glaube sei demnach Privatsache.

Nach Ende des Ottomanischen Reiches war der Laizismus Grunddogma der 1923 gegründeten Türkischen Republik. Dies entsprach dem Wunsch nach Modernisierung und Verwestlichung der Gesellschaft. Der Islam wurde als fortschrittsfeindlich empfunden.⁵⁸⁰ Angelpunkt des Staates sollte nicht mehr der Islam, sondern die türkische Nation sein. Das Regime zeigte eine deutlich antireligiöse Komponente. 1924 wurde das Kalifat abgeschafft, organisierte Pilgerfahrten nach Mekka wurden nicht mehr gestattet. Seit 1928 war der Islam nicht mehr Staatsreligion. Religiöse Schulen wurden schrittweise reduziert, ab 1939 gab es überhaupt keinen Religionsunterricht mehr. Geschlossen wurden auch religiöse Orden. Die Einführung der lateinischen Schrift bedeutete eine gewisse Entfernung von den ottomanischen Wurzeln und Werten.⁵⁸¹

Die Säkularisierung findet keinen Parallelfall in der muslimischen Welt. Der Islam kennt keine klare Abgrenzung von Staat und Religion. In der Praxis zielt das laizistische System in der Türkei heute auf Kontrolle der Religion durch den Staat ab. Letzterem soll das Monopol über die Religionsausübung zukommen. In diesem Sinne wurde die staatliche Religions-

⁵⁸⁰ Vgl. Seufert, Günter: Staat und Islam in der Türkei. Berlin 2004, S. 5ff.

⁵⁸¹ A.a.O. S. 12ff.

behörde *Diyanet* gegründet, durch welche der Staat die Religion quasi verwaltet. Die Politik determiniert die Religionsausübung, der Einfluss des Islam hierauf ist gering.

Diyanet – Präsidium für religiöse Angelegenheiten

Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten (*Diyanet*) wurde im März 1924 gegründet und ist seit 1982 eine Institution im Verfassungsrang. Seine Aufgabe ist es, die Gesellschaft in religiösen Fragen aufzuklären und die Gebetsstätten zu verwalten. Weitere Kompetenzen sind die Ernennung von Imamen, die Ausarbeitung der Freitagspredigt, die Organisation öffentlicher Korankurse und der Erlass religiöser Handlungsinstruktionen.⁵⁸² Außerdem soll die Einheit der Bevölkerung mittels des Islam gefördert und die Spaltung der Gesellschaft nach konfessionellen Kriterien hintangehalten werden. Die „Quasi-Verstaatlichung“ der Religion zielt auf die Verhinderung von gegen den Staat gerichteten Aktivitäten ab. *Diyanet* untersteht dem Ministerpräsidenten, ist eine der größten Institutionen des Landes und durch religiöse Stiftungen auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Durch die Gründung einer Außenstelle von *Diyanet* in Köln sollte ein Gegengewicht zu *Millî Görüş* (siehe im Abschnitt Politischer Islam) geschaffen werden.

Experten zufolge sehen etwa drei Viertel der Bevölkerung keinen Widerspruch zwischen Laizismus und der Tätigkeit von *Diyanet*. Ein etwa gleich hoher Prozentsatz meint, dass die Behörde einer islamischen Radikalisierung entgegenwirkt.

Entwicklungen nach 1945

Die Etablierung eines Mehrparteiensystems nach 1945 erforderte eine größere Bedachtnahme auf die religiösen Gefühle der Bevölkerung seitens der politischen Parteien. 1948 kam es zur Eröffnung von Kursen für die Aus-

⁵⁸² A.a.O. S. 17.

bildung von Imamen, 1949 wurde in Ankara eine theologische Fakultät gegründet. Die 1950 an die Macht gekommene Demokratische Partei (DP) schwächte die antireligiöse Politik des Staates ab und gestattete den Gebetsruf in arabischer Sprache. Dessen Verbot 1932 und die Ersetzung durch eine türkische Version war in der muslimischen Welt wohl einmalig.

Nach dem Putsch 1980 förderte die Junta die Idee einer türkisch-islamischen Synthese als ein Element der Kohäsion. Die Religion sollte als Bollwerk gegen den Kommunismus dienen. Gleichzeitig setzten die Militärs auch darauf, dass eine größere staatliche Kontrolle das Aufkommen islamistischer Strömungen verhindern würde. Artikel 24 der Verfassung von 1982 legt fest, dass die religiöse und moralische Erziehung unter staatlicher Aufsicht erfolgt. Es kam zu einer starken Zunahme der Anzahl der Moscheen und Korankurse. Der sunnitisch orientierte Religionsunterricht wurde für alle Schüler verpflichtend.

Unter der Regierung von Ministerpräsident Özal (1983 – 1989) kam es zur Zunahme von religiösen Imam-Hatip-Schulen, Publikationen sowie von Radio- und TV-Sendungen islamischen Inhaltes. Der Versuch einer Lockerung des Kopftuchverbotes an den Universitäten scheiterte an der Verweigerung der Umsetzung durch die größtenteils kemalistischen Rektoren. Außerdem wurde der gesetzliche Rahmen für „islamische Banken“, d. h. insbesondere ohne Zinsen⁵⁸³, geschaffen. Mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit säkularer Kreise wurden diese „Spezielle finanzielle Institutionen“ genannt.⁵⁸⁴

Religiöse Minderheiten

Das Osmanische Reich war gegenüber Nicht-Muslimen, insbesondere den Christen, toleranter als die 1923 errichtete Türkische Republik. Erst

⁵⁸³ Mehr zum Islamischen Bankwesen vgl. Nienhaus, Volker: Islamische Ökonomik in der Praxis: Zinslose Finanzwirtschaft. In: Ende, Werner/Steinbach, Udo: Der Islam in der Gegenwart. München 2005, S. 163-198.

⁵⁸⁴ Vgl. Jenkins, Gareth: Political Islam in Turkey. London 2008, S. 149ff.

diese führte eine Beschränkung der Religionsfreiheit ein. Das türkische Recht kennt keinen Raum für die Anerkennung religiöser Minderheiten, außer jener im Vertrag von Lausanne angeführten, nämlich Armenier, Griechen und Juden. Lediglich diese haben ein rechtlich abgesichertes Verhältnis zum Staat, eine von diesem unbeeinflusste Möglichkeit der Definition ihres Glaubens sowie das Recht auf eigene kulturelle (z. B. Schulen) und finanzielle (z. B. Stiftungen) Institutionen.⁵⁸⁵

Im Zuge der EU-Ambitionen Ankaras gibt es gewisse Anzeichen, dass die AKP-Regierung den vom Lausanner Vertrag nicht erfassten religiösen Minderheiten toleranter gegenübersteht. Tatsächlich ist die Frage der Religionsfreiheit ein wesentlicher Bestandteil der, für einen EU-Beitritt zu erfüllenden, Kopenhagener Kriterien. Ein besonders wichtiger Punkt ist die Forderung der obgenannten Minderheiten nach der Möglichkeit, sich als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu konstituieren, Rechtspersönlichkeit zu erlangen und so z. B. Eigentum erwerben zu können.

Die Entwicklung des politischen Islam

Mit Einführung des Mehrparteiensystems nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zum Auftauchen religiöser Gruppen. Islamistische Zeitungen waren Werkzeuge des politischen Engagements und leisteten einen Beitrag zur Bildung von Netzwerken. Islamistische Parteien wurden aber nicht gegründet.

Necmettin Erbakan und die Refah-Partei

Deutlich manifest wurden die Islamisten mit der Gründung der Bewegung *Milli Görüs* (Nationale Sicht). Deren Name ist mit dem Politiker Necmettin Erbakan verbunden. Dieser hatte keinen klerikalen Hintergrund und war nach Absolvierung der Universität Aachen ab 1965 Professor für Ingenieurwesen an der Technischen Universität Istanbul. 1970 gründete er als

⁵⁸⁵ Vgl. Seufert, Günter: Staat und Islam in der Türkei. Berlin 2004, S. 22.

erste politische Formation von *Millî Görüş* die Nationale Heilspartei (MSP). Nach dem Militärputsch 1980 wurde er inhaftiert. 1987 gründete er, quasi als Nachfolgerin der MSP, als Stimme des politischen Islam in der Türkei die *Refah* (Wohlfahrtspartei). *Refah* suchte sich als Vertreterin der armen Schichten in den Großstädten zu profilieren und Themen wie soziales und wirtschaftliches Ungleichgewicht sowie Korruptionsbekämpfung anzusprechen. Es war eher Basisarbeit als religiöser Fundamentalismus, welche zum späteren Erfolg der *Refah* und deren Aufstieg zur Massenpartei beitrug.

Zu Beginn der 90er-Jahre führten Ereignisse wie die US-Invasion im Irak, die zögernde Haltung des Westens im Hinblick auf die Massaker serbischer Christen an bosnischen Muslimen und die Zurückweisung der Türkei durch die EU zu einer Konsolidierung der islamischen Solidarität in der Türkei. Die Anhängerzahl der *Refah* nahm zu, es zeigte sich aber auch ihre islamistische Orientierung. Erbakan konnte jedoch mit Rücksicht auf Kemalisten und Militär nicht offen die Abschaffung der säkularen Ordnung fordern.⁵⁸⁶

Bei den Parlamentswahlen im Oktober 1991 erreichte die *Refah* bereits 16,9% und stieg bei den Lokalwahlen 1994 auf 19,1%. Hierbei eroberte sie Städte wie Istanbul, Ankara und Diyarbakir.⁵⁸⁷ Bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995 kam die *Refah* auf 21,4% und 158 der insgesamt 550 Abgeordnetensitze. *Refah* und die Partei des rechten Weges (DYP) erzielten im März 1996 Einigung über die Bildung einer Regierung und Erbakan wurde am 28. Juni erster islamistisch ausgerichteter Ministerpräsident.

In den ersten Monaten konzentrierte sich Erbakan eher auf Gesten als auf legislative Maßnahmen. Für seine Absicht einer Modifizierung der türkischen Außenpolitik im Sinne einer Abwendung vom Westen war – neben der wiederholt geäußerten Ablehnung eines EU-Beitrittes – die Wahl des Iran als Ziel seines ersten Auslandsbesuches im August 1996 signifikant.⁵⁸⁸

⁵⁸⁶ Vgl. Jenkins, Gareth: *Political Islam in Turkey*. London 2008, S. 155ff.

⁵⁸⁷ A.a.O. S. 157.

⁵⁸⁸ A.a.O. S. 159.

Hiebei wurde ein Vertrag über den umfangreichen Bezug von Erdgas unterzeichnet, unter bewusstem Widerstand gegen den Iran-Lybia-Sanctions Act der USA. Ferner rief Erbakan – in einer neuen Herausforderung Washingtons – zu einem Gipfeltreffen der Türkei, Syriens, des Iran und des Irak zur Erörterung regionaler Kooperationen auf. Im Oktober 1996 verkündete Erbakan einen Plan zur Gründung einer Alternative zu den G-7. Die so gebildete D-8 umfasste neben der Türkei Ägypten, Bangladesch, Indonesien, den Iran, Malaysia, Nigeria und Pakistan und wurde im Juni 1997 – also nach dem Sturz Erbakans (s. u.) – in Istanbul offiziell gegründet.

Die Regierungszeit Erbakans zeigte eine starke Zunahme religiöser Institutionen. Am 28. Februar 1997 legte der Nationale Sicherheitsrat Erbakan eine Liste von zu treffenden anti-islamistischen Maßnahmen vor. Damit wurde Erbakan de facto zum Rücktritt gezwungen. Danach begann der sogenannte „Prozess des 28. Februar“, nämlich die Säuberung des Beamtenapparates von Anhängern Erbakans. Anfang Jänner 1998 beantragte der zuständige Staatsanwalt beim Verfassungsgericht die Auflösung der *Refah*-Partei wegen Aktivitäten gegen die Prinzipien des Säkularismus und des Versuches der Unterminierung der Verfassung. Diese wurde daraufhin verfügt und gegen Erbakan ein Politikverbot verhängt.

Die Fazilet-Partei

Kurz zuvor, im Dezember 1997, gründeten einige Anhänger Erbakans die *Fazilet* (Tugendpartei). Erbakan kontrollierte die Partei hinter den Kulissen weiterhin. Die *Fazilet* befand sich in einem Dilemma: Sollte sie als Nachfolgerin der *Refah* erscheinen, riskierte auch sie den Bann durch das Verfassungsgericht. Sie bemühte sich daher um ein moderateres Image unter Vermeidung islamistischer Rhetorik und durch das wiederholte Bekenntnis zu Säkularismus und Demokratie.⁵⁸⁹ Desgleichen wurde die Mitgliedschaft in der EU befürwortet, was wohl allerdings aus taktischen Gründen erfolgte,

⁵⁸⁹ Vgl. Jenkins, Gareth: Political Islam in Turkey. London 2008, S. 164.

da man sich von der EU-Forderung nach einer zivilen Kontrolle über das Militär größeren Schutz vor einem zwangsweisen Verbot der Partei erhoffte.

Bei den Wahlen 1999 schaffte die *Fazilet* mit 15,4% den Einzug ins Parlament. Der dortige Auftritt einer weiblichen Abgeordneten mit Kopftuch führte jedoch zu einem Eklat und deren Mitgliedschaft in der Volksversammlung wurde aberkannt. Der Generalprokurator beantragte im Mai 1999 die Auflösung von *Fazilet* wegen anti-säkularer Aktivitäten. Die Partei wurde daraufhin, allerdings erst im Juni 2001, verboten.

Die AKP (Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei)

Bereits vorher war es in der *Fazilet* zu einem Machtkampf zwischen dem konservativen und dem fortschrittlichen Flügel um Abdullah Gül und Tayyip Erdogan gekommen. Nach Auflösung der *Fazilet* gründeten die Konservativen die *Saadet* (Glückseligkeitspartei) unter Recai Kutan, welche in der Folge praktisch keine Rolle mehr spielte. Die moderaten Kräfte schlossen sich zur Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (AKP) zusammen. Der Gründungskongress wählte Erdogan, Bürgermeister Istanbuls von 1994 bis 1998, zum Parteiobmann. Die AKP bekannte sich in ihrem Programm, allerdings in vager Form, zum laizistischen System und bezeichnet sich selbst als konservativ-demokratisch. Abgelehnt wurde eine Interpretation des Säkularismus als im Gegensatz zur Religion stehend. Die Parteiführung hatte erkannt, dass unter den politischen Bedingungen eine Regierung mit islamistischen Programmelementen nicht möglich war.⁵⁹⁰

Bei vorgezogenen Parlamentswahlen am 3. November 2002 erreichte die AKP mit 34,2% die absolute Mehrheit. Der Wahlsieg war Ausdruck des Entstehens einer neuen sowohl konservativen als auch wirtschaftsorientierten Mittelschicht, vor allem in Anatolien. Danach wuchs die Anhängerschaft der AKP ständig. Bei den Parlamentswahlen 2007 erzielte sie ca.

⁵⁹⁰ Vgl. Kuru, Ahmet: Muslim Politics without an "Islamic" State: Can Turkey's Justice and Development Party Be a Model for Arab Islamists? Washington, D.C. 2013, S. 5.

46,6%, bei jenen 2011 49,8%. Die Partei entspricht dem Mainstream der Bevölkerung und ist sowohl für deren konservativ-religiöses Segment als auch für Liberale und Linkskreise attraktiv. Allerdings fiel bei den Parlamentswahlen 2015 der Stimmenanteil der AKP auf 40,9%.

Der Sieg der AKP löste angesichts ihrer teilweise islamistischen Wurzeln in kemalistischen Kreisen weitreichende Befürchtungen aus, dass Erdogan entgegen der bei Parteigründung erfolgten ausdrücklichen Distanzierung von alten islamistischen Ideen letztlich doch eine geheime diesbezügliche Agenda und die Absicht der Errichtung eines derartigen Regimes habe. Betrachtet man etwa die ersten zehn Regierungsjahre, so erwies sich diese Besorgnis als unbegründet. Die Partei zeigte, dass eine gemäßigt islamische Politik ohne Abwendung von der säkularen Verfassung möglich ist. Die pragmatische Linie betreffend das Verhältnis von Islam und Laizismus bezeugte, dass Erdogan offenbar seine Lektion aus der Auflösung von *Refah* und *Fazilet* gelernt hatte.

Größerer Stellenwert der Religion, Tendenzen zur Islamisierung der Gesellschaft

Seit Regierungsantritt der AKP hat der Stellenwert der Religion in Politik und öffentlichem Leben der Türkei merkbar zugenommen. Eine Untersuchung der Koc-Universität Istanbul 2015 ergab allerdings, dass zwischen 1996 und 2011 die Rate der Befürworter eines *Scharia*-Staates von 27% auf 6% gesunken ist. Fromme Muslime sehen ihre Anliegen unter der AKP-Regierung nun besser vertreten.

In letzter Zeit zeigen sich allerdings Anzeichen einer schleichenden Islamisierung, was sich in einem teils islamistischen Diskurs und der Förderung entsprechender Werte niederschlägt. Das Verbot des Kopftuches an Universitäten wurde 2010 aufgehoben. Auch Beamtinnen im Staatsdienst dürfen dieses tragen, ebenso wie seit 2014 Schülerinnen ab der 5. Schulstufe. Der Bau von Moscheen und Imam-Hatip-Schulen hat deutlich zugenom-

men. Teilweise werden Kinder letzteren zwangsweise zugewiesen. Der sunnitisch orientierte Religionsunterricht ist obligatorisch, auch für die religiöse Minderheit der Aleviten⁵⁹¹. Schulbücher sollen teilweise umgeschrieben werden. Erdogan kündigte selbst an, eine religiöse Jugend heranziehen zu wollen. Freizügige Szenen im TV werden verboten, Restriktionen für den Alkoholverkauf erlassen. Der zunehmend autoritäre Regierungsstil des Ministerpräsidenten führt auch zu Maßnahmen, welche in die Privatsphäre und das Familienleben eingreifen. Es muss sich erst zeigen, ob bzw. inwieweit der Rückschlag für die AKP bei den Wahlen 2015 eine Abmilderung dieses Trends bringt.

Auch die Außenpolitik der AKP ist islamisch orientiert. Die starke Verbesserung der Beziehungen zu den muslimischen Ländern nach 2002 hat sich allerdings in den letzten drei Jahren teilweise ins Gegenteil verkehrt. Erdogan betrachtet sich aber selbst quasi als Sprecher und Verteidiger aller Muslime weltweit, weist Kritik an islamischen Staaten stets zurück und vermutet immer wieder internationale Verschwörungen gegen den Islam.

Erdogan und die Bewegung von Fetullah Gülen

Einen Sonderaspekt im Rahmen des politischen Islam in der Türkei stellt der Kampf Erdogans gegen die Bewegung von Fetullah Gülen dar – derzeit ein politisches Hauptthema in der Türkei.

Der 1999 aus Furcht vor Verfolgung durch das Militär nach Pennsylvania geflohene Fetullah Gülen begann seine Tätigkeit als von *Diyanet* angestellter Prediger. Er befürwortet eine Kombination des Islam mit modernen (westlichen) Wissenschaften. Seine Bewegung wuchs in den 90er-Jahren rasch und wurde von den Kemalisten bzw. Militärs mit Misstrauen betrachtet, da sie als soziales und nicht politisches Projekt weniger fassbar und schwerer kontrollierbar war als Parteien, wie z. B. *Refah*. Die Macht der Gülen-Bewegung ist vor allem in den von ihr betriebenen, als qualitativ

⁵⁹¹ Definition Aleviten siehe Glossar.

hoch eingeschätzten Schulen begründet. Deren Absolventen haben hohe Positionen in der Wirtschaft und der Bürokratie, besonders in Justiz und Polizei, sowie bei Medien inne. Dies hat Gülen den Vorwurf eingetragen, systematisch Netzwerke aufzubauen und den Staat unterwandern zu wollen. Gülen bezeichnet sich selbst als unpolitisch, seine Gegner verdächtigen ihn jedoch einer heimlichen islamistischen Agenda.

Gülen war ein Hauptverbündeter der AKP-Regierung bei der Zurückdrängung der politischen Rolle des Militärs. In den letzten Jahren kam es jedoch zu einem Zerwürfnis mit Erdogan über den von diesem angestrebten Ausgleich mit den Kurden, die Politik gegenüber Israel und das harte Vorgehen gegen die Gezi-Park-Proteste. Der Bruch wurde 2013 durch die Ankündigung der Regierung, die auf die Zulassung für Obermittelschule bzw. Universität vorbereitenden Nachhilfeschulen Gülens schließen zu wollen, offensichtlich. Diese stellen eine wichtige Einnahmequelle und ein Rekrutierungsbecken dar. Im Zuge eines Ende 2013 bekannt gewordenen, die AKP erreichenden Korruptionsskandals und einer Abhöraffaire beschuldigte Erdogan Gülen, hinter der Aufdeckung zu stecken, mit seinen Seilschaften „parallele Strukturen“ aufgebaut und einen Putsch geplant zu haben. Als Gegenaktion kam und kommt es weiterhin zur Versetzung bzw. Amtsenthebung sowie zu Verhaftungen von – der Anhängerschaft Gülens verdächtigten – Staatsanwälten, Polizeibeamten und Journalisten. Erdogan hat sich die Zerschlagung oder zumindest deutliche Schwächung der Bewegung Gülens zu einem prioritären Ziel gesetzt. Ein Istanbuler Gericht hat einen Haftbefehl gegen diesen wegen „Gründung und Führung einer bewaffneten Terrororganisation“ erlassen. Die Regierung fordert von den USA – bisher erfolglos – die Auslieferung Gülens.

Der islamistische Terrorismus in der Türkei

Die Gründe für die Entstehung des islamistischen Terrorismus in der Türkei in den späten 1970er- und 1980er-Jahren liegen teilweise in der Situation im Nahen Osten, dem Erwachen radikaler Tendenzen in der muslimischen Welt, der Revolution im Iran und dem sowjetischen Einmarsch in

Afghanistan. Die Ideologie wurde größtenteils aus dem Ausland übernommen, direkte ausländische Involvierung, insbesondere des Iran, beschränkte sich jedoch auf Training sowie logistische und finanzielle Unterstützung.

Hisbollah

Die Gründung der *Hisbollah* (Partei Gottes, nicht zu verwechseln mit der libanesischen Partei gleichen Namens) durch Hüseyin Velioglu reicht bis 1979 zurück. Die Bewegung erhielt starken Zulauf. Das Ziel war die Bildung eines islamistischen Staates auf Basis der *Scharia*. Die meisten Mitglieder waren Kurden aus dem Südosten. Es wird vermutet, dass die *Hisbollah* mit dem Iran in Verbindung stand, wo sie von den Revolutionsgarden Training und finanzielle Hilfe erhielt. Die *Hisbollah* formierte sich in zwei Flügeln, nämlich *Ilim* unter der Führung Velioglus und *Menzil*, geführt von Fidan Güngör.⁵⁹² 1987 kam es wegen Meinungsdivergenzen in strategischen Fragen und persönlicher Rivalität zum Bruch. Güngör befürwortete eine Konzentration auf Propaganda, um Anhänger zu gewinnen, Velioglu trat dagegen für sofortige gewaltsame Aktionen ein. In dem folgenden Machtkampf ging *Ilim* als Sieger hervor und *Menzil* verschwand wenig später von der Bildfläche.

In der Folge weitete die *Hisbollah* ihre Tätigkeit aus. Direkte Attacken gegen den türkischen Staat wurden hierbei vermieden, die Terroraktivität konzentrierte sich auf Morde, vor allem aber Entführungen. Die steigende Bedeutung der *Hisbollah* in den Städten des Südostens brachte sie in ein direktes Konkurrenzverhältnis zur PKK, welche die Rolle des alleinigen Repräsentanten der Kurden beanspruchte. Es kam zwischen 1992 und 1995 zu einem regelrechten Krieg zwischen den beiden Organisationen, was Anlass zur Vermutung gab, dass die *Hisbollah* eine Schöpfung des türkischen Staates sei oder von diesem zumindest als Instrument für die (zusätzliche) Bekämpfung der PKK benützt werde. Der Vorwurf wurde seitens der PKK

⁵⁹² Vgl. Steinberg, Guido: Al-Qaidas deutsche Kämpfer. Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus. Hamburg 2014, S. 163.

wiederholt erhoben, von Seiten Ankaras und durch die *Hisbollah* selbst aber stets verneint.

In den späten 90er-Jahren geriet die Organisation unter wachsenden Druck der Sicherheitskräfte und die Verhaftungen nahmen zu. Im März 1999 wurden bei einer Polizeiaktion Waffen, Archive und Computer der *Hisbollah* sichergestellt, was einen schweren Schlag bedeutete. Groß angelegte Operationen gegen die Terrorgruppe begannen. Im Jänner 2000 wurde Velioglu in einem Feuergefecht getötet.⁵⁹³ In der Folge wurden auf Basis weiterer gefundener Unterlagen bis Ende 2000 mehrere tausend *Hisbollah*-Anhänger verhaftet. Danach kam es zu keinen folgenschweren Anschlägen mehr.

Ab 2003 war eine Neuformierung der *Hisbollah* festzustellen. Über 2000 niederrangige, noch nicht verurteilte Anhänger waren im Namen der Amnesty „Reintegration in die Gesellschaft“ aus der Haft entlassen worden.⁵⁹⁴ *Hisbollah* konzentrierte sich darauf, ihre politischen Strukturen wiederaufzubauen. Es gab kein offizielles Abschwören von der Gewalt, die Organisation hatte aber offenbar beschlossen, den bewaffneten Kampf (vorläufig?) nicht wiederaufzunehmen, und betrieb vor allem – ähnlich wie die *Hisbollah* im Libanon – Sozialprojekte und wohltätige Aktionen, um in der Bevölkerung Fuß zu fassen. 2006 kam es zur ersten politischen Manifestation des Wiedererstarkens, als bis zu 150 000 Personen in einer von der *Hisbollah* lancierten Demonstration gegen Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung protestierten. Im Jänner 2012, am 10. Todestag Velioglus, veröffentlichte *Hisbollah* schließlich ein Manifest, in welchem sie sich zur Erreichung ihres Zieles mit friedlichen Mitteln bekannte. Tatsächlich sind seit Wiederauftauchen der Organisation keine Gewaltaktionen gegen türkische Einrichtungen bekannt geworden. Im April 2012 versammelten sich mehrere hunderttausend Personen in Diyarbakir, um den Geburtstag des Propheten Mohammed zu feiern, wobei die Veranstaltung größtenteils von

⁵⁹³ Vgl. Cakir, Rusen: The reemergence of Hizballah in Turkey. In: The Washington Institute for Near East Policy – Policy Focus, 74/2007, S. 10.

⁵⁹⁴ A.a.O. S. 16.

der *Hisbollah* organisiert wurde. Dies zeigte, in welchem Ausmaß die Organisation wieder Fuß gefasst hat.

Ende 2012 wurde die Partei *Hüda Par* (Partei der freien Sache) gegründet, die als politischer Arm der *Hisbollah* gilt und sich für die Rechte der Kurden einsetzt. Damit sollte für religiöse Kurden auch eine Alternative zur AKP geschaffen werden. Die Organisation ist auf der politischen Bühne aktiv, fühlte sich aber als Partei noch zu schwach, um bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 anzutreten und schickte unabhängige Kandidaten ins Rennen. Eine weitere Zunahme ihrer Aktivitäten in der Zukunft könnte sie in einen Konflikt mit der etablierten Kurdenpartei HDP und auch mit der PKK bringen. Andererseits macht es die Gründung einer Partei für die *Hisbollah* schwieriger, zu bewaffneten Aktionen zurückzukehren. Nichtsdestoweniger bleibt die Hauptfrage weiterhin, ob die *Hisbollah* der Gewalt gegen das säkulare System in der Türkei wirklich endgültig abgeschworen hat.

IBDA-C

„Die Front der Vorkämpfer für den islamischen Großen Osten“ (IBDA-C) wurde Anfang der 80er-Jahre durch Salih Mirzabeyoglu gegründet.⁵⁹⁵ Mitglieder der Organisation waren – im Unterschied zur *Hisbollah* – ethnische Türken. Ziel war der Kampf gegen Säkularismus, laizistische Ordnung und gewisse linke Slogans, wie etwa die gleichmäßige Verteilung von Reichtum. Die Ausrichtung war rein sunnitisch, Kontakte zum Iran bestanden nicht.

IBDA-C war eine relativ kleine Gruppe mit nur einigen hundert Unterstützern. Sie umfasste einen politischen Flügel, welcher sich vor allem mit Propaganda und der Organisation von Versammlungen befasste, und einen militärischen Flügel für die Ausführung von Anschlägen auf zivile Ziele, wie Intellektuelle und religiöse Minderheiten. Angriffe auf Armee und Polizei waren eher selten. Der militärische Flügel hatte keine Kommandostruktur

⁵⁹⁵ Vgl. Steinberg, Guido: Al-Qaidas deutsche Kämpfer. Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus. Hamburg 2014, S. 166ff.

und war in kleinen Zellen organisiert, wodurch Verhaftungen die Organisation nur begrenzt schwächen sollten. Die Mitglieder der Zellen waren aufgefordert, sich zu Anschlägen zu bekennen, um auf IBDA-C aufmerksam zu machen. In diesem Sinne behauptete die Organisation, an den Anschlägen in Istanbul im November 2003 (s. u.) beteiligt gewesen zu sein, wofür keine Beweise vorlagen und dies deren Kapazitäten vermutlich überschritten hätte. Allerdings wurde IBDA-C als Reaktion auf die Attentate auf die EU-Liste der Terrororganisationen – nicht jedoch auf jene der USA – gesetzt. Die Tätigkeit blieb insgesamt wenig effektiv. Schon ab Mitte der 90er-Jahre waren die meisten führenden Mitglieder verhaftet worden und Mirzabeyoglu im Dezember 1998 zum Tode verurteilt, was danach in lebenslange Haft umgewandelt wurde.

Al-Qaida

Die Türkei diente der *al-Qaida* als ein wichtiger logistischer Hub für das Einschleusen von Dschihadisten nach Afghanistan und Pakistan. Hierbei scheinen türkische Personen und Stellen in größerem Ausmaß beteiligt gewesen zu sein, als ursprünglich angenommen. Desgleichen dürften türkische Islamisten in Lagern der *al-Qaida* trainiert worden sein, sichere Zahlenangaben sind aber nicht möglich. Die türkischen Behörden unternahmen offenbar auch nur wenig Anstrengung, Rückkehrer aus Afghanistan zu überwachen.

Die US-Invasionen in Afghanistan und im Irak förderten den Anti-Amerikanismus in der Türkei und veranlassten Islamisten, Ziele der USA und ihrer Alliierten ins Auge zu fassen. Sichtbarster Ausdruck hievon waren Selbstmordanschläge in Istanbul am 15. November 2003 gegen zwei Synagogen sowie am 20. November 2013 gegen das britische Konsulat und gegen die lokale Niederlassung der Großbank HSBC. Es gab insgesamt 63 Tote und 750 Verletzte. Es gilt als erwiesen, dass die Attentate von einer Gruppe islamistischer Türken ausgeführt wurden. Ursprünglich scheinen Aktionen gegen das US-Konsulat in Istanbul und die US-Luftwaffenbasis Incirlik ge-

plant gewesen zu sein, was sich aber wegen der dortigen Sicherheitsmaßnahmen als nicht praktikabel erwies. *Al-Qaida* dürfte den Auftrag für die Anschläge gegeben haben und übernahm hierfür auch die Verantwortung. Die Attentate widersprachen der These der AKP-Regierung, dass es die Gefahr islamistischen Terrors in der Türkei nicht gebe. Die offensichtliche Rolle der *al-Qaida* bot aber Gelegenheit zur Behauptung, dass die Anschläge von außen und nicht aus dem Land selbst gekommen seien. Laut Angaben der türkischen Sicherheitsbehörden wurden 2004 Anschläge gegen den NATO-Gipfel in Istanbul und 2008 auf das dortige US-Konsulat verhindert.

Andere islamistische Terrororganisationen

Organisation der islamischen Bewegung (IHÖ):⁵⁹⁶ Mit dem Ziel, einen Staat auf Basis der *Scharia* zu errichten, gründete Irfan Cagrici 1987 die Organisation der islamischen Bewegung. Die Gruppe dürfte nicht mehr als 40 bis 50 Kämpfer gehabt haben. Zu Beginn der 90er-Jahre führten zahlreiche Polizeiaktionen zur Zerschlagung der Gruppe.

Jerusalem-Krieger:⁵⁹⁷ Diese Gruppe dürfte mehr ein Arm des iranischen Geheimdienstes als eine türkische Organisation gewesen sein. Sie hatte zwei Zellen in Ankara bzw. Istanbul und war für eine Serie von Morden und Bombenattentaten verantwortlich. Im Mai 2000 wurden fast alle Mitglieder verhaftet.

Union der islamischen Gemeinschaften und Kongregationen (ICCB):⁵⁹⁸ Diese wurde 1985 durch Cemalettin Kaplan in Köln mit dem Ziel der Errichtung eines islamistischen Staates in der Türkei gegründet. Er rief sich selbst zum Kalifen aus. Die Gruppe hatte Anfang der 90er-Jahre ca. 7.000

⁵⁹⁶ Jenkins, Gareth: *Political Islam in Turkey*. London 2008, S. 195f.

⁵⁹⁷ A.a.O. S 198.

⁵⁹⁸ A.a.O. S 203f.

Anhänger, Gewalttaten wurden aber nicht bekannt. Nach dem Tode Cemallettins wurde sein Sohn Metin Kaplan Führer der Organisation. Nach dem Mord an einem Dissidenten wurde dieser 2000 wegen Anstiftung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. ICCB wurde 2001 behördlich aufgelöst. Nach seiner Entlassung wurde Kaplan 2003 an die Türkei ausgeliefert und 2005 wegen des Versuchs eines gewaltsamen Umsturzes zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Türkei und der Islamische Staat (IS)

Das Verhältnis Ankaras zu den dschihadistischen Kämpfern in Syrien und dem Irak war von Anfang an ambivalent bis undurchsichtig. Angesichts der Zurückweisung der türkischen Vorschläge nach Ausbruch der Unruhen in Syrien 2011 durch Präsident Assad wurde Ankara bzw. der sich persönlich beleidigt fühlende Erdogan zum erbittertsten Gegner des Regimes in Damaskus. Der Sturz Assads war und ist noch immer ein Anliegen von höchster Priorität der Außenpolitik. In diesem Sinne gestattete die Türkei die Rekrutierung von Anti-Assad-Kämpfern auf ihrem Territorium und deren Einschleusen nach Syrien, darunter auch dschihadistische Kräfte, und wurde so zu einem „sicheren Hafen“ für ausländische Islamisten sowie einem logistischen Zentrum. Toleriert wurden – entgegen Dementis aus Ankara – auch Waffenlieferungen, wobei die Türkei auch selbst aktiv beteiligt gewesen sein könnte. Zugelassen wurde offenbar auch Erdölschmuggel aus von Rebellen eroberten Gebieten. Verwundete Anti-Assad-Kämpfer wurden in türkischen Spitälern versorgt. Schätzungen zufolge kämpften auch mehrere tausend türkische Staatsangehörige auf Seiten der Dschihadisten.

Auch nach Ausrufung des Islamischen Staates in Syrien und Irak galt das Hauptaugenmerk Erdogans weiter der Ablöse des Regimes Assads. Ankara schloss sich zwar der Anti-IS-Allianz an, verweigerte aber bis Sommer 2015 die Benützung der US-Luftwaffenbasis Incirlik für Einsätze gegen den IS. Die zögerliche Haltung war wohl damit motiviert, einerseits das Übergreifen des IS-Terrors auf die Türkei zu verhindern und andererseits das Leben von Geiseln nicht zu gefährden, welche der IS 2014 in einer Aktion gegen

das türkische Konsulat in Mossul in seine Gewalt gebracht hatte (diese wurden in der Zwischenzeit wieder freigelassen, es ist aber unklar, welche Gegenleistung die Türkei hierfür erbracht hat). Auf internationales Unverständnis stieß die Haltung Ankaras im Falle der von Kurden bewohnten Stadt Kobane. Man weigerte sich einzugreifen, vermutlich sowohl aus den obgenannten Gründen als auch um die Herausbildung einer kurdischen Autonomie in Syrien unter Führung der PYD, einer Schwesterpartei der PKK, zu verhindern. Es entstand der fatale Eindruck, dass für die Türkei der Kampf gegen die PKK sowie auch gegen das Regime Assad Priorität vor jenem gegen den IS habe. Die PKK und der IS seien Erdogan zufolge gleichartige Terrororganisationen. Angesichts starken internationalen Drucks gestattete Ankara letztlich den Durchmarsch von Peshmergas aus dem Nordirak, welche einen Einsatz Kobanes erreichten. Nach einem offenbar vom IS durchgeführten Bombenanschlag mit 15 Toten in der südtürkischen Stadt Suruc Ende Juli 2015 erkannte man in Ankara, welche Gefahr von der Präsenz der Dschihadisten in der unmittelbaren Nachbarschaft droht. Die Regierung beschloss gegen den IS vorzugehen, fliegt – allerdings im begrenzten Umfang – Luftsätze gegen IS-Stellungen in Syrien und gestattet nunmehr den USA die Benützung von Incirlik für Operationen gegen den IS. Außerdem werden wiederholt Razzien gegen mutmaßliche Sympathisanten durchgeführt und Verhaftungen vorgenommen. Dies wurde nach dem Anschlag in Ankara und den Terrorattentaten im November 2015 in Paris deutlich verstärkt. Priorität hat für Ankara allerdings offenbar weiterhin der Kampf gegen die PKK.

Wiederaufleben der islamistischen Terrorszene in der Türkei

Seit Ende der Terrortätigkeit der Hisbollah und ähnlicher Organisationen gibt es Experten zufolge seit einigen Jahren in der Türkei keine nationale islamistische Terrorszene mehr – eine Meinung, die auch von Fachleuten des Bundesministeriums für Inneres geteilt wird (die zuletzt wieder aktive DHKP-C ist linksextrem, nicht aber islamistisch ausgerichtet). Von türkischen Gruppen in Europa ging zuletzt keine Gefahr für die innere Sicherheit

des Landes aus. Türkische Dschihadisten suchten ihr Aktivitätsfeld zuletzt eher im Ausland, also Syrien, dem Irak, Afghanistan oder Pakistan, als im Lande selbst. Allerdings zeigen das Attentat in Suruc, ein verheerender Anschlag in Ankara mit 102 Toten am 10. im Oktober 2015 sowie auch ein Attentat in Istanbul im Jänner 2016 mit zwölf Toten, dass auch die Türkei ins Visier des IS geraten ist (allerdings hat sich dieser zu keinem der genannten Terrorakte bekannt). Weitere Attentate müssen erwartet werden. Vor allem steht aber zu befürchten, dass zahlreiche ehemalige Anhänger der Hisbollah sich dem IS oder der *al-Qaida* für Terroranschläge gegen türkische Einrichtungen, aber auch gegen ausländische Ziele im Lande anbieten. Der namhafte Journalist und Autor Rusen Cakir sah schon vor einiger Zeit in der Türkei einen günstigen Nährboden für gewalttätigen Dschihadismus. Die ruhige Phase während der letzten Jahre ist wohl zu Ende gegangen.

Bemerkt wird ergänzend hiezu, dass verheerende Anschläge in Ankara im Februar und im März 2016, zu denen sich die kurdische Splittergruppe TAK („Kurdische Freiheitsfalken“) bekannt hat, nach bisherigen Erkenntnissen keinen islamistischen Hintergrund haben dürften.

Politischer Islam und gewaltsamer Extremismus im Kontext der Friedenskonsolidierung am Westbalkan

Predrag Jureković

Analyseperspektive

Als Postkriegsregion mit noch immer stark manifestem Erbe der brutalen jugoslawischen Zerfallskriege der 1990er-Jahre durchläuft der Westbalkan⁵⁹⁹ nach wie vor sehr komplexe Friedensprozesse. Unvollendete Staatsbildungsprozesse (Bosnien und Herzegowina, Kosovo), nationalistische und autoritäre Praktiken sowie ökonomische und soziale Probleme haben als wichtigstes positives Gegengewicht eine proaktive Integrationspolitik der EU. Diese zielt auf die Verbesserung der regionalen Beziehungen durch die schrittweise Heranführung der Westbalkanländer an die EU-Mitgliedschaft ab. Mit Ausnahme von Kroatien, das im Juli 2013 der EU beigetreten ist – und deshalb formal aus der Gruppe der Westbalkan-Staaten mit größerem Konsolidierungsbedarf „ausgeschieden“ ist –, bleibt der europäische Integrationsprozess für die übrigen Beitrittskandidaten und -Aspiranten aus diesem Teil Südosteuropas noch ein sehr langer und schwieriger.

Der „europäische Mainstream“ besitzt – trotz diverser EU-Krisen – noch immer Zugkraft, um Normalisierungsprozesse in der Region zu unterstützen. Allerdings stehen ihm in Form des noch immer starken Nationalismus und radikalen religiösen Ideologien nicht zu unterschätzende „Konkurrenten“ gegenüber. Der Faktor Religion hat vor allem in den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens während der jugoslawischen Zerfallskriege und

⁵⁹⁹ Zu dieser Staatengruppe zählt die EU seit 1999/2000 die jugoslawischen Nachfolgestaaten Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie Albanien. Kroatien wurde bis zu seinem EU-Beitritt ebenfalls als Westbalkanland bezeichnet. Die Bezeichnung „Westbalkan“ ist politisch motiviert und soll das verstärkte regionale Bewusstsein der EU im Rahmen der Stabilisierungsmaßnahmen zum Ausdruck bringen.

in der Nachkriegszeit eine im Vergleich zur kommunistischen Vorkriegsperiode verstärkte Bedeutung erhalten. Unter den südslawischen Völkern, die ethnisch nur geringe Unterschiede aufweisen, wurde die religiöse Zugehörigkeit (katholisch, christlich-orthodox, muslimisch) zum wichtigsten „nationalen“ Unterscheidungsmerkmal erhoben. Religiöse Identitätspolitik ist also nicht nur ein Merkmal der muslimischen Bosnjaken in Bosnien und Herzegowina und in der serbisch-montenegrinischen Grenzregion Sandžak. Insbesondere in Bosnien und Herzegowina beeinflusst sie auch einen Teil der katholischen Kroaten und christlich-orthodoxen Serben. Deshalb kann in diesem Teil Südosteuropas nicht nur vom Phänomen des „politischen Islam“, sondern auch vom Phänomen des „politischen Katholizismus“ und der „politischen Orthodoxie“ gesprochen werden.⁶⁰⁰

Gewaltsame Formen des Extremismus, die religiös legitimiert werden, treten am Westbalkan nach Ende der jüngsten Balkankriege allerdings hauptsächlich im islamistischen Bereich auf. Die Zahl der Sympathisanten von radikalen salafistischen Ideen oder gewalttätigen islamistischen Gruppen ist unter Bosnjaken und muslimischen Albanern am Westbalkan noch immer relativ klein. Die große Mehrheit der bosnjakischen und albanischen Muslime in Südosteuropa fühlt sich nach wie vor der liberalen hanafitischen Rechtsschule verbunden und hat eine tolerante Grundeinstellung gegenüber Andersgläubigen.⁶⁰¹ Durch die Beteiligung mehrerer Hundert Balkan-Söldner am Vernichtungsfeldzug der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) in Syrien und Irak, der Zunahme wahhabitischer Gemeinschaften sowie wegen einzelner Terroranschläge in Bosnien und Herzegowina haben extremistische Phänomene im Kontext des Balkan-Islam zuletzt aber verstärkte

⁶⁰⁰ Vgl. Džihic, Vedran: Zur Symbiose zwischen Politik und Religion am Beispiel Bosnien und Herzegowina. In: Jureković, Predrag/Feichtinger, Walter (Hrsg.): Religiöser Extremismus vs. internationale Friedensbemühungen. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 8/2008. Wien 2008, S. 111-129.

⁶⁰¹ Diese Feststellung basiert nicht auf repräsentativen Umfragen, sondern auf langjährigen Beobachtungen des Autors im Rahmen zahlreicher Forschungsaufenthalte sowie persönlicher Kontakte in mehrheitlich muslimischen Gebieten des Westbalkans.

internationale Aufmerksamkeit erhalten. Die Analyseperspektive dieses Beitrags besteht darin, die teilweise sehr unterschiedlichen, sich teilweise aber auch überlappenden Phänomene des politischen Islam, salafistischer Bewegungen und des gewaltsamen Extremismus vor allem hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Friedenskonsolidierung am Westbalkan zu untersuchen. Im Zentrum stehen dabei Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Auf ihnen liegt, regional betrachtet, der Hauptfokus internationaler Stabilisierungsbemühungen. Außerdem ist in diesen beiden Ländern innerhalb des Westbalkans die stärkste Dynamik im Hinblick auf islamistische Phänomene feststellbar.

Anteil der Muslime an den Bevölkerungen der Westbalkanländer

Albanien war während der kommunistischen Diktatur ein offiziell atheistischer Staat. Die Demokratisierung ab 1990/91 führte zur Wiederzulassung von Religionsgemeinschaften, die aber im Alltagsleben vieler Bürger Albaniens keine Schlüsselrolle spielen. Laut der letzten Volkszählung aus 2011 deklarierten sich 58,8% der Bürger Albaniens als Muslime. Die große Mehrheit der Muslime in Albanien sind Sunniten, ca. 2% gehören den *Bektashi*, einem mystischen Derwisch-Orden, an. 10% der Bevölkerung Albaniens sind katholisch und 6,8% bezeichnen sich als orthodoxe Christen (neben Albanern auch Teile der nationalen Minderheiten der Griechen, Roma und Mazedonier).⁶⁰² Der zweite mehrheitlich von Albanern bewohnte Staat am Westbalkan ist Kosovo mit einer Gesamtbevölkerung von 1,8 Mio. Einwohnern. Bei der Volkszählung 2011, die von der serbischen Minderheit teilweise boykottiert wurde, deklarierten sich 95,6% der Bürger als Muslime. Neben dem Großteil der albanischen Mehrheitsbevölkerung fallen in diese Gruppe auch südslawische muslimische Minderheiten wie die Bosnjaken und Goraner sowie ein Teil der kosovarischen Roma- und Ashkali-Bevölkerung. Außer den Muslimen leben im Kosovo auch serbisch-

⁶⁰² Vgl. Republic of Albania – Agency of Statistics: Census 2011. <www.instat.gov.al/en/census/census-2011/census-2011-prefectures.aspx>, abgerufen am 17.07.2015.

orthodoxe Christen sowie eine katholische Minderheit (Albaner und Kroaten).⁶⁰³

In Bosnien und Herzegowina wurde die letzte Volkszählung 2013 durchgeführt, die eine Gesamtbevölkerung von 3,79 Mio. Menschen zu Tage brachte. Gegenüber der letzten Volkszählung der Vorkriegszeit (1991) bedeutet das einen Bevölkerungsverlust von 580.000 Bosniern und Herzegowinern.⁶⁰⁴ Mit Stand von Juli 2015 waren vom statistischen Zentralamt in Sarajevo noch keine Ergebnisse zur ethnischen und religiösen Zusammensetzung veröffentlicht worden, so dass auf die Ergebnisse der Volkszählung aus 1991 – vor dem Krieg – Bezug genommen werden muss. Demnach gab es 1991 43,5% muslimische Südslawen, die interessanterweise im kommunistischen Jugoslawien die Nationsbezeichnung „Musliman“ (= Muslim) trugen und sich seit dem Krieg im nationalen Sinne als „Bošnjak“, in der Mehrzahl Bošnjaci“ (= Bosnjake, Pl. Bosnjaken) bezeichnen. Zweitgrößte Gruppe waren 1991 mit 31,2% die christlich-orthodoxen Serben, gefolgt von den katholischen Kroaten mit 17,4%.⁶⁰⁵ Inoffiziellen Angaben von bosnisch-herzegowinischen Demografen zufolge dürfte sich der Anteil der muslimischen Bosnjaken und orthodoxen Serben an der Gesamtbevölkerung nur unwesentlich verändert haben, während der Anteil der Katholiken im Vergleich zu 1991 um einige Prozentpunkte geschrumpft sein dürfte. Traditionell lebt in der bosnisch-herzegowinischen Hauptstadt Sarajevo ne-

⁶⁰³ Vgl. Kosovo Agency of Statistics: Kosovo Population and Housing. Census 2011. <<https://ask.rks-gov.net/rekos2011/?cid=2,1>>, abgerufen am 17.07.2015.

⁶⁰⁴ Vgl. Agency for Statistics of Bosnia and Herzegovina: Preliminary results of the 2013 Census of Population, Household and Dwellings in Bosnia and Herzegovina. <www.pis2013.ba/index.php/en/>, abgerufen am 17.07.2015.

⁶⁰⁵ Vgl. Republika Hrvatska – Državni zavod za statistiku: Stanovništvo Bosne i Hercegovine (Republik Kroatien – Staatliches Statistisches Zentralamt: Die Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina). Zagreb 1995, S. 9.

ben Muslimen, Serbisch-Orthodoxen und Katholiken auch eine kleine jüdische Minderheit. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass Sarajevo auch als „Europäisches Jerusalem“ bezeichnet wird.

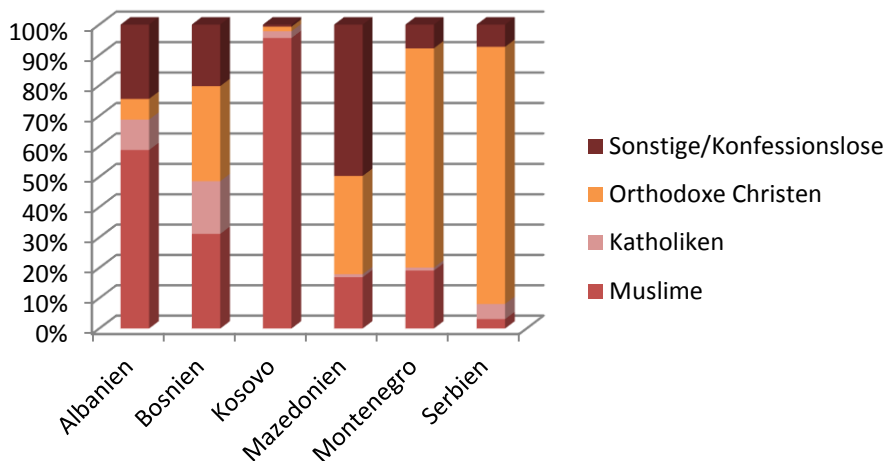


Abbildung 13: Diagramm – Religionszugehörigkeit am Westbalkan

Quelle: Predrag Jureković (IFK)

Grafik: Michael Schmiedinger (IFK)

In Mazedonien scheiterte 2011 die technische Durchführung der Volkszählung, was dazu geführt hat, dass die Angaben zur ethnischen und religiösen Struktur der Bevölkerung aus 2002 stammen. Im Jahr 2002 machten 45% der 2 Mio. Bürger Mazedoniens keine Angaben über ihre Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften. Von den 16,9%, die sich als Muslime deklarieren, gehört der überwiegende Teil der albanischen Minderheit an, die 25% der Bevölkerung Mazedoniens ausmacht. Muslimisch sind auch die Angehörigen der kleineren bosnjakischen und türkischen Minderheit sowie ein

Teil der Roma. 32,4% der Bürger bezeichneten sich als christlich-orthodox.⁶⁰⁶

Bei der Volkszählung 2011 gaben 19,1% der 620.000 Bürger Montenegros Muslim/Muslima als Religionszugehörigkeit an. Die montenegrinischen Muslime gehören überwiegend der albanischen und bosnjakischen Minderheit an. Ein kleinerer Teil unter ihnen sind südslawische Muslime, die sich im nationalen Sinne nicht als Bosnjaken bezeichnen wollen. 72,1% der montenegrinischen Bürger sind laut Volkszählung aus 2011 orthodoxe Christen.⁶⁰⁷ Von den 7,1 Mio. Einwohnern Serbiens (Volkszählung 2011) bezeichnen sich 3,1% als Muslime, darunter fallen vor allem die Bosnjaken im serbischen Teil des Sandžak mit dem regionalen politischen und religiösen Zentrum Novi Pazar sowie die albanische Minderheit in Südserbien, im Preševotal. Mit 84,6% gehört die überwiegende Mehrheit der serbischen Bürger der Serbisch-Orthodoxen Kirche an. 5% der Bevölkerung sind Katholiken. Daneben existiert in Serbien – wie auch in den anderen Westbalkanländern – noch eine Reihe anderer, jedoch bedeutend kleinerer christlicher Gemeinschaften und eine kleine jüdische Gemeinde.⁶⁰⁸

Politischer Islam in Bosnien und Herzegowina – Religion als Stifter nationaler Identität

Als Folge der traumatischen Erfahrungen des Krieges in Bosnien und Herzegowina (1992–95) und vor allem des Genozids in Srebrenica (Juli 1995)⁶⁰⁹

⁶⁰⁶ Vgl. Republic of Macedonia – State Statistical Office: Census of Population, Households and Dwellings 2002, Book XIII. <www.stat.gov.mk/PrikaziPublikacija_en.aspx?id=54&crbr=225>, abgerufen am 17.07.2015.

⁶⁰⁷ Vgl. Statistical Office of Montenegro: Population Census 2011. <www.monstat.org/eng/page.php?id=57&pageid=57>, abgerufen am 17.07.2015.

⁶⁰⁸ Vgl. Statistical Office of the Republic of Serbia: Census 2011. <<http://popis2011.stat.rs/?lang=en>>, abgerufen am 17.7.2015.

⁶⁰⁹ Im Juli 1995 töteten Truppen der Serben aus Bosnien und Herzegowina unter dem Kommando von General Ratko Mladić etwa 8000 bosnjakische Männer und Jugendliche in dem von der UNO zuvor zur Schutzzone erklärten Gebiet in Ostbosnien.

hat für viele Bosnjaken die Bedeutung ihrer islamischen Identität nicht nur im religiösen, sondern auch im politischen Sinne stark zugenommen. In teilweiser Abkehr von der überwiegend säkularen Identität der jugoslawischen Zeit, als die Bosnjaken ironischerweise bei Volkszählungen als Volksgruppe noch als „Muslimani“ geführt wurden, hat in den vergangenen 20 Jahren ein teilweise nachgeholtes bosnjakisches Nation-building unter religiösen Vorzeichen stattgefunden. Wichtigster Eckpfeiler dieses bosnjakischen Nationsbildungsprozesses war insbesondere 1993-2001 die fast symbiotische Verbindung zwischen der „Islamischen Gemeinschaft“ (*Islamska Zajednica/IZ*) und der führenden politischen Partei unter den Bosnjaken, der „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA). Die Schlüsselfiguren dieser Symbiose waren lange Zeit der frühere Großmufti⁶¹⁰ von Sarajevo, Reis Mustafa Cerić, der als religiöses Oberhaupt der Muslime in Bosnien und Herzegowina und als Leiter der IZ fungierte, sowie der SDA-Parteigründer, das langjährige bosnjakische Mitglied im bosnisch-herzegowinischen Staatspräsidium, Alija Izetbegović.⁶¹¹

Diese beiden Wegbereiter des politischen Islams in Bosnien und Herzegowina verfolgten ein ambivalentes Konzept. Einerseits wurde von beiden betont, dass sie sich zu den Grundfesten der Nachkriegsordnung in Bosnien und Herzegowina bekennen, die durch den Friedensvertrag von Dayton/Paris (November/Dezember 1995) vorgegeben wurden. Demzufolge handelt es sich bei Bosnien und Herzegowina um einen multiethnischen und multireligiösen laizistischen Staat. Andererseits standen ihre Bekenntnisse zur Multiethnizität und Multireligiosität teilweise in einem Widerspruch zu der von ihnen geförderten Herausbildung einer exklusiven muslimisch-bosnjakischen Identität. Während Cerić und Izetbegović – zu Recht – anpranger-

⁶¹⁰ Bedeutung siehe Glossar.

⁶¹¹ Vgl. International Crisis Group: Bosnia's Dangerous Tango. Islam and Nationalism. Europe Briefing, 70/2013, Sarajevo/Brussels, S. 3f. (in der Folge Kurzzitat: International Crisis Group: Bosnia's Dangerous Tango)

ten, dass nationalistische Konzepte der wichtigsten serbischen und kroatischen Parteien einen positiven Neubeginn in Bosnien und Herzegowina verhindern würden, trugen sie mit einem ähnlich antagonistischen und auf religiöser Identität aufbauendem Nationskonzept zur Vertiefung der staatlichen Krise bei. Der staatlichen Dysfunktionalität versuchte die internationale Seite speziell bis 2006 durch den Ausbau der Protektoratsvollmachten des Hohen Repräsentanten entgegenzuwirken.

Während Alija Izetbegović zwar im Hinblick auf die bosnjakische nationale Identität ähnliche Ideen vertrat wie Cerić, vermied er im Unterschied zum Großmufti aber jede radikale Rhetorik. Mit seinem nationalistischen politischen Engagement fungierte der Reis als idealer Reibebaum vor allem für serbische Nationalisten, die Sarajevo – nicht zuletzt wegen Cerićs politischer Agitation – als das „Teheran des Balkans“ bezeichneten. Mit seiner Unterstützung für Muamer Zukorlić, den Mufti von Novi Pazar, im Konflikt mit moderateren Repräsentanten der dortigen „Islamischen Gemeinschaft“ hat Cerić dem bosnjakischen Nationalismus auch im serbischen Teil des Sandžak Auftrieb gegeben und die Kluft innerhalb der „Islamischen Gemeinschaft“ Serbiens dadurch vergrößert.⁶¹² Cerić, der als Großmufti im westlichen Ausland wegen seines Bekenntnisses zu einem toleranten Europäischen Islam zahlreiche Ehrungen erhielt, ließ es an solchen toleranten Bekenntnissen innerhalb von Bosnien und Herzegowina oft fehlen. Die Aktivitäten salafistischer Gruppen unterstützte er als Großmufti zwar nicht offiziell, beschuldigte aber Kritiker der Wahhabiten-Szene, „islamophob“ zu sein.⁶¹³

Die Kooperation zwischen Cerić und der SDA zur Stärkung der bosnjakischen nationalen Identität, die mit der Stärkung der muslimischen Identität

⁶¹² A.a.O. S. 12.

⁶¹³ Vgl. Kahrović-Posavljak, Amila: Iračke ekskurzije novih muslimana (Die Irak-Exkursionen der neuen Muslime). In: Dani, 15.08.2014. <www.bhdani.ba/portal/clanak/896/sedmi-dan/iracke-ekskurzije-novih-muslimana>, abgerufen am 18.07.2015.

einherging, erfuhr 2001 eine Wende, als der gemäßigte bosnjakische Politiker Sulejman Tihić den Parteivorsitz in der SDA übernahm. Tihić verfolgte bis zu seinem Tod im Jahr 2014 als SDA-Parteivorsitzender eine sehr besonnene Politik, die grundsätzlich auch von seinem Nachfolger Bakir Izetbegović fortgesetzt wird. Sie bedeutet zwar keine Abkehr vom bosnjakischen Nationskonzept zugunsten eines überethnischen – und damit im Kontext von Bosnien und Herzegowina gleichzeitig auch überreligiösen – staatsbürgerlichen Konzepts. Tihić betrieb aber eine kooperative Politik gegenüber den Parteien der Serben und Kroaten, die vor allem im Kontext der europäischen Integration darauf ausgerichtet war, unter den noch immer sehr schwierigen politischen Bedingungen gemeinsame Interessen für alle Bosnier und Herzegowiner zu identifizieren.⁶¹⁴ Weitere Risse bekam Cerićs nationalistisches Konzept des politischen Islam 2012, als er in der Funktion des Großmuftis von Sarajevo und Vorsitzender der IZ durch Reis Husein Kavazović abgelöst wurde. Anders als Cerić zeigte Kavazović in seiner bisherigen Tätigkeit keine politischen Ambitionen. Er beschränkt sich auf seine Rolle als religiöses Oberhaupt aller Muslime in Bosnien und Herzegowina und zeichnet sich durch sehr versöhnliche Töne gegenüber den anderen in Bosnien und Herzegowina lebenden Volksgruppen und Religionsgemeinschaften aus.⁶¹⁵

Aus der Sicht von 2015 befindet sich der politische Islam, der sich auf einen bosnjakischen Nationalismus stützt, in einer Schwächephase. Trotzdem sind weitere Versuche von Cerić und seinem politischen Zwilling im Sandžak, Mufti Zukorlić, feststellbar, sich durch die im Dezember 2012 gegründete Organisation „Bosnjakischer Weltkongress“ (Svjetski Bošnjački Kongres, SBK) als wichtigste national-religiöse Führer der Bosnjaken am Westbalkan und in der Diaspora zu positionieren.⁶¹⁶ Für gemäßigte Repräsentanten der „Islamischen Gemeinschaft“ in Bosnien und Herzegowina wie

⁶¹⁴ Vgl. International Crisis Group: *Bosnia's Dangerous Tango*, S. 5.

⁶¹⁵ A.a.O. S. 6.

⁶¹⁶ A.a.O. S. 12f.

Reis Kavazović besteht hingegen kein Zweifel daran, dass die Zukunft des Islam in Bosnien und Herzegowina und im gesamten Westbalkan nicht im religiösen Autismus und in der Symbiose mit dem Nationalismus liegen kann, sondern im friedlichen Miteinander mit anderen Religionsgemeinschaften.

Für serbische Nationalisten wie den Präsidenten des bosnisch-herzegowinischen Staatsteils, Milorad Dodik, der offen für eine Abspaltung seiner Entität vom Gesamtstaat eintritt, ist mit Cerićs Ablöse als Großmufti sein liebster Propagandafeind abhandengekommen. Als Ersatz dienen salafistische Gruppen, deren Zahl in Bosnien und Herzegowina im Wachsen begriffen ist, sowie Einzelpersonen, die terroristische Akte verübt haben.

Unterschiedliche salafistische Erscheinungsformen

Das Phänomen der „Novi Muslimani“ (Neue Muslime), wie die sektiererischen salafistischen Gruppen großteils abschätzig von der mehrheitlich religiös-moderat eingestellten bosnjakischen Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina genannt werden, hat seine Wurzeln während des letzten Krieges. Wie die kroatische und serbische Kriegspartei wurde auch die bosnjakisch dominierte „Armee Bosniens und Herzegowinas“ von ausländischen Söldnern unterstützt. In diesem Fall waren es vor allem Kämpfer aus arabischen Ländern, die in der „7. Muslimischen Brigade“, mit dem arabischen Namen *al-Mudschabed*, eingesetzt wurden. Während die kroatische und serbische Seite deren Zahl auf bis zu 3000 Soldaten bezifferte, wurde von bosnjakischer Seite die Unterstützung durch 1000 ausländische muslimische Kämpfer zugegeben. Bosnjaken, die ebenfalls in dieser Einheit dienten, mussten – anders als in den übrigen Einheiten der „Armee Bosnien und Herzegowinas“ – auch regelmäßig die religiösen islamischen Riten anwenden. Nach Ende des Krieges kehrte ein Teil der *Mudschabidin* wieder in ihre Herkunftsländer zurück. Mehrere Hundert blieben aber, heirateten bosnjakische Mädchen und gründeten teilweise salafistische Kolonien in Zentralbosnien, die ihr Alltagsleben nach der *Scharia* ausrichteten. Finanzielle Unterstützung erhielten diese Kolonien von humanitären Organisationen, die

von den Golfstaaten finanziert wurden. Von der damaligen internationalen Friedenstruppe SFOR wurden die ausländischen Kolonisten teilweise als Sicherheitsrisiko eingestuft. Die internationalen Sicherheitskräfte brachten sie unter anderem mit einem vereitelten Bombenattentat gegen Papst Johannes Paul II. anlässlich seines Sarajevo-Besuchs (April 1997) und mit einer explodierten Autobombe im kroatischen Westteil der herzegowinischen Stadt Mostar (September 1998) in Verbindung. Der Druck, insbesondere der USA, auf die bosnisch-herzegowinische Regierung, gegen die ausländischen Salafisten vorzugehen, wurde stärker, was schließlich auch geschah. Anfang der 2000er-Jahre wurden ehemalige *Mudschabidin*, die nicht die Staatsbürgerschaft von Bosnien und Herzegowina besaßen, ausgewiesen. Ihre Kolonien in Zentralbosnien wurden teilweise aufgelöst.⁶¹⁷ Diese Maßnahmen kamen wahrscheinlich zu spät. Der Samen für die Entstehung autochthoner islamistischer Bewegungen in Bosnien und Herzegowina war gelegt.

In den letzten 15 Jahren hat sich in Bosnien und Herzegowina eine autochthone Salafistenszene herausgebildet, die sich teilweise über Vereine in städtischen Gebieten organisiert, teilweise aber sektiererischen Charakter hat, indem ein Teil der Salafisten in abgeschotteten dörflichen Gemeinschaften lebt, vor allem im ländlichen Umfeld der bosnischen Städte Bosanska Krupa, Brčko und Tuzla. Die Gesamtzahl der Mitglieder der bosnisch-herzegowinischen Salafistenszene wird auf einige Tausend geschätzt. Ca. 3.000 sollen nach Einschätzung des bosnisch-herzegowinischen Sicherheitsministeriums aus der Perspektive der öffentlichen Sicherheit „interessant“ sein.⁶¹⁸ Gemeinsam ist allen salafistischen Gruppen in Bosnien und Herzegowina

⁶¹⁷ Vgl. Udovičić, Radenko: *Obračun sa teškom hipotekom* (Abrechnung mit einer schweren Hypothek). In: *Vreme*, 27.09.2001. <www.vreme.com/cms/view.php?id=297933>, abgerufen am 18.07.2015.

⁶¹⁸ Vgl. Rukavina, Saša: *Terorizam je tu, šta dalje?* (Der Terrorismus ist da, was weiter?). In: *Dani*, 01.05.2015. <www.bhdani.ba/portal/clanak/933/zvornik-post-festum/terorizam-je-tu-sta-dalje>, abgerufen am 18.07.2015.

die konservative und tendenziell strenge Auslegung des Islam, was eine eindeutige Abkehr von der traditionell gewachsenen und in Bosnien und Herzegowina noch immer klar dominanten liberalen und toleranten Auslegung dieses Glaubens darstellt. Darüber hinaus bestehen zwischen den salafistischen Gruppen aber auch Unterschiede hinsichtlich ihrer generellen Einstellung zum bosnisch-herzegowinischen Staat, zu den staatlichen Institutionen sowie zum Zusammenleben mit anderen Religionsgemeinschaften.

In einem Schwerpunktbericht zum Thema Islam in Bosnien und Herzegowina aus 2013 unterschied die International Crisis Group zwischen den Gruppen „Incorporated Islamists“ und „Unincorporated Islamists“. Die Gruppe der integrierten bosnjakischen Salafisten respektiert grundsätzlich den bosnisch-herzegowinischen Staat. Oft handelt es sich bei ihnen um ehemalige Veteranen der Einheit *al-Mudschahid*, die für die „reine islamische Lehre“ eintreten, politisch aber gleichzeitig einen bosnjakischen Patriotismus kultivieren. Politisch stehen die Mitglieder dieser Gruppe dem national-religiösen bosnjakischen Patriotismus von Cerić sehr nahe. Gegenüber den katholischen Kroaten und orthodoxen Serben ist diese Gruppe der Salafisten offiziell positiv eingestellt, nationalistischen Kräften in diesen Volks- und Religionsgruppen wird aber mit „Verteidigungsmaßnahmen“ gedroht, sollten sie Bosnien und Herzegowina als Staat zerstören wollen. Als wichtigstes Sprachrohr für die Gruppe der integrierten Salafisten in Bosnien und Herzegowina fungierte nach Kriegsende die „Aktive Islamische Jugend“ (*Aktivna Islamska Omladina*, AIO), bis sie 2006 den Großteil ihrer Aktivitäten wegen finanzieller Schwierigkeiten einstellen musste.⁶¹⁹

An die Stelle der AIO, die vor allem in den Städten präsent war, traten in den vergangenen zehn Jahren dörfliche Salafisten-Gemeinschaften, die zum Anziehungspunkt für 20- und 30-jährige „Aussteiger“ geworden sind, die

⁶¹⁹ Vgl. International Crisis Group: *Bosnia's Dangerous Tango*, S. 15ff.; Kraft, Ekkkehart: *Salafisten in Südosteuropa. Vom Balkan in den Jihad*. In: *Neue Zürcher Zeitung* (Onlineausgabe), 09.12.2014. <www.nzz.ch/international/europa/vom-balkan-in-den-jihad-1.18440665>, abgerufen am 01.07.2015.

sich auf religiöse Identitätssuche begeben haben. Handelt es sich bei den integrierten Salafisten zwar nicht um eine Gruppe, die im Sinne des politischen Ziels einer Zurückdrängung nationaler und religiöser Merkmale zugunsten einer Staatsbürgerkultur als betont positiv zu bewerten ist, respektieren ihre Mitglieder aber zumindest die staatlichen Institutionen und zeigen auch kein gewaltsames extremistisches Verhalten. Anders verhält es sich bei einem Teil der salafistischen Dorfgemeinschaften, deren Mitglieder teilweise der Gruppe der nicht-integrierten Salafisten zuzuordnen sind. Im Unterschied zu den integrierten Salafisten akzeptieren die nicht-integrierten die „Islamische Gemeinschaft“/IZ nicht als religiöse Autorität. Die staatlichen säkularen Institutionen und Schulen werden ebenso wie Wahlen abgelehnt. Die Mitglieder dieser Gemeinschaften versuchen sich von den aus ihrer Sicht „unreinen“ – da nicht nach der *Scharia* lebenden – Bevölkerungsteilen abzuschotten. Der Staat Bosnien und Herzegowina wird, soweit es ihnen möglich ist, ignoriert. Im Mittelpunkt der religiös-politischen Orientierung steht die *Umma*, die globale Gemeinschaft aller rechtgläubigen Muslime. Selbsternannte Imame, die in der Regel über keine fundierte theologische Ausbildung verfügen, fungieren als höchste moralische Autorität und in der Regel auch als Dorfvorsteher. Trotz des abgeschotteten Lebens versuchen einige zentrale Wahhabiten-Führer, durch das Internet ihre radikale religiöse Ideologie unter Jugendlichen zu verbreiten. Die Botschaften sind relativ klar und simpel: Der traditionelle Islam in Bosnien und Herzegowina wäre unislamisch, die meisten Muslime in diesem Land wären deshalb „Ungläubige“ (arabisch „Kāfir“) und müssten zum rechten Glauben zurückgeführt werden.⁶²⁰

Zu Rädelsführern innerhalb dieser radikalen Salafistenszene wurden Husein Bilal Bosnić und Nusret Imamović, die über gute Kontakte zu Muhamed Fadil Porča und Nedžad Balkan, den bosnjakischen Schlüsselfiguren dieses

⁶²⁰ Vgl. International Crisis Group: Bosnia's Dangerous Tango, S. 17f.

Milieus in Wien, verfügen.⁶²¹ Als wahhabitische „Vorzeigedorf“, welches lange Zeit von Imamović geleitet wurde, steht das zwischen Brčko und Tuzla gelegene Gornja Maoča unter ständiger Polizeiüberwachung. Im Februar 2010 fand dort sogar die größte Polizeirazzia in Bosnien und Herzegowina seit Ende des Krieges statt, an der 600 Polizisten aus allen Landesteilen und Beamte der früheren EU-Polizeimission beteiligt waren.⁶²²

Das Dorf Gornja Maoča und ähnlich ausgerichtete Dorfgemeinschaften erhielten in bosnischen Polizeikreisen den Ruf, Ausbildungscamps für gewaltbereite Salafisten zu sein. Trotz gegenteiliger Beteuerungen der zumeist harmlos wirkenden Bewohner verfestigte sich dieser Ruf im Kontext einzelner Terroranschläge und vor allem der Beteiligung bosnischer Salafisten am Terrorkampf des IS im Nahen Osten seit 2013.⁶²³

Gewaltsamer Extremismus – interne und externe Dimension

Es gilt an dieser Stelle noch einmal zu betonen, dass die Existenz von einigen Tausend Salafisten mit radikaler Ideologie im Vergleich zu den fast 2 Mio. anderen Muslimen in Bosnien und Herzegowina, die ihren Glauben unauffällig leben, noch immer eine sehr kleine Minderheit darstellt. Andererseits sollte dieses Phänomen aber auch nicht unterschätzt werden. Die Hinwendung junger Bosnjaken zu solchen radikalen religiösen Ideologien ist zumindest zum Teil das Resultat der langen ökonomischen und politischen Krise, die das Nachkriegsbosnien seit 1995 durchläuft. In einer Situation der fast permanenten politischen Obstruktion durch nationalistische Politiker wird der eigene Staat von vielen Jugendlichen als dysfunktional

⁶²¹ Vgl. Zöchling, Christa: Bosnien retour. In: Profil, 05.12.2014, S. 34-35; International Crisis Group: Bosnia's Dangerous Tango, S. 17f.

⁶²² Vgl. Rathfelder, Erich: Razzia in der Hochburg der Islamisten. In: Die Presse, 03.02.2010, S. 6.

⁶²³ Gornja Maoča je tranzit za vehabije koje odlaze u sveti rat (Gornja Maoča ist ein Transitgebiet für Wahhabiten, die in den Jihad ziehen). In: Slobodna Bosna (Onlineausgabe), 02.04.2012. <www.slobodna-bosna.ba/vijest/275/gornja_maocha_j_tranzit_za_vehabije_koje_odlaze_u_sveti_rat.html>, abgerufen am 01.07.2015.

erlebt. Die Gefahr, sich radikalen Ideologien zuzuwenden, wächst dadurch ständig. In Überzeichnung der islamistischen Gefahr sind extremistische Aktivitäten von Salafisten wiederum insbesondere für nationalistische serbische Politiker ein passendes Propagandamittel, um innerhalb der eigenen Volksgruppe Feindbilder gegenüber den Bosnjaken zu schüren und für die Abspaltung von Bosnien und Herzegowina zu mobilisieren. Neben diesen negativen Auswirkungen, die radikale Formen des Salafismus auf den Prozess der politischen und gesellschaftlichen Konsolidierung in Bosnien und Herzegowina haben, sind mit diesem Phänomen aber auch konkrete Sicherheitsprobleme verbunden.

Seit Kriegsende haben in Bosnien und Herzegowina zumindest fünf gewalttätige Verbrechen bzw. Anschläge stattgefunden, die von Tätern verübt wurden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit oder durch Ermittlungen nachgewiesen selbst dem radikal-salafistischen Milieu angehört haben oder Kontakte zu diesem Milieu hatten. Im September 1998 fand der bereits an anderer Stelle thematisierte Bombenanschlag in der Nähe einer Polizeistation im westlichen Teil von Mostar statt. 50 Menschen wurden dabei verletzt. Im Dezember 2002 tötete der – gemäß Eigenbezeichnung – „Wahhabit“ Muamer Topalović im herzegowinischen Dorf Kostajnica drei Mitglieder einer kroatischen Rückkehrerfamilie. Im Februar 2006 ermordete Vedad Hafizović in Sarajevo seine Mutter, weil sie sich geweigert hatte, mit ihm zu beten. Im bosnischen Bugojno wurde im Juni 2010 ein lokaler Polizist durch eine Autobombe getötet, die vor der Polizeistation platziert worden war. Beim Täter, Haris Čausević, handelte es sich um einen Salafisten mit kriminellen Hintergrund. Im Oktober 2011 feuerte der aus dem Sandžak in Serbien stammende Mevlid Jašarević 40 Minuten lang auf die US-Botschaft in Sarajevo, wodurch ein Polizist verletzt wurde. Jašarević, der ebenfalls ein kriminelles Dossier aufwies, hatte vor dem Attentat eine Zeit lang in der Salafisten-Gemeinschaft in Gornja Maoča gelebt. Im April 2015 drang der 24-jährige Nerdin Ibrić bewaffnet in die lokale Polizeistation im ostbosnischen Zvornik ein, tötete einen Polizisten und verletzte zwei wei-

tere. Laut Aussage seiner Mutter hatte er zuletzt intensive Kontakte zu radikalen Salafisten gehabt. Am 18. November 2015, nur fünf Tage nach den terroristischen Angriffen in Paris, erschoss in Rajlovac bei Sarajevo der 34-jährige Enes Omeragić in einem Wettcafé zwei Soldaten der Streitkräfte Bosnien und Herzegowinas. Ein weiterer Soldat wurde verwundet. Der Angreifer entzog sich seiner Festnahme durch die Polizei durch Selbstmord. Die Motive für den Anschlag konnten nicht eindeutig geklärt werden. Bosnisch-herzegowinische Medien wiesen allerdings in ihren Berichten darauf hin, dass der Attentäter über Kontakte zum radikalen salafistischen Milieu verfügte. In einigen anderen Fällen wurden Anschläge in Bosnien und Herzegowina wahrscheinlich dadurch vereitelt, dass die Polizei mehrere illegale Waffendepots von potenziellen Terroristen rechtzeitig finden konnte.⁶²⁴

Die Beteiligung von Bosnjaken und anderen Balkanmuslimen an den Kämpfen des IS im Irak und Syrien hat seit 2013 der salafistischen Herausforderung am Westbalkan eine globale Dimension gegeben.⁶²⁵ Gemäß den Informationen der bosnisch-herzegowinischen Sicherheitsbehörden vom April 2015 sollen sich seit 2013 ca. 200 Bürger Bosnien und Herzegowinas

⁶²⁴ Vgl. International Crisis Group: Bosnia's Dangerous Tango, S. 21f; Teroristički napad u Zvorniku (Terrorangriff in Zvornik). In: B92 (Onlineausgabe), 27.04.2015. <www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2015&mm=04&dd=28&nav_id=985629>, abgerufen am 28.04.2015; Maksimović, Dragan: Teroristički napad u BiH: ubijeni policajac i napadač (Terroristischer Angriff in BiH: ein Polizist und der Angreifer wurden getötet). In: DW (Onlineausgabe), 28.04.2015. <www.dw.de/teroristi%C4%8Dki-napad-u-bih-ubijeni-policajac-i-napada%C4%8D/a-18412866>, abgerufen am 08.05.2015; Omeragić, Darko: Sta su znali stanovnici Sokola, a nije policija (Was wussten die Einwohner von Sokol was die Polizei nicht wusste). In: Dani (Onlineausgabe), 27.11.2015. <www.bhdani.ba/portal/clanak/963/terorizam/sta-su-znali-stanovnici-sokolja-a-nije-policija>, abgerufen am 08.01.2015.

⁶²⁵ Zur Rolle der *Foreign Fighters* in Bosnien und Herzegowina siehe insbesondere Azinović, Vlado/Jusić, Muhamed: The Lure of the Syrian War: The Foreign Fighters' Bosnian Contingent (Preliminary Report). Sarajevo 2015.

als Söldner an den Kriegen im Nahen Osten beteiligen.⁶²⁶ Einige der Salafisten-Führer, die sich in den Jahren zuvor als rechtgläubige und gewaltlose Muslime präsentiert haben, werden von der Polizei verdächtigt, die zentralen Figuren bei der Anwerbung junger Bosnjaken für den Dschihad an der Seite des IS zu sein. Dazu gehören vor allem Imamović und – seit seinem Untertauchen in der Grenzregion zwischen Syrien und Irak – sein Nachfolger als religiöses Oberhaupt der radikalen Salafisten in Bosnien und Herzegowina, Bilal Bosnić. Letzterer wird beschuldigt, seine Anwerbungsaktivitäten für terroristische Aktionen im Nahen Osten auch nach Italien ausgedehnt zu haben. Bosnić gehörte im September 2014 zur Gruppe jener 16 bosnischen Salafisten, die von der bosnisch-herzegowinischen Sonderpolizeieinheit SIPA im Zuge der Operation „Damaskus“ wegen Unterstützung terroristischer Aktivitäten verhaftet wurden.⁶²⁷

Islamismus im Kosovo-Kontext

Die Entwicklung radikaler salafistischer Bewegungen im Kosovo weist Parallelen, aber auch Unterschiede zur Situation in Bosnien und Herzegowina auf. In beiden Fällen handelt es sich um Länder, in denen die Kriege der 1990er-Jahre zu großen gesellschaftlichen und politischen Zerrüttungen geführt haben und vor allem unter jungen Leuten deshalb die Tendenz vorhanden ist, neue Identitäten zu suchen. Wie Bosnien und Herzegowina ist

⁶²⁶ Vgl. Vehabije nije bilo u Bosni, nakon rata njihov broj raste, neki se bore za ISIS (Reuters: Es gab keine Wahhabiten in Bosnien, nach dem Krieg wächst ihre Zahl, einige kämpfen für den ISIS). In: Slobodna Bosna (Onlineausgabe), 28.04.2015. <bit.ly/1nNvVDo>, abgerufen am 01.07.2015; Kamenica, Edina: Za IDIL se može boriti i u BiH (Für den ISIS kann man auch in Bosnien und Herzegowina kämpfen). In: Slobodna Bosna (Onlineausgabe), 10.10.2014. <www.bhdani.ba/portal/clanak/904/prijetnje-sigurnosti/za-idil-se-moze-boriti-i-u-bih>, abgerufen am 06.07.2015.

⁶²⁷ Vgl. U akciji Damask uhapšeno 16 osoba zbog sumnje u terorističke aktivnosti (In der Operation Damaskus wurden 16 Personen unter dem Verdacht terroristischer Aktivitäten festgenommen). In: TV1 (Onlineausgabe), 04.09.2014. <bit.ly/1pto3c8>, abgerufen am 04.09.2014.

auch der mittlerweile acht Jahre alte Staat Kosovo ein Staat mit eingeschränkter Funktionalität, dessen „Unabhängigkeit“ noch immer international überwacht und durch ethnische Probleme ständig herausgefordert wird. In beiden Ländern ist noch kein substantieller wirtschaftlicher Aufschwung erkennbar, ein Umstand, der das Vertrauen vor allem der jungen Kosovaren in eine gute Zukunft sehr verringert. Vor einem solchen gesellschaftspolitischen Hintergrund wächst sehr leicht das Potential für die Verbreitung und Annahme radikaler Heilslehren.

Ein wesentlicher Impuls für das Eindringen der radikal-salafistischen *Takfir*-Ideologie, die danach trachtet, die „reine“ wahhabitische Lehre unter „Ungläubigen“ zu verbreiten, kam wie in Bosnien und Herzegowina mit dem Engagement humanitärer Organisationen aus dem Nahen Osten, insbesondere aus den Golfstaaten. Es fehlte im Kosovo aber die Präsenz ausländischer *Mudschabidin* als weiterer Katalysator. Dieser Umstand und die betont pro-westliche Einstellung vieler Kosovo-Albaner dürften dazu beigetragen haben, dass insbesondere die USA Kosovo diesbezüglich zunächst als weniger gefährdet einstufen. Eine Tendenz zur Radikalisierung eines Segments innerhalb der albanischen Muslime war laut einer umfassenden Studie des kosovarischen Politologen Shpend Kursani insbesondere ab 2005 feststellbar. Es kam zur „ideologischen Teilung“ unter jenen Theologen, die nach Ende des Kosovokriegs im Nahen Osten studiert haben und in ihre Heimatländer Albanien, Kosovo und Mazedonien zurückkehrten. Der überwiegende Teil orientierte sich auch weiterhin an der vor dem Krieg üblichen liberalen Praxis, eine mittlere Gruppe schwenkte auf einen konservativeren, aber weiterhin strikt gewaltlosen Kurs ein und als neues Segment etablierte sich unter den albanischen Muslimen auch eine Minderheit radikaler und teilweise den Einsatz von Gewalt legitimierender *Takfir*-Ideologen.

In den Kosovo gelangte diese radikale Ideologie – gemäß Kursanis Darstellung – über Imame, die ursprünglich aus Skopje stammten. Sie verbreiteten die *Takfir*-Ideologie, die in Andersgläubigen und in „nicht-rechtgläubigen“ Muslimen Feinde sieht, in die städtischen Gebiete des Kosovo. Dieser nicht

unwesentliche Umstand unterscheidet die kosovarische Situation sehr wesentlich von jener in Bosnien und Herzegowina. Dort gelang es der *Takfir*-Ideologie bis heute nicht, in den städtischen Moscheen Fuß zu fassen.⁶²⁸ Im September 2014 verhaftete die kosovarische Polizei 15 Personen, die beschuldigt werden, junge Muslime für den IS-Kampf in Syrien und Irak rekrutiert zu haben. Unter den Festgenommenen befanden sich die Imame der Großen Moschee in Prishtina/Priština, der Moscheen in Peja/Peć und Mitrovica sowie Fuad Ramiqi, der Vorsitzende der „Islamischen Bewegung für die Vereinigung“ (albanische Kurzform LISBA). Dieser Verein gilt als Dachorganisation radikaler Salafisten im Kosovo.⁶²⁹

Der jüngste Balkanstaat blieb zwar bisher von Anschlägen, die dem salafistischen Milieu zuzuordnen sind, verschont, kosovarische Medien berichten aber von Übergriffen auf liberale Theologen und den Versuch, salafistische Kindergärten und Schulen aufzubauen.⁶³⁰ Als Sicherheitsrisiko werden – wie auch von den Behörden in Bosnien und Herzegowina – zurückkehrende IS-Kämpfer eingestuft. Gemäß unterschiedlichen Angaben sollen 200–300 Kosovaren an der Seite des IS in Syrien und Irak kämpfen.⁶³¹

⁶²⁸ Vgl. Kursani, Shpend: Report inquiring into the causes and consequences of Kosovo citizens' involvement as foreign fighters in Syria and Iraq. Occasional Paper by KCSS, 4/2015, Pristina, S. 9. (Kurzzytat: Kursani: Report inquiring into the causes and consequences of Kosovo citizens' involvement as foreign fighters in Syria and Iraq).

⁶²⁹ Vgl. Kosovo: Nova hapšenja radikalnih islamista (Kosovo: Neue Festnahmen radikaler Islamisten). In: Slobodna Bosna (Onlineausgabe), 17.09.2014. <www.slobodna-bosna.ba/vijest/16380/kosovo_nova_hapšenja_radikalnih_islamista.html>, abgerufen am 01.07.2015.

⁶³⁰ Vgl. Austria Presse Agentur (APA): IS soll Kindergärten und Schulen im Kosovo finanzieren. In: APA0413 5 AA 20150519 1440, 19.05.2015.

⁶³¹ Kursani schreibt in seiner Studie, dass bis Mitte Januar 2015 232 sog. „foreign fighters“ aus dem Kosovo an der Seite von Rebellengruppen in Syrien gekämpft haben. Vgl. Kursani: Report inquiring into the causes and consequences of Kosovo citizens' involvement as foreign fighters in Syria and Iraq, S. 7; „Balkan Insight“ bezifferte im März 2015 – mit Hinweis auf das Innenministerium des Kosovo – die Zahl der kosovarischen IS-Kämpfer mit ca. 300. Vgl. Kosovo to jail fighters in foreign conflicts. In: Balkan Insight, 13.03.2015.

Staatliche Gegenstrategien

Die Parlamente aller Westbalkan-Staaten haben 2014/2015 Gesetze beschlossen, um die Rekrutierung für und die Teilnahme an den Kämpfen im Nahen Osten zu verhindern. Den Anfang machte im April 2014 das Parlament von Bosnien und Herzegowina, das für die *Foreign Fighters* und ihre Anwerber eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren vorsieht. Es folgten im Oktober 2014 die Parlamente von Mazedonien (minimale Freiheitsstrafe von vier bzw. fünf Jahren) und Serbien (Freiheitsstrafe bis zu acht Jahren). Im März 2015 beschlossen die Parlamente des Kosovo und von Montenegro ähnliche Gesetze, wobei der Strafrahmen in Montenegro mit bis zu 10 Jahren Gefängnisstrafe und im Kosovo mit bis zu 15 Jahren Freiheitsentzug festgelegt wurde.⁶³²

Während Montenegro bisher nur mit einzelnen Fällen von *Foreign Fighters* im Nahen Osten konfrontiert ist und nach Medienberichten mehrere Dutzend junge Männer und in kleinerer Zahl junge Frauen aus Mazedonien sowie dem serbischen Teil des Sandžak in den Nahen Osten aufgebrochen sein sollen, besteht vor allem in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo die Besorgnis, dass ihre Rückkehrer ein großes Gefahrenpotenzial darstellen könnten. Mehrere Dutzend Personen wurden in beiden Ländern 2014/15 unter dem Verdacht verhaftet, terroristische Aktivitäten unterstützt oder an

<www.balkaninsight.com/en/article/kosovo-law-to-punish-fighting-in-foreign-conflicts>, abgerufen am 16.07.2015.

⁶³² Vgl. Reuters: Bosnia introduces jail terms to curb recruitment for Syria (29.04.2014). <www.reuters.com/article/2014/04/29/us-syria-crisis-bosnia-idUSBREA3S0PN20140429>, abgerufen am 20.07.2015; US praises Macedonian law to jail militants. In: Balkan Insight, 20.10.2014. <www.balkaninsight.com/en/article/us-praises-macedonian-bill-to-jail-militants>, abgerufen am 20.07.2015; Reuters: Serbia backs jail terms for Serbs fighting in foreign conflicts (10.10.2014). <www.reuters.com/article/2014/10/10/us-serbia-conflicts-idUSKCN0HZ1JB20141010>, abgerufen am 20.07.2015; Montenegro's MPs making fighting abroad a crime. In: Balkan Insight, 19.03.2015. <www.balkaninsight.com/en/article/montenegro-adopts-new-law-sanctioning-foreign-fighters>, abgerufen am 20.07.2015; Kosovo to jail fighters in foreign conflicts. In: Balkan Insight, 13.03.2015. <www.balkaninsight.com/en/article/kosovo-law-to-punish-fighting-in-foreign-conflicts>, abgerufen am 20.07.2015.

ihnen mitgewirkt zu haben, darunter auch sicherlich mehrere Rückkehrer aus den Kriegen im mittleren Osten. Kritiker der staatlichen Ansätze, die sich hauptsächlich auf Festnahmen und Gefängnisstrafen verlassen, bemängeln das Fehlen präventiver Strategien. So könne z. B. ein extremistischer Salafist, der bereit sei, sich für den IS im Syrienkrieg als Selbstmordattentäter „zu opfern“, wahrscheinlich auch durch die Androhung hoher Gefängnisstrafen davon nicht abgehalten werden. So berichtete das bosnisch-herzegowinische Nachrichtenmagazin „Slobodna Bosna“ im August 2014 über den Fall des bosnischen IS-Kämpfers Emrah Fojnica, der Mitglied einer Gruppe von Selbstmordattentätern war, die bei einem Anschlag in der Nähe von Bagdad 24 Menschen mit in den Tod riss. Emrahs Vater im bosnischen Maglaj feierte seinen toten Sohn – laut „Slobodna Bosna“ – als Märtyrer und forderte andere junge Bosnjaken dazu auf, es ihm gleich zu tun.⁶³³

Kursani schlägt in seiner bereits zitierten Studie über den Islamismus im Kosovo mehrere präventive Maßnahmen vor, durch die eine religiöse Radikalisierung von jungen Muslimen verhindert werden soll. Von großer Bedeutung sei – vor dem Hintergrund der bescheidenen schulischen Qualifikationen der meisten kosovarischen IS-Kämpfer – eine Verbesserung des seiner Einschätzung nach schlechten Bildungssystems. Jugendlichen müsste eine Zukunftsperspektive geboten werden. Ausreichende Freizeitangebote würden verhindern, dass wegen der permanenten Langeweile das Interesse an radikalen salafistischen Ideologien erwacht. Kursani sieht des Weiteren vor allem die lokalen Theologen und Geistlichen in der Pflicht, ein Abdriften ihrer Gläubigen in das radikale Milieu zu verhindern. Bei einem Internetuser-Anteil von 76,62%, wie es im Kosovo der Fall ist, sollte dieses Medium nicht den Islamisten zur alleinigen Propaganda überlassen werden. Eine wichtige Bedingung für das Gelingen präventiver Maßnahmen sei die

⁶³³ Vgl. Bosanski Kalifat: Povratak „svetih ratnika“ (Das bosnische Kalifat: Die Rückkehr der „heiligen Krieger“). In: Slobodna Bosna (Onlineausgabe), 22.08.2014. <www.slobodna-bosna.ba/vijest/15916/bosanski_kalifat_povratak_svetih_ratnika.html>, abgerufen am 01.07.2015.

Einführung eines „community financing“ der lokalen Moscheen, um zu verhindern, dass mit finanzieller Unterstützung aus den Golfstaaten auch ihre rigidere Interpretation des Islam übernommen wird. Letztlich wären muslimische Theologen im Kosovo und im gesamten Westbalkan gefordert, im Sinne einer toleranten Islam-Interpretation den muslimischen Gläubigen klare Lehrmeinungen zu präsentieren.⁶³⁴

Conclusio

Als Folge der Kriege der 1990er-Jahre und der komplexen Nachkriegsentwicklung hat am Westbalkan der Faktor Religion im gesellschaftlichen und politischen Kontext allgemein an Bedeutung gewonnen. Dies gilt auch für den Islam jenseits seiner spirituellen Bedeutung für den einzelnen Gläubigen. Wenn sich auch die große Mehrheit der Muslime auf dem Westbalkan weiterhin an der traditionell toleranten und liberalen Form des Balkan-Islam orientiert, ist es dennoch eine Tatsache, dass konservative bis radikal-salafistische Bewegungen vor allem unter jungen Muslimen an Bedeutung gewinnen. Aus der Sicht der komplexen Friedenskonsolidierung vor allem in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo kann eine solche Entwicklung vor dem Hintergrund noch nicht konsolidierter politischer Institutionen, derzeit geringer ökonomischer Perspektiven und teilweise antagonistischer gesellschaftlicher Strukturen mittelfristig ein Risiko darstellen. Eine negative Katalysatorenrolle könnten in diesem Zusammenhang speziell jene vom Westbalkan stammenden *Foreign Fighters* spielen, die an der Seite des terroristischen IS in Syrien und im Irak kämpfen.

Neben den gesetzlichen Maßnahmen gegen das negative Phänomen des gewaltbereiten Salafismus ist es aber auch notwendig, durch eine substanzielle Unterstützung des Staatsbildungsprozesses in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, durch die Verbesserung der ökonomischen Chancen und durch

⁶³⁴ Vgl. Kursani: Report inquiring into the causes and consequences of Kosovo citizens' involvement as foreign fighters in Syria and Iraq, S. 11ff.

maßgeschneiderte Maßnahmen, die auf gefährdete Jugendgruppen zugeschnitten sein sollten, dieser gefährlichen Form des Extremismus proaktiv entgegenzutreten.

III. Wege aus der Radikalität

Erfahrungen mit „Deradikalisierungsprogrammen“ in muslimischen Ländern

Rüdiger Lohlker

In Europa wird – angestoßen durch die Attentate der letzten Jahre und die ansteigende Zahl von Rekrutierungsfällen, die junge EuropäerInnen für dschihadistische⁶³⁵ Organisationen insbesondere im Irak und Syrien (aber auch darüber hinaus) betreffen – intensiv an der Erstellung von „Deradikalisierungsprogrammen“ gearbeitet.⁶³⁶

Systematisch scheint es sinnvoll, zwischen Programmen, die sich an RückkehrerInnen aus den Kampfregionen bzw. bereits überzeugte SympathisantInnen in Europa wenden, und solchen, die in der Perspektive einer Prävention von Radikalisierung in die Gewalt hineinarbeiten, zu unterscheiden. In diesem Beitrag werden auch einige begriffliche Reflexionen beigelegt, die zum Verständnis des Charakters der beschriebenen Programme beitragen können.

Antoine Garapon schreibt treffend in einem Beitrag in *Lettre Internationale* zur aktuellen Diskussion um Dschihadisten und Deradikalisierung am französischen Beispiel:

„Wir haben im Augenblick keine Antwort auf den Terrorismus als die Repression, also alle Dschihadisten in den Gefängniskessel zu tauchen, der in

⁶³⁵ Dschihadismus wird hier als transnationale Subkultur verstanden, die einen gewaltsamen Dschihad als zentrales Identitätsmerkmal aufweist. Siehe dazu Lohlker, Rüdiger: Dschihadismus. Materialien. Wien 2009; Lohlker, Rüdiger: Dschihadismus – eine religiös legitimierte Subkultur der Moderne. In: Religionen unterwegs, 21/2015, S. 4-9 und 16; Lohlker, Rüdiger: Religions, Weapons, and Jihadism. Emblematic Discourses. In: Lohlker, Rüdiger (Hrsg.): Jihadism: Online Discourses and Representations. Göttingen 2012, S. 65-87.

⁶³⁶ Zum Begriff der Radikalisierung und seiner Problematik siehe z. B. Borum, Randy: Radicalization into Violent Extremism. A Review of Social Sciences Theories. In: Journal of Strategic Security, 4/2011, S. 7-36.

den letzten Jahren zur Universität des Dschihad geworden ist. Anstatt ein Ort der Neubestärkung der Macht des Staats zu sein, haben die französischen Gefängnisse die Radikalisierung begünstigt. [...] In der Ära unendlicher Zirkulation übt man Kontrolle nicht mehr durch die Konzentration an einem physischen Ort aus, sondern durch die Nachvollziehbarkeit von Spuren, durch Blockade oder Verbindungsunterbrechung. [...]

Während das Strafrecht sich um die Idee der Gefährlichkeit gestaltet, stellt der Dschihadismus eine Gefahr für den Staat im Reinzustand dar, die hervorgeht aus einem zerstörerischen Willen, (zumeist) unversehrt von jeder Pathologie und unreduzierbar auf das soziale Elend. Wenn es kontraproduktiv ist, einen Dschihadisten einzusperren, so ist es nicht erfolgreicher, ihn zu behandeln. Besser wäre, sich jene Programme anzuschauen, die in einigen Ländern auf den Weg gebracht worden sind und soziales Verständnis, Psychologie und Religion verbinden. Ihr Interesse ist es, das Ziel einer sozialen und politischen Integration zu verfolgen, ausgehend von der Feststellung, dass man gegen die Plage des Dschihadismus keinen Sieg erringen wird, wenn nicht durch eine politische Antwort auf die Fragen, die er stellt. Gegen diese zerstörerischen Glaubensüberzeugungen kämpft man vermittelt einer Reaktivierung unserer politischen Glaubensüberzeugungen, durch eine Aktualisierung unseres demokratischen Pakts und eine Modernisierung der Republik. Dies wäre eine Form, sich den Zentrifugalkräften mittels eines neuen politischen Bandes zu erwehren.⁶³⁷

Dieses doch etwas längere Zitat sei erlaubt, da es Maßstäbe bereitstellt, um existierende Programme einzuschätzen. Auch wenn also repressive Antworten und die Strafverfolgung ihren selbstverständlichen Platz haben, sind sie einzubetten in eine politische Antwort und Programme, die in einem sozialen Verständnis gründen, Psychologie und Religion einbeziehen.

In dieser Hinsicht ist es sinnvoll und lohnend, sich Programme anzuschauen, die in mehrheitlich muslimischen Ländern aufgebaut und praktiziert werden – einschließlich eines Beispiels aus einem Land, das eine muslimische Minderheit hat. Zuvor sind aber einige Begriffe zu klären.

⁶³⁷ Garapon, Antoine: Rächer des Propheten. Die Attentate von Paris, die Raumrevolution und der souveräne Staat. In: Lettre International, 108/2015, S. 21-24, hier S. 24.

Deradikalisierung und Disengagement

Der am häufigsten in diesem Zusammenhang benutzte Begriff dürfte Deradikalisierung sein. Ein anderer Begriff ist aber auch zu bedenken: Disengagement.

John Horgan betont immer wieder, dass Disengagement nicht Deradikalisierung im Sinne einer Änderung der persönlichen (Glaubens-)Überzeugungen bedeuten muss. Er erwähnt, dass aus dem von ihm untersuchten Sample von Personen, die sich vom gewaltsamen Handeln gelöst haben, nicht unbedingt als deradikalisiert betrachtet werden können. Damit plädiert er dafür, beide Begriffe voneinander zu trennen, um pragmatischere Ziele zu erreichen. Darunter dürfte in erster Linie zu verstehen sein, dass Gewalttäter von der Ausübung von Gewalt abgebracht werden sollen.⁶³⁸

Auf eine kritische Stellungnahme sei noch hingewiesen. Andrew Silke hat deutlich dafür plädiert, Deradikalisierungsprogramme gegenüber der Unterstützung von Disengagementprozessen nicht zu sehr zu betonen. Insbesondere betrachtet er Deradikalisierungsprogramme, die allein auf Bewusstseinsänderung zielen, als nicht sinnvoll, wenn sie nicht z. B. mit Anreizen materieller Art verbunden würden. Er verweist darauf, dass psychologische Analysen von Radikalisierungsprozessen gezeigt haben, dass Ideologie in diesen Prozessen eher sekundär ist. So sei auch niemand auf die Idee gekommen, „moderate“ IRA-Mitglieder in die Gefängnisse zu schicken, um die Gefangenen im Dialog zu überzeugen, dass ihre Version des irischen Republikanismus zu extrem sei.⁶³⁹ Positiv gewendet, ist seine Kritik ein

⁶³⁸ Horgan, John: Deradicalization or Disengagement? A Process in Need of Clarity and a Counterterrorism Initiative in Need of Evaluation. In: Perspectives on Terrorism, 2/2008. <www.terrorismanalysts.com/pt/index.php/pot/article/view/32/html>, abgerufen am 22.01.2016; Horgan, John/Braddock, Kurt: Rehabilitating the Terrorists? Challenges in Assessing the Effectiveness of De-radicalization Programs. In: Terrorism and Political Violence, 22/2010, S. 267-291 (dort auch der Verweis auf *risk reduction* als Behelfsbegriff).

⁶³⁹ Silke, Andrew: Disengagement or Deradicalization: A Look at Prison Programs for Jailed Terrorists. In: CTC Sentinel, Vol. 4, 1/2011. <www.ctc.usma.edu/posts/dis>

Hinweis darauf, dass Rehabilitierungsprozesse von Terroristen nicht allein auf ideologischer Ebene stattfinden können. Diese Überlegungen eher allgemeiner Art sind nun anhand von Programmen für dschihadistische Terroristen zu reflektieren.⁶⁴⁰

Eines der ersten Programme, das insbesondere auf religiöse Deradikalisierung zielte, war das „Dialogkomitee“ im Jemen. Dieses ging davon aus, dass die Gründe für Terrorismus im jemenitischen Fall vor allem in religiösen (und auch nationalistischen) Überzeugungen bestehen. Über solche Überzeugungen könnte man konsequenterweise auch debattieren.

Zu diesem Zwecke begaben sich religiöse Gelehrte in die Gefängnisse, um mit den gefangenen Terroristen zu debattieren und zu beurteilen, ob sich die religiösen Auffassungen der Gefangenen geändert hatten oder nicht. Dies war nur bei einem Teil der Gefangenen der Fall. Obwohl das Programm immer wieder kritisiert wurde, hat es doch wichtige Impulse für andere Programme mit dem Schwerpunkt religiöse Deradikalisierung gegeben.

Einige solcher Programme oder Versuche können hier nicht weiter betrachtet werden. In Algerien gab es Versuche einer nationalen Aussöhnung nach dem Bürgerkrieg; in Ägypten kam es zu einem kollektiven Disengagement seitens dschihadistischer Gefangener; in Bangladesch gab es ebenfalls ein Disengagementprogramm; in Tadschikistan kann der tadschikische säkular-islamische Dialog⁶⁴¹ ebenfalls in diesen Rahmen gestellt werden. Auch in

engagement-or-deradicalization-a-look-at-prison-programs-for-jailed-terrorists>, abgerufen am 22.01.2016, S. 18-21.

⁶⁴⁰ Eine Untersuchung zu Deradikalisierungsprozessen in älteren politisch-islamischen bzw. nationalen dschihadistischen Organisationen hat Omar Ashour vorgelegt: Ashour, Omar: *The De-Radicalization of Jihadists: Transforming Armed Islamist Movements*. London/New York 2009.

⁶⁴¹ Barrett, Richard/Bokhari, Laila: *Deradicalization and Rehabilitation Programmes targeting Religious Terrorists and Extremists in the Muslim World*. In: Bjørge, Tore/Horgan, John (Hrsg.): *Leaving Terrorism Behind: Individual and Collective Disengagement*. Abingdon/New York 2009, S. 170-180, hier S. 178.

Libyen⁶⁴², Irak⁶⁴³, Pakistan⁶⁴⁴ und den Philippinen gab es diesbezügliche Programme.

Saudi-Arabien

Eines der meist diskutierten Programme ist in Saudi-Arabien nach der Terrorkampagne des Jahres 2003⁶⁴⁵ ins Leben gerufen worden.⁶⁴⁶

Das saudische Programm ist im Rahmen einer bereits bestehenden Kultur der Reintegration Gefangener zu sehen, dessen jüngste Ausformung es darstellt. Es wird verstanden als das Gewähren einer „zweiten Chance“, eine Korrektur des Weges irregeleiteter Personen. Religiöse Gelehrte und auch ehemalige Militante sind Teil des Stabes des Programms, um ihm weitere Legitimität zu verleihen. Zentral für das Programm ist die Berücksichtigung der Familie und insbesondere auch des weiteren Familiennetzwerkes – in Übersetzung mit den Grundstrukturen der saudi-arabischen Gesellschaft. Dies bedeutet u. a. materielle Unterstützung in vielfacher Hinsicht, die auch nach der Entlassung fortgesetzt wird (s. u.). Als wichtig angesehen wird, dass entlassene Gefangene Stellen im Regierungsdienst annehmen, da sie es früher abgelehnt hätten, dies zu tun, da sie die Regierung als illegitim ansahen.

⁶⁴² Rabasa, Angel (et al.): *Deradicalizing Islamist Extremists*. Santa Monica, CA 2010. <www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2010/RAND_MG1053.pdf>, abgerufen am 22.01.2016, S. 84ff.

⁶⁴³ Rabasa: *Deradicalizing Islamist Extremists*, hier S. 77ff.

⁶⁴⁴ Beg, Shazadi/Bokhari, Laila: *Pakistan: In Search of a Disengagement Strategy*. In: Bjørgero, Tore/Horgan, John (Hrsg.): *Leaving Terrorism Behind: Individual and Collective Disengagement*. Abingdon/New York 2009, S. 224-242.

⁶⁴⁵ Siehe dazu Hegghammer, Thomas: *Jihad in Saudi Arabia: Violence and Pan-Islamism since 1979*. Cambridge u. a. 2010.

⁶⁴⁶ Ich folge hier Rabasa: *Deradicalizing Islamist Extremists*, hier S. 56ff. Vgl. ebenso: Boucek, Christopher: *Extremist Re-Education and Rehabilitation in Saudi-Arabia*. In: Bjørgero, Tore/Horgan, John (Hrsg.): *Leaving Terrorism Behind: Individual and Collective Disengagement*. Abingdon/New York 2009, S. 212-223.

Das Beratungsprogramm ist beim Innenministerium angesiedelt und wird von einem Komitee umgesetzt, das sich aus vier Unterkomitees zusammensetzt:

1. dem religiösen, aus 160 Gelehrten und Universitätsprofessoren bestehend,
2. dem psychologischen und sozialen, aus 60 Psychologen, Psychiatern und Sozialwissenschaftlern bestehend,
3. dem Sicherheitssubkomitee und
4. dem Mediensubkomitee.

Das religiöse Komitee leistet die eigentliche Beratungstätigkeit. Die Gespräche finden zwischen einem Gelehrten und einem Gefangenen statt. Dabei wird Wert daraufgelegt, dass es nicht die Form einer Belehrung annimmt, vielmehr eher die eines gleichberechtigten Dialoges. Entsprechend werden Gelehrte auch ausgewechselt, wenn sie keine adäquate Gesprächsbasis legen können.

Das psychologische und soziale Komitee widmet sich der individuellen Beurteilung der Gefangenen und den Bedürfnissen nach der Entlassung (unter Einschluss der Familie).

Über das Sicherheitskomitee sind nicht alle Einzelheiten bekannt. Es beurteilt die Sicherheitsrisiken aufbauend auf den Empfehlungen der schon genannten Subkomitees und gibt Empfehlungen für eine eventuelle Entlassung. Es berät auch die Gefangenen über ihr Verhalten nach der Entlassung.

Das Mediensubkomitee produziert Materialien, die in Schulen und Moscheen benutzt werden können. Eine besondere Zielgruppe sind junge saudi-arabische Männer.

Eine Entlassung kann erfolgen, wenn der Gefangene Gewalt ablehnt und nicht mehr dschihadistische Auffassungen vertritt. Die Vertreter des Programms müssen davon überzeugt sein, dass der Gefangene dies tatsächlich will. Nach der Entlassung wird dem ehemaligen Gefangenen empfohlen, die Gespräche mit den Gelehrten, mit denen er bereits in Haft Kontakt hatte,

fortzusetzen. Er muss sich bei den Behörden melden und wird verdeckt und offen überwacht. Er wird ermutigt, sich niederzulassen, zu heiraten und eine Familie zu gründen, da Familienpflichten als wichtiges Hindernis für eine weitere Involvierung in terroristische Aktivitäten gesehen werden. Dies wird von der Regierung auch finanziell unterstützt. Diese Vorgehensweise kann als Knüpfung neuer sozialer Netzwerke und Ablösung alter verstanden werden.

Kritische Anmerkungen⁶⁴⁷ zum saudischen Programm werden in dreierlei Hinsicht gemacht:

1. Die seitens der saudischen Regierung angegebene Erfolgsrate von 80% wird bezweifelt. Insbesondere seien keine Rückfallzahlen bekannt. Auch seien im wesentlichen Unterstützer freigelassen worden, nicht Gewalttäter im eigentlichen Sinne.
2. Eine Deradikalisierung im eigentlichen Sinne wird bezweifelt, da der religiöse Dialog von Personen geführt wird, die selber nicht grundsätzlich Gewalt ablehnen, sondern den Gewaltgebrauch lediglich an bestimmte Bedingungen knüpfen, z. B. an die Besetzung muslimischen Landes.
3. Es wird bezweifelt, dass der Prozess rechtsstaatlichen Anforderungen genügt.

Insbesondere die Rolle der sogenannten „moderaten Gelehrten“ wird kritisch gesehen und ihre Erfolgsaussichten insbesondere bei ideologisch gefestigten Gefangenen bezweifelt. Da hier ein wichtiger Punkt angesprochen ist, sei dies im Zitat wiedergegeben:

„However, as mentioned, the Saudi initiative’s premise that participants can be persuaded by moderate Imams assumes that participants will accept the frame that a moderate interpretation of the Qur’an is correct. If they disagree with that interpretation, participants’ framing of themselves as followers of correct Islamic doctrine is not threatened by the doctrine espoused by moderate Imams. To the contrary, frame alignment theory predicts that under

⁶⁴⁷Ich folge Rabasa: Deradicalizing Islamist Extremists, hier S. 75ff.

such circumstances, participants – in an attempt to affirm their personal frames as followers of ‘correct’ Islamic doctrine – would reject the doctrine of moderate Imams. Therefore, this tenet of the Saudi initiative is weak insofar as the outcome seems as likely to harden participants’ terrorist frames as to soften them. Although some scholars believe that prison Imams are essential ingredients to deradicalization [...] prison Imams are not panaceas for terrorism risk reduction [...]. If prison Imams are to be successful in contributing to participants’ rehabilitation, frame alignment theory suggests that it is critical that participants perceive them as accurate framers of the Qur’ān. Therefore, anything that can be done to fortify the perception of moderate Imams as objective, accurate framers of the Qur’ān will likely increase their chances of succeeding in contributing to participants’ rehabilitation.⁶⁴⁸

Die Perzeption religiöser Personen im Rehabilitationsprozess Gefangener ist also von eminenter Bedeutung. Um deren Legitimität zu stützen, ist die Etablierung einer alternativen Hegemonie eines nicht extremistischen Islams von großer Bedeutung (s. u.).

Singapur

Singapur ist ein besonderer Fall, da es in diesem Stadtstaat lediglich eine muslimische Minderheit gibt. Da aber die Nachbarstaaten Malaysia und Indonesien muslimische Mehrheiten haben und die Verbindung auch auf individueller Ebene in den dschihadistischen Subkulturen stark gewesen ist, erscheint es gerechtfertigt, dieses Fallbeispiel einzubeziehen.

Seit Dezember 2001 sind in Singapur zahlreiche Personen unter dem Vorwurf dschihadistischer Aktivitäten festgenommen bzw. in anderer Weise staatlicher Kontrolle unterworfen worden. 2003 wurde dann nach einer Reihe von Verhaftungen die Religious Rehabilitation Group (RRG) ins Leben gerufen. Die RRG besteht aus einer großen Zahl von Freiwilligen, islamischen Gelehrten und ReligionslehrerInnen, die eine mehrmonatige

⁶⁴⁸ Williams, Michael J./Lindsay, Samuel C.: A Social Psychological Critique of the Saudi Terrorism Risk Reduction Initiative. In: Psychology, Crime & Law, Vol. 20, 2/2014, S. 135-151, hier S. 145.

Ausbildung für die Beratungstätigkeit erhalten haben. Die RRG gibt an, seit 2003 über 1500 Beratungssitzungen mit dschihadistischen Gefangenen und deren Familien durchgeführt zu haben.⁶⁴⁹ Neben Gefangenen und Familienmitgliedern sieht die RRG auch junge Singapurere Muslime als Zielgruppe an, die gegen dschihadistische Vorstellungen immunisiert werden sollen.⁶⁵⁰

Neben der Beratungstätigkeit wurden den Gefangenen und ihren Familienmitgliedern auch Hilfen in den Bereichen Bildung, Finanzen und Berufsausbildung zur Verfügung gestellt. Auch eine psychologische Beurteilung war Teil des Rehabilitationsprozesses. Nach der Entlassung wurde ebenfalls Hilfe angeboten. Die Familienunterstützung kann langjährig sein. Es wird so von einem Fall berichtet, in dem die Betreuung sieben Jahre dauerte.⁶⁵¹

„The government has also used religious authorities to reach out to the community through publications that articulate accepted Islamic beliefs, national dialogue conventions at schools, workplaces and mosques, and the creation of a variety of Web sites and blogs to counter the spread of radical ideology online.“⁶⁵²

Dem Programm wird seitens der Regierung Singapurs ein großer Erfolg bescheinigt. Dass es seit langer Zeit keine Anschläge in Singapur gegeben hat, mag dies bestätigen. Allerdings scheint eine ganze Anzahl Gefangener beratungsresistent zu sein.⁶⁵³

⁶⁴⁹ <<http://rrg.sg/about-us>>, abgerufen am 22.01.2016.

⁶⁵⁰ <<http://rrg.sg/messages>>, abgerufen am 22.01.2016.

⁶⁵¹ Rabasa: Deradicalizing Islamist Extremists, hier S. 102.

⁶⁵² Kronfeld, Melissa Jane: Killing them with Kindness: A Softer Approach to Preventing Violent Extremism and Countering Radicalization in the War on Terrorism. Newark 2012. <bit.ly/1Mm2z5A>, abgerufen am 22.01.2016, S. 13.

⁶⁵³ Abuza, Zachary: The Rehabilitation of Jemaah Islamiyah Detainees in South East Asia: A Preliminary Assessment. In: Bjørgo, Tore/Horgan, John (Hrsg.): Leaving Terrorism Behind: Individual and Collective Disengagement. Abingdon/New York 2009, S. 193-223, hier S. 204.

Die RRG hat eine Vielzahl von Materialien in englischer und malayischer Sprache entwickelt, die sich mit zentralen Ideen der dschihadistischen Subkulturen kritisch auseinandersetzen. Dies geschieht in kurzer und knapper Weise, so dass ein Publikum erreicht werden kann, das längere Texte nicht rezipieren würde. In jüngerer Zeit ist dies z. B. ein Flyer zu Syrien.⁶⁵⁴

Indonesien

Die indonesischen Programme zur Rehabilitation dschihadistischer Gefangener beginnen 2003 mit Nasir ibn Abas, einem früheren führenden Mitglied des militärischen Arms der *Jemaah Islamiyah* (JI), der die Seite wechselte. Er verfasste ein Buch, in dem er die Ideen der JI kritisierte. Auch besuchte er Gefangene, um sie davon zu überzeugen, dass ihre Ideen falsch waren. Dies wird als erfolgreich eingeschätzt, da diese Überzeugungsarbeit vor den polizeilichen Befragungen stattfand, so dass islamische Argumente bereits widerlegt oder erschüttert waren, wenn die Verhöre begannen.⁶⁵⁵

Eine jüngere empirische Studie zu Rehabilitations-, Disengagement- oder Deradikalisierungsmaßnahmen in indonesischen Gefängnissen weist auf folgende Elemente einer erfolgreichen Rehabilitierung hin:

„The study reveals key elements, which were explained by former terror activists, as contributors to rehabilitation. The key elements include humanism, positive intention (transparency), sustainable long-term technique, cultural approach, collaborative work, empathy, intensive handling, sincerity,

⁶⁵⁴ <<http://rrg.sg/images/pdf/home/rrg-syrian-conflict-final.pdf>>, abgerufen am 22.01.2016.

⁶⁵⁵ Abuza, Zachary: The Rehabilitation of Jemaah Islamiyah Detainees, hier S. 199. Mit einer kritischen Einschätzung des Erfolges des Programmes siehe auch: International Crisis Group: „Deradicalisation“ and Indonesian Prisons. In: Asia Report, 142/2007. <www.crisisgroup.org/-/media/Files/asia/south-east-asia/indonesia/142_deradicalisation_and_indonesian_prisons.pdf>, abgerufen am 22.01.2016.

sharpness (intelligence), patience, commitment, realism, consistency, respect, phases (structured), and integrity.⁶⁵⁶

Aus den Befragungen ergeben sich für den Rehabilitationsprozess folgende Stufen, wobei die letzten als am schwierigsten zu erreichende, aber von den Befragten als möglich eingeschätzt werden:

„(1) openness; (2) critical thinking; (3) a sense of contexts of *daar al harb* (state of war) and *daar as salam* (state of peace); (4) empathy to terrorism victims; (5) disengagement from violence; (6) self-empowerment; (7) continuous learning; (8) adjustment to broader society; (9) social re-integration; (10) mental independence (e.g. avoiding blunt obedience); (11) tolerance to outgroup; (12) good relationship with heterogeneous members of society; (13) understanding local wisdom; (14) citizenship; (15) bravery against group pressure; (16) promoting anti-violence messages publicly; (17) endurance in promoting anti-violence messages to society; and (18) inspiring youth to become change agents in promoting anti-violence messages in the country.“

Es zeigt sich also ein Spektrum an Elementen, die für den Rehabilitierungsprozess wichtig sein können. Neben der Änderung individueller Einstellungen psychischer Art spielt auch Religion eine Rolle, wobei der genannte Punkt 3 als guter Einstiegspunkt genannt wird, um weitere religiöse Diskussionen zu beginnen. Dazu kommen Ausbildungs- und Integrationsmaßnahmen, die eine Herauslösung aus alten sozialen Zusammenhängen und eine Einbettung in neue bedeuten. Auf den letzten Stufen erscheint dann auch eine öffentliche Wirksamkeit denkbar. Die Autorin plädiert damit eindeutig für einen *soft approach* in diesem Bereich, der Rehabilitierungs- und Deradikalisierungsmaßnahmen verbindet, ohne die Notwendigkeit repressiver Maßnahmen zu bestreiten.

⁶⁵⁶ Sukabdi, Zora A.: Terrorism in Indonesia: A Review on Rehabilitation and Deradicalization. In: Journal of Terrorism Research, Vol. 6, 2/2015. <<http://ojs.st-andrews.ac.uk/index.php/jtr/article/view/1154/898>>, abgerufen am 22.01.2016.

“I have changed his passion for using AK-47s to fried duck.”

Eines der vielleicht verblüffendsten Beispiele ist das von Noor Huda Ismail, ein früherer Journalist und sozialer Entrepreneur, der neben anderen Aktivitäten auch insgesamt drei Restaurants eröffnete, in dem frühere dschihadistische Aktivisten arbeiten.⁶⁵⁷ Sein Ausgangspunkt war, dass er dieselbe religiöse Ausbildung wie spätere Terroristen durchlaufen hat, aber eben nicht diesen Weg eingeschlagen hat. Durch die Ausbildung hatte er aber ein Fundament, auf dem er Vertrauen aufbauen konnte. Dieses Projekt wird zwar als fragil beschrieben, aber auch als ein Versuch, die früheren Terroristen aus ihren früheren sozialen und familiären⁶⁵⁸ Netzwerken herauszulösen und in neue Netzwerke einzubinden, um den Verlust alter sozialer Bindungen aufzufangen.⁶⁵⁹ Noor Huda Ismail wird so zitiert:

„Here, in the restaurant business, you cannot choose your customer. The restaurant allows recruits to have an intense interaction with a number of different types of people, from Christians who come here for breakfast to girls without veils.”⁶⁶⁰

An anderer Stelle wird er so zitiert:

„It helps to show them that all people are equal. It gives them what I call a cognitive opening, which provides them different perspectives on things. These interactions allow them to establish a level of trust.”⁶⁶¹

⁶⁵⁷ An Indonesian Extremist Trades Rifle For Spatula. In: National Public Radio News, 21.02.2013. <www.npr.org/2013/02/21/172520283/an-indonesian-extremist-trades-rifle-for-spatula>, abgerufen am 22.01.2016.

⁶⁵⁸ Zur Bedeutung dieser familiären Netzwerke siehe für Indonesien z. B.: Ismail, Noor Huda: Familial Kinship Among Islamists (29.11.2005). <<http://noorhudaismail.blogspot.co.at/2005/11/familial-kinship-among-islamists.html>>, abgerufen am 22.01.2016.

⁶⁵⁹ Siehe die Beschreibung dschihadistischer Gruppierungen als in erster Linie soziale Netzwerke in: Atran, Scott: Talking to the Enemy: Faith, Brotherhood, and the (Un)Making of Terrorists. New York 2010.

⁶⁶⁰ In Indonesia, former terrorists swap firearms for fried duck. In: Global Post, 28.06.2011. <bit.ly/1nNzLMN>, abgerufen am 22.01.2016.

⁶⁶¹ Interview mit Noor Huda Ismail. In: The Jakarta Globe, 31.03.2012. <bit.ly/1M6XQd2>, abgerufen am 22.01.2016.

Wir können sagen, dass in diesem Projekt tatsächlich soziales Verständnis, Psychologie und Religion verbunden werden. Dies wird in einer gelebten Form eines Miteinanders, der Grundlage eines jeglichen demokratischen Paktes, möglich. Diese Erfahrung deutet zudem auf die Notwendigkeit, neben staatlichen Initiativen auch solchen zivilgesellschaftlicher Art Raum zu geben, da letztlich allen staatlichen Aktivitäten – die aber notwendig sind, um die Prozesse der kognitiven Öffnung zu initiieren (und das kann z. B. durch eine effektive Strafverfolgung geschehen) – Grenzen gesetzt sind.

Eine terminologische Schlussbemerkung: Angesichts der Problematik des Begriffes „Deradikalisierung“ scheint es sinnvoll, die verschiedenen Ebenen der hier beschriebenen und sonst mit diesem Begriff bezeichneten Prozesse zu trennen. Die Phase vor der Radikalisierung – in die Gewalt hinein – ist einerseits taktisch mit Präventionsmaßnahmen zu bearbeiten, die auf soziale und individuelle Krisen eingehen, alte, eine solche Radikalisierung fördernde, soziale Netzwerke auflösen, um neue entstehen zu lassen. Andererseits sind strategisch als Präventionsmaßnahme die Rechtfertigungen solcher Radikalisierung zu delegitimieren, im Falle des Dschihadismus durch die Entwicklung einer alternativen Hegemonie eines demokratischen, pluralistischen und toleranten Islams. Angesichts der besonderen Bedeutung von Onlineaktivitäten⁶⁶² muss ein Hauptaugenmerk auf Internetkampagnen liegen, die eine hohe islamische Legitimität besitzen müssen.⁶⁶³

Für Gefangene aus den dschihadistischen Subkulturen ist eine Rehabilitation und Reintegration anzustreben, die ebenfalls auf einer Kombination individueller und sozialer Maßnahmen beruht. Wie einige der obigen Beispiele zeigen, spielen dabei auch religiöse Faktoren eine Rolle. Letztlich zielen alle diese Maßnahmen auf eine Risikoreduzierung.

⁶⁶² Siehe zu diesem Aspekt z. B.: Atwan, Abdel Bari: Islamic State: The Digital Caliphate. London 2015.

⁶⁶³ Eines der wenigen Projekte mit einer solchen Ausrichtung ist das „Vienna Observatory of Applied Research on Terrorism and Extremism“ (VORTEX) an der Universität Wien in Kooperation mit der LibForAll-Foundation und der Nahdlatul ‘Ulama in Indonesien.

Bekämpfung von dschihadistischem Terrorismus und Radikalisierung auf EU-Ebene

Barbara EA Korte

„Ihr werdet in Rom einmarschieren und Allāh wird euch ermöglichen dies zu erobern“, proklamiert der Islamische Staat (IS) in einer Ausgabe seines Hochglanzmagazins Dabiq.⁶⁶⁴ Nach den Terroranschlägen von Madrid 2004, London 2005, Kopenhagen und Paris 2015 machen Dschihadisten keinen Hehl daraus, dass die abendländischen Bastionen allesamt potenzielle Kriegsschauplätze sind. Der dschihadistische Terrorismus stellt eine facettenreiche Bedrohung für Europa dar, aber wie begegnet die Europäische Union (EU) der Bedrohung? Um diese Frage zu beantworten, wird dieses Kapitel zunächst zentrale Begriffe, dann die Bedrohungssituation definieren, der sich die EU ausgesetzt sieht. Im zweiten Teil wird anhand von Auslösern, Politikgehalten und Implementationsmustern der europäischen Anti-Terror-Strategie gezeigt, dass diese dem Dschihadismus nicht spezifisch genug begegnet und zudem unter dem Mangel einer gemeinsamen Bedrohungswahrnehmung durch die Mitgliedstaaten und deren Priorisierung von Souveränität über Supranationalität in der inneren Sicherheit leidet. Der letzte Teil wird diese Schwächen analysieren und strukturell erklären. Insgesamt stellt sich heraus, dass die EU mangels sowohl umfassenden Mandates als auch Willens der Mitgliedstaaten zur Souveränitätsabgabe nach wie vor keine supranationale Handlungseinheit gegen den Terrorismus bildet, sondern eher einem intergouvernementalen Forum gleicht.

Begriffsabgrenzungen

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist Terrorismus eine Form politischer Gewalt, die – kalkuliert, demonstrativ und direkt angewendet – absichtlich

⁶⁶⁴ Allāhs Gesandter Sagt. In: Dabiq, 2/2015, S. 44.

Angst in der Bevölkerung erzeugt. Sie kennt weder rechtliche noch moralische Grenzen und wendet sich hauptsächlich gegen Zivilisten, um propagandistische und psychologische Effekte zu erzielen. Terrorismus tritt in einem breiten geografischen, politischen und sozioökonomischen Spektrum auf und ist motiviert von ebenso diversen politischen, religiösen und kulturellen Beweggründen.⁶⁶⁵ Terrorismus bezeichnet also keinen Inhalt, sondern eine Methode.

„Dschihadismus“ ist ein Sammelbegriff für verschiedene militante sunnitische Ideologien und Bewegungen, die „im Namen Allahs“ für die Verteidigung muslimischer Länder, die Errichtung islamischer Emirate oder die Wiedereinführung des Kalifats kämpfen.⁶⁶⁶ Demzufolge bezeichnet der dschihadistische Terrorismus eine Methode, die von Dschihadisten zum Erreichen dieses Ziels eingesetzt wird.

Die europäische Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus

Die Bedeutung Europas für den dschihadistischen Terrorismus

Weder Dschihadismus noch Terrorismus sind neue Phänomene in Europa. In den 1970er-Jahren waren Spanien, Irland und Deutschland Ziel nationalistischer, separatistischer und linker Terroranschläge, im Zuge derer sich 1975 die TREVI-Gruppe („Terrorisme, Radicalisme et Violence International“) als loser Kooperationsrahmen auf Ministerialebene bildete.⁶⁶⁷ Als erster europäischer Staat wurde Frankreich zwischen 1994 Opfer dschihadistischer Terroranschläge durch die *Groupe Islamique Armé* (GIA), die

⁶⁶⁵ Krumwiede, Heinrich-W.: Ursachen des Terrorismus. In: Waldmann, Peter (Hrsg.): Determinanten des Terrorismus. Weilerswist 2005, S. 29–84, hier S. 70.

⁶⁶⁶ Brachman, Jarret. Global Jihadism: Theory and Practice. Political Violence. London 2009; Wiktorowicz, Quintan: A Genealogy of Radical Islam. In: Studies in Conflict & Terrorism, 2/2005, S. 75–97. (Teil 1 dieses Sammelbands erläutert ausführlich Inhalt und Ziele dschihadistischer Ideologien.)

⁶⁶⁷ de la Calle, Luis/Sánchez-Cuenca, Ignacio. The Quantity and Quality of Terrorism: The DTV Dataset. In: Journal of Peace Research, 1/2011, S. 49–58, hier S. 52.

während des algerischen Bürgerkriegs von Algerien aus ein weltweites Kalifat errichten wollte.⁶⁶⁸ Ansonsten blieb die EU – bis zu den Anschlägen auf die USA am 11. September 2001 – von den Aufrufen *al-Qaidas* zum globalen Dschihad relativ unberührt.

Nach dem US-amerikanischen Einmarsch in Afghanistan und den Irak fielen 2003/04 zwei Entwicklungen zusammen. Erstens unterzog sich *al-Qaida* nach dem Verlust von Führungspersonen und Refugium in Afghanistan einer strategischen und strukturellen Transformation, nach der sich die Organisation als dezentrales Netzwerk dreier konzentrischer Kreise zeigt: Der Mutterorganisation *al-Qaida* als moralischem und ideologischem Kern; den regionalen Ablegern im Irak, auf der arabischen Halbinsel und in den Maghrebstaaten; und im dritten Kreis in geheimen und weltweit lokal tätigen Zellen.⁶⁶⁹ Zweitens trug die europäische Beteiligung an den Interventionen in Afghanistan und dem Irak maßgeblich zur Überwindung der Identitätskrise innerhalb des dschihadistischen Milieus in Europa und zu einer ideologischen Homogenisierung in Richtung „globaler Dschihad“ bei.⁶⁷⁰ Dessen Ziel ist die Errichtung eines „panislamischen Kalifat[s] auf

⁶⁶⁸ Shapiro, Jeremy/Suzan, Bénédicte: The French Experience of Counter-Terrorism. In: *Survival*, 1/2003, S. 67–98, hier S. 79f. und 86–87.

⁶⁶⁹ Der strategische Kopf hinter dieser Transformation war Musab al-Suri. Die regionalen Ableger sind der aus „Al-Qaida im Irak“ (AQI) hervorgegangene Islamische Staat (IS), „Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“ (AQAP) und „Al-Qaida im Islamischen Maghreb“ (AQIM). Für eine ausführliche Diskussion siehe Wichmann, Peter: Die Transformation der Al-Qaida zu einer globalen Bewegung und die strategische Bedeutung ihrer drei konzentrischen Kreise. In: Jäger, Thomas (Hrsg.): *Die Welt nach 9/11: Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft*. Wiesbaden 2011, S. 130–51, hier S. 139.

⁶⁷⁰ Nesser, Petter: Ideologies of Jihad in Europe. In: *Terrorism and Political Violence*, 2/2011, S. 173–200, hier S. 174.

Nesser, Petter: Jihadism in Western Europe After the Invasion of Iraq: Tracing Motivational Influences from the Iraq War on Jihadist Terrorism in Western Europe. In: *Studies in Conflict & Terrorism*, 4/2006, S. 323–42. Nesser weist nach, dass das Ziel der Attentate in Madrid am 11. März 2004 die Bestrafung der spanischen Regierung für die Entsendung von Truppen in den Irak war. Auch für die Ermordung Theo van Goghs am 2. November 2004 in Amsterdam spielte der Bezug zu den Kriegen in Afghanistan und Irak neben nationalen politischen Entwicklungen in Holland eine entscheidende Rolle.

Grundlage der *Scharia* und unter Einschluss der heiligen Stätten des Islam“. ⁶⁷¹ Die Anschläge am 11. März 2004 in Madrid und am 7. Juli 2005 in London tragen als erste in Europa die Insignien *al-Qaidas*: simultane Attentate mit dem Ziel, möglichst viele Zivilisten zu treffen. Damit markieren sie den Bedeutungswandel Europas von einer „Arena des globalen Dschihad“, in der verschiedene Netzwerke mit Verbindung zu *al-Qaida* arbeiteten und Massenanschläge gegen Interessen und Bürger der USA, Israels und Frankreichs planten, zu einem „Ziel des globalen Dschihad“. ⁶⁷²

Das Gros der dschihadistischen Attentate in Europa wird von kleinen, operativ autonomen Zellen mit ideologischen Verbindungen zu *al-Qaida* und seit 2008 vermehrt deren regionalen Ablegern im Jemen, Irak, Somalia und wieder Algerien geplant. ⁶⁷³ Daneben stehen Gruppen mit dezidiert europäischer Zielsetzung wie die niederländische „Hofstad-Gruppe“ oder „Sharia4Belgium“, die in der Öffentlichkeit aktiv für die Einführung der *Scharia* in Europa werben.

Zusätzlich entwickelt sich das Phänomen der „ausländischen Kämpfer“ mit dem Andauern des syrischen Bürgerkriegs und dem Vormarsch des IS in der Levante für die EU zum Problem. ⁶⁷⁴ Ausländische Kämpfer (*Foreign Fighters*) sind Zivilisten, die als Ausländer freiwillig und unbezahlt in Kon-

⁶⁷¹ Schwarz, Christoph: Die Mobilisierungsstrategie Al-Qaidas vor und nach 9/11. In: Jäger, Thomas (Hrsg.): Die Welt nach 9/11: Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft. Wiesbaden 2011, S. 111–29, hier S. 112.

⁶⁷² Nesser, Petter: Chronology of Jihadism in Western Europe 1994–2007: Planned, Prepared, and Executed Terrorist Attacks. In: Studies in Conflict & Terrorism, 10/2008, S. 924–46, hier S. 925.

⁶⁷³ Nesser, Petter: Toward an Increasingly Heterogeneous Threat: A Chronology of Jihadist Terrorism in Europe 2008–2013. In: Studies in Conflict & Terrorism, 5/2014, S. 440–456, hier S. 450.

⁶⁷⁴ Rat der Europäischen Union: Vorgehen gegen ausländische Kämpfer und Reaktion auf die jüngsten Terroranschläge in Europa (April 2015). <www.consilium.europa.eu/de/policies/fight-against-terrorism/foreign-fighters/>, abgerufen am 30.06.2015.

fliktzonen einreisen, um sich dort aktiv an den Kampfhandlungen zu beteiligen.⁶⁷⁵ Das Europäische Parlament geht davon aus, dass 2015 rund 5.000⁶⁷⁶ europäische Staatsbürger nach Syrien und in den Irak ausreisten, um dort am Dschihad teilzunehmen, und befürchtet, dass diese nach ihrer Heimkehr andere radikalisieren und in transnationale dschihadistische Netzwerke einbinden, Ressourcen mobilisieren oder selbst Anschläge planen werden.⁶⁷⁷ Hegghammer (2013) zeigt, dass zwar nur einer von neun Heimkehrern terroristisch aktiv wird, dessen Aktivitäten jedoch im Vergleich zu Attentaten ohne Heimkehrerbeteiligung doppelt so tödlich sind.⁶⁷⁸ Andere Heimkehrer sind völlig desillusioniert, teils medizinisch behandlungsbedürftig, und viele werden bereits bei der Einreise von Sicherheitsbehörden aufgefangen.⁶⁷⁹ Auch wenn das von den Rückkehrern ausgehende Terrorrisiko deutlich geringer ausfällt als befürchtet, sieht der EU-

⁶⁷⁵ Hegghammer, Thomas: The Rise of Muslim Foreign Fighters: Islam and the Globalization of Jihad. In: *International Security*, 3/2010, S. 53–94, hier S. 57ff. entwickelt eine konkrete Definition für dschihadistische Foreign Fighters. Für eine breitere Diskussion und alternative Definitionen siehe Malet, David: *Foreign Fighters: Transnational Identity in Civil Conflicts*. Oxford 2013.

⁶⁷⁶ Foreign fighters in Iraq and Syria doubled in 2015 (08.12.2015). <www.politico.eu/article/foreign-fighters-in-iraq-and-syria-doubled-last-year-jihad-islamic-state-france-germany/>, abgerufen am 30.03.2016.

⁶⁷⁷ Bakowski, Piotr/Puccio, Laura: Briefing: 'Foreign Fighters', Member States' Responses and EU Action in an International Context (Februar 2015). <www.europarl.europa.eu/EPRS/EPRS-Briefing-548980-Foreign-fighters-FINAL.pdf>, abgerufen am 01.05.2015, S. 2.

Zum Vergleich: Neumann, Peter R.: Foreign Fighter Total in Syria/Iraq Now Exceeds 20,000; Surpasses Afghanistan Conflict in the 1980s (26.01.2015). <bit.ly/1JPbSsG>, abgerufen am 01.05.2015.

⁶⁷⁸ Hegghammer, Thomas: Should I Stay or Should I Go? Explaining Variation in Western Jihadists' Choice between Domestic and Foreign Fighting. In: *American Political Science Review*, 1/2013, S. 1-15.

⁶⁷⁹ Viele kehren auch gar nicht heim, da sie im Kampf fallen oder andernorts weiterkämpfen. Byman, Daniel/Shapiro, Jeremy: Be Afraid. Be A Little Afraid: The Threat of Terrorism from Western Foreign Fighters in Syria and Iraq. In: *Foreign Policy at Brookings*, 34/2014.

Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, Gilles de Kerchove, dies als eines der größten terrorismusbezogenen Probleme der Union.⁶⁸⁰

Europäische Dschihadisten entsprechen einem Querschnitt aus allen sozialen und wirtschaftlichen Gesellschaftsschichten, denn grundsätzlich können alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Alter, politischem, sozialem und religiösem Hintergrund, den Weg in die Radikalität finden.⁶⁸¹

2006 handelte es sich noch hauptsächlich um junge männliche Muslime, die nach einer Identitätskrise mit Befremdungsgefühlen gegenüber der westeuropäischen Gesellschaft und dem Assimilierungsverhalten ihrer Familien eine Art muslimische Wiedergeburt erlebten.⁶⁸² In jüngerer Zeit wenden sich mehr und mehr Anhänger anderer Religionen wie der deutsche Christian David Emde (alias Abu Qatada) nach ihrer Konversion zum Islam dem Dschihad zu,⁶⁸³ zunehmend auch junge Frauen wie die Österreicherinnen Sabina Selimović und Samra Kesinović.⁶⁸⁴ Von sich aus treten diese online oder in radikalen Moscheen mit dschihadistischen Kreisen in Kontakt, wo sie von Dschihadveteranen unter die Fittiche genommen oder in

⁶⁸⁰ Interview mit Gilles de Kerchove: EU Counter-terrorism Coordinator on foreign fighters (07.10.2014). <bit.ly/1PblKyC>, abgerufen am 30.06.2015.

⁶⁸¹ Korteweg, Rem/Gohel, Sajjan/Heisbourg, Francois/Ranstorp, Magnus/De Wijk, Rob: Background Contributing Factors to Terrorism: Radicalization and Recruitment. In: Ranstorp, Magnus (Hrsg.): Understanding Violent Radicalisation: Terrorist and Jihadist Movements in Europe. London 2010, S. 21-49. Für länderspezifische Fallstudien in der EU siehe: Ranstorp: Understanding Violent Radicalisation, S. 115-255.

⁶⁸² Nesser: Jihadism in Western Europe After the Invasion of Iraq.

⁶⁸³ Todenhöfer, Jürgen: Inside IS – 10 Tage im „Islamischen Staat“. München 2015.

Deutsches Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2013. Berlin 2014, S. 201-248.

⁶⁸⁴ Alexander, Dietrich: Was westliche Frauen in den Dschihad treibt. In: Die Welt, 30.01.2015. <www.welt.de/politik/ausland/article136960226/Was-westliche-Frauen-in-den-Dschihad-treibt.html>, abgerufen am 13.06.2015; „Islamischer Staat“ – 17-jährige Wienerin hat genug vom Dschihad. In: Wirtschaftsblatt, 11.10.2014. <bit.ly/21uKAR7>, abgerufen am 13.6.2015.

Ausbildungslager im Ausland geschickt werden.⁶⁸⁵ Die Beweggründe reichen von Sympathie gegenüber durch westliche Militärinterventionen geschädigten Muslimen, Wahrnehmung der eigenen Teilnahme als nobel und altruistisch, tief religiöser Motivation bis hin zu Enthusiasmus für das Kalifat oder Faszination für die Gewalt.⁶⁸⁶ Die technische und kommunikative Vernetzung im Cyberraum unter Verfügbarkeit dschihadistischer Propaganda in europäischen Sprachen erleichtert den Zugang zu dschihadistischen Milieus und verkürzt den Zeithorizont der Radikalisierung.

Europa hat also dreierlei Bedeutung für den dschihadistischen Terrorismus: als Raum zur Rekrutierung sowie zur Vorbereitung wie auch als Operationsziel.

Die EU: Mit Schema F gegen den Terrorismus

Die Anschläge des 11. September 2001 katapultierten *al-Qaida* und den dschihadistischen Terrorismus in die Wahrnehmung der westlichen Öffentlichkeit und führten zu einer sicherheitspolitischen Zäsur. Jedoch setzt die EU der Bekenntnis *al-Qaidas* zum Dschihad in Europa keinen maßgeschneiderten Kampf gegen den Dschihadismus, sondern ein Schema F gegen den „Terrorismus im Allgemeinen“ entgegen. Die Strategie der EU „zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus“ identifiziert zwar zunächst den „Terrorismus von *al-Qaida* und von Extremisten, die sich an *al-Qaida* orientieren, [als] wichtigste terroristische Bedrohung der Union“.⁶⁸⁷ Wesentlich ist das Konzept jedoch nicht auf den

⁶⁸⁵ Die prominentesten Ziele für Ausbildungslager sind Pakistan, Afghanistan, Tschetschenien oder Kaschmir. Vgl. Nesser: Jihadism in Western Europe After the Invasion of Iraq.

⁶⁸⁶ Dalgaard-Nielsen, Anja: Violent Radicalization in Europe: What we know and what we do not know. In: Studies in Conflict & Terrorism, 9/2010, S. 797–814. Vgl. auch Vidino, Lorenzo: European Foreign Fighters in Syria: Dynamics and Responses. In: European View, 2/2014, S. 217–24, hier S. 220.

⁶⁸⁷ Rat der Europäischen Union: Strategie der Europäischen Union zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus (24.11.2005). <bit.ly/253K5SV>, abgerufen am 01.05.2015.

Dschihadismus zugeschnitten, sondern beinhaltet dieselben Maßnahmen, die auch gegen die anarchistischen, rechtsextremen und links gerichteten Formen des Terrorismus ins Feld geführt werden. Dieser Universalansatz gegen den Terrorismus reflektiert die unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen der Mitgliedstaaten und stellt einen Versuch zur Vermeidung von Islamophobie dar.⁶⁸⁸

Der rein repressive Kampf gegen den Terrorismus 2001-2004

Im Gegensatz zum US-amerikanischen „Krieg gegen den Terrorismus“, an dem sich einzelne EU-Mitglieder im Rahmen der „Koalition der Willigen“ beteiligten, manifestierte sich auf EU-Ebene im Dezember 2001 der Konsens über das Verständnis von Terrorismus als Verbrechen. Dieses Verständnis fußt historisch im Umgang der einzelnen europäischen Staaten mit nationalen Terrororganisationen wie der spanischen ETA, der irischen IRA oder der deutschen RAF. Der europäische „Kampf gegen den Terrorismus“ präsentierte sich demzufolge zunächst als ein repressiver Kampf, innen- wie außenpolitisch geprägt durch polizeiliche und strafverfolgende Maßnahmen.⁶⁸⁹

Die erste Hürde dieses Kampfes stellte die Aushandlung eines breiten, aber gemeinsamen Tatbestandes „terroristische[r] Handlungen“ als Grundlage für justizielle und polizeiliche Strafverfolgung dar.⁶⁹⁰ Flankierend wurden

⁶⁸⁸ Monar, Jörg: Common Threat and Common Response? The European Union's Counter-Terrorism Strategy and Its Problems. In: Government and Opposition, 3/2007, S. 292–313, hier S. 297.

⁶⁸⁹ Monar, Jörg: The EU as an International Counter-Terrorism Actor. In: Intelligence and National Security, 2-3/2015, S. 333–356, hier S. 337.

⁶⁹⁰ „Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die [...] vorsätzlichen Handlungen, die durch die Art ihrer Begehung oder den jeweiligen Kontext ein Land oder eine internationale Organisation ernsthaft schädigen können, als terroristische Straftaten eingestuft werden, wenn sie mit dem Ziel begangen werden, die Bevölkerung auf schwer wiegende Weise einzuschüchtern oder öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines

mit der Verabschiedung der schon länger im Gespräch gewesenen Beschlüsse zur Durchsetzung des europäischen Haftbefehls und der Einrichtung von Eurojust die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine effektive Strafverfolgung von Terroristen geschaffen.⁶⁹¹ Auf Justizebene wurde die Behörde Eurojust eingerichtet, um transnationale Koordination in laufenden Ermittlungen und Strafsachen der schweren Kriminalität zu vereinfachen.⁶⁹² Die Beschlüsse behandeln Terrorismus aber lediglich als eine Form der schweren Kriminalität, und nicht als eigenständiges Phänomen. Somit ist in der ersten Phase des europäischen Engagements gegen den Terrorismus nicht von einer genuinen Terrorismusbekämpfung zu sprechen, sondern zunächst nur einer Aufnahme von Terrorismus in das Handlungsrepertoire der Union gegenüber der schweren Kriminalität.

Die katalytische Wirkung der Anschläge in Madrid (2004) und London (2005)

Die Anschläge des 11. März 2004 in Madrid und am 7. Juli 2005 in London führten den europäischen Staaten die faktische Bedrohung des geographischen Kerns Europas durch den dschihadistischen Terrorismus vor Augen

Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören.“ Vgl. Rat der Europäischen Union: Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung, Art. 1 (13.06.2002). <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32002F0475&crd=4>>, abgerufen am 01.06.2015.

⁶⁹¹ Über den europäischen Haftbefehl können seit Inkrafttreten zum 31. Dezember 2003 die Strafverfolgungsbehörden eines Mitgliedstaates die eines anderen direkt ersuchen, „nach dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung“ gesuchte Personen festzunehmen und zur Strafverfolgung oder Vollstreckung auszuliefern. Das Gesuch wird in der Regel automatisch angenommen, womit quasi ein kleiner Amtsweg zwischen den einzelnen Strafverfolgungsbehörden ohne Umweg über diplomatische Kanäle geschaffen wurde. Rat der Europäischen Union: Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (13.06.2002). <bit.ly/1ptpTtp>, abgerufen am 30.06.2015.

⁶⁹² Rat der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (28.02.2002). <bit.ly/1Uyowom>, abgerufen am 30.06.2015.

und so zu der Einsicht, dass „Faktoren, die der Unterstützung und dem Anwachsen terroristischer Kreise Vorschub leisten,“ untersucht und bekämpft werden müssen.⁶⁹³ Das im November 2005 vom Rat angenommene Haager Programm, welches mit seinen über 160 Einzelmaßnahmen in den vier Bereichen Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion die Grundlage der europäischen Terrorismusbekämpfungsstrategie darstellt, und die ebenfalls 2005 entwickelte „Strategie der EU zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus“ zeugen von der Einsicht, dass dringend eine Erweiterung der Anti-Terror-Maßnahmen um die Dimension der Prävention notwendig war.⁶⁹⁴ Damit war die semantische Grundlage für eine umfassende Anti-Terror-Strategie mit operativen und strukturellen Elementen geschaffen.

Zwei Trends charakterisieren die Entwicklung der EU-Terrorismusbekämpfung nach 2005. Erstens schärft die Zunahme von Anschlägen in Europa, katalysiert durch die Ereignisse in Madrid und London, die Bedrohungswahrnehmung in Richtung einer den Staaten nur gemeinsam zu bewältigenden Aufgabe. Gemeinsam mit den strukturellen Wirkungen des Vertrages von Lissabon führt dies zu einem Kompetenzzuwachs der EU-Organen für die supranationale Organisation der Terrorismusbekämpfung. Jedoch werden die folgenden Abschnitte auch zeigen, dass die temporär verstärkte Bedrohungswahrnehmung nicht ausreichend war und strukturelle Veränderungen die Implementation beschlossener Maßnahmen nicht beflügeln konnten. Zweitens versucht die EU, präventive Akzente zu setzen, die aber nur schleppend anliefen und auf koordinativer Ebene verhafteten.

⁶⁹³ Rat der Europäischen Union: Erklärung des Rats zum Kampf gegen den Terrorismus (29.03.2004). <<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7906-2004-INIT/de/pdf>>, abgerufen am 30.06.2015.

⁶⁹⁴ Council of the European Union, Presidency and CT Coordinator: The European Union Counter-Terrorism Strategy (30.11.2005). <<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=EN&f=ST%2014469%202005%20REV%204>>, abgerufen am 30.06.2015. Rat der Europäischen Union: Strategie der Europäischen Union zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus.

Die folgenden Unterabschnitte werden diese Trends anhand der vier Bereiche der Anti-Terror-Strategie (Prävention, Schutz, Verfolgung, Reaktion) analysieren.

Die europäische Anti-Terror-Strategie: Prävention

Im Bereich der Prävention sollen zur Radikalisierung beitragende Faktoren identifiziert und bekämpft werden. Die EU will „die gemäßigten Stimmen stärken, indem wir das Gespräch mit muslimischen Organisationen und Glaubensgemeinschaften suchen, die die verzerrte Version des Islam, die *al-Qaida* und andere vertreten, ablehnen, [...] unsere eigene Botschaft wirksamer vermitteln“.⁶⁹⁵ Auf der anderen Seite betont die Europäische Kommission 2010: „[D]ie Maßnahmen gegen Radikalisierung und Rekrutierung sind größtenteils Sache der Mitgliedstaaten und sollten es auch bleiben“.⁶⁹⁶ Das Paradox löst sich, indem Präventionsarbeit auf EU-Ebene nur Ziele formuliert und Akteure vernetzt. Das 2011 eingerichtete EU-Aufklärungsnetzwerk Radikalisierung (RAN) verbindet politische Entscheidungsträger, nationale Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, Pädagogen, Sozialarbeiter, Akademiker und Vertreter zivilgesellschaftlicher Vereinigungen. In acht Arbeitsgruppen tauschen sich diese regelmäßig über ihre Erfahrungen mit Radikalisierung und Erfolg versprechende Gegenmaßnahmen aus, fördern die transnationale institutionelle und zivilgesellschaftliche Kooperation und geben nationalen wie europäischen politischen Entscheidungsträgern Empfehlungen zur Politikgestaltung.⁶⁹⁷ Thematisch decken die Arbeits-

⁶⁹⁵ Rat der Europäischen Union: Strategie der Europäischen Union zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus.

⁶⁹⁶ Europäische Kommission: EU-Strategie der Inneren Sicherheit: Fünf Handlungsschwerpunkte für mehr Sicherheit in Europa (22.11.2010). <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52010DC0673&from=DE>>, abgerufen am 30.06.2015, S. 8.

⁶⁹⁷ Die thematischen Gruppen sind RAN PREVENT (Frühinterventionen bei Risikogruppen), RAN @ (arbeitet zur Nutzung des Internets durch Terroristen), RAN DERAD (Deradikalisierung), RAN P&P (Haftanstalten und Bewährungshelfer), RAN INT/EXT

gruppen den gesamten Radikalisierungszyklus ab, vom Erstkontakt mit radikalen Inhalten im sozialen Umfeld und dem Internet, Früherkennung und Interventionshilfe in Schulen und Haftanstalten, bis hin zur Deradikalisierung. Als roter Faden durch die RAN-Aktivitäten zieht sich die Betonung von Kommunikation, da radikale Narrative oft in einem isolierten Raum stattfinden, sodass sich „Ideologien und Deutungsrahmen nur selten in einem direkten Austausch mit konträren Argumentationsmustern“ entwickeln.⁶⁹⁸ So sollen Schulen, politische Institutionen und Medien extremistische Narrative durch gezielte Gegennarrative in Frage stellen, Zweifel säen und alternative Narrative anbieten.⁶⁹⁹

Einige Mitgliedstaaten hatten bereits vor 2011 selbstständig umfassende Programme zur Aufdeckung und Deradikalisierung aufgelegt, am umfangreichsten das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Dänemark. Neben ideologischen Resilienzmaßnahmen in der breiten Bevölkerung zielen sie darauf ab, individuelle Dschihadisten zu identifizieren und zu intervenieren, bevor diese straffällig werden, wobei der Fokus aus Gründen der Budgetknappheit zunehmend auf individueller Ebene liegt.⁷⁰⁰ Außerdem wachsen Deradikalisierungsinitiativen in Gefängnissen, da die Haftanstalten aufgrund enger räumlicher Bedingungen, psychologischer Stresssituationen

(Kombination interner und externer Maßnahmen), RAN HEALTH (Gesundheitssektor), RAN POL (Polizei) und RAN VVT (Opfer von Terrorismus engagieren sich gegen Radikalisierung). Siehe Europäische Kommission: RAN Working Groups (Mai 2015). <bit.ly/1S3xaJm>, abgerufen am 30.06.2015.

⁶⁹⁸ Dantschke, Claudia/Köhler, Daniel: Angehörigenberatung und Deradikalisierung. Theoretische und praktische Implikationen sowie erster inhaltlicher Bericht über die Beratungsstelle Hayat. In: Journal EXIT-Deutschland (JEX) – Zeitschrift für Deradikalisierung und Demokratische Kultur, 1/2013, S. 184-99, hier S. 186.

⁶⁹⁹ European Commission, Migration and Home Affairs: RAN Internet and Social Media (@) (10.04.2015). <bit.ly/1XuqyoS>, abgerufen am 02.06.2015.

⁷⁰⁰ Vidino, Lorenzo/Brandon, James: Countering Radicalization in Europe, Policy Report. London 2012, S. 1-2.

und der zunehmenden Präsenz islamistischer Straftäter der Radikalisierung ein ideales Brutklima bieten.⁷⁰¹

Das Gros der Präventionsarbeit findet auf Ebene der Mitgliedstaaten statt. Meist werden Maßnahmen gegen den rechtsradikalen und islamistischen Extremismus verbunden, wobei die Nonexklusivität der Maßnahmen nicht durch empirische Effektivität, sondern als Islamphobie verneinendes Zeichen an die muslimischen Gemeinschaften gerechtfertigt wird.⁷⁰² Allerdings zeichnet sich sowohl auf RAN-Ebene als auch von Seiten des Koordinators für die Terrorismusbekämpfung seit Anfang 2014 ab, dass infolge der *Foreign Fighters*-Thematik die dschihadistische Radikalisierung künftig mehr Aufmerksamkeit erhalten soll.⁷⁰³ Auch die Anschläge auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt in Paris Anfang 2015 haben die Bedeutung der Prävention auf Ratsebene erneut in den Vordergrund gerückt, auch wenn deren Plädoyer für einen sektorenübergreifenden, aber wieder nicht dschihadismusspezifischen Ansatz spricht.⁷⁰⁴

Die europäische Anti-Terror-Strategie: Schutz

Europa ist politisch und infrastrukturell derart stark vernetzt, dass der Ausfall eines Teils im Transport-, Energie- oder Telekommunikationssektor, beispielsweise durch einen Terroranschlag, Dominoeffekte nach sich zieht. Daher soll die Anti-Terror-Strategie auch „kritische Infrastrukturen“

⁷⁰¹ Neumann, Peter R.: *Prison and Terrorism: Radicalisation and De-Radicalisation in 15 Countries*. London 2010.

⁷⁰² Vidino/Brandon: *Countering Radicalization in Europe*.

⁷⁰³ Interview mit Gilles de Kerchove. Radicalisation Awareness Network (RAN): RAN Report Cities Conference on Foreign Fighters to Syria (30.01.2014). <bit.ly/1pKN00R>, abgerufen am 10.06.2015.

⁷⁰⁴ Rat der Europäischen Union: Riga Joint Statement Following the Informal Meeting of Justice and Home Affairs Ministers in Riga on 29 and 30 January (30.01.2015). <https://eu2015.lv/images/Kalendars/IeM/2015_01_29_jointstatement_JHA.pdf>, abgerufen am 10.06.2015.

schützen.⁷⁰⁵ Im Rahmen des Europäischen Programmes für die Sicherheit kritischer Infrastruktur (EPSKI) 2008 wurden die Mitgliedstaaten zur Ermittlung und Ausweisung kritischer Infrastrukturen in den Bereichen Energie (Strom, Öl und Gas) und Verkehr (Straßen- Schienen-, Luft- und Schiffsverkehr) sowie der Erstellung von Sicherheitsplänen verpflichtet.⁷⁰⁶ Mit Ausnahme der zivilen Luftfahrt, für die bereits seit 2002 EU-weit gemeinsame Grundstandards für die Flughafen- und Luftfahrzeugsicherheit, Fluggäste und Gepäck gelten, sind Mitte 2015 kritische Infrastrukturen nach wie vor nicht EU-weit identifiziert und deklariert.⁷⁰⁷ Bislang konnte hier also kein auf EU-Aktivität zurückzuführender Resilienzzuwachs entstehen. Insgesamt handelt es im Bereich des Schutzes um einen sektor- und gefährdungsübergreifenden Ansatz ohne spezifischen Bezug zum dschiha-distischen Terrorismus.

Die europäische Anti-Terror-Strategie: Verfolgung

Der Bereich der Strafverfolgung – 2001 der erste gemeinsame Aktivitätsbereich im Kampf gegen den Terrorismus – stellt nach wie vor das Herz der europäischen Strategie dar. Hier entfaltet die Union sowohl legislative als auch operative Aktivität.

⁷⁰⁵ „Kritische Infrastruktur“ bezeichnet „die in einem Mitgliedstaat gelegene Anlage, ein System oder ein Teil davon, die von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen, der Gesundheit, der Sicherheit und des wirtschaftlichen oder sozialen Wohlergehens der Bevölkerung sind und deren Störung oder Zerstörung erhebliche Auswirkungen auf einen Mitgliedstaat hätte, da diese Funktionen nicht aufrechterhalten werden können.“ Rat der Europäischen Union: Richtlinie 2008/114/EG des Rates vom 8. Dezember 2008 über die Ermittlung und Ausweisung Europäischer Kritischer Infrastrukturen und die Bewertung der Notwendigkeit, ihren Schutz zu verbessern (08.12.2008). <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32008L0114&from=EN>>, abgerufen am 01.06.2015.

⁷⁰⁶ Rat der Europäischen Union: Richtlinie 2008/114/EG.

⁷⁰⁷ Argomaniz, Javier: The European Union Policies on the Protection of Infrastructure from Terrorist Attacks: A Critical Assessment. In: Intelligence and National Security, 2-3/2015, S. 259–280, hier S. 264.

Auf der legislativen Seite stellt die EU den Mitgliedstaaten ein gemeinsames strafrechtliches Konzept zur Verfügung. Die Kombination von Strafrechts-harmonisierung und Verbesserung der Rechtshilfe zwischen den Staaten verhindert, dass Terroristen Unterschiede zwischen den einzelnen Jurisdik-tionen für sich ausnutzen können.⁷⁰⁸ Die Definition gemeinsamer Straftat-bestände vom Juni 2002 bewirkte so die Angleichung nationaler Straftatbe-stände. Gemeinsame Rechtsvorschriften sind jedoch nicht immer durch-setzbar, wie die Kontroversen um die 2006 in Kraft getretene „Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung“ zeigen.⁷⁰⁹ Daher ist die Komponente der ver-besserten Rechtshilfe unter Aufrechterhaltung der Integrität nationaler Strafrechtssysteme wie in Form des europäischen Haftbefehls unabdingbar.

Ebenfalls frühzeitig aktiv wurde die EU in der Bekämpfung der Finanzie-rung von Terrorismus. Mit der dritten Geldwäscherichtlinie vom Oktober 2005 folgte die EU den Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF) und bezog neben den staatlichen Finanzsystemen erstmals auch private Kredit- und Finanzinstitute sowie andere Dienstleister aus dem Be-ratungsbereich in die Sorgfaltspflichten mit ein, um Terroristen daran zu hindern, Gelder zur Finanzierung ihrer Aktivitäten zu sammeln und zu überweisen.⁷¹⁰ In der ersten Jahreshälfte 2015 schnürte der Rat ein neues

⁷⁰⁸ Hübner, Frank Philipp: Terrorismusbekämpfung als Aufgabe der Europäischen Union. Dissertation, Universität Regensburg 2009, S. 161, 190.

⁷⁰⁹ Rat der Europäischen Union: Richtlinie 2006/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereit-stellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG. 2006/24/EG (15.03.2006). <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:105:0054:0063:DE:PDF>>, abgerufen am 13.06.2015.

⁷¹⁰ Die Richtlinie erweitert die Sorgfaltspflichten um Überprüfung der Identität von Kunde und Begründung für eine Geschäftsbeziehung, damit einhergehend untersagt sie die Füh-rung anonymer Konten, verschärft die Meldepflichten für Transaktionen und Bargeldbe-träge und verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Einrichtung einer Meldestelle. Rat der Eu-ropeäischen Union: Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der

Gesetzespaket zur Bekämpfung von Geldwäsche, welches bis Juni 2017 in nationales Recht umzusetzen ist. Die vierte Geldwäscherichtlinie soll einen risikobasierten Kontrollansatz und Sanktionen einführen und die begleitende Verordnung über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers die Sorgfaltspflichten des öffentlichen und privaten Finanzsektors erneut verschärfen.⁷¹¹

Auf der operativen Seite unterstützt das europäische Polizeiamt EUROPOL als Strafverfolgungsbehörde die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung schwerer internationaler Kriminalität einschließlich des Terrorismus. Einerseits dient EUROPOL als Kooperationsplattform, indem es sichere und standardisierte Kanäle zur Teilung kriminalpolitischer Informationen, Erkenntnisse und Erfahrungen bietet. Andererseits fungiert EUROPOL als Analysezentrum für terroristische Entwicklungen innerhalb Europas. Es entwickelt Typologien, Aktivitätsprofile und Risikoszenarien für die Prävention und Kontingenzplanung auf nationaler und Gemeinschaftsebene. Beispielsweise sammelt und analysiert die EUROPOL Counter-Terrorism Task Force (CTTF) Informationen zu verdächtigen Personen und stellt diese nationalen Polizeibehörden zur Verfügung. Durch Ratsbeschluss von 2009 wurde EUROPOL als Gemeinschaftsagentur aufgewertet und seine operative Rolle erweitert.⁷¹² Jedoch ist EUROPOLs Mandat für die Terrorismusbekämpfung nach wie vor beschränkt und die Effizienz der

Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. (26.10.2005). <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:309:0015:0036:de:PDF>>, abgerufen am 12.06.2015.

⁷¹¹ Rat der Europäischen Union: Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Februar 2015). <<http://www.consilium.europa.eu/de/policies/money-laundering-terrorist-financing/>>, abgerufen am 13.06.2015.

⁷¹² Rat der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol) (06.04.2009). <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:121:0037:0066:de:PDF>>, abgerufen am 13.06.2015.

Agentur leidet unter der geringen Bereitschaft einiger Mitgliedstaaten, sensible Daten zu teilen.⁷¹³

Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) ist in erster Linie für die Einwanderungs- und Einfuhrkontrolle an den Außengrenzen des Schengenraums zuständig. Unter Nutzung verschiedener Computersysteme kann FRONTEX zur Terrorismusbekämpfung beitragen, indem sie bekannte Terroristen anhand biometrischer Daten und Fingerabdrücke identifiziert und aufgreift, an Justizbehörden aushändigt oder diese zumindest an der Einreise hindert.⁷¹⁴ Angesichts des Phänomens ausländischer Kämpfer spielt FRONTEX eine immer wichtigere Rolle, da dieser Personenkreis sowohl bei der Aus- als auch potenziellen Wiedereinreise die Schengengrenzen passieren muss. Für das erste Halbjahr 2015 plante die Kommission die Entwicklung gemeinsamer Risikoidikatoren, um das Potenzial von FRONTEX für die Terrorismusbekämpfung noch effizienter auszuschöpfen.⁷¹⁵

Schließlich wurden zur Verbesserung des Datenaustausches zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Behörden verschiedene Informationssysteme eingerichtet. Über SIS II können nationale und europäische Behörden Fahndungen nach gesuchten oder vermissten Personen und Gegenständen abrufen. Seit dem Inkrafttreten des SWIFT-Abkommens mit den USA 2011 nutzen auch die europäischen Behörden das beim US-Schatzamt an-

⁷¹³ Monar: The EU as an International Counter-Terrorism Actor, S. 342.

⁷¹⁴ Die drei wichtigsten Systeme sind das Schengen Information System II (SIS II), Visa Information System (VIS) und SIRENE (Supplementary Information Request at the National Entry). Leonard, Sarah: Border Controls as a Dimension of the European Union's Counter-Terrorism Policy: A Critical Assessment. In: Intelligence and National Security, 2-3/2015, S. 306–32.

⁷¹⁵ Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: die Europäische Sicherheitsagenda (28.04.2015). <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/basic-documents/docs/eu_agenda_on_security_de.pdf>, abgerufen am 13.06.2015, S. 6.

sässige Analysetool des Terrorist Finance Tracking Program (TFTP). Weiterhin arbeitet der europäische Gesetzgeber seit geraumer Zeit an einem mit der Grundrechtecharta vereinbaren System zur Bereitstellung von Fluggastdatensätzen (PNR).

Effektivitätshemmend wirken im Bereich des Datenaustauschs Zweifel hinsichtlich des Mehrwerts der Weitergabe eigener Daten, mangelndes Vertrauen in die Institutionen und transmittierenden Systeme, die sensible Natur von Nachrichtendienstdaten und die teils unklare Datenschutzsituation, die Bürgern gegenüber zu rechtfertigen ist.⁷¹⁶ Einen Teil dieser Herausforderungen könnte die Einrichtung einer zentralen Sammelstelle zur Auswertung und Bündelung der terrorismusbezogenen Daten bewältigen, wie sie mit der geplanten Schaffung des bei EUROPOL angesiedelten Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung ermöglicht würde.⁷¹⁷

Die europäische Anti-Terror-Strategie: Reaktion

Gemäß Art. 222 des Vertrages von Lissabon („Solidaritätsklausel“) handeln

„die Union und ihre Mitgliedstaaten [...] gemeinsam im Geiste der Solidarität, wenn ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen ist. Die Union mobilisiert alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel, um terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden.“⁷¹⁸

⁷¹⁶ Monar, Jörg: EU Internal Security Governance: The Case of Counter-Terrorism. In: European Security, 2/2014, S. 195–209, hier S. 202.

⁷¹⁷ Europäische Kommission: Die Europäische Sicherheitsagenda.

⁷¹⁸ Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (2007). <www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/358380/publicationFile/3092/vertrag-von-lissabon.pdf>, abgerufen am 01.06.2015.

Obwohl die Klausel seit 2009 in Kraft ist, hat der Rat erst 2014 Vorkehrungen für die Anwendung der Solidaritätsklausel beschlossen und damit Geltungsbereich und Prozedere zur Anrufung festgelegt.⁷¹⁹ Die einschlägigen Akteure im Bereich der Krisenbewältigung sind neben EUROPOL und FRONTEX das European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC), die europäische Agentur für Maritime Sicherheit (EMSA), die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die European Medicines Agency (EMA). Diese Behörden und Agenturen erstellen intern Kontingenzpläne zur Koordination der einzelnen Kapazitäten zur Schadensbegrenzung, Opferbetreuung und Bereitstellung notwendiger Ressourcen. Im Berufungsfall ist vorgesehen, dass sich die Behörden eines Mitgliedstaates an das Notfallabwehrzentrum der Kommission wenden, und die Kommission mit dem Hohen Vertreter die Einzelheiten der Maßnahmen festlegt. Interessant ist in diesem Zusammenhang die vertraglich vorgesehene Möglichkeit zur Nutzung gemeinsamer militärischer Mittel im inneren Krisenfall, da die Klausel beispielsweise mit dem kategorischen Verbot des deutschen Grundgesetzes zum Militäreinsatz im Inneren höchste Sprengkraft besitzt.

Hindernisse einer stärkeren europäischen Anti-Terror-Strategie

Die europäische Anti-Terror-Strategie ist ein vielschichtiges Konstrukt, das sowohl durch die Präferenzen und Eigenschaften der Akteure als auch die Struktur und Kompetenzen der Union bedingt wird. Obwohl die Mitgliedstaaten sich aufgrund der Signalwirkung der Attentate in Madrid und London schnell auf umfassende strategische Ziele einigen konnten, klafft nach-

⁷¹⁹ Rat der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2014 über die Vorkehrungen für die Anwendung der Solidaritätsklausel durch die Union (2014/415/EU) (24.06.2014). <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32014D0415&from=DE>>, abgerufen am 01.06.2015.

haltig eine Lücke zwischen den rhetorischen Zielen und effektiven Handlungsansätzen.⁷²⁰ In den letzten beiden Abschnitten sollen jene Faktoren hervorgehoben werden, die einer stärkeren Anti-Terror-Strategie im Wege stehen: Das Fehlen einer gemeinsamen Bedrohungswahrnehmung und das der EU inhärente Spannungsverhältnis zwischen Subsidiarität und Supranationalität.

Fehlen einer gemeinsamen Bedrohungswahrnehmung

Reaktionen auf eine Bedrohung hängen von deren Wahrnehmung und Bewertung ab.⁷²¹ Auf Gesellschaftsebene, in der staatlichen und supranationalen Politik, ist die Konstruktion einer Bedrohungswahrnehmung ein intersubjektiver Prozess sozialer Konstruktion, der durch die Erfahrungen, Informationen und Erwartungen beteiligter Akteure bedingt wird.⁷²² Zwischen den einzelnen EU-Staaten bestehen signifikante Unterschiede in der jeweiligen historischen Erfahrung mit dem Terrorismus, Betroffenheit von Anschlägen und öffentlicher Risikowahrnehmung, wie auch der politischen Gewichtung der Terrorismusbedrohung im Verhältnis zu anderen Risiken.⁷²³ Diese Differenzen schlagen sich in den durch Parlamentarismus geprägten (mehrheitlich demokratischen) mitgliedstaatlichen Politiksystemen als Handlungspräferenzen der Regierungen nieder. Im föderalen, aber nicht vollständig supranationalen System der EU führt dies zu einem

⁷²⁰ Bossong, Raphael: EU Cooperation on Terrorism Prevention and Violent Radicalization: Frustrated Ambitions or New Forms of EU Security Governance? In: Cambridge Review of International Affairs, 1/2014, S. 66-82, hier S. 69.

⁷²¹ Edwards, Geoffrey/Meyer, Christoph O.: Introduction: Charting a Contested Transformation. In: JCMS: Journal of Common Market Studies, 1/2007, S. 1-25, hier S. 6.

⁷²² Bures, Oldrich: Perceptions of the Terrorist Threat among EU Member States. In: Central European Journal of International and Security Studies, 1/2010, S. 53-80, hier S. 68. In Anlehnung an Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap: Security: A New Framework for Analysis. Boulder 1998.

⁷²³ Meyer, Christoph O.: International Terrorism as a Force of Homogenization? A Constructivist Approach to Understanding Cross-National Threat Perceptions and Responses. In: Cambridge Review of International Affairs, 4/2009, S. 647-666.

schwierigen Aushandlungsprozess über einstimmig vertretbare Anti-Terror-Maßnahmen und gravierenden Unterschieden bei deren nationaler Implementation.⁷²⁴ So zeigt Bures, dass Staaten, die bereits Opfer von Terrorismus wurden, wie Frankreich, England, Spanien und die Niederlande, eine deutlich höhere Bereitschaft zum Treffen von Anti-Terror-Maßnahmen auf Unionsebene und zur Implementation aufweisen, als Staaten, in denen die Bedrohungswahrnehmung gering ausfällt – so etwa Italien, Ungarn und Polen.⁷²⁵

Die strategischen Dokumente der Union haben sich hinsichtlich der Bedrohungsdefinition seit 2005 kaum weiterentwickelt. Der von EUROPOL jährlich veröffentlichte T-SAT kann zwar als Grundlage für eine politisch verbindliche Bedrohungsdefinition dienen, diese aber nicht ersetzen, vor allem nicht, solange sich Mitgliedstaaten weigern, die Staatssicherheit betreffende Informationen an die Behörde weiterzuleiten.⁷²⁶ Wie aber die Produktivität der EU in der unmittelbaren Folgezeit nach den Anschlägen von Madrid und London beweist, könnte eine derartige schockinduzierte Konvergenz der Bedrohungswahrnehmung künftig ein politisches Fenster zur Formulierung einer verbindlichen Bedrohungsdefinition öffnen.

Diversität und Subsidiarität vs. Supranationalität

Traditionell ist die innere Sicherheit ein Politikbereich, den zu vergemeinschaften sich die europäischen Staaten bis in die jüngste Vergangenheit vehement geweigert haben, da er mit der Entscheidung über Einsatz und Umfang des staatlichen Gewaltmonopols das innerste Sanctum staatlicher Souveränität betrifft. Mit der Einführung der Drei-Säulen-Struktur durch den

⁷²⁴ Bakker, Edwin: Differences in Terrorist Threat Perceptions in Europe. In: Mahncke, Dieter/Monar, Jörg (Hrsg.): International Terrorism: A European Response to a Global Threat? Brüssel 2006, S. 47-62.

⁷²⁵ Bures: Perceptions of the Terrorist Threat, S. 66, 76.

⁷²⁶ Den Boer, Monica: Counter-Terrorism, Security and Intelligence in the EU: Governance Challenges for Collection, Exchange and Analysis. In: Intelligence and National Security, 2-3/2015, S. 402-419.

Vertrag von Maastricht 1992 wurde der Bereich „Justiz und Inneres“, ab 1999 „polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen“ (PJZS), erstmals in den Europäischen Gemeinschaften zumindest intergouvernemental auf Unionsebene koordiniert.⁷²⁷ Beschlüsse konnten nur einstimmig gefasst werden – bei zunehmender Anzahl der Mitgliedstaaten eine wachsende Entscheidungshürde. Die Schwierigkeit dieses Aushandlungsprozesses erklärt zunächst den – mit Ausnahme einer schockinduzierten Periode hektischen Handelns 2004 bis 2005 – trägen Aushandlungsprozess einer verbindlichen Strategie.⁷²⁸ Die Umsetzung beschlossener Maßnahmen wurde durch die unterschiedlichen organisatorischen, rechtlichen und kulturellen Strukturen der verschiedenen nationalen Polizei- und Strafverfolgungssysteme erschwert, wo teils schon innerhalb der Mitgliedstaaten um Kompetenzen gerangelt wird.⁷²⁹ Aufgrund der intergouvernementalen Struktur fehlte der Union in diesem Politikfeld die Sanktionsgewalt, sodass der teils träge Implementationsprozess auch nicht durch Strafansetzung beschleunigt werden konnte.⁷³⁰

Mit dem 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon wurde die Säulenstruktur aufgelöst und die PJZS in den supranationalen Kompetenzbereich überführt. Nun können der Rat der EU und das europäische Parlament auf dem Weg des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse zum Schutz des „Raumes der Freiheit, der Sicherheit

⁷²⁷ Die Europäischen Gemeinschaften gingen durch den Fusionsvertrag von 1965 aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Paris 1951), der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM, Rom 1957) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, Rom 1957) hervor.

⁷²⁸ Monar: *Common Threat and Common Response*, S. 27.

⁷²⁹ Knelangen, Wilhelm: *Die Europäische Union: Eine „Starke Macht“ im Kampf gegen den Terrorismus?*. In: Nitschke, Peter (Hrsg.): *Globaler Terrorismus und Europa: Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors*. Wiesbaden 2008, S. 99-124, hier S. 113.

⁷³⁰ Argomaniz, Javier: *Before and after Lisbon: Legal Implementation as the ‘Achilles Heel’ in EU Counter-Terrorism?* In: *European Security*, 2/2010, S. 297-316, hier S. 299ff.

und des Rechts“ erlassen.⁷³¹ Für deren Umsetzung sind die Mitgliedstaaten unter Aufsicht der Kommission eigenverantwortlich. Damit ist die Terrorismusbekämpfung zwar formal supranational geworden, das Subsidiaritätsprinzip – verankert in Art. 5 des Vertrages von Lissabon – setzt der Union aber faktische Schranken: nur, was nicht effizient auf nationaler Ebene geregelt werden kann, wird auf supranationaler Ebene reglementiert.⁷³² Im Ergebnis übernimmt die supranationale PJZS also nicht die Terrorismusbekämpfung der Einzelstaaten, sondern stellt nach wie vor nur ein – immerhin formal verbindlicheres – System zur Koordination der internen Sicherheitspolitiken der Mitgliedstaaten zur Verfügung.⁷³³

Zusammenfassung

Die europäische Anti-Terror-Strategie entpuppt sich im Kampf gegen den dschihadistischen Terror als zahnlose Katze im Tigergewand. Die Schocks der großen Terroranschläge von 2001, 2004 und 2005 katalysierten zwar die Formulierung einer umfassenden europäischen Strategie zur Terrorismusbekämpfung in den Bereichen Schutz, Verfolgung, Reaktion und Prävention, aber sowohl Weiterentwicklung der Strategie als auch Implementation bleiben lückenhaft. Zu stark unterscheiden sich Bedrohungswahrnehmung und Gewichtung im Verhältnis zu anderen Bedrohungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Auch fehlt der Strategie der explizite Bezug zum dschihadistischen Terrorismus. Hauptschwierigkeit ist, dass die Terrorismusbekämpfung mit der inneren Sicherheit das Herzstück nationaler Sou-

⁷³¹ Hübner: Terrorismusbekämpfung als Aufgabe der Europäischen Union, S. 206ff. Im sogenannten ordentlichen Gesetzgebungsverfahren werden Gesetze durch eine qualifizierte Mehrheit des Europäischen Rates und nach notwendiger Zustimmung durch das Europäische Parlament erlassen.

⁷³² Außerdem müssen die Mitgliedstaaten nach Art. 69 vor der Umsetzung von Vorschlägen bzw. Beschlüssen der EU zunächst die Kompatibilität mit den eigenen Verfassungen und – damit verbunden – dem Subsidiaritätsprinzip prüfen. Vgl. Vertrag von Lissabon (2007).

⁷³³ Monar: EU Internal Security Governance, S. 201.

veränität betrifft. Der mitgliedstaatliche Widerwille, Kompetenzen in diesem sensiblen Politikbereich an die supranationale Ebene abzugeben, beeinflusst den Aushandlungsprozess verbindlicher Politiken und führt zu signifikanten Unterschieden bei der Implementation. Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon mit der theoretischen Kompetenzerweiterung der Gemeinschaftsorgane um Entscheidungsbefugnis und Sanktionsinstrumente konnte diesen Misstand bislang nicht beheben. Um die Souveränitätsabgabe an die supranationale Ebene, den gemeinschaftlichen Einsatz und die Mobilisierung finanzieller Ressourcen vor den heimischen Öffentlichkeiten zu legitimieren, müssten die Bedrohung durch Terrorismus als noch unmittelbarer und die Betroffenheit stärker als eine gemeinsame eingestuft werden. So konnte sich auf EU-Ebene bislang keine visionäre und einheitliche Bekämpfungsstrategie unter Ausschöpfung aller Ressourcen durchsetzen. Damit ist das Anti-Terror-Engagement der EU exemplarisch für die Schwierigkeiten der Union im gesamten Bereich der inneren Sicherheit.

Insgesamt handelt es sich bei der aktuellen Anti-Terror-Strategie um Konvergenzen intergouvernementaler Aushandlungsprozesse, die auf EU-Ebene allenfalls koordiniert wurden.⁷³⁴ Immerhin stellt die EU „den wichtigsten internationalen Handlungsrahmen für die Förderung der Leistungsfähigkeit der mitgliedstaatlichen Systeme“ dar.⁷³⁵ Außerdem hat sie nach Schocks und Krisen jeweils die Responsivität aufgewiesen, um notwendige Richtungswechsel und Veränderungen vorzunehmen. Somit besteht die Möglichkeit, dass die wachsende Zahl ausländischer Kämpfer und Rückkehrer mit ihrem Radikalisierungspotenzial den Mitgliedstaaten wieder zu einem Schub der Kooperation verhilft.

⁷³⁴ Den Boer, Monica/Wiegand, Irina: From Convergence to Deep Integration: Evaluating the Impact of EU Counter-Terrorism Strategies on Domestic Arenas. In: *Intelligence and National Security*, 2-3/2015, S. 377-401, hier S. 378.

⁷³⁵ Knelangen: *Die Europäische Union*, S. 101.

Kleiner Verein oder Vertretung einer Mehrheit: Wer ist die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich?

Farid Hafez

Einleitung

Auf der Homepage der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich heißt es: „Das [sic!] ‚Jugendrat der IGGiÖ‘ ist die offizielle Vertretung aller muslimischen Jugendorganisationen und Jugendlichen“. ⁷³⁶ Dies wird als Analogieschluss aus dem Verständnis gefolgert, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) alle in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime vertreten würde. Opponenten hingegen wie etwa auf Seiten der ALEVI, ⁷³⁷ die in Zwischenzeit auch eine anerkannte Religionsgesellschaft ist, oder der SCHIA, ⁷³⁸ die heute eine Bekenntnisgemeinschaft ist, bezeichnen die IGGiÖ stets als „kleinen Verein“ und sprechen ihr den Vertretungsanspruch ab. Der dritte Präsident der IGGiÖ erklärte öffentlich immer wieder, ebenso wie sein Vorgänger, unter dem die Frage der Repräsentativität der IGGiÖ erstmals öffentlich diskutiert wurde: „Wir haben nie gesagt, dass wir alle Muslime vertreten“. ⁷³⁹ Das stimmt im Hinblick auf die öffentlichen Positionen der IGGiÖ, nachdem ihr Vertretungsanspruch aller MuslimInnen in Frage gestellt wurde. Es ist aber insofern nicht vollständig richtig, als die bis 2011 gültige Verfassung der IGGiÖ in Art. 1

⁷³⁶ IGGiÖ: Jugendrat der IGGiÖ. <www.derislam.at/?c=content&cssid=Jugendrat%20der%20IGGi%D6&xnavid=913&par=911&xnavid2=1139&par2=913>, abgerufen am 24. Juni 2015.

⁷³⁷ Albayati, Amer: Muslime in Österreich – Das Ende des Monopols. In: Wiener Zeitung, 24.01.2011. <bit.ly/22lkiDs>, abgerufen am 24.06.2015.

⁷³⁸ Ebd.

⁷³⁹ Ö: Schiiten fechten Vertretungsanspruch der IGGiÖ an. In: ORF Online, 25.06.2014. <<http://religion.orf.at/stories/2654488/>>, abgerufen am 24.06.2015.

eindeutig erklärte, dass sie „alle Anhänger des Islam [...], welche in der Republik Österreich ihren Aufenthalt haben“⁷⁴⁰ vertritt. Diese Zwangsmitgliedschaft erinnert an Strukturen, wie wir sie von der Österreichischen Hochschülerschaft oder anderen sozialpartnerschaftlichen Interessensvertretungen wie Arbeiter- oder Wirtschaftskammer kennen. Wie bei jedem korporativen Akteur in einem Politikfeld wirft die Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts einige Fragen in Hinblick auf die Bedeutung der Mitgliedschaft und des Vertretungsanspruchs auf. Mit der steigenden Bedeutung der IGGiÖ als Sprachrohr der MuslimInnen – spätestens nach dem 11. September 2001 – entwickelte sich eine Debatte, für wen denn nun die IGGiÖ überhaupt spricht.

Dieser Beitrag will – basierend auf einer Darstellung der historischen Genese des Islam in Österreich – die Entwicklung der IGGiÖ in organisationssoziologischer Hinsicht nachzeichnen. Es geht dabei weniger um eine normative als um eine deskriptive Darstellung. Basierend auf einer Unterteilung, die auf den Soziologen Niklas Luhmann zurückgeht, wird auf drei zentrale Merkmale von Organisationen eingegangen: Erstens auf die Mitgliedschaft, Zweitens auf die Zwecke und Drittens auf die Hierarchien.⁷⁴¹ Dabei steht im Zusammenhang mit dem ersten Punkt besonders die Darstellung der Beziehung zwischen der IGGiÖ als muslimischer Interessensvertretung und den muslimischen Vereinigungen im Zentrum. Organisationen jeder Art arbeiten und leben letztendlich nicht nur idealtypisch nach einem formellen Organigramm oder ausschließlich entlang statutarischer Vorgaben. Informelle Regeln bestimmen ebenso sehr das Innenleben einer Organisation. Die Quellen der Arbeit bilden damit nicht nur Statuten der Vereine und Verfassungen der IGGiÖ, sondern auch Interviews sowie sozial- und rechtswissenschaftliche Forschungen zu „muslimischem Leben“ in Österreich.

⁷⁴⁰ Verfassung der IGGiÖ in der Fassung von 2009.

⁷⁴¹ Luhmann, Niklas: Funktion der Religion. Frankfurt/Main 1997, S. 826ff.

In den nächsten Unterkapiteln wird das Verhältnis von Religion und Organisation kurz angesprochen, bevor theoretisch auf die Merkmale von Organisationen eingegangen wird. Nach einer kurzen historischen Einführung wird ein Überblick über die Organisation des Islam in der Zweiten Republik gegeben (die ersten Anfänge, muslimische Verbände, Zweckgerichtetheit, Mitgliedschaft). In einem Exkurs wird das Verhältnis der IGGiÖ zu extremistischen Vereinigungen im Zuge der Gesetzwerdung des Islamgesetzes 2015 (IslamG 2015) angesprochen.

Religion und Organisation

Gelebte Religionen gehen meist mit einer bestimmten Form der Vergemeinschaftung einher. Zwar wird Spiritualität grundsätzlich als individuell betrachtet, die meisten Religionen sehen die rituelle Praxis aber gleichzeitig in einer Gemeinschaft gelebt.⁷⁴² Das gilt insbesondere auch für den Islam. Jedoch kennt die empirische Realität des gelebten Islams unterschiedliche Formen der Vergemeinschaftung, die nicht per se auf einer staatsnahen Institutionalisierung basieren muss. Dem ist vorzuschicken, dass Religionen meist älter sind als (national-)staatliche Gebilde. Insofern ist die Institution (Katholische) Kirche – für den Fall Österreich – nicht nur eine ältere Institution als die österreichische Republik, sondern auch älter als die Habsburger-Monarchie. Dabei kennt die mannigfaltige Geschichte des Islam verschiedenste Formen von Organisationen, die von hierarchischen Organisationsformen wie *Sufi*-Orden bis zu politischen Bewegungen⁷⁴³ reichen. Im Zuge der Herausbildung des modernen Nationalstaates sind auch in muslimischen Ländern Organisationsformen entstanden, in denen die Religion organisiert und staatlich vereinnahmt wurde. Das reicht von Gebilden

⁷⁴² Heiser, Patrick/Ludwig, Christian (Hrsg.): Sozialformen der Religionen im Wandel. Wiesbaden 2014.

⁷⁴³ Nagel, Tilmann: Staat und Glaubensgemeinschaft im Islam. Zürich/München 1981.

wie der 1924 gegründeten *Diyanet İşleri Başkanlığı* (dt.: Präsidium für Religionsangelegenheiten)⁷⁴⁴ bis zu den sogenannten Stiftungsministerien in Ländern wie Ägypten oder Saudi-Arabien. Sie alle vereint, dass Religionsangelegenheiten zu staatlichen Politikbereichen werden und aus der ehemaligen Unabhängigkeit des Stiftungswesens wie auch aus dem staatsnahen Bereich in eine formelle politische Organisation einbezogen werden.⁷⁴⁵ Ebenso gilt für Europa, dass die mehrheitlich ursprünglich aus Afrika und Asien eingewanderten MuslimInnen Formen von Organisation angenommen haben.⁷⁴⁶ Österreich bildet hier ein besonders interessantes Beispiel, weil die Organisationen nicht nur auf den Faktor Immigration, sondern gleichzeitig auch auf jenen der bereits in der Habsburger-Monarchie gewachsenen Strukturen zurückgeht.

Merkmale von Organisationen

Als zentrales Merkmal von Organisationen sieht Luhmann die Fähigkeit der Organisation, die Mitgliedschaft zu ihr bestimmen zu können. So entscheidet eine Organisation über die Annahme einer Mitgliedschaft, ebenso wie über den Verbleib und den Ausschluss von Mitgliedern innerhalb einer Organisation. Organisationen schaffen Regeln, um Grenzen für die Mitgliedschaft zu entwerfen.⁷⁴⁷ Teil der Regelordnung ist der Bezug einer Organisation zu bestimmten Zwecken. Erst durch einen Zweck erhält die Formierung einer Organisation Legitimität und es wird Mitgliedern erlaubt, sich mit einer Organisation zu identifizieren. Umgekehrt würde eine Unbe-

⁷⁴⁴ Spuler-Stegemann, Ursula: Türkei. In: Ende, Werner/Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart. Entwicklung und Ausbreitung. Kultur und Religion. Staat, Politik und Recht. München 2005, S. 237-244.

⁷⁴⁵ Faath, Siegfried (Hrsg.): Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen? Hamburg 2007.

⁷⁴⁶ Klinkhammer, Gritt: Democracy, Collective Identity, and Religious Protest Movements. Erfurt 2005.

⁷⁴⁷ Luhmann, Niklas: Funktionen und Folgen formaler Organisation. Berlin 1994, S. 44f.

stimmtheit in Bezug auf die Zwecke einer Organisation zu Verwirrung führen.⁷⁴⁸ Organisationen verfügen über hierarchische Strukturen, durch die Entscheidungsfindungsprozesse sowie Strukturierungen einer internen Organisationsform geregelt werden. Organisationen wie Parteien, Kirchen und dergleichen sind meist wenig demokratisch und klar hierarchisch strukturiert. Zwecke werden erfüllt, indem hierarchische Strukturen die Durchführung von Zwecken und Unterzwecken an untergeordnete Hierarchien delegieren.⁷⁴⁹ Dabei ist es Sache der oberen Hierarchieebenen, unter den Mitgliedern eine Auswahl von Personen zu treffen, die zur Erfüllung bestimmter Aufgaben dienen, die wiederum dem Erreichen bestimmter Zwecke und Unterzwecke dienen. Die Wahl an Personen richtet sich dabei idealtypisch nach den entsprechenden Aufgaben.⁷⁵⁰ Martin Abraham und Günter Büschges definieren in ihrem Lehrbuch zur Organisationssoziologie⁷⁵¹ Organisationen als ein:

„Von bestimmten Personen gegründetes, zur Verwirklichung spezifischer Zwecke planmäßig geschaffenes, hierarchisches verfasstes, mit Ressourcen ausgestattetes, relativ dauerhaftes und strukturiertes Aggregat (Kollektiv) arbeitsteilig interagierender Personen, das über wenigstens ein Entscheidungs- und Kontrollzentrum verfügt, welches die zur Erreichung des Organisationszweckes notwendige Kooperation zwischen den Akteuren steuert, und dem als Aggregat Aktivitäten oder wenigstens deren Resultate zugerechnet werden können.“

⁷⁴⁸ Luhmann, Niklas: Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen. Frankfurt/Main 1973.

⁷⁴⁹ Luhmann, Niklas: Zweck-Herrschaft-System. Grundbegriffe und Prämissen Max Webers. In: Luhmann, Niklas (Hrsg.): Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Opladen 1971, S. 90-112; S. 96f.

⁷⁵⁰ Luhmann, Niklas: Reform des öffentlichen Dienstes. In: Luhmann, Niklas (Hrsg.): Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Opladen 1971, S. 203-256; S. 209.

⁷⁵¹ Abraham, Martin/Büschges, Günter: Einführung in die Organisationssoziologie. Wiesbaden 2009, S. 58f.

Weitere hier erwähnte Aspekte, wie jene der Gründung und der Ressourcen, sollen in diesem Artikel ebenso angesprochen werden.

Die Geburt des Islam in Österreich

Die ersten MuslimInnen siedelten sich bereits zwischen 1080 und 1250 in dem Gebiet, das heute als Österreich bekannt ist, an, verließen die pannonische Tiefebene allerdings wieder, da sie nicht die Freiheit erhielten, die muslimische Religion zu behalten. Für die heutigen muslimischen Organisationen sind v. a. die rechtlichen Konsequenzen, die sich aus der Okkupation Bosniens und Herzegowinas (BuH) im Jahre 1878 ergeben haben, relevant. Seit Erlass des josephinischen Toleranzpatents im Jahre 1781 war die private Religionsausübung möglich. Mit dem Anerkennungsgesetz von 1874 wurde erstmals die gesetzliche Errichtung von Religionsstätten anderer Kirchen und Religionsgesellschaften als jener der Katholischen Kirche im öffentlichen Raum ermöglicht.⁷⁵² Art. 14 Staatsgrundgesetz (StGG) hat die Glaubens- und Gewissensfreiheit und Art. 15 StGG die öffentliche Religionsausübung für anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften gestattet.⁷⁵³ Nach der kriegerischen Vereinnahmung von BuH und der formellen Annexion im Jahre 1908 hat der multireligiöse Vielvölkerstaat im Jahre 1912 entsprechend der Praxis religiöser Sondergesetze (Protestantengesetz, Israelitengesetz, Orthodoxengesetz) ein Islamgesetz erlassen.⁷⁵⁴ Hier ist vorzuschicken, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft in BuH, *Islamska Zajednica*, im Zuge der Besatzung durch die Doppelmonarchie entstand. Denn die Okkupation Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1878

⁷⁵² Kalb, Herbert/Potz, Richard/Schinkele, Brigitte.: Religionsrecht. Wien 2003, S. 93-102.

⁷⁵³ Kalb, Herbert.: Die Anerkennung von Kirchen und Religionsgemeinschaften in Österreich. In: Potz, Richard/Kohlhofer, Reinhard.: Die „Anerkennung“ von Religionsgemeinschaften. Wien 2002, S. 39-56, hier S. 40.

⁷⁵⁴ Potz, Richard: Das Islamgesetz 1912 und der religionsrechtliche Diskurs in Österreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Olechowski, Thomas/Neschwara, Christian/Lengauer, Alina-Maria (Hrsg.): Grundlagen der österreichischen Rechtskultur. Wien 2010, S. 385-408, hier S. 387ff.

konfrontierte die k.u.k. Monarchie zum ersten Mal mit der Frage, wie die religiösen Angelegenheiten der muslimischen Minderheit zu verwalten sind. Europäische Einzigartigkeit erhält das IslamG 1912 v. a. dadurch, dass es den ersten historischen Versuch darstellt, den europäischen Islam in einen multikonfessionellen Rechtsstaat mit einem speziellen religionsrechtlichen System zu integrieren, dem das Konzept zugrunde lag, den Religionsgemeinschaften eine öffentlich-rechtliche Stellung einzuräumen.⁷⁵⁵

Diese rechtliche Grundlage sollte in der Zweiten Republik schlagend werden.

Die Organisation des Islam in der Zweiten Republik

Die ersten Anfänge

Erst mit der beginnenden Immigration nach Österreich Anfang der 1950er- und 1960er-Jahre traten wieder MuslimInnen, deren Zahl in der Zwischenkriegszeit und während des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus verschwindend klein war, in Erscheinung, um sich auf das IslamG 1912 berufend zu organisieren. Eine Vorreiterrolle nahm hier der 1964 gegründete Muslimische Sozialdienst (MSD) ein, der es sich per Statut explizit zum Ziel gesetzt hatte, die Errichtung einer regionalen islamischen Kultusgemeinde auf Basis des IslamG zu ermöglichen.⁷⁵⁶ 1979 wurde dem Antrag nach mehrjährigen Verhandlungen stattgegeben. Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) ist eine von heute 16 anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften (KuR). Aufgrund der internen Autonomie einer jeden KuR gibt sie sich selbst eine Verfassung, die ihre innere Ordnung regelt. Während das Islamgesetz „die Anerkennung der Anhänger

⁷⁵⁵ Kalb, Herbert/Potz, Richard/Schinkele, Brigitte: Religionsrecht. Wien 2003, S. 40-45.

⁷⁵⁶ Hafez, Farid: Anas Schakfeh. Das österreichische Gesicht des Islam. Wien 2012, S. 40-45.

des Islam nach hanefitischem Ritus als Religionsgesellschaft⁷⁵⁷ betraf, gehörten die MuslimInnen in der Zweiten Republik unterschiedlichsten sunnitischen Rechtsschulen wie auch anderen Gruppierungen wie den Schiiten an. Der Mitgliederbegriff war damit sehr eng gehalten und betraf nur eine von vier heute dominanten Rechtsschulen, die in der damaligen Monarchie und insbesondere in BuH als die meist verbreitete galt. Im Jahre 1988 wurde diese Einengung gestrichen, indem der Textteil „nach hanefitischem Ritus“ restlos gestrichen wurde.⁷⁵⁸ Damit regelte das IslamG 1912 „die Anerkennung der Anhänger des Islam als Religionsgesellschaft“. Die auf das IslamG beruhende Religionsgesellschaft war die 1979 gegründete IGGiÖ. Dieser Gesetzestext führte auch zu der eingangs wahrgenommenen Repräsentativität dieser Organisation. Neben dem MSD, der die Hauptrolle in der Anerkennung spielte, waren noch zwei weitere kleinere muslimische Vereinigungen an diesem Projekt beteiligt; die Moslemische Studentenunion (MSU) und der „Gesellige Verein türkischer Arbeitnehmer in Wien und Umgebung“. Während die Mitglieder des MSD mehrheitlich aus dem damaligen Jugoslawien ausgewanderte Intellektuelle waren, waren in der MSU vor allem Studierende aus Afrika und Asien, besonders aus dem arabischen Raum, vertreten. 1971 wurde die Anzahl der in Österreich lebenden MuslimInnen auf 8.000 beziffert. Erst im Zuge der Arbeitsmigration von sogenannten Gastarbeitern ab Ende der 1960er-Jahre stieg die Anzahl zunehmend an. 1981 waren es bereits 77.000 MuslimInnen. Von 1991 auf 2001

⁷⁵⁷ Reichsgesetzblatt für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder (BGBl): Gesetz vom 15.07.1912, betreffend die Anerkennung der Anhänger des Islam als Religionsgesellschaft. 159. Stück. <<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=1912&page=913&size=45>>, abgerufen 26.06.2015.

⁷⁵⁸ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl): Gesetz vom 15.07.1912, betreffend die Anerkennung der Anhänger des Islam als Religionsgesellschaft BGBl 1912/159 idF BGBl 1988/164. <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1988_164_0/1988_164_0.pdf>, abgerufen 26.06.2015.

verdoppelte sich die Zahl von 159.000 auf 339.000⁷⁵⁹. Die Gründergeneration des MSD und – noch wichtiger – der ersten Islamischen Religionsgemeinschaft Wien, die zur Konstituierung der IGGiÖ geführt hat, bestand aus akademisch gebildeten Personen, die nicht repräsentativ für die später eingewanderte Gastarbeitergeneration waren. Zu ihnen gehören Personen wie der Jurist und spätere erste Präsident der IGGiÖ, Ahmed Abdelrahimsai, der Bibliothekar und Autor Smail Balic sowie der spätere zweite wie auch der dritte Präsident der IGGiÖ, der Dolmetscher Anas Schakfeh und der Absolvent der Orientalistik Fuat Sanac.

Muslimische Verbände

Mit der Einwanderung von MuslimInnen aus der Türkei kam die Befriedigung religiöser Bedürfnisse ebenso auf die Tagesordnung. ArbeiterInnen mit muslimischem Religionsbekenntnis begannen sich bald zu Freitagsgebeten und Feiertagsgebeten zu versammeln, mieteten Kellerabteile und gründeten Hinterhofmoscheen. Mit der Zeit, aber deutlich verspätet im Gegensatz zur IGGiÖ, bildeten sich muslimische Verbände. Ein Verband wird hier als „Ort normativer Vergemeinschaftung“, der Dienstleistungen anbietet und auch als politische Interessensvertretung fungieren kann, verstanden.⁷⁶⁰ Diese Verbände entstanden in Anlehnung an und Sympathie gegenüber den in der Türkei bestehenden islamischen Bewegungen. Manche von ihnen waren explizit parteipolitisch ausgerichtet wie die Bewegung

⁷⁵⁹ Fliegenschnee, Katrin/Goujon, Anne/Lutz, Wolfgang: Neue demographische Szenarien zur Zukunft der Evangelischen Kirche in Österreich. In: Vienna Institute of Demography – Working Papers, 01/2004.

⁷⁶⁰ Schmid, Josef: Verbände. Interessensvermittlung und Interessensorganisation. Lehr- und Arbeitsbuch. München/Wien 1998, S. 16.

der *Millî Görüş*.⁷⁶¹ Andere waren eher apolitisch und verstärkt mystisch orientiert wie die *Süleymanlılar*-Bewegung.⁷⁶² Diese war 1980 die erste, die sich auf Basis des österreichischen Vereinsrechts auch formell organisierte. Das bedeutet nicht, dass all diese Bewegungen erst so spät zu existieren begannen. Doch sie waren erst so spät bereit, abseits informeller Treffen in die Öffentlichkeit zu gehen. Vermutlich stand dies im Zusammenhang mit verstärkten öffentlichen Auftritten. So erzählt etwa ein Vertreter der 1988 gegründeten Islamischen Föderation (IF), deren Gründung im Nahefeld der *Millî Görüş* verortet wird, dass der simple Grund der vereinsrechtlichen Anmeldung jener war, dass zum Organisieren einer Veranstaltung ein Rechtskörper notwendig war. Um eben diese öffentliche Veranstaltung – eine Konferenz – durchführen zu können, habe man einen Verein gegründet.⁷⁶³ Nachdem sich die abseits vom Türkischen Staat agierenden islamischen Bewegungen schrittweise formell organisierten, entschloss sich auch die Türkische Botschaft in Wien im Jahre 1990, ihren Religionsattaché zum Vorsitzenden einer Vereinigung zu machen, der *Türkisch Islamischen Union für Kulturelle und Soziale Zusammenarbeit in Österreich*, kurz ATIB.⁷⁶⁴ Im Gegensatz zu den türkisch dominierten muslimischen Verbänden, die sich abseits ethnischer Bruchlinien noch zusätzlich entlang politischer und religiöser Richtungen ausdifferenzierten, entwickelten sich die bosnisch-stämmigen MuslimInnen, die im Zuge des Jugoslawienkrieges nach Österreich kamen, eher uniform. Sie bildeten den Islamisch-Bosniakischen Dachverein, der eine Verbindung zum Heimatland aufrecht erhielt, indem er vor allem die Imame aus BuH rekrutierte, die von den Bildungseinrichtungen

⁷⁶¹ Schiffäuer, Werner: Nach dem Islamismus: Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş. Eine Ethnographie. Berlin 2010.

⁷⁶² Jonker, Gerdien: Eine Wellenlänge zu Gott: der „Verband der Islamischen Kulturzentren in Europa“. Bielefeld 2002.

⁷⁶³ Interview des Autors mit Uyar Yurdakul, 06.01.2006.

⁷⁶⁴ Hafez, Farid: Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich. Eine Analyse der Organisationsstruktur unter besonderer Berücksichtigung der Rolle muslimischer Spitzenverbände. Diplomarbeit, Universität Wien 2006, S. 69ff.

der dortigen Islamischen Glaubensgemeinschaft ausgebildet waren.⁷⁶⁵ Die bereits in den 1950er-Jahren gekommenen MuslimInnen aus arabischen Ländern, die numerisch in der Zwischenzeit eine Minderheit bildeten, waren meist im Islamischen Zentrum religiös organisiert, welches – als Stiftung aller Botschaften islamischer Länder – als Symbol des emigrierten arabischen Islams galt. Andererseits fassten bereits Ende der 1950er-Jahre islamische Bewegungen in Österreich Fuß, die sich teilweise nie vereinsrechtlich organisierten, wie die islamistische Partei der Befreiung (*Hizb-ut-Tabrir*). Auch Aktivisten der Muslimbruderschaft gründeten verschiedene lokale Moscheegemeinden in Österreich. Von Bedeutung für das religiöse Alltagsleben sind in erster Linie die türkisch-stämmigen Verbände. Sie leiten mehr als 200 der beinahe 300 Gebetseinrichtungen. Dieses Bild soll aber nicht bedeuten, dass ein zentraler Verband stets lokale Arbeit organisiert. Die Verbände weisen sehr unterschiedliche Organisationsstrukturen auf. Manche der Verbände sind regional in drei Teile unterteilt. Besonders für den Verband ATIB gilt, dass es lokale Vereine sind, die entstanden sind. Aufgrund des Bedürfnisses nach Seelsorge, konkret der Abhaltung der rituellen Gebete, hielten manche Moscheen Ausschau nach Unterstützung. Da die türkische Regierung bis 2015 Imame als Beamte des Türkischen Religionsministeriums, der *Diyanet*, entsandte und diese bezahlte, schlossen sich viele lokale Moscheeeinrichtungen alleine aus Kostengründen diesem Verband an, der mit mehr als 60 Moscheegemeinden auch den größten Verband darstellt. Insofern sind die einzelnen Verbände in ihrer Mitgliederstruktur sehr unterschiedlich. Auf lokaler Ebene ist es ein fließender Übergang. Menschen unterschiedlichster religiöser und politischer Ausrichtung kommen in diesen zusammen. Die Zugehörigkeit zu einem Verband ist damit auf dieser Ebene nicht unbedingt viel aussagend. Sie gibt eher Auskunft über die Führungsebene dieser Verbände auf einer überregionalen Ebene.

⁷⁶⁵ Hafez, Farid: Anas Schakfeh. Das österreichische Gesicht des Islam. Wien 2012, S. 27f.

Die IGGiÖ orientierte sich aber nicht an diesen Ablegern von islamischen Bewegungen aus der Türkei und dem arabischen Raum oder anderen muslimischen Verbänden. Die Tatsache, dass die IGGiÖ von verbandsunabhängigen Personen gegründet wurde, lässt die muslimischen Verbände zu Spätstärtern werden. Zwar existierten diese Fraktionen bereits bei der ersten Wahl der Islamischen Religionsgemeinde Wien im Jahre 1979. Jedoch sollte durch das politische Geschick von Einzelpersonen der Einfluss dieser Fraktionen innerhalb der IGGiÖ zurückgedrängt werden. Die Fraktionen, die der UIKZ und der IF angehörten, dienten nur als Wahlhelfer, ohne aber eigenes Personal aufzustellen.⁷⁶⁶ So waren die ersten beiden Präsidenten der IGGiÖ auch keine Mitglieder oder Sympathisanten eines der muslimischen Verbände. Bereits die erste Verfassung der IGGiÖ bezog sich nicht auf Verbände, die es ja noch nicht gab. Erst in der novellierten Verfassung von 2001, nach dem Ableben von Abdelrahimsai und der Wahl von Anas Schakfeh, wurden die Verbände in die Verfassung hineingenommen. Jedoch wurde ihnen in der Verfassung lediglich ein Platz als Mitglieder im Beirat der IGGiÖ eingeräumt, womit ihnen weder exekutive noch legislative Gestaltungskraft zukam.⁷⁶⁷

Verschiedene Zwecke

Auch nachdem Schakfeh die Führung übernommen hatte, war die IGGiÖ in erster Linie eine politische Interessensvertretung. Bis heute besitzt die IGGiÖ in ganz Österreich eine einzige Moscheeeinrichtung. Das religiöse Leben in den Gebetseinrichtungen wird von den Verbänden und kleineren Vereinen organisiert, die derzeit etwas weniger als 400 Gebetseinrichtungen unterhalten.⁷⁶⁸ Zwar liegt der formelle Zweck der IGGiÖ, wie er in der eigenen Verfassung niedergeschrieben ist, in der „Wahrung und Pflege der

⁷⁶⁶ A.a.O. S. 52ff.

⁷⁶⁷ Verfassung der IGGiÖ 2001, Art. 39.

⁷⁶⁸ Aslan, Ednan: Islam-Landkarte. <www.islam-landkarte.at/#listview>, abgerufen am 27.06.2015.

Religion“ (Art. 3). Die primäre Kompetenz der IGGiÖ liegt faktisch jedoch in der Organisation des konfessionellen Religionsunterrichts an öffentlichen wie privaten Schulen. Als politische Interessensvertretung geht es der IGGiÖ praktisch um die Organisation der Religion im öffentlichen Raum, nach 9/11 vermehrt darum, den Islam als öffentliche Stimme zu repräsentieren und gesellschaftspolitisch tätig zu sein.⁷⁶⁹ Auf regionaler Ebene wird dieser Zweck von den Islamischen Religionsgemeinden (bis 2011 gab es vier, seither acht) verfolgt.

Diese Zerteilung der muslimischen Organisationswelt in die IGGiÖ einerseits, die sich abseits der fremdenrechtlichen Abwicklung der Visa für die Imame aus dem Ausland de facto nicht um das religiöse Alltagsleben in der Moschee kümmert, und der muslimischen Verbände andererseits, die keinen direkten Einfluss auf die IGGiÖ haben, führte dann in den 1990er Jahren zu einem Konflikt, v. a. zwischen der ATIB und der IGGiÖ. Die ATIB vertrat in frühen Jahren die Position, dass sie die natürliche Vertretung der MuslimInnen sei, da die Mehrheit der österreichischen MuslimInnen türkisch-stämmig ist. Erst ein Näherkommen der muslimischen Verbände im Zuge einer Reihe von gemeinsamen Projekten nach 9/11 haben dazu geführt, dass die ATIB bei der nächsten Wahl nach 2001, die 2011 stattfand, an den Wahlen teilnahm und seither in den Gremien der IGGiÖ vertreten ist.

Damit ist keine direkte Vertretung als Verband in der IGGiÖ gemeint. Vielmehr traten bei den Wahlen der IGGiÖ – 2001 wie 2011 – sogenannte Wahllisten an, die von den entsprechenden Verbänden besetzt werden konnten. De facto einigten sich die Verbände aufgrund einer Mitglieder-mobilisierung bereits im Vorfeld darauf, mit Einheitslisten zu kandidieren. Das führte dazu, dass mit der Wahl 2001 erstmals alle in Österreich existie-

⁷⁶⁹ Hafez, Farid: One representing the many. Institutionalized Austrian Islam. In: Behloul, Samuel/Leuenberger, Susanne/Tunger-Zanetti, Andreas (Hrsg.): *Debating Islam. Negotiating Religion, Europe, and the Self*. Bielefeld 2013.

renden Verbände in den Gremien der IGGiÖ vertreten waren, von den großen oben vorgestellten Verbänden bis zu den Schiiten und kleineren ethnischen Gruppen wie nigerianischen, pakistanischen und anderen Vereinen. Gleichzeitig war mit der Wahl von Fuat Sanac im Jahr 2011 eine Ära zu Ende, in der diese Gremien von FunktionärInnen außerhalb der muslimischen Verbandswelt geprägt waren. Sanac als ehemaliger Funktionär der IF symbolisiert diesen Paradigmenwechsel.

Aufgrund der steigenden Präsenz der IGGiÖ im öffentlichen Diskurs nach 9/11 stieg auch die politische Bedeutung dieser Organisation. Das führte zu einem dazu, dass auch Verbände wie ATIB Interesse daran zeigten, innerhalb der IGGiÖ tätig zu werden. Andererseits bewirkte es, dass kleinere Vereine und andere religiöse Richtungen wie die ALEVI den Vertretungsanspruch der IGGiÖ in Frage stellten und in Folge in der Öffentlichkeit über den Vertretungsanspruch der IGGiÖ diskutiert wurde.

Mitgliedschaft

Die IGGiÖ reagierte auf diese Infragestellung mit einer Reform ihrer inneren Verfassung. So wurde ab Mitte der 2000er-Jahre an einer neuen Verfassung gearbeitet und gleichzeitig Mitglieder mobilisiert. Tatsächlich nahmen im Jahre 2001 und 2002 insgesamt in ganz Österreich nur wenig mehr als 5.000 Personen an den Wahlen teil.⁷⁷⁰ Das verdeutlichte die Diskrepanz zwischen der „zugeschriebenen Mitgliedschaft“,⁷⁷¹ wie sie in der Verfassung, basierend auf dem Islamgesetz, niedergeschrieben war, und der „erworbenen und bejahenden Mitgliedschaft“,⁷⁷² wie sie kaum vorhanden war. Dieses Demokratiedefizit versuchte die IGGiÖ zu überwinden, indem sie neue interne Strukturen aufbaute, die möglichst viele Menschen inkludieren konnten. Dies führte wiederum dazu, dass die muslimischen Verbände gefordert

⁷⁷⁰ Hafez: Die Islamische Glaubensgemeinschaft.

⁷⁷¹ Luhmann: Funktion der Religion, S. 296.

⁷⁷² Ebd.

waren. Nunmehr sollte nicht mehr das Individuum alleine direkt die Wahlliste wählen, sondern je 50 Personen eine Wahlperson, welche dann die Wahlliste wählen sollte. Damit wurde die Rolle der Verbände, die eine stärkere Mobilisierungskraft aufweisen, de facto gestärkt. Nach der Novellierung der Verfassung wurden im Jahre 2011 125.000 Mitglieder registriert. An der Wahl teilgenommen hatten nunmehr 25.000. Mit einer Schätzung von ca. einer halben Million MuslimInnen war die Mobilisierung ein vorzeigbarer Erfolg, während die Partizipation an der Wahl mit 20% vergleichsweise gering ausfiel.

Mit seinem Erkenntnis vom 1. Dezember 2010 stellte der Verfassungsgerichtshof fest, dass das IslamG 1912 die Gründung von mehr als nur einer islamischen Religionsgesellschaft erlaube.⁷⁷³ Basierend darauf wurde die Islamisch-Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich (ALEVI) 12 Tage danach als Bekenntnisgemeinschaft⁷⁷⁴ und am 22. Mai 2013 als Religionsgesellschaft anerkannt.⁷⁷⁵ Das IslamG 2015 trägt diesem Umstand Rechnung, indem es nicht nur für die IGGiÖ und die ALEVI jeweils einen Abschnitt vorsieht, sondern auch, indem es die Gründung zukünftiger islamischer Religionsgesellschaften regelt. Damit wurde die Frage der Alleinstellung der IGGiÖ endgültig geklärt. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob verschiedene Verbände eine Errichtung als eigenständige Religionsgesellschaft anstreben werden oder nicht.

Exkurs: Die IGGiÖ und extremistische Vereinigungen

Das IslamG 2015 sieht zudem vor, dass das Vereinswesen für muslimische Vereinigungen in der jeweils zuzuordnenden islamischen Religionsgemeinschaft aufzugehen hat. Nach § 31 Absatz 3 ist ein islamischer Verein bis zum

⁷⁷³ Verfassungsgerichtshof (VfGH) GZ: B1214/09, 01.12.2010.

⁷⁷⁴ Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich: Aleviten als „religiöse Bekenntnisgemeinschaft“ eingetragen (17.12.2010). <www.aleviten.at/dokumente/newspaper/APA_20101217.pdf>, abgerufen am 27.06.2015.

⁷⁷⁵ BGBl. II Nr. 133/2013, 22. Mai 2013.

1. März 2016 in eine Kultusgemeinde umzuwandeln, die als Körperschaft öffentlichen Rechts die Untereinheit der jeweiligen Religionsgesellschaft darstellt. Bei all der Kritik am IslamG 2015, auch von muslimischer Seite, ist festzuhalten, dass diese stärkere Hierarchisierung einer islamischen Religionsgesellschaft von der Leitung der IGGiÖ explizit angestrebt wurde, wie zahlreiche öffentliche Statements zeigen. Bei öffentlichen Debatten um „Hassprediger“ in Moscheeeinrichtungen verwies Sanac stets darauf, dass er keine Macht über jene Vereine habe, die sich nicht freiwillig als Fachvereinigungen der IGGiÖ anschließen, sondern frei nach dem Vereinsgesetz organisiert sind. Diese Selbständigkeit sollte nun mit der Novellierung des IslamG verhindert werden. § 31 Absatz 3 IslamG 2015 sieht vor, dass die „Verbreitung der religiösen Lehre“ nur mehr noch Kultusgemeinden vorbehalten sein darf. Damit soll gewährleistet werden, dass kein „Hassprediger“ mehr im Namen des Islam sprechen dürfe. Ob dies gelingt, ist zu bezweifeln. Schließlich wird eine Moscheeeinrichtung auch weiterhin ein Freitagsgebet im Untergrund abhalten können und sich auf Basis des Vereinsrechts organisieren können, indem sie aus den Statuten die „Verbreitung der Lehre“ entfernt. Sie wird jedoch nicht mehr so leicht im Namen des ‚offiziellen Islams‘ in der Öffentlichkeit sprechen können, wobei festzuhalten ist, dass dies bisher auch selten bis gar nicht der Fall war. Umgekehrt wird den MedienvertreterInnen nicht das Recht abgesprochen werden können, sich von Sympathisierenden extremistischer Gruppen ihre Islamversion erklären zu lassen. Darum scheint es Sanac aber in erster Linie gegangen zu sein: Eine klare Abgrenzung zu extremistischen Gruppierungen zu erreichen, die ja auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung in ihren Jahresberichten erwähnt werden.

Zusammenfassung

In diesem Artikel wurde der Versuch unternommen, die IGGiÖ entlang dreier Merkmale – Mitgliedschaft, Zwecke und Hierarchien – darzustellen. Dabei ist festzuhalten, dass die IGGiÖ – abseits des Religionsunterrichts – überwiegend ehrenamtlich geführt wird. Entsprechend meinte Schakfeh:

„Die Verbände, das sind die Vereinigungen, die die Feldarbeit bestellen. Die erhalten die Moscheen“.⁷⁷⁶ Die IGGiÖ fungiert neben ihrer Kernkompetenz der Organisation des Religionsunterrichts vordergründig als Interessensvertretung und öffentliches Sprachrohr der MuslimInnen. Die ehrenamtliche Tätigkeit reflektiert die geringe Mitgliedermobilisierung, die dennoch von etwa 5.000 Personen 2001 auf 125.000 im Jahre 2011 erhöht werden konnte. Dieser Paradigmenwechsel hat – informell – die Rolle der Verbandsvertreter gestärkt. Mit dem IslamG 2015 wird die formelle Inklusion und damit die institutionelle Stärkung islamischer Vereine und Verbände in den formellen Strukturen der IGGiÖ konsequent weitergeführt. Das Aufgehen der Vereine in Kultusgemeinden als formeller Teil der IGGiÖ wirft gleichzeitig einige Fragen auf. Der Verband ATIB hat laut *Die Presse* eine Klage beim Verfassungsgerichtshof eingereicht, um diesen Aspekt der Vereinsauflösung anzufechten.⁷⁷⁷ Es wird ebenso zu sehen sein, inwiefern das Ziel, das Sanac mit dieser Regelung verfolgt, nämlich, dass die IGGiÖ sich von extremistischen Gruppen klar abgrenzen kann, hierdurch erreicht wird. Zudem ist zurzeit die Anpassung der inneren Verfassung der IGGiÖ an das neue Islamgesetz am Laufen. Es ist auch hier anzunehmen, dass die Rolle der Kultusgemeinden noch stärker wird und damit v. a. die muslimischen Verbände gestärkt werden. Gleichzeitig wird dadurch der Zweck der ehemals als Verbände organisierten Kultusgemeinden und der IGGiÖ näher zusammengeführt und es entsteht eine kirchenähnliche Struktur der Vereinheitlichung. Das IslamG 2015 wirft derzeit mehr Fragen auf, als es Antworten zu geben scheint. Gleichzeitig bedeutet es eine weitere – wenn auch in einer Kontinuität stehende – Verschiebung von Zwecken und Hierarchien der IGGiÖ als tatsächliche Verwalterin islamischer Religion.

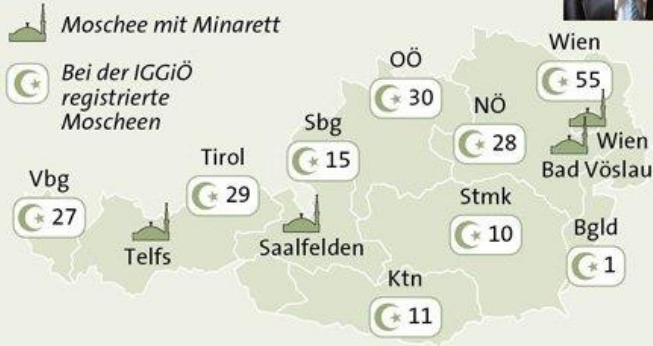
⁷⁷⁶ Interview des Autors mit Anas Schakfeh, 02.06.2006.

⁷⁷⁷ Islamgesetz: ATIB reicht Klage bei VfGH ein. In: ORF Online, 28.07.2015. <<http://religion.orf.at/stories/2723620/>>, abgerufen am 27.01.2016.

Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich

Islam seit **1912** anerkannte Religionsgemeinschaft

Größte Vertretung: Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ),
Präsident: Fuat Sanac



Zahl der Muslime

Basis Volkszählung bis 2001, Schätzung für 2014



Grafik/Foto: © APA, Quelle: APA/BMI/
Islamische Glaubensgemeinschaft



Abbildung 14: Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich

Quelle: <www.salzburg24.at/islam-in-oesterreich-seit-1912-als-religion-anerkannt/4146548>, abgerufen am 30.03.2016.

Akronym- und Abkürzungsverzeichnis

Akronyme

AIO	Aktive Islamische Jugend (<i>Aktivna Islamska Omladina</i> ; Bosnien und Herzegowina)
AKP	Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (Türkei)
ALEVI	Islamisch-Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich
AMS	Arbeitsmarktservice
AMSI	Vereinigung der islamischen Religionsgelehrten im Irak
AQ	Al-Qaida
AQI	Al-Qaida im Irak
AQIM	Al-Qaida im Islamischen Maghreb
ASL	Ansar al-Scharia in Libyen
AST	Ansar al-Scharia
AU	Afrikanische Union
AWI	Partei für Gerechtigkeit und Spiritualität (<i>al-ʿAdl wa l-Ihsān</i> ; Marokko)
BRSC	Benghazi Revolutionaries Shura Council (Libyen)
BuH	Bosnien und Herzegowina
CIA	Central Intelligence Agency
CTTF	Counter-Terrorism Task Force
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
DMG	Deutsche Morgenländische Gesellschaft
DP	Demokratische Partei (Türkei)
ECDC	European Centre for Disease Prevention and Control
EFSA	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
EMSA	Europäische Agentur für Maritime Sicherheit
EPSKI	Europäisches Programm für die Sicherheit kritischer Infrastruktur
ETA	Euskadi Ta Askatasuna (dt. Baskenland und Freiheit)
EU	Europäische Union
EUIA	European Union of Independent Students and Academics

EUROPOL	European Police Office
FATF	Financial Action Task Force
FRONTEX	Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen
GIA	Groupe Islamique Armé (Algerien)
GNC	General National Council (Libyen)
GSPC	Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf (<i>Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat</i> ; Tunesien)
HDP	Demokratische Partei der Völker (Türkei)
HoR	House of Representatives
HRW	Human Rights Watch
IAF	Front der irakischen Eintracht (<i>Iraqi Accord Front</i>)
IBDA-C	Front der Vorkämpfer für den islamischen Großen Osten (Türkei)
ICCB	Union der islamischen Gemeinschaften und Kongregationen (Türkei)
ICG	International Crisis Group
IF	Islamische Föderation (Österreich)
IFK	Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
IGGiÖ	Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich
IHH	Humanitarian Relief Foundation
IHÖ	Organisation der islamischen Bewegung (Türkei)
IMG	Institut für Militärische Geographie
INDH	Initiative nationale pour le développement humain (Marokko)
IRA	Irisch-Republikanische Armee
IS	Islamischer Staat
ISI	Islamischer Staat im Irak
ISIL	Islamischer Staat im Irak und der Levante
ISIS	Islamischer Staat im Irak und in Syrien
IslamG	Islamgesetz
IZ	Islamische Gemeinschaft (<i>Islamska Zajednica</i> ; Bosnien und Herzegowina)
JAMI	Islamische Front des irakischen Widerstands
JCP	Justice and Construction Party (Libyen)
JI	Jemaah Islamiyah (Indonesien)

KDP	Demokratische Partei Kurdistans (Irak)
KuR	Kirchen und Religionsgesellschaften
LCBC	Lake Chad Basin Countries
LIFG	Libyan Islamic Fighting Group
LIMC	Libyan Islamic Movement for Change (Libyen)
LISBA	Islamischen Bewegung für die Vereinigung (Kosovo)
LOR	Libyan Revolutionaries Operations Room
MB	Muslimbruderschaft
MDA	European Medicines Agency
MENA	Middle East & North Africa (dt. Naher Osten und Nordafrika)
MNJTF	Multi-National Joint Task Force
MPCD	Mouvement populaire constitutionnel et démocratique (Marokko)
MSD	Muslimischer Sozialdienst (Österreich)
MSP	Nationale Heilspartei (Türkei)
MSSI	Islamic Youth Shura Council (<i>majlis shura shabab al-islam</i> ; Libyen)
MSU	Moslemische Studentenunion (Österreich)
MTI	Partei der Islamischen Orientierung (<i>Mouvement de la Tendance Islamique</i> ; Marokko)
NAJA	Sicherheitskräfte der Islamischen Republik Iran (<i>niruba-ye entezami-ye jomburiy-e eslami-ye Iran</i>)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NCHR	National Council for Human Rights (Ägypten)
NFA	National Forces Alliance (Libyen)
NFP	National Front Party (Libyen)
NFSL	National Front for the Salvation of Libya
NGO	Non-Governmental Organisation (dt. Nichtregierungsorganisation)
NTC	National Transitional Council (Libyen)
PJD	Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (<i>al-Adala wal-Tanmiyya</i> ; Marokko)
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans (Türkei)
PNR	Passenger Name Record

PSC	Peace and Security Council (Nigeria)
PUK	Patriotische Union Kurdistans (Irak)
PYD	Partei der Demokratischen Union (Syrien)
RAF	Rote Armee Fraktion (Deutschland)
RAN	Radicalisation Awareness Network
RECs	Regional Economic Communities
RRG	Religious Rehabilitation Group (Singapur)
SBK	Bosnjakischer Weltkongress (<i>Sujetski Bošnjacki Kongres</i>)
SCIRI	Oberster Rat für die Islamische Revolution im Irak
SDA	Partei der Demokratischen Aktion (Bosnien und Herzegowina)
SIIC	Oberster Islamischer Rat im Irak
SIPA	Bosnisch-herzegowinische Sonderpolizeieinheit
SNC	Syrian National Coalition
SNR	Syrischer Nationalrat
StGG	Staatsgrundgesetz
STTEP	Specialised Tasks, Training, Equipment and Protection International Ltd.
TAK	Kurdische Freiheitsfalken (Türkei)
TFTP	Terrorist Finance Tracking Programme
TREVI	TREVI-Gruppe (<i>Terrorisme, Radicalisme et Violence International</i>)
UIKZ	Union islamischer Kulturzentren (Österreich)
UN	United Nations
VAJA	Vežarat-e Ettelaat-e Jomhuri-ye Eslami-ye Iran
YMMA	Young Men's Muslim Association (Ägypten)

Abkürzungen

a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
arab.	arabisch
Art.	Artikel
Bd.	Band
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d. h.	das heißt
dt.	deutsch
ebd.	ebenda
engl.	englisch
etc.	et cetera (und so weiter)
et al.	et alii/aliae/alia (und andere)
f., ff.	folgende
gest.	gestorben
Hrsg.	HerausgeberIn
insb.	insbesondere
Mio.	Millionen
sog.	sogenannt(e)
s.	siehe
S.	Seite
s. u.	siehe unten
u. a.	unter anderem, und andere(s)
usw.	und so weiter
v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume (Band/Jahrgang)
zit.	zitiert
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil

Literaturverzeichnis

- Abazeri, Abdolrahim: Die Memoiren des Hojjatoleislam Hasani, Freitagsprediger von Urmije. Teheran 2003, S. 69f.
- Abraham, Martin/Büschges, Günter: Einführung in die Organisationssoziologie. Wiesbaden 2009, S. 58f.
- Abrahamian, Ervand: Iran between two revolutions. Princeton 1982, S. 50-100.
- Abrahamian, Ervand: The crowd in the Persian revolution. In: Iranian Studies, Vol. 2, 4/1969, S. 128-15.
- Abuza, Zachary: The Rehabilitation of Jemaah Islamiyah Detainees in South East Asia: A Preliminary Assessment. In: Bjørgo, Tore/Horgan, John (Hrsg.): Leaving Terrorism Behind: Individual and Collective Disengagement. Abingdon/New York 2009, S. 193-223.
- Ahano, Marcel: Pour une analyse politique des foules iraniennes. In: Vaner, Semih (Hrsg.): Modernisation autoritaire en Turquie et en Iran. Paris 1991, S. 107-130.
- Ahmad, Amir (et al.): Muhammad Abduh's Contributions to Modernity. In: Leena Luna, Vol. 1, 4/2012, S. 63-75.
- Al-Sawani, Jussuf: Libiya. Al-thaura wa tahadiyat bina' al-daula. Beirut 2013, S. 34.
- Alexander, Dietrich: Was westliche Frauen in den Dschihad treibt. In: Die Welt (30.1.2015).
- Amini, Davud: Die Gesellschaft der Fedayan-e Eslam und ihre Rolle in der gesellschaftspolitischen Entwicklung Irans. Teheran 2002.
- Arfaoui, Jamel: Tunisia: Ansar Al-Scharia Tunisia Spokesman Backs Isis (08.07.2014). <<http://allafrica.com/stories/201407090299.html>>, abgerufen am 03.03.2016.
- Argomaniz, Javier: Before and after Lisbon: Legal Implementation as the 'Achilles Heel' in EU Counter-Terrorism?. In: European Security, 2/2010, S. 297-316.
- Argomaniz, Javier: The European Union Policies on the Protection of Infrastructure from Terrorist Attacks: A Critical Assessment. In: Intelligence and National Security, 2-3/2015, S. 259-280.
- Arieff, Alexis: Political Transition in Tunisia. In: Congressional Research Service, 18.06.2012.
- Arjomand, Said Amir: The Turban for the Crown. The Islamic Revolution in Iran. New York/Oxford 1988, S. 143.
- Arndt, Martin: Islam-Fundamentalismus, Re-Islamisierung und „Islamismus“ – Essay zur Geschichte der islamischen Reformbewegungen (03.08.2011). <www.begleitschreiben.net/islam-fundamentalismus-re-islamisierung-und-islamismus>, abgerufen am 12.07.2015.
- Asad, Muhammad: Die Botschaft des Koran. Düsseldorf 2009.
- Ashour, Omar: The De-Radicalization of Jihadists: Transforming Armed Islamist Movements. London/New York 2009.

- Assyaukanie, Luthfi: *Islam and the Secular State in Indonesia*. Singapur 2009.
- Atran, Scott: *Talking to the Enemy: Faith, Brotherhood, and the (Un)Making of Terrorists*. New York 2010.
- Atwan, Abdel Bari: *Islamic State: The Digital Caliphate*. London 2015.
- Bakhash, Shaul: *Reign of the Ayatollahs. Iran and the Islamic Revolution*. New York 1984, S. 67.
- Bakker, Edwin: Differences in Terrorist Threat Perceptions in Europe. In: Mahncke, Dieter/Monar, Jörg (Hrsg.): *International Terrorism: A European Response to a Global Threat?* Brüssel 2006, S. 47-62.
- Bakowski, Piotr/Puccio, Laura: Briefing: 'Foreign Fighters', Member States' Responses and EU Action in an International Context (Februar 2015). <www.europarl.europa.eu/EPRS/EPRS-Briefing-548980-Foreign-fighters-FINAL.pdf>, abgerufen am 01.05.2015, S. 2.
- Baqi, Emadeddin: *Die Tragödie der Demokratie im Iran. Eine Revision der Kettenmorde*. Teheran 2000.
- Barracough, Steven: Al Azhar between the Government and the Islamists. In: *The Middle East Journal*, Vol. 52, 2/1998, S. 236-249.
- Barrett, Richard/Bokhari, Laila: Deradicalization and Rehabilitation Programmes targeting Religious Terrorists and Extremists in the Muslim World. In: Bjørge, Tore/Horgan, John (Hrsg.): *Leaving Terrorism Behind: Individual and Collective Disengagement*. Abingdon/New York 2009, S. 170-180, hier S. 178.
- Bauer, Thomas: *Die Kultur der Ambiguität – eine andere Geschichte des Islam*. Berlin 2011.
- Behdad, Sohrab: Utopia of Assassins: Navvab-Safavi and the Fedian-e Eslam in Prerevolutionary Iran. In: Jahanbegloo, Ramin (Hrsg.): *Iran between tradition and modernity*. Oxford 2004, S. 71-91.
- Beg, Shazadi/Bokhari, Laila: Pakistan: In Search of a Disengagement Strategy. In: Bjørge, Tore/Horgan, John (Hrsg.): *Leaving Terrorism Behind: Individual and Collective Disengagement*. Abingdon/New York 2009, S. 224-242.
- Borum, Randy: Radicalization into Violent Extremism. A Review of Social Sciences Theories. In: *Journal of Strategic Security*, 4/2011, S. 7-36.
- Bosson, Raphael: EU Cooperation on Terrorism Prevention and Violent Radicalization: Frustrated Ambitions or New Forms of EU Security Governance? In: *Cambridge Review of International Affairs*, 1/2014, S. 66-82, hier S. 69.
- Boucek, Christopher: Extremist Re-Education and Rehabilitation in Saudi-Arabia. In: Bjørge, Tore/Horgan, John (Hrsg.): *Leaving Terrorism Behind: Individual and Collective Disengagement*. Abingdon/New York 2009, S. 212-223.
- Brachman, Jarret. *Global Jihadism: Theory and Practice. Political Violence*. London 2009.
- Bruce, Ronald/Saint John: *Libya. Continuity and Change*. London 2011, S. 51.

- Bures, Oldrich: Perceptions of the Terrorist Threat among EU Member States. In: *Central European Journal of International and Security Studies*, 1/2010, S. 53-80, hier S. 68.
- Buchta, Wilfried: *Who Rules Iran. The Structure of Power in the Islamic Republic of Iran.* Washington/Berlin 2000, S. 18-20.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap: *Security: A New Framework for Analysis.* Boulder 1998.
- Çakır, Ruşen: *Derin Hizbullah İslami şiddetinin Geleceği.* İstanbul 2001.
- Cakir, Rusen: The reemergence of Hizbullah in Turkey. In: *The Washington Institute for Near East Policy – Policy Focus*, 74/2007, S. 10.
- Chorin, Ethan: *Exit Gaddafi. The Hidden History of the Libyan Revolution.* London 2012, S. 36.
- Dalgaard-Nielsen, Anja: Violent Radicalization in Europe: What we know and what we do not know. In: *Studies in Conflict & Terrorism*, 9/2010, S. 797-814.
- Dantschke, Claudia/Köhler, Daniel: Angehörigenberatung und Deradikalisierung. Theoretische und praktische Implikationen, sowie erster inhaltlicher Bericht über die Beratungsstelle Hayat. In: *Journal EXIT-Deutschland (JEX) Zeitschrift Für Deradikalisierung und Demokratische Kultur*, 1/2013, S. 184-99, hier S. 186.
- Davis, John: *Libyan Politics. Tribe and Revolution. An account of the Zuwaya and their government.* London 1987, S. 44.
- de la Calle, Luis/Sánchez-Cuenca, Ignacio. The Quantity and Quality of Terrorism: The DTV Dataset. In: *Journal of Peace Research*, 1/2011, S. 49-58, hier S. 52.
- Delibas, Kayhan: Conceptualizing Islamic Movements: The Case of Turkey. In: *International Political Science Review*, Vol. 30, 1/2009.
- Den Boer, Monica: Counter-Terrorism, Security and Intelligence in the EU: Governance Challenges for Collection, Exchange and Analysis. In: *Intelligence and National Security*, 2-3/2015, S. 402-419.
- Den Boer, Monica/Wiegand, Irina: From Convergence to Deep Integration: Evaluating the Impact of EU Counter-Terrorism Strategies on Domestic Arenas. In: *Intelligence and National Security*, 2-3/2015, S. 377-401, hier S. 378.
- Deutsches Bundesministerium des Innern: *Verfassungsschutzbericht 2013.* Berlin 2014, S. 201-248.
- Didymus, John Thomas: Boko Haram is funded by local politicians, says spokesman. <www.digitaljournal.com/article/314848>, aufgerufen am 25.11.2015.
- Duhem, Vincent: Sahel: à N'Djamena, les chefs d'État du G5 annoncent la création d'une force conjointe. In: *Jeune Afrique*, 20.11.2015. <www.jeuneafrique.com/280500/politique/sahel-a-ndjamena-chefs-detat-g5-annoncent-creation-dune-force-conjointe>, abgerufen am 25.11.2015.
- Edwards, Geoffrey/Meyer, Christoph O.: Introduction: Charting a Contested Transformation. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 1/2007, S. 1-25, hier S. 6.

- Ehqaqi, Akram: Drei Jahrzehnte Ärger: von Mohajerani bis Jannati. In: *Asr-e Iran*, 03.05.2014.
- El-Haj, Salim Abdullah: The Answer to Tunisia's Terrorism: Democracy and Unity (02.07.2015). <<http://fikraforum.org/?p=7106#.VZZCtOeWals>>, abgerufen am 07.03.2016.
- Europäische Kommission: EU-Strategie der Inneren Sicherheit: Fünf Handlungsschwerpunkte für mehr Sicherheit in Europa (22.11.2010). <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52010DC0673&from=DE.>>, abgerufen am 30.06.2015, S. 8.
- Europäische Kommission: RAN Working Groups (Mai 2015). <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/about-ran/index_en.htm.>, abgerufen am 30.06.2015.
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: die Europäische Sicherheitsagenda (28.04.2015). <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/basic-documents/docs/eu_agenda_on_security_de.pdf>, abgerufen am 13.06.2015, S. 6.
- European Commission, Migration and Home Affairs: RAN Internet and Social Media (@) (10.04.2015). <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/about-ran/ran-at/index_en.htm>, abgerufen am 02.06.2015.
- Faath, Sigrid: Tunesiens neue Verfassung: Kein Grund zur Euphorie. In: *Wuquf-Kommentar*, 12.02.2014. <<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/weitere-publikationen/tunesiens-neue-verfassung-kein-grund-zur-euphorie>>, abgerufen am 08.03.2016.
- Fahmi, Georges/Meddeb, Hamza: Market for Dschihad - Radicalization in Tunisia (Oktober 2015). <http://carnegieendowment.org/files/CMEC_55_FahmiMeddeb_Tunisia_final_oct.pdf>, abgerufen am 07.03.2016, S. 14ff.
- Fick, Maggie/Abdelaty, Ali: Egypt bans unlicensed preachers, tightens grip on mosques (07.06.2014). <www.reuters.com/article/2014/06/07/us-egypt-religion-preachers-idUSKBN0EI0PV20140607>, abgerufen am 21.01.2016.
- Floor, Willem: Luti – Encyclopedia Iranica (15.03.2010). <www.iranicaonline.org/articles/luti>, abgerufen am 08.02.2016.
- Floor, Willem: The Lutis – A Social Phenomenon in Qajar Persia. In: *Die Welt des Islam*, 13/1971, S. 103-121.
- Floor, Willem: The Political Role of the Lutis in Qajar Iran. In: Schweizer, Günther (Hrsg.): *Interdisziplinäre Iran-Forschung: Beiträge aus Kulturgeographie, Ethnologie, Soziologie u. neuerer Geschichte*. Wiesbaden 1979, S. 179-89.
- Ford, Dana/Abdelaziz, Salma/Lee, Ian: Egypt's President calls for a 'religious revolution'. In: *CNN*, 06.01.2015. <<http://edition.cnn.com/2015/01/06/africa/egypt-president-speech/>>, abgerufen am 21.01.2016.

- Fragner, Bert: Von den Staatstheologen zum Theologenstaat: Religiöse Führung und historischer Wandel im schiitischen Persien. In: Wiener Zeitschrift zur Kunde des Morgenlandes, 95/1983, S. 73–98.
- Gabriel, Tony G.: In Egypt, anti-military politician becomes victim of anti-coup mob. In: The Times of Israel, 06.10.2013. <www.timesofisrael.com/in-egypt-anti-military-politician-becomes-victim-of-anti-coup-mob/>, abgerufen am 21.01.2016.
- Garapon, Antoine: Rächer des Propheten. Die Attentate von Paris, die Raumrevolution und der souveräne Staat. In: Lettre International, 108/2015, S. 21–24, hier S. 24.
- Gartenstein-Ross, Daveed/Barr, Nathaniel: Dignity and Dawn. Libya's Escalating Civil War. In: ICCT Research Paper, 2/2015.
- Gemein, Gisbert/Redmer, Hartmut: Islamischer Fundamentalismus. Münster 2005, S. 16.
- Gieling, Saskia: Religion and War in Revolutionary Iran. London/New York 1999.
- Gol-Mohammadi, Ahmad (Hrsg.): Die Gemeinschaft der Fedayan-e Eslam in den Dokumenten. Teheran 2003.
- Grill, Bartholomäus/Selander, Toby: In den Fängen des Teufels. In: Der Spiegel, 22/2014, S. 76–78.
- Hafez, Farid: Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich. Eine Analyse der Organisationsstruktur unter besonderer Berücksichtigung der Rolle muslimischer Spitzenverbände. Diplomarbeit, Universität Wien 2006, S. 69ff.
- Hafez, Farid: One representing the many. Institutionalized Austrian Islam. In: Behloul, Samuel/Leuenberger, Susanne/Tunger-Zanetti, Andreas (Hrsg.): Debating Islam. Negotiating Religion, Europe, and the Self. Bielefeld 2013.
- Hainzl, Gerald: Afrikanische Konflikte – Konflikte in Afrika. In: Feichtinger, Walter (Hrsg.): Afrika im Blickfeld. Kriege – Krisen – Perspektiven. Baden-Baden 2004, S. 9–17.
- Hallaq, Wael: An Introduction to Islamic Law. Cambridge 2009, S. 145.
- Hashemi, Mohsen (Hrsg.): Die Kampfzeit: Programm und Memoiren des Hashemi Rafsandjani. Teheran 2007.
- Hegghammer, Thomas: Jihad in Saudi Arabia: Violence and Pan-Islamism since 1979. Cambridge u. a. 2010.
- Hegghammer, Thomas: Should I Stay or Should I Go? Explaining Variation in Western Jihadists' Choice between Domestic and Foreign Fighting. In: American Political Science Review, 1/2013, S. 1–15.
- Hegghammer, Thomas: The Rise of Muslim Foreign Fighters: Islam and the Globalization of Jihad. In: International Security, 3/2010, S. 53–94.
- Heidenreich, Elisabeth: Sakrale Geographie: Essay über den modernen Dschihad und seine Räume. Bielefeld 2010, S. 97.
- Heiser, Patrick/Ludwig, Christian (Hrsg.): Sozialformen der Religionen im Wandel. Wiesbaden 2014.
- Hendrich, Geert: Arabisch-islamische Philosophie – Geschichte und Gegenwart. Frankfurt/Main 2005, S. 22–33.

- Hicks, Neil: Promises Unfulfilled: Human Rights in Tunisia since 1987. New York 1993, S. 9-10.
- Hiro, Dilip: Iran under the Ayatollahs. London/New York 1987, S. 159.
- Hobsbawm, Eric J.: Nations and Nationalism Since 1780. Cambridge 1990.
- Hoffmann, Wilhelm: Fundamentalismus – der Islam in Verteidigungshaltung (2004). <www.wshoffmann.de/artikel/fundi.html>, abgerufen am 12.07.2015.
- Horgan, John: Deradicalization or Disengagement? A Process in Need of Clarity and a Counterterrorism Initiative in Need of Evaluation. In: Perspectives on Terrorism, 2/2008.
- Horgan, John/Braddock, Kurt: Rehabilitating the Terrorists? Challenges in Assessing the Effectiveness of De-radicalization Programs. In: Terrorism and Political Violence, 22/2010, S. 267-291.
- Human Rights Watch: Tunisia: Counterterror Law Endangers Rights (31.07.2015). <www.hrw.org/news/2015/07/31/tunisia-counterterror-law-endangers-rights>, abgerufen am 08.03.2016.
- Human Security Collective: Workshop Report – National Workshop on Effective Implementation of Security Council Resolution 1624 (2005) and 2178 (2014) (03./04.11.2015). <bit.ly/1V4OkZu>, abgerufen am 08.03.2016.
- Hübner, Frank Philipp: Terrorismusbekämpfung als Aufgabe der Europäischen Union. Dissertation, Universität Regensburg 2009.
- Ibrahim, Saad Eddin: Egypt's Islamic activism in the 1980s. In: Third World Quarterly, Vol. 10, 2/1988, S. 623-657.
- IkhwanWeb: The Principles of the Muslim Brotherhood (01.02.2010). <www.ikhwanweb.com/article.php?id=813>, abgerufen am 07.03.2016.
- International Crisis Group: Tunisia's Borders (II): Terrorism and Regional Polarisation. In: Middle East and North Africa Briefing, 41/2014, S. 8-10. <bit.ly/1M03VZ0>, abgerufen am 03.03.2016.
- Isa, Muhammed Kabir: Militant Islamist Movements in Libya. The Libyan Islamic Fighting Group. In: Abdalla, Muna: Interregional Challenges of Islamic Extremist Movements in North Africa. Pretoria 2011, S. 155.
- Ismail, Noor Huda: Familial Kinship Among Islamists (29.11.2005). <<http://noorhudaismail.blogspot.co.at/2005/11/familial-kinship-among-islamists.html>>, abgerufen am 22.01.2016.
- Jackson, Roy: Fifty Key Figures in Islam. London 2006, S. 174.
- Jenkins Gareth: Values and Identity: The Resurgence of the Kurdish Hisbullah. In: Turkey Analyst, Vol. 5, 9/2012.
- Jenkins, Gareth: Political Islam in Turkey. London 2008, S. 195f.
- Kalb, Herbert.: Die Anerkennung von Kirchen und Religionsgemeinschaften in Österreich. In: Potz, Richard/Kohlhofer, Reinhard.: Die „Anerkennung“ von Religionsgemeinschaften. Wien 2002, S. 39-56, hier S. 40.
- Kalb, Herbert/Potz, Richard/Schinkele, Brigitte: Religionsrecht. Wien 2003, S. 40-45.

- Kateman, Ammenke: *Theology of Unity*. Amsterdam 2010, S. 23ff.
- Keddie, Nikki R.: *Modern Iran. Roots and results of Revolution*. New Haven/London 2003, S. 58-72.
- Khatab, S.: *The Political Thought of Sayyid Qutb. The Theory of Jahiliyyah*. London 2006.
- Khosrokhavar, Farhad: *L'islamisme et la Mort. Le martyr révolutionnaire en Iran*. Paris 1995.
- Khosrokhavar, Farhad: *L'utopie sacrifiée: Sociologie de la révolution iranienne*. Paris 1993.
- Khosrovshahi, Seyyed Hadi: *Leben und Kampf des Navvab-Safavi*. Teheran 2005.
- Kian-Thiébaud, Azadeh: *Secularization of Iran: A doomed failure? (Travaux et memoires de l'Institute d'études iraniennes)*. Paris 1998, S. 13-25.
- Kippenberg, Hans Gerhard: *Schwierige Integration. Religiöse Autorität und Vergemeinschaftung im Islam im europäischen Raum*. In: Kippenberg, Hans Gerhard/Schuppert, Gunnar Folke/Siebeck, Mohr (Hrsg.). *Die verrechtlichte Religion: der Öffentlichkeitsstatus von Religionsgemeinschaften*. Tübingen 2005, S. 315-332.
- Klebnikov, Paul: *Millionaire Mullahs*. In: *Forbes Global*, 21.07.2003, S. 24-28.
- Klinkhammer, Gritt: *Democracy, Collective Identity, and Religious Protest Movements*. Herausgabe und Einleitung. Erfurt: *Schriftenreihe des Max-Weber-Kolleg* 2005.
- Knelangen, Wilhelm: *Die Europäische Union: Eine ‚Starke Macht‘ im Kampf gegen den Terrorismus?*. In: Nitschke, Peter (Hrsg.): *Globaler Terrorismus und Europa: Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors*. Wiesbaden 2008, S. 99-124, hier S. 113.
- Korteweg, Rem/Gohel, Sajjan/Heisbourg, Francois/Ranstorp, Magnus/De Wijk, Rob: *Background Contributing Factors to Terrorism: Radicalization and Recruitment*. In: Ranstorp, Magnus (Hrsg.): *Understanding Violent Radicalisation: Terrorist and Jihadist Movements in Europe*. London 2010, S. 21-49.
- Kouddous, Sharif Abdel: *What Happened to Egypt's Liberals After the Coup?* In: *The Nation*, 01.10.2013. <www.thenation.com/article/what-happened-egypts-liberals-after-coup/>, abgerufen am 21.06.2015.
- Krämer, Gudrun: *Geschichte des Islam*. München 2005, S. 35.
- Kreiser, Klaus/Wielandt, Rotraud (Hrsg.): *Lexikon der Islamischen Welt*. Stuttgart 1992, S. 231-235.
- Kronfeld, Melissa Jane: *Killing them with Kindness: A Softer Approach to Preventing Violent Extremism and Countering Radicalization in the War on Terrorism*. Newark 2012. <bit.ly/1Mm2z5A>, abgerufen am 22.01.2016, S. 13.
- Krumwiede, Heinrich-W.: *Ursachen des Terrorismus*. In: Waldmann, Peter (Hrsg.): *Determinanten des Terrorismus*. Weilerswist 2005, S. 29-84, hier S. 70.
- Kuru, Ahmet: *Muslim Politics without an "Islamic" State: Can Turkey's Justice and Development Party Be a Model for Arab Islamists?* Washington, D.C. 2013, S. 5.
- Lacher, Wolfram: *Fault Lines of the Revolution. Political Actors, Camps and Conflicts in the New Libya*. In: *SWP Research Paper*, 4/2013, S. 9f.

- Leonard, Sarah: Border Controls as a Dimension of the European Union's Counter-Terrorism Policy: A Critical Assessment. In: *Intelligence and National Security*, 2-3/2015, S. 306-332.
- Lerch, Wolfgang Günter: *Denker des Propheten – die Philosophie des Islam*. Düsseldorf 2000, S. 32-40.
- Lohlker, Rüdiger: *Dschihadismus*. Materialien. Wien 2009.
- Lohlker, Rüdiger: *Dschihadismus – eine religiös legitimierte Subkultur der Moderne*. In: *Religionen unterwegs*, 21/2015, S. 4-9 und 16.
- Lohlker, Rüdiger: *Religions, Weapons, and Jihadism. Emblematic Discourses*. In: Lohlker, Rüdiger (Hrsg.): *Jihadism: Online Discourses and Representations*. Göttingen 2012, S. 65-87.
- Loimeier, Roman: *Muslim Societies in Africa. A Historical Anthropology*. Bloomington 2013.
- Loveluck, Louisa: *Planting the Seeds of Tunisia's Ansar al Scharia*. In: *Foreign Policy*, 27.09.2012. <<http://foreignpolicy.com/2012/09/27/planting-the-seeds-of-tunisia-ansar-al-sharia/>>, abgerufen am 03.03.2016.
- Luhmann, Niklas: *Funktionen und Folgen formaler Organisation*. Berlin 1964.
- Luhmann, Niklas: *Zweck-Herrschaft-System. Grundbegriffe und Prämissen Max Webers*. In: Luhmann, Niklas (Hrsg.): *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Opladen 1971, S. 90-112.
- Luhmann, Niklas: *Reform des öffentlichen Dienstes*. In: Luhmann, Niklas (Hrsg.): *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Opladen 1971, S. 203-256.
- Luhmann, Niklas: *Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen*. Frankfurt/Main 1973.
- Luhmann, Niklas: *Funktion der Religion*. Frankfurt/Main 1997.
- Maiangwa, Benjamin/Uzodike, Ufo Okeke: *The Changing Dynamics of Boko Haram Terrorism*. Al Jazeera Centre for Studies 2012.
- Malka, Haim: *Tunisia: Confronting Extremism*. In: Alterman, Jon B. (Hrsg.): *Religious Radicalism after the Arab Uprisings*. Lanham/Boulder/New York/London 2015, S. 92-121.
- Marks, Monica: *Who are Tunisia's Salafis?* In: *Foreign Policy*, 28.09.2012. <<http://foreignpolicy.com/2012/09/28/who-are-tunisia-salafis/>>, abgerufen am 03.03.2016.
- Mattes, Hanspeter: *Die innere und äußere islamische Mission Libyens*. Mainz 1986, S. 24.
- Mattes, Hanspeter: *Islamistische Terrorgruppen in Nordafrika: Trotz Bekämpfung immer mehr präsent*. In: *GIGA Focus*, 2/2015, S. 3.
- Mattes, Hanspeter: *Qaddafi und die islamistische Opposition in Libyen – Zum Verlauf eines Konflikts*. Hamburg 1995, S. 9.
- Mayton, Joseph: *Copts' Uphill Battle* (01.03.2012). <<http://carnegieendowment.org/sada/?fa=47345>>, abgerufen am 21.01.2016.

- Menderes Cinar/Sezgin Gencel Ipek: Islamist Political Engagement in the Early Years of Multi-Party Politics in Turkey: 1945-60. In: *Turkish Studies*, Vol. 14, 2/2013.
- Mervin, Sabrina: Le lien iranien. In: Mervin, Sabrina (Hrsg.): *Le Hezbollah état des lieux*. Paris 2008, S. 75-88.
- Meyer, Christoph O.: International Terrorism as a Force of Homogenization? A Constructivist Approach to Understanding Cross-National Threat Perceptions and Responses. In: *Cambridge Review of International Affairs*, 4/2009, S. 647-66.
- Minoui, Delphine: Les révélations d'un cofondateur iranien du Hezbollah. In: Mervin, Sabrina (Hrsg.): *Le Hezbollah état des lieux*. Paris 2008, S. 89-92.
- Mitchell, Richard: *The Society of the Muslim Brothers*. London 1969, S. 269ff.
- Mirdamad, Mortaza (Hrsg.): *Die Memoiren des Hojjatoleslam Ali Akbar Nateq-Nuri*. Bd. 2. Teheran 2013, S. 47-49.
- Moin, Baqer: *Khomeini: Life of the Ayatollah*. New York 1999, S. 211.
- Monar, Jörg: Common Threat and Common Response? The European Union's Counter-Terrorism Strategy and Its Problems. In: *Government and Opposition*, 3/2007, S. 292-313, hier S. 297.
- Monar, Jörg: The EU as an International Counter-Terrorism Actor. In: *Intelligence and National Security*, 2-3/2015, S. 333-356, hier S. 337.
- Monar, Jörg: EU Internal Security Governance: The Case of Counter-Terrorism. In: *European Security*, 2/2014, S. 195-209, hier S. 202.
- Mubarak, H. S./Tamari, S.: What Does the Gama'a Islamiyya Want?: An Interview with Tal'at Fu'ad Qasim. In: *Middle East Research and Information Project*, 1/1996, S. 40-46.
- Munson, Ziad: Islamic Mobilization: Social Movement Theory and the Egyptian Muslim Brotherhood. In: *The Sociological Quarterly*, Vol. 42, 4/2001, S. 487-510.
- Musawi, Mohammed: *A Selected Translation of the LIFG Recantation Documents*. London 2009, S. 5.
- Nagel, Tilmann: *Staat und Glaubensgemeinschaft im Islam*. Zürich/München 1981.
- Naqvi, Syed Ali Raza: Hudud and Qisas Act of Iran. In: *Islamic Studies*, Vol. 25, 1/1986, S. 107-150.
- Nesser, Petter: Ideologies of Jihad in Europe. In: *Terrorism and Political Violence*, 2/2011, S. 173-200, hier S. 174.
- Nesser, Petter: Jihadism in Western Europe After the Invasion of Iraq: Tracing Motivational Influences from the Iraq War on Jihadist Terrorism in Western Europe. In: *Studies in Conflict & Terrorism*, 4/2006 S. 323-342.
- Nesser, Petter: Chronology of Jihadism in Western Europe 1994-2007: Planned, Prepared, and Executed Terrorist Attacks. In: *Studies in Conflict & Terrorism*, 10/2008, S. 924-946, hier S. 925.
- Nesser, Petter: Toward an Increasingly Heterogeneous Threat: A Chronology of Jihadist Terrorism in Europe 2008-2013. In: *Studies in Conflict & Terrorism*, 5/2014, S. 440-456, hier S. 450.

- Neumann, Peter R.: Foreign Fighter Total in Syria/Iraq Now Exceeds 20,000; Surpasses Afghanistan Conflict in the 1980s (26.01.2015). <<http://icsr.info/2015/01/foreign-fighter-total-syriairaq-now-exceeds-20000-surpasses-afghanistan-conflict-1980s/>>, abgerufen am 01.05.2015.
- Neumann, Peter R.: Prison and Terrorism: Radicalisation and De-Radicalisation in 15 Countries. London 2010.
- Newman, Paul: The Etymology of Hausa *boko*. Electronic Publication (2013). <www.meg-at Chad.net/publications/Newman-2013-Etymology-of-Hausa-boko.pdf>, abgerufen am 06.05.2015, S. 2.
- O'Brien, Liam: Egypt seizes and burns books that promote "fundamentalism and extremism" from mosques (30.06.2015). <www.mhpbooks.com/egypt-seizes-and-burns-books-that-promote-fundamentalism-and-extremism-from-mosques/>, abgerufen am 21.01.2016.
- Obe, Ayo: Environmental Degradation, Climate Change and Conflict: The Lake Chad Basin Area (27.10.2015). <<https://medium.com/the-future-of-conflict/environmental-degradation-climate-change-and-conflict-the-lake-chad-basin-area-6aec2bd9fa25>>, abgerufen am 30.10.2015, S. 8f.
- Pack, Jason (Hrsg.): The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future. New York 2013, S. 196.
- Pargeter, Alison: Localism and Radicalization in North Africa: Local Factors and the Development of Political Islam in Morocco, Tunisia and Libya. In: International Affairs, Vol. 85, 5/2009, S. 1, 39.
- Pargeter, Alison: Political Islam in Libya. In: Terrorism Monitor, Vol. 3, 6/2005, S. 1.
- Perkins, Kenneth: A History of Modern Tunisia. Cambridge 2014, S. 20-24.
- Petré, Christine: Tunisian Salafism: the rise and fall of Ansar al-Scharia (Oktober 2015). <http://fride.org/download/PB209_Tunisian_Salafism.pdf>, abgerufen am 03.03.2016.
- Posch, Walter: A Last Chance for Iran's Reformists: The "Green Struggle" Reconsidered. In: SWP Working Papers FG 6, 02/2010. <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/PoschGreenStruggle.ks.pdf>, abgerufen am 03.02.2016.
- Posch, Walter: Ahmadineschad und die Prinzipalisten. Irans politische Rechte und die Perspektiven für einen neuen Elitenkompromiss. In: SWP-Studien, 12/2011, S. 35. <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S35_poc_ks.pdf>, abgerufen am 03.02.2016.
- Posch, Walter: Brief eines Todgeweihten. In: Zenith, 2/2014, S. 68-71.
- Posch, Walter: Islam und Revolution in Iran oder Schiismus als Politik. In: Feichtinger, Walter/Wentker, Sibylle (Hrsg.): Islam, Islamismus und islamischer Extremismus. Wien 2008, S. 99-127.
- Posch, Walter: Mäßigung statt Neuanfang. Iran nach den Präsidentschaftswahlen 2013. In: SWP-Aktuell, 39/2013.
- Posch, Walter: The End of a Beautiful Friendship? Mahmoud Ahmadinejad and the Principals. In: Chehabi, Houchang E./Khosrokhavar, Farhad/Therme, Clément (Hrsg.): Iran

and the Challenges of the Twenty-First Century. Essays in Honour of Mohammad-Reza Djalili. London 2014, S. 50-78.

Potz, Richard: Das Islamgesetz 1912 und der religionsrechtliche Diskurs in Österreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Olechowski, Thomas/Neschwara, Christian/Lengauer, Alina-Maria (Hrsg.): Grundlagen der österreichischen Rechtskultur. Wien 2010, S. 385-408, hier S. 387ff.

Qaysari, Mehdi: Ein Führer namens Navvab. Teheran 2005.

Quchani, Mohammad: Der Pate [=Rafsanjani] und die junge Linke. Teheran 2001, S. 67.

Rabasa, Angel (et al.): Deradicalizing Islamist Extremists. Santa Monica, CA 2010. <www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2010/RAND_MG1053.pdf>, abgerufen am 22.01.2016, S. 84ff.

Radicalisation Awareness Network (RAN): RAN Report Cities Conference on Foreign Fighters to Syria (30.01.2014). <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/cities-conference/docs/report_cities_conference_on_foreign_fighters_en.pdf>, abgerufen am 10.06.2015.

Radler, Christopher: Eine Biographie als politisches Mittel. Berlin 2010, S. 125-126.

Rat der Europäischen Union: Strategie Der Europäischen Union zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus (24.11.2005). <www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Sicherheit/Terrorismus/strategie.pdf;jsessionid=26BA9AB9CB7F8E55D380C1B58B427CA8.2_cid287?__blob=publicationFile>, abgerufen am 01.05.2015.

Rat der Europäischen Union: Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung (13.06.2002). Art. 1: <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32002F0475&rid=4>>, abgerufen am 01.06.2015.

Rat der Europäischen Union: Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (13.06.2002). <http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:3b151647-772d-48b0-ad8c-0e4c78804c2e.0002.02/DOC_1&format=PDF>, abgerufen am 30.06.2015.

Rat der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (28.02.2002). <[http://eurojust.europa.eu/doclibrary/Eurojust-framework/ejdecision/Eurojust%20Decision%20\(Council%20Decision%202002-187-JHA\)/Eurojust-Council-Decision-2002-187-JHA-DE.pdf](http://eurojust.europa.eu/doclibrary/Eurojust-framework/ejdecision/Eurojust%20Decision%20(Council%20Decision%202002-187-JHA)/Eurojust-Council-Decision-2002-187-JHA-DE.pdf)>, abgerufen am 30.06.2015.

Rat der Europäischen Union: Erklärung des Rats zum Kampf gegen den Terrorismus (29.03.2004). <<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7906-2004-INIT/de/pdf>>, abgerufen am 30.06.2015.

Rat der Europäischen Union: Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (26.10.2005). <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:309:0015:0036:de:PDF>>, abgerufen am 12.06.2015.

Rat der Europäischen Union: Riga Joint Statement Following the Informal Meeting of Justice and Home Affairs Ministers in Riga on 29 and 30 January (30.01.2015). <https://eu2015.lv/images/Kalendars/IeM/2015_01_29_jointstatement_JHA.pdf>, abgerufen am 10.06.2015.

Rat der Europäischen Union: Richtlinie 2008/114/EG des Rates vom 8. Dezember 2008 über die Ermittlung und Ausweisung Europäischer Kritischer Infrastrukturen und die Bewertung der Notwendigkeit, ihren Schutz zu verbessern (08.12.2008). <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32008L0114&from=EN>>, abgerufen am 01.06.2015.

Rat der Europäischen Union: Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Februar 2015). <www.consilium.europa.eu/de/policies/money-laundering-terrorist-financing/>, abgerufen am 13.6.2015.

Rat der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol) (06.04.2009). <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:121:0037:0066:de:PDF>>, abgerufen am 13.06.2015.

Rat der Europäischen Union: Richtlinie 2006/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG (15.03.2006). <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:105:0054:0063:DE:PDF>>, abgerufen am 13.06.2015.

Rat der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2014 über die Vorkehrungen für die Anwendung der Solidaritätsklausel durch die Union (2014/415/EU) (24.06.2014). <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32014D0415&from=DE>>, abgerufen am 01.06.2015.

Reidy, Eric: Tunisia cracks down on radicalization (19.05.2015). <www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/05/tunisia-government-counter-extremism-anti-terrorist-bill.html>, abgerufen am 08.03.2016.

Row, Bedford: The History of the Muslim Brotherhood (2015). <<http://9bri.com/wp-content/uploads/2015/04/Report-on-the-History-of-the-Muslim-Brotherhood1.pdf>>, abgerufen am 13.09.2015, S. 42, 59.

Rubin, Michael: Into the shadows. Radical Vigilantes in Khatami's Iran. Washington 2001.

Rudolph, Ulrich: Islamische Philosophie – von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 2004, S. 11-14.

Ruhani, Hasan: Die Nationale Sicherheit und das Wirtschaftssystem Irans. Teheran 2011.

Ruhani, Hasan: Nationale Sicherheit und Nukleardiplomatie. Teheran 2012.

Sadri, Mahmud/Sadri, Ahmad: Three Faces of Dissent. Cognitive, expressive and traditionalist discourses of discontent in contemporary Iran. In: Katuzian, Homa/Shahidi, Hossein (Hrsg.): Iran in the 21st Century. London 2008, S. 63-85.

- Sampson, Isaac Terwase: Religion and the Nigerian State: Situating the de facto and de jure Frontiers of State-Religion Relations and its Implications for National Security. In: Oxford Journal of Law and Religion, Vol. 3, 2/2014, S. 311-339.
- San'ati, Reza: Hashemi im Jahr 2009. Teheran 2011, S. 111-142.
- Sarra, Abou: Hizb Ettahrir croit plus en Daech qu'en la Tunisie (23.06.2015). <bit.ly/1UC-cFaS>, abgerufen am 03.03.2016.
- Schwarz, Christoph: Die Mobilisierungsstrategie Al-Qaidas vor und nach 9/11. In: Jäger, Thomas (Hrsg.): Die Welt nach 9/11: Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft. Wiesbaden 2011, S. 111-129, hier S. 112.
- Seidensticker, Tilman: Islamismus – Geschichte, Vordenker, Organisationen. München 2014, S. 51.
- Sepehr, Farzad: Fortsetzung folgt: die Konzertgenehmigungen. In: Hamshahri, 133/2015, S. 10.
- Seufert, Günter: Staat und Islam in der Türkei. Berlin 2004, S. 22.
- Seufert, Günter: Laizismus in der Türkei – Trennung von Staat und Religion (24.09.2004). <www.hist.net/kieser/bs04/forum/seufert.html>, abgerufen am 03.03.2016.
- Seyyed Mohammad Mansuro l-Ahdad: Das Marja'-Amt im Feld der Theologie und der Politik. Dokumente und Berichte über die Großayatollahs Naini, Esfahani, Qomi, Haeri und Borujerdi aus den Jahren 1292-1339[1913-1960]. Teheran 2000.
- Shajuni: the claim which attributed to me about Hashemi is not true (22.01.2011). <http://hashemirafsanjani.ir/en/content/shajuni-claim-which-attributed-me-about-hashemi-not-true>, abgerufen am 03.02.2016.
- Shapiro, Jeremy/Suzan, Bénédicte: The French Experience of Counter-Terrorism. In: Survival, 1/2003, S. 67-98, hier S. 79f. und 86-87.
- Silke, Andrew: Disengagement or Deradicalization: A Look at Prison Programs for Jailed Terrorists. In: CTC Sentinel, Vol. 4, 1/2011. <www.ctc.usma.edu/posts/disengagement-or-deradicalization-a-look-at-prison-programs-for-jailed-terrorists>, abgerufen am 22.01.2016, S. 18-21.
- Soage, Ana Belén (et al.): The Muslim Brothers in Egypt. In: Rubin, Barry (Hrsg.): The Muslim Brotherhood. New York 2010, S. 39-56.
- Blitt, Robert/Stahnke, Tad: The Religion- State Relationship and the Right to Freedom of Religion or Belief: A Comparative Textual Analysis of the Constitutions of Predominantly Muslim Countries (2012). <www.uscirf.gov/reports-briefs/special-reports/comparative-study-constitutions-oic-countries-2012-update>, abgerufen am 06.07.2015, S. 7ff.
- Steinberg, Guido: Al-Qaidas deutsche Kämpfer. Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus. Hamburg 2014, S. 163.
- Steinberg, Guido: Die irakische Aufstandsbewegung – Akteure, Strategien, Strukturen. In: SWP-Studien, 2006, S. 27.

- Sukabdi, Zora A.: Terrorism in Indonesia: A Review on Rehabilitation and Deradicalization. In: *Journal of Terrorism Research*, Vol. 6, 2/2015. <<http://ojs.st-andrews.ac.uk/index.php/jtr/article/view/1154/898>>, abgerufen am 22.01.2016.
- Tabatabai, Sadeq: Politische und gesellschaftliche Memoiren. Teheran 2014, S. 27.
- Tammam, Hossam: Egypt: One-way street (07.-13.07.2005). <www.kibush.co.il/show_file.asp?num=8584>, abgerufen am 27.06.2015.
- Taspinar, Ömer: The Conflict within Turkey's Islamic Camp. In: *Global Turkey in Europe*, 11/2014.
- Temimi, Abdeljalil: Habib Bourgiba et l'établissement de l'État National. Tunis 2000, S. 105.
- The Constitution of The Arab Republic of Egypt 1971. <www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file_id=189854>, abgerufen am 07.03.2016.
- Tinsley, Rebecca: The Great Taboo: Arab Racism. In: *The Huffington Post*, 09.09.2011. <www.huffingtonpost.com/rebecca-tinsley/arab-racism_b_951422.html>, abgerufen am 25.11.2015.
- Todenhöfer, Jürgen: Inside IS – 10 Tage im „Islamischen Staat“. München 2015.
- Torelli, Stefano M.: Tunisian Dschihadists Establishing New Networks with Libyan Islamists. In: *Terrorism Monitor*, Vol. 12, 11/2014, S. 5f.
- Ülsever, Cüneyt: Where is Turkey Headed? The Rise of the Political Islam in the Recent Past (18.04.2013). <<http://researchturkey.org/where-is-turkey-headed-the-rise-of-the-political-islam-in-the-recent-past/>>, abgerufen am 07.03.2016.
- Vandewalle, Dirk: Libya since Independence. Oil and State-Building. London 1998, S. 65.
- Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (2007). <www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/358380/publicationFile/3092/vertrag-von-lissabon.pdf>, abgerufen am 01.06.2015.
- Vidino, Lorenzo: European Foreign Fighters in Syria: Dynamics and Responses. In: *European View*, 2/2014, S. 217-224, hier S. 220.
- Vidino, Lorenzo/Brandon, James: Countering Radicalization in Europe. Policy Report. London 2012. S. 1-2.
- Voll, John: Fundamentalism in the Sunni Arab World: Egypt and Sudan. In: Marty, Martin/Appleby, Scott (Hrsg.): *Fundamentalisms Observed*. London 1994, S. 345-403, hier S. 376.
- Von Schwerin, Ulrich: Mehdi Hashemi and the Iran-Contra Affair. In: *British Journal of Middle Eastern Studies*, Vol. 42, 4/2015, S. 520-537.
- Werenfels, Isabelle: Im „glokalen“ Spannungsfeld: Dschihadisten in Algerien und Tunesien. In: Steinberg, Guido/Weber, Annette: *Dschihadismus in Afrika*. SWP-Studien 03/2015, S. 55-72, hier S. 60.
- Wiktorowicz, Quintan: A Genealogy of Radical Islam. In: *Studies in Conflict & Terrorism*, 2/2005, S. 75-97.

- Williams, Michael J./Lindsay, Samuel C.: A Social Psychological Critique of the Saudi Terrorism Risk Reduction Initiative. In: *Psychology, Crime & Law*, Vol. 20, 2/2014, S. 135-151, hier S. 145.
- Wolf, Anne/Lefevre, Raphael: The Demon or the Demonized? Deconstructing "Salafism" in Tunisia. In: *Open Democracy*, 05.06.2012.
- Wolf, Anne: Tunisia: Signs of Domestic Radicalization Post-Revolution. In: *CTC Sentinel*, Vol. 6, 1/2013, S. 1-4. <www.ctc.usma.edu/posts/tunisia-signs-of-domestic-radicalization-post-revolution>, abgerufen am 03.03.2016.
- Youssef, Adham: Egypt to confiscate 'fundamentalist' books from mosques. In: *Daily News Egypt*, 23.06.2015. <www.dailynewsegypt.com/2015/06/23/egypt-to-confiscate-fundamentalist-books-from-mosques/>, abgerufen am 07.03.2016.
- Zahid, Mohammed: *The Muslimbrotherhood and Egypt's Succession Crisis*. New York 2010, S. 83.
- Zaid, Abu: *Rerformation of Islamic Thought. A Critical Historical Analysis*. Amsterdam 2006, S. 21.
- Zelin, Aaron: Meeting Tunisia's Ansar al-Scharia. In: *Foreign Policy*, 08.03.2013. <<http://foreignpolicy.com/2013/03/08/meeting-tunisias-ansar-al-sharia/>>, abgerufen am 03.03.2016.
- Zelin, Aaron: The Islamic State's Territorial Methodology. In: *Research Note – Washington Institute for Near East Studies*, 1/2016.
- Zelin, Aaron: Tunisia: Uncovering Ansar al-Scharia (25.10.2013). <www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/tunisia-uncovering-ansar-al-sharia>, abgerufen am 03.03.2016.
- Zelin, Aaron: Who is Jabhat al-Islah? (18.07.2012). <<http://carnegieendowment.org/sada/2012/07/18/who-is-jabhat-al-islah/cuxo>>, abgerufen am 03.03.2016.
- Zenn, Jacob: Leadership Analysis of Boko Haram and Ansaru in Nigeria (24.02.2014). <www.ctc.usma.edu/posts/leadership-analysis-of-boko-haram-and-ansaru-in-nigeria>, abgerufen am 18.11.2015.

Autoren und Herausgeber

Marius Calligaris

Dr. Marius Calligaris, Botschafter i.R., ist seit 2010 als assoziierter Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement tätig. Jus-Studium, Absolvierung der Diplomatischen Akademie Wien. 1968 Eintritt in das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. Auslandsverwendungen in Italien, Israel, Rumänien, Spanien, Saudi-Arabien, der Türkei und im Süd-Kaukasus. Ende 2009 übertritt in den Ruhestand.

Moussa al-Hassan Diaw

Dipl.-Päd. Moussa al-Hassan Diaw, M.A., ist Doktorand an der Universität Osnabrück, wo er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator der Imam-Weiterbildung tätig war. Er ist Co-Leiter eines Lehrganges an der Donau-Universität Krems zum Thema „Politische *Salafyya*“. Er ist Teil des Netzwerkes EUISA und Mitglied beim „Radicalisation Awareness Network“ der Europäischen Kommission „RAN Europe“. Diaw ist zudem Mitarbeiter am Z.I.M.T. – Zentrum interreligiöses Lernen, Migrationspädagogik, Mehrsprachigkeit an der Pädagogischen Hochschule Linz. Er ist Mitbegründer und Obmann von „Netzwerk sozialer Zusammenhalt“ (www.de-rad.at) Für diese Tätigkeit wurde ihm der „European Citizens Award“ des Europäischen Parlaments verliehen.

Ranja Ebrahim

Ranja Ebrahim ist studierte Arabistin mit ägyptischen Wurzeln. Derzeit ist sie als „prae doc“-Assistentin am Institut für Islamische Religions-pädagogik der Universität Wien tätig. Ihr Dissertationsgebiet behandelt das politische, theologische und anthropologische Spannungsverhältnis zwischen

dem Koran als Kodex und dem Koran im diskursiven Verständnis. Vor diesem Hintergrund wird ein pädagogisches Modell für einen zeitgenössischen Religionsunterricht konzipiert, welches eine kontextbezogene SchülerInnen-Koran-Kommunikation – bspw. von den europäisch geprägten Lebenswelten der Jugendlichen ausgehend – ermöglichen soll. Zur Lehre an der Universität Wien: Anknüpfend an das Dissertationsgebiet werden Seminare in den Bereichen Koran und islamische Anthropologie angeboten. Zur Lehre an der Pädagogischen Hochschule Wien: Einführende Islam-Seminare für angehende PflichtschullehrerInnen.

Khalid El Abdaoui

Khalid El Abdaoui, geboren 1973, absolvierte von 2001 bis 2006 ein Studium der Politologie, Soziologie und vergleichenden Religionswissenschaft an der Goethe Universität Frankfurt/Main, das er mit dem Magisterabschluss beendete. Seit 2011 ist er Doktorand am Institut für Religion und Kultur des Islam der Goethe-Universität Frankfurt/Main. Zwischen 2011 und 2012 wirkte er als wissenschaftlicher Projekt-Mitarbeiter an der Universität Wien an der Erstellung eines Konzeptes für eine islamisch-theologische Fakultät in Österreich mit (Publikation „Islamische Theologie in Österreich“). Zwischen 2012 und 2014 war er Lehrbeauftragter an den Universitäten Frankfurt/Main, Innsbruck und Wien in den Bereichen Islamische Theologie und Religionspädagogik. Seit August 2013 ist er als Universitätsassistent am Institut für islamische Studien der Universität Wien tätig.

Walter Feichtinger (Hrsg.)

Walter Feichtinger, Jahrgang 1956; 1976 bis 1979 Theresianische Militärschule in Wiener Neustadt; 1979 bis 1998 Verwendung als Panzeroffizier; 1993 bis 1998 Kommandant des Panzerbataillons 10; Studium der Politikwissenschaft und Publizistik; 1998 bis 2001 stellvertretender Leiter des Instituts für Friedenssicherung an der Landesverteidigungsakademie in Wien

mit dem Spezialgebiet Kriegsbildforschung; 2001 bis 2002 sicherheits- und verteidigungspolitischer Berater im Bundeskanzleramt; seit Mitte 2002 Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement; 2002 Promotion zum Dr. phil.; zahlreiche Publikationen, Vorträge und Medienauftritte zu sicherheitspolitischen Themen und Aspekten des internationalen Konfliktmanagements.

Joachim Guilliard

Joachim Guilliard, geboren 1958, hat Physik studiert, arbeitet hauptberuflich als IT-Berater und ist in der Friedensbewegung aktiv. Er befasst sich seit langem mit dem Nahen und Mittleren Osten, schwerpunktmäßig mit dem Irak und ist Verfasser zahlreicher Fachartikel sowie Mitherausgeber bzw. -autor mehrerer Bücher über die von Kriegen betroffenen Länder der Region. Seit 2009 betreibt er den Blog „Nachgetragen“ (<http://jghd.tuesday.net>).

Farid Hafez

Mag. Dr. Farid Hafez, M.Sc. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung Politikwissenschaft der Universität Salzburg. Hafez promovierte im Fach Politikwissenschaft an der Universität Wien. Im Frühjahr 2014 war er Visiting Scholar an der Columbia University in New York City. Er ist zudem Affiliated Faculty an der University of California, Berkeley. Seit 2010 ist er Herausgeber des Islamophobia Studies Yearbook. 2009 erhielt er gemeinsam mit John Bunzl für ihr Buch „Islamophobie in Österreich“ den Bruno-Kreisky-Anerkennungspreis für das politische Buch des Jahres. Zuletzt erschien in zweiter Auflage: „Islamisch-politische Denker. Eine Einführung in die islamisch-politische Ideengeschichte“ (Peter-Lang Verlag 2014). Hafez hat insgesamt elf Bücher veröffentlicht und publiziert regelmäßig in führenden internationalen akademischen Journalen.

Gerald Hainzl

Dr. Gerald Hainzl ist seit 2004 Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement. Er beschäftigt sich mit Konflikten in Afrika, lokalen, regionalen und internationalen Konfliktlösungsmechanismen sowie afrikanischer Sicherheitspolitik und deren Institutionen. Darüber hinaus stehen die Afrikanische Union (AU) und ihre Regionalorganisationen im Fokus seiner Forschungen. Dr. Hainzl absolvierte zahlreiche Studien- und Forschungsaufenthalte u. a. in Tansania, Botswana, Südafrika, Äthiopien, Somaliland, Eritrea und Ghana. Er ist Mitglied in mehreren Forschungsnetzwerken und war 2013 für zwei Monate als Gastforscher am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP). Dr. Hainzl hat zahlreiche Publikationen zum Thema Afrika verfasst und hält Vorträge und Lehrveranstaltungen an tertiären Bildungseinrichtungen im In- und Ausland.

Predrag Jureković

Dr. phil. Predrag Jureković, geboren 1969, ist seit 2003 Forscher und Referatsleiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Studium der Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Wien; ständiger Mitarbeiter der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (Südosteuropa). Österreichischer Co-chair in der Arbeitsgruppe Regional Stability in South East Europe des PfP-Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes. Lehr- und Forschungsfelder: Konflikt-transformation und Stabilisierungsprozess im Balkanraum; EU-Politik gegenüber Südosteuropa; Konfliktprävention; Anwendung von Szenarien-Techniken in der Konfliktforschung.

Barbara EA Korte

Barbara EA Korte hat an der Ludwig-Maximilians-Universität in München Politikwissenschaften, Sinologie und Psychologie studiert. Sie forschte un-

ter anderem an der NATO-School Oberammergau zur Terrorismusbekämpfung und dem iranischen Atomprogramm. Seit 2015 promoviert sie am Lehrstuhl für Internationale Organisationen der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu gezielten Tötungen in der Terrorismusbekämpfung.

Iris Lechner

Mag. Iris Lechner, geboren 1982, Übersetzerin für Arabisch und Englisch, studierte am Institut für Theoretische und Angewandte Translationswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität Graz. Lebte in Damaskus (Syrien), bereiste zahlreiche arabische Länder und verbrachte Studienaufenthalte im Jemen und in Ägypten. Studierte von 2013 bis 2015 International Relations an der Donau-Universität Krems und verfasst derzeit ihre Masterthese zum Thema Libyen.

Rüdiger Lohlker

Rüdiger Lohlker ist Professor für Islamwissenschaften am Institut für Orientalistik der Universität Wien. Seit 2003 leitet er den Universitätslehrgang „Muslime in Europa“ an der Universität Wien. Seine Forschungsgebiete sind die Geschichte des islamischen Denkens, der Islam und die arabische Welt online, moderne islamische Bewegungen und Strömungen sowie Dschihadismus. Neuere Publikationen: Rüdiger Lohlker (Hrsg.): Jihadism: Online Discourses and Representations, Göttingen: Vienna University Press 2013; Rüdiger Lohlker/Tamara Abu-Hamdeh (Hrsg.): Jihadism: Jihadi Thought and Ideology, Berlin: Logos 2014; Rüdiger Lohlker: Jihād in Ottoman Damascus, in: Wiener Zeitschrift für die Kunde des Morgenlandes 105 (2015), S. 221-237; Rüdiger Lohlker: Syrian Electronic Army: propaganda warfare and cyber espionage, in Journal for Intelligence.

Hamideh Mohagheghi

Hamideh Mohagheghi, geboren 1954 in Teheran/Iran, Jurastudium im Iran. Studium der Religions- und Rechtswissenschaft an der Leibniz Universität Hannover und informelle islamische Theologie in Hamburg. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für komparative Theologie und Kulturwissenschaften der Universität Paderborn. Dozentin für *Qur'ān* wissenschaft am Seminar für islamische Theologie der Universität Paderborn. Seit über zwanzig Jahren engagiert im interreligiösen Dialog. Sprecherin des Rates der Religionen und im Vorstand der „Dr. Buhmann Stiftung für interreligiöse Verständigung“ in Hannover. Mitglied des Gesprächskreises „Christen und Muslime“ im Zentralkomitee der Katholiken.

Walter Posch

Dr. Walter Posch ist seit 2005 wieder am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie. 1985/86 EF-Ausbildung zum Artillerie-Beobachter. 1986-1992 Studium der Turkologie und Islamkunde in Wien und Istanbul. 1999 Doktorat im Fach Iranistik in Bamberg. Von 2000 bis 2004 arbeitete Dr. Posch bereits an der Landesverteidigungsakademie, zuerst in der Zentraldokumentation und ab 2002 im IFK. Während seiner Auslandsaufenthalte 2004-2009 EUISS, Paris imf 2010-2014 SWP, Berlin arbeitete er in der aktiven Politikberatung für die EU und die Bundesrepublik Deutschland, hauptsächlich zu sicherheitspolitisch relevanten Themen in der Türkei, Iran, Irak und zur Kurdenfrage.

Nico Prucha

Nico Prucha hat Arabistik an der Universität Wien studiert und ist Mitarbeiter am International Center for the Study of Radicalisation (ICSR), Department of War Studies, King's College London. Er ist im Rahmen des

VOX-Pol Projekts Research Fellow am ICSR und erforscht primär die arabischsprachigen Videos und Schriften sunnitischer Extremistengruppen. An der Universität Wien ist er im Rahmen des vom österreichischen Innenministerium finanzierten Projektes VORTEX (Viennese Observatory for applied Research on Extremism and Terrorism) tätig, wo in Kooperation mit der indonesischen Nadhlatul Ulama arabischsprachige Dschihadismus Propaganda mit theologischen Argumenten widerlegt wird.

Jasmina Rupp (Hrsg.)

Mag. Jasmina Rupp, BA ist Forscherin am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien und beschäftigt sich mit Konflikten im Mittleren Osten und Nordafrika. Ihre Forschungsfelder sind islamistische Bewegungen, Extremismus und Terrorismus mit Fokus auf die Aktivitäten von *Daesh*/IS sowie das internationale Krisen- und Konfliktmanagement in Syrien und Irak. Sie hat zahlreiche Publikationen zum Mittleren Osten verfasst und hält Vorträge und Lehrveranstaltungen im In- und Ausland. Sie studierte Arabistik/Islamwissenschaft, Politikwissenschaft sowie Romanistik an der Universität Wien und absolviert derzeit ein Doktoratsstudium. Darüber hinaus ist sie Generalsekretärin der Österreichisch-Algerischen Gesellschaft und hat mehrere Forschungsaufenthalte und Projekte in Nordafrika umgesetzt.

Der Sturz autoritärer Herrscher in zahlreichen arabischen Staaten schuf eine neue sicherheitspolitische Umgebung vor den Toren Europas. Diese Umbrüche führten nicht nur zu einer Aufwertung extremistischer Gruppierungen, sondern eröffneten ihnen einen noch nie dagewesenen Handlungsspielraum. Der Krieg gegen das Assad-Regime in Syrien und das entstandene Sicherheitsvakuum wurden zu einer Anlaufstelle für den internationalen Dschihad und zog tausende Kämpfer aus der arabischen Welt, aber auch aus Europa an. Auf diese neue Dynamik müssen Regierungen mit vorhandenen wie auch neuen „Werkzeugen“ reagieren. Auf Grundlage der Erfahrungswerte im Umgang mit Extremismus in muslimischen und westlichen Ländern wird der Versuch unternommen, effektive Maßnahmen und Instrumente zur Prävention von Radikalisierung, insbesondere in Europa, zu finden.

ISBN: 978-3-902944-96-2

